



historia scribere

Jahrgang 15
Juni 2023

Online Zeitschrift der Institute für Alte Geschichte und Altorientalistik, Geschichtswissenschaften und Europäische Ethnologie sowie Zeitgeschichte der Universität Innsbruck zur Publikation studentischer Arbeiten

Vorwort zur fünfzehnten Ausgabe 2023	Florian Ambach, Eric Burton, Stephan Nicolussi-Köhler, Eva Pfanzerter	I–VII
Best-Paper-Awards von historia.scribere 2023		9
Best-Paper-Award von historia.scribere 15 (gesponsert von Reinhold Bichler)	Florian Maizner Von der Mine zur Münze. Der Weg des römischen Geldes	11–37
Best-Paper-Award von historia.scribere 15 (gesponsert von Brigitte Mazohl und der Philosophisch-Historischen Fakultät)	Theresa Möisinger Stärkungsmittel, Aphrodisiakum und Verdauungsgetränk. Kakao und Schokolade in der Medizingeschichte der europäischen Neuzeit	39–61
Best-Paper-Award von historia.scribere 15 (gesponsert von Thomas Albrich und Klaus Eisterer)	Katharina Föger Gewerkschaftsbund goes global. Österreichische Gewerkschaftssolidarität mit dem Globalen Süden zwischen 1955 und 1965	63–79
Best-Paper-Award von historia.scribere 15 (gesponsert von Josef Riedmann und der Philosophisch-Historischen Fakultät)	Katia Pedevilla Solidarität mit System. Die Rolle des „Amtes für Rücksiedlungshilfe an Optanten“ in Bozen für die Integration von Rückoptant*innen	81–107



historia scribere

Jahrgang 15
Juni 2023

Online Zeitschrift der Institute für Alte Geschichte und Altorientalistik, Geschichtswissenschaften und Europäische Ethnologie sowie Zeitgeschichte der Universität Innsbruck zur Publikation studentischer Arbeiten

Sonderpreis des UNO Center Austria in Transatlantic History 2023 & Best-Paper-Award von *historia.scribere* 15
(gesponsert vom UNO Center Austria der University of New Orleans und der Philosophisch-Historischen Fakultät)

Marcus Dietrich
CMEA's Monetary Institutions between the West and the Global South

109–121

Runner-Up-Awards von *historia.scribere* 2023

123

Land-Vorarlberg-Preis 2023 (gesponsert vom Land Vorarlberg) & **Runner-Up-Award von *historia.scribere* 15**
(gesponsert von Christoph Ulf)

Florian Martin Prirsch
Die Bedeutung des Müllerbachs für die Dornbirner Textilindustrie

125–151

Runner-Up-Award von *historia.scribere* 15
(gesponsert von Margaretha Friedrich)

Verena Kaiser
Ora et disce! Das Schulwesen der Jesuiten am Beispiel des Akademischen Gymnasiums Innsbruck

153–188

Runner-Up-Award von *historia.scribere* 15
(gesponsert von Heinz Noflatscher)

Katia Pedevilla
Galizische Sprachenfragen vor dem Reichsgericht. Die Bedeutung des Artikels 19 (StGG 1867) für das Volksschulwesen in Galizien aufgezeigt an den Städten Brody und Lemberg um 1880

189–203



historia scribere

Jahrgang 15
Juni 2023

Online Zeitschrift der Institute für Alte Geschichte und Altorientalistik, Geschichtswissenschaften und Europäische Ethnologie sowie Zeitgeschichte der Universität Innsbruck zur Publikation studentischer Arbeiten

Runner-Up-Awards von *historia.scribere* 2023

**Runner-Up-Award von
historia.scribere 15**
(gesponsert von
Hermann Kuprian)

Julia Danler
„Kriegshetze, Sabotage und Spionage“. Eine Analyse
der antikirchlichen Argumentationslinien im SED-Pressorgan
„Neues Deutschland“ während des „Aufbaus des Sozialismus“
1952/53

205–221

Lobende Erwähnungen von *historia.scribere* 2023

**Lobende Erwähnung
von *historia.scribere* 15**
(gesponsert von
der **Philosophisch-
Historischen Fakultät**)

Roland Ernst Laimer
„Er soldt mich hindenn lecken“? Die Autobiografie
„Mein Fehd und Handlungen“ des Götz von Berlichingen
und ihre Intention

225–241

**Lobende Erwähnung
von *historia.scribere* 15**
(gesponsert von
der **Philosophisch-
Historischen Fakultät**)

Verena Hechenblaikner
Der Deutsche und Österreichische Alpenverein (DÖAV)
zwischen Naturschutz und Naturerschließung 1900–1938.
Ein ambivalentes Verhältnis

243–261

**Lobende Erwähnung
von *historia.scribere* 15**
(gesponsert von
der **Philosophisch-
Historischen Fakultät**)

Jonas Zimmermann
A War on Disease: Polio Eradication in the United States

263–280

Vorwort zur fünfzehnten Ausgabe von *historia.scribere* (2023)

Mit der diesjährigen 15. Ausgabe feiert *historia.scribere* ein (kleines) Jubiläum, das dazu einlädt, auf die wesentlichen Entwicklungen seit Gründung der Online-Zeitschrift zurückzublicken. Als das Projekt im Herbst 2008 durch die damaligen Herausgeberinnen Eva Pfanzer, Gunda Barth-Scalmani und Irene Madreiter ins Leben gerufen wurde, war das Feld der Online-Journals für studentische Arbeiten noch sehr jung. In Europa war es eines der allerersten eJournals mit Beiträgen von Geschichtsstudierenden überhaupt – viele weitere folgten, darunter u. a. *Entremons* (Barcelona, seit 2011), *historioPLUS* (Salzburg, seit 2014), *Global Histories* (Berlin, seit 2015), *Die junge Mommsen* (Berlin, seit 2019) und *Mannheim Student Working Papers on Premodern Economic History* (Mannheim, seit 2023). Neben diesen großartigen eJournals an anderen Universitäten gibt es aber auch Plattformen und Verlage, die Hausarbeiten von Studierenden nur hinter einer Paywall und ohne Peer-Review zur Verfügung stellen.

Von Anfang an hatte *historia.scribere* einen anderen Ansatz: Hervorragende Arbeiten von Studierenden der Geschichte an der Universität Innsbruck sollten mit *historia.scribere* eine öffentliche und frei zugängliche Plattform bekommen. Der Anspruch der Zeitschrift ist es, einerseits Best-Practice-Beispiele aus unterschiedlichen Kernfächern aufzunehmen, die auch anderen Studierenden als Inspiration und Orientierung dienen können. Andererseits sind die publizierten Beiträge oftmals auch der erste Schritt der Studierenden im Kosmos des „Akademischen“ – sie unterwerfen ihre schriftlichen Produkte aus den universitären Lehrveranstaltungen einem redaktionellen Prozess mit double-blind Peer-Review-Verfahren, stellen sich Anregungen und Kritik und machen ihre Beiträge einem interessierten (Fach)-Publikum zugänglich. Nicht wenige Autor*innen von *historia.scribere* sind den Geschichtswissenschaften nach ihrem Studienabschluss treu geblieben und arbeiten heute an Universitäten, Schulen, in Medienbetrieben, Museen, Archiven und sonstigen (geschichts- und kulturvermittelnden) Institutionen. Wir wünschen uns, dass *historia.scribere* auch weiterhin vielen Studierenden – als Motivation und als Referenz – zugutekommt.

Drei Lustren sind seit der Publikation der ersten Ausgabe von *historia.scribere* vergangen – Grund genug, Zwischenbilanz zu ziehen und Rückschau zu halten. Am 1. Januar 2009 ging die Homepage des Projektes unter der heute noch gültigen URL <https://historia.scribere.at> online. Dem waren im Herausgeberinnenteam intensive Gespräche über die Zulässigkeit der Namensgebung „historia.scribere“ vorausgegangen, da eine korrekte Nutzung des Lateinischen angebracht schien. Begriffskonkurrenz bestand mit „res gestae“ ebenso wie mit „narrare“, „calamare“ und dem grammatikalisch

korrekten „*historiam.scribere*“. Letztlich entschied in dieser Frage die Rückmeldung von Kolleg*innen aus der Latinistik, die die bevorzugte Betitelung *historia.scribere* mit unterschiedlichen Begründungen guthießen.

Die erste Website bestand aus fünf Unterseiten und konnte mit rund fünf täglichen „Unique Visitors“ aufwarten. Bis zur Publikation der 1. Ausgabe mit 35 [sic!] Abschlussarbeiten im April 2009 stieg die Zahl der täglichen Besuche auf 196 und jene der jährlichen auf rund 1.300 – eine Zahl, die heute angesichts der 30.000–40.000 „eindeutigen“ Besuche jährlich natürlich belächelt wird, das Herausgeberinnenteam damals aber hoch erfreute. Auch andere Superlative lassen sich in der Statistik finden: Im ersten Jahr betrug das Datenvolumen, also die Bandbreite, von *historia.scribere* 701 Megabyte, in den letzten Jahren überstieg sie regelmäßig zehn Gigabyte.

Im Juli 2011 entdeckte ein wichtiger Crawler, also ein Computerprogramm, das Internetseiten ausliest, *historia.scribere*: Die Wayback-Machine des Internet-Archives speichert seitdem in regelmäßigen Abständen die Website – was meist rund um die hektische Publikationsphase der Zeitschrift geschieht, da hier das Redaktionsteam regelmäßige Webaktivitäten verursacht. Daneben wird die Website seit einigen Jahren von über 31 Bots – führend dabei ist der Googlebot – besucht; ein Hinweis darauf, dass die Zeitschrift immer wieder in Suchanfragen vorkommt und auch angeklickt wird.

Nicht weniger wichtig – und für die Reichweite von *historia.scribere* sicherlich von größerer Bedeutung – war, dass Artikel aus unserer Zeitschrift ab 2012 in Wikipedia zitiert wurden. Der in Ausgabe 4 von *historia.scribere* erschienene Beitrag von Natalie Lorenz und Michael Bachlechner „Was ist Globalisierung?“, zitiert im Lemma „Deglobalisierung“, zählt nicht umsonst bis heute zu den am häufigsten angeklickten Beiträgen unserer Zeitschrift.

Bedeutend war sicherlich auch der Schritt in Richtung Zusammenarbeit mit der *innsbruck university press* (iup). Bis inkl. Ausgabe 7 lag die gesamte Publikationsarbeit, d. h. von der Betreuung der Website über den gesamten Redaktionsprozess bis zur Layoutierung und schließlich Publikation beim Redaktionsteam. 153 studentische Abschlussarbeiten bzw. 3.429 publizierte Seiten waren das Ergebnis dieser Anstrengungen.

2014 erhielt *historia.scribere* den „Lehreplus! Preis der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck“. Das Preisgeld ermöglichte uns, eine Design-Spende unseres Studierenden Andreas Fink für die optische Neugestaltung der Website und des Layouts der Zeitschrift umzusetzen und damit gleichzeitig die Publikation der Zeitschrift ab der Ausgabe 7 (2015) mit der *innsbruck university press* (iup) zu gestalten. Das ging mit einem Professionalisierungsschub einher, da seitdem die Beiträge einen Digital Object Identifier (DOI), also eine eindeutige digitale Objektidentifikation, besitzen und *historia.scribere* mit Gold Open Access Standard Aufnahme in das Directory of Open Access Journals (DOJA) gefunden hat. Die Beiträge sind seitdem unter Creative Commons-Lizenz (CC BY-NC-SA 3.0 AT) lizenziert. Die Finanzierung der Publikation für die iup wurde seitdem vom Vizerektorat für Forschung sichergestellt.

Neben den vielen Veränderungen in den letzten 15 Jahren war diese letztgenannte sicher die größte und gleichzeitig nachhaltigste, da sich *historia.scribere* seitdem zumindest „äußerlich“ nicht sehr verändert hat. Eine organisatorische Fortentwicklung gab es dennoch, besonders im Workflow. Waren es zu Beginn noch die Herausgeberinnen selbst, welche die alleinige Last des Redaktions-, Review- und Publikationsprozesses tragen mussten, ging man ab der dritten Ausgabe dazu über, studentische Mitarbeiter*innen bei den Gutachten einzubinden. Ab der fünften Ausgabe im Jahr 2013 wurden auch Kolleg*innen von den drei Geschichte-Instituten, darunter auch Doktorand*innen und Projektmitarbeiter*innen, für Gutachten angefragt. Die Unterstützung seitens der Reviewer*innen und Redakteur*innen ist ein wesentlicher Bestandteil der Qualitätssicherung, ohne die das double-blind Peer-Review-Verfahren in dieser Form nicht möglich wäre.

Zu den Kontinuitäten wiederum zählt die anhaltende finanzielle Unterstützung des Dekanats der Philosophisch-Historischen Fakultät, was die Basisfinanzierung von studentischen Mitarbeiter*innen und Preisgelder für die Best-Paper-Awards angeht: zunächst waren das Dekan Klaus Eisterer und Studiendekanin Monika Fink, danach Dekan Dirk Rupnow. Ebenso gleichbleibend ab Ausgabe 2 (2010) gab es immer wieder Preisgelder des Landes Vorarlberg und ab Ausgabe 8 (2016) einen „UNO Center Austria Preis in transatlantischer Geschichte“ von der University of New Orleans. Seit 2010 ist uns auch die Wagner'sche Buchhandlung trotz wechselnder Besitzverhältnisse treu geblieben und ebenfalls seit dieser Ausgabe gibt es die Emeriti- und Ruheständler*innen-Preisgelder.

Neben diesen Entwicklungen in der *longue durée* gibt es auch einige Veränderungen von der letzten auf die heurige Ausgabe. Während das Team der **Herausgeber*innen** weiterhin auf die Erfahrung von *historia.scribere*-Gründerin Eva Pfanzer und Eric Burton zählen kann, war die vierzehnte Ausgabe die letzte, bei der Ute Hasenöhrl als Herausgeberin beteiligt war. Ihre hervorragende und wertschätzende Arbeit seit der elften Ausgabe war eine große Bereicherung für die Zeitschrift. Wir freuen uns, dass sie das Projekt weiterhin mit ihren fundierten Reviews unterstützt und wünschen für ihre Forschung und Lehre alles Gute! Um diese Lücke im Herausgeber*innen-Team zu schließen, wurden gleich zwei neue Herausgeber rekrutiert: Stephan Nicolussi-Köhler vom Kernfach Mittelalter und Historische Hilfswissenschaften sowie Florian Ambach vom Kernfach Neuzeit ergänzen ab der diesjährigen 15. Ausgabe das Herausgeber*innen-Team und stellen in der Kernfach-Verteilung ein neues Gleichgewicht dar.

Vom **Redaktionsteam** sind uns Alexander Renner und Marina Blum treu geblieben, die mittlerweile das vierte Mal dabei sind und damit eine geballte Portion redaktionelle Erfahrung und inhaltliche Expertise einbringen. Finanziert werden ihre Stellen von der Philosophisch-Historischen Fakultät. Mit Maria Gebhard und Andreas Wieser, die Best-Practice-Stellen im Rahmen des „Wissenschaftlichen Ausbildungsprogramms der Richard & Emmy-Bahr-Stiftung in Schaffhausen“ besetzen, sowie Florian Maizner als Praktikant sind für diese Ausgabe drei neue studentische Mitarbeiter*innen hinzugestoßen, deren engagierte Mitarbeit ein großer Gewinn für *historia.scribere* ist. Die breit

gestreuten Schwerpunkte und Interessenslagen in den Redaktionssitzungen haben gezeigt, dass mit dieser breiten personellen und inhaltlichen Aufstellung sämtliche Kernfächer – auch die manchmal vergessene Fachdidaktik – vertreten sind.

Wie jedes Jahr hat das Redaktionsteam im ersten **Reviewprozess** zwei Gutachten zu jedem Beitrag eingeholt. Diese Reviews wurden von dem Redaktionsteam sowie einer Reihe von Kolleg*innen erstellt, die im Folgenden in alphabetischer Reihenfolge angeführt werden: Christof Aichner, Gunda Barth-Scalmani, Günter Bischof, Ingrid Böhler, Andrea Brait, Isabella Brandstätter, Markus Debertol, Elisabeth Dietrich-Daum, Ellinor Forster, Ina Friedmann, Maximilian Gröber, Levke Harders, Ute Hasenöhr, Nina Hechenblaikner, Maria Heidegger, Marina Hilber, Julia Hörmann-Thurn und Taxis, Elias Knapp, Andrea Kronberger, Patrick Kupper, Irene Madreiter, Wolfgang Meixner, Reinhard Nießner, Sarah Oberbichler, Peter Pirker, Kurt Scharr, Kordula Schnegg, Jack Schropp, Jörg Schwarz, Ivan Stecher, Elena Taddei, Brigitte Truschnegg und Noam Zadoff. Ihnen allen gilt ein herzliches Dankeschön für die fundierten Reviews, die einen unentbehrlicher Bestandteil der alljährlichen Arbeit an einer neuen Ausgabe darstellen.

Für die Preisgelder danken wir der Philosophisch-Historischen Fakultät und den Emerita/Emeriti bzw. Ruheständler*innen der beteiligten Institute: Thomas Albrich, Reinhold Bichler, Klaus Eisterer, Margaretha Friedrich, Hermann Kuprian, Brigitte Mazohl, Heinz Noflatscher, Josef Riedmann und Christoph Ulf. Sonderpreise stiften das UNO-Center-Austria sowie (für Arbeiten mit Vorarlbergbezug) das Land Vorarlberg. Wir bedanken uns ganz herzlich!

Für die diesjährige Ausgabe sind insgesamt 31 Arbeiten von 26 Autor*innen eingelangt. Von diesen studentischen Einreichungen haben zwölf Beiträge das Peer-Review-Verfahren und die in diesem Kontext erforderlichen Korrekturschleifen erfolgreich durchlaufen und werden damit in der 15. Ausgabe von *historia.scribere* veröffentlicht. Insgesamt wurden fünf Artikel mit Best-Paper-Awards ausgezeichnet. Vier Beiträge erhielten mit Runner-Up-Awards den zweiten Rang. Zudem fanden drei Arbeiten als Lobende Erwähnungen Eingang in die diesjährige Ausgabe.

Dass die zeitliche Spannbreite der Arbeiten vom dritten vorchristlichen Jahrhundert bis in die 1990er-Jahre reicht und die geographische Verteilung sowohl lokal- und regionalgeschichtliche Mikrohistorien wie auch globalgeschichtliche Arbeiten über Konsum, Medizin, Gewerkschaften und Finanzströme enthält, illustriert die zeitliche, geographische und methodische Spannweite der diesjährigen Ausgabe.

Besonders erfolgreich haben heuer die folgenden fünf **Best Papers** abgeschnitten:

Die erste mit einem Best-Paper-Award (gesponsert von Reinhold Bichler) ausgezeichnete Bachelor-Arbeit von **Florian Maizner** widmet sich unter dem Titel „Von der Mine zur Münze. Der Weg des römischen Geldes“ dem römischen Währungssystem zur Zeit der Römischen Republik und des frühen Prinzipats. Dabei werden in der Arbeit zwei Dinge geleistet: Erstens wird ein fundierter Überblick über die verschiedenen Arten des zirkulierenden Münzgeldes unterschiedlicher Beschaffenheit (Kupfer-, Zinn-, Zink, Blei-, Silber- und Goldmünzen) gegeben, und zweitens wird der Edelmetallbergbau im

Römischen Reich detailliert beschrieben. Das Ergebnis ist eine intensive Auseinandersetzung mit der Münzgeschichte des Römischen Reiches, die sich sowohl auf die Ergebnisse archäologischer als auch literarischer Quellenarbeit stützt und den aktuellen Forschungsstand des Feldes in vorbildlicher Weise wiedergibt.

Ein weiterer Best-Paper-Award (gesponsert von Brigitte Mazohl und der Philosophisch-Historischen Fakultät) geht an **Theresa Möisinger**. Die Autorin konnte mit der Einreichung ihrer Seminararbeit mit dem Titel „Stärkungsmittel, Aphrodisiakum und Verdauungsgetränk. Kakao und Schokolade in der Medizingeschichte der europäischen Neuzeit“ einen wertvollen Beitrag zur Untersuchung der Verwendung und des Konsums von Schokolade vom späten 16. bis zum 19. Jahrhundert leisten. Anhand der Analyse unterschiedlicher neuzeitlicher medizinischer Traktate zeigt die Autorin, dass die sich ausbreitende Verwendung von Schokolade in Europa nur unter Einbeziehung medizinischer Konzepte verständlich ist. Denn Schokolade, so die These der Arbeit, erfreute sich zunächst beinahe ausschließlich als Medizinprodukt großer Beliebtheit. Wie sehr sich dieses Wissen über medizinische Anwendungsmöglichkeiten der Schokolade durch medizinische Abhandlungen verbreitet hat, wird anhand ausgewählter Handschriften minutiös herausgearbeitet. Deutlich wird gezeigt, dass der Konsum von Schokolade einem Wandel von einem Medizinprodukt hin zu einem Genussmittel unterworfen war und die Erforschung der Konsumgeschichte folglich nur unter Einbeziehung auch medizinhistorischer Aspekte gelingen kann.

Ein weiterer Best-Paper-Award (gesponsert von Thomas Albrich und Klaus Eisterer) geht an die Bachelorarbeit „Gewerkschaftsbund goes global. Österreichische Gewerkschaftssolidarität mit dem Globalen Süden zwischen 1955 und 1965“. Die Arbeit von **Katharina Föger** behandelt ein bislang wenig beachtetes Kapitel der österreichischen Zeitgeschichte nach 1945, konkret die Zusammenarbeit des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB) mit Gewerkschaften und Organisationen in Ländern des Globalen Südens, vorwiegend Afrikas, zwischen 1955 und 1965. Durch die Auswertung von Jahresberichten und Artikeln aus verschiedenen Publikationsorganen des ÖGB konnte die Autorin die unterschiedlichen Aktivitäten österreichischer Gewerkschaftsorganisationen in Regionen des Globalen Südens rekonstruieren. Das Ergebnis zeigt, dass es vor allem durch den Aktivismus der Jugendabteilung dem ÖGB gelang, zum Teil auch durch die Involvierung im westlich-orientierten Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG), eine frühe Form der nichtstaatlichen Entwicklungshilfe zu leisten. Diese Ergebnisse sind vor dem Hintergrund der österreichischen Neutralität, geopolitischer Verortungen und der österreichischen Entwicklungspolitik zu bewerten, die gerade für die 1960er noch nicht erschöpfend erforscht worden sind. Die Bedeutung der Gewerkschaften wird durch die vorgelegte Arbeit aber eindrucksvoll aufgezeigt.

Unbedingt preiswürdig aus Sicht der Reviewer*innen und daher auch mit einem Best-Paper-Award (gesponsert von Josef Riedmann und der Philosophisch-Historischen Fakultät) ausgezeichnet ist die zeithistorische Bachelorarbeit von **Katia Pedevilla** zum „Amt für Rücksiedlungshilfe an Optanten“ in Südtirol. Gegründet 1949 in Bozen war die Institution dafür verantwortlich, die Remigration und Reintegration von tausenden

den Rückoptant*innen durch organisatorische wie sozialpolitische Maßnahmen zu unterstützen. Rund 75.000 Menschen waren 1939 im Rahmen des Optionsabkommens von Südtirol ins Dritte Reich ausgewandert, zwischen einem Viertel und einem Drittel kehrte später zurück. Auf der Basis umfangreicher Recherchen in regionalen und überregionalen Archivbeständen und Zeitungen leistet Pedevilla einen wichtigen Beitrag zum besseren Verständnis des Verlaufs der Rücksiedlung in der Nachkriegszeit. Sie zeigt die Nähe des Amtes zur Politik der Südtiroler Volkspartei (SVP) auf, beleuchtet zentrale Tätigkeitsbereiche, wie die Beschaffung von Wohnraum, und bewertet die Aktivitäten insgesamt als beachtenswertes Zeichen gesellschaftlicher Solidarität im Südtirol der 1950er-Jahre.

Der diesjährige **Sonderpreis des UNO Center Austria in Transatlantic History** (gesponsert vom UNO Center Austria der University of New Orleans und der Philosophisch-Historischen Fakultät) geht an **Marcus Dietrich** für seine Proseminar-Arbeit „CMEA’s Monetary Institutions between the West and the Global South“. Situiert im jungen Forschungsfeld der Politischen Ökonomie des Kalten Krieges und der Ost-Süd-Beziehungen widmet sich dieser Beitrag dem 1949 gegründeten Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW bzw. CMEA/Comecon), dessen Ziel eine engere wirtschaftliche Kooperation einerseits zwischen den Ländern des sozialistischen Blocks und andererseits zwischen sozialistischen Staaten und dem Westen sowie dem Globalen Süden forcierte. Mit Blick auf die monetären Institutionen wie der Internationalen Bank für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, dem Transferrubel und der Internationalen Investitionsbank wird die Studie durch die wirtschaftswissenschaftliche Expertise des Autors ergänzt. Dietrich argumentiert, dass die RGW-Initiativen aufgrund struktureller Asymmetrien zwischen den Staaten letztlich meist unfruchtbar blieben und sozialistische Länder noch weiter in ein Verhältnis der Abhängigkeit vom kapitalistischen Westen trieben.

Vier Arbeiten erhalten in diesem Jahr einen **Runner-Up-Award**:

Auch dieses Jahr wird wieder eine hervorragende Bachelorarbeit mit dem **Land-Vorarlberg-Preis** (gesponsert vom Land Vorarlberg) ausgezeichnet, die zudem noch mit einem Runner-Up-Award (gesponsert von Christoph Ulf) prämiert wird. Die Bachelorarbeit von **Florian Martin Prirsch** mit dem Titel „Die Bedeutung des Müllerbachs für die Dornbirner Textilindustrie“ setzt sich in analytisch-kritischer Weise mit der Bedeutung der Wasserkraft für die Industrialisierung Vorarlbergs auseinander. Mithilfe archivalischer Quellenarbeit beschreibt die Arbeit minutiös die zunehmende Bedeutung künstlich angelegter Fließgewässer für die entstehende Textilindustrie. Dadurch zeigt der Autor, wie wichtig natürliche Ressourcen für die Industrialisierung ländlicher Gebiete waren und wie sehr die wirtschaftliche Nutzung derselbigen nachhaltig den Lebensraum veränderte. Die Arbeit leistet einen wertvollen Beitrag zur Erforschung der regionalen Wirtschaftsgeschichte unter Einbeziehung der die Industrialisierung begleitenden wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Veränderungen.

Verena Kaiser ist die Preisträgerin des zweiten Runner-Up-Awards (gesponsert von Margaretha Friedrich), den sie für ihre Bachelor-Arbeit über das Schulwesen der Jesu-

iten am Akademischen Gymnasium Innsbruck erhält. Der Artikel wertet Bestände des Schularchivs aus und bettet die Umstrukturierungen nach der Aufhebung des Jesuitenordens in eine längere Perspektive ein, die einen Blick auf das Bildungsideal, die Finanzierungsmittel und das Amt des Präfekten wirft. Kaiser kommt dabei zum Schluss, dass der zunehmende Einfluss des Staates am ehesten im Bereich der Finanzierung und der Zusammensetzung der Schüler*innen spürbar war, wohingegen es bei den Lehrern und in der pädagogisch-didaktischen Ausrichtung klar erkennbare Kontinuitäten gab.

Ebenfalls um das Themenfeld Schule geht es in einer Proseminar-Arbeit von **Katia Pedevilla**, die dafür den dritten Runner-Up-Award (gesponsert von Heinz Noflatscher) erhält. Darin werden zwei 1880 am Reichsgericht eingereichte Klagen aus den galizischen Städten Lemberg und Brody analysiert, bei denen die in Artikel 19 des Staatsgrundgesetzes von 1867 verankerte Gleichberechtigung der Nationalitäten im Schulwesen eingefordert wurde. Der Beitrag liefert einen quellengesättigten Einblick in das Spannungsfeld zwischen Zentralstaat und Kronländern im Kontext der Schule – ohne sprachliche, religiöse und ‚nationale‘ Zugehörigkeiten zu essentialisieren wird so auch die Vielschichtigkeit von Identitäten deutlich.

Den vierten Runner-Up-Award (gesponsert von Hermann Kuprian) erhält **Julia Danler** mit ihrer zeithistorischen Arbeit über die antikirchliche Medienoffensive im Kontext des *Aufbaus des Sozialismus* von 1952/53. Auf Basis einer modellhaft durchgeführten qualitativen Inhaltsanalyse von 37 Artikeln des SED-Pressorgans *Neues Deutschland* geht Danler der Frage nach, warum in einem Staat mit einer auf dem Papier gewährleisteten Religionsfreiheit die Kirchen massiv zurückgedrängt wurden und welche Argumente in der Legitimation dafür herangezogen wurden. Die Untersuchung widmet sich den Vorwürfen von Sabotage, Kriegshetze, Missbrauch und westlicher Propaganda und überzeugt mit einer klaren, stringenten Argumentation.

Lobende Erwähnungen und damit verbundene Preise (gesponsert von der Philosophisch-Historischen Fakultät) werden für drei Arbeiten ausgesprochen:

Roland Ernst Laimer hat sich mit seiner Seminararbeit im Kernfach Mittelalter einer historischen Person gewidmet, die heute in erster Linie durch die literarische Aufarbeitung Goethes bekannt ist: Reichsritter Götz von Berlichingen. Laimer fragt, warum Berlichingen sich dazu entschied, eine Autobiografie zu verfassen – und diskutiert diese Frage kenntnisreich in Bezug auf die Bedeutung des Genres „Autobiografie“ sowie die sich wandelnde Stellung von Adelsgeschlechtern am Übergang vom Spätmittelalter zur Frühen Neuzeit. Der in Fehdepraktiken verstrickte Ritter, so Laimer, passte sich an ein schreibendes Umfeld an.

Verena Hechenblaikner untersucht in ihrer Seminararbeit aus dem Kernfach Wirtschafts- und Sozialgeschichte, wie sich der Deutsche und Österreichische Alpenverein (DÖAV) zwischen Naturschutz einerseits und Naturerschließung andererseits positionierte. Für den Untersuchungszeitraum 1900–1938 kann sie überzeugend darstellen, dass es sich hier um ein äußerst ambivalentes Verhältnis handelte. Teile des Vereins ver-

suchten der erstarkenden Naturschutzbewegung Geltung zu verschaffen und weitere Erschließungen zu verhindern, trotzdem kam es jedoch zu Großprojekten. Der Verein fand keine klare Positionierung.

Ebenfalls im Kernfach Wirtschafts- und Sozialgeschichte hat **Jonas Zimmermann** eine Bachelorarbeit vorgelegt, die danach fragt, wie es in den USA gelang, die Poliomyelitis zu bekämpfen – insbesondere durch eine breite Akzeptanz der Impfung in der Bevölkerung. Zimmermann betont insbesondere die Rolle des Präsidenten Franklin D. Roosevelt in den 1930er-Jahren und des Forschers Jonas Salk nach dem Zweiten Weltkrieg. Gerade letzterer setzte stark auf Kriegsrhetorik und die Mobilisierung patriotischer Narrative, um für die Impfung zu werben.

Auch diese Jubiläumsausgabe deckt also wieder eine erfreuliche Bandbreite an Themen, Epochen und Ansätzen ab – und wir sind bereits gespannt auf die hoffentlich zahlreichen Einreichungen für die nächste Ausgabe. Vorerst aber wünschen wir, wie es schon zur Gewohnheit gewordenen ist, *bonne lecture* mit den Arbeiten aus dem 15. Jahrgang!

Florian Ambach, Eric Burton, Stephan Nicolussi-Köhler, Eva Pfanzerler

Best-Paper-Awards von *historia.scribere* 2023

Best-Paper-Award von *historia.scribere* 15

(gesponsert von **Reinhold Bichler**)

Best-Paper-Award von *historia.scribere* 15

(gesponsert von **Brigitte Mazohl** und der
Philosophisch-Historischen Fakultät)

Best-Paper-Award von *historia.scribere* 15

(gesponsert von **Thomas Albrich** und **Klaus Eisterer**)

Best-Paper-Award von *historia.scribere* 15

(gesponsert von **Josef Riedmann** und der
Philosophisch-Historischen Fakultät)

Sonderpreis des UNO Center Austria in Transatlantic History 2023 &

Best-Paper-Award von *historia.scribere* 15

(gesponsert vom **UNO Center Austria** der **University of New Orleans** und
der **Philosophisch-Historischen Fakultät**)

Von der Mine zur Münze. Der Weg des römischen Geldes

Florian Maizner

Kerngebiet: Alte Geschichte

eingereicht bei: Dr. Sabine Fick

eingereicht im: SoSe 2022

Rubrik: Bachelor-Arbeit

Abstract

Mine to Mint. The Way of Roman Coinage

This paper examines the materials used to produce ancient Roman coinage, describes their role in the Roman currency system, and tries to reconstruct the geographical origins of the various types of metal used. Work in Roman mines is briefly described as well as the process of refining ore to bullion. Additionally, the possible routes and methods of metal shipments from mines to mints spread across the Roman Empire are discussed and the need for supply lines of resources needed for smelting large quantities of ore is mentioned.

1. Einleitung – Das römische Geld

„Das dritte Verfahren dürfte die Werke der Giganten übertreffen. Nachdem man Stollen über weite Strecken getrieben hat, höhlt man Berge unter Lampenlicht aus [...] und viele Monate lang sieht man die Tageshelle nicht.“¹

Diese Aussage des älteren Plinius (23/24–79) bezog sich auf den Abbau von Gold unter Tage. Doch bevor Bergbau in der Antike ausführlicher erläutert wird, wird das römische Geldwesen und die Natur des römischen Geldes, das aus den Produkten des Bergbaus gefertigt wurde, erklärt. Eine aus Metall geprägte Münze hat immer einen messbaren Wert – den Metallwert. Im Gegensatz zu modernen Banknoten, deren Wert durch eine zentrale Finanzinstitution garantiert wird, war die Prägung nur ein Hinweis auf Gewicht

1 Plinius der Ältere, *Naturalis Historiae*, XXXIII, 70, Lateinisch-deutsch, übersetzt und herausgegeben von Roderich König/Gerhard Winkler (Sammlung Tusculum), München-Zürich 1984.

und Reinheit des Metalls an entsprechend einem anerkannten Standard.² Zwar war antikes Geld somit ein Realwertgeld, doch spielte auch das von der römischen Bevölkerung entgegengebrachte Vertrauen in die reichsweiten Prägungen eine wichtige Rolle.³ Das Wertversprechen des Römischen Reichs ermöglichte erst den Tausch zwischen den aus verschiedenen Metallen bestehenden Nominalen und verband somit Gold-, Silber- und Kupferprägungen zu einem System.⁴ Nach der augusteischen Münzreform (23 v. Chr.) bestanden die fünf wichtigsten Münznominalen aus acht Gramm Gold (Aureus), 3,8 Gramm Silber (Denar), zwölf bzw. 25 Gramm Orichalcum (Messing; vier Teile Kupfer, ein Teil Zink⁵; Dupondius bzw. Sesterz) und elf Gramm Kupfer (As). Dabei handelt es sich um Durchschnittswerte, da Schwankungen von bis zu zehn Prozent des angestrebten Gewichts häufig waren.⁶ Mit seiner Reform gelang es Kaiser Augustus (27 v. Chr.–14 n. Chr.), das Vertrauen der Bevölkerung in das Münzsystem aufzubauen.⁷ Durch die Akzeptanz abgegriffener Münzen bei Steuern oder Umtauschaktionen zeigte das Römische Reich auch später in der Kaiserzeit, dass es sich an seine Wertgarantie hielt – unabhängig von Qualität oder Materialgehalt der Münze.⁸

Die Beschreibung der auf erhaltenen antiken Münzen abgebildeten Personen und Szenen ist eine Grundkenntnis der Numismatik, ebenso wie das Lesen und Auflösen der Legenden. Doch die Beschreibung des Materials scheint häufig bereits durch einen Verweis auf das Nominal bzw. die Nennung des Metalls abgeschlossen zu sein. Zwar kann der Prägeort oft festgemacht werden, offen bleibt jedoch häufig, woher das Metall für die Münze bzw. das Erz als Ausgangsmaterial jenes antiken Zahlungsmittels, das heute als Quelle, etwa zur Datierung von archäologischen Funden oder als Sammlerstück gilt, stammte. Welche Wege legte nicht nur die Münze in veredelter Form, sondern auch das Material zurück, bis es zu dem widerstandsfähigen Kunstwerk wurde, das noch Jahrtausende später gefunden werden konnte? Mit der vorliegenden Arbeit wird versucht, diese Fragestellung für die Kaiserzeit zu beantworten. Dazu werden nach einer Einführung in die Metalle des römischen Münzwesens diese nacheinander im Detail behandelt und ihre Bedeutung im Währungssystem beleuchtet. Dabei wird die Frage beantwortet, aus welchen Regionen des Römischen Reiches das jeweilige Metall üblicherweise stammte. Zusätzlich wird beschrieben, welche Besonderheiten sich mit dem Material bzw. den daraus geschlagenen Nominalen in Verbindung bringen lassen, was vor allem bei Gold und Silber der Fall sein wird. Nachdem in einem weiteren Abschnitt der Abbau des Erzes, die Arbeitsbedingungen und Probleme einer

2 Anthony A. Barrett, *The Invalidation of Currency in the Roman Empire: The Claudian Demonetization of Caligula's Aes*, in: George M. Paul/Michael Ierardi (Hrsg.), *Roman Coins and Public Life under the Empire* (E. Togo Salmon Papers 2), Ann Arbor 1999, S. 83–93, hier S. 83.

3 Hans-Joachim Drexhage/Heinrich Konen u. a., *Die Wirtschaft des Römischen Reiches (1.–3. Jahrhundert)*. Eine Einführung (Studienbücher Geschichte und Kultur der Alten Welt), Berlin 2002, S. 205.

4 Klaus Hasler, *Studien zu Wesen und Wert des Geldes in der römischen Kaiserzeit von Augustus bis Severus Alexander* (Bochumer Historische Studien, Alte Geschichte 4), Bochum 1980, S. 114.

5 Harold Mattingly, *Coins of the Roman Empire in the British Museum*, vol. 1, Augustus to Vitellius, London 1965, S. XLVII.

6 Reinhard Wolters, *Nummi Signati*. Untersuchungen zur römischen Münzprägung und Geldwirtschaft (Vestigia. Beiträge zur Alten Geschichte 49), München 1999, S. 341.

7 Kenneth W. Harl, *Coinage in the Roman Economy, 300 B.C. to A.D. 700*, Baltimore-London 1996, S. 74.

8 Hasler, *Studien zu Wesen und Wert*, S. 112.

Mine sowie die Verarbeitung zu Barren dargestellt werden, wird auch dem Transport des Metalls ein Kapitel gewidmet. Dabei werden die Möglichkeiten diskutiert, auf welchen Wegen die Barren zu den Prägestätten gelangten, um abschließend die dortige Veredelung vom Metall zur Münze zu beschreiben. Zudem werden auch die verschiedenen Standorte der Münzstätten, deren Verlegungen und Neugründungen behandelt, um die forschungsleitende These zu überprüfen, dass die Nähe zum Münzmetall kaum ausschlaggebend für die Einrichtung derselben war.

Eine Reihe wissenschaftlicher Artikel beschäftigte sich bisher mit den großen Regionen des römischen Bergbaus, jedoch stammen diese teilweise aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, da der kalifornische Goldrausch im 19. Jahrhundert auch das Interesse am Bergbau in Europa wiedererweckte und in diesem Zusammenhang ebenso antiker Bergbau erforscht wurde.⁹ In Buchform finden sich ebenso kaum Beiträge zum Forschungsthema der vorliegenden Arbeit. Am ehesten erfuhr es in der Forschung bisher Aufmerksamkeit, wenn die Verringerung des Edelmetallgehaltes behandelt wurde, um so die Inflation und wirtschaftlichen Krisen im Römischen Reich erklären zu können. Erwähnungen zum Bergbau und Transport sind rar gesät in den umfangreichen Diskussionen über das römische Münzwesen oder im Diskurs über die massive Entwertung des Denars, Schätzungen zum Umfang der Prägungen und die antike Wirtschaft im Allgemeinen. Hervorzuheben sind die Arbeiten von Christopher Howgego¹⁰, Kenneth Harl¹¹, Alfred Hirt¹² sowie Hans-Joachim Drexhage, Heinrich Konen und Kai Ruffing¹³. Ausführliche Einblicke in den antiken Bergbau und das Hüttenwesen gewährt die Arbeit zum Thema Blei von Stefan Meier¹⁴. Als antike Quelle zum Thema Bergbau steht neben dem bereits im Eingangszitat erwähnten Plinius dem Älteren und seiner Naturkunde auch Strabo (um 63 v. Chr.–nach 20 n. Chr.) zur Verfügung, der einige römische Minen im heutigen Spanien lokalisierte.¹⁵ Zudem sind mehrere Inschriften erhalten, die Rückschlüsse auf die Arbeitsbedingungen in römischen Bergwerken zulassen.¹⁶ Deren Bedeutung für die sozialen Aspekte einer Mine widmete sich Stanisław Mrozek¹⁷.

9 P. R. Lewis/G. D. B. Jones, Roman Gold-Mining in North-West Spain, in: *The Journal of Roman Studies* 60 (1970), S. 169–185, hier S. 169.

10 Christopher Howgego, Geld in der Antiken Welt. Was Münzen über Geschichte verraten, Darmstadt 2000; ders., The Supply and Use of Money in the Roman World 200 B.C. to A.D. 300, in: *The Journal of Roman Studies* 82 (1992), S. 1–31; ders., Why did Ancient States strike Coins?, in: *The Numismatic Chronicle* 150 (1990), S. 1–25.

11 Kenneth W. Harl, *Coinage in the Roman Economy, 300 B.C. to A.D. 700*, Baltimore-London 1996.

12 Alfred Michael Hirt, *Imperial Mines and Quarries in the Roman World. Organizational Aspects 27 BC – AD 235*, Oxford-New York u. a. 2010.

13 Hans-Joachim Drexhage/Heinrich Konen u. a., *Die Wirtschaft des Römischen Reiches (1.–3. Jahrhundert). Eine Einführung* (Studienbücher Geschichte und Kultur der Alten Welt), Berlin 2002.

14 Stefan W. Meier, *Blei in der Antike. Bergbau, Verhüttung, Fernhandel*, Zürich 1995.

15 Jean David C. Boulakia, Lead in the Roman World, in: *American Journal of Archaeology* 76 (1972), Heft 2, S. 139–144, hier S. 139.

16 Drexhage/Konen u. a., *Die Wirtschaft*, S. 223–224, 282.

17 Stanisław Mrozek, Die Goldbergwerke im römischen Dazien, in: Hildegard Temporini (Hrsg.), *Aufstieg und Niedergang der römischen Welt (ANRW). Geschichte und Kultur Roms im Spiegel der neueren Forschung II*, Bd. 6, Berlin-New York 1977, S. 95–109; ders., *Lohnarbeit im klassischen Altertum. Ein Beitrag zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte*, Bonn 1989.

2. Das römische Münzwesen und der Bergbau

Die italienische Halbinsel als Zentrum des Römischen Reiches war zwar reich an Eisen, das für Werkzeuge, Baumaterial und vor allem Waffen benötigt wurde, doch gab es dort kaum Metall für Münzen.¹⁸ Die Versorgung der römischen Münzstätten mit prägefähigem Metall wurde deshalb nicht nur durch den Abbau in Minen sichergestellt, sondern traf auch in Form von Kriegsbeute oder Tributzahlungen bei den Münzstätten ein.¹⁹ Weitere Möglichkeiten des Zuflusses von Metall in das Prägewesen bestanden in Form von Entschädigungen oder Geschenken an das Römische Reich, durch den Kauf von Metall am freien Markt oder das Einschmelzen älterer Münzen, um sie im Anschluss neu auszumünzen.²⁰ Dabei scheint es, als sei das Römische Reich bei der Rückholung alter Münzen in Form von Steuern nicht erfolgreich gewesen, weshalb ständig neues Material nötig war, um die primären Ausgaben – allem voran für das Militär – finanzieren zu können.²¹ Der Abbau und die Verarbeitung von Erz zu Metallbarren in Minen dürfte daher in der Kaiserzeit wohl die wichtigste und zuverlässigste Rolle für den Metallzufluss gespielt haben.

Eine genaue Feststellung der Produktionsmenge von Metallen über das gesamte Reich ist schwierig. Die überlieferten Zahlen, insbesondere für Edelmetalle, dürften häufig übertrieben sein bzw. zeigen immer nur eine Momentaufnahme der Fördermenge.²² Zudem ist zu beachten, dass nicht alle Bergwerke unter direkter Kontrolle standen, da die Kaiser ihre Minen teilweise verpachteten.²³ Viele davon gelangten mit der Zeit gänzlich in private Hand, während Goldminen weitgehend zentral organisiert blieben. Zu Beginn der Kaiserzeit befanden sich wohl die meisten Gold- und Silberminen in kaiserlichem Besitz, nachdem eine Rückholung von bereits in der Republik verpachteten Minen angestrebt worden war.²⁴ Minen in kaiserlicher Hand wurden üblicherweise von autorisierten Personen, teilweise sogar von Soldaten betrieben.²⁵ Für die Minen aus der Zeit der Republik, insbesondere Bleibergwerke, diente der *ager publicus*²⁶ als Verwaltungsorgan.²⁷ Bergwerke für andere Metalle wie Kupfer, Zinn und Eisen blieben allerdings häufig in privater Hand.²⁸ Der Grund und die Bodenschätze der verpachteten Minen gehörten dem Kaiser. Die Hälfte des Minenertrags galt als sein Anteil, die andere Hälfte blieb jenen, die die Mine gepachtet hatten. Wie die Übergabe der Pacht erfolgte, lässt sich allerdings nicht rekonstruieren. Für Gold und Silber dürfte es wohl auch

18 Jonathan C. Edmondson, Mining in the Later Roman Empire and beyond: Continuity or Disruption?, in: *The Journal of Roman Studies* 79 (1989), S. 84–102, hier S. 84.

19 Howgego, Why did Ancient, S. 5.

20 Howgego, Geld in der Antiken Welt, S. 27.

21 Richard Duncan-Jones, Structure and Scale in the Roman Economy, Cambridge 1990, S. 44.

22 Howgego, The Supply and Use, S. 6–7.

23 Edmondson, Mining, S. 97–98.

24 Howgego, The Supply and Use, S. 8.

25 Drexhage/Konen u. a., Die Wirtschaft, S. 47.

26 Land im Besitz der Republik, das öffentliche Einkünfte für das Gemeinwesen erzielen sollte: Michael Hewson Crawford, Ager publicus, in: Der Neue Pauly online, 2006, http://dx.doi.org/10.1163/1574-9347_dnp_e107760, eingesehen 14.2.2023.

27 Boulakia, Lead in the Roman World, S. 142.

28 Edmondson, Mining, S. 97.

einen freien Markt gegeben haben, von dem prägefähige Barren zugekauft werden konnten.²⁹

In der Forschung zum antiken Bergbau dient häufig die Iberische Halbinsel als Paradebeispiel. Dort wurde vom Römischen Reich ab dem 2. Jahrhundert v. Chr. Erz abgebaut. Sie bot die volle Palette an Metallen, die in der antiken Wirtschaft benötigt wurden,³⁰ die wichtigsten davon waren Gold, Silber, Kupfer, Blei und Eisen.³¹ Die dortigen Bergwerke arbeiteten bis zum 3. Jahrhundert auf einem hohen Förderniveau und produzierten für das Münzwesen insbesondere Gold, Silber und Kupfer.³² Es muss betont werden, dass Minen üblicherweise nicht ein einzelnes Metall, sondern ein breites Spektrum an Materialien förderten und verarbeiteten. Die genaue Feststellung, um welche es sich dabei handelte, ist schwierig und bedarf einer ausgiebigen Analyse des Bodens.³³ Das viele unterschiedliche Metalle enthaltende Erz im spanischen Rio Tinto führte dazu, dass komplexe Verfahren zur Trennung der verschiedenen Bestandteile entwickelt wurden, die teilweise bis in die Gegenwart Anwendung finden.³⁴

Insbesondere die archäologischen Befunde aus Spanien vermittelten den Eindruck, dass kaiserzeitliche römische Minen stets im Rahmen großangelegter Bergbauoperationen errichtet wurden. Da Spuren jedoch häufig nur dort entdeckt werden, wo in jüngerer Zeit aufgrund ausreichend großer Lagerstätten wieder Erz abgebaut wird, bleiben gänzlich ausgebeutete und kleinere Minen häufig unentdeckt.³⁵ Weitere archäologische Ergebnisse stützen die auf dem *Codex Theodosianus* basierende Forschungsmeinung, dass auch kleine Minen betrieben, diese aber wohl rasch wieder geschlossen wurden, nachdem etwa das einfach abzubauen, mit Pfannen aus Flusskies gewaschene Gold erschöpft war.³⁶ Bei der Suche nach leicht zugänglichen Erzvorkommen an der Oberfläche bewiesen die antiken Fachleute großes Geschick, da Nachprospektionen im Spanien des 20. Jahrhunderts kaum oberflächennahe Erzschichten entdeckten.³⁷ Der Umfang des römischen Bergbaus hinterließ allerdings nicht nur archäologische Überreste. Spuren der antiken Metallverarbeitung finden sich in Sedi-mentablagerungen in Seen in der Schweiz, in Spanien und sogar in Schweden. Diese deuten auf Verschmutzungen in der Atmosphäre hin, die mit der Erzschmelze in der Antike in Verbindung gebracht werden.³⁸ Aus grönländischen Eisbohrkernen lässt sich nachweisen, dass der Bergbau in römischer Zeit stark zugenommen hatte, und zwar in einem Ausmaß, das bis zur Industriellen Revolution nicht mehr erreicht wurde.³⁹

29 Howgego, *The Supply and Use*, S. 8–9.

30 Edmondson, *Mining*, S. 88.

31 Cyril Edward Nowill Bromehead, *The Evidence for Ancient Mining*, in: *The Geographical Journal* 96 (1940), Heft 2, S. 101–118, hier S. 111.

32 Wolters, *Nummi Signati*, S. 54.

33 Lewis/Jones, *Roman Gold-Mining*, S. 170.

34 Hasso Moesta/Peter Robert Franke, *Antike Metallurgie und Münzprägung. Ein Beitrag zur Technikgeschichte*, Basel-Boston u. a. 1995, S. 120.

35 Edmondson, *Mining*, S. 87.

36 Harl, *Coinage in the Roman Economy*, S. 80.

37 Meier, *Blei in der Antike*, S. 138.

38 Elio Lo Cascio, *The Function of Gold Coinage in the Monetary Economy of the Roman Empire*, in: William V. Harris (Hrsg.), *The monetary Systems of the Greeks and Romans*, Oxford-New York u. a. 2008, S. 160–173, hier S. 163.

39 David Killick/Thomas Fenn, *Archaeometallurgy: The Study of Preindustrial Mining and Metallurgy*, in: *Annual Review*

Nach der Zeit Kaiser Trajans (98–117) und dem damit verbundenen Ende der römischen Expansion sind keine bedeutenden neuen Mineneröffnungen mehr bekannt. Viele der älteren Bergbauregionen versiegten zudem allmählich oder konnten sich wohl nicht von Unterbrechungen in der Zeit Mark Aurels (161–180) oder des frühen 3. Jahrhunderts erholen.⁴⁰ Aufgrund der technischen Möglichkeiten der Antike waren die größten Minen bereits nach etwa einem Jahrhundert der Ausbeutung erschöpft, kleinere wohl noch schneller. Die meisten römischen Minen hatten nach der Hochphase des Bergbaus in der frühen Kaiserzeit ihren Zenit überschritten und waren in der Regierungszeit der Severer-Dynastie (193–235) zu großen Teilen erschöpft.⁴¹ Der Schwund an Edelmetallvorräten und die allgemeine Metallknappheit dürften mit ein Grund für die wirtschaftliche Krise des 3. Jahrhunderts gewesen sein.⁴² In jener Zeit wurden Goldmünzen kaum mehr verwendet und Silbermünzen immer weiter entwertet.⁴³

2.1 Buntmetalle: Kupfer, Zinn, Zink

Die Abbaugelände für die sogenannten Buntmetalle waren weit verstreut und Kupfer war so gut wie überall im Römischen Reich zu finden.⁴⁴ Zypern, das ab 31 v. Chr. unter römischer Herrschaft stand, stellte wohl die bedeutendste Region der Förderung dar.⁴⁵ Das Metall war in der Antike das wichtigste Exportgut der Insel. Aufgrund der Menge des aus Zypern stammenden Kupfererzes – *aes cyprium* – entwickelte sich das lateinische Wort *cuprum*, aus dem sich das moderne deutsche Wort „Kupfer“ ableitet. Der Name der Insel wurde zur Metallbezeichnung.⁴⁶ Auch auf der Iberischen Halbinsel wurde Kupfer abgebaut. Unter Kaiser Trajan lässt sich dort die größte Aktivität feststellen und Münzfunde zeigen, dass die Minen bis in die Mitte des 4. Jahrhunderts betrieben wurden.⁴⁷ In Gallien gab es ebenfalls große Mengen an Kupfer, allerdings sei das Metall aufgrund der dortigen Verarbeitungstechniken laut Plinius dem Älteren schwarz und brüchig gewesen. Zudem sei das Kupfer in Gallien nur einmal geschmolzen worden, was ebenfalls nicht zur Güte beigetragen habe.⁴⁸ Ebenso wurde im heutigen Spanien und Portugal während der ersten beiden nachchristlichen Jahrhunderte Zinn abgebaut, vor allem in den Regionen Lusitania und Galizien. Trotz eines massiven Rückgangs dürfte die Produktion in einem kleinen Umfang bis weit in das 4. Jahrhundert fortgeführt worden sein. Als Grund für das Ende der römischen Minenaktivität auf der Iberischen Halbinsel wird der germanische Einfall zu Beginn des 5. Jahrhunderts vermutet.⁴⁹

of Anthropology 41 (2012), S. 559–575, hier S. 560.

40 Howgego, *The Supply and Use*, S. 8.

41 Harl, *Coinage in the Roman Economy*, S. 83.

42 Howgego, *Geld in der Antiken Welt*, S. 27.

43 Howgego, *The Supply and Use*, S. 8.

44 Moesta/Franke, *Antike Metallurgie und Münzprägung*, S. 136.

45 Meier, *Blei in der Antike*, S. 123–124.

46 ERIH – European Route of Industrial Heritage e.V. (Hrsg.), *Zur Industriegeschichte von Zypern*, o. D., <https://www.erih.de/wie-alles-begann/industriegeschichte-europaeischer-laender/cyprus-zypern>, eingesehen 20.6.2022.

47 Edmondson, *Mining*, S. 90.

48 Plinius der Ältere, *Naturalis Historiae*, XXXIV, 96, Lateinisch-deutsch, übersetzt und herausgegeben von Roderich König/Karl Bayer (Sammlung Tusculum), Darmstadt 1989; Wolters, Nummi Signati, S. 54.

49 Edmondson, *Mining*, S. 91.

Zudem waren in der Antike die Erzvorkommen in der Bretagne berühmt.⁵⁰ Dort gab es große Vorkommen von Zinn und Kupfer.⁵¹ In Bezug auf eine antike Sage erklärte Plinius, dass das Zinn von Inseln im Atlantik stammte.⁵² Da die Insel Britannien ebenfalls als zinnreiche Region galt,⁵³ scheint sich diese Sage an den tatsächlichen Hauptabbaugebieten des Metalls in Atlantiknähe zu orientieren. Bei Zink handelt es sich um ein weit verbreitetes Metall, das allerdings nicht in großem Rahmen abgebaut wurde.⁵⁴ Es stammte hauptsächlich aus den Regionen um das römische Corduba im Süden des heutigen Spanien und Aljustrel im heutigen Portugal, wo es gemeinsam mit Kupfer abgebaut wurde.⁵⁵ Aufgrund der Eigenschaften von Zink ist seine Verhüttung schwierig. Das Metall verdampft unter atmosphärischen Bedingungen, bevor es von der Schlacke getrennt werden kann. In der Antike wurde es gemeinsam mit Kupfer und Holzkohle in einem versiegelten Tiegel auf tausend Grad Celsius erhitzt, um direkt Orichalcumbarren zu verhütten.⁵⁶

Die aus den unedlen Metallen Kupfer, Zinn und teilweise Blei legierte Bronze spielte im Münzwesen in der Zeit der Römischen Republik eine wichtige Rolle,⁵⁷ während sie in der Kaiserzeit lediglich das häufigste Metall der autonomen Lokalprägungen war. Dieses Kleingeld diente dem Handel vor Ort und fiel für die gesamtromische Wirtschaft nicht ins Gewicht.⁵⁸ Zur Akzeptanz der aus Orichalcum gefertigten Sesterzen und Dupondien trug ihre absichtlich gering gehaltene Anzahl bei, außerdem die Möglichkeit sie in höhere und niedrigere Nominale tauschen zu können und ihre Optik, die durch Glanz und Handwerkskunst überzeugte. Die Münzen waren zudem leichter als ihre bronzenen Vorläufer.⁵⁹ Nicht nur die dafür bekannten Denare aus Silber, sondern auch die Buntmetallprägungen erfuhren Veränderungen in der Zusammensetzung aufgrund zunehmender Entwertung des Metallanteils. Der Zinkgehalt der Sesterzen und Dupondien verringerte sich, der Kupferanteil der Asse ebenso, wodurch der rötliche Glanz letzterer verloren gegangen sein dürfte.⁶⁰

2.2 *Blei*

Blei war aufgrund seines niedrigen Schmelzpunktes (327 Grad Celsius) eines der ersten Metalle, das von Menschen bewusst verwendet und verarbeitet wurde. Trotz seines unedlen Charakters verhindert die rasch entstehende Oxidationsschicht, die auch von natürlichen Wasser- und Luftverhältnissen kaum angegriffen wird, dass das Metall von

50 Meier, *Blei in der Antike*, S. 66.

51 Bromehead, *The Evidence*, S. 112–113.

52 „Der Sage nach steuerte man die Inseln des Atlantischen Ozeans an [...]“: Plin., *nat.*, XXXIV, 156–157. Gemeint sind die Kassiteriden (Erläuterungen in der Ausgabe auf S. 200).

53 Meier, *Blei in der Antike*, S. 69.

54 Moesta/Franke, *Antike Metallurgie und Münzprägung*, S. 145.

55 Harl, *Coinage in the Roman Economy*, S. 81.

56 Ian C. Freestone/Paul T. Craddock u. a., *Zinc Production at Zawar, Rajasthan*, in: Paul T. Craddock/M. J. Hughes (Hrsg.), *Furnaces and Smelting Technology in Antiquity (British Museum Occasional Paper 48)*, London 1985, S. 229–244, hier S. 229–231.

57 Mattingly, *Coins of the Roman Empire*, S. XLVII.

58 Wolters, *Nummi Signati*, S. 51.

59 Harl, *Coinage in the Roman Economy*, S. 77.

60 Wolters, *Nummi Signati*, S. 343.

äußeren Einflüssen beschädigt wird. In Italien selbst gab es kein Blei, dafür jedoch in weiten Teilen des Mittelmeerraums und Westeuropas, in die sich das Römische Reich ausbreiten sollte.⁶¹ Bleimünzen waren in Rom verboten, jedoch finden sich drei regionale Beispiele der Verwendung: Im Ägypten des 2. und 3. Jahrhunderts, im Gallien des 1. und 2. Jahrhunderts sowie im numidischen Nordafrika. Nichtsdestotrotz fand das Metall dennoch Verwendung im offiziellen römischen Münzwesen, indem es zum Entwerten von Silber-, aber auch Goldmünzen verwendet wurde. Bei der Reduktion des Edelmetallanteils sollte das Gewicht durch Beimischung von unedlem Metall beibehalten werden. Zusätzlich fand das Blei auch Anwendung in den Bronzelegierungen für das Kleingeld, wo es einen Anteil von einem bis zwanzig Prozent einnahm.⁶²

Die größten Bleiminen der Kaiserzeit lagen in Spanien, Britannien und auf Sardinien. In diesen Regionen existierten die Minen bereits vor dem Kontakt mit dem Römischen Reich und wurden rasch nach der Eroberung übernommen. In Britannien gab es eine immense Menge an Blei, weshalb sogar die Verarbeitung des Materials auf drei Viertel der verfügbaren Menge gedeckelt wurde, um einen Preisverfall durch Überschuss zu verhindern. Der Rest wurde in der Schlacke zurückgelassen. Vor allem gegen Ende des Römischen Reiches spielte in Bezug auf Blei wohl die hauptstadtnahe Insel Sardinien die wichtigste Rolle. Der Abbau von Blei sicherte dort über Jahrhunderte Wohlstand. Im Jahr 369 wurde auf kaiserlichen Befehl hin eine illegale Beförderung von Metallarbeitskräften nach Sardinien verboten.⁶³ Ab 378 wurde ein Überschiffen von Bergleuten gar mit der Höchststrafe bedroht. Jene Bergleute drängten im 4. Jahrhundert aus zunehmend instabilen Regionen im Norden oder Osten des Reiches nach Sardinien. Möglicherweise wollten sie auch dem zentral organisierten Bergbau entkommen, in der Hoffnung, im Bleibergbau bessere Arbeitsbedingungen zu finden.⁶⁴ Die noch zu Beginn der Kaiserzeit forcierte Kontrolle⁶⁵ könnte damit zusammenhängen, dass in Bleibergwerken häufig Silber produziert wurde. Auch Plinius wusste bereits, dass das Edelmetall aus Bleierz gewonnen wurde.⁶⁶

2.3 Silber

Bereits gegen Ende des 2. Jahrhunderts v. Chr. setzten sich Silbermünzen gegen Bronzeprägungen als Hauptzahlungsmittel durch⁶⁷ und etablierten sich als Grundlage des innerrömischen Langstreckenhandels und der Binnenwirtschaft.⁶⁸ Der erste große Zufluss von Silber nach Rom fand nach dem Ersten Punischen Krieg (264–241 v. Chr.) statt. Vor dieser Zeit gab es nur wenige römische Silbermünzen.⁶⁹ Plinius, der im ersten nachchristlichen Jahrhundert bereits zur Zeit des augusteischen Münzwesens aufgewach-

61 Boulakia, *Lead in the Roman World*, S. 139.

62 Ebd., S. 143–144.

63 Ebd., S. 139–140.

64 Meier, *Blei in der Antike*, S. 88–89.

65 Boulakia, *Lead in the Roman World*, S. 142.

66 Plin., *nat.*, XXXIV, 158.

67 Wolters, *Nummi Signati*, S. 19.

68 Keith Hopkins, *Taxes and Trade in the Roman Empire (200 B.C.–A.D. 400)*, in: *The Journal of Roman Studies* 70 (1980), S. 101–125, hier S. 106.

69 Howgego, *The Supply and Use*, S. 4.

sen war, wunderte sich mit der Feststellung, „daß das römische Volk von besiegten Völkern als Tribut stets Silber, nicht Gold verlangte“ über das frühere Vorgehen Roms und nennt als Beispiel Karthago, das für fünfzig Jahre jährlich 16.000 Pfund des Edelmetalls abzugeben hatte, „aber kein Gold“.⁷⁰ Der direkte Zugriff auf die Silberminen Karthagos gelang dem Römischen Reich schließlich als Beute des Zweiten Punischen Krieges (218–202 v. Chr.).⁷¹ Durch eine erhöhte literarische Beschäftigung mit dieser Region wurden die vergleichsweise nur gering beschriebenen Edelmetallminen im südlichen Iberien überschattet.⁷² Andere ältere antike Minen, wie etwa die attischen Silberminen, oder jene in Mazedonien bzw. Thrakien, finden in der römischen Zeit kaum Erwähnung. Diese waren wohl bereits erschöpft oder besaßen nur noch geringe Relevanz neben den neuen großangelegten Bergbauoperationen.⁷³ Am West- und Zentralbalkan fanden sich neben Gold auch große Mengen Silber.⁷⁴ Laut Plinius dem Älteren wurde Silber in fast allen römischen Provinzen gefunden, jedoch sei jenes aus Spanien das schönste gewesen.⁷⁵ Die Bretagne war neben ihrem Reichtum an Zinn auch als Gebiet mit silberreichen Bleierzvorkommen bekannt.⁷⁶ Die spanischen Minen in den südöstlichen Pyrenäen und im Ebrothal versorgten die römischen Münzstätten bis ins 2. Jahrhundert mit Silber.⁷⁷ Trotz enormen Bleireichtums finden sich heute kaum große Mengen Silber in Britannien. Da es zu römischer Zeit wohl ebenfalls oberflächennah nur geringe Mengen des Edelmetalls im Bleierz gab, dürfte die britische Silberproduktion neben der spanischen gering geblieben sein.⁷⁸

Die Praktik der Münzentwertung fand insbesondere bei Silbernominale Anwendung. In der Mitte des 1. Jahrhunderts bestanden Silbermünzen noch zu 97 Prozent aus Edelmetall. Die häufigen Phasen der Entwertung führten dazu, dass sich der Silbergehalt bis zur Mitte des 3. Jahrhunderts auf etwa vierzig Prozent reduzierte, um im weiteren Verlauf auf weniger als vier Prozent zu fallen.⁷⁹ Richard Duncan-Jones lieferte ausführliche Tabellen mit Mittelwerten der Münzentwertung in Bezug auf Gewicht und Feingehalt der Denare im Zeitraum von Kaiser Augustus bis Severus Alexander (222–235).⁸⁰ Das Herabsetzen des Metallgehalts sollte nichts am Wert der Münze ändern, die Wechselkurse zwischen den Nominalen blieben gleich. In der römischen Binnenwirtschaft sollte der Metallwert für den Münzwert keine Rolle spielen.⁸¹ Vereinzelt wurde in der Forschung vermutet, die Verschlechterung des Silbergehalts der Denare unter Kaiser Trajan hänge mit einem Versuch zusammen, die Wertrelationen nach dem Zufluss an Edelmetall in Form von Beute aus den Dakerkriegen, die unter den Kaisern Domiti-

70 Plin., nat., XXXIII, 51.

71 Bromehead, *The Evidence*, S. 111.

72 Edmondson, *Mining*, S. 90.

73 Howgego, *The Supply and Use*, S. 7.

74 Harl, *Coinage in the Roman Economy*, S. 82.

75 Plin., nat., XXXIII, 96.

76 Meier, *Blei in der Antike*, S. 66.

77 Harl, *Coinage in the Roman Economy*, S. 81.

78 Meier, *Blei in der Antike*, S. 69.

79 Hopkins, *Taxes and Trade*, S. 123.

80 Richard Duncan-Jones, *Money and Government in the Roman Empire*, Cambridge 1998, S. 227–232.

81 Walter Scheidel, *Coin Quantity, Coin Quality, and Coin Value in Early China and the Roman World*, in: *American Journal of Numismatics* 22 (2010), S. 93–118, hier S. 97.

an (81–96) und Trajan (98–117) geführt wurden, wieder zu stabilisieren. Die neuere Forschung sieht dies jedoch skeptisch und vermutet eher Nachwirkungen früherer Entwertungen.⁸² Nichtsdestotrotz gab es wohl aufgrund der großen Menge an verfügbarem Metall und wegen des Rückrufs alter Prägungen in den Jahren nach 107 eine verstärkte Prägeaktivität.⁸³ Vor allem wenn Metallbarren zum Prägen knapp waren, dürfte die Herabsetzung des Feingehalts praktiziert worden sein.⁸⁴

Die Entwertung der Silbermünzen erfolgte nicht nur mit Blei⁸⁵, sondern vor allem durch die Beimischung von Kupfer, was eine abweichende Färbung zur Folge hatte.⁸⁶ Beim Vertuschen dieser Auffälligkeit gingen die antiken Prägestätten äußerst geschickt vor, da die Außenschicht silberreich blieb. Daraus lässt sich folgern, dass die Verantwortlichen wussten, welchen Grad an Entwertung die Bevölkerung bemerken würde.⁸⁷ Die Legierung von Silber und Kupfer färbt sich bereits ab einem Kupferanteil von zwanzig Prozent rötlich, was das sogenannte Weißsiedeverfahren notwendig machte. Diese Methode wurde auch noch im 20. Jahrhundert für Deutsche Mark-Münzen angewandt.⁸⁸ Dadurch blieb in den Phasen der stärksten Entwertung, bei einem Anteil von weniger als fünf Prozent Feingehalt, dennoch der Glanz von Silber an der Außenseite gewahrt.⁸⁹ Auch die moderne Numismatik konnte durch die Außenschicht lange Zeit getäuscht werden.⁹⁰ Den Tiefstand erreichte der Silbergehalt, als er auf etwa zwei Prozent in den 60er-Jahren des 3. Jahrhunderts sank.⁹¹ Doch bereits zu Beginn jenes Jahrhunderts bemerkten weite Teile der Bevölkerung, dass Silbermünzen zunehmend mit niedrigerem Edelmetallgehalt ausgegeben wurden. Aus diesem Grund wurden wohl die älteren, mehr Silber beinhaltenden Denare aufbewahrt und der von Beginn an überbewertete Antoninian gemieden.⁹² Diese von Caracalla (211–217) eingeführte Nominale besaß das 1,5-fache Gewicht (fünf Gramm) des Denars, aber den doppelten Wert.⁹³ Als während des 3. und 4. Jahrhunderts Silbermünzen entwertet wurden, gewannen zudem die stabileren Goldmünzen an Bedeutung.⁹⁴ Trotz des massiven Abfalls des Silbergehalts scheint die Inflation erst mit der Zunahme anderer wirtschaftlicher Probleme in den 70er-Jahren des 3. Jahrhunderts schwerwiegende Züge für Wirtschaft und Gesellschaft angenommen zu haben.⁹⁵

82 Drexhage/Konen u. a., *Die Wirtschaft*, S. 39.

83 Hasler, *Studien zu Wesen und Wert*, S. 107.

84 Duncan-Jones, *Structure and Scale*, S. 44.

85 Boulakia, *Lead in the Roman World*, S. 143.

86 Moesta/Franke, *Antike Metallurgie und Münzprägung*, S. 126.

87 Scheidel, *Coin Quantity*, S. 103.

88 Hasler, *Studien zu Wesen und Wert*, S. 124–125.

89 Wolters, *Nummi Signati*, S. 343.

90 Scheidel, *Coin Quantity*, S. 103.

91 Howgego, *Geld in der Antiken Welt*, S. 13.

92 Scheidel, *Coin Quantity*, S. 103.

93 Drexhage/Konen u. a., *Die Wirtschaft*, S. 207.

94 Scheidel, *Coin Quantity*, S. 94.

95 Drexhage/Konen u. a., *Die Wirtschaft*, S. 305–306.

2.4 Gold

Die ersten Goldmünzen Roms wurden während des Kriegs gegen Hannibal geprägt, um die Ausgaben decken zu können.⁹⁶ Vor der Kaiserzeit wurde das Gold des Reichsschatzes wohl vor allem dazu verwendet, um Silber und Bronze für die Münzprägung zu kaufen.⁹⁷ Doch später stellten Goldmünzen wertmäßig wahrscheinlich den größten Anteil am römischen Währungssystem dar.⁹⁸ Dies wurde insbesondere durch den Sonderfall von Münzfunden in Pompeji deutlich. Dabei handelte es sich nicht um einen Hortfund im klassischen Sinne, sondern um einen durch einen Vulkanausbruch konservierten Wirtschaftsraum, der eine alltägliche antike Geldsituation widerspiegelt. Zwei Drittel des dort gefundenen Geldwertes lagen in Form von Goldmünzen vor.⁹⁹ Seit Kaiser Augustus blieben große Mengen an Edelmetallzufluss durch Eroberungen und Beute bis auf wenige Ausnahmen aus. Nach der Ersten Jüdischen Revolte im Jahr 70 n. Chr. kam es durch Plünderungen zu einer Goldschwemme, die den Preis von Goldmünzen in Silbermünzen um die Hälfte fallen ließ. Die vorhandene Materialmenge und die politischen Ereignisse stellten somit einflussreiche Wirtschafts- bzw. Inflationsfaktoren dar.¹⁰⁰ Der Abbau von Gold dürfte in den Vordergrund gerückt sein.

Plinius der Ältere kannte drei Arten von Goldvorkommen: Flussgold, das er als das reinste bezeichnete, Schächte und eingestürzte Berge. Gold an der Oberfläche zu finden, bezeichnete er allerdings als Glücksfall.¹⁰¹ Die Bergwerke im Nordwesten der Iberischen Halbinsel lieferten dem Römischen Reich im 1. und 2. Jahrhundert das benötigte Gold. Dieser Region wurde auch in der Forschung große Aufmerksamkeit zuteil.¹⁰² In den Minen im spanischen Duerna-Tal allein sollen Schätzungen zufolge für über ein Jahrhundert jährlich 3.000 Kilogramm Gold produziert worden sein. Aufgrund der Größe der Minenoperationen im Nordwesten des heutigen Spanien wurden die Bergwerke im gesamten Gebiet eigens, abseits der Provinzverwaltung, organisiert. Dabei war nicht nur die Betriebsgröße der einzelnen Minen entscheidend, sondern auch die weitläufige Verteilung, die unter dem Dach einer Organisation mit kaiserlicher und militärischer Unterstützung zusammengefasst wurde.¹⁰³ Die spanischen Goldminen waren wohl im Verlauf des 2. Jahrhunderts erschöpft. Als die dortige Produktion nachließ, wurde sie vom dalmatinischen Goldabbau übertroffen.¹⁰⁴ Dalmatien blieb bis zum Ende des Römischen Reichs eine Minenregion, in der vor allem Eisen, Blei und Kupfer abgebaut wurden. Ob der dalmatinische Goldabbau so lange Bestand hatte, lässt sich allerdings nicht zweifelsfrei beantworten.¹⁰⁵ Als dritte Goldregion tat sich nach der Eroberung

96 Wolters, Nummi Signati, S. 13.

97 Howgego, Why did Ancient, S. 14.

98 Lo Cascio, The Function of Gold, S. 162.

99 Duncan-Jones, Structure and Scale, S. 45.

100 Howgego, The Supply and Use, S. 5.

101 Plin., nat., XXXIII, 66–67.

102 George A. Green/Duane Smythe, Tracing Dacian Gold in Roman aurei, in: *Journal of Archaeological Science: Reports* 39 (2021), Heft 5, S. 1, <https://doi.org/10.1016/j.jasrep.2021.103128>, eingesehen 9.7.2022.

103 Edmondson, Mining, S. 88–89.

104 Harl, Coinage in the Roman Economy, S. 82.

105 Edmondson, Mining, S. 92.

durch Kaiser Trajan ab dem Jahr 106 die Provinz Dakien auf.¹⁰⁶ Als die zukünftige Provinz noch eigenständig war, konnte der Dakerkönig Decebalus seinen Goldertrag steigern, indem er römische Fachkräfte anwarb, um von ihrer technischen Expertise zu profitieren.¹⁰⁷ Durch die Dakerkriege sollen 165 Tonnen Gold und 331 Tonnen Silber in Form von Beute an den Kaiser geflossen sein. Von einer Übertreibung ist auszugehen, jedoch bleibt offen, in welchem Ausmaß dies geschah.¹⁰⁸ Obwohl in der Forschung das dakische Gold vor allem als Kriegsbeute behandelt wurde, bauten römische Bergleute im 2. Jahrhundert auch selbst die vorhandenen Bodenschätze in der neuen Provinz ab. Die antike Minenaktivität im heutigen Rumänien wurde jedoch durch jene auf der Iberischen Halbinsel überschattet und daher in der Forschung vernachlässigt.¹⁰⁹ Die Ansiedlung der erfahrenen dalmatinischen Bergleute in Dakien lässt sich mit der schriftlichen Überlieferung und mit dem Beginn des intensiven Abbaus um das Jahr 130 fixieren.¹¹⁰ Möglicherweise handelte es sich dabei eher um Deportationen als Arbeitsmigration, da im Zuge der Eroberung die Bergbauregionen von der einstigen Bevölkerung weitgehend aufgegeben worden waren. Die römischen Bergleute wurden wohl auf Kaiser Trajans Befehl nach Dakien gebracht.¹¹¹ Die Bergbauaktivität wurde durch die Markomannischen Kriege, die 167 nach vandalischen Einfällen in der Provinz begannen, unterbrochen. Mit der Radiokarbonmethode konnte festgestellt werden, dass die Abbauarbeiten gegen Ende des 2. bzw. zu Beginn des 3. Jahrhunderts wieder aufgenommen wurden, allerdings wohl nicht mehr im selben Ausmaß wie noch ein halbes Jahrhundert zuvor.¹¹² Die Provinz Dakien als zweitgrößte Goldregion des Reiches war im Jahr 270 bereits wieder verloren.¹¹³ Ein auffälliger Anstieg des Platingehalts von Gold aus dem 4. Jahrhundert lässt vermuten, dass es in jener Zeit noch eine zusätzliche römische Goldquelle gab, deren Ursprung jedoch unbekannt ist.¹¹⁴ Goldbarren flossen seit der Eroberung Nordafrikas auch aus dem Raum südlich der Sahara und aus Ostafrika ins Römische Reich.¹¹⁵

Auch Goldmünzen wurden entwertet, allerdings nicht in jenem Ausmaß, in dem dies bei Silbermünzen praktiziert wurde. Der Verfall des Edelmetallanteils begann bei den Silbermünzen und verlief einseitig. Erst später sank auch der Goldgehalt parallel zu den Entwertungen der Denare.¹¹⁶ Vor allem Gewichtsschwankungen der Münzen spielten bei den Aurei eine Rolle. Die Gewichte der Goldmünzen blieben bis zum Beginn des 3. Jahrhunderts stabil. Unter Caracalla jedoch fiel der Goldgehalt der Aurei auf 3,5 Gramm, um unter Gallienus (253–268) auf nur etwa ein Gramm abgesenkt zu werden. Erst in der Herrschaftszeit Aurelians (270–275) konnte das Gewicht der Goldmünzen

106 Harl, *Coinage in the Roman Economy*, S. 82.

107 Moesta/Franke, *Antike Metallurgie und Münzprägung*, S. 119.

108 Drexhage/Konen u. a., *Die Wirtschaft*, S. 45.

109 Green/Smythe, *Tracing Dacian Gold in Roman aurei*, S. 1.

110 Ebd., S. 8.

111 Hirt, *Imperial Mines*, S. 335.

112 Green/Smythe, *Tracing Dacian Gold in Roman aurei*, S. 8.

113 Edmondson, *Mining*, S. 91.

114 Howgego, *Geld in der Antiken Welt*, S. 29.

115 Harl, *Coinage in the Roman Economy*, S. 313.

116 Howgego, *Geld in der Antiken Welt*, S. 138.

wieder auf fünf bis sechs Gramm angehoben und stabilisiert werden.¹¹⁷ Nichtsdestotrotz wurden Goldmünzen auch in Bezug auf ihren Feingehalt verschlechtert. In Einzelfällen fiel der Goldgehalt auf 66 Prozent.¹¹⁸ Insgesamt blieben die Aurei bei einem stabilen Feingehalt von üblicherweise über neunzig Prozent. Möglicherweise wurden die Goldnominale auch deshalb verändert, um die Wechselkurse mit den entwerteten Silbermünzen halten zu können.¹¹⁹ Kaiser Diokletian (284–305) legte schließlich in seinen Preisedikten fest, dass Gold in geprägter und ungeprägter Form denselben Wert haben sollte. Eine Goldmünze war genau ihr Gewicht in Gold wert und somit weder über- noch unterbewertet. Geprägtes Silber hingegen konnte mehr als sein eigenes Gewicht in Metallform kaufen. Ein Pfund Silber kostete in Barrenform 6.000 Denare. Aus dieser Menge Metall konnten Münzen im Wert von 9.600 Denaren geschlagen werden, weshalb ausgemünztes Silber etwa sechzig Prozent überbewertet wurde.¹²⁰ Die Einführung des Solidus war unter Kaiser Konstantin (306–337) schließlich der Versuch, das Währungssystem wieder dauerhaft unter Kontrolle zu bekommen. Die neue Goldmünze überlebte das Römische Reich in beiden Reichsteilen.¹²¹ Das Gewicht des Solidus wurde auf ein Zweiundsiebstel des römischen Pfunds fixiert und blieb stabil. Der von Konstantin angestrebte Silberstandard war jedoch nicht zu halten.¹²² Aus diesen Gründen gab es ab der Zeit Kaiser Konstantins einen verstärkten Fokus auf Gold als Münzmaterial.¹²³ Dass er den ehemaligen Schmuck heidnischer Tempel als Ausgangsmaterial für Münzen verwendete, lässt sich zum einen dadurch erklären, dass dieser für ihn als Christen nicht mehr heilig war, und zum anderen, dass er das Metall für seine Geldpolitik benötigte.¹²⁴

Goldmünzen wurden wohl nicht nur von der Elite für die Begleichung großer Summen verwendet. Auch einfache Leute konnten damit in Kontakt kommen, wenn sie etwa ihre jährliche Ernte verkauften oder für große Aufträge entlohnt wurden.¹²⁵ Ab der Kaiserzeit war viel Gold im Römischen Reich vorhanden. Es eignete sich ideal für den Langstreckentransport, da es bei gleichem Wert leichter war als Silber.¹²⁶ Neben seinem Nutzen beim Transport großer Summen war das Edelmetall aber auch für den Transport kleinerer Beträge praktisch, da sich wenige Münzen leichter verstecken ließen als große Mengen an Kleingeld.¹²⁷ Üblicherweise zirkulierten Goldmünzen jedoch kaum, sondern dienten eher als Wertanlage.¹²⁸ Einen nicht zu unterschätzenden Faktor stellte das Gold auch für den Außenhandel dar. Das Edelmetall wurde in Indien höher bewertet, weshalb sich anbot, es für die Bezahlung von Importen aus dem Osten zu

117 Wolters, *Nummi Signati*, S. 341.

118 Howgego, *Geld in der Antiken Welt*, S. 157.

119 Harl, *Coinage in the Roman Economy*, S. 132–133.

120 Howgego, *Why did Ancient*, S. 19.

121 Howgego, *Geld in der Antiken Welt*, S. 13.

122 Ebd., S. 133.

123 Edmondson, *Mining*, S. 84.

124 Howgego, *Why did Ancient*, S. 6.

125 Howgego, *The Supply and Use*, S. 11.

126 Duncan-Jones, *Structure and Scale*, S. 45.

127 Howgego, *The Supply and Use*, S. 11.

128 Lo Cascio, *The Function of Gold Coinage*, S. 164.

verwenden.¹²⁹ Möglicherweise wurde der römische Außenhandel aber auch deshalb in Gold abgewickelt, damit Silber für die Binnenwirtschaft im Reich gehalten werden konnte. Dieser Trend lässt sich seit der Zeit Kaiser Neros (54–68) belegen.¹³⁰ Der Osthandel ließ beachtliche Mengen an Edelmetall aus Rom abfließen. Für Importe aus dem Osten soll jährlich eine Summe im Wert von einhundert Millionen Sesterzen bezahlt worden sein. Große Funde römischer Münzen in Indien stützen dies.¹³¹ Allerdings bleibt unklar, in welchem Ausmaß es römische Exporte in Richtung Osten gab, die diesem Trend entgegenwirkten.¹³²

3. Erzabbau und Verhüttung

Antike römische Minen sind nur im heutigen Spanien und Großbritannien gut dokumentiert. Auch am Balkan, in Kroatien, Serbien, Bosnien und Herzegowina sowie in Rumänien konnten Bergwerke teilweise durch Schlacke und Werkzeuge als „römisch“ identifiziert werden, wobei dies allerdings nicht immer eindeutig nachzuweisen ist. In Bosnien und Herzegowina wurden die Spuren des antiken Bergbaus in der Zeit der österreichisch-ungarischen Besatzung weitgehend zerstört.¹³³ Bergbau erforderte die vollständige Kontrolle über das für diese Aktivität vorgesehene Gebiet. Die Suche nach rentablen Abbauregionen erfolgte über weite Areale, zudem musste die Wasserversorgung geregelt werden. Die römische Verwaltung lieferte die nötigen Rahmenbedingungen und Strukturen.¹³⁴ In der zweiten Hälfte des 2. Jahrhunderts störten die Einfälle maurischer Gruppen die Aktivitäten in der Provinz Lusitania so intensiv, dass aufgrund des gestiegenen Wasserpegels einige Minen stillgelegt werden mussten. Ähnliche Probleme gab es zunehmend auch in Dakien, Moesien und Dalmatien.¹³⁵

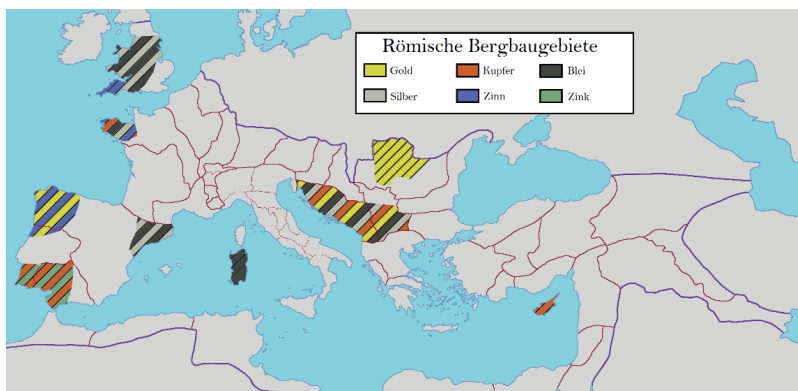


Abbildung 1: Die erwähnten römischen Bergbauggebiete.

129 Wolters, *Nummi Signati*, S. 390.

130 Howgego, *The Supply and Use*, S. 12.

131 Drexhage/Konen u. a., *Die Wirtschaft*, S. 137.

132 Howgego, *The Supply and Use*, S. 5.

133 Hirt, *Imperial Mines*, S. 32–33.

134 Almudena Orejas/Francisco Javier Sánchez-Palencia, *Mining, Rural Settlement and Tax System in Roman Spain*, in: Peter Anreiter/Gert Goldenberg u. a. (Hrsg.), *Mining in European History and its Impact on Environment and Human Societies. Proceedings for the 1st Mining in European History-Conference of the SFB-HIMAT*, 12.–15. November 2009, Innsbruck 2010, S. 29–34, hier S. 32.

135 Harl, *Coinage in the Roman Economy*, S. 83.

Da Bergbau eine arbeitsintensive Tätigkeit war – und noch immer ist – brauchte es stabile sozio-ökonomische Verhältnisse. Üblicherweise finanzierte auch die ansässige Elite lokale Schürftätigkeiten in ihren Gebieten.¹³⁶ In den allermeisten Fällen erfolgte der Abbau in Gruben, also in Form von Tagebau. Nur in seltenen, aber dafür bedeutenden Fällen reichte die Arbeit bis unter Tage.¹³⁷ In den Minen herrschten sehr schlechte Arbeitsbedingungen wegen der Hitze in den Gruben und schlechter Belüftung bei unterirdischem Abbau. Dafür wurde mit exzellentem Werkzeug aus Eisen oder Stahl gearbeitet. Öllampen aus Blei oder Ton spendeten Licht.¹³⁸ Laut Plinius dem Älteren sei der Untertagebau allerdings gefährlicher als das Perlentauchen gewesen.¹³⁹ Beim Tagbergbau waren zudem mehr Leute parallel einsetzbar als unter Tage, wo auch die Errichtung und Erhaltung der technischen Infrastruktur teuer war.¹⁴⁰ Bei auftretenden Problemen unter Tage bewiesen römische Bergleute großes Geschick durch den Einsatz vielseitiger Techniken. Besonders harte Gesteine wurden beispielsweise durch rasches Erhitzen und Abschrecken mit Wasser leichter abbaubar gemacht. Essig wurde eingesetzt, um Kalk zu lösen.¹⁴¹ Plinius beschrieb die Beseitigung von Felsen folgendermaßen:

„[...] diese zersprengt man mit Feuer und Essig, öfter aber, da diese Arbeitsweise in den Stollen durch Dampf und Rauch zum Ersticken führt, zerschlägt man sie mit Sprenghämmern, die mit 150 Pfund Eisen versehen sind [...]“.¹⁴²

Eine erste Sortierung des Erzes erfolgte, bevor es aus der Grube herausgebracht wurde, um offensichtlich unerwünschtes Material nicht mitzutransportieren und so effizienter arbeiten zu können. Spuren für den Einsatz von Wagen zum Transport innerhalb der Minen sind für die Antike nicht nachweisbar. Das Material wurde von Hand oder mit Hilfe von Hebevorrichtungen befördert.¹⁴³ Gearbeitet wurde 24 Stunden täglich und sieben Tage die Woche, wobei eine Schicht circa zehn bis zwölf Stunden dauerte. Dies wurde anhand der Brenndauer der Lampen gemessen.¹⁴⁴

Römische Bergleute wurden allgemein *metallici* oder *metallarii* genannt. Auf die Behandlung und Aufarbeitung von Erz waren die *scaurarii* spezialisiert. Für die Verarbeitung zu Barren, insbesondere die Trennung der verschiedenen Metallarten – etwa Blei und Silber durch Kupellation – waren die *flatores* zuständig.¹⁴⁵ Als Arbeitskräfte kamen neben Versklavten auch Freigelassene und Freie zum Einsatz. Die Konstellationen waren je nach Region unterschiedlich. Auf der Iberischen Halbinsel war wohl das volle Spektrum vertreten,¹⁴⁶ während in Dakien eher freie Einheimische oder Zugewanderte als Lohnarbeitskräfte tätig waren. Drei überlieferte Inschriften mit Arbeitsverträgen

136 Edmondson, Mining, S. 95.

137 Meier, Blei in der Antike, S. 140.

138 Boulakia, Lead in the Roman World, S. 141.

139 Plin., nat., XXXIII, 70.

140 Hirt, Imperial Mines, S. 45.

141 Boulakia, Lead in the Roman World, S. 141.

142 Plin., nat., XXXIII, 71.

143 Meier, Blei in der Antike, S. 165–166.

144 Boulakia, Lead in the Roman World, S. 140–141.

145 Ebd., S. 140.

146 Edmondson, Mining, S. 95.

(CIL III TC IX, X und XI) legen diese Vermutung nahe.¹⁴⁷ Die ältere Forschung vermutete allein im Spanien des 1. Jahrhunderts 40.000 Unfreie in den Bergwerken.¹⁴⁸ Neuere Meinungen gehen allerdings davon aus, dass in Spanien wohl ebenfalls eher Einheimische anstelle von Versklavten eingesetzt wurden.¹⁴⁹ Die schlechten Arbeitsbedingungen führten gelegentlich zu Aufständen, die als Sklavenrevolten interpretiert wurden.¹⁵⁰ Für die Arbeit in den Minen wurden auch Häftlinge eingesetzt. Ihr Einsatz in den Bergwerken verstärkte sich vor allem im 3. und 4. Jahrhundert, wohl um einen zunehmenden Schwund an Lohnarbeitskräften auszugleichen.¹⁵¹ Da aus dem portugiesischen Vipasca spezielle Regelungen für den Zutritt zu Badehäusern in den Minenbezirken für Frauen und Jugendliche überliefert sind, dürften auch diese Gruppen im Bergbau eingesetzt worden sein. Diese Regelungen belegen dort zweifelsfrei die Arbeit von Versklavten.¹⁵² Sehr wahrscheinlich kamen im Bergbau auch Kinder zum Einsatz.¹⁵³

Die Verarbeitung des aus den Gruben und Stollen geförderten Erzes erfolgte üblicherweise in Minennähe.¹⁵⁴ Wasser in den Gruben bzw. Stollen stellte eine der größten Herausforderungen für Bergleute dar, der mit technischen Hilfsmitteln wie der Archimedischen Schraube¹⁵⁵ entgegengewirkt wurde.¹⁵⁶ Gleichzeitig war Wasser jedoch notwendig, damit wertlose Partikel aus dem Erz gewaschen werden konnten. Dazu war eine ähnliche Körnergröße des Materials wichtig.¹⁵⁷ Im Zuge der Erzaufbereitung wurde eine möglichst hohe Konzentration des gewünschten Metalls für die Verhüttung vorbereitet. Plinius beschrieb den Prozess, den das abgebaute Erz durchlief: „Das Ausgegrabene wird zerstoßen, gewaschen, geröstet und zu Pulver zermahlen.“¹⁵⁸ Teilweise wurden Zisternen angelegt, um Regenwasser zu sammeln und so in wasserarmen Regionen den Bedarf für das Erzwaschen decken zu können.¹⁵⁹ Wenn es keine nahegelegenen Flüsse zur Wasserversorgung der Minen gab, wurden in römischer Manier Aquädukte angelegt.¹⁶⁰ Für den Bau dieser und anderer technischer Hilfsmittel im Nordwesten des heutigen Spaniens waren Fachleute nötig, die dorthin gebracht werden mussten. Ebenfalls hatte ein Bergwerk die Versorgung aller Beteiligten mit Nahrung und Werkzeug sicherzustellen, aber auch Schutz zu bieten. Militärtruppen dienten zur Sicherung der Areale sowie zur Bewachung der Arbeitskräfte und des Metalltransports.¹⁶¹ Minen waren auf die Versorgung mit Nahrungsmitteln von

147 Mrozek, *Die Goldbergwerke im römischen Dazien*, S. 102–103.

148 Boulakia, *Lead in the Roman World*, S. 140.

149 Orejas/Sánchez-Palencia, *Mining*, S. 33.

150 Boulakia, *Lead in the Roman World*, S. 141.

151 Mrozek, *Lohnarbeit im klassischen Altertum*, S. 135.

152 Ebd., S. 115.

153 Meier, *Blei in der Antike*, S. 248.

154 Boulakia, *Lead in the Roman World*, S. 141.

155 Förderanlage in Rohrform, die Wasser auf eine erhöhte Ebene befördert und so Gruben entwässert.

156 Bromehead, *The Evidence for Ancient Mining*, S. 112.

157 Meier, *Blei in der Antike*, S. 189.

158 Plin., *nat.*, XXXIII, 69.

159 Meier, *Blei in der Antike*, S. 190.

160 Lewis/Jones, *Roman Gold-Mining*, S. 175.

161 Hirt, *Imperial Mines*, S. 44–45.

außerhalb angewiesen, denn die massive Abbautätigkeit führte zu Umweltschäden, die Landwirtschaft in einer Bergbauregion schwierig gestalteten.¹⁶²

Nach der Entdeckung einer Lagerstätte wurde erst das leicht zugängliche Erz abgebaut, was das Interesse nach dessen Ursprung geweckt haben dürfte. Die Folge war höchstwahrscheinlich, dass die Erzader in den Bergen gesucht wurde.¹⁶³ Wasserknappheit und Schnee machten das Schürfen in der Nähe der Materiallager allerdings zu einer saisonalen Aktivität.¹⁶⁴ Ein Vertrag über ein Arbeitsverhältnis im römischen Dakien, das von Mai bis zu den Iden des Novembers befristet war, lässt darauf schließen, dass in dortigen Bergwerken nur saisonal gearbeitet wurde.¹⁶⁵ Arbeitslosigkeit konnte somit in den Minenregionen vor allem in den Wintermonaten ein Problem darstellen.¹⁶⁶ Die intensive Minenaktivität veränderte die umliegende Landschaft, da ganze Wälder für den immensen Holzbedarf gerodet wurden.¹⁶⁷ Plinius beschrieb, dass das Gold aderförmig in den Wänden der Schächte schimmerte und diese mit Holz gestützt wurden.¹⁶⁸ Dem Römischen Reich dürfte Sicherheit in den Bergwerken ein Anliegen gewesen sein, wie auch ein Gesetz aus der Zeit Kaiser Hadrians (117–138) bezeugt, wonach die Stollen sorgfältig abgestützt und morsches Holz ersetzt werden mussten. Böswillige Beschädigungen und mutwillige Gefährdung der Stabilität wurden strikt untersagt. Holz diente aber nicht nur zur Sicherung der Gruben und Stollen, sondern auch als Brennstoff in Form von Holzkohle, weshalb es in großen Mengen benötigt wurde. Dafür waren Transportstrecken über teils große Distanzen notwendig.¹⁶⁹

Die Ausgaben für Holzkohle stellte etwa die Hälfte der Kosten des Verhüttens dar.¹⁷⁰ Nachdem die umliegenden Ressourcen erschöpft waren, mussten die Minen von anderswo mit dem notwendigen Brennstoff versorgt werden. Auch andere Waren, die für die Massenschmelze und die Trennung der Bestandteile des Erzes wichtig waren, mussten herbeigeschafft werden, um die Produktion aufrechterhalten zu können. Das für die Verhüttung von Silber notwendige Quecksilber beispielsweise konnte in der Nähe der Silberminen in Spanien abgebaut werden, was einen kurzen Transportweg ermöglichte. Die Minen waren Teil eines umfangreichen Netzwerks, das sie mit Ressourcen versorgte, und konnten ohne dieses nicht effizient arbeiten.¹⁷¹ Üblicherweise wurde das geförderte Metall wohl in Minennähe verhüttet, um Aufwand und Kosten des Transports zu senken.¹⁷² In sehr seltenen Fällen konnte das Erz zum Verhütten aus den Minen forttransportiert werden. Wichtig war zumindest ein ausreichender Abstand

162 Hannah Friedman, *Agriculture in the Faynan: Food Supply for the Mining Industry*, in: Alan Bowman/Andrew Wilson (Hrsg.), *The Roman Agricultural Economy. Organization, Investment, and Production*, Oxford-New York 2013, S. 307–320, hier S. 320.

163 Lewis/Jones, *Roman Gold-Mining*, S. 169.

164 Ebd., S. 180.

165 CIL III TC X; Mrozek, *Die Goldbergwerke im römischen Dazien*, S. 102; Drexhage/Konen/Ruffing, *Die Wirtschaft*, S. 272.

166 Mrozek, *Lohnarbeit im klassischen Altertum*, S. 119.

167 Meier, *Blei in der Antike*, S. 215.

168 Plin., *nat.*, XXXIII, 68.

169 Meier, *Blei in der Antike*, S. 160–161.

170 Ebd., S. 203.

171 Edmondson, *Mining*, S. 94.

172 Wolters, *Nummi Signati*, S. 56.

zu den Gruben, um die gefährlichen Rauchgase, die bei der Verarbeitung entstanden, von den Arbeitskräften fernzuhalten.¹⁷³ Da bereits in der Antike die gesundheitlichen Folgen teilweise bekannt waren, wurden Schmelzöfen häufig hoch gebaut, so dass die Abgase besser abziehen konnten.¹⁷⁴ Auch Plinius war sich der Risiken von Bergwerken bewusst, indem er schrieb: „Der Dunst aus Silbergruben ist für alle Lebewesen schädlich, am meisten aber für Hunde.“¹⁷⁵ Die Cluster an Bergwerken einer Region nutzten dieselbe Infrastruktur und ermöglichten somit auch Wissens- und Erfahrungsaustausch. Bei der Erschließung neuer Gebiete wurden Fachleute dorthin gebracht, um die notwendige Infrastruktur aufzubauen.¹⁷⁶

4. Transport des Münzmetalls

Alle Wege führen nach Rom. Da die Prägungen aber nicht ausschließlich in der Hauptstadt des Reiches stattfanden, gilt es, den Transport des Münzmaterials zu den Orten der Prägung aufzuklären. Als mögliche Optionen kommen für die Antike der Landweg, der Seeweg und der Transport über Flussschiffe in Betracht. Da viele Minen in der Nähe des Meers oder schiffbarer Flüsse lagen, liegt die Vermutung nahe, dass das Schiff nicht nur das Haupttransportmittel für die fertigen Metallbarren war, sondern auch die Zulieferung von benötigten Materialien über diesen Weg erfolgte.¹⁷⁷ Römische Flussschiffe hatten eine durchschnittliche Lademenge von etwa fünf bis 35 Tonnen.¹⁷⁸ Über weite Strecken jedoch musste die Fracht – sofern sie überhaupt über Flüsse transportiert wurde – auf seetaugliche Schiffe oder Karren umgeladen werden. Über den Transport der Metalle ist insgesamt wenig bekannt. Der Landweg war sicherer als jener über das Meer, auch wenn Navigation und Seeräuberei in der Kaiserzeit kein Problem mehr darstellten.¹⁷⁹ Schiffswracks auf den Balearen belegen den Transportweg von Blei über das Mittelmeer, weshalb auch der Transport anderer Metalle auf diesem Weg naheliegend ist.¹⁸⁰ Im Sommer bot das Mittelmeer gutes Wetter und durch stetige Winde konnten rasch große Mengen Fracht transportiert werden. Unter guten Bedingungen konnten Rekordgeschwindigkeiten von vier bis sechs Knoten (7,4–11 Kilometer pro Stunde) erreicht werden. Üblich dürfte jedoch etwa die Hälfte gewesen sein.¹⁸¹ Die beste Jahreszeit für den Transport deckte sich in etwa mit dem bereits erwähnten Arbeitsvertrag aus Dakien, der eine Minensaison von Mai bis Mitte November nahelegte.¹⁸² Allerdings sind bisher keine Schiffswracks gefunden worden, die den Transport von Gold oder Silber aus Spanien über den Seeweg belegen könnten.¹⁸³ Zu den Zeiten, in denen die Edelmetalle in Lugdunum geprägt wurden, dürfte das benötigte Material dafür direkt

173 Meier, *Blei in der Antike*, S. 195.

174 Ebd., S. 216.

175 Plin., *nat.*, XXXIII, 98.

176 Edmondson, *Mining*, S. 96.

177 Meier, *Blei in der Antike*, S. 230.

178 Drexhage/Konen u. a., *Die Wirtschaft*, S. 142.

179 Wolters, *Nummi Signati*, S. 56.

180 Meier, *Blei in der Antike*, S. 20.

181 Drexhage/Konen u. a., *Die Wirtschaft*, S. 266–267.

182 CIL III TC X; Mrozek, *Die Goldbergwerke im römischen Dazien*, S. 102; Drexhage/Konen u. a., *Die Wirtschaft*, S. 272.

183 Howgego, *Geld in der Antiken Welt*, S. 102–103.

aus den spanischen Bergwerken dorthin transportiert und nicht erst aus Rom herbeigebracht worden sein.¹⁸⁴ Für den Transport von Barrenmetall aus dem Nordwesten des heutigen Spanien in der Zeit Kaiser Augustus wird ein Seeweg über den Golf von Biscaya und weiter über den Landweg nach Lugdunum angenommen, was erst durch die stabilen Verhältnisse der Kaiserzeit ermöglicht wurde.¹⁸⁵ Seerouten von Südspanien in Richtung Rom lassen sich durch die bereits erwähnten Bleitransporte gut nachzeichnen. Diese führten unter anderem an der Küste Nordafrikas entlang oder an Sardinien vorbei.¹⁸⁶ Meeresfrachter verfügten in römischer Zeit üblicherweise über eine Kapazität zwischen hundert und 450 Tonnen. Vereinzelt Beispiele für Sondertransporte erreichten sogar ein Limit von bis zu 1.300 Tonnen.¹⁸⁷

Gegenüber dem Seeweg, der von der Forschung für den Transport von Münzmetall angenommen wird, hatte der Landweg einige Nachteile. Er war langsam, teuer und es konnten nur geringe Kapazitäten transportiert werden.¹⁸⁸ Straßen waren jedoch vorhanden und das Römische Reich sogar berühmt dafür – der Landtransport war also durchaus möglich. Allerdings stießen die Kapazitäten von Menschen, Zug- und Tragetieren rasch an ihre Grenzen. Die Tragekapazität eines Mannes beträgt über kürzere Strecken etwa fünfzig Kilogramm. Ein Esel kann etwa neunzig Kilogramm Last transportieren, ein Maultier bis zu hundertzwanzig Kilogramm und ein Kamel etwa hundertachtzig Kilogramm, wobei abhängig von der Art des Tieres und der Beschaffenheit des Geländes am Tag eine Strecke von mindestens 45 Kilometern zurückgelegt werden konnte.¹⁸⁹ Schwere Fracht wie Metallbarren konnten an Land jedoch nur mittels Karren effizient transportiert werden.¹⁹⁰ Ein Ochsespann hatte mit etwa zehn Kilometer pro Tag allerdings eine deutlich geringere Reichweite als ein Lasttier. Womöglich konnten bis zu 16 Kilometer bei fünf Stunden pro Tag mit dieser Methode bewältigt werden. Auch die Möglichkeit des Pferdegespanns ist für die römische Zeit nicht ausgeschlossen. Dies ermöglichte den Transport von bis zu einer Tonne Last – neben der Kapazität eines Schiffes war das jedoch immer noch wenig.¹⁹¹ Das 3. Jahrhundert mit seinen politischen Problemen, die die Stabilität in den Provinzen gefährdeten, ließ wohl zugunsten kürzerer Wege Minen wieder näher an die Hauptstadt rücken. Besonders Britannien verlor aufgrund des zunehmend unsicheren und langen Transportwegs an Bedeutung.¹⁹²

Das Gewicht des Münzmaterials darf keinesfalls unterschätzt werden. Im Film „Spartacus“ aus dem Jahr 1960 findet in einer Szene die Übergabe von zwei Säckchen mit insgesamt zwei Millionen Sesterzen statt. Sowohl die Größe der Beutel als auch die Leichtigkeit der Transaktion spiegeln keinesfalls die historische Realität wider.¹⁹³ Die

184 Wolters, *Nummi Signati*, S. 249.

185 Harl, *Coinage in the Roman Economy*, S. 80.

186 Meier, *Blei in der Antike*, S. 132–133.

187 Drexhage/Konen u. a., *Die Wirtschaft*, S. 143.

188 Meier, *Blei in der Antike*, S. 230–231.

189 Drexhage/Konen u. a., *Die Wirtschaft*, S. 138.

190 Meier, *Blei in der Antike*, S. 230.

191 Drexhage/Konen u. a., *Die Wirtschaft*, S. 138–139.

192 Boulakia, *Lead in the Roman World*, S. 140.

193 William V. Harris, *The Nature of Roman Money*, in: ders. (Hrsg.), *The monetary Systems of the Greeks and Romans*,

Zeit betrachtend, auf die sich der Film bezieht, müsste die Zahlung in Silbermünzen erfolgt sein, wobei eine Million Sesterzen in Denaren ein Gewicht von 965 Kilogramm aufwiesen. Selbst wenn historische Gegebenheiten verbogen wurden und der Betrag in Goldmünzen bezahlt worden wäre, hätte ein Sack mit einer Million Sesterzen in Aurei noch immer knapp achtzig Kilogramm auf die Waage gebracht.¹⁹⁴

5. Prägestätten

Die frühe Kaiserzeit Roms stellt in Bezug auf die Münzprägung einen einzigartigen Fall dar, da für ein Großreich zentral Münzen geprägt wurden, auch wenn es sich lediglich um die Reichsprägungen aus Edelmetall handelte.¹⁹⁵ Zu Beginn des Prinzipats durchlebten die Münzstätten des Reichs eine bewegte Phase. Teilweise war jene in Rom wohl ganz außer Betrieb oder es wurden dort nur unedle Prägungen angefertigt, während in Lugdunum die Edelmetalle verarbeitet wurden.¹⁹⁶ Kaiser Augustus verlegte die Münzstätte von der Hauptstadt nach Gallien, um den Senat von der Produktion von Edelmetallmünzen auszuschließen. Doch auch Buntmetallprägungen wurden dort in großer Zahl hergestellt.¹⁹⁷ Nachdem Kaiser Nero die Prägestätte für Edelmetall wieder nach Rom verlegt hatte, bestand die Hauptaufgabe Lugdunums darin, den Westen des Reiches mit Kleingeld zu versorgen.¹⁹⁸ Dass auch spätere Kaiser Rom präferierten, könnte als eine Lektion aus den Zeiten des Bürgerkrieges in den Jahren 68/69 gesehen werden: Die Kaiser ließen die Münzen in ihrem Machtzentrum schlagen.¹⁹⁹ Unter Kaiser Trajan scheint es einen Umzug der Prägestätte innerhalb Roms gegeben zu haben. Der neue Standort lag am Caelius und könnte aufgrund der Zerstörung der dortigen Bebauung durch den Brand zur Zeit Neros ein Neubau gewesen sein. Die alte Prägestätte am Kapitol schlug wohl nur noch die Münzen aus Buntmetall, während in der neuen das Edelmetall verarbeitet wurde.²⁰⁰ Zeitweise befand sich die Edelmetallprägung jedoch auch im Osten, als Kaiser Vespasian (69–79) eine Prägestätte in Antiochia einrichten ließ.²⁰¹ Seit der Mitte des 3. Jahrhunderts wurden mehrere Münzstätten aufgebaut und betrieben, da zunehmend militärische Konflikte und Einfälle eine Dezentralisierung begünstigten.²⁰² Die Nähe zu den Truppen schien für die Gründung einer Münzstätte wichtiger als die Nähe zum benötigten Metall. So lag Mailand etwa verkehrstechnisch günstig, um Münzen in mehrere Richtungen zu verschicken. Es hat daher den Anschein, als erfolgte die Prägung dort, wo die größten Ausgaben – jene, für das römische Militär – anfielen.²⁰³ Diokletian reorganisierte die Münzstätten schließlich

Oxford-New York u. a. 2008, S. 174–207, hier S. 174.

194 Boulakia, *Lead in the Roman World*, S. 140.

195 Howgego, *Geld in der Antiken Welt*, S. 116.

196 Wolters, *Nummi Signati*, S. 48–50.

197 Patrick Brunn, *Coins and the Roman Imperial Government*, in: George M. Paul/Michael Ierardi (Hrsg.), *Roman Coins and Public Life under the Empire* (E. Togo Salmon Papers 2), Ann Arbor 1999, S. 19–40, hier S. 24.

198 Drexhage/Konen u. a., *Die Wirtschaft*, S. 38.

199 Wolters, *Nummi Signati*, S. 85.

200 Ebd., S. 85, 90.

201 Ebd., S. 49.

202 Harl, *Coinage in the Roman Economy*, S. 144.

203 Wolters, *Nummi Signati*, S. 60.

und ließ in den wichtigsten Städten des Reiches prägen: Rom, Antiochia, Alexandria, Konstantinopel und Karthago.²⁰⁴ Die Verteilung der Münzstätten stellte in etwa die finanzielle Organisation des Römischen Reichs dar und ermöglichte die Prägung der reichsweit standardisierten Münzen.²⁰⁵ Münzstätten konnten aber auch wandern oder den Kaiser auf seinen Reisen begleiten, wie es vor allem in der Spätantike der Fall war.²⁰⁶ Gegen Ende des Römischen Reiches gab es im Westen insgesamt nur wenige stationäre Prägestätten, insbesondere weil Goldmünzen wohl nur noch in Kaisernähe geprägt wurden.²⁰⁷ Ein fester Standort oder gar eigene Gebäude waren für die Prägung nicht erforderlich, da kaum eine spezielle Infrastruktur nötig war. Zudem wurde häufig nur nach Bedarf geprägt.²⁰⁸

Die römischen Reichsmünzen wurden üblicherweise geprägt, wobei vereinzelte lokale Münzen auch gegossen wurden. Das Prägeverfahren dürfte sich aufgrund der größeren Effizienz durchgesetzt haben.²⁰⁹ Trotz technischen Fortschritts zu Zeiten des Römischen Reichs wurden keine Massenproduktionsverfahren für Münzen entwickelt. Je nach Metallart und dem damit verbundenen Härtegrad war unterschiedliches Werkzeug notwendig.²¹⁰ Die Prägestempel bestanden meist aus Eisen oder durch erhöhten Zinngehalt verstärkter Bronze. Die Rückseite, die den Hammerschlag direkt erfuhr, musste häufiger ausgetauscht werden als die im Amboss eingelassene Vorderseite.²¹¹ Obwohl die Prägung auch durch eine einzelne Person möglich war, dürfte die Arbeit von einem vierköpfigen Team ausgeführt worden sein. Zwei *malliatores* hielten den Oberstempel an zwei Griffen, ein weiterer schlug mit dem Hammer darauf, um die Prägung auf den zuvor von einem *suppositor* auf dem Amboss positionierten Schrötling durchzuführen.²¹² Es ist allerdings unmöglich herauszufinden, wie oft ein Münzstempel verwendet wurde, da viele Faktoren dies beeinflussten: das bearbeitete Metall, die Qualität des Stempels sowie die Handhabung beim Schlagen. Außerdem bleibt offen, ob sie verwendet wurden, bis sie gänzlich unbrauchbar waren oder bereits vorher ersetzt wurden.²¹³

Nicht alle römischen Münzstätten waren mit massiven Mauern oder durch eine Kohorte geschützt, wie es in Rom bzw. Lugdunum der Fall war.²¹⁴ Die Produktion von Kleingeld in den Provinzen war billiger als der Transport der Münzen aus einer zentralen Prägestätte.²¹⁵ Provinziale Orte, in denen Münzen geschlagen wurden, hatten wohl ein gewisses Maß an Urbanisierung erreicht, die sie für diese Tätigkeit qualifizierte.²¹⁶

204 Cornelius Vermeule, *Minting Greek and Roman Coins*, in: *Archaeology* 10 (1957), Heft 2, S. 100–107, hier S. 105.

205 Howgego, *Geld in der Antiken Welt*, S. 12.

206 Ebd., S. 34.

207 Rory Naismith, *Gold Coinage and Its Use in the Post-Roman West*, in: *Speculum* 89 (2014), Heft 2, S. 273–306, hier S. 281.

208 Howgego, *Geld in der Antiken Welt*, S. 31.

209 Wolters, *Nummi Signati*, S. 101.

210 Vermeule, *Minting Greek and Roman Coins*, S. 101.

211 Günter Aumann, *Kaiser im Geldbeutel. Eine kleine Geschichte des Römischen Reichs*, [Regenstauf] 2017, S. 12.

212 Wolters, *Nummi Signati*, S. 103–104.

213 Howgego, *The Supply and Use*, S. 3.

214 Howgego, *Geld in der Antiken Welt*, S. 32.

215 Harl, *Coinage in the Roman Economy*, S. 88.

216 Brunn, *Coins*, S. 38.

Der Sold des Heeres trug zur Verbreitung von Münzen in jene Regionen bei, in denen die Truppen stationiert waren.²¹⁷ Der häufige Schiffsverkehr zwischen der Stadt Rom und Spanien, mit dem hauptsächlich Nahrungsmittel transportiert wurden, legt nahe, dass auf den Rückfahrten Spanien mit Münzen versorgt wurde, da es dort nach Augustus keine Prägestätte mehr gab.²¹⁸ Zeitweise gab es außerdem gar keine offizielle Prägung von Kleingeld aus Buntmetall mehr.²¹⁹ Während im Osten des Reiches kein Mangel an Kleingeld festzustellen ist, gab es einen solchen verstärkt im Westen.²²⁰ Eine Besonderheit der Münzprägung stellten Minenmünzen dar. Diese wurden teilweise in unmittelbarer Nähe zu den Minen geschlagen, um die Regionen mit Kleingeld zu versorgen.²²¹ Das ist ein weiterer Hinweis auf die Besonderheiten und Eigenständigkeiten des Mikrokosmos Bergwerk.

6. Fazit

Zusammenfassend darf nochmals auf die wichtigsten Gebiete, aus denen die Metalle des römischen Münzwesens stammten, eingegangen werden. Die bekannteste und besterforschte Minenregion der Antike, in der zudem so gut wie alle Metalle abgebaut wurden, ist die Iberische Halbinsel. Dabei stechen vor allem der Nordwesten und Süden des heutigen Spaniens hervor. In den verschiedenen Regionen wurden unterschiedliche Erze gewonnen, verarbeitet und in andere Teile des Reichs verfrachtet. Die Basis für das römische Kleingeld, das Kupfer, konnte in weiten Teilen des Reiches abgebaut werden, wobei ein großer Teil aus Zypern stammte, dessen Name zur Bezeichnung des Metalls wurde. Zinn für Bronze stammte vor allem aus der Bretagne und allgemein aus Regionen nahe der Atlantikküste, während Zink im heutigen Spanien abgebaut und aufgrund seiner Eigenschaften direkt zu Orichalcum bzw. Messing verhüttet wurde. Als Bleiregionen stechen vor allem die Inseln Britannien und Sardinien hervor, doch auch dieses Metall war weit verbreitet. Zudem wurde gemeinsam mit Blei üblicherweise auch Silber gefunden, wobei die Zusammensetzung des Erzes und der damit verbundene Silberanteil variierten. Aus diesem Grund waren die Hauptabbaugebiete für Silber in Spanien zu finden. Wie erwähnt, betonte Plinius die Schönheit des von dort stammenden Metalls. Das Edelmetall Gold hatte in römischer Zeit seinen Ursprung in drei Regionen: der Iberischen Halbinsel, Dalmatien und Dakien. Es konnte jedoch, wie auch die anderen Metalle, von außerhalb des Reiches zufließen. Spurenanalysen zeigen, dass es in der Spätantike noch eine weitere Quelle für Gold gegeben haben muss, die allerdings noch nicht genau lokalisiert werden konnte. Das Metall des römischen Münzwesens stammte also aus so gut wie allen Teilen des Reiches, mit Ausnahme des italienischen Kerngebietes, wenn sich Münzmetall dort effizient abbauen ließ. Auf die metallurgischen Prozesse bei der Erzverarbeitung und Herstellung der Metallbarren konnte leider nicht ausreichend eingegangen werden.

217 Constantina Katsari, *The Monetization of the Roman Frontier Provinces*, in: William V. Harris (Hrsg.), *The Monetary Systems of the Greeks and Romans*, Oxford-New York u. a. 2008, S. 242–266, hier S. 244.

218 Wolters, *Nummi Signati*, S. 61.

219 Howgego, *Geld in der Antiken Welt*, S. 13.

220 Drexhage/Konen u. a., *Die Wirtschaft*, S. 38–39.

221 John Melville-Jones, *Mines, coins of, in: A Dictionary of Ancient Roman Coins*, London 1990, S. 186.

Neben der behandelten Urproduktion im Bergbau konnten auch alte Münzen ebenso wie Tributzahlungen, Beute oder gar Tempelschätze eingeschmolzen werden.

Das Gewicht des Münzmaterials kann leicht unterschätzt werden. Wie der Transport erfolgte, lässt sich nicht zweifelsfrei und eindeutig beantworten. Sowohl der See- als auch der Landweg erscheinen plausibel. Die Forschung präferiert dabei den Seeweg. Aufgrund des Raumes, den das Imperium Romanum umspannte, scheint auch die Kombination aus beiden Optionen nicht ausgeschlossen, insbesondere unter Berücksichtigung der dezentralen und teilweise wandernden Prägestätten in der späten Kaiserzeit. Das Mittelmeer als zentrales Binnenmeer und Handelsplatz könnte, wenn Flussschifffahrt nicht umsetzbar war, auf dem Landweg erreicht bzw. Material von den Häfen ins Landesinnere gebracht worden sein. Die Verteilung der römischen Prägestätten und ihre teilweise Mobilität legen nahe, dass beim Transport von Metall bzw. fertig geprägter Münzen auch der Landweg eine Rolle gespielt haben dürfte. Die Versorgung der Minen dürfte aufgrund der häufigen Nähe zu Flüssen und zum Meer üblicherweise per Schiff erfolgt sein.

Die Prägestätten des Römischen Reiches durchlebten eine bewegte Geschichte. Trotz mehrerer Orte und wechselnder Bedeutung blieb die eigentliche Tätigkeit der Münzprägung simpel und repetitiv. Der bestimmende Faktor für die Gründung einer Münzstätte bestand in der frühen Kaiserzeit wohl in der damit verbundenen Unabhängigkeit vom Senat. Später war es wichtig, die Ausgabe von Münzen auf ein Machtzentrum zu konzentrieren: entweder in der Hauptstadt Rom selbst oder durch mobile Prägestätten, die den Kaiser begleiteten. Mit Diokletian wurde der Versuch gestartet, feste Strukturen in die nach dem 3. Jahrhundert turbulente Prägeaktivität zu bringen. Die Münzstätten wurden über das Römische Reich so verteilt, dass sie möglichst nahe an jenen Orten waren, an denen das meiste Bargeld benötigt wurde: in den Garnisonen der Truppen. Die Nähe zum Münzmaterial dürfte in der späten Kaiserzeit wohl vor allem wegen der zunehmend erschöpften Minen nicht mehr zu realisieren gewesen sein. Von der Mine zur Münze war es ein weiter Weg. Die reichsweite Verteilung der Prägungen erfolgte vor allem durch die Entlohnung des römischen Heeres, das durch seine Ausgaben in jenen Regionen, in denen die Einheiten stationiert waren, das römische Währungssystem über alle Provinzen verbreitete.

Der römische Bergbau lässt allerdings einige Fragen offen. Insbesondere die weitläufige Erschöpfung der römischen Minen in der Zeit der Severer verdient unter dem Aspekt, dass Caracalla den Antoninian als Doppeldenar, aber nur mit 1,5-fachem Gewicht einführte, zusätzliche Aufmerksamkeit. Sollte so dauerhaft die für das Münzwesen notwendige Metallmenge reduziert werden? War es ein Versuch, bei insgesamt wenig verfügbarem Material ein Maximum an Wert zu prägen? Wusste die römische Bevölkerung, dass die Minen allmählich erschöpft waren? Wie wurde dies wahrgenommen? Zusätzlich bleibt festzuhalten, dass eine genaue Feststellung der Transportwege für Münzmaterial ohne archäologische oder literarische Funde unmöglich erscheint. Auch die Arbeit in den Bergwerken und die dortigen Arbeitsbedingungen können nicht immer zweifelsfrei nachgezeichnet werden. Gerade der soziale Aspekt des Mikrokosmos,

den eine Minenregion darstellte, verdient zusätzliche Aufmerksamkeit. Wenn Bergbau in manchen Regionen eine saisonale Aktivität war, bleibt die Frage zu stellen, wie die Bergleute im Winter ihren Lebensunterhalt bestritten. Ihre Unterbringung bzw. Behausung ist in weiten Teilen ebenfalls noch unerforscht. Zudem wurde deutlich, über welche Mobilität die verschiedenen montanen Fachkräfte verfügten, indem sie neue Regionen auf Lagerstätten untersuchten, angesiedelt bzw. deportiert wurden oder gar auf eigene Faust neue Möglichkeiten in privaten Minen suchten. Die wirtschaftlichen Netzwerke, die den Betrieb einer großangelegten Bergbauaktivität durch Versorgungswege ermöglichten, verdienen ebenso zusätzliche Aufmerksamkeit wie die Umweltauswirkungen, die fast 2.000 Jahre später immer noch im gesamten Mittelmeerraum erkennbar sind.

7. Literatur und Quellen

Aumann, Günter, *Kaiser im Geldbeutel. Eine kleine Geschichte des Römischen Reichs*, [Regenstauf] 2017.

Barrett, Anthony A., *The Invalidation of Currency in the Roman Empire: The Claudian Demonetization of Caligula's Aes*, in: George M. Paul/Michael Ierardi (Hrsg.), *Roman Coins and Public Life under the Empire* (E. Togo Salmon Papers 2), Ann Arbor 1999, S. 83–93.

Boulakia, Jean David C., *Lead in the Roman World*, in: *American Journal of Archaeology* 76 (1972), Heft 2, S. 139–144.

Bromehead, Cyril Edward Nowill, *The Evidence for Ancient Mining*, in: *The Geographical Journal* 96 (1940), Heft 2, S. 101–118.

Brunn, Patrick, *Coins and the Roman Imperial Government*, in: Paul/Ierardi (Hrsg.), *Roman Coins*, S. 19–40.

Corpus Inscriptionum Latinarum III. *Inscriptiones Asiae, provinciarum Europae Graecarum, Illyrici Latinae*, Bd. 2, herausgegeben von Theodor Mommsen, Berlin 1873.

Crawford, Michael Hewson, *Ager publicus*, in: *Der Neue Pauly online*, 2006, http://dx.doi.org/10.1163/1574-9347_dnp_e107760, eingesehen 14.2.2023.

Drexhage, Hans-Joachim/Konen, Heinrich u. a., *Die Wirtschaft des Römischen Reiches (1.–3. Jahrhundert). Eine Einführung* (Studienbücher Geschichte und Kultur der Alten Welt), Berlin 2002.

Duncan-Jones, Richard, *Structure and Scale in the Roman Economy*, Cambridge 1990.

Ders., *Money and Government in the Roman Empire*, Cambridge 1998.

Edmondson, Jonathan C., *Mining in the Later Roman Empire and beyond: Continuity or Disruption?*, in: *The Journal of Roman Studies* 79 (1989), S. 84–102.

ERIH – European Route of Industrial Heritage e.V. (Hrsg.), Zur Industriegeschichte von Zypern, o. D., <https://www.erih.de/wie-alles-begann/industriegeschichte-europaeischer-laender/cyprus-zypern>, eingesehen 20.6.2022.

Freestone, Ian C./Craddock, Paul T., u. a., Zinc production at Zawar, Rajasthan, in: Paul T. Craddock/M. J. Hughes (Hrsg.), *Furnaces and Smelting Technology in Antiquity* (British Museum Occasional Paper 48), London 1985, S. 229–244.

Friedman, Hannah, Agriculture in the Faynan: Food Supply for the Mining Industry, in: Alan Bowman/Andrew Wilson (Hrsg.), *The Roman Agricultural Economy. Organization, Investment, and Production*, Oxford-New York 2013, S. 307–320.

Green, George A./Smythe, Duane, Tracing Dacian gold in Roman aurei, in: *Journal of Archaeological Science: Reports* 39 (2021), Heft 5, <https://doi.org/10.1016/j.jasrep.2021.103128>, eingesehen 9.7.2022.

Harl, Kenneth W., *Coinage in the Roman Economy, 300 B.C. to A.D. 700*, Baltimore-London 1996.

Harris, William V., The Nature of Roman Money, in: ders. (Hrsg.), *The monetary Systems of the Greeks and Romans*, Oxford-New York 2008, S. 174–207.

Hasler, Klaus, *Studien zu Wesen und Wert des Geldes in der römischen Kaiserzeit von Augustus bis Severus Alexander* (Bochumer Historische Studien, Alte Geschichte 4), Bochum 1980.

Hirt, Alfred Michael, *Imperial Mines and Quarries in the Roman World. Organizational Aspects 27 BC – AD 235*, Oxford-New York u. a. 2010.

Hopkins, Keith, Taxes and Trade in the Roman Empire (200 B.C.–A.D. 400), in: *The Journal of Roman Studies* 70 (1980), S. 101–125.

Howgego, Christopher, Why did Ancient States strike Coins?, in: *The Numismatic Chronicle* 150 (1990), S. 1–25.

Ders., The Supply and Use of Money in the Roman World 200 B.C. to A.D. 300, in: *The Journal of Roman Studies* 82 (1992), S. 1–31.

Ders. *Geld in der Antiken Welt. Was Münzen über Geschichte verraten*, Darmstadt 2000.

Katsari, Constantina, The Monetization of the Roman Frontier Provinces, in: Harris (Hrsg.), *The monetary Systems*, S. 242–266.

Killick, David/Fenn, Thomas, Archaeometallurgy: The Study of Preindustrial Mining and Metallurgy, in: *Annual Review of Anthropology* 41 (2012), S. 559–575.

Lewis, P. R./Jones, G. D. B., Roman Gold-Mining in North-West Spain, in: *The Journal of Roman Studies* 60 (1970), S. 169–185.

Lo Cascio, Elio, The Function of Gold Coinage in the Monetary Economy of the Roman Empire, in: Harris (Hrsg.), *The monetary Systems*, S. 160–173.

Mattingly, Harold, *Coins of the Roman Empire in the British Museum*, Vol. 1, Augustus to Vitellius, London 1965.

Meier, Stefan W., *Blei in der Antike. Bergbau, Verhüttung, Fernhandel*, Zürich 1995.

Melville-Jones, John, *Mines, coins of*, in: *A Dictionary of Ancient Roman Coins*, London 1990, S. 186.

Moesta, Hasso/Franke, Peter Robert, *Antike Metallurgie und Münzprägung. Ein Beitrag zur Technikgeschichte*, Basel-Boston-Berlin 1995.

Mrozek, Stanisław, *Die Goldbergwerke im römischen Dazien*, in: Hildegard Temporini (Hrsg.), *Aufstieg und Niedergang der römischen Welt (ANRW). Geschichte und Kultur Roms im Spiegel der neueren Forschung II*, Bd. 6, Berlin-New York 1977, S. 95–109.

Ders., *Lohnarbeit im klassischen Altertum. Ein Beitrag zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte*, Bonn 1989.

Naismith, Rory, *Gold Coinage and Its Use in the Post-Roman West*, in: *Speculum* 89 (2014), Heft 2, S. 273–306.

Orejas, Almudena/Sánchez-Palencia, Francisco Javier, *Mining, Rural Settlement and Tax System in Roman Spain*, in: Peter Anreiter/Gert Goldenberg u. a. (Hrsg.), *Mining in European History and its Impact on Environment and Human Societies. Proceedings for the 1st Mining in European History-Conference of the SFB-HIMAT, 12.–15. November 2009*, Innsbruck 2010, S. 29–34.

Plinius der Ältere, *Naturalis Historiae*, XXXIII, Lateinisch-deutsch, übersetzt und herausgegeben von Roderich König/Gerhard Winkler (Sammlung Tusculum), München-Zürich 1984.

Ders., *Naturalis Historiae*, XXXIV, Lateinisch-deutsch, übersetzt und herausgegeben von Roderich König/Karl Bayer (Sammlung Tusculum), Darmstadt 1989.

Scheidel, Walter, *Coin Quantity, Coin Quality, and Coin Value in Early China and the Roman World*, in: *American Journal of Numismatics* 22 (2010), S. 93–118.

Vermeule, Cornelius, *Minting Greek and Roman Coins*, in: *Archaeology* 10 (1957), Heft 2, S. 100–107.

Wolters, Reinhard, *Nummi Signati. Untersuchungen zur römischen Münzprägung und Geldwirtschaft (Vestigia. Beiträge zur Alten Geschichte 49)*, München 1999.

8. **Abbildungsverzeichnis**

Abbildung 1: Die erwähnten römischen Bergbauggebiete. Die Schraffierung der Gebiete und die farbliche Kennzeichnung der Hauptabbauprodukte erfolgte durch den Verfasser. Karte des Römischen Reiches im Jahr 116: Public Domain, https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Roman_Empire_in_116_AD.png, eingesehen 8.7.2022.

Florian Maizner studiert Geschichte im Masterstudiengang an der Universität Innsbruck. Florian.Maizner@student.uibk.ac.at

Zitation dieses Beitrages

Florian Maizner, Von der Mine zur Münze. Der Weg des römischen Geldes, in: *historia.scribere* 15 (2023), S. 11–37, <http://historia.scribere.at>, eingesehen 13.6.2023 (=aktuelles Datum).

Stärkungsmittel, Aphrodisiakum und Verdauungsgetränk. Kakao und Schokolade in der Medizingeschichte der europäischen Neuzeit

Theresa Möisinger

Kerngebiet: Neuzeit

eingereicht bei: Assoz.-Prof. Mag. Dr. Elena Taddei

eingereicht im: WiSe 2021/22

Rubrik: Seminar-Arbeit

Abstract

Cocoa and Chocolate in the Medical History of Early Modern Europe

The following paper examines the different medical uses of chocolate and cocoa from the 17th to the 19th century in Europe. The scope of application ranges from the treatment of headaches, fevers and digestive disorders to tuberculosis, infertility, and menstrual cramps. Furthermore, the paper analyzes how the ostensible healing functions of chocolate have been adapted to the prevalent concepts of medicine. As will be shown, the diverse qualities of chocolate closely correlate with the predominant medical opinions of the respective time.

1. Einleitung

In J. K. Rowlings Werk „Harry Potter und der Gefangene von Askaban“ gibt es mehrere Szenen, in denen Schokolade als Heil- und Stärkungsmittel auf der Krankenstation verabreicht wird. Nach einem gewalttätigen Angriff wird der Protagonist beispielsweise von Professor Lupin auf folgende Weise behandelt: „Hier, sagte er zu Harry und reichte ihm ein besonders großes Stück [Schokolade]. ‚Iss. Dann geht’s dir besser.“¹

Aus heutiger Sicht könnte dieses Zitat als alberne Floskel aus einem Fantasyroman abgetan werden. Vor nicht allzu langer Zeit waren einige Mediziner jedoch tatsächlich

1 J. K. Rowling, Harry Potter und der Gefangene von Askaban, Hamburg 1999, S. 90.

von der kurierenden Wirkung von Schokolade und Kakao überzeugt und priesen sie als Heilmittel gegen verschiedenste Krankheiten an. Von physischem und psychischem Schwächezustand über Kopfschmerzen und Hautausschlägen bis hin zu Verdauungsbeschwerden und Fieberanfällen – bei all diesen Leiden und noch zahlreichen weiteren wurden Kakao und Schokolade zur Behandlung eingesetzt. Demgemäß wurden sie zunächst auch nur in Apotheken verkauft. Vom heutigen Standpunkt aus wirkt dieser Verwendungszweck merkwürdig, in unserer Gesellschaft wird Schokolade nicht unbedingt als gesundes Lebensmittel betrachtet. Aus diesem widersprüchlichen Verhältnis ergibt sich das Interesse zur Erforschung dieses Themas.

Diese Arbeit soll sich mit der Fragestellung beschäftigen, welche unterschiedlichen medizinischen Eigenschaften Schokolade und Kakao vom 17. bis Anfang des 19. Jahrhunderts in Europa zugeschrieben wurden. Das Hauptaugenmerk wird dabei auf die Gebiete des heutigen Spanien, Frankreich und Großbritannien gelegt. Weiters wird untersucht, wie sich die Rezeption dieses „Heilmittels“ im Laufe der Zeit veränderte und wie Schokolade im Rahmen des jeweiligen medizinischen Konzepts angewandt wurde. Diesbezüglich wird angenommen, dass Kakao und dessen Erzeugnissen teilweise kurierende Effekte beigemessen wurden, die sich im Kontext des dominierenden Gesundheitsbildes als ein probates Heilmittel erwiesen. Dadurch ließe sich auch die Mannigfaltigkeit an Anwendungsfällen erklären.

Um dieser These nachzugehen, wird auf Sekundärliteratur zurückgegriffen. Ähnlich wie andere Genussmittel, etwa Tee oder Kaffee, ist auch Kakao ein ausgiebig erforschtes Thema, das von der historischen Perspektive aus überwiegend im Zusammenhang mit Kolonialismus und Fernhandel untersucht wurde. So gaben Gerhard Pfeisinger und Stefan Schennach das Werk „Kolonialwaren – Die Schaffung der ungleichen Welt“² heraus, in dem sie detailreich die Geschichte unterschiedlichster Produkte schilderten. Eines dieser Kapitel, verfasst von Joe Kemptner³, widmete sich Kakao und wie dieser in Europa Verbreitung gefunden hat.⁴ Ebenso beschäftigte sich Annerose Menninger⁵ mit den vier Kolonialwaren Tabak, Kaffee, Tee und Schokolade. Sie betonte dabei den Aspekt des Genusses im kulturellen Wandel, ging aber auch auf die medizinische Verwendung der Produkte ein. Auch Thomas Miedaner⁶ betrachtete verschiedene Lebensmittel unter dem Gesichtspunkt des Genussmittels. In seiner ausführlichen Schilderung über Schokolade ging er auf den Gesundheitsaspekt des Produktes ein. Ähnlich verhielt es sich mit der Monographie „Kakao – Speise der Götter“ von Andrea Durry und

2 Gerhard Pfeisinger/Stefan Schennach (Hrsg.), *Kolonialwaren. Die Schaffung der ungleichen Welt*, Göttingen 1989.

3 Joe Kemptner, *Kakao – Zart und Bitter*, in: Gerhard Pfeisinger/Stefan Schennach (Hrsg.), *Kolonialwaren. Die Schaffung der ungleichen Welt*, Göttingen 1989, S. 51–58.

4 Obwohl sich diese Arbeit auf Europa fokussiert, soll an dieser Stelle auch auf Werke verwiesen werden, die sich mit der Verbreitung der Schokolade auf anderen Kontinenten auseinandersetzen: Beatriz Puente-Ballesteros, *Chocolate in China. Interweaving Cultural Histories of an Imperfectly Connected World*, in: Harold J. Cook (Hrsg.), *Translation at Work. Chinese Medicine at the First Global Age*, Leiden-Boston 2020, S. 58–107; Carla Martin, *Bittersweet Notes. Chocolate, Culture and the Politics of Food*, o. D., <http://bittersweetnotes.com/>, eingesehen 16.2.2023.

5 Annerose Menninger, *Genuss im kulturellen Wandel. Tabak, Kaffee, Tee und Schokolade in Europa. 16.–19. Jahrhundert*, Stuttgart 2004.

6 Thomas Miedaner, *Genusspflanzen*, Berlin 2018.

Thomas Schiffer⁷, die sich ausschließlich mit Kakao und dessen Erzeugnissen befassten und dabei genau über die Kakaopflanze, die Ernte und die Entstehung der Schokolade berichteten. Von besonderem Interesse für die vorliegende Arbeit war das Unterkapitel „Schokolade als Medizin“, in dem die Autor*innen ein Augenmerk auf die Verbreitung von Schokolade als Arzneimittel in ganz Europa legten. Auf die heilende Wirkung des Produkts verwiesen auch Philip K. Wilson und W. Jeffrey Hurst.⁸ Sie beschäftigten sich in ihrer Monografie damit, welche Einflüsse Schokolade auf die Gesundheit des Menschen habe und bezogen dabei Erkenntnisse neuester chemischer, medizinischer und ernährungswissenschaftlicher Forschungen ein. Als bedeutend stellte sich ihr Werk deshalb heraus, da sie es mit einer historischen Betrachtung von Kakao und Schokolade als Arzneimittel einleiteten. Zusätzlich gab es bereits einige Artikel, die sich explizit mit dem Forschungsthema auseinandersetzten. So etwa Beiträge von Donatella Lippi⁹, Martha Makra Graziano¹⁰ und Margrit Schulte Beerbühl¹¹.

Als wertvoll erwiesen sich zudem zahlreiche medizinische Schriften, die vom 16. bis ins 19. Jahrhundert zu diesem Thema veröffentlicht wurden. Für die Auswahl der Quellen wurde zunächst eine überblicksmäßige Literaturrecherche durchgeführt, wobei insbesondere in den Artikeln von Lippi, Graziano und Schulte Beerbühl auf zahlreiche neuzeitliche medizinische Schriften zum Thema verwiesen wurde. Anschließend wurde die so entstandene Auswahl auf Basis der Zugänglichkeit sowie der Sprachkenntnisse der Verfasserin eingegrenzt, wodurch sich eine Auswahl von zehn passenden Quellen ergab. Da dies allerdings den Rahmen der Seminararbeit gesprengt hätte, wurden für jede geografische Region je zwei Werke ausgewählt, die nach Erachten der Verfasserin am geeignetsten waren. Die Autoren der ausgewählten Quellen stammten aus dem spanisch-, französisch- und englischsprachigen Raum. So beschäftigten sich die beiden spanischen Mediziner Santiago de Valverde Turices¹² und Antonio Colmenero de Ledesma¹³ bereits Anfang des 17. Jahrhunderts mit der Kakaopflanze und der daraus gewonnenen Schokolade. Sie verfassten einige der ersten Werke, die sich mit diesem Thema auseinandersetzten. Diesbezüglich sollte jedoch angemerkt werden, dass die beiden sich dabei am 1590 erschienenen Werk „Historia Natural y Moral de las Indias“¹⁴, verfasst vom Jesuiten José de Acosta (1539–1599)¹⁵, orientierten. Dabei handelte es sich um eine der ersten systematischen Sammlungen von Informationen über die „Neue Welt“, die in hoher Auflage sowie mehreren Übersetzungen erschien. Ein Kapitel darin beschäftigte sich explizit mit Kakao: „Del cacao y de la coca“.

7 Andrea Durry/Thomas Schiffer, *Kakao. Speise der Götter*, München 2012.

8 Philip K. Wilson/W. Jeffrey Hurst, *Chocolate and Health. Chemistry, Nutrition and Therapy*, Cambridge 2015.

9 Donatella Lippi, *Chocolate and medicine: Dangerous liaisons?*, in: *Nutrition* 25 (2009), S. 1100–1103; dies., *Chocolate in History: Food, Medicine, Medi-Food*, in: *Nutrients* 5 (2013), S. 1573–1584.

10 Martha Makra Graziano, *Food of the Gods as Mortals' Medicine. The Uses of Chocolate and Cacao Products*, in: *Pharmacy in History* 40 (1998), Heft 4, S. 132–146.

11 Margrit Schulte Beerbühl, *Faszination Schokolade. Die Geschichte des Kakaos zwischen Luxus, Massenprodukt und Medizin*, in: *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 95 (2008), Heft 4, S. 410–429.

12 Santiago de Valverde Turices, *Un discurso del chocolate*, Sevilla 1624.

13 Antonio Colmenero de Ledesma, *Curioso Tratado de la naturaleza y calidad del chocolate*, Madrid 1631.

14 José de Acosta, *Historia Natural y Moral de las Indias*, Sevilla 1591.

15 Michael Sievernich, *Vision und Mission der Neuen Welt. Amerika bei José de Acosta*, in: Michael Sievernich/Günter Switek (Hrsg.), *Ignatianisch. Eigenart und Methode der Gesellschaft Jesu*, Freiburg 1990, S. 293–313.

Auch der englische Gelehrte und Mediziner Henry Stubbe (1632–1676)¹⁶ setzte sich mit der Wirkung von Schokolade auseinander und bezog sich dabei auf Erkenntnisse, die er auf seiner Reise nach Jamaika sammeln konnte.¹⁷ Damit verhalf er der neuen Ware im englischsprachigen Raum zu Bekanntheit. Ebenso aus dem 17. Jahrhundert stammt ein Werk seines Landsmannes William Hughes¹⁸, das Einblicke in die zeitgenössische Sichtweise auf Pflanzen und Praktiken in Amerika ermöglichte sowie Auskunft über die angebliche heilende Wirkung von Kakao und Schokolade gab. Im 18. Jahrhundert befasste sich der französische Mediziner D. De Quelus¹⁹ in seiner Forschung mit den heilsamen Eigenschaften von Kakao und veröffentlichte dazu eine ausführliche Abhandlung, um seine Erkenntnisse festzuhalten. Erwähnenswert ist schließlich noch eine Quelle aus dem 19. Jahrhundert, die von dem französischen Gastrosophen Jean Anthelme Brillat de Savarin (1755–1826)²⁰ verfasst wurde.²¹ Bei „Gastrosophie“ handelt es sich um eine kulturwissenschaftliche Erforschung von Ernährung und Gesellschaft, die sich insbesondere mit Esskulturen verschiedener Epochen und/oder geografischer Räume beschäftigt. Abschließend muss festgehalten werden, dass aufgrund fehlender Französischkenntnisse in den letzten beiden Fällen auf eine englische bzw. eine deutsche Übersetzung zurückgegriffen werden musste.

2. Historischer Kontext

Die folgenden zwei Unterkapitel sollen den historischen Kontext der Fragestellung beleuchten, wobei sich Kapitel 2.1 auf die Verbreitung von Kakao und Schokolade in Europa fokussiert, während 2.2 einen prägnanten Einblick in die Medizingeschichte der europäischen Neuzeit ermöglichen soll.

2.1 *Kakao und Schokolade als Kulturgut in Europa*

Mit der „Entdeckung“²² Amerikas 1492 und der Erkundung der „neuen Welt“ wurden zahlreiche bisher unbekannte Pflanzen und Kulturgüter nach Europa gebracht. Ein Bei-

16 James R. Jacob, *Henry Stubbe, radical Protestantism and the early Enlightenment*. Cambridge 2002.

17 Henry Stubbe, *The Indian Nectar or Discourse Concerning Chocolata*, London 1662.

18 William Hughes, *The American Physitian, or, A Treatise of the Roots, Plants, Trees, Shrubs, Fruit, Herbs &c. Growing in the English Plantations in America. Describing the Place, Time, Names, Kindes, Temperature, Vertues and Uses of them, either for Diet, Physick, &c. Whereunto is added A discourse of the cacao-nut-tree, And the use of its Fruit; with all the ways of making of chocolate*, London 1672.

19 D. De Quelus, *The Natural History of Chocolate. Being A Distinct and Particular Account of the Cocoa-tree, its Growth and Culture, and the Preparation, Excellent Properties, and Medicinal Vertues of its Fruit. Wherein the Errors of those who have wrote upon this Subject are discover'd; the Best Way of Making Chocolate is explain'd; and several Uncommon Medicines drawn from it, are communicated*. Translated from Richard Brookes, London 1724.

20 Giles MacDonogh, *Brillat-Savarin. The Judge and his Stomach*, London 1992.

21 Jean Anthelme Brillat de Savarin, *Physiologie des Geschmacks oder physiologische Anleitung zum Studium der Tafelgenüsse*. Übersetzt und mit Anmerkungen versehen von Carl Vogt, Braunschweig 1865.

22 Der Begriff der Entdeckung ist kritisch zu betrachten, da einige Faktoren berücksichtigt werden müssen, wie beispielsweise die Ignorierung der Lebenswelt der indigenen Bevölkerungsgruppen und wie diese nach Amerika gelangt sind, frühere skandinavische und grönländische Seefahrer, ungesicherte Hypothesen über afrikanische und arabische Seefahrer etc. Dementsprechend handelt es sich hier um eine eurozentrische Perspektive. Da die „entdeckten“ Gebiete schon besiedelt waren, ist mittlerweile der Begriff der europäischen Expansion in den Geschichtswissenschaften geläufiger: Kathleen Loock, *Kolumbus in den USA. Vom Nationalhelden zur ethnischen Identifikationsfigur*, Bielefeld 2014.

spiel dafür stellten der Kakaobaum und die daraus gewonnenen Kakaobohnen dar. Christoph Kolumbus (1451–1506) und seine Kompanie machten die ersten Erfahrungen damit im Jahr 1502, als sie ein Kanu plünderten, das mit „Mandeln“ gefüllt war – nur, dass es sich dabei nicht um Mandeln, sondern um die optisch ähnlichen Kakaobohnen handelte. Obwohl er eine Ration davon nach Spanien importierte, blieben die Verwendungszwecke der Pflanze zunächst unbekannt.²³

Erst der spanische Konquistador Hernán Cortés (1485–1547)²⁴ beobachtete 1519 auf seiner Expedition ins Aztekenreich (heutiges Mexiko), wie die Bewohner*innen Samen der Pflanze gemahlen und anschließend mit kaltem Wasser als Getränk zu sich genommen hatten. Dies war jedoch Männern vorbehalten und wurde meist nur an bestimmten Feiertagen oder bei Opferungsritualen konsumiert, was auf den hohen Stellenwert der Pflanze hindeutet.²⁵ Ein Teilnehmer der Expedition, Bernal Díaz del Castillo (1495/96–1584)²⁶, berichtete außerdem, dass der Aztekenkönig Montezuma II. (1465–1520)²⁷ solche kakaohaltigen Getränke in großen Mengen zu sich nahm.²⁸ Obwohl es nicht sicher belegt ist, wird meist auf diese Expedition verwiesen, wenn es um die erste Lieferung der Kakaobohnen mit dem Schiff von Mexiko nach Spanien geht. Gewiss ist jedoch, dass Cortés in mehreren Briefen an Kaiser Karl V. (1500–1558)²⁹ auf die Bedeutsamkeit der Pflanze in Mexiko verwies.³⁰ Die Bohnen wurden dort auch als Zahlungsmittel verwendet, was auf den materiellen Wert der Pflanze hindeutet. Dies erkannten auch die Kolonialisten und so blieb die Kakaobohne – neben der 1539 von der spanischen Krone eingeführten Münze – weiterhin eine anerkannte Währung bis spät ins 16. Jahrhundert.³¹

Ähnliches ist aus dem Mayareich bekannt, wo der Kakao ebenfalls als Währung, aber auch als Lebensmittel genutzt wurde. Die Maya, die im präkolumbischen Mesoamerika siedelten, fügten dem gemahlene Pulver allerdings heißes statt kaltes Wasser hinzu.³² Ebenso ist die Beigabe von Vanille, Aloe, Piment, Cayennepfeffer und Chiliflocken belegt, was unterschiedliche Geschmäcker treffen, aber auch medizinische Zwecke erfüllen sollte. All diese Beobachtungen spielten eine Rolle, als der Kakao nach Europa gelangte. In seiner Reinform ist er ungenießbar und auch die Zubereitungsweisen der indigenen Bevölkerung schienen dem europäischen Geschmack nicht sonderlich zu entsprechen.³³ Erst durch die Zugabe von etwas Süßem – Honig oder Zucker – begann

23 Teresa L. Dillinger/P. Barriga u. a., Food of the Gods: Cure for Humanity? A Cultural History of the Medicinal and Ritual Use of Chocolate, in: *American Society for Nutritional Sciences* 130 (2000), S. 2057–2072, hier S. 2058.

24 Hugh Thomas, Die Eroberung Mexikos. Cortés und Montezuma, Frankfurt a. M. 2000.

25 Durry/Schiffer, Kakao, S. 182.

26 José Rabasa, Díaz del Castillo, Bernal (c. 1495–1584), in: *Encyclopedia of Latin American History and Culture*, Detroit 2008.

27 Hugh Thomas, Conquest, Montezuma, Cortes, and the Fall of Old Mexico, New York 2013.

28 Bernal Díaz del Castillo, The Bernal Diaz Chronicles. Translated and edited by Albert Idell, New York 1956, S. 160.

29 Alfred Kohler, Karl V. 1500–1558. Eine Biografie, München 2014³.

30 Durry/Schiffer, Kakao, S. 220.

31 Menninger, Genussmittel im kulturellen Wandel, S. 223.

32 Sophie D. Coe/Michael D. Coe, The True History of Chocolate, London 1996, S. 59.

33 Marcy Norton, Conquests of Chocolate, in: *OAH Magazine of History* 18 (2004), Heft 3, S. 14–17, hier S. 16.

sich der bittere Geschmack zu verändern, woraufhin sich Kakao wachsender Beliebtheit erfreute und schnell zum Modegetränk der Adeligen aufstieg.³⁴

So wurde Schokolade in flüssiger Form erstmals 1544 am spanischen Hof konsumiert und war dort der Aristokratie vorbehalten. Von Spanien ausgehend breitete sie sich im 17. Jahrhundert auf weitere europäische Höfe aus, zunächst in Frankreich und Italien.³⁵ Besonders die dynastischen Beziehungen spielten bei der Verbreitung eine wichtige Rolle, da viele Prinzessinnen nach der Hochzeit in ihrer neuen Heimat nicht auf ihren ursprünglichen Lebensstil verzichten wollten. Die spanische Prinzessin Anna von Österreich (1601–1666)³⁶ brachte nach ihrer Hochzeit mit dem französischen König Ludwig XIII. (1601–1643)³⁷ im Jahr 1615 Kakao mit an den Hof und führte damit die Schokolade in Frankreich ein.³⁸

Da die Kolonialwaren jedoch sehr teuer waren, blieb der Kakao zunächst den höheren Bevölkerungsschichten und in besonderen Fällen Soldaten als Marschverpflegung vorbehalten.³⁹ Der Kulturwissenschaftler Wolfgang Schivelbusch stellte diesbezüglich einen interessanten Vergleich mit einer anderen Kolonialware an: Kaffee. Während die bürgerliche Bevölkerung den Kaffee bevorzugt habe, da dieser wach mache, motiviere und zu geistigen Tätigkeiten anrege, sei die flüssige Schokolade ein Getränk des Adels, das die untätige Klasse bei ihrem „Nichtstun“ unterstütze. Schivelbusch stufte deshalb Kaffee als ein protestantisch-bürgerliches, Kakao hingegen als ein aristokratisch-katholisches Getränk ein.⁴⁰ Diese Annahme klingt zunächst einleuchtend. Trotzdem sollten einige Punkte nicht außer Acht gelassen werden, wie beispielsweise, dass auch Kaffee anfänglich ein teures Getränk war, das als Teil der höfischen Kultur galt, und für andere Personen kaum leistbar war. Gleichermäßen lässt sich beim Kaffeekonsum in Adelskreisen eine Kontinuität erkennen, die nicht plötzlich mit dem Auftauchen des Modegetränks Kakao endete. So haben beispielsweise auch König Ludwig XIV. (1638–1715)⁴¹ und Ludwig XV. (1710–1774)⁴² mit Vorliebe Kaffee und heiße Schokolade konsumiert.⁴³ Es handelt sich dabei also nicht um eine „exklusive“ Beziehung. Überdies wurde in London bereits 1657 das erste Schokoladenhaus für die Öffentlichkeit gegründet, etwa zur gleichen Zeit wie die ersten Kaffeehäuser. Dort traf sich die wohlhabende Bevölkerung, sowohl Adelige als auch die gut situierte Bürgerschicht, um ihren heißen Kakao zu genießen und sich über die wichtigsten Neuigkeiten auszutauschen – ein zentraler Bestandteil des kulturellen und sozialen Lebens.⁴⁴

34 Durry/Schiffer, Kakao, S. 222.

35 Miedaner, Genusspflanzen, S. 185.

36 Thea Leitner, Vor Sonnenaufgang. Anna 1601–1666, in: Thea Leitner (Hrsg.), Habsburgs verkaufte Töchter, München-Zürich 1994, S. 137–185.

37 Klaus Maletke, Die Bourbonen, Bd. 1. Von Heinrich IV. bis Ludwig XIV. (1589–1715), Stuttgart 2008.

38 Durry/Schiffer, Kakao, S. 234.

39 Norton, Conquests of Chocolate, S. 14.

40 Wolfgang Schivelbusch, Tastes of Paradise. A Social History of Spices, Stimulants, and Intoxicants, New York 1992, S. 87.

41 Martin Wrede, Ludwig XIV. Der Kriegsherr aus Versailles, Darmstadt 2015.

42 Klaus Maletke, Die Bourbonen, Bd. 2. Von Ludwig XV. bis Ludwig XVI. (1715–1789/92), Stuttgart 2008.

43 Menninger, Genussmittel im kulturellen Wandel, S. 320–322.

44 Schulte Beerbühl, Faszination Schokolade, S. 418.

Aufgrund der steigenden Nachfrage wurden in den englischen, niederländischen, spanischen und französischen Kolonien Kakaoplantagen gegründet, die auf Basis von Sklavenarbeit und dem Anbau von billigen Kakaosorten zu großen Erträgen führten.⁴⁵ Im 19. Jahrhundert wurden so immer größere Mengen an Kakao nach Europa importiert und die Schokolade entwickelte sich zum Massenprodukt. Dies wurde auch durch die expandierende Zuckerindustrie und neue Herstellungsverfahren unterstützt. 1828 entwickelte der niederländische Chemiker Konrad van Houten (1801–1887) eine Presse, die es ermöglichte, ca. fünfzig Prozent des Fettes der Kakaobohnen zu extrahieren und dadurch den Geschmack zu intensivieren, wodurch nebenbei auch geringere Mengen an Rohstoff benötigt wurden.⁴⁶ Die übriggebliebene Kakaobutter inspirierte schließlich den Engländer Joseph Fry (1787–1835) dazu, die erste Schokolade in Tafelform zu kreieren, indem er sie gemeinsam mit Kakaopulver und Zucker zu einer Masse einschmolz und kaltstellte.⁴⁷ Während Milch bereits seit dem 17. Jahrhundert der flüssigen Schokolade hinzugefügt wurde, geschah diese Mischung mit der festen Schokolade erst im Jahr 1875 durch die beiden Schweizer Daniel Peter (1836–1919) und Henri Nestlé (1814–1890).⁴⁸ Im 18. und 19. Jahrhundert entstanden aufgrund der wachsenden Beliebtheit des neuen Produktes zahlreiche Schokoladenfabriken. Zu den frühesten Massenproduktionsstätten gehörten dabei die Chocolaterie Lombarts (1760) sowie Pelletier (1819) in Frankreich, die Halloren Schokoladenfabrik (1804) sowie die Gebrüder Stollwerck AG (1839) in Deutschland, Philippe Suchard (1824), Lindt & Sprüngli (1845) sowie Nestlé (1879) in der Schweiz, und Cadbury (1831) sowie J. S. Fry & Son's (1847) in England.⁴⁹

2.2 *Medizinkonzepte in der europäischen Neuzeit*

Mit dem Aufkommen des von Italien im 15. Jahrhundert ausgehenden Renaissance-Humanismus kam es unter anderem zu einer Weiterentwicklung in der Medizin. So wurde beispielsweise der theologische Einfluss schwächer und die Hinwendung zu antiker Literatur stärker, woraufhin es zu einer Neuauslegung medizinischer Schriften von Hippokrates, Galen und Celsus kam. Diese Gelehrten hatten zu großen Teilen die Medizin im Mittelalter beeinflusst, wurden nun jedoch neu interpretiert, hinterfragt und mit eigenen Annahmen ergänzt.⁵⁰

So kam es in der Anatomie vermehrt zu Sektionen, der Leichenbeschau für medizinische Zwecke. Die 1543 veröffentlichte Abhandlung „De Humani Corporis Fabrica“ des Anatomen und Chirurgen Andreas Vesalius (1514–1564)⁵¹ stellte einen Meilenstein auf diesem Gebiet dar, da sie die Platzierung der abdominalen Organe, die Struktur

45 Dillinger/Barriga u. a., *Food of the Gods*, S. 2059.

46 H. P. Newquist, *The Book of Chocolate. The amazing Story of the World's favorite Candy*, New York 2017, S. 70.

47 Miriam Kasin Hospodar, *Chocolates, filled*, in: Darra Goldstein (Hrsg.), *The Oxford Companion to Sugar and Sweets*, Oxford 2015, S. 157–158, hier S. 157.

48 Lippi, *Chocolate in History*, S. 1581.

49 Newquist, *The Book of Chocolate*, S. 76–78.

50 Karl-Heinz Leven, *Geschichte der Medizin*, München 2019³, S. 41–42.

51 Barbara I. Tshisuaka, *Vesal[ius], Andreas*, in: Werner E. Gerabek/Bernhard D. Haage u. a. (Hrsg.), *Enzyklopädie Medizingeschichte*, Berlin-New York 2005, S. 1440–1441.

des Gehirns, die Innervation der Muskeln und den Verlauf der Blutgefäße darstellte.⁵² Weitere wichtige Erkenntnisse zum menschlichen Körper lieferten Gabriele Falloppio (1523–1562)⁵³, der die Funktionen der Muskeln und Knochen sowie des Innenohrs und der Sexualorgane schilderte und Miguel Serveto (1509/1511–1553)⁵⁴, der die beiden Kreisläufe des Herz-Kreislaufs-Systems beschrieb.⁵⁵

Im Bereich der Inneren Medizin wurde teilweise bis ins 19. Jahrhundert am Konzept der Humoralpathologie festgehalten. Dabei handelt es sich um eine Theorie, die bereits im antiken Griechenland von Hippokrates (ca. 460–370 v. Chr.)⁵⁶ begründet und durch Galens Temperamentlehre ergänzt wurde. Erstmals festgehalten wurde sie im „Corpus Hippocraticum“, einer Sammlung von medizinischen Texten, die aus dem Zeitraum zwischen dem 6. Jahrhundert v. Chr. und dem 2. Jahrhundert n. Chr. stammen.⁵⁷ Von diesem Zeitpunkt an wurde auf dem Konzept beharrt, wenngleich es stetig weiterentwickelt und angepasst wurde. Von zentraler Bedeutung war dabei unter anderem der arabische Arzt Avicenna (980–1037).⁵⁸ Die Grundlage der Gelehrten bildete die „Vier-Säfte-Lehre“, nach welcher die Mischung der vier Leibessäfte („gelbe Galle“, „schwarze Galle“, „Blut“, „Schleim“) den allgemeinen Gesundheitszustand eines Menschen bestimmen würde. Bei richtiger Mischung (Eukrasie) sei der Mensch gesund, bei einem Ungleichgewicht (Dyskrasie) käme es zu einer Krankheit.⁵⁹

Galen (ca. 130–200 n. Chr.)⁶⁰ griff diese Idee auf und verband die „vier Säfte“ mit den „vier Temperamenten“ („Choleriker*innen“, „Melancholiker*innen“, „Sanguiniker*innen“, „Phlegmatiker*innen“), den vier Elementen (Erde, Wasser, Luft, Feuer) und dazugehörigen Eigenschaften (Abbildung 1).⁶¹ Es sei nun die Aufgabe des Arztes, die vorherrschende Dyskrasie der Säfte richtig einzuschätzen und passende Behandlungsmaßnahmen durch Diätetik, Arzneimittel oder chirurgische Eingriffe zu setzen. Neben dem Aderlass und dem Schröpfen kamen auch Brech- und Abführmittel sowie Maßnahmen zur Förderung der Harnentleerung und des Schwitzens zum Einsatz. Die richtige Zubereitung und Aufnahme von Lebensmitteln zählte ebenso zu den zentralen Therapiemöglichkeiten.⁶² Damit hatte die Humoralpathologie einen wesentlichen Einfluss auf die Esskultur des Mittelalters und der Neuzeit: Es wurde davon ausgegangen, dass Lebensmittel so kombiniert werden müssten, dass die „vier Säfte“ im Gleichgewicht bleiben würden. Demgemäß wurden Lebensmittel in vier Kategorien eingeteilt: „feucht“, „trocken“,

52 Leven, *Geschichte der Medizin*, S. 43–44.

53 Barbara I. Tshisuaka, Falloppio, Gabriele, in: Werner E. Gerabek/Bernhard D. Haage u. a. (Hrsg.), *Enzyklopädie Medizingeschichte*, Berlin-New York 2005, S. 391–392.

54 Barbara I. Tshisuaka, Servetus, Michael, in: Werner E. Gerabek/Bernhard D. Haage u. a. (Hrsg.), *Enzyklopädie Medizingeschichte*, Berlin-New York 2005, S. 1322–1323.

55 Wolfgang U. Eckart, *Geschichte der Medizin. Fakten, Konzepte, Haltungen*, Heidelberg 2009⁹, S. 100–101.

56 Gundolf Keil, Hippokrates von Kos, in: Werner E. Gerabek/Bernhard D. Haage u. a. (Hrsg.), *Enzyklopädie Medizingeschichte*, Berlin-New York 2005, S. 597–598.

57 Leven, *Geschichte der Medizin*, S. 21.

58 Heinrich Schipperges, Ibn Sīnā, in: Werner E. Gerabek/Bernhard D. Haage u. a. (Hrsg.), *Enzyklopädie Medizingeschichte*, Berlin-New York 2005, S. 1334–1336.

59 Menninger, *Genuss im kulturellen Wandel*, S. 246–247.

60 Diethard Nickel, Galenos von Pergamon, in: Werner E. Gerabek/Bernhard D. Haage u. a. (Hrsg.), *Enzyklopädie Medizingeschichte*, Berlin-New York 2005, S. 448–452.

61 Eckart, *Geschichte der Medizin. Fakten, Konzepte, Haltungen*, S. 45.

62 Wolfgang U. Eckart, *Geschichte, Theorie und Ethik der Medizin*, Berlin 2019⁹, S. 28.

„heiß“ und „kalt“:⁶³ „Choleriker*innen“ sollten beispielsweise darauf achten, ihr ohnehin leicht entflammbares „Temperament“ nicht zusätzlich mit „heißen“, „trockenen“ Lebensmitteln zu reizen, und stattdessen „kalte“, „feuchte“ Produkte, wie etwa Fisch, zu genießen. Rindfleisch hingegen sei „trocken“ und „heiß“, was bei „Choleriker*innen“ zu einem Übermaß an gelber Galle führe und deshalb eine Krankheit auslösen könne, wenn es nicht richtig zubereitet sei. Rindfleisch solle also in Wasser gekocht und nicht gebraten werden, um die nötige „Feuchtigkeit“ zu garantieren. Schweinefleisch hingegen könne im Feuer gegrillt werden, da es sich um ein „kaltes“, „feuchtes“ Lebensmittel handle.⁶⁴

Leibessaft	Organ	Element	Temperament	Eigenschaft
Blut	Leber	Luft	Sanguiniker	warm & feucht
Schleim	Hirn/Lunge	Wasser	Phlegmatiker	kalt & feucht
Gelbe Galle	Gallenblase	Feuer	Choleriker	warm & trocken
Schwarze Galle	Milz	Erde	Melancholiker	kalt & trocken

Abbildung 1: Bestandteile der Humoralpathologie.

Im Laufe der Neuzeit entwickelte sich zusätzlich das Verständnis, dass gesundheitliche Beschwerden auf eine sich im Körper befindliche, organübergreifende „Krankheitsmaterie“ zurückzuführen seien, die sich über die „Leibessäfte“ im Körper verbreiten würde. Wenngleich bei dieser Theorie nicht ein Ungleichgewicht der „Säfte“ für die Krankheit verantwortlich gemacht wurde, blieben die „Körpersäfte“ ein gemeinsamer Nenner in der frühneuzeitlichen Medizin.⁶⁵ Erst mit der im 19. Jahrhundert entwickelten Theorie der Zellulärpathologie, die bis heute anerkannt ist, wurde die Lehre der „Körpersäfte“ abgelöst.⁶⁶

Im Rahmen der Humoralpathologie gab es in der Neuzeit auch im Bereich der Inneren Medizin einige Entwicklungen. Beispielsweise wurden Theorien zur epidemischen Ausbreitung von Krankheiten (Kontagienlehre) von Girolamo Fracastoro (1478–1553)⁶⁷ entworfen⁶⁸ und erste Versuche im Bereich der Chymie bzw. Iatrochemie von Paracelsus (1493–1541)⁶⁹ durchgeführt, der die Nutzbarmachung der Alchemie für medizinische Zwecke anvisierte und damit die chemische Medizin etablierte.⁷⁰ Ab Ende des

63 Leven, *Geschichte der Medizin*, S. 23.

64 Melitta Weiss Adamson, *Food in Medieval Times*, London 2004, S. 207–217.

65 Michael Stolberg, *Der gesunde Leib. Zur Geschichtlichkeit frühneuzeitlicher Körpererfahrung*, in: Paul Münch (Hrsg.), *„Erfahrung“ als Kategorie der Frühneuzeitgeschichte*, München 2001, S. 37–57, hier S. 40.

66 Eckart, *Geschichte, Theorie und Ethik der Medizin*, S. 192.

67 Barbara I. Tshisuaka, Fracastoro, Girolamo, in: Werner E. Gerabek/Bernhard D. Haage u. a. (Hrsg.), *Enzyklopädie Medizingeschichte*, Berlin-New York 2005, S. 418.

68 Eckart, *Geschichte, Theorie und Ethik der Medizin*, S. 113.

69 Udo Benzenhöfer, Paracelsus, in: Werner E. Gerabek/Bernhard D. Haage u. a. (Hrsg.), *Enzyklopädie Medizingeschichte*, Berlin-New York 2005, S. 1101–1105.

70 Leven, *Geschichte der Medizin*, S. 50.

17. und besonders im 18. Jahrhundert erlebte die Medizin, wie viele andere Bereiche, durch die philosophische Bewegung der Aufklärung einen Aufschwung und es kam zu zahlreichen Innovationen. Im Fokus standen rationales Denken, begründetes Handeln und die Vernunft des Menschen. Im Bereich der Wissenschaft und Medizin bedeutete dies, dass der Empirismus einen hohen Stellenwert bekam und geplantes Beobachten sowie geordnetes Experimentieren als Basis für Erkenntnisse diente. Die Sichtweise auf die Medizin veränderte sich in vielerlei Hinsicht und die Humoralpathologie wurde immer mehr verdrängt, wenngleich sie sich bei Laien und einigen Ärzten immer noch hartnäckig hielt.⁷¹ Zentral waren ab dem 18. Jahrhundert auch verschiedene Konzepte des „Vitalismus“, welche die Grundannahme gemein hatten, es gäbe im Körper eine Art „Lebenskraft“ oder einen „Lebensstoff“, der das Distinktionsmerkmal zwischen Organischem und Anorganischem darstelle.⁷² Erwähnenswert für das 18. Jahrhundert ist darüber hinaus die Entdeckung der Nerven und die darauf basierenden Deutungssysteme, wie etwa der Brownianismus. Nach dieser Theorie gelten Reize als lebenserhaltend und müssen dem menschlichen Körper im richtigen Ausmaß zugeführt werden. Sowohl eine Reizüberflutung als auch ein Reizmangel seien demnach für Krankheiten verantwortlich.⁷³

3. Schokolade und Kakao in der Medizingeschichte Europas

Wie bereits erwähnt, wurden Kakaoerzeugnisse bei den Mayas und Azteken nicht nur als Zahlungsmittel oder als Genussmittel verwendet, sondern auch für medizinische Zwecke. Neben vielen anderen Praktiken konnte auch diese Anwendungsmöglichkeit von den Kolonialisten beobachtet, gelernt und schließlich im europäischen Raum verbreitet werden.⁷⁴ Eine der gängigsten Möglichkeiten dafür war die Veröffentlichung von Traktaten, da sie eine schnelle Verbreitung von Informationen ermöglichten. In Anbetracht der Entdeckungs- und Eroberungsgeschichte des amerikanischen Kontinents ist es kaum verwunderlich, dass die ersten Abhandlungen über Kakao und Schokolade aus Spanien stammten. Es folgten Texte aus Großbritannien, den Niederlanden und Frankreich.⁷⁵

Dem Kakao wurde in solchen Schriften zahlreiche heilende Eigenschaften zugeschrieben. Er könne je nach Zubereitungsart bei Magen-Darm-Beschwerden, Fieber, Herz-Kreislauf-Krankheiten, Impotenz, Unfruchtbarkeit, Nierensteinen, Zahnschmerzen, Einschlafbeschwerden, Schwächezuständen, Stillproblemen und Regelschmerzen angewandt werden.⁷⁶ Die Mannigfaltigkeit der heilenden Eigenschaften und die teils widersprüchlichen gesundheitlichen Probleme weisen selbst für damalige medizinische Standards auf eine gewisse Willkürlichkeit hin: So scheint es beispielsweise erstaunlich, dass Schokolade sowohl bei Schwächezuständen als auch bei Ein- und Durchschlaf-

71 Eckart, *Geschichte, Theorie und Ethik der Medizin*, S. 139–141.

72 Eckart, *Geschichte der Medizin. Fakten, Konzepte, Haltungen*, S. 162.

73 Eckart, *Geschichte, Theorie und Ethik der Medizin*, S. 148.

74 Lippi, *Chocolate in History*, S. 1574.

75 Menninger, *Genussmittel im kulturellen Wandel*, S. 239.

76 Wilson/Hurst, *Chocolate and Health*, S. 12–13.

problemen empfohlen wurde. Dies gibt erste Hinweise darauf, dass die Schlussfolgerungen über die heilenden Eigenschaften stark auf dem jeweiligen medizinischen Konzept basierten, das der Verfasser und seine Leserschaft priorisierten.⁷⁷

Angesichts der Bedeutung der Humoralpathologie stellte die Einordnung des Kakaos in dieses Konzept eine zentrale Voraussetzung für dessen Einsatzmöglichkeiten dar. Basierend auf der Idee, dass ein Gleichgewicht der „Säfte“ durch das Hinzufügen einer gegenteiligen Qualität hergestellt werden könne, müsse eine „heiße Krankheit“ mit einem „kalten Lebensmittel“ kuriert oder ein Überschuss an „Trockenheit“ mit „feuchten Produkten“ ausgeglichen werden.⁷⁸ Dementsprechend wurde in den meisten frühen Abhandlungen zunächst die Frage geklärt, ob Schokolade nun „heiß“ oder „kalt“ bzw. „feucht“ oder „trocken“ sei. Darauf basierend konnten Schlussfolgerungen bezüglich der heilenden Eigenschaften gegen unterschiedlichste Beschwerden, der besten Zubereitungsart und der Anwendungshäufigkeit gezogen werden.⁷⁹

Vom 17. bis ins 19. Jahrhundert wurden zahlreiche Abhandlungen publiziert, die sich dem Thema der Kakaoprodukte widmeten. Dabei lassen sich drei Hauptkategorien von Anwendungsszenarien erkennen: (a) Stärkung der Patient*innen und Gewichtszunahme, (b) Behandlung chronischer Krankheiten und Stimulation der Nerven und (c) Anregung des Verdauungssystems.⁸⁰ Im Folgenden soll nun genauer auf die ausgewählten Quellen eingegangen werden.

3.1 Spanien

Einer der ersten Berichte über die Flora und Fauna in der „Neuen Welt“ wurde vom königlichen Leibarzt Francisco Hernández (1514–1587)⁸¹ im Jahr 1577 verfasst, welcher dabei unter anderem auch auf den Kakaobaum, die Kakaobohnen und die Anwendungsmöglichkeiten der Kakaoerzeugnisse einging. Um die Eigenschaften des Kakaos mit dem zeitgenössischen Medizinkonzept zu vereinbaren, beschrieb er die Schokolade als „kalt“ und „feucht“, weshalb er empfahl, sie bei „heißen Krankheiten“ einzusetzen. So konnte Kakao bei Fieber oder Leberkrankheiten von großer Bedeutung sein.⁸² Hernández' erste Einschätzung blieb jedoch nicht unumstritten: Etwa ein halbes Jahrhundert später publizierte sein Landsmann Santiago de Valverde Turices ein Traktat mit dem Namen „Un discurso del chocolate“ (1624)⁸³, worin er zunächst zwischen den Eigenschaften des Kakaos und der Schokolade unterschied.⁸⁴ Laut dem Verfasser sei Kakao zwar ein „kaltes“ Produkt, aber die damals in Spanien übliche Zubereitungsweise von Schokolade, aufgegossen mit kochendem Wasser, habe sie in ein „heißes“ Lebens-

77 Menninger, *Genussmittel im kulturellen Wandel*, S. 252.

78 Lippi, *Chocolate and Medicine*, S. 1101.

79 Donatella Lippi, *History of the Medical Use of Chocolate*, in: Ronald R. Watson/Victor R. Preedy/Sherma Zibadi (Hrsg.), *Chocolate in Health and Nutrition*, New York-Heidelberg 2013, S. 11–22, hier S. 14.

80 Lippi, *Chocolate in History*, S. 1577.

81 Simon Varey, *The Mexican treasury. The writings of Dr Francisco Hernández*, Stanford 2000.

82 Donatella Lippi, *Sin and Pleasure: The History of Chocolate in Medicine*, in: *Journal of Agricultural and Food Industry* 63 (2015), S. 9936–9941, hier S. 9937.

83 De Valverde Turices, *Un discurso del chocolate*.

84 Lippi, *Sin and Pleasure*, S. 9937.

mittel transformiert, weshalb sie zur Behandlung von „kalten Krankheiten“ geeignet sei. Santiago de Valverde Turices stellte jedoch in keiner Weise den gesundheitlichen Effekt der Schokolade per se in Frage, da sie sich eindeutig auf die körperliche Konstitution auswirken würde. So könne sie, in großen Mengen konsumiert, eine heilende Wirkung auf Brust- bzw. Lungenkrankheiten haben, oder auch bei Magen-Darm-Beschwerden helfen, wenn sie in kleineren Dosen eingenommen werde.⁸⁵ Allerdings warnte er vor übermäßigem Konsum bei Gesunden und empfahl, der Schokolade genügend „Kälte“ hinzuzufügen, damit kein Überfluss an Hitze im Körper entstehe.⁸⁶

Nur wenige Jahre später, im Jahr 1631, veröffentlichte der Arzt Antonio Colmenero de Ledesma ein Buch mit dem Titel „Curioso Tratado de la naturaleza y calidad del chocolate“, welches in zahlreiche europäische Sprachen übersetzt wurde und als Inspiration für spätere Werke zu diesem Thema diente.⁸⁷ Bereits in der Einleitung erwähnte der Autor, dass aufgrund des steigenden Konsums der Schokolade in Europa immer mehr kritische Stimmen laut geworden seien, die Kakao schlechtgemacht hätten. Deshalb sei es ihm ein Anliegen, „diese Konfektion mit philosophischen Gründen zu verteidigen, gegen all jene die das Getränk verurteilen, das so gesund und gut ist [...]“.⁸⁸ Des Weiteren umriss der Arzt das Gesundheitskonzept nach Galen und wie Schokolade darin einzuordnen sei: So stimmte er mit Santiago de Valverde Turices insofern überein, dass die Kakaobohne an sich ein „kaltes“, „trockenes“ Lebensmittel sei. Allerdings könne Kakaobutter aus der Frucht auch gewonnen werden, welche wiederum „heiß“ und „feucht“ sei. Damit vereine Kakao alle vier Eigenschaften und sei deshalb vielfältig einsetzbar.⁸⁹ Im Zuge dessen fügte der Arzt auch ein Rezept für ein besonders bekömmliches Schokoladengetränk hinzu, welches eine wohltuende Wirkung auf den Magen-Darm-Trakt habe und diesen entspanne. Da hierfür alle Teile der Kakaofrucht heranzuziehen seien, kombiniere es die „kalten“, „trockenen“ und „heißen“, „feuchten“ Eigenschaften und stelle demnach eine „gemäßigte Mischung“ dar, die „sowohl für kalte als auch für heiße Mägen“ geeignet sei.⁹⁰ Doch auch er betonte, dass es in Maßen genossen werden solle, weil die öligen Anteile sonst Venen der Leber verstopfen würden.⁹¹

Wie bereits an diesen wenigen Beispielen erkennbar ist, hing die medizinische Wirkung, die Schokolade zugeschrieben wurde, stark von den jeweiligen Eigenschaften ab, die ihr eingeräumt wurden. Die Verfasser hielten dabei stets an den Richtlinien der Humoralpathologie fest. Durch die Auslegung des Antonio Colmenero de Ledesma gelang es, die vier unterschiedlichen Attribute zu vereinen und damit ein medizinisches Allheilmittel zu schaffen, sofern es passend zubereitet und im richtigen Maß angewandt wurde.⁹²

85 De Valverde Turices, *Un discurso del chocolate*, S. 22–25.

86 Ebd., S. 34–36.

87 Wilson/Hurst, *Chocolate and Health*, S. 13.

88 Colmenero de Ledesma, *Curioso Tratado*, S. 1., [..] me pareció defender esta confección con razones Filosoficas, contra qualquierá que condenare esta bebida tan sana, y tan buena [...].“

89 Ebd., S. 2.

90 Ebd., S. 7., [..] esta confección Chocolatrica viene a ser no tan fria como el Cacao, ni tan caliente como los demas ingredientes, sino que de la acción y reacción destes, resulta una complexión moderada, que puede aprouechar para estomagos frios, y calientes, comada en moderada cantidad [...].“

91 Ebd., S. 10.

92 Durry/Schiffer, *Kakao*, S. 228.

3.2 Großbritannien

Als England begann, erste Kolonien in Amerika und auf den Westindischen Inseln zu gründen, setzten sich auch englische Forscher und Ärzte vermehrt mit der Flora und Fauna der „Neuen Welt“ auseinander und so folgten Mitte des 17. Jahrhunderts erste Traktate aus dem angelsächsischen Raum. Die erste Abhandlung über Kakao stammte vom Arzt Henry Stubbe (1632–1676) und wurde 1662 veröffentlicht, nachdem er eine Zeit in Jamaika verbracht hatte. Basierend auf Erfahrungen, die er dort machte und unter der Berücksichtigung von spanischen Traktaten publizierte er „The Indian Nectar or Discourse Concerning Chocolata“ mit dem Ziel, die Schokolade auch in Großbritannien zu popularisieren.⁹³ Diesbezüglich ist erwähnenswert, dass Stubbe dem von ihm mehrfach zitierten spanischen Arzt Antonio Colmenero de Ledesma zustimmte, wenn es um die Eigenschaften des Kakaos ging. Auch Stubbe sah alle vier Eigenschaften in dieser Pflanze vereint.⁹⁴ Insgesamt bezog er sich im Laufe der Abhandlung aber weniger stark auf die humoralpathologischen Grundsätze, wenngleich sie in manchen Passagen vorkamen.

Gleich zu Beginn wies der Verfasser auf die stärkende Wirkung von Schokolade hin und empfahl sie nach anstrengender Arbeit für eine schnelle Erholung.⁹⁵ Weiters beschrieb er die Zubereitung des Getränks und verwies auf zahlreiche Gewürze und Zutaten (Zimt, Vanille, Pfeffer, Mandeln, Haselnüsse, Chili, Kardamom etc.), die hinzugefügt werden konnten. Dieser Zusatz hänge vom gesundheitlichen Zustand des Patient*innen ab.⁹⁶ So kuriere die Beigabe von jamaikanischem Pfeffer beispielsweise Menstruationsbeschwerden⁹⁷, während Kakao in Kombination mit Vanille bei Verdauungs- und Herzproblemen hilfreich sei.⁹⁸ Ebenso könne der Kakao aber auch zu einer Art Paste zubereitet werden, die dann einen hohen Anteil an Kakaobutter enthalte. Aufgrund der öligen, schleimigen Konsistenz zog Stubbe die Schlussfolgerung, dass es sich dabei nicht um ein verstopfendes, sondern vielmehr öffnendes Lebensmittel handle, das dabei helfen würde, Venen von „schwarzer Galle“ zu befreien und somit bei „Melancholie“ eingesetzt werden könne.⁹⁹ Außerdem sei sie gut für Appetit und Verdauung. Er hielt diesbezüglich fest: “[...] the bran doth promote the appetite, and digestion, and keeps the body open”.¹⁰⁰ Überdies habe die Paste einen hohen Nährwert, denn britische Soldaten, die in Jamaika stationiert waren, hätten monatelang auf Basis des Kakaoerzeugnisses überlebt: “All which is purely to be ascribed to the nourishing nature of the Cacao nut.”¹⁰¹ Um nur ein paar weitere Beispiele zu nennen, solle Schokolade und/oder Kakao Stubbe zufolge aber auch gegen Kopfschmerzen, Kurzat-

93 Dillinger/Barriga u. a., *Food of the Gods*, S. 2059.

94 Stubbe, *The Indian Nectar*, S. 35–43.

95 Ebd., S. 3.

96 Ebd., S. 15.

97 Ebd., S. 53.

98 Ebd., S. 54.

99 Ebd., S. 13, 152–153.

100 Ebd., S. 23.

101 Ebd., S. 31.

migkeit¹⁰², Fieber¹⁰³, Zahnschmerzen¹⁰⁴, Gonorrhoe, Schwindsucht¹⁰⁵, Schlaflosigkeit¹⁰⁶, Unfruchtbarkeit, Impotenz¹⁰⁷ und einen Zustand, den der Arzt als "madness of the Brain in young, unmarried folks"¹⁰⁸ bezeichnete, helfen. Erwähnenswert ist ebenso die Verwendung als Aphrodisiakum¹⁰⁹ sowie eine angebliche lebensverlängernde Wirkung: "And I say, whosoever takes it with the cautions, and directions aforesaid, takes it with much benefit, and it conduceth much to the lengthening of his life."¹¹⁰

Bereits zehn Jahre später publizierte sein Landsmann William Hughes eine Abhandlung mit dem Titel „The American Physitian“, die sich detailliert mit den Gewächsen in den englischen Kolonien auseinandersetzte. So beschrieb er darin beispielsweise Baumwollsträucher, Mais, Mangroven, Pfeffergewächse, Kartoffeln und besonders ausführlich Kakao. Grundsätzlich stimmte Hughes mit Stubbes Erkenntnissen überein, fügte jedoch Ergänzungen hinzu. So betonte er, dass Schokolade sowohl schleimlösend als auch schweiß-fördernd sei, was verhindere, dass es zu einem Hitzestau im Kopf komme.¹¹¹ Neben den bei Stubbe angeführten Krankheiten könne Schokolade zur Behandlung von Rheuma, Tumoren, Schwindsucht, Nierensteinen, Asthma, Ohnmachtsanfällen und rektalen Blutungen eingesetzt werden.¹¹² Außerdem sei Kakao empfehlenswert für schwangere Frauen, da dieser das ungeborene Kind stärke.¹¹³

Bei diesem Traktat fällt auf, dass zwar auf die Eigenschaften des Kakaos eingegangen wurde und wie sich der Konsum dementsprechend auf den körperlichen Zustand einer Person auswirkte, die „Temperamente“ wurden jedoch kaum berücksichtigt. Während bei den beiden spanischen Quellen sehr häufig und bei Stubbe immer wieder von speziellen Ausnahmen oder besonderen Empfehlungen für „Melancholiker*innen“, „Sanguiniker*innen“, „Phlegmatiker*innen“ und „Choleriker*innen“ zu lesen war, kamen diese „vier Typen“ in der Abhandlung Hughes nicht vor. Auch wurde, wie es bei Stubbe der Fall war, nicht automatisch von der Eigenschaft des Produkts (z. B. „kalt“) auf die passende heilende Funktion (z. B. fiebersenkend) geschlossen. Stattdessen wurde auf Basis eigener Beobachtungen argumentiert. So haben Stubbe und Hughes' einige Zeit in den englischen Kolonien verbracht und dort Erfahrungen aus erster Hand gesammelt. Zudem haben sie Selbstversuche durchgeführt und genaue Untersuchungen der einzelnen Bestandteile einer Kakaopflanze betrieben, wovon sie schließlich die verschiedenen Behandlungsmöglichkeiten ableiteten. In diesem Sinne kann argumentiert werden, dass die beiden Ärzte von der philosophischen Bewegung der Aufklärung

102 Stubbe, *The Indian Nectar*, S. 32–33.

103 Ebd., S. 43.

104 Ebd., S. 53.

105 Ebd., S. 81.

106 Ebd., S. 129.

107 Ebd., S. 131–141.

108 Ebd., S. 131.

109 Ebd., S. 135–136.

110 Ebd., S. 85.

111 Hughes, *The American Physitian*, S. 143.

112 Ebd., S. 143–154.

113 Ebd., S. 153.

beeinflusst wurden, die ihre Ursprünge im Europa des 17. Jahrhunderts hatte.¹¹⁴ Der Hauptgedanke war dabei, alte Autoritäten und Traditionen zu hinterfragen und sich mehr auf die eigene Vernunft und Beobachtung zu verlassen. Wichtige Schlagworte, die in diesem Zusammenhang zu nennen sind, sind Rationalismus, Wissenschaftsgläubigkeit sowie Fortschrittsoptimismus. In der Medizin zeigte sich dies besonders durch die Abkehr von alten Dogmen und Ritualen, das Argumentieren auf Basis von Experimenten und die Verbesserung von klinischen Untersuchungsmethoden.¹¹⁵ Wenngleich Hughes und Stubbe sich noch nicht vollkommen gegen die Humoralpathologie richteten, zeichnete sich in ihrer Arbeit bereits der aufklärerische Gedanke ab.

Es sollte an dieser Stelle noch die häufige Erwähnung der „Schwindsucht“ angemerkt werden, die sich auf Tuberkulose bezog. Die große Bedeutung, die dieser Krankheit in den Traktaten beigemessen wird, ist auf die längste Tuberkulosewelle Europas zurückzuführen, die im 17. Jahrhundert begann und ihren Höhepunkt im 18. Jahrhundert erreichte. In der Forschung wird davon ausgegangen, dass diese Krankheit um 1650 die Haupttodesursache in Europa war.¹¹⁶ Vor diesem Hintergrund lässt sich die starke Beschäftigung damit sowie die Erwägung von Therapiemaßnahmen und Heilungsmöglichkeiten nachvollziehen.

3.3 *Frankreich*

Auch in Frankreich begannen sich die ersten Ärzte gegen Ende des 17. Jahrhunderts mit Pflanzen aus den Kolonien auseinanderzusetzen. Zu den frühesten Texten zählt die Monographie „De l’usage du caphé, du thé et du chocolate“ von Philippe Sylvestre Dufour (1622–1687) aus dem Jahr 1671¹¹⁷ sowie die Abhandlung „Le Bon Usage du thé, du Caffé, et du Chocolat pour la Preservation & pour la Guerison des Maladies“ von Nicolas de Blégny (1652–1722) aus dem Jahr 1687.¹¹⁸ Sie stimmten den Erkenntnissen ihrer spanischen und englischen Vorgänger zu, wenn es um die medizinische Nutzung von Kakao und der Schokolade ging. Nennenswert ist auch das Werk „Histoire Naturelle Du Cacao Et Du Sucre“ von D. De Quelus, welches 1718 erschien. Dieses Traktat wurde vom Arzt Richard Brookes (1721–1763) ins Englische übersetzt und 1724 schließlich unter dem Titel „The Natural History of Chocolate“ veröffentlicht.¹¹⁹

Der Autor erklärte bereits in seiner Einleitung, dass seine Schrift rein auf eigenen Beobachtungen und Erfahrungen basiere, wie es in der Wissenschaft auch sein solle. Darauf seien die Unterschiede zwischen seinem Text und denen von Colomonero de Ledesma oder Dufour zurückzuführen.¹²⁰ Bevor sich De Quelus den heilenden Eigenschaften des Kakaos widmete, ging er ähnlich wie Stubbe oder Hughes genauer auf

114 Barbara Stollberg-Rilinger, *Europa im Jahrhundert der Aufklärung*, Stuttgart 2000.

115 Leven, *Geschichte der Medizin*, S. 52–53.

116 Sylvia Cardoso Leão/Françoise Portaels, *History*, in: Juan Carlos Palomino/Sylvia Leão/Viviana Ritacco (Hrsg.), *Tuberculosis 2007. From basic science to patient care*, Antwerpen-São Paulo-Buenos Aires 2007, S. 25–52, hier S. 30.

117 Philippe Sylvestre Dufour, *De l’usage du caphé, du thé et du chocolate*, Lyon 1671.

118 Nicolas de Blégny, *Le Bon Usage du thé, du Caffé, et du Chocolat pour la Preservation & pour la Guerison des Maladies*, Paris 1687.

119 De Quelus, *The Natural History of Chocolate*.

120 Ebd., S. IV.

die botanischen Eigenschaften der Pflanze ein, und wie sie in den Kolonien angebaut bzw. geerntet wurde, bevor sie nach Europa kam. Er erwähnte mehrmals, selbst Zeuge davon gewesen zu sein, da er 15 Jahre lang in Amerika gelebt und gearbeitet hatte.¹²¹ Anschließend ging er in einem ganzen Kapitel auf die Irrtümer seiner Vorgänger ein. Er kritisierte insbesondere die Spanier, die ihre Einschätzung des Kakaos ohne Begründung oder Erfahrung veröffentlichten, was dann in anderen Ländern unhinterfragt akzeptiert und rezipiert worden sei: "They have supported this Determination neither with Reason nor Experience [...]":¹²² De Quelus brach außerdem mit der Tradition der Humoralpathologie, indem er schrieb:

"Without talking in the Dialect of the Peripateticks, about the Qualities of Heat and Coldness, now-a-days so much decry'd, it will not be difficult to prove that Chocolate is a Substance, 1. Very temperate. 2. Very nourishing, and of easy Digestion. 3. Very proper to repair the exhausted Spirits and decayed Strength. 4. Lastly, Very suitable to preserve the Health, and prolong the Lives of old Men."¹²³

Dieses Zitat ist von Bedeutung, da er sich gegen die Peripatetiker, also die Anhänger der Lehren des Hippokrates und Galens stellte und behauptete, dass Schokolade ein gemäßigtes, nahrhaftes, stärkendes und lebensverlängerndes Getränk sei. So habe eine Unze Schokolade, was etwa dreißig Gramm entspricht, den gleichen Nährwert wie ein Pfund Rindfleisch, was wiederum etwa ein halbes Kilo ist.¹²⁴

Im dritten Teil seines Werks bezog sich De Quelus schließlich auf den medizinischen Nutzen von Kakao und Schokolade. Er betonte dabei, dass Schokolade eine Neuheit in der Welt der Medikamente darstelle, da es im Gegensatz zu anderen auch vortrefflich schmecke. Dies alleine sei einer Heilung bereits zuträglich, da die Patient*innen so keine „widerliche“ Medizin zu sich nehmen mussten.¹²⁵ Weiters könne Kakao und dessen Erzeugnisse je nach Zubereitung als Schmerzmittel eingesetzt werden, die Muskeln lockern, Heiserkeit lindern, gegen „ätzende Gifte“ sowie gegen Rheuma, Gicht und Hämorriden helfen.¹²⁶ Zudem seien die enthaltenen Öle und Fette besonders positiv für das Hautbild und könnten als Balsam verwendet werden, um die Haut vor dem Austrocknen zu schützen, ohne sie fettig erscheinen zu lassen.¹²⁷ Um seine Beobachtungen und Erfahrungen zu stützen, führte De Quelus einige Experimente und „Chymical Analysis“ durch, wie er im Laufe des Werkes immer wieder betonte. Außerdem verwendete er explizit Worte wie „Vernunft“ und bestand darauf, dass sein Werk nur Fakten darstelle.¹²⁸ Besonders in der Einleitung zeigte sich dieser aufklärerische Gedanke, der schon bei Stubbe und Hughes durchschimmerte.

121 De Quelus, *The Natural History of Chocolate*, S. 1–37.

122 Ebd., S. 40.

123 Ebd., S. 45.

124 Ebd., S. 48.

125 Ebd., S. 71.

126 Ebd., S. 75–78.

127 Ebd., S. 77.

128 Ebd., S. IV–V.

Ein letztes Werk, welches im Zuge dieser Arbeit eingehend untersucht wurde, ist „Physiologie du Goût“ des Gastrosophen Jean Anthelme Brillat de Savarin (1755–1826), das 1826 erschien und in mehrere Sprachen übersetzt wurde. So erschien eine deutsche Version von Carl Vogt im Jahr 1865, aus der die nachfolgenden Zitate stammen. Mit dem Ansatz der Gastrosophie spiegelte diese Monographie die Lebensphilosophie des Autors wider. Ein starker Fokus lag auf dem kulinarischen Genuss. Überdies enthält die Quelle einige prägende Aphorismen, die bis heute bekannt sind, wie z. B. „Sage mir, was du ißt, und ich sage dir, wer du bist.“¹²⁹ In seinem Werk ist die enge Verknüpfung, die Brillat de Savarin zwischen dem Essen und der Gesellschaft bzw. der Zugehörigkeit zu einer sozialen Klasse zog, klar erkennbar. Geschmack und Genuss standen bei ihm an oberster Stelle.¹³⁰ Des Weiteren beschäftigte er sich eingehend mit Emotionen, Stimmungslagen und dem geistigen Zustand, der laut ihm unmittelbar mit der Kulinarik zusammenhänge. Besonderen Wert legte er auf die Verdauung, denn „[die] Art und Weise also, wie die Verdauung sich gewöhnlich bethätigt oder namentlich beendet, macht uns gewohnheitsgemäß traurig, fröhlich, schweigsam, geschwätzig, trübe oder melancholisch [...]“¹³¹ Weiters stellte der Autor die Behauptung auf, dass „Qualität und Quantität der Nahrungsmittel auf Arbeit, Ruhe, Schlaf und Träume mächtig einwirken.“¹³² Diese Ansichten als psychologisch zu bezeichnen, wäre wohl zu modern angesetzt. Nichtsdestotrotz war Brillat de Savarin der Ansicht, dass bestimmte Lebensmittel oder Gerichte positive bzw. negative Auswirkungen auf den Geist und das Gemüt haben konnten, was zu einem bestimmten Ausmaß das Konzept der mentalen Gesundheit vorwegnahm.

Im Lauf des Buches widmete er sich unterschiedlichen Lebensmitteln in Bezug auf ihre Herkunft, Zubereitungsweisen und den Einfluss auf Körper und Geist sowie die sozialen Aspekte, die beim Konsum der Produkte zu beachten sind. Ein Unterkapitel bezieht sich auf die Schokolade, die er in Kombination mit Vanille und Zimt als das „non plus ultra der Vollkommenheit“ bezeichnete.¹³³ Jegliche Behauptungen bezüglich der Unverdaulichkeit von Schokolade negierte er, indem er auf die Gefahr falscher Zubereitung verwies, „[...] denn gute und richtig zubereitete Chokolade muß jedem Magen bekommen, der nur noch einen Funken von Verdauungskraft besitzt.“¹³⁴ Laut ihm sei die Schokolade ein leicht verdauliches, gesundes Lebensmittel, welches besonders für „Personen, die einer großen Sammlung des Geistes bedürfen“, zuträglich sei.¹³⁵ Dabei bezog er sich auf kognitiv anspruchsvolle Tätigkeiten, wie beispielsweise die eines Juristen. Auch könne Schokolade helfen, wenn Personen von zu vielen Gedanken gequält seien und sich deshalb „zum Dummkopf geworden“ fühlten, oder aber

129 Brillat de Savarin, *Physiologie des Geschmacks*, S. XV.

130 Daniel Sipe, *Social Gastronomy: Fourier and Brillat-Savarin*, in: *French Cultural Studies* 20 (2009), Heft 3, S. 219–236, hier S. 221.

131 Brillat de Savarin, *Physiologie des Geschmacks*, S. 175.

132 Ebd., S. 195.

133 Ebd., S. 95.

134 Ebd., S. 98.

135 Ebd., S. 97.

wenn sie „einige Züge zu viel aus dem Becher der Wollust geschlürft“ haben.¹³⁶ In diesem Falle sei es besonders empfehlenswert, dem Getränk ein wenig Amber hinzuzufügen. Doch nicht nur bei temporären Unannehmlichkeiten, wie einem Kater, sondern auch bei chronischen Erkrankungen sei Schokolade förderlich.¹³⁷ Überdies empfahl er eine Zubereitung mit Orangenblüten für Personen mit gebrechlicher Gesundheit bzw. empfindlichen Nerven, während eine Mischung mit Mandelmilch für leicht reizbare, irritierte Menschen vorteilhaft sei, um das Gemüt zu beruhigen.¹³⁸ Zum einen ist in dieser Quelle bereits eine zeitgenössische medizinische Entwicklung erkennbar, nämlich der Fokus auf Nerven und Reize. Zum anderen ist aber auch die Ansicht des Autors erkennbar, wonach Schokolade einen Einfluss auf den mentalen Zustand bzw. die „Gefühlsstimmung“¹³⁹ einer Person habe. Insgesamt lässt sich feststellen, dass mit der langsamen Verdrängung der Humoralpathologie zugunsten neuerer medizinischer Konzepte auch eine Wandlung des Verständnisses über die Wirkung von Schokolade einherging.

4. Fazit

In der modernen Rezeption wird Schokolade häufig als „süße Verführung“ angesehen, die in Maßen konsumiert werden sollte und als ungesund im Vergleich mit anderen Lebensmitteln gilt. Vor einigen Jahrhunderten hingegen beschäftigten sich zahlreiche Mediziner und Forscher damit, Kakao und dessen Erzeugnisse auf ihre kurierenden Eigenschaften hin zu untersuchen und sie als neue Heilmittel zu bewerben. So erschienen vom Ende des 16. Jahrhunderts bis ins 19. Jahrhundert einige Traktate, die sich diesem Thema widmeten und dabei recht diverse Erkenntnisse schilderten. Für die vorliegende Arbeit wurden sechs ausgewählte Quellen untersucht, wobei je zwei Schriften aus Spanien, zwei aus England und zwei aus Frankreich stammten. Wie den Abhandlungen entnommen werden konnte, wurden Kakao und Schokolade je nach Zubereitungsart und Menge gegen Magen-Darm-Beschwerden, Fieber, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Impotenz, Unfruchtbarkeit, Nierensteine, Zahnschmerzen, Einschlafbeschwerden, Schwächezustände, Stillprobleme und Regelschmerzen empfohlen, wobei insgesamt ein starker Fokus auf das Verdauungssystem erkennbar ist. Nach chronologischer Analyse fallen neben der großen Vielfalt an Anwendungsvorschlägen auch die sich verändernden medizinischen Konzepte und die darauf basierenden Deutungen auf. So lag der Fokus bei den zwei spanischen Quellen von Santiago de Valverde Turices und Antonio Colmenero de Ledesma noch eindeutig auf der Zuschreibung von Eigenschaften und „Temperamenten“ im Rahmen der Humoralpathologie, während in den beiden englischen Quellen bereits erste Ansätze der Aufklärung erkennbar sind. Die Autoren Henry Stubbe und William Hughes ergänzten die traditionellen Ansichten durch ihre eigenen Beobachtungen und Erfahrungen und fokussierten sich nicht mehr ausschließlich auf das humoralpathologische Konzept. Ein expliziter Bruch mit dieser

136 Brillat de Savarin, *Physiologie des Geschmacks*, S. 99.

137 Ebd., S. 97.

138 Ebd., S. 101.

139 Ebd., S. 99.

Theorie fand sich schließlich in der 1724 erschienenen Abhandlung von D. De Quelus wieder, der stark durch die Aufklärung beeinflusst wurde und dies in seiner Schrift wiederholt betonte. So berichtete er von Selbstversuchen, chemischen Analysen und Beobachtungen, die er durchführte, um eine seiner Meinung nach rationalere Antwort zu erreichen als seine Vorgänger. Als erkenntnisreich stellte sich abschließend das Traktat des Gastrosophen Jean Anthelme Brillat de Savarin heraus, welcher neben dem physischen Aspekt auch die mentale Gesundheit ansprach und Kakao bzw. Schokolade gewisse Einflüsse auf den Gemütszustand sowie die Nerven zuschrieb. Auch diese Einschätzung passt zu Entwicklungen in der Medizin, die sich ab dem 18. Jahrhundert vermehrt mit den Nerven und ab dem 19. Jahrhundert auch mit dem psychischen Zustand einer Person auseinandersetzte.

Insgesamt ist festzuhalten, dass die Vielfältigkeit der Behandlungsmöglichkeiten, die Kakao und Schokolade im Laufe der Zeit zugeschrieben wurden, auf die enge Verbindung mit dem jeweils dominierenden medizinischen Konzept zurückzuführen ist. So war sie je nach Bedarf und Gelegenheit „feucht“ und „kalt“, oder „heiß“ und „trocken“. Sie konnte universell bei allen „Temperamenten“ und gegen verschiedenste Krankheiten eingesetzt werden. Auch die Selbstversuche, die von den empirisch arbeitenden Ärzten ausgeführt wurden, scheinen stark von ihren eigenen Erwartungen beeinflusst worden zu sein und sind keinesfalls stichhaltig oder repräsentativ. Dementsprechend wurden angeblich heilende Eigenschaften der Schokolade von den Ärzten jeweils so interpretiert, wie sie sich für die damalige Zeit als gelegen erwiesen. Abschließend kann also bestätigt werden, dass die analysierten Abhandlungen über Schokolade und Kakao von ihrem Entstehungskontext und den vorherrschenden medizinischen Konzepten geprägt wurden.

5. Quellen

Brillat de Savarin, Jean Anthelme, *Physiologie des Geschmacks oder physiologische Anleitung zum Studium der Tafelgenüsse*. Übersetzt und mit Anmerkungen versehen von Carl Vogt, Braunschweig 1865.

Colmenero de Ledesma, Antonio, *Curioso Tratado de la naturaleza y calidad del chocolate*, Madrid 1631.

De Acosta, José, *Historia Natural y Moral de las Indias*, Sevilla 1591.

De Blégny, Nicolas, *Le Bon Usage du thé, du Caffé, et du Chocolat pour la Preservation & pour la Guerison des Maladies*, Paris 1687.

De Quelus, D., *The Natural History of Chocolate. Being A Distinct and Particular Account of the Cocoa-tree, its Growth and Culture, and the Preparation, Excellent Properties, and Medicinal Vertues of its Fruit. Wherein the Errors of those who have wrote upon this Subject are discover'd; the Best Way of Making Chocolate is explain'd; and several Uncommon Medicines drawn from it, are communicated*. Translated from Richard Brookes, London 1724.

De Valverde Turices, Santiago, *Un discurso del chocolate*, Sevilla 1624.

Díaz del Castillo, Bernal, *The Bernal Diaz Chronicles*. Translated and edited by Albert Idell, New York 1956.

Dufour, Philippe Sylvestre, *De l'usage du caphé, du thé et du chocolate*, Lyon 1671.

Hughes, William, *The American Physitian, or, A Treatise of the Roots, Plants, Trees, Shrubs, Fruit, Herbs &c. Growing in the English Plantations in America. Describing the Place, Time, Names, Kindes, Temperature, Vertues and Uses of them, either for Diet, Physick, &c. Whereunto is added A discourse of the cacao-nut-tree, And the use of its Fruit; with all the ways of making of chocolate*, London 1672.

Rowling, J. K., *Harry Potter und der Gefangene von Askaban*, Hamburg 1999.

Stubbe, Henry, *The Indian Nectar or Discourse Concerning Chocolata*, London 1662.

6. Literatur

Benzenhöfer, Udo, Paracelsus, in: Werner E. Gerabek/Bernhard D. Haage u. a. (Hrsg.), *Enzyklopädie Medizingeschichte*, Berlin-New York 2005, S. 1101–1105.

Cardoso Leão, Sylvia/Portaels, Françoise, History, in: Juan Carlos Palomino/Sylvia Leão/Viviana Ritacco (Hrsg.), *Tuberculosis 2007. From basic science to patient care*, Antwerpen-São Paolo-Buenos Aires 2007, S. 25–52.

Coe, Sophie D./Coe, Michael, *The True History of Chocolate*, London 1996.

Dillinger, Teresa L./Barriga, P. u. a., Food of the Gods: Cure for Humanity? A Cultural History of the Medicinal and Ritual Use of Chocolate, in: *American Society for Nutritional Sciences* 130 (2000), S. 2057–2072.

Durry, Andrea/Schiffer, Thomas, *Kakao. Speise der Götter*, München 2012.

Eckart, Wolfgang U., *Geschichte der Medizin. Fakten, Konzepte, Haltungen*, Heidelberg 2009⁶.

Ders., *Geschichte, Theorie und Ethik der Medizin*, Berlin 2019⁸.

Hospodar, Miriam Kasin, chocolates, filled, in: Darra Goldstein (Hrsg.), *The Oxford Companion to Sugar and Sweets*, Oxford 2015, S. 157–158.

Jacob, James R., Henry Stubbe, radical Protestantism and the early Enlightenment, Cambridge 2002.

Keil, Gundolf, Hippokrates von Kos, in: Werner E. Gerabek/Bernhard D. Haage u. a. (Hrsg.), *Enzyklopädie Medizingeschichte*, Berlin-New York 2005, S. 597–598.

Kemptner, Joe, Kakao – Zart und Bitter, in: Gerhard Pfeisinger/Stefan Schennach (Hrsg.), *Kolonialwaren. Die Schaffung der ungleichen Welt*, Göttingen 1989.

Kohler, Alfred, Karl V. 1500–1558. Eine Biografie, München 2014³.

Leitner, Thea, Vor Sonnenaufgang. Anna 1601–1666, in: Thea Leitner (Hrsg.), Habsburgs verkaufte Töchter, München-Zürich 1994, S. 137–185.

Leven, Karl-Heinz, Geschichte der Medizin, München 2019³.

Lippi, Donatella, Chocolate and medicine. Dangerous liaisons?, in: *Nutrition* 25 (2009), S. 1100–1103.

Dies., Chocolate in History: Food, Medicine, Medi-Food, in: *Nutrients* 5 (2013), S. 1573–1584.

Dies., History of the Medical Use of Chocolate, in: Ronald R. Watson/Victor R. Preedy/Sherma Zibadi (Hrsg.), *Chocolate in Health and Nutrition*, New York-Heidelberg 2013, S. 11–22.

Dies., Donatella, Sin and Pleasure: The History of Chocolate in Medicine, in: *Journal of Agricultural and Food Industry* 63 (2015), S. 9936–9941.

Loock, Kathleen, Kolumbus in den USA. Vom Nationalhelden zur ethnischen Identifikationsfigur, Bielefeld 2014.

MacDonogh, Giles, Brillat-Savarin. The Judge and his Stomach, London 1992.

Malettke, Klaus, Die Bourbonen, Bd. 1. Von Heinrich IV. bis Ludwig XIV. (1589–1715), Stuttgart 2008.

Ders., Die Bourbonen, Bd. 2. Von Ludwig XV. bis Ludwig XVI. (1715–1789/92), Stuttgart 2008.

Makra Graziano, Martha, Food of the Gods as Mortals' Medicine. The Uses of Chocolate and Cacao Products, in: *Pharmacy in History* 40 (1998), Heft 4, S. 132–146.

Martin, Carla, Bittersweet Notes. Chocolate, Culture and the Politics of Food, o. D., <http://bittersweetnotes.com/>, eingesehen 16.2.2023.

Menninger, Annerose, Genuss im kulturellen Wandel. Tabak, Kaffee, Tee und Schokolade in Europa. 16.–19. Jahrhundert, Stuttgart 2004.

Miedaner, Thomas, Genusspflanzen, Berlin 2018.

Newquist, H. P., The book of chocolate. The amazing story of the world's favorite candy, New York 2017.

Nickel, Diethard, Galenos von Pergamon, in: Werner E. Gerabek/Bernhard D. Haage u. a. (Hrsg.), *Enzyklopädie Medizingeschichte*, Berlin-New York 2005, S. 448–452.

Norton, Marcy, Conquests of Chocolate, in: *OAH Magazine of History* 18 (2004), Heft 3, S. 14–17.

Pfeisinger, Gerhard/Schennach, Stefan (Hrsg.), Kolonialwaren. Die Schaffung der ungleichen Welt, Göttingen 1989.

Puente-Ballesteros, Beatriz, *Chocolate in China. Interweaving Cultural Histories of an Imperfectly Connected World*, in: Harold J. Cook (Hrsg.), *Translation at Work. Chinese Medicine at the First Global Age*, Leiden-Boston 2020, S. 58–107.

Rabasa, José, Díaz del Castillo, Bernal (c. 1495–1584), in: *Encyclopedia of Latin American History and Culture*, Detroit 2008.

Schipperges, Heinrich, Ibn Sīnā, in: Werner E. Gerabek/Bernhard D. Haage u. a. (Hrsg.), *Enzyklopädie Medizingeschichte*, Berlin-New York 2005, S. 1334–1336.

Schivelbusch, Wolfgang, *Tastes of Paradise. A Social History of Spices, Stimulants, and Intoxicants*, New York 1992.

Schulte Beerbühl, Margrit, *Faszination Schokolade. Die Geschichte des Kakaos zwischen Luxus, Massenprodukt und Medizin*, in: *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 95 (2008), Heft 4, S. 410–429.

Sievernich, Michael, *Vision und Mission der Neuen Welt. Amerika bei José de Acosta*, in: Michael Sievernich/Günter Switek (Hrsg.), *Ignatianisch. Eigenart und Methode der Gesellschaft Jesu*, Freiburg 1990, S. 293–313.

Sipe, Daniel, *Social Gastronomy: Fourier and Brillat-Savarin*, in: *French Cultural Studies* 20 (2009), Heft 3, S. 219–236.

Stolberg, Michael, *Der gesunde Leib. Zur Geschichtlichkeit frühneuzeitlicher Körpererfahrung*, in: Paul Münch (Hrsg.), *„Erfahrung“ als Kategorie der Frühneuzeitgeschichte*, München 2001, S. 37–57.

Stollberg-Rilinger, Barbara, *Europa im Jahrhundert der Aufklärung*, Stuttgart 2000.

Thomas, Hugh, *Die Eroberung Mexikos. Cortés und Montezuma*, Frankfurt a. M. 2000.

Ders., *Conquest, Montezuma, Cortes, and the Fall of Old Mexico*, New York 2013.

Tshisuaka, Barbara I., Falloppio, Gabriele, in: Werner E. Gerabek/Bernhard D. Haage u. a. (Hrsg.), *Enzyklopädie Medizingeschichte*, Berlin-New York 2005, S. 391–392.

Dies., Fracastoro, Girolamo, in: Werner E. Gerabek/Bernhard D. Haage u. a. (Hrsg.), *Enzyklopädie Medizingeschichte*, Berlin-New York 2005, S. 418.

Dies., Servetus, Michael, in: Werner E. Gerabek/Bernhard D. Haage u. a. (Hrsg.), *Enzyklopädie Medizingeschichte*, Berlin-New York 2005, S. 1322–1323.

Dies., Vesal[ius], Andreas, in: Werner E. Gerabek/Bernhard D. Haage u. a. (Hrsg.), *Enzyklopädie Medizingeschichte*, Berlin-New York 2005, S. 1440–1441.

Varey, Simon, *The Mexican treasury. The writings of Dr Francisco Hernández*, Stanford 2000.

Weiss Adamson, Melitta, *Food in Medieval Times*, London 2004.

Wilson, Philip K./Hurst, W. Jeffrey, *Chocolate and Health. Chemistry, Nutrition and Therapy*, Cambridge 2015.

Wrede, Martin, *Ludwig XIV. Der Kriegsherr aus Versailles*, Darmstadt 2015.

Theresa Möisinger studiert die Fächer Englisch und Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung im Master Lehramt an der Universität Innsbruck. Theresa.Moesinger@student.uibk.ac.at

Zitation dieses Beitrages

Theresa Möisinger, Stärkungsmittel, Aphrodisiakum und Verdauungstränk. Kakao und Schokolade in der Medizingeschichte der europäischen Neuzeit, in: *historia.scribere* 15 (2023), S. 39–61, <http://historia.scribere.at>, eingesehen 13.6.2023 (=aktuelles Datum).

Gewerkschaftsbund goes global. Österreichische Gewerkschaftssolidarität mit dem Globalen Süden zwischen 1955 und 1965

Katharina Föger

Kerngebiet: Zeitgeschichte

eingereicht bei: Ass.-Prof. Mag. Dr. Eric Burton

eingereicht im: WiSe 2021/22

Rubrik: Bachelor-Arbeit (Lehramt)

Abstract

Transnational Trade Unionism. Networks of the Austrian Trade Union Confederation in the Global South between 1955 and 1965

This paper examines the strategies and contexts of the Austrian trade union federation's (ÖGB) networking with African trade unions between 1955 and 1965. By analyzing annual reports and selected journal articles, it identifies Austrian motivations and evaluations of transnational trade union solidarity. Mainly due to activism by the youth department, the ÖGB managed to emancipate itself from the initially influential International Confederation of Trade Unions (ICFTU) and provided an early form of non-governmental development aid in the 1960s.

1. Einleitung

Als sich Gewerkschafter*innen aus aller Welt für den Weltkongress Freier Gewerkschaften 1955 in Wien trafen, feierte Österreich gerade den Staatsvertrag vom 15. Mai und das Ende der Besatzungszeit. Die nächsten Jahre stellten eine bedeutende Phase der außenpolitischen Reintegration und Positionierung der jungen Zweiten Republik dar. Ein wichtiger wirtschafts- und sozialpolitischer Akteur war der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB), der sich nach Möglichkeiten der transnationalen Vernetzung in den Nachkriegsjahrzehnten umschaute, die durch den Kalten Krieg und die Dekolonisierung geprägt waren. Diese Arbeit nimmt deshalb Impulse der Gewerkschaftszusammenarbeit mit dem Globalen Süden im ersten Jahrzehnt nach dem Staatsvertrag

in den Blick und fragt nach Positionierungen des ÖGB in der transnationalen Gewerkschaftssolidarität. Welche Netzwerke nahm der Gewerkschaftsbund in Anspruch, um grenzüberschreitende Beziehungen zu knüpfen? Durch welche Impulse veränderte sich diese Solidarität im Zeitraum von 1955 bis in die 1960er-Jahre? Welche Rückwirkungen hatte die Arbeit des ÖGB auf die Zweite Republik und die Anfänge der österreichischen Entwicklungshilfepolitik? Seit dem Beitritt zum Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG), der im Kalten Krieg wichtigsten westlich ausgerichteten Gewerkschaftsorganisation, fand die Kontaktaufnahme hauptsächlich in diesem Rahmen statt. Ab den 1960er-Jahren ist eine zunehmende Emanzipation des Gewerkschaftsbundes zu beobachten. Inspiriert von medienwirksamen Aktionen über Missstände im Globalen Süden des Jugendreferats verselbstständigte sich die österreichische Gewerkschaftsarbeit zunehmend. Der ÖGB gewann Mitte der 1960er-Jahre mehr Selbstbewusstsein, um eigenständige Projekte zu starten, die in eine frühe Entwicklungshilfe einzuordnen sind. Als „Entwicklungshilfe“ wird eine Vielfalt an politischen Strategien ab 1945 bezeichnet, die die Wirtschaftsleistung sogenannter „unterentwickelter“ Regionen fördern, sodass eine gesamtgesellschaftliche Entwicklung angestoßen wird, die dem historischen Muster westlich-kapitalistischer Staaten folgt.¹ Postkolonialistische Kritik bezieht sich nicht nur auf Reduktion auf unzureichende Dichotomien, wie „entwickelt“ und „rückständig“, sondern auch auf die eigennützige Anbindung von postkolonialen Staaten in ein kapitalistisches Wirtschaftsnetzwerk im 20. Jahrhundert, das weiterhin westliche Dominanz in den jungen Volkswirtschaften sichern sollte.²

Die Gewerkschaftsbewegung im Kontext des Kalten Krieges erhielt in den letzten Jahren mehr und mehr Aufmerksamkeit.³ Neben Arbeiten zur Verortung des IBFG entstand ein Forschungsfeld, das sich mit westlichen Gewerkschaften und deren Einbindung in den internationalen Kontext beschäftigt. Zu diesem kann auch diese Arbeit gezählt werden.⁴ Die wichtigen Verflechtungen zwischen Dekolonisierung und Kaltem Krieg in der Arbeiterbewegung wurden in zahlreichen Fallstudien zu Ländern des Globalen Südens aufgezeigt.⁵ Für diese Arbeit war besonders Literatur zu den Gewerkschaften aus Nigeria, Ghana und Kenia von Bedeutung, da sich der ÖGB um

1 Michael Obrovsky, Entwicklungspolitik, in: Martin Senn/Franz Eder/Markus Kornprobst (Hrsg.), Handbuch Außenpolitik Österreich, Wiesbaden 2023, S. 391–411, hier S. 391–392.

2 Gerald Hödl, Österreich und die Dritte Welt. Außen- und Entwicklungspolitik der Zweiten Republik bis zum EU-Beitritt 1995, Wien 2004, S. 47, 49; Eric Burton, Postkolonialismus, in: Marcus Gräser/Dirk Rupnow (Hrsg.), Österreichische Zeitgeschichte – Zeitgeschichte in Österreich, Wien 2021, S. 321–347, hier S. 339.

3 John C. Stoner, „We will follow a nationalist policy, but we will never be neutral“. American Labor and Neutralism in Cold War Africa, 1957–1962, in: Geert Van Goethem/Robert Anthony Waters Jr. (Hrsg.), American Labor's Global Ambassadors. The International History of the AFL-CIO during the Cold War, New York 2013, S. 237–252; Stefano Bellucci, The Ascent of African Labour Internationalism. Trade Unions, Cold War Politics and the ILO, 1919–1960, in: ders./Holger Weiss (Hrsg.), The Internationalisation of the Labour Question. Ideological Antagonism, Workers' Movements and the ILO since 1919, Cham 2020, S. 351–382.

4 Quinn Slobodian, West German Labour Internationalism and the Cold War, in: Tobias Hochscherf/Christoph Haucht/Andrew Plowman (Hrsg.), Divided But Not Disconnected: German Experiences of the Cold War, New York 2010, S. 77–89; Yvette Richards, Maida Springer. Pan-Africanist and International Labor Leader, Pittsburgh 2000.

5 Mathilde von Bulow, Irving Brown and ICFTU Labor Diplomacy during Algeria's Struggle for Independence, 1954–1962, in: Geert Van Goethem/Robert Anthony Waters Jr. (Hrsg.), American Labor's Global Ambassadors, London 2015, S. 217–236; Renato P. Colistete, Trade Unions and the ICFTU in the Age of Developmentalism in Brazil, 1953–1962, in: *Hispanic American Historical Review* 92 (2012), Heft 4, S. 669–701.

Austausch im englischsprachigen Afrika bemühte.⁶ Zur historischen Einbettung des Gewerkschaftsbundes fehlen noch einschlägige Werke, als hilfreich haben sich einige wenige, bereits ältere Arbeiten von Anton Pelinka oder Emmerich Talos zur Sozialpartnerschaft erwiesen.⁷ Für die Kontextualisierung der Beziehungen Österreichs zum Globalen Süden ist Gerald Hödls 2004 erschienenes Standardwerk „Österreich und die Dritte Welt“ wertvoll. In seiner Analyse von Nationalratsdebatten, politischen Reden oder Parteiblättern legte Hödl den Fokus auf Diskurse von politischen Eliten und resümierte wenig überraschend, dass sich nichtstaatliche Organisationen erst seit den 1970er-Jahren in der Entwicklungshilfe betätigt hätten.⁸ Seiner These, dass Entwicklungshilfe in den 1960er-Jahren in Österreich vernachlässigt wurde,⁹ widersprechen spätere Arbeiten. Diese machen den Beginn der österreichischen Entwicklungshilfe in kirchlichen Aktivitäten in den 1960er-Jahren fest.¹⁰ Wie der 2023 erschienene Beitrag von Michael Obrovsky im Handbuch zur Außenpolitik Österreichs zeigte, hält sich diese Interpretation hartnäckig, obwohl Zeynep Sagun bereits 2013 in ihrer Untersuchung zu den Anfängen der österreichischen Entwicklungshilfepolitik den Gewerkschaftsbund immerhin erwähnte.¹¹

Das Material, auf das sich diese Arbeit stützt, besteht vorrangig aus den jährlichen Tätigkeitsberichten des ÖGB. Sie schlüsseln Reise-, Ausbildungs- und Vernetzungstätigkeiten auf und geben somit Aufschluss über die Organisation, Finanzierung und Beteiligung bei jenen Aktivitäten.¹² Zusätzlich zu den Tätigkeitsberichten legten Kommentare und Artikel in den verschiedenen Gewerkschaftszeitungen Positionierungen und Motivationen frei. Für diese Arbeit relevant waren die Zeitschriften „Solidarität“ und „Arbeit und Wirtschaft“¹³ sowie ab den frühen 1960er-Jahren auch das ÖGB-Jugendmagazin

6 Naaborko Sackeyfio-Lenoch, The Ghana Trades Union Congress and the Politics of International Labor Alliances, 1957–1971, in: *International Review of Social History* 62 (2017), S. 191–213; Gerard McCann, Possibility and Peril. Trade Unionism, African Cold War, and the Global Strands of Kenyan Decolonization, in: *Journal of Social History* 53 (2019), Heft 2, S. 348–377.

7 Anton Pelinka, Gewerkschaften im Parteienstaat. Ein Vergleich zwischen dem Deutschen und dem Österreichischen Gewerkschaftsbund (Beiträge zur Politischen Wissenschaft 37), Berlin 1980; Emmerich Talos, Vom Vorzeige- zum Auslaufmodell? Österreichs Sozialpartnerschaft 1945 bis 2005, in: Ferdinand Karhofer/ders. (Hrsg.), Sozialpartnerschaft. Österreichische und Europäische Perspektiven, Wien-Münster 2005, S. 185–216; Emmerich Talos, Sozialpartnerschaft: Ein zentraler Gestaltungsfaktor im Österreich der Zweiten Republik, in: Mathias Kremppl/Johannes Thaler (Hrsg.), 100 Jahre Arbeitsmarktverwaltung. Österreich im internationalen Vergleich (Zeitgeschichte im Kontext 12), Innsbruck 2019, S. 159–182.

8 Hödl, Österreich, S. 8.

9 Ebd., S. 153.

10 Martin Bohatschek, Öffentlichkeitsarbeit in der österreichischen Entwicklungshilfe. Die Frühzeit von 1960 bis 1970, Forschungsseminararbeit Wien 2014, https://archeza.univie.ac.at/fileadmin/user_upload/p_archeza/FOSE-Arbeiten/Bohatschek_2014_OEffentlichkeitsarbeit_1960_bis_1970.pdf, eingesehen 1.3.2023, S. 5; Burton, Postkolonialismus, S. 338.

11 Obrovsky, Entwicklungspolitik, S. 392, 395–396; Zeynep Sagun, Die Anfänge der öffentlichen Entwicklungshilfepolitik Österreichs. Am Beispiel ausgewählter Projekte des Interministeriellen Komitees zur Förderung von Entwicklungsländern 1963–1965, Dipl. Wien 2013.

12 Österreichischer Gewerkschaftsbund (Hrsg.), Tätigkeitsbericht des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, Wien 1948–1965. Im Folgenden: Tätigkeitsbericht; Österreichischer Gewerkschaftsbund (Hrsg.), Frauenarbeit in den Gewerkschaften, Wien 1950–1963. Im Folgenden: Frauenarbeit.

13 Österreichischer Gewerkschaftsbund (Hrsg.), *Solidarität*, <https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/resolver?urn=urn:nbn:at:at-akw:g-3816542>, eingesehen 31.3.2023; Österreichischer Gewerkschaftsbund/Österreichischer Arbeiterkammertag (Hrsg.), *Arbeit und Wirtschaft*, <https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/resolver?urn=urn:nbn:at:at-akw:g-791567->, eingesehen 31.3.2023.

„Hallo“¹⁴. Trotz der Berücksichtigung der Zeitschriften kann diese Arbeit keine systematische Medienanalyse leisten. Ebenso wenig konnten nicht-österreichische Stimmen miteinbezogen werden.

Im Folgenden beschäftigt sich das Kapitel „Transnationale Gewerkschaftssolidarität“ (2) mit dem Selbstverständnis und den internationalen Positionierungen des Gewerkschaftsbundes 1945. Das nächste Kapitel „Solidarität daheim“ (3) zeigt die Einbettung des ÖGB in das politische Feld der Zweiten Republik. Im letzten Kapitel „Zwischen Entwicklungshilfe und gewerkschaftlicher Kollegialität“ (4) werden die Anfänge der gewerkschaftlichen Entwicklungshilfe in ihren Widersprüchlichkeiten in Österreich beleuchtet.

2 Transnationale Gewerkschaftssolidarität

2.1 Verstrickungen im Internationalen Bund Freier Gewerkschaften

Der ÖGB war seit 1945 Mitglied des lagerübergreifend konzipierten Weltgewerkschaftsbundes (WGB), trat aber im Oktober 1949 aus dem zunehmend kommunistisch dominierten Zusammenschluss aus. Er war in weiterer Folge mit über einer Million Mitgliedern eines der mitgliederstärksten Gründungsmitglieder des sozialdemokratischen Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG), vergleichbar mit der Größe französischer oder italienischer Gewerkschaften.¹⁵

Der von amerikanischen und britischen Gewerkschaften dominierte IBFG stellte für den ÖGB eine „willkommene Plattform für den Austausch von Erfahrungen“ dar.¹⁶ Selbstgestellte Aufgabe des ÖGB sei es gewesen, internationale Entwicklungen kritisch zu verfolgen, Bewusstsein für gewerkschaftliche Aktivitäten zu schaffen, andere Gewerkschaften in politisch heiklen Situationen zu unterstützen und sich zu vernetzen. Auslandsreisen sowie Einladungen von Gewerkschafter*innen nach Österreich zeugen von den Bemühungen, beidseitigen Wissenstransfer zu ermöglichen.¹⁷ Das Neutralitätsgesetz hätte hier entscheidende Weichen gestellt, so der Tenor der Publikationen, die über die Teilnahme des ÖGB an zahlreichen Kongressen im Jahr 1955 berichteten.¹⁸ Noch 1961 stellte der Tätigkeitsbericht fest, der ÖGB würde durch die militärische Neutralität Sympathie ernten und sei daher auch ein beliebter Ansprechpartner für Gewerkschaften aus dem Globalen Süden. Laut dieser Selbsteinschätzung sei das Interesse von afrikanischer Seite in der Neutralität Österreichs und in seiner Industrie („Industrieland“) begründet.¹⁹

14 Österreichischer Gewerkschaftsbund (Hrsg.), *Hallo*, <https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/resolver?urn=urn:nbn:at:at-akw:g-3814346>, eingesehen 31.3.2023.

15 Alfred Ströer, *Solidarität International. Der ÖGB und die internationale Gewerkschaftsbewegung (Theorie und Praxis der Gewerkschaften)*, Wien 1977.

16 Anthony Carew, *Conflict Within the ICFTU: Anti-Communism and Anti-Colonialism in the 1950s*, in: *International Review of Social History* 41 (1996), Heft 2, S. 147–181, hier S. 149; *Frauenarbeit in den Gewerkschaften. Bericht aus dem Jahre 1959*, S. 38.

17 *Tätigkeitsbericht, 1955*, S. 27.

18 Ebd.

19 *Tätigkeitsbericht, 1961*, S. I/206.

Der Tätigkeitsbericht verschwieg mit der Betonung der österreichischen Neutralität gekonnt, dass der ÖGB durch seine Mitgliedschaft im IBFG eindeutig geopolitisch Position bezog. Die Entscheidung, dem IBFG 1949 beizutreten, spiegelte die antikommunistische Haltung des ÖGB und den Bruch der internationalen Gewerkschaftsorganisation wider.²⁰ In den Nachkriegsjahren bekannte sich Österreich klar zu den USA und der ÖGB zögerte nicht, mit der Integration in das Netzwerk westlicher Gewerkschaften antikommunistische Ressentiments mitzutragen.²¹ Als 1959 der linke Weltbund der Demokratischen Jugend das erste Mal seine „Weltjugendspiele“ in einem nicht-sozialistischen Staat ausrichtete, weigerten sich die Stadt Wien und die österreichische Regierung, die Austragung dieser Veranstaltung zu unterstützen.²² Stattdessen organisierten zahlreiche Jugendorganisationen, darunter auch die Gewerkschaftsjugend, eine Gegenveranstaltung. Die Erfahrung eines erfolgreichen transnationalen Austausches als positiven Nebeneffekt des anbahnenden Systemkonflikts könnte die Intensivierung der Beziehungen zu afrikanischen Gewerkschaften in den folgenden Jahren zumindest teilweise inspiriert haben.²³

Durch die Publikationen des ÖGB zog sich die Absicht, gegen Ausbeutung von Arbeiter*innen in der Welt zu kämpfen. Wiederholt wurde auf die Gräueltaten der Kolonisierung hingewiesen, allerdings fand sich keine fundamentale Kritik an europäischen Kolonialmächten, wirtschaftlichen Abhängigkeiten oder zweifelhaften Vorgehensweisen des IBFG selbst. Das Ziel, den Einfluss des konkurrierenden kommunistischen Weltgewerkschaftsbundes einzuschränken, bedeutete für den IBFG in den 1950er- und 1960er-Jahren auch, mit Kolonialregierungen zu kooperieren.²⁴ Zudem tat sich der IBFG schwer, klare Worte für die Unterstützung anticolonialer Bewegungen zu finden, was Argwohn bei afrikanischen Gewerkschaften provozierte.²⁵ Diese Skepsis führte schließlich zum Austritt einiger Organisationen, wie etwa dem ghanaischen Trade Union Congress 1959.²⁶

Der Kurs, die diplomatische Loyalität zu den internationalen Verbänden über ein klares anticoloniales Bekenntnis zu stellen, war nicht nur die Vorgehensweise des Gewerkschaftsbundes, sondern zeigte sich auch in der österreichischen Außenpolitik nach 1945.²⁷ Österreich sah sich aufgrund des selbstdiagnostizierten Fehlens einer gewaltsa-

20 Pelinka, Gewerkschaften im Parteienstaat, S. 135.

21 Peter Pirker, Die Suverbsion deutscher Herrschaft. Der britische Kriegsgeheimdienst SOE und Österreich (Zeitgeschichte im Kontext 6), Göttingen 2012, S. 458–459; Kurt K. Tweraser, The Politics of Productivity and Corporatism. The Late Marshall Plan in Austria, 1950–1954, in: Günter Bischof/Anton Pelinka/Rolf Steininger (Hrsg.), Austria in the Nineteen Fifties, New York 1995, o. S.

22 Pia Koivunen, The World Youth Festival as a Soviet Cultural Product during the Cold War, in: *Quaestio Rossica* 8 (2020), Heft 5, S. 1612–1628, hier S. 1623.

23 Walter Schicho, Brüderliche Gemeinschaft und Internationale Solidarität. Die Anfänge einer österreichischen Entwicklungshilfe (EH), in: *Archive des Helfens* (2017), https://arceza.univie.ac.at/fileadmin/user_upload/p_arceza/Eigene_Texte/Schicho_2017_Bruederliche_Gemeinschaft_und_Internationale_Solidaritaet.pdf, eingesehen 1.3.2023, o. S.

24 Hakeem Ibikunle Tijani, Union Education in Nigeria. Labor, Empire, and Decolonization since 1945, New York 2012, S. 8–9.

25 Richards, Maida Springer, S. 177; Carolien Stolte, Trade Union Networks and the Politics of Expertise in an Age of Afro-Asian Solidarity, in: *Journal of Social History* 53 (2019), Heft 2, S. 331–347, hier S. 333.

26 Sackeyfio-Lenoch, Ghanas Trade Union Congress, S. 203.

27 Hödl, Österreich, S. 79.

men Kolonialvergangenheit in einer außenpolitisch günstigen Lage, Beziehungen mit dem Globalen Süden zu knüpfen.²⁸ Die Herausforderungen des wirtschaftlichen Wiederaufbaus nach 1945 und die Besatzungszeit bis 1955 hätten außerdem dazu beigetragen, dass Österreich einen gemeinsamen Erfahrungshorizont mit postkolonialen Staaten teile. Im Aufruf zu einer Spendenaktion 1960 für „Entwicklungsgebiete“ erinnerte das Blatt „Solidarität“ an die prekäre Situation Österreichs nach 1945 und die notwendige Hilfe aus dem Ausland in Bezug auf Lebensmittel und Bekleidung. Die überwundene Not herrsche aber noch in anderen Ländern, deshalb müsse Österreich „Entwicklungsländern“ in Afrika, Asien und Südamerika unterstützend unter die Arme greifen.²⁹

2.2 Österreicher*innen im IBFG-Netzwerk

Die starke Verortung des ÖGB im IBFG lässt sich nicht nur in der Regelmäßigkeit der internationalen Treffen und Intensität der Berichterstattung erkennen, sondern auch in personellen Verbindungen. Die österreichische Gewerkschafterin Wilhelmine Moik wurde 1957 zur Vorsitzenden des IBFG-Frauenreferats gewählt.³⁰ In die Zeit Moiks im IBFG fiel die erste IBFG-Frauentagung 1963 in Wien, die „die Vertreterinnen aller Kontinente“ vereinen sollte. Aus 24 Ländern Europas, Nord- und Lateinamerikas, Asiens und Afrikas waren etwa sechzig Vertreterinnen der Mitgliedsorganisationen des IBFG gekommen.³¹ In diesem von dem Geist eines gemeinsamen Kampfes der Frauen getragenen Ambiente bewegte sich auch die kenianische Gewerkschafterin Hilda Achieng Otieno, die auf der Konferenz im Franz-Domes-Lehrlingsheim eine Rede hielt.³² Otieno war zwischen 1961 und 1963 stellvertretende Direktorin für Bildung in der Kenya Federation of Labour (KFL) und reiste Anfang der 1960er-Jahre durch IBFG-Mitgliedstaaten. Durch Einladungen auf Konferenzen (wie jene in Wien) schafften es aufstrebende Gewerkschafter*innen wie Otieno aus dem Globalen Süden, Verbündete in Gewerkschaften zu finden, die sie über klassische Arbeiterthemen hinaus möglicherweise auch in ihren antikolonialen Bestrebungen unterstützten.³³

Trotz Moiks leitender Funktion im IBFG initiierte das Frauenreferat in Österreich keine außerordentlichen Veranstaltungen. Die Klagen im Tätigkeitsbericht 1960, dass die „Eigenaktivität der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder noch nicht so [ist], wie es wünschenswert wäre“, lassen Rückschlüsse zu, dass die Doppelbelastung „Arbeit und Haushalt/Familie“ der Gewerkschafterinnen die Organisation bei weiteren Aktionen und Veranstaltungen einschränkte.³⁴

Auch das Jugendreferat war personell in die IBFG-Organisation miteingebunden. Die Wahl des Österreicher Franz Mrkvickas zum Vorsitzenden erfolgte wohl aus Dankbar-

28 Hödl, Österreich, S. 76.

29 Hans Fellinger, Sie brauchen unsere Hilfe! Freie Gewerkschaften sammeln für die Entwicklungsländer, in: *Solidarität* 355 (1960), S. 4–5.

30 Frauenarbeit, 1957, S. 22–23.

31 Frauenarbeit, 1963, S. 34.

32 Ebd., S. 40.

33 McCann, Possibility and Peril, S. 352.

34 Tätigkeitsbericht, 1960, S. I/245; Tätigkeitsbericht, 1961, S. I/241.

keit für das Organisieren des ersten Weltjugendtreffens und zweiten IBFG-Jugendseminars im Jahr 1963 in Wien.³⁵ Die ÖGJ organisierte für das zehntägigen Festival für 5.000 Junggewerkschafter*innen aus 67 Ländern ein im nahe Wien gelegenen Hörndlwald aufgebautes Zeltlager. Die Finanzierung des Großevents „In Frieden leben – den Frieden gewinnen“ kam teilweise vom IBFG und ÖGB, der andere Teil wurde von den Teilnehmer*innen selbst bezahlt und liefert damit auch eine Erklärung dafür, wieso Gewerkschafter*innen aus dem Globalen Norden zahlenmäßig überlegen waren.³⁶

3. Solidarität daheim

3.1 *Verflechtungen in der Zweiten Republik*

Der aus 16 Teilgewerkschaften bestehende Gewerkschaftsbund war seit seiner Neugründung 1945 dank der Sozialpartnerschaft ein wichtiger Akteur im innenpolitischen Feld der Zweiten Republik.³⁷ Sozialpartnerschaft meint die Zusammenarbeit der Regierung mit Interessensvertretungen aus Wirtschaft und Gesellschaft, die besonders in der Wiederaufbauphase von Bedeutung war. Die Koalitionen der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ) und Österreichischen Volkspartei (ÖVP) bis 1966 unterstützten die Ausbildung des ÖGB als wichtige Stimme in sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen.³⁸ Der SPÖ-nahe ÖGB bewegte sich in den 1950er- und 1960er-Jahren in seinen Aktivitäten zwischen Partei- und damit Regierungsnähe und eigenständiger Interessensvertretung.

Obwohl die Gewerkschaftsbewegung in Österreich viel Raum in Medien und politischen Entscheidungsprozessen einnahm, war zugleich in den frühen 1960er-Jahren von personellen Engpässen in Referaten zu lesen oder wurde der Rückgang bei Mitgliederzahlen beklagt.³⁹ Die transnationale Vernetzung und das internationale Ansehen, das der ÖGB laut Eigenberichten genoss, half bei der umwerbenden Herausstreichung des eigenen, nationalen wie internationalen, Einflusses. Konferenzen, Austausch und Sammelaktionen wurden in den Tätigkeitsberichten wenig überraschend durchwegs als Erfolge dargelegt, dienten die Berichte auch zur Information über die Ausgaben des ÖGB. Da der ÖGB zumindest in den Berichten keine Absichten einer zivilgesellschaftlichen Mobilisierung hatte, fehlen aufrüttelnde Slogans. Einen provokanteren Ton hatten andere Publikationen, wie etwa die Broschüre „So leben unsere schwarzen Brüder“ von Franz Senghofer, Leiter des Bildungsreferats, aus dem Jahr 1962.⁴⁰

3.2 *Von Rundfunk bis Reisen: das Institut für Internationale Verbindungen*

Die Notwendigkeit, zahlreiche Veranstaltungen und Besuche zu organisieren, führte zur Erweiterung der ehemaligen Rundfunkabteilung um das „Referat für Information

35 Tätigkeitsbericht, 1964, S. I/273.

36 Tätigkeitsbericht, 1963, S. I/272.

37 Talos, Vorzeigemodell, S. 186.

38 Ebd., S. 187.

39 Tätigkeitsbericht, 1964, S. I/222.

40 Franz Senghofer, So leben unsere schwarzen Brüder, Wien 1962.

und Internationale Verbindungen“ im Jahr 1960, das gewinnbringenden Kontakt mit dem englischsprachigen Afrika weiter intensivieren sollte.⁴¹ Auch wenn das Einrichten des als wichtig hervorgehobenen Referats den Zeitgeist der antikolonialen Solidarität im „Jahr Afrikas“ 1960 traf, sei das Referat „personell nur sehr schwach besetzt“⁴² gewesen. Ob das Referat aus personellen Gründen dennoch stark am IBFG und dessen Aktivitäten festhielt, bleibt offen.

Die intensive Nutzung des IBFG-Netzwerkes bei der Einladung afrikanischer Gewerkschafter*innen zeigte sich bei einigen Besuchen, die das Referat organisierte. Die kenianische Gewerkschafterin Elizabeth Muturi, die im Juli 1964 in Wien begrüßt wurde, reiste etwa auf Unterstützung des IBFG durch Österreich, um sich über die Gewerkschaftsarbeit zu informieren und dieses Wissen für den „Aufbau der freien afrikanischen Gewerkschaftsbewegung“ im Sinne des IBFG in Kenia zu verwenden.⁴³ Muturi, Leiterin der Hotel- und Hausangestellten-Gewerkschaften, konnte wie ihre Kollegin Otieno IBFG-Beziehungen nutzen, um ihre eigene Position in Kenia zu festigen. Sie wurde später Koordinatorin für die Frauenabteilung der Kenya Federation of Labor (KFL) und rief ein Frauenkomitee in Nairobi ins Leben.⁴⁴

Neben der Organisation von Besuchen aus dem Ausland war das Referat auch für den öffentlichen Auftritt zuständig. Im selbstproduzierten Format „Gewerkschaftliche Monatsschauen“ im ORF standen auch die Teilnahme an internationalen Kongressen und Besuche ausländischer Gewerkschafter*innen im Mittelpunkt.⁴⁵ Einer der zwei Kurzfilme, die sich besonders mit ÖGJ-Aktionen beschäftigten, widmete sich den „Zuständen in den unterentwickelten Ländern“ und wurde bei der „Solidaritätsaktion der Jugendabteilung für die unterentwickelten Gebiete“ 1961 gezeigt.⁴⁶

3.3 Von Hollabrunn nach Tejuoso Market

Obwohl der ÖGB keine zivilgesellschaftliche Mobilisierung im Sinne hatte, gab es ein starkes innergewerkschaftliches Engagement der Gewerkschaftsjugend, die im Jahr 1962 etwa 81.000 Jugendliche vertrat.⁴⁷ Im Winter 1960/61 rief die Gewerkschaftsjugend eine Solidaritätsaktion für „Entwicklungsländer“ ins Leben: Vorträge, Film- und Bandaufnahmen sowie Schaltungen in Presse und Rundfunk sollten Bewusstsein für das herrschende „Elend“ schaffen, so der Tätigkeitsbericht 1960. Die bei diesen Veranstaltungen gesammelten 200.000 Schilling flossen entweder direkt in Notstandsgebiete oder finanzierten „einigen jungen Afrikanern die Berufsausbildung in Österreich“⁴⁸. Mit den Einnahmen der vom IBFG unabhängigen Spendenaktion 1960/61 finanzierte

41 Kurt Prokop, Berufsausbildung für Afrikaner. Ein österreichischer Versuch, in: *Arbeit und Wirtschaft* (1966), Heft 11, S. 24–28, hier S. 25.

42 Tätigkeitsbericht, 1964, S. I/196.

43 Ebd., S. I/222.

44 Yvette Richards, Labor's Gendered Misstep. The Women's Committee and African Women Workers, in: *The International Journal of African Historical Studies* 44 (2011), Heft 3, S. 415–442, hier S. 431.

45 Tätigkeitsbericht, 1959, S. I/205.

46 Ebd., S. I/208.

47 Tätigkeitsbericht, 1962, S. I/248.

48 Tätigkeitsbericht, 1960, S. I/298–299.

die Jugendabteilung schließlich die Ausbildung vier junger Arbeiter⁴⁹ aus Tanganjika, Nigeria und Sierra Leone in Staatsbetrieben, drei davon arbeiteten später in Betrieben in der Steiermark weiter.⁵⁰ Die ÖGJ wies auf das „schüchterne[...] Anfangsstadium“ der gewerkschaftlichen Arbeit in den Herkunftsländern der Arbeiter hin und sah sich selbst in der Pflicht, Wissen zu vermitteln.⁵¹ Diese Aktion stellte den Beginn einer Reihe von Spendensammlungen dar, die als selbstständige Projekte des Jugendreferats begannen. 1964 wurde diese Form der frühen „Entwicklungshilfe“ der Gewerkschaftsjugend in den offiziellen Aufgabenbereich des ÖGB übernommen.⁵²

Ähnliche Pläne hatte der ehemalige Jugendsekretär der Gemeindebediensteten Herbert Scherzel, der als Vertreter des IBFG zwischen 1963 und 1965 in der damaligen Hauptstadt Nigerias (Lagos) tätig wurde. Scherzel war mit dem Auf- und Ausbau gewerkschaftlicher Jugendorganisationen beauftragt, die materiell vom ÖGB gefördert wurden, und sollte ebenfalls ein Ausbildungszentrum errichten.⁵³ In „Hallo“ wurde 1964 über die „erste gewerkschaftliche Jugendorganisation in Nigeria“ gejubelt, die von Scherzel mitbegründet worden wäre. Als Zeichen der Unterstützung fertigte das Jugendreferat in Österreich Organisationsabzeichen an und sendete diese nach Lagos.⁵⁴ Laut Scherzel wäre es nun die nächste Aufgabe gewesen, zweihundert junge Arbeiter⁵⁵ in der „ersten Volkshochschule von Afrika“ auszubilden. Zu diesem Zweck arbeitete er mit der Grundschullehrerin Mamy Abebi Simpson zusammen.⁵⁶ Ende 1965 berichtete Scherzel von den Fortschritten im in der Sprache Yoruba betitelten „Tiwa eko arin ni Nigeria“/„Unser Bildungszentrum in Nigeria“-Artikel in „Hallo“: In Idi-Araba, einem Stadtviertel von Lagos, seien mittlerweile vier Bildungszentren errichtet worden.⁵⁷ Die 75.000 Schilling teuren Bauten böten genug Platz für die Arbeiter*innen, deren Ausbildung auf Yoruba und Englisch neben Schreiben, Lesen und Mathematik auch Nähen oder Politik und natürlich das Gewerkschaftswesen umfasse.⁵⁸

Die Einbindung in den IBFG und die hauptsächlich in Wien stattfindenden Veranstaltungen versperrten den Blick auf lokale Initiativen, die in den Publikationen wenig Platz einnehmen. So warb Scherzel etwa selbst nach seiner Rückkehr 1965 weiterhin um Spenden für den Aufbau nigerianischer Gewerkschaften.⁵⁹ 1965 trugen Arbeiterinnen einer Wäschefabrik in Hollabrunn über 4.000 Schilling für zwei Nähmaschinen für die Lehrwerkstätte in Lagos zusammen.⁶⁰

49 Es handelte sich lediglich um männliche Personen.

50 Tätigkeitsbericht, 1962, S. I/205.

51 o. A., Der zweite Akt, in: *Hallo* (1962), Heft 12, S. 4.

52 Tätigkeitsbericht, 1963, S. I/275.

53 Ebd.

54 Tätigkeitsbericht, 1964, S. I/276.

55 Im Artikel hieß es „zweihundert Afrikaner“, auf der Fahne, die der ÖGB 1964 nach Nigeria schickte, war „To our brothers in Nigeria“ zu lesen, allerdings sind in späteren Berichten auch Frauen auf den Bildern zu sehen.

56 Auch „Mamie Simpson“ oder „Mammy B.A. Simpson“ genannt; o. A., Nigeria meldet: Okay!, in: *Hallo* (1964), Heft 4, S. 2–4, hier S. 3–4.

57 Ikate Ebute-Metta, Surulere und Tejuoso.

58 Herbert Scherzel, Tiwa eko arin ni Nigeria, in: *Hallo* (1965), Heft 10, S. 24–27, hier 24–26.

59 Tätigkeitsbericht, 1965, S. I/279.

60 o. A., Ente für Nigeria, in: *Hallo* (1965), Heft 6, S. 36–38, hier S. 37–38.

4. Zwischen Entwicklungshilfe und gewerkschaftlicher Kollegialität

4.1 Erste Schritte gewerkschaftlicher Entwicklungshilfe

Der ÖGB vertrat keine aktivistischen anticolonialen Standpunkte, sondern konzentrierte sich auf die Verbesserung von Arbeitsbedingungen und auf das Anbieten von Weiterbildungsmöglichkeiten. Damit vertrat der ÖGB durchaus auch wirtschaftliche Interessen, wie etwa die Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Österreich und den geförderten postkolonialen Staaten.

Die Bildungsreise von 14 afrikanischen Gewerkschaftsfunktionären nach Wien im Sommer 1959 machte diese Verflechtungen sichtbar. Die vom ÖGB eingeladene Delegation traf auf ihrer sechswöchigen Rundreise durch Österreich neben Besuchen in österreichischen Gewerkschaftseinrichtungen auch den SPÖ-Sozialminister Anton Proksch, der vor seiner Angelobung 1956 zehn Jahre als Generalsekretär des ÖGB tätig gewesen war.⁶¹ Einige Monate später erschienen in der ÖGB-Zeitschrift „Solidarität“ in der Rubrik „Kollegen schreiben uns“ Dankschreiben, in denen sieben der 14 Gewerkschafter ihre Bewunderung für die bereits „weitentwickelte“ Gewerkschaftsbewegung Österreichs ausdrückten. Ein Gewerkschafter schlug sogar eine Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen vor.⁶² Dieser Vorschlag zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit war darüber hinaus im Sinne der österreichischen Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft.

1963 gründete der ÖGB mit der ÖVP-nahestehenden Industriellenvereinigung (IV), ebenfalls einer Stütze der österreichischen Sozialpartnerschaft, das Institut für Entwicklungshilfe und Technische Zusammenarbeit.⁶³ Kurt Prokop, Sekretär des ÖGB und des neugegründeten Instituts,⁶⁴ plante Ausbildungsaufenthalte für 36 Arbeiter⁶⁵ aus Ost- und Zentralafrika (Sambia, Malawi, Tansania, Kenia und Äthiopien) im Jahr 1964 und 1965.⁶⁶

Von Jänner bis März 1963 begann die Ausbildung in der Lehrwerkstätte „Jugend am Werk“ in Wien-Brigittenau, die die Lehrlinge zu „Schweiß-, Schmiede- und Reparaturarbeiten an Werkzeugen sowie Elektro- und Gasinstallationen“ befähigen sollte. Von den Schulungen versprach sich das Institut, ganz im Sinne der wirtschaftsfördernden Erwartungen der Industriellenvereinigung, eine „erhöhte wirtschaftliche Aktivität“. Zugleich diene dieses Projekt dazu, die Wahrnehmung der noch jungen Zweiten Republik als westlichen Industriestaat zu festigen. Mithilfe der Ausbildungsprogramme sei „der Welt bewiesen, dass Österreich imstande sei, praktische Entwicklungshilfe zu leisten“⁶⁷. Neben diesen eigennützigen Erfolgen hätte sich das Institut aber auch erhofft, dass „unsere jungen Afrikaner genügend Möglichkeiten finden werden, österreichische Arbeiter und Angestellte in ihrem Berufsmilieu und in ihrem Familienheim

61 Tätigkeitsbericht, 1965, S. V/13–14.

62 o. A., Kollegen schreiben uns, in: *Solidarität* 348 (1960), S. 10.

63 o. A., 16 Ausbildner aus Entwicklungsländern lernen in Wien, in: *Hallo* (1977), Heft 4, S. 11. Nicht zu verwechseln mit dem Wiener Institut für Entwicklungsfragen.

64 o. A., Unsere Autoren im Artikelteil dieser Nummer, in: *Arbeit und Wirtschaft* (1966), Heft 11, S. 11.

65 Es handelte sich lediglich um männliche Personen.

66 Prokop, Berufsausbildung für Afrikaner, S. 24–28.

67 Kurt Prokop, 18 Afrikaner in Wiener Lehrwerkstätte, in: *Solidarität* 414 (1964), S. 7.

kennenzulernen“. Darum hätte sich der ÖGB, der für die Finanzierung aus Budgetmitteln und die Unterbringung in einem Gewerkschaftsheim zuständig war, gekümmert.⁶⁸

Nach sechs Monaten Grundausbildung in der Lehrwerkstätte für Metallbearbeitung arbeiteten die 18⁶⁹ Lehrlinge in staatlichen und privaten Betrieben für ein weiteres Jahr und schlossen 1965 die Ausbildung nach fast zwei Jahren erfolgreich ab. Bereits im selben Jahr begann die Auswahl der Teilnehmer für den nächsten Projektturnus. Die Ausbildung lief bis mindestens 1982 weiter.⁷⁰

Der ÖGB gewann durch die Ausbildungsprogramme Selbstvertrauen in seine Kompetenzen, Entwicklungshilfe anzuleiten und auch andere Institutionen oder die österreichische Regierung für vermeintliche Fehlgriffe zu kritisieren. In „Arbeit und Wirtschaft“ griff etwa „Africanus“, ein Pseudonym für einen „österreichische[n] Fachmann für Entwicklungshilfe, der große Erfahrung in österreichisch-afrikanischen Entwicklungshilfeprojekten hat“⁷¹, Versuche der Regierung an. Das Interministerielle Komitee für Entwicklungshilfe (IKFE), ein Beratungsinstrument für die Regierung, das im Mai 1963 gegründet wurde, würde die wertvollen Aktivitäten des ÖGB in Afrika erschweren. Africanus prangerte weiters „Rassenhaß, Vorurteile und Abneigung gegen alles Fremde“ in Österreich an und bezeichnete die „Meinung breiter Bevölkerungskreise“ als eine große Herausforderung für erfolgreichen Austausch.⁷²

4.2 Konfrontation und Kritik am Gewerkschaftsbund

Selbst in den Mittelpunkt medialer Aufmerksamkeit wegen Rassismus-Vorwürfen war das Institut im April 1964 nach einem Messerstich-Vorfall geraten. Einer der 18 Lehrlinge hätte sich den Stich in der Lendengegend „aus Kränkung“ selbst zugefügt, nachdem er von einem anderen Auszubildenden der Spionage bezichtigt worden war. Der Verdächtige dieser Tat kam im „panafrikanischen Institut in der Grillparzerstraße“ unter, damit war wohl die Pan-African Student Union of Austria (PASUA) gemeint. Die Präsidentin der Studierendenunion, Unokanma Okonjo („Mrs. Bright-Taylor“⁷³), versuchte einzugreifen und verlangte die anderen Lehrlinge zu sprechen. Dabei kam es zu einem weiteren Handgemenge zwischen ihr und Kurt Prokop, Sekretär des Instituts für Entwicklungshilfe sowie des ÖGB. Die PASUA initiierte daraufhin am 20. April 1964 einen Protest gegen rassistische Diskriminierung vor dem Sozialministerium, der mit dem erfolgreichen Vorsprechen einer sechsköpfigen Delegation vor Sozialminister Anton Proksch endete.⁷⁴ Die nigerianische Soziologiestudentin Okonjo erlangte schon einen Monat vorher Bekanntheit, als sie am 7. März 1964 auf dem „Dritten Kongress Afrikanischer Studierende in Europa“ in Moskau Rassismus und Diskriminierung von

68 Prokop, Wiener Lehrwerkstätte, S. 7.

69 Im Tätigkeitsbericht 1964 wurden 17 Lehrlinge erwähnt: Tätigkeitsbericht, 1964, S. I/193.

70 o. A., Entwicklungspolitik und ÖGB: Das Österreichische Institut für Entwicklungshilfe, in: *Arbeit und Wirtschaft* (1982), Heft 4a, S. 21.

71 o. A., Die Autoren im Artikelteil dieser Nummer, in: *Arbeit und Wirtschaft* (1969), Heft 7–8, S. 65.

72 Africanus, Entwicklungshilfe – eine österreichische Tragikomödie, in: *Arbeit und Wirtschaft* (1968), Heft 7–8, S. 14–16.

73 Im hier zitierten Presse-Artikel wurde Okonjo mit dem Namen ihres Ehemannes Unodi William Bright-Taylor genannt.

74 o. A., N****-Aufstand um Messerstich. Wirbel in afrikanischem Lehrlingsheim in Wien, in: *Die Presse*, 21.4.1964, S. 4.

schwarzen Studierenden in Österreich kritisierte. Diese Vorwürfe brachten das Selbstverständnis Österreichs ins Wanken und Medienberichte über die PASUA führten nach dieser Konferenz zu einem Anschwellen rassistischer Gewalt an Austauschstudierenden. Der der Messerstecherei verdächtige Lehrling wurde verhaftet, ebenso wie die als Kommunist*innen gebrandmarkten Okonjo, ihr Ehemann sowie der neue Präsident der PASUA wegen Körperverletzung von Kurt Prokop.⁷⁵ Der ÖGB wehrte sich im Kommentar in der Mai-Ausgabe von „Arbeit und Wirtschaft“ gegen den Rassismus-Vorwurf aus kommunistischen Kreisen und kritisierte die vorurteilsbehaftete Medienberichterstattung der Boulevardpresse.⁷⁶ Trotz dieser einsichtigen Worte nach den Vorfällen im Gewerkschaftsheim endete mit der Landesverweisung von führenden Köpfen der Studierendenunion und deren Auflösung die seit 1961 andauernde Aktivität von PASUA in Österreich.⁷⁷

4.3 Entwicklungshilfe für Österreich

Parallel zu der Gründung des Instituts für Entwicklung intensivierte sich die Ausbildungstätigkeit ab den früheren 1960er-Jahren. Den frühen Programmen für (ausschließlich männliche) Auszubildende in technischen Berufen folgte die Einladung von afrikanischen Krankenpflegerinnen. In der Krankenpflegeschule in Graz berichtete das ÖGJ-Blatt 1963 über „vier Kolleginnen aus Kenia“, die für vier Jahre dort ausgebildet würden.⁷⁸ Am 30. November 1963 begannen 24 Afrikanerinnen, die durch den ÖGB nach Österreich gekommen waren, ihre dreijährige Ausbildung in drei Wiener Spitälern.⁷⁹

Es finden sich wiederholt Hinweise, dass der ÖGB die aus seiner Sicht sehr erfolgreichen Programme weiterhin vorantreiben wollte. So erwarb der Gewerkschaftsbund mit Unterstützung des Konzerns „Vereinigte Österreichische Eisen- und Stahlwerke“ (VÖEST) in Großpetersdorf (Burgenland) ein Grundstück, auf dem eine Muster-Lehrwerkstätte gebaut werden sollte. Dieses Projekt lässt aussagekräftige Schlüsse auf das Verständnis von Entwicklungshilfe zu. In dem im Oktober 1966 eröffneten Heim sollten „junge Afrikaner und Burgenländer“ in Metallberufen ausgebildet werden,⁸⁰ damit diese Auszubildenden in Zukunft die wirtschaftliche und technische Entwicklung ihrer Herkunftsregion antreiben könnten. Das gelte sowohl für die Lehrlinge aus postkolonialen Staaten als auch für die jungen Burgenländer*innen. Das Burgenland sei immerhin „wirtschaftlich sehr entwicklungsbedürftig“, wie die Jugendzeitschrift „Hallo“ im Kommentar zur Eröffnung des Heimes feststellte.⁸¹

75 Araba Evelyn Johnston-Arthur, (Re)membering Resistances in the African Diaspora in Post-Nazi Austria as „Counteramnesic Practices“, in: Marina Grzinić/Jovita Pristovsek/Sophie Uitz (Hrsg.), *Opposing Colonialism, Antisemitism and Turbo-Nationalism. Rethinking the Past of New Conviviality*, Newcastle 2020, S. 156–170, hier S. 157–158.

76 o. A., *Entwicklungshilfe ist nicht leicht*, in: *Arbeit und Wirtschaft* 18 (1964), Heft 5, S. 1.

77 Johnston-Arthur, *African Diaspora*, S. 158; Hanna Hacker, PASUA: Schwarze Selbstorganisation gegen rassistische Gewalt, o. D., <https://www.hdgoe.at/pasua>, eingesehen 16.7.2022.

78 Tätigkeitsbericht, 1963, S. I/275.

79 Ebd., S. V/12.

80 Tätigkeitsbericht, 1965, S. I/187–188.

81 o. A., *Das Positive des Monats. Millionen für die Jugend*, in: *Hallo* (1967), Heft 3, S. 32–33, hier S. 33.

Wissensaustausch fand nicht nur in Form von Ausbildungen afrikanischer Lehrlinge statt, sondern wirkte sich auch auf das Kursprogramm der Gewerkschaftsbildung in Österreich aus. Bereits 1963 bot der ÖGB Sprachkurse an, die besonders bei Junggewerkschafter*innen beliebt waren. Tätigkeitsberichte der folgenden Jahre zogen eine Verbindung zwischen dem persönlichen Kontakt mit ausländischen Kolleg*innen und dem Erfolg der Sprachkurse.⁸² Ab 1963 organisierte die ÖGJ, offenbar aufgrund der hohen Nachfrage, selbstständig Englischkurse in Wien, Linz und Wiener Neustadt, die als „besondere Sparte der internationalen Tätigkeit“ gewertet wurden.⁸³

Während der Ausbildungszeit betreute die Gewerkschaftsjugend die „jungen Kolleginnen und Kollegen“ und lud sie laut Tätigkeitsberichten regelmäßig zu Theaterveranstaltungen oder Pfingst- und Sommerlagern ein. In dieser Betreuung wurden Spannungen sichtbar, die die Arbeit des ÖGB bestimmten. Austausch hätte zu „innige[r] Freundschaft“ zwischen den afrikanischen und österreichischen Gewerkschafter*innen geführt. In der Leserbriefe-Rubrik berichtete etwa ein Hans P. aus Linz, er habe in einem Jugendlager „mit einem afrikanischen Studenten aus Kenia Freundschaft geschlossen“, der ihm von der Verfolgung der Kolonialherren erzählt habe. Er sei immer noch in Kontakt mit ihm und betonte, gewerkschaftliche Solidarität dürfe keine Grenzen kennen.⁸⁴ Neben dieser Kameradschaft, die in den Berichten und Zeitschriften gerne präsentiert wurde, gibt es viele Anknüpfungspunkte für Kritik an der ÖGB-Entwicklungshilfe. Vorwürfe rassistischer Diskriminierung, die die PASUA zur Lage afrikanischer Austauschstudierender und Auszubildender in Österreich äußerte, können auch mit exotisierenden oder zu verallgemeinerten und daher unpersönlichen Darstellungen der Publikationen unterfüttert werden. Manche Formulierungen in den Publikationen, wie die Bezeichnung der Teilnahme von vier jungen Kolleg*innen aus Nigeria beim Metallarbeiter-Ländertreffen „als besondere Attraktion“⁸⁵, fordern eine umfassendere Analyse der Zeitschriften, um zu den Ausbildungsprogrammen, transnationalen Vernetzungstreffen und Besuchen in Österreich ein vollständigeres Bild des Verständnisses der Gewerkschaftssolidarität mit dem Globalen Süden bieten zu können.

5. Schluss

In den 1950er-Jahren stellte der IBFG einen willkommenen Rahmen zur Vernetzung von Beziehungen dar, die einige Jahre später selbstständig vom ÖGB vertieft wurde. Trotz österreichischer Gewerkschafter*innen wie Moik oder Mrkvicka gab es wenig Gestaltungsmöglichkeiten für den Gewerkschaftsbund innerhalb der klaren Zielsetzungen und geopolitischen Positionierungen des IBFG. Die Wichtigkeit von transnationalem Austausch bewies die Einrichtung eines eigenen Referats für Internationale Angelegenheiten im Jahr 1960, das unter anderem öffentlichkeitswirksame Spendenaktionen organisierte. Die Anerkennung des IBFG, erfolgreiche Spendensammlungen oder po-

82 Tätigkeitsbericht, 1964, S. I/277; Tätigkeitsbericht, 1965, S. I/295.

83 Tätigkeitsbericht, 1963, S. I/274.

84 Fellingner, Sie brauchen unsere Hilfe!, S. 5.

85 o. A., Kärnten siegte, in: *Hallo* (1964), Heft 10, S. 33.

sitiv abgeschlossene Hilfsprogramme halfen dem ÖGB insgesamt auch in seinem Anspruch, als wichtiger Akteur der österreichischen Politik wahrgenommen zu werden.

Impulse für eine verstärkte transnationale Vernetzung verdankte der ÖGB seinem Jugendreferat, das ab den 1960er-Jahren Spendensammlungen und Kundgebungen organisierte. In diesem Rahmen entstanden in den frühen 1960er-Jahren Anfänge einer Entwicklungshilfe. Für diese Programme erntete der Gewerkschaftsbund Kritik von anderen zivilgesellschaftlichen Aktivist*innen und musste sich Rassismus-Vorwürfen stellen. Exotisierungen, das Fehlen von Namen afrikanischer Akteur*innen oder undifferenzierte Bewertungen weisen deutlich auf eine bevormundende Perspektive des ÖGB hin.

Eine systematischere Analyse der ÖGB-Publikationen und die Berücksichtigung von nicht-österreichischen Stimmen ist noch notwendig, um Widersprüchlichkeiten der österreichischen Gewerkschaftssolidarität genauer zu beleuchten. Dazu zählen neben den Gewerkschaftszeitungen noch interne Dokumente wie Gremienprotokolle oder offizielle Aktionsprogramme. Die Lehrwerkstätte, die sowohl afrikanische wie auch burgenländische Lehrlinge ausbilden soll, damit sie fachkundig den wirtschaftlichen Aufbau ihrer „unterentwickelten“ Herkunftsregionen unterstützen können, könnte beispielsweise ein Vorgeschmack auf eine zeitgeschichtliche Gewerkschaftsgeschichte sein, die das Verständnis von Neutralität, geopolitischer Verortung und Entwicklungspolitik der Zweiten Republik neu beleuchtet.

6. Quellen

Africanus, Entwicklungshilfe – eine österreichische Tragikomödie, in: *Arbeit und Wirtschaft* (1968), Heft 7–8, S. 14–16.

Fellinger, Hans, Sie brauchen unsere Hilfe! Freie Gewerkschaften sammeln für die Entwicklungsländer, in: *Solidarität* 355 (1960), S. 4–5.

o. A., Das Positive des Monats. Millionen für die Jugend, in: *Hallo* (1967), Heft 3, S. 32–33.

o. A., Der zweite Akt, in: *Hallo* (1962), Heft 12, S. 4.

o. A., Die Autoren im Artikelteil dieser Nummer, in: *Arbeit und Wirtschaft* (1969), Heft 7–8, S. 65.

o. A., Ente für Nigeria, in: *Hallo* (1965), Heft 6, S. 36–38.

o. A., Entwicklungshilfe ist nicht leicht, in: *Arbeit und Wirtschaft* 18 (1964), Heft 5, S. 1.

o. A., Entwicklungspolitik und ÖGB: Das Österreichische Institut für Entwicklungshilfe, in: *Arbeit und Wirtschaft* (1982), Heft 4a, S. 21.

o. A., Kärnten siegte, in: *Hallo* (1964), Heft 10, S. 33.

o. A., Kollegen schreiben uns, in: *Solidarität* 348 (1960), S. 10.

o. A., N****-Aufstand um Messerstich. Wirbel in afrikanischem Lehrlingsheim in Wien, in: *Die Presse*, 21.4.1964, S. 4.

o. A., Nigeria meldet: Okay!, in: *Hallo* (1964), Heft 4, S. 2–4.

o. A., 16 Ausbildner aus Entwicklungsländern lernen in Wien, in: *Hallo* (1977), Heft 4, S. 11.

o. A., Unsere Autoren im Artikelteil dieser Nummer, in: *Arbeit und Wirtschaft* (1966), Heft 11, S. 11.

Österreichischer Gewerkschaftsbund (Hrsg.), Tätigkeitsbericht des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, Wien 1948–1965.

Österreichischer Gewerkschaftsbund (Hrsg.), Frauenarbeit in den Gewerkschaften, Wien 1950–1963.

Österreichischer Gewerkschaftsbund (Hrsg.), *Solidarität*, <https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/resolver?urn=urn:nbn:at:at-akw:g-3816542>, eingesehen 31.3.2023.

Österreichischer Gewerkschaftsbund/Österreichischer Arbeiterkammertag (Hrsg.), *Arbeit und Wirtschaft*, <https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/resolver?urn=urn:nbn:at:at-akw:g-791567>, eingesehen 31.3.2023.

Österreichischer Gewerkschaftsbund (Hrsg.), *Hallo*, <https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/resolver?urn=urn:nbn:at:at-akw:g-3814346>, eingesehen 31.3.2023.

Prokop, Kurt, 18 Afrikaner in Wiener Lehrwerkstätte, in: *Solidarität* 414 (1964), S. 7.

Ders., Berufsausbildung für Afrikaner. Ein österreichischer Versuch, in: *Arbeit und Wirtschaft* (1966), Heft 11, S. 24–28.

Scherzel, Herbert, Tiwa eko arin ni Nigeria, in: *Hallo* (1965), Heft 10, S. 24–27.

7. Literatur

Bellucci, Stefano, The Ascent of African Labour Internationalism. Trade Unions, Cold War Politics and the ILO, 1919–1960, in: ders./Holger Weiss (Hrsg.), *The Internationalisation of the Labour Question. Ideological Antagonism, Workers' Movements and the ILO since 1919*, Cham 2020, S. 351–382.

Bohatschek, Martin, Öffentlichkeitsarbeit in der österreichischen Entwicklungshilfe. Die Frühzeit von 1960 bis 1970, Forschungsseminararbeit Wien 2014, https://archeza.univie.ac.at/fileadmin/user_upload/p_archeza/FOSE-Arbeiten/Bohatschek_2014_OEfoeffentlichkeitsarbeit_1960_bis_1970.pdf, eingesehen 1.3.2023.

Bulow, Mathilde von, Irving Brown and ICFTU Labor Diplomacy during Algeria's Struggle for Independence, 1954–1962, in: Geert Van Goethem/Robert Anthony Waters Jr. (Hrsg.), *American Labor's Global Ambassadors*, London 2015, S. 217–236.

Burton, Eric, Postkolonialismus, in: Marcus Gräser/Dirk Rupnow (Hrsg.), *Österreichische Zeitgeschichte – Zeitgeschichte in Österreich*, Wien 2021, S. 321–347.

Carew, Anthony, Conflict Within the ICFTU: Anti-Communism and Anti-Colonialism in the 1950s, in: *International Review of Social History* 41 (1996), Heft 2, S. 147–181.

Colistete, Renato P., Trade Unions and the ICFTU in the Age of Developmentalism in Brazil, 1953–1962, in: *Hispanic American Historical Review* 92 (2012), Heft 4, S. 669–701.

Hacker, Hanna, PASUA: Schwarze Selbstorganisation gegen rassistische Gewalt, o. D., <https://www.hdgoe.at/pasua>, eingesehen 16.7.2022.

Hödl, Gerald, Österreich und die Dritte Welt. Außen- und Entwicklungspolitik der Zweiten Republik bis zum EU-Beitritt 1995, Wien 2004.

Johnston-Arthur, Araba Evelyn, (Re)membering Resistances in the African Diaspora in Post-Nazi Austria as “Counteramnesic Practices”, in: Marina Grzanic/Jovita Pristovsek/Sophie Uitz (Hrsg.), *Opposing Colonialism, Antisemitism and Turbo-Nationalism. Rethinking the Past of New Conviviality*, Newcastle 2020, S. 156–170.

Koivunen, Pia, The World Youth Festival as a Soviet Cultural Product during the Cold War, in: *Quaestio Rossica* 8 (2020), Heft 5, S. 1612–1628.

McCann, Gerard, Possibility and Peril. Trade Unionism, African Cold War, and the Global Strands of Kenyan Decolonization, in: *Journal of Social History* 53 (2019), Heft 2, S. 348–377.

Obrovsky, Michael, Entwicklungspolitik, in: Martin Senn/Franz Eder/Markus Kornprobst (Hrsg.), *Handbuch Außenpolitik Österreich*, Wiesbaden 2023, S. 391–411.

Pelinka, Anton, Gewerkschaften im Parteienstaat. Ein Vergleich zwischen dem Deutschen und dem Österreichischen Gewerkschaftsbund (Beiträge zur Politischen Wissenschaft 37), Berlin 1980.

Pirker, Peter, Die Suverbsion deutscher Herrschaft. Der britische Kriegsgeheimdienst SOE und Österreich (Zeitgeschichte im Kontext 6), Göttingen 2012.

Richards, Yevette, Maida Springer. Pan-Africanist and International Labor Leader, Pittsburgh 2000.

Dies., Labor’s Gendered Misstep. The Women’s Committee and African Women Workers, in: *The International Journal of African Historical Studies* 44 (2011), Heft 3, S. 415–442.

Sackeyfio-Lenoch, Naaborko, The Ghana Trades Union Congress and the Politics of International Labor Alliances, 1957–1971, in: *International Review of Social History* 62 (2017), S. 191–213.

Sagun, Zeynep, Die Anfänge der öffentlichen Entwicklungshilfepolitik Österreichs. Am Beispiel ausgewählter Projekte des Interministeriellen Komitees zur Förderung von Entwicklungsländern 1963–1965, Dipl. Wien 2013.

Schicho, Walter, Brüderliche Gemeinschaft und Internationale Solidarität. Die Anfänge einer österreichischen Entwicklungshilfe (EH), in: *Archive des Helfens* (2017), https://archeza.univie.ac.at/fileadmin/user_upload/p_archeza/Eigene_Texte/Schicho_2017_Bruederliche_Gemeinschaft_und_Internationale_Solidaritaet.pdf, eingesehen 1.3.2023.

Senghofer, Franz, *So leben unsere schwarzen Brüder*, Wien 1962.

Slobodian, Quinn, West German Labour Internationalism and the Cold War, in: Tobias Hochscherf/Christoph Haucht/Andrew Plowman (Hrsg.), *Divided But Not Disconnected: German Experiences of the Cold War*, New York 2010, S. 77–89.

Stolte, Carolien, Trade Union Networks and the Politics of Expertise in an Age of Afro-Asian Solidarity, in: *Journal of Social History* 53 (2019), Heft 2, S. 331–347.

Stoner, John C., „We will follow a nationalist policy, but we will never be neutral“. American Labor and Neutralism in Cold War Africa, 1957–1962, in: Geert Van Goethem/Robert Anthony Waters Jr. (Hrsg.), *American Labor's Global Ambassadors. The International History of the AFL-CIO during the Cold War*, New York 2013, S. 237–252.

Ströer, Alfred, *Solidarität International. Der ÖGB und die internationale Gewerkschaftsbewegung (Theorie und Praxis der Gewerkschaften)*, Wien 1977.

Talos, Emmerich, Vom Vorzeige- zum Auslaufmodell? Österreichs Sozialpartnerschaft 1945 bis 2005, in: Ferdinand Karlhofer/ders. (Hrsg.), *Sozialpartnerschaft. Österreichische und Europäische Perspektiven*, Wien-Münster 2005, S. 185–216.

Ders., Sozialpartnerschaft: Ein zentraler Gestaltungsfaktor im Österreich der Zweiten Republik, in: Mathias Kreml/Johannes Thaler (Hrsg.), *100 Jahre Arbeitsmarktverwaltung. Österreich im internationalen Vergleich (Zeitgeschichte im Kontext 12)*, Innsbruck 2019, S. 159–182.

Tweraser, Kurt K., The Politics of Productivity and Corporatism. The Late Marshall Plan in Austria, 1950–1954, in: Günter Bischof/Anton Pelinka/Rolf Steininger (Hrsg.), *Austria in the Nineteen Fifties*, New York 1995, o. S.

Tijani, Hakeem Ibikunle, *Union Education in Nigeria. Labor, Empire, and Decolonization since 1945*, New York 2012.

Katharina Föger studiert Lehramt Geschichte und Deutsch im 8. Semester an der Universität Innsbruck und ist studentische Mitarbeiterin am Institut für Zeitgeschichte. Katharina.Foeger@student.uibk.ac.at

Zitation dieses Beitrages

Katharina Föger, Gewerkschaftsbund goes global. Österreichische Gewerkschaftssolidarität mit dem Globalen Süden zwischen 1955 und 1965, in: *historia.scribere* 15 (2023), S. 63–79, <http://historia.scribere.at>, eingesehen 13.6.2023 (=aktuelles Datum).

Solidarität mit System. Die Rolle des „Amtes für Rück siedlungshilfe an Optanten“ in Bozen für die Integration von Rückoptant*innen

Katia Pedevilla

Kerngebiet: Zeitgeschichte

eingereicht bei: Assoz. Prof. Mag. Dr. Eva Pfanzelter

eingereicht im: SoSe 2022

Rubrik: Bachelor-Arbeit

Abstract

Solidarity with System. The Role of the “Office of Resettlement Assistance to Optants” in Bolzano for the Integration of Re-Optants

The following bachelor thesis examines the organizational structure and the different tasks of the “Office of Resettlement Assistance to Optants” in Bolzano, a South Tyrolean welfare office dealing with the implementation of the re-option. First, the office is contextualized in the international network of organizations dealing with the re-option. Second, the personal resources of the office are analyzed. Finally, the different tasks of the office are presented by looking at various regional and national historical sources..

1. Einleitung

In den Jahren unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkriegs überquerten Millionen von Menschen europäische Ländergrenzen. Ob als Displaced Persons (DPs), Kriegsflüchtlinge oder Kriegsheimkehrer – für alle war der Wunsch nach einem gesellschaftlichen „Ankommen“ an einem sicheren Ort spürbar.¹ Auch die rund 75.000 Südtiroler Optant*innen, die im Zuge des Optionsabkommens von 1939 ins Dritte Reich ausgewandert waren, standen nach Kriegsende vor der Entscheidung, nach Südtirol zurück-

1 Barbara Lüthi, Migration and Migration History, Version 2.0, in: Docupedia Zeitgeschichte, 6.7.2018, S. 1–37, hier S. 4–5, https://docupedia.de/zg/Luethi_migration_v2_en_2018, eingesehen am 1.8.2022; Herbert Obinger/Carina Schmitt, World War and Welfare Legislation in Western Countries, in: *Journal of European Social Policy* 30 (2020), Heft 3, S. 261–274, hier S. 261.

zukehren.² Eine stets höchst individuelle Kombination aus ökonomischen, politischen und psychologischen Gründen führte dazu, dass mit insgesamt ca. 20.000–25.000 Personen rund ein Viertel bis ein Drittel der ausgewanderten Südtiroler Optant*innen zurückkehrte und versuchte, sich in die Südtiroler Nachkriegsgesellschaft zu reintegrieren.³ Dabei wurden diese Personen vom „Amt für Rücksiedlungshilfe an Optanten“ in Bozen unterstützt.

Die vorliegende Bachelorarbeit bietet einen Überblick über die Arbeit und Struktur dieses Amtes, indem sie folgende Forschungsfrage zu beantworten versucht: Welche Rolle spielte das Amt für Rücksiedlungshilfe für die Integration von Rückoptant*innen? Ausgegangen wird hierbei von der These, dass das Amt für Rücksiedlungshilfe mit Hauptsitz in Bozen die zentrale Südtiroler Instanz für die Organisation, Koordinierung und praktische Durchführung der Rücksiedlung sowie für die Integration der Rückoptant*innen in die Südtiroler Gesellschaft war. Doch ein gesellschaftliches Klima der Feindseligkeit gegenüber Rückoptant*innen, die beschränkten finanziellen und personellen Ressourcen sowie die Fortführung einer Art Majorisierungspolitik durch Italien beeinträchtigten die Arbeit des Amtes und damit auch die Integration der legal zurückgekehrten Optant*innen.

Zur Beantwortung der Forschungsfrage wurde die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring in Kombination mit einer Archivrecherche in verschiedenen regionalen Archiven (in Tirol, Südtirol, der Zeitungssammlung in der Bibliothek des Ferdinandeums Innsbruck, in digitalisierten Materialien aus der Teßmann-Bibliothek in Bozen) angewandt.⁴ Ein kleiner Teil des verwendeten Quellenmaterials stammt aus überregionalen Archiven (z. B. aus dem Staatsarchiv in Rom) und wurde im Zuge des derzeit laufenden ReMIGRA-Projekts am Institut für Zeitgeschichte an der Universität Innsbruck digitalisiert. Das analog bzw. digital verfügbare Quellenmaterial dieser Bachelorarbeit ist vielfältig: Es setzt sich aus publizistischem Material, politischer und bürokratischer Korrespondenz sowie aus statistischem Material zusammen und deckt den Zeitraum von 1949 bis 1958 ab.

Das publizistische Material wurde hauptsächlich aus der von 1947 bis 1952 unter dem Namen „Verbandsmitteilungen für die Südtiroler in Österreich und Deutschland“ bzw. ab 1952 dann unter dem Namen „Südtiroler Heimat“ erscheinenden Zeitung des Gesamtverbands der Südtiroler in Österreich (GVS) bezogen, der am 6. Oktober 1946 gegründet wurde und als Interessensverband der Südtiroler*innen in Österreich und Deutschland regelmäßig über die Rückoption informierte.⁵ Für die vorliegende Arbeit

2 Rolf Steininger, Südtirol. Vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart, Innsbruck-Wien 2014², S. 106; Stefan Lechner, Zwischen den Landesteilen. Südtirols Optanten 1945–1948, in: Hans Heiss/Gustav Pfeiffer (Hrsg.), Südtirol – Stunde Null? Kriegsende 1945–1946 (Veröffentlichungen des Südtiroler Landesarchivs/Pubblicazioni dell'Archivio della Provincia di Bolzano 10), Innsbruck 2000, S. 281–295, hier S. 281.

3 Stefan Lechner, Rückoption und Rücksiedlung nach Südtirol, in: Klaus Eisterer/Rolf Steininger (Hrsg.), Die Option. Südtirol zwischen Faschismus und Nationalsozialismus (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 5), Innsbruck 1989, S. 365–384, hier S. 380; ders., Auf der Suche nach der Heimat Südtirol. Rückoption und Rücksiedlung, in: Ulrike Kindl/Fabrizio Miori u. a. (Hrsg.), Le opzioni rilette. Die mitgelesenen Briefe, Bozen 2014, S. 77–81, hier S. 81; ders., Alles retour. Rückoption und Rücksiedlung nach 1945, in: Gottfried Solderer/Zeno Abram u. a. (Hrsg.), Das 20. Jahrhundert in Südtirol. Bd. 3: 1940–1959. Totaler Krieg und schwerer Neubeginn, Bozen 2001, S. 76–87, hier S. 77.

4 Philipp Mayring, Inhaltsanalyse, Grundlagen und Techniken, Weinheim-Basel 2015¹².

5 Gesamtverband der Südtiroler in Österreich, 50 Jahre Verband der Südtiroler in Österreich 1946–1996, Innsbruck

wurden die Jahrgänge mit der Nummer drei bis zwölf eingesehen, welche den Zeitraum von 1949 bis 1958 umspannen. Da die Südtiroler Tageszeitung „Dolomiten“ nach Ende des Zweiten Weltkriegs jahrzehntelang das Monopol unter den deutschsprachigen Zeitungen in Südtirol für sich beanspruchte, erschien es für die Beantwortung der Fragestellung unerlässlich, sich dem Amt für Rücksiedlungshilfe auch über die regionale deutschsprachige Berichterstattung zu nähern.⁶ Die Kodierung des Quellenmaterials erfolgte sowohl mittels induktiver als auch deduktiver Kategorienbildung.⁷

Die übergeordnete Thematik der vorliegenden Bachelorarbeit, nämlich „Rückoption als Form der Rückkehrmigration“, lässt sich in das seit den 1990er-Jahren neu akzentuierte Forschungsfeld der Migrationsgeschichte einordnen.⁸ Im Vergleich zwischen den Themen „Option“ und „Rückoption“ lässt sich feststellen, dass letztere in der regionalgeschichtlichen Forschung bislang deutlich weniger thematisiert wurde. Davon zeugt beispielsweise der Umstand, dass sich die Forschungsergebnisse zur Rückoption auf Sammelbandartikel oder einzelne Kapitel in Überblickswerken zur Geschichte Südtirols im 20. Jahrhundert (etwa in Rolf Steiningers Werken „Südtirol im 20. Jahrhundert. Vom Leben und Überleben einer Minderheit“⁹ oder „Südtirol. Vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart“) beschränken.¹⁰

Sekundärliteratur über das Amt für Rücksiedlungshilfe zu finden, gestaltete sich daher schwierig. Nur die Sammelbandartikel von Stefan Lechner („Rückoption und Rücksiedlung nach Südtirol“¹¹ sowie der gemeinsam mit Helmut Alexander verfasste Artikel („Die Rücksiedlung“¹²) bieten detailreiche Informationen zur Tätigkeit und Organisation des Amtes für Rücksiedlungshilfe. Die vorliegende Bachelorarbeit versteht sich daher als Beitrag zur Schließung dieser Forschungslücke. Eine wichtige Informationsquelle in Bezug auf die Reintegration der Rückoptant*innen in die Südtiroler Gesellschaft stellte die Diplomarbeit von Ivan Stecher mit dem Titel „Die Rücksiedlung von Südtiroler Optantinnen und Optanten“ aus dem Jahr 2020 dar. Es handelt sich dabei um eine Reintegrationsfallstudie anhand von zehn Zeitzeug*innen-Interviews, mittels derer Stecher versucht, Faktoren der Entscheidung zur Rückoption und Faktoren der erfolgreichen Reintegration aus den Gesprächen herauszuarbeiten.¹³

1996, S. 9, 14, 104; Stefan Lechner/Helmut Alexander, Die Rücksiedlung, in: Helmut Alexander/Stefan Lechner u. a. (Hrsg.), Heimatlos. Die Umsiedlung der Südtiroler, Wien 1993, S. 189.

6 Leo Hillebrand, Neue Freiheit – alte Fronten. Medien im Zeichen des Volkstumskampfes, in: Gottfried Solderer/Zeno Abram u. a. (Hrsg.), Das 20. Jahrhundert in Südtirol. Bd. 3: 1940–1959. Totaler Krieg und schwerer Neubeginn, Bozen 2001, S. 236–251, hier S. 239–240.

7 Mayring, Inhaltsanalyse, S. 85.

8 Lüthi, Migration and Migration History, S. 7; Carolin Liebisch-Gümüş, Mobilität/en und Mobilitätsgeschichte, Version 1.0, in: Docupedia Zeitgeschichte, 22.3.2022, S. 1–42, hier S. 3, https://docupedia.de/zg/Liebisch_Guemues_mobilitaet_v1_de_2022, eingesehen am 1.8.2022.

9 Rolf Steininger, Südtirol im 20. Jahrhundert. Vom Leben und Überleben einer Minderheit, Innsbruck 1997.

10 Ivan Stecher, Die Rücksiedlung von Südtiroler Optantinnen und Optanten. Genese, Ablauf und Reintegration anhand ausgewählter Fallbeispiele sowie fachdidaktische Ausarbeitung der Thematik für den Schulunterricht, Dipl. Innsbruck 2020, S. 7.

11 Lechner, Rückoption, S. 365–384.

12 Lechner/Alexander, Die Rücksiedlung, S. 181–271.

13 Stecher, Die Rücksiedlung, S. 86, 114, 116.

Im anschließenden Kapitel wird zunächst der gesellschaftliche, ökonomische und politische Rahmen zur Zeit der Rückoption nach 1945 vorgestellt. Die Unterscheidung in illegale und legale Rückoption bildet eine wichtige Trennlinie, die auch Auswirkungen auf die Arbeit des „Amtes für Rücksiedlungshilfe“ zu haben schien. Zudem werden einige der wichtigsten Akteur*innen aus Österreich, Italien, Deutschland und der Provinz Bozen vorgestellt, die für die Belange der Rückoptant*innen zuständig waren. Im vierten Kapitel werden die Gründungsumstände des „Amtes für Rücksiedlungshilfe“ in Bozen sowie die ausgewählten Reaktionen der Lokalpresse vorgestellt. Einen Blick in die innere Struktur des Amtes bietet das darauffolgende Kapitel, in welchem es um dessen Mitarbeiter*innen, fördernde und leitende Personen gehen soll. Die Tätigkeit und Wirkung des Amtes für Rücksiedlungshilfe wird unter Zuhilfenahme von Quellenmaterial im sechsten Kapitel nachgezeichnet. Eine Zusammenfassung über den Erkenntnisgewinn der vorliegenden Bachelorarbeit bietet das Resümee.

2. Die Rückoption nach 1945

2.1 *Illegale Rückwanderung (1945–1948)*

Das Optantendekret, das am 5. Februar 1948 in Kraft trat und die legale Einreise der Optant*innen nach Südtirol ermöglichte, stellt eine wichtige Trennlinie in Bezug auf die Art der Rückkehr und den Integrationserfolg der Rückoptant*innen in die Südtiroler Gesellschaft dar.¹⁴ Von 1945 bis zum Inkrafttreten des Dekrets war eine Einreise nach Südtirol für Optant*innen illegal.¹⁵ Schätzungsweise 8.000 bis 12.000 von ihnen kehrten auf illegalem Weg über die sogenannte „grüne Grenze“ nach Südtirol zurück.¹⁶ Interessanterweise schien die Südtiroler Volkspartei (SVP) bereits zuvor bei der Organisation der Heimkehr von illegalen Rückoptant*innen involviert gewesen zu sein: Lechner vermutet aufgrund eines Zeitzeugengesprächs, dass es einen organisierten Menschenschmuggel über den Brenner gegeben habe, in den die SVP verwickelt gewesen sei.¹⁷ In Südtirol angekommen siedelten sich die meisten illegal zurückgekehrten Rückoptant*innen dezentral an, häufig in der Gemeinde, in der sie vor der Option gelebt hatten.¹⁸ Oft kamen sie bei Verwandten oder Bekannten unter und erfuhren wenig bis gar keine Probleme im Umgang mit den italienischen Behörden.¹⁹

Die Gründe für die diesbezügliche italienische Passivität sind bereits gegen Kriegsende zu suchen: Als die Alliierten im Sommer 1944 beschlossen, in Südtirol eine alliierte Militärregierung einzusetzen, mussten sie dafür den Konsens mit der italienischen Seite

14 Lechner, Rückoption, S. 365; Stecher, Die Rücksiedlung, S. 82, 84; ders., Die unerwünschten Heimkehrer. Rückkehr und (Re-)Integration, in: Günther Pallaver/Leopold Steurer u. a. (Hrsg.), Einmal Option und zurück. Die Folgen der Aus- und Rückwanderung für Südtirols Nachkriegsentwicklung, Bozen 2019, S. 127–156, hier S. 131, 147.

15 Lechner, Rückoption, S. 369.

16 Ebd., S. 369, 379; weiterführende Literatur: Lechner, Zwischen den Landesteilen; ders., Alles retour; Stecher, Die unerwünschten Heimkehrer.

17 Lechner, Rückoption, S. 372.

18 Stecher, Die Rücksiedlung, S. 49, 82.

19 Ebd., S. 49, 82; Lechner, Rückoption, S. 370.

finden.²⁰ Anfang 1945 wurden die Richtlinien dazu ausgearbeitet. Sie enthielten zentrale Grundsätze, die 1946 im Gruber-De-Gasperi-Abkommen wiederaufgenommen wurden, wobei weder italienische noch deutsch-österreichische Interessen überwiegen sollten.²¹ Insbesondere die USA wachten darüber, dass die 1945 erarbeiteten Richtlinien bis zu ihrer gesetzlichen Absicherung im italienischen Friedensvertrag eingehalten wurden und drohten der italienischen Regierung bei Missachtung der Richtlinien mit der Verlängerung der Amtszeit der alliierten Militärregierung.²² Die seit 1947 offiziell laufenden Optionsrevisionsverhandlungen mit Österreich und die genaue Beobachtung der Vorgänge in Südtirol durch die Alliierten veranlassten die italienische Regierung daher, sich auf dem internationalen Parkett friedfertig und tolerant zu zeigen, um den Erhalt der Brennergrenze zu sichern.²³

Da die wirtschaftliche Lage in Südtirol in den Jahren unmittelbar nach Kriegsende besser war als in Österreich, fanden die illegalen Rückoptant*innen tendenziell günstigere Bedingungen vor, um sich in die Südtiroler Gesellschaft zu reintegrieren als jene, die ab 1948/49 legal zurückkehrten.²⁴

2.2 *Legale Rückwanderung (ab Februar 1948)*

Die Südtiroler Optant*innen im Ausland hatten ab Inkrafttreten des Optantendekrets am 5. Februar 1947 ein Jahr lang Zeit (also 5.2.1948–4.2.1949), um für die Wiederverleihung der italienischen Staatsbürgerschaft anzusuchen.²⁵ Die Entscheidung zur Rückoption verlief nicht ohne Druckausübung von staatlicher Seite. Als wirkungsvoll erwies sich der österreichische Ministerratsbeschluss vom 2. November 1948, auf den laut Lechner ein nicht unbedeutender Teil der Rückoptionsgesuche zurückzuführen ist.²⁶ Italien verfolgte in den Optionsrevisionsverhandlungen eine „Verschleierungstaktik“, um unter den Optant*innen Unsicherheit bezüglich einer Rückkehr nach Südtirol zu schaffen oder sie gänzlich davon abzuhalten.²⁷

Insbesondere die SVP wollte möglichst viele Optant*innen zur Rückkehr bewegen, um die deutsche Sprachgruppe in Südtirol zahlenmäßig zu stärken und dadurch den minderheitenrechtlichen Forderungen gegenüber Italien mehr Gewicht verleihen zu können.²⁸ Italien hatte allerdings noch ein weiteres Mittel zur Beeinflussung des Rückoptionsergebnisses: Der Artikel Nr. 5 des Optantendekrets beinhaltete nämlich eine Reihe

20 Eva Pfanzelter, Die amerikanische Besatzungszeit in Südtirol, in: Walter Obwexer/Eva Pfanzelter (Hrsg.), 70 Jahre Pariser Vertrag. Handbuch, Wien 2017, S. 3–30, hier S. 11–12.

21 Pfanzelter, Die amerikanische Besatzungszeit, S. 12–13.

22 Ebd., S. 13, 19.

23 Stecher, Die Rücksiedlung, S. 49; Lechner, Rückoption, S. 370; ders., Zwischen den Landesteilen, S. 283, 286–287; ders., Auf der Suche, S. 77.

24 Stecher, Die Rücksiedlung, S. 50, 82, 84.

25 Lechner/Alexander, Die Rücksiedlung, S. 187, 365; ders., Alles retour, S. 81; Stefan Lechner, Eine rasche und trotzdem verspätete Lösung. Die Revision der Staatsbürgerschaftsoptionen von 1939, in: Andrea Di Michele/Andreas Gottsmann u. a. (Hrsg.), Die schwierige Versöhnung. Italien, Österreich und Südtirol im 20. Jahrhundert, Bozen 2020, S. 321–340, hier S. 328, <https://library.oapen.org/handle/20.500.12657/51666>, eingesehen 18.7.2022.

26 Lechner, Rückoption, S. 368–369.

27 Stecher, Die Rücksiedlung, S. 54.

28 Lechner, Zwischen den Landesteilen, S. 288; Lechner/Alexander, Die Rücksiedlung, S. 186–187.

von Ausschlussgründen vom Wiedererwerb der italienischen Staatsbürgerschaft (darunter auch NS-Betätigung), die relativ großen Interpretationsspielraum offen ließen.²⁹

Diese Kombination aus politischem und wirtschaftlichem Druck sowie die Unsicherheit über die Regelung zentraler sozioökonomischer Fragen führte dazu, dass lediglich ein Drittel bis ein Viertel der ausgewanderten Optant*innen effektiv nach Südtirol zurückkehrte, nahezu die Hälfte davon auf illegalem Wege in den Jahren zwischen 1945 und 1948.³⁰ Die abschreckende Wirkung, die die von behördlicher Seite ungeklärten Fragen und persönlichen Zweifel hatten, spiegelt sich in den Zahlen wider: Eine legale Rückkehr wurde nur von rund 10.000 bis 12.000 Personen tatsächlich durchgeführt.³¹ Waren in den ersten beiden Jahren der legalen Rückoption (1949 und 1950) noch circa 3.000 Optant*innen zurückgekehrt, so verringerte sich die Zahl der Rückoptant*innen ab 1952 jährlich, bis gegen Ende der 1950er-Jahre sogar Wanderungsverluste durch neuerliche Abwanderung aus Südtirol zu verzeichnen waren.³²

Die für die SVP enttäuschenden Rücksiedlungszahlen der 1950er-Jahre hatten auch „inländische“ Gründe.³³ In den frühen 1950er-Jahren gab es in Südtirol wirtschaftliche Probleme: Der Arbeitsmarkt für deutschsprachige Südtiroler*innen war relativ eingeschränkt und es fehlte vor allem in den Städten an Wohnraum.³⁴ Stecher stellt daher in seiner Diplomarbeit die These auf, dass der Zeitraum der Rückkehr der Rückoptant*innen Auswirkungen auf ihre Reintegration in die Südtiroler Nachkriegsgesellschaft gehabt haben könnte.³⁵ Die legalen Rückoptant*innen fanden in Südtirol eine schlechtere wirtschaftliche Ausgangslage vor als die illegalen.³⁶ Da sich erstere tendenziell in urbanen Räumen wiederansiedelten und somit den Druck auf den knappen Wohnungs- und Arbeitsmarkt erhöhten, waren sie eher Anfeindungen ausgesetzt.³⁷ Zudem riefen die gesellschaftlichen Risse, die die Option in die Südtiroler Gesellschaft gezeichnet hatte, erneut Konflikte zwischen Dableiber*innen und Optant*innen hervor.³⁸ Unter diesen Rahmenbedingungen sollte das Amt für Rücksiedlungshilfe seine Fürsorgeaufgabe insbesondere für die legal zurückgekehrten Rückoptant*innen übernehmen.

29 Lechner/Alexander, *Die Rücksiedlung*, S. 215; Lechner, *Zwischen den Landesteilen*, S. 287.

30 Lechner, *Rückoption*, S. 380.

31 Lechner, *Alles retour*, S. 84.

32 Ebd., S. 84.

33 Stecher, *Die Rücksiedlung*, S. 55; Lechner, *Eine rasche und trotzdem verspätete Lösung*, S. 340.

34 Stecher, *Die Rücksiedlung*, S. 67; Lechner, *Rückoption*, S. 380; Giorgio Mezzalira, *Bedrohung für die „italianità“ Südtirols? Rückoption und Rückoptanten aus Sicht der Italiener/-innen*, in: Günther Pallaver/Leopold Steurer u. a. (Hrsg.), *Einmal Option und zurück. Die Folgen der Aus- und Rückwanderung für Südtirols Nachkriegsentwicklung*, Bozen 2019, S. 157–184, hier S. 171–172; Andrea Bonoldi, *Ricostruire e ripartire. Aspetti della situazione economica a Bolzano e in Alto Adige nell'immediato dopoguerra*, in: Giorgio Mezzalira/Fabrizio Miori u. a. (Hrsg.), *Dalla liberazione alla ricostruzione. Alto Adige/Südtirol 1945–1948*, Bolzano 2013, S. 57–74, hier S. 59; Giorgio Mezzalira, *Una seconda italianizzazione forzata? L'immigrazione italiana in Alto Adige dal 1945 al 1955*, in: Diego D'Amelio u. a. (Hrsg.), *La difesa dell'italianità. L'Ufficio per le zone di confine a Bolzano, Trento e Trieste (1945–1954)*, Bologna 2015, S. 153–178, hier S. 154–157.

35 Stecher, *Die Rücksiedlung*, S. 85.

36 Ebd., S. 82.

37 Ebd., S. 84, 116.

38 Ebd., S. 54.

2.3 *Wichtige Beteiligte in Österreich, Italien und Deutschland für die konkrete Durchführung der Rückoption*

Für die Organisation und Durchführung der Rückoption bildete sich ein internationales Netz an Anlaufstellen und Hilfsorganisationen in Österreich, Deutschland und Italien. Im Folgenden werden einige der wichtigsten Akteur*innen der Rückoption herausgegriffen, wobei kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben wird.

Auf österreichischer Seite stellte vor allem das Bundesland Tirol ein administratives Zentrum der Rückoptionshilfe dar. Neben den in jedem Bundesland vertretenen Südtirolerverbänden, die sich als erste Anlaufstellen bei Fragen zu Modalitäten der Rückoption verstanden, agierte die Dachorganisation dieser Verbände, der GVS, vom Sitz in Innsbruck aus.³⁹ Dem Leiter des GVS, dem Rechtsanwalt Dr. Rudolf Schlesinger⁴⁰, war es ein Anliegen, mit dem Amt für Rücksiedlungshilfe zu kooperieren.⁴¹ Zwei weitere Institutionen waren die „Landesstelle Südtirol“⁴² und die „Außenstelle des Bundeskanzleramts (BKA)“⁴³, beide mit Sitz in Innsbruck.

Für die Rückoptant*innen in Deutschland richtete das österreichische Repatriierungskomitee zunächst die „Landesstelle Südtirol“ in München ein, die ab 1946 von der „Hilfsstelle für Südtiroler in Deutschland“ bzw. von der „Kirchlichen Hilfsstelle“ übernommen wurde.⁴⁴ In Staatsbürgerschaftsangelegenheiten konnten sich die Rückoptant*innen in Deutschland an das „Büro für Südtiroler Optanten“ in München wenden, das beim dortigen italienischen Verbindungsamt Anfang Juni 1948 eingerichtet worden war.⁴⁵

Auf italienischer Seite spielte das „Ufficio per le zone di confine“ (dt.: Grenzzonenamt) eine wichtige Rolle.⁴⁶ Als Institution mit dem Auftrag der „difesa dell’italianità“⁴⁷ mischte es sich immer wieder in Rückoptionsangelegenheiten ein. Es gab aber auf italienischer Seite nicht nur Institutionen, die den Rückoptant*innen eher feindlich gesinnt waren, sondern auch solche, die humanitäre Hilfe leisteten. Zu letzteren ist etwa die „Amministrazione per gli Aiuti Internazionali“ (kurz: AAI, dt.: Verwaltungseinheit für internationale

39 Gesamtverband der Südtiroler in Österreich, 50 Jahre Verband der Südtiroler, S. 9–10; Lechner, Zwischen den Landesteilen, S. 290.

40 1875–1970, geboren in Leitmeritz an der Elbe, Studium der Rechtswissenschaften in Innsbruck, Rechtsanwaltskanzlei in Bozen und Innsbruck, Landesobmann des Verbandes der Südtiroler in Tirol, Gründungsmitglied des GVS und dessen Präsident bis 1970: Gesamtverband der Südtiroler in Österreich, 50 Jahre Verband der Südtiroler, S. 107.

41 Ebd., S. 9; Lechner, Zwischen den Landesteilen, S. 290–291.

42 Gegr. Mai 1945 bei der Landeshauptmannschaft in Innsbruck, Tätigkeit: Bearbeitung der Südtirolfrage, illegale und legale Rückoption; Lechner, Zwischen den Landesteilen, S. 281, 290.

43 Gegr. 1946 beim Amt der Tiroler Landesregierung, zur Regelung des Optionsrevisionsabkommens, Beschaffung von Reisedokumenten, finanzielle Beihilfen an Rückoptant*innen; Gesamtverband der Südtiroler in Österreich, 50 Jahre Verband der Südtiroler, S. 26; Lechner/Alexander, Die Rücksiedlung, S. 252–253.

44 Lechner, Alles retour, S. 79.

45 Rundschreiben des Südtiroler-Büros in München an alle in Bayern wohnhaften Südtiroler, Juni 1948. SLA, SVP-LL, Bestellnr. 419.

46 Andrea Di Michele, L’Italia e il governo delle frontiere (1918–1955). Per una storia dell’Ufficio per le zone di confine, in: Diego D’Amelio u. a. (Hrsg.), La difesa dell’italianità. L’Ufficio per le zone di confine a Bolzano, Trento e Trieste (1945–1954), Bologna 2015, S. 25–72, hier S. 26, 39–40.

47 Dt.: Verteidigung der Italianität; gemeint ist hiermit die Erhaltung des status quo (Südtirol als Teil Italiens) durch die Sicherung der Brennergrenze und die Unterstützung der italienischsprachigen Bewohner*innen dieses Gebiets; Ebd., S. 39–40.

Hilfsleistungen) zu zählen.⁴⁸ In einem Tätigkeitsbericht des Amtes für Rück siedlungshilfe aus dem Jahr 1952 scheint diese Hilfsorganisation im Notabene auf:

„Mit zusätzlichen von der Amministrazione Aiuti Internazionali (ex. U.N.R.R.A.) zur Verfügung gestellten Lebensmitteln (insgesamt 6.497 kg) wurden ausserdem [sic!] Ausspeisungen an bedürftige Rück siedlerkinder (Ferienkolonien und Nachschulausspeisungen) durchgeführt. 35.000 Essen wurden verabreicht.“⁴⁹

Dass eine italienische Hilfsorganisation, die unter Aufsicht der Regierung stand, Südtiroler Rückoptant*innen unterstützte, ist überraschend, wenn die Tatsache berücksichtigt wird, dass Italien nicht bereit war, Beihilfen oder finanzielle Unterstützungen für das Amt für Rück siedlungshilfe bereitzustellen.⁵⁰

Bei rechtlichen Fragen konnten sich Rückoptant*innen an die „Rechtshilfestelle für Optanten“ in Klausen wenden. Diese arbeitete ehrenamtlich und informierte laufend über Ergänzungen des Optantendekrets.⁵¹ Ob es sich dabei um eine Art Vorgängerorganisation zum Amt für Rück siedlungshilfe handelte, ging aus dem untersuchten Quellenmaterial nicht hervor. Mit staatsbürgerschaftlichen Fragen befasste sich eine gemischtsprachige Kommission in Bozen, die die Anträge der Rückoptant*innen auf Wiederverleihung der italienischen Staatsbürgerschaft prüfte.⁵² Ein breites Unterstützungsangebot stellte auch die katholische Kirche und deren Hilfsorganisationen wie die Pfarrcaritas oder das Päpstliche Hilfswerk der Diözese Trient und Brixen auf.⁵³ Der auf katholischen Werten bauende Vinzenzverein organisierte zudem Lebensmittel- und Kleidungsspenden für bedürftige Rückoptant*innen im Ausland, die von Südtirol aus an ihren Bestimmungsort geschickt wurden.⁵⁴

3. Gründung des „Amtes für Rück siedlungshilfe an Optanten“ in Bozen

3.1 Die Einrichtung des Amtes

Am 27. April 1949 wurde auf Initiative der SVP in einer Sitzung des Regionalausschusses entschieden, dass ein Fürsorgeamt, das spätere „Amt für Rück siedlungshilfe“, zur Betreuung von Rückoptant*innen in der Landeshauptstadt Bozen eingerichtet werden sollte.⁵⁵ Dieses Amt unterstand dem Landesausschuss der Provinz Bozen, der mit der

48 Aus der ital. Delegation für die Beziehungen zur „United Nations Relief and Rehabilitation Administration“ (UNRRA) hervorgegangen, ab 1947 autonome soziale Hilfsorganisation: Silvia Inaudi, Welfare und Ernährungssicherheit. Die Unterstützungsprogramme der Amministrazione per gli aiuti internazionali (Aai) von der Nachkriegszeit bis in die 60er Jahre, in: *Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken* 97 (2017), Heft 1, S. 63–80, hier S. 64–66, <https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/qufiab-2017-0006/html>, eingesehen 12.8.2022.

49 Rück siedlungshilfe, Tätigkeit des Landesausschusses Bozen – Amt für Rück siedlungshilfe an Optanten, 1.6.1949–31.12.1952, S. 1–5, hier S. 4. SLA, SVP-LL, Bestellnr. 1477.

50 Inaudi, Welfare, S. 64; Lechner, Rückoption, S. 376.

51 Brief vom Sekretariat der Rechtshilfestelle für Optanten, 18.12.1947. SLA, SVP-LL, Bestellnr. 1054.

52 Lechner, Rückoption, S. 283–284.

53 o. A., Die Rückwanderung der Südtiroler, in: *Verbandsmitteilungen für die Südtiroler in Österreich und Deutschland* vom 31.7.1949, 3. Jg., Nr. 54, S. 2–3; o. A., Rück siedlerarbeit in Meran, in: *Verbandsmitteilungen für die Südtiroler in Österreich und Deutschland* vom 20.12.1950, 4. Jg., Nr. 87, S. 2.

54 Stecher, Die unerwünschten Heimkehrer, S. 83; Lechner/Alexander, Die Rück siedlung, S. 182.

55 Lechner, Rückoption, S. 374; Stecher, Die Rück siedlung, S. 78.

Durchführung der schrittweisen Rückkehr der Optant*innen beauftragt worden war.⁵⁶ Die enge Bindung des Amtes an die Südtiroler Landespolitik bzw. an die Parteipolitik der SVP zeigt sich u. a. dadurch, dass es zuerst im Landhaus in Bozen untergebracht war.⁵⁷ Später siedelte es aus Platzgründen ins Hotel Riesen, danach in die im Bozner Zentrum liegende Postgasse Nr. 10 bis 1953/54 bzw. Nr. 16 ab 1954.⁵⁸ Der SVP bzw. dem Amt für Rücksiedlungshilfe war an einer geordneten Rückkehr der Optant*innen gelegen, weil sie fürchteten, eine unkontrollierte Zuwanderung werde nicht nur die sozioökonomische Lage in Südtirol (knapper Wohnungs- und Arbeitsmarkt), sondern auch ethnische Konflikte mit der italienischen Sprachgruppe verschärfen.⁵⁹ Das Amt für Rücksiedlungshilfe sollte als eine Art Kontrollinstanz für die geordnete Rückkehr dienen. Indem es versuchte auf die ungeklärten Fragen des Optionsrevisionsabkommens Antworten zu geben und Unsicherheiten bei den Rückoptant*innen im Ausland abzubauen, strebte das Amt danach, so viele Optant*innen wie möglich zur Rückkehr nach Südtirol zu bewegen.

Mit dem ersten Rücksiedlertransport, der am 10. Juni 1946 den Bozner Bahnhof erreichte, begann offiziell die legale Rücksiedlung, mit der das Amt seine Arbeit aufnahm.⁶⁰ Da zwischen dem Regionalratsbeschluss und dem effektiven Arbeitsbeginn nur wenige Wochen lagen, konnte eine genaue Planung von langfristigen Hilfsmaßnahmen für die Rückoptant*innen nicht ausreichend erfolgen.⁶¹ Der Arbeitsfokus wurde daher zu Beginn auf Nothilfe beschränkt.⁶² Das Amt war in verschiedene Referate unterteilt: „Baufach“, „allgemeine Betreuung“, „Spedition“, „Rechtsberatung“ und „soziale Fürsorge“.⁶³ Die Öffentlichkeitsarbeit bildete einen weiteren Eckpfeiler in der Arbeit des Amtes.⁶⁴

Der Arbeitserfolg dieses Fürsorgeamtes hing eng mit dessen finanziellen Möglichkeiten zusammen: Finanziert wurde die Arbeit des Amtes zur Gänze von der Provinz Bozen und der Region Trentino-Tiroler Etschland, wobei die Region ein Drittel, die Provinz zwei Drittel des Budgets beisteuerte.⁶⁵ Die Republik Italien unterstützte das Amt für Rücksiedlungshilfe nicht mit finanziellen Mitteln.⁶⁶ Obgleich ab 1951 mehr regionale bzw. provinzielle Geldmittel für das Amt zur Verfügung standen, waren es dennoch zu wenig, vor allem in den ersten, rücksiedlungsstarken Jahren 1949 und 1950.⁶⁷ Das Amt für Rücksiedlungshilfe in Bozen arbeitete von Juni 1949 bis 1957 relativ autonom, aber immer noch eng an die Südtiroler Landesregierung bzw. an die Politik der SVP gebunden, bis schließlich dessen Aufgaben ab 1957 auf die Assessorate der Landes-

56 Lechner, Rückoption, S. 374; ders., *Alles retour*, S. 84–85.

57 Lechner/Alexander, *Die Rücksiedlung*, S. 251.

58 Lechner, Rückoption, S. 374; Brief von Wilfried Plangger an das Sekretariat der Abgeordneten, 3.7.1953. SLA, SVP-LL, Bestellnr. 17; Brief von Rudi Schlesinger (GVS) an das Rücksiedlungsamt für Optanten, 19.11.1954. SLA, SVP-LL, Bestellnr. 1259.

59 Lechner, *Alles retour*, S. 85.

60 Lechner, Rückoption, S. 373.

61 Stecher, *Die Rücksiedlung*, S. 78.

62 Lechner, *Auf der Suche*, S. 80; Lechner/Alexander, *Die Rücksiedlung*, S. 250.

63 Lechner, Rückoption, S. 375.

64 Stecher, *Die Rücksiedlung*, S. 79, 119.

65 Ebd., S. 79; Lechner, Rückoption, S. 376; ders., *Alles retour*, S. 84.

66 Lechner, Rückoption, S. 376.

67 Lechner, *Alles retour*, S. 84.

regierung aufgeteilt und somit das Amt aufgelöst wurde.⁶⁸ Hinweise auf eine offizielle Schließung ließen sich in den Zeitungsberichten der „Dolomiten“ oder der „Südtiroler Heimat“ aus diesem Jahr nicht finden.

3.2 Pressestimmen zur Errichtung des Amtes

Die Errichtung des Amtes für Rücksiedlungshilfe im Jahr 1949 in Bozen war immer wieder Thema in der lokalen deutschsprachigen und italienischen Presse. Die Tageszeitung „Dolomiten“, ein Medium des Athesia-Verlags, entwickelte sich in der Nachkriegszeit zur auflagenstärksten Informationsquelle der meisten deutschsprachigen Südtiroler*innen.⁶⁹ Diese Zeitung übte meinungsbildenden Einfluss auf die Südtiroler Bevölkerung aus.⁷⁰ Angesichts der sich in den 1950er-Jahren verschärfenden Konflikte mit der italienischen Sprachgruppe sowie im Zusammenhang mit der Rückoption beschreibt Leo Hillebrand die Medienlandschaft Südtirols als „Schauplatz der Auseinandersetzungen um und in Südtirol“⁷¹.

Rund einen Monat nach der Ankunft des ersten Rücksiedlungstransports in Bozen erschien in der Zeitung „Dolomiten“ unter der neu gegründeten Rubrik für Rücksiedlungsangelegenheiten „Die Heimat ruft“ ein Artikel über das Rücksiedlungsamt, der ein Interview mit dessen Leiter, Dr. Wilfried Plangger beinhaltete.⁷² Dieser appelliert darin eindringlich an die Südtiroler Bevölkerung, sich mit den Rückoptant*innen solidarisch zu zeigen.⁷³ Die italienische Lokal- und Nationalpresse sah die Rücksiedlungshilfe hingegen etwas skeptischer. Zwar waren viele in Südtirol lebende Italiener*innen wenig über die Option informiert, umso stärker wurde aber die Rückoption und damit die mögliche zahlenmäßige Stärkung der deutschen Sprachgruppe als Bedrohung für die „italianità“ angesehen.⁷⁴ Der starke Migrationsdruck, den die Landeshauptstadt Bozen zwischen 1947 und 1948 erlebte (insbesondere durch italienische zuwandernde Personen aus südlichen Provinzen sowie Flüchtlinge aus Dalmatien und Istrien), führte zu Wohnungsnot und Arbeitsplatzmangel.⁷⁵ Mit der Rückkehr der Rückoptant*innen verstärkten sich bei beiden Sprachgruppen Ängste vor sozialen und ethnischen Konflikten.⁷⁶ Ausdruck der Skepsis gegenüber der Arbeit des Amtes für Rücksiedlungshilfe findet sich z. B. in einem Artikel aus dem „Corriere della Sera“ vom 28. Juli 1949, in welchem das Amt für Rücksiedlungshilfe als geheim arbeitende Organisation dargestellt wird, die sich der Probleme der arbeitslosen Italiener*innen in Südtirol keineswegs annehme.⁷⁷

68 Lechner/Alexander, Die Rücksiedlung, S. 251.

69 Hillebrand, Neue Freiheit – alte Fronten, S. 237, 240; Carlo Romeo, Strategie e forme per la „propaganda di italianità“ nell’Alto Adige del dopoguerra, in: Diego D’Amelio/Andrea Di Michele u. a. (Hrsg.), La difesa dell’italianità. L’Ufficio per le zone di confine a Bolzano, Trento e Trieste (1945–1954), Bologna 2015, S. 231–254, hier S. 233–234.

70 Hillebrand, Neue Freiheit, S. 239–240.

71 Ebd., S. 237.

72 o. A., Im Amt für Rückwanderungshilfe an Optanten. Gespräch mit seinem Leiter Wilfried Plangger, in: *Dolomiten*, vom 6.7.1949, 26. Jg., Nr. 152, S. 3.

73 Ebd., S. 3.

74 Mezzalira, Bedrohung, S. 157.

75 Angela Mura, Bolzano 1945–1948, in: Giorgio Mezzalira/Fabrizio Miori u. a. (Hrsg.), Dalla liberazione alla ricostruzione. Alto Adige/Südtirol 1945–1948, Bolzano 2013, S. 179–210, hier S. 189.

76 Mezzalira, Bedrohung, S. 162.

77 Unterlagensammlung Nr. 19 (Teil II), Südtirol im Jahre 1949, herausgegeben in Innsbruck im April 1950, S. 131.

Bei aller Kritik von italienischer Seite – es gab auch positive italienische Stimmen zur Rückkehr der Rückoptant*innen. Das Regierungskommissariat für die Region Trentino-Tiroler Etschland wies das italienische Innenministerium und das Grenzzonenamt in einem Schreiben vom 20. Juli 1949 auf einen interessanten Zeitungsartikel hin, der sich im Anhang des Briefs in Abschrift befindet.⁷⁸ Am 15. Juli 1949 wurde im „Corriere Tridentino“ nämlich ein Bericht eines gewissen Herrn B. Tröbinger aus Attnang abgedruckt, in dem jener behauptet, dass zahlreiche Rückoptant*innen unzufrieden mit der SVP-Rückoptionspolitik seien.⁷⁹ Das Regierungskommissariat der Region Trentino-Tiroler Etschland zeigt sich erfreut über eine mögliche Zusammenarbeit, um dadurch der SVP etwas entgegensetzen zu können.⁸⁰ Dieser Artikel mitsamt Kommentar beweist, dass den italienischen Stellen in Südtirol zur Verfolgung von eigenen Zwecken die Rückkehr der Rückoptant*innen bis zu einem gewissen Grad entgegen kam.

4. Mitarbeiter*innen des „Amtes für Rücksiedlungshilfe an Optanten“

4.1 Das Amt für Rücksiedlungshilfe als „langer Arm“ der SVP

Dass der SVP die Rückkehr von möglichst vielen Rückoptant*innen besonders am Herzen lag, erklärt sich aus den politischen Umständen nach Kriegsende 1945 und aus dem Selbstverständnis der Partei. Diese wollte die deutsche Sprachgruppe zahlenmäßig stärken, um politisches und kulturelles Gewicht gegenüber Italien aufzubauen.⁸¹ Zugleich verstand sich die SVP als ausgleichende Einheitspartei, die alle politischen Kräfte bündeln wollte, um an der Selbstbestimmung Südtirols bzw. an einer Autonomie zu arbeiten.⁸² Dass dabei die nationalsozialistische Vergangenheit einiger Parteimitglieder in den Hintergrund gerückt wurde, um ein harmonisches Miteinander zwischen ehemaligen Optant*innen und Dableiber*innen zu konstruieren, wurde aus politischen Überlegungen in Kauf genommen.⁸³ Nach außen hin gelang es der SVP, Einigkeit und Entschlossenheit zu vermitteln, was auf lange Sicht erfolgreich war und dazu führte, dass die Partei nicht an inneren Machtkämpfen zerbrach sowie als konstant agierende

78 Brief vom Regierungskommissariat für die Region Trentino-Tiroler Etschland an das Grenzzonenamt und das italienische Innenministerium, 20.7.1949. AGPCM-Ucz-SEZ III b. 19 fasc. 62.2.2.

79 B. Tröbinger, I sudtirolesi che rientrano sono poco entusiasti della Volkspartei, in: *Corriere Tridentino*, 15.7.1949, S. 1–2, in Abschrift als Anhang des Briefes vom Regierungskommissariat für die Region Trentino-Tiroler Etschland an das Grenzzonenamt und das italienische Innenministerium, 20.7.1949. AGPCM-Ucz-SEZ III b. 19 fasc. 62.2.2.

80 Brief vom Regierungskommissariat für die Region Trentino-Tiroler Etschland an das Grenzzonenamt und das italienische Innenministerium, 20.7.1949. AGPCM-Ucz-SEZ III b. 19 fasc. 62.2.2, ita.: [...] allo scopo di inserire nel quadro altoatesino un elemento di equilibrio che, per il solo fatto di dissentire dalla S.V.P., non potrebbe che favorire la migliore intesa del gruppo etnico altoatesino con quello italiano.

81 Mezzalana, Bedrohung, S. 161; Lechner, Eine rasche und trotzdem verspätete Lösung, S. 330; ders., Rückoption und Rücksiedlung nach Südtirol, S. 372.

82 Günther Pallaver, Das Erbe der Option, in: Ulrike Kindl/Fabrizio Miori u. a. (Hrsg.), *Le opzioni rilette. Die mitgelesenen Briefe*, Bozen 2014, S. 89–96, hier S. 90, 93; Veronika Mittermair, Bruchlose Karrieren? Zum Werdegang der Südtiroler Politikerschicht bis zur „Stunde Null“, in: Hans Heiss/Gustav Pfeiffer (Hrsg.), *Südtirol – Stunde Null? Kriegsende 1945–1946* (Veröffentlichungen des Südtiroler Landesarchivs/Pubblicazioni dell'Archivio della Provincia di Bolzano 10), Innsbruck 2000, S. 169–202, hier S. 196.

83 Pallaver, *Das Erbe der Option*, S. 90, 93; Mittermair, *Bruchlose Karrieren?*, S. 169; Johanna Raifer, *Die Anfänger der Südtiroler Volkspartei. Absolution der NS-Vergangenheit und politische Kontinuität*, in: Günther Pallaver/Leopold Steuer u. a. (Hrsg.), *Einmal Option und zurück. Die Folgen der Aus- und Rückwanderung für Südtirols Nachkriegsentwicklung*, Bozen 2019, S. 185–230, hier S. 191; dies., *Die Anfänge der Südtiroler Volkspartei. Elitenkontinuität in Südtirol*, Dipl. Innsbruck 2013, S. 70.

Regionalpartei mit Vertretung in der Abgeordnetenversammlung und im Senat in Rom eine Autonomie für Südtirol einfordern konnte, die bis heute in ihren Grundzügen besteht.⁸⁴

Aus dem Schriftverkehr des Amtes geht deutlich hervor, dass es engen Kontakt zur Partei hatte: Der Leiter des Amtes, Wilfried Plangger, wandte sich bei Einzelanfragen von Rückoptant*innen oft an die Abgeordneten der SVP mit der Bitte um Intervention bei den zuständigen Behörden in Rom.⁸⁵ Es gab aber auch den umgekehrten Weg, indem die SVP Zuschriften von Rückoptant*innen erhielt und diese an das Amt für Rücksiedlungshilfe weiterleitete. Der damalige Obmann der SVP, Dr. Otto Guggenberg⁸⁶, forderte Plangger beispielsweise dazu auf, sich mit einer Rückoptantin, die der SVP geschrieben hatte, persönlich in Verbindung zu setzen.⁸⁷ Regelmäßig informierte Plangger die SVP über die zu erwartenden Rücksiedlertransporte aus Österreich und Deutschland, indem er die genauen Listen der mitreisenden Personen und ihre zukünftigen Wohnorte, die das Amt wiederum vom GVS erhalten hatte, weiterleitete.⁸⁸

4.2 *Der erste Leiter des Amtes für Rücksiedlungshilfe: Wilfried Plangger*

Der erste Leiter des Amtes für Rücksiedlungshilfe war der bereits mehrfach erwähnte Wilfried Plangger, der bis kurz vor seiner Einstellung Landessekretär der SVP war.⁸⁹ Er wurde am 2. September 1911 in Bozen geboren und war, bis auf einen Aufenthalt in Berlin während des Zweiten Weltkrieges von 1941 bis Anfang 1945, in seiner Geburtsstadt wohnhaft.⁹⁰ Von November 1933 bis August 1935 war er beim italienischen Militär im Bereich der Luftfahrt als „sottotenente“ (zweiter Leutnant) tätig.⁹¹ Nach seiner Zeit beim Militär schloss Plangger das Studium der Wirtschaftswissenschaften und Buchhaltung ab und sammelte bis Juli 1939 Arbeitserfahrungen bei der Exportfirma Cadsky.⁹²

Im Oktober desselben Jahres beeinflusste die internationale Politik das Leben Planggers: Die Richtlinien für die Optionserklärung wurden veröffentlicht und damit begann eine von Leid und Unsicherheit geprägte Zeit für die Südtiroler*innen, die sich bis 31. Dezember 1939 für die Auswanderung ins Dritte Reich oder für den Verbleib in Italien

84 Günther Pallaver, *The Südtiroler Volkspartei*, in: Anwen Elias/Filippo Tronconi (Hrsg.), *From Protest to Power. Autonomist Parties and the Challenges of Representation* (Studien zur politischen Wirklichkeit 26), Wien 2011, S. 171–193, hier S. 171, 190–191.

85 Z. B. Promemoria vom Amt für Rücksiedlungshilfe an Optanten an Ivo Perathoner, 21.9.1954. SLA, SVP-LL, Bestellnr. 1259.

86 1887–1971, Obmann der SVP in den frühen 1950er-Jahren, danach Generalsekretär der SVP und Kammerabgeordneter in Rom, in: Raifer, *Die Anfänge der Südtiroler Volkspartei. Elitenkontinuität*, S. 79, 141.

87 Brief von Otto Guggenberg (SVP) an das Amt für Rücksiedlungshilfe, z. H. Wilfried Plangger, 20.10.1952. SLA, SVP-LL, Bestellnr. 17.

88 Brief vom Amt für Rücksiedlungshilfe an Optanten (Wilfried Plangger) an die Landesleitung der SVP, 25.2.1950. SLA, SVP-LL, Bestellnr. 17; Lechner, *Rückoption*, S. 373.

89 Brief des Regierungskommissariats für die Region Trentino-Tiroler Etschland an das Grenzzonenamt, 4.10.1949, S. 1–2. ACS-PCM-Gab.-1948-1950-fasc. 36435/704.

90 Ebd., S. 2.

91 Ebd., S. 1; Notiz o. A., 23.7.1949, S. 1–2, hier S. 1. ACS-PCM-Gab.-1948-1950-fasc. 36435/704.

92 Brief des Regierungskommissariats für die Region Trentino-Tiroler Etschland an das Grenzzonenamt, 4.10.1949, S. 2. ACS-PCM-Gab.-1948-1950-fasc. 36435/704.

entscheiden mussten.⁹³ Plangger optierte für das Dritte Reich, wanderte jedoch nicht aus und fand eine Anstellung bei der „Arbeitsgemeinschaft der Optanten“ (ADO), die im Januar 1940 von der Organisation „Völkischer Kampfing Südtirols“ (VKS) ins Leben gerufen wurde, um die Aussiedelung der Südtiroler Optant*innen zu organisieren.⁹⁴ In der ADO war Plangger im Finanzbereich und in der Verwaltung tätig.⁹⁵ Die Erfahrungen, die er dort machte, sollten nach dem Krieg bedeutend sein, um die Rückoption zu organisieren. Tatsächlich lassen sich viele Ähnlichkeiten zwischen dem organisatorischen Vorgehen bei der Option und der Arbeitsweise des Amtes für Rücksiedlungshilfe feststellen, die möglicherweise von Planggers Zeit bei der ADO inspiriert sind.

Nach der Rückkehr aus Berlin Anfang 1945 war Plangger beim Verwaltungsbüro der Alliierten Militärregierung („Ufficio Amministrazione Militare Alleata“) in Bozen als Dolmetscher tätig und nach dessen Auflösung bei der „Unione Provinciale Frutta“ (einer Art Obstbaugenossenschaft) angestellt.⁹⁶ Danach schien die SVP seine Fähigkeiten und Erfahrungen im Verwaltungsbereich erkannt zu haben, da sie ihn als Landessekretär und ab Mai 1949 als Leiter des Amtes für Rücksiedlungshilfe an Optanten in Bozen beschäftigte.⁹⁷

Vielleicht hatte sich die SVP deshalb für Plangger entschieden, weil er aus persönlicher Erfahrung die Situation der Rückoptant*innen nachvollziehen konnte: Plangger war nämlich ein nicht abgewanderter, aber vom Dritten Reich eingebürgerter Optant, dem die italienische Staatsbürgerschaft am 12. Oktober 1948 wiederverliehen worden war.⁹⁸ Bemerkenswert ist die Wiederverleihung der italienischen Staatsbürgerschaft an Planggers, weil eigentlich all jene, die in einer NS-Umsiedlungsbehörde tätig gewesen waren (also auch bei der ADO) und dort hohe Positionen innehatten, von der italienischen Staatsbürgerschaft ausgeschlossen worden waren.⁹⁹ Warum Plangger die italienische Staatsbürgerschaft trotzdem verliehen wurde, bleibt unklar. Hierzu wäre das Auffinden entsprechender Akten nötig.

Im Brief des Regierungskommissariats an das Grenzzonenamt vom 4. Oktober 1949 wird Plangger charakterisiert: Er wird als sorgfältig, eifrig und sehr überzeugt von der Wichtigkeit seiner Arbeit beschrieben, bei der er sich nicht davor scheue, direkten Kontakt mit den zuständigen italienischen Behörden zu suchen.¹⁰⁰ In einer Notiz vom 23. Juli 1949 wird Plangger hingegen mit schärferen Worten als „Extremist der SVP“¹⁰¹ mit

93 Leopold Steurer, Der Optionsverlauf in Südtirol, in: Klaus Eisterer/Rolf Steininger (Hrsg.), Die Option. Südtirol zwischen Faschismus und Nationalsozialismus (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 5), Innsbruck 1989, S. 209–225, hier S. 219.

94 Ebd., S. 210; Notiz o. A., 23.7.1949, S. 1. ACS-PCM-Gab.-1948-1950-fasc. 36435/704; Steininger, Südtirol, S. 102; ders., Südtirol im 20. Jahrhundert, S. 180.

95 Brief des Regierungskommissariats für die Region Trentino-Tiroler Etschland an das Grenzzonenamt, 4.10.1949, S. 2. ACS-PCM-Gab.-1948-1950-fasc. 36435/704.

96 Notiz o. A., 23.7.1949, S. 1. ACS-PCM-Gab.-1948-1950-fasc. 36435/704.

97 Ebd., S. 2.

98 Brief des Regierungskommissariats für die Region Trentino-Tiroler Etschland an das Grenzzonenamt, 4.10.1949, S. 2. ACS-PCM-Gab.-1948-1950-fasc. 36435/704.

99 Lechner, Zwischen den Landesteilen, S. 287.

100 Brief des Regierungskommissariats für die Region Trentino-Tiroler Etschland an das Grenzzonenamt, 4.10.1949, S. 1. ACS-PCM-Gab.-1948-1950-fasc. 36435/704.

101 Original: „estremista del S.V.P.“; in: Notiz o. A., 23.7.1949, S. 1. ACS-PCM-Gab.-1948-1950-fasc. 36435/704.

antiitalienischer Haltung und als Verfechter der Selbstbestimmung Südtirols bezeichnet.¹⁰² Plangger blieb bis 1952 Leiter des Amtes für Rücksiedlungshilfe, bevor er im Dezember 1952 aufgrund von amtsinternen Spannungen seinen Rücktritt beantragte.¹⁰³ Im Interview mit Stefan Lechner erklärte Wilfried Plangger diesbezüglich, dass Dr. Anton Schatz, ein Mitglied des Rücksiedlungs-Hilfsausschusses in Brixen, ihn als Person und seine Arbeit im Amt für Rücksiedlungshilfe ungern gesehen hätte.¹⁰⁴ Lechner vermutet außerdem, dass die Übertragung der Rücksiedlungsbefugnisse an Anton Schatz in der Funktion als Ersatz-Landesrat Planggers Entscheidung zum Rücktritt beschleunigt haben könnten.¹⁰⁵ Danach arbeitete Plangger aber noch im Amt für Rücksiedlungshilfe, bis es ab 1957 dem Landesreferenten für Rücksiedlungsfragen, Dr. Alfons Benedikter¹⁰⁶, unterstellt und die einzelnen Referate den entsprechenden Assessoraten der Landesregierung zugeteilt wurden.¹⁰⁷ Im selben Jahr beendete Plangger endgültig seine Arbeit beim Amt für Rücksiedlungshilfe.¹⁰⁸

4.3 *Die Mitarbeiter*innen des Amtes und in den Rücksiedlungs-Hilfsausschüssen*

Stefan Lechner erwähnt, dass im Amt für Rücksiedlungshilfe in Bozen maximal 18 bis 25 Mitarbeiter*innen tätig waren.¹⁰⁹ Verglichen mit der Mitarbeiterzahl der deutschen Umsiedlungsstellen zur Optionszeit (577 Beschäftigte im Jahr 1940) werde der Mitarbeiterengpass des Amtes für Rücksiedlungshilfe deutlich, so Lechner weiter.¹¹⁰ Ein Verzeichnis der Mitarbeiter*innen des Amtes, das auf den 13. August 1951 datiert ist, zeigt folgendes Geschlechterverhältnis: Neben drei männlichen Beamten werden vier weibliche Angestellte¹¹¹ aufgelistet.¹¹² Auffallend ist, dass alle angeführten Mitarbeiter*innen wie Plangger in Bozen wohnhaft waren. Besonders interessant ist, dass eine weibliche Angestellte italienischer Muttersprache zu sein schien, denn neben ihrem italienischen Nachnamen (De Rosi) legt auch ihr Geburtsort Rocella Ionica (Region Kalabrien) diese Vermutung nahe. Alle anderen Angestellten schienen hingegen deutscher Muttersprache zu sein. Die Mitarbeit einer italienischsprachigen Angestellten erweist sich, ohne die genaueren Hintergründe ihrer Anstellung und Tätigkeit im Amt zu kennen, als Zeugnis dafür, dass ein friedliches Zusammenleben zwischen deutscher und italienischer Sprachgruppe in Südtirol bereits vor Erlass des Zweiten Autonomiestatuts durchaus möglich war. Allerdings werden im Mitarbeiter-Verzeichnis von 1951 keine genauen Angaben zu den Tätigkeiten der Angestellten gemacht. Plangger war es zudem

102 Notiz o. A, 23.7.1949, S. 1.

103 Lechner, *Alles retour*, S. 87.

104 Ebd.

105 Ebd.

106 1918–2010, Jurist und SVP-Politiker, Mitbegründer des Südtiroler Gewerkschaftsbund/Conferederazione italiana sindacati lavoratori (SGB/CISL), in: *Die Anfänge der Südtiroler Volkspartei. Elitenkontinuität*, S. 147.

107 Lechner/Alexander, *Die Rücksiedlung*, S. 251.

108 Ebd.

109 Lechner, *Rückoption*, S. 374; ders., *Alles retour*, S. 84.

110 Lechner, *Alles retour*, S. 84.

111 Aus den Quellen geht nicht eindeutig hervor, ob es sich bei den weiblichen Angestellten auch um Beamtinnen handelte, vermutlich waren sie in erster Linie als Sekretärinnen tätig.

112 Verzeichnis der Südtiroler Beamten und Angestellten des Rücksiedlungsamtes, 13.8.1951. SLA, SVP-LL, Bestellnr. 223.

ein Anliegen, vorwiegend Rückoptant*innen im Amt für Rücksiedlungshilfe in Bozen einzustellen.¹¹³ Als Beispiel sei etwa der ehemalige Obmann des Südtirolerverbands in Vorarlberg, Franz Kainberger, angeführt, der nach seiner Rücksiedlung als Sachbearbeiter für das Transportwesen im Amt für Rücksiedlungshilfe in Bozen tätig war.¹¹⁴

In einem Brief der beiden GVS-Obmänner aus Österreich und Deutschland an den Präsidenten des Landesausschusses, Karl Erckert, vom 25. April 1949 bitten sie ihn darum, in der zu errichtenden Rücksiedlungsstelle „geeignete, mit den Nöten und Bedürfnissen der Abgewanderten sowie mit den Verhältnissen in Österreich vertraute Rücksiedler in maßgeblicher Stellung“¹¹⁵ zu beschäftigen. Auch Südtiroler Rückoptant*innen aus Deutschland sollten im Amt für Rücksiedlungshilfe einen Arbeitsplatz finden.¹¹⁶

Was die Rücksiedlungs-Hilfsausschüsse auf Gemeindeebene betrifft, so lässt sich eine Art „Muster-Zusammensetzung“ dieser Ausschüsse feststellen: Meistens hatte der Bürgermeister den Vorsitz inne; als Mitglieder folgten Gemeinderäte, Vertreter*innen von verschiedenen Berufsgruppen (z. B. Landwirtschaft, Kaufmannschaften, Rechtsanwaltsvertretung etc.), der Ortspfarrer oder Dekan sowie Bürger*innen der Gemeinde.¹¹⁷ Lechner geht davon aus, dass die meisten Mitglieder der Hilfsausschüsse Dableiber*innen waren.¹¹⁸ Es gibt aber vereinzelte Hinweise darauf, dass auch Rückoptant*innen Mitglieder wurden, z. B. im Rücksiedlungsausschuss Meran, wo u. a. drei Frauen namentlich genannt werden.¹¹⁹

5. Tätigkeiten und Wirkung des „Amtes für Rücksiedlungshilfe an Optanten“

5.1 Referat für allgemeine Betreuung

Die Tätigkeit dieses Referats lässt sich unter drei Schlagworten zusammenfassen: „praktische Betreuung“, „Informationsmanagement“ und „Freizeitbetreuung“. Das erste dieser Aufgabenfelder beinhaltet Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für Rückoptant*innen, die Bearbeitung von persönlichen Anfragen von Rückoptant*innen sowie die Organisation des Empfangs der Rücksiedlertransporte. In den Bereich „Informationsmanagement“ fällt das Erfassen der Rückoptant*innen durch Karteikarten, das Einholen von

113 Lechner/Alexander, Die Rücksiedlung, S. 251.

114 o. A., Das Rücksiedlungsamt in Bozen, in: *Verbandsmitteilungen für die Südtiroler in Österreich und Deutschland* vom 1.2.1950, 4. Jg., Nr. 66, S. 2–3, hier S. 2.

115 Brief der GVS-Obmänner aus Österreich und Deutschland an den Präsidenten des Landesausschusses Karl Erckert, 25.4.1949. TLA, BBÄ-AdTLR (nach 1945)-Referat Südtirol-Karton 22-15/III U/g Teil I-II, Rücksiedlung.

116 Bericht von Guggenberg über die Südtiroler Rückwanderung, 21.4.1949, S. 1–2, hier S. 1. TLA, BBÄ-AdTLR (nach 1945)-Referat Südtirol-Karton 21-15/III U/f-Teil I-III, Durchführung des Optionsdekrets 1-3.

117 o. A., Der erste Rücksiedlungsausschuss in Lana, in: *Verbandsmitteilungen für die Südtiroler in Österreich und Deutschland* vom 30.9.1949, 3. Jg., Nr. 58, S. 3; o. A., Neue Rücksiedlungsausschüsse, in: *Verbandsmitteilungen für die Südtiroler in Österreich und Deutschland* vom 20.10.1949, 3. Jg., Nr. 59, S. 2; o. A., Rücksiedlungsausschuß in Meran, in: *Verbandsmitteilungen für die Südtiroler in Österreich und Deutschland* vom 15.11.1949, 3. Jg., Nr. 61, S. 3; o. A., Rücksiedlungsausschuß in Meran, in: *Verbandsmitteilungen für die Südtiroler in Österreich und Deutschland* vom 15.11.1949, 3. Jg., Nr. 61, S. 3; o. A., Rücksiedlungsausschüsse in Niederdorf und Welsberg, in: *Verbandsmitteilungen für die Südtiroler in Österreich und Deutschland* vom 2.12.1949, 3. Jg., Nr. 62, S. 4; Lechner, Rückoption, S. 375.

118 Lechner, Rückoption, S. 375.

119 o. A., Rücksiedlungsausschuß in Meran, in: *Verbandsmitteilungen für die Südtiroler in Österreich und Deutschland* vom 15.11.1949, 3. Jg., Nr. 61, S. 3.

Informationen bei den zuständigen Stellen sowie die Weiterleitung derselben an die Rückoptant*innen. Unter „Freizeitbetreuung“ fallen die Organisation von Weihnachtsfeiern in Rücksiedlerheimen sowie eine Ferienkolonie für Kinder.

Neben der Wohnungsbeschaffung war die Hilfe bei der Suche nach einer geeigneten Arbeitsstelle für Rückoptant*innen eine der zentralen Aufgaben des Amtes für Rücksiedlungshilfe, denn dadurch bot sich für die Rückoptant*innen eine langfristige Integrationschance.¹²⁰ Mit regelmäßig erscheinenden Stellenanzeigen in den „Verbandsmitteilungen“ bzw. in der „Südtiroler Heimat“ versuchte das Amt, den Rückoptant*innen die Arbeitssuche vom Ausland aus zu erleichtern. In den meisten Stellenanzeigen werden Personen für das Handwerk oder für „praktische“ Berufe wie Knechte, Mägde, Verkäufer*innen etc. gesucht.¹²¹ Auffallend häufig wird auch nach speziellen Fachkräften im technischen Bereich (z. B. Bauzeichner*innen) oder im Tertiärsektor (z. B. Bürokräft) gesucht.¹²² Oft wurden Arbeitsstelle und Wohnmöglichkeiten zusammen angeboten.¹²³ Laut Lechner fehlte es an staatlichen Arbeitsbeschaffungsprogrammen für Rückoptant*innen, wodurch die Maßnahmen des Amtes für Rücksiedlungshilfe nicht mehr als kleine Schritte in Richtung Integration der Rückoptant*innen darstellen konnten.¹²⁴

In den Bereich der „konkreten Betreuung“ fiel auch der Empfang der Rücksiedlertransporte an den Bahnhöfen Brenner und Bozen. Der GVS informierte das Amt für Rücksiedlungshilfe über die Herkunft und Anzahl der Personen, die per organisiertem Transport nach Südtirol zurückkehrten.¹²⁵ Sobald das Reisedatum und die Ankunftszeit in Bozen feststanden, informierte das Amt die SVP und bereitete sich auf die Ankunft der Rücksiedler*innen vor.¹²⁶ Am Brenner wurde das erste Mal auf Südtiroler Boden Halt gemacht: Die Mitarbeiter*innen der Außenstelle Brenner kümmerten sich um den Grenzübertritt der Rückoptant*innen.¹²⁷ Bei der Ankunft in Bozen wurden die Rückoptant*innen von Plangger sowie von einigen Vertreter*innen des Rücksiedlungsamtes und der SVP-Politiker sowie Angehörigen und einem Damenkomitee empfangen.¹²⁸ Dass der Empfang der ersten Rücksiedlertransporte so aufwändig gestaltet wurde, weist Parallelen zur Optionszeit auf, als die Optant*innen in ähnlicher Weise vor ihrer Abreise ins Dritte Reich verabschiedet wurden.¹²⁹ Weiters organisierte das Amt für

120 Stecher, Die Rücksiedlung, S. 119; Lechner, Rückoption, S. 377.

121 Z. B.: Stellenangebote des Amtes für Rücksiedlungshilfe in Bozen, in: *Verbandsmitteilungen für die Südtiroler in Österreich und Deutschland* vom 1.2.1950, 4. Jg., Nr. 66, S. 4.

122 Mitteilungen des Amtes für Rücksiedlungshilfe Bozen. Stellenangebote, in: *Südtiroler Heimat* vom 29.2.1952, 6. Jg., Nr. 104, S. 5–6.

123 Stellenangebote des Amtes für Rücksiedlungshilfe in Bozen, in: *Verbandsmitteilungen für die Südtiroler in Österreich und Deutschland* vom 1.2.1950, 4. Jg., Nr. 66, S. 4.

124 Lechner, Rückoption, S. 377.

125 Ebd., S. 373.

126 Ebd.

127 o. A., 74 Heimkehrer aus Deutschland, in: *Verbandsmitteilungen für die Südtiroler in Österreich und Deutschland* vom 18.3.1950, 4. Jg., Nr. 69, S. 2.

128 Ebd.; o. A., Rücksiedler aus Oberösterreich, in: *Verbandsmitteilungen für die Südtiroler in Österreich und Deutschland* vom 18.3.1950, 4. Jg., Nr. 69, S. 2.

129 Steuerer, Der Optionsverlauf, S. 220; Stecher, Die Rücksiedlung, S. 72.

Rüchsiedlungshilfe Ferienkolonien für Rückstiedlerkinder und kleine Weihnachtsfeiern in den Rückstiedlerheimen.¹³⁰

Als zentrale Südtiroler Beratungsstelle war das Amt mit zahlreichen Einzelfällen beschäftigt. Bei komplizierten, persönlichen Sachverhalten musste es sich bei den zuständigen Stellen informieren, wie etwa bei der „Banca d’Italia“-Zweigstelle in Bozen bezüglich der Bedingungen des Vermögensverkehrs zwischen Österreich und Italien.¹³¹ Dies war eine wichtige Angelegenheit, wie Plangger in einem Schreiben betonte, denn wohlhabende Rückoptant*innen würden bei günstigeren Transferbedingungen eher nach Südtirol zurückkehren, Betriebe errichten und somit den mittellosen Rückoptant*innen Arbeit verschaffen.¹³² Diese Strategie könnte auch als „Hilfe zur Selbsthilfe“ bezeichnet werden. Das Amt für Rückstiedlungshilfe legte auch eine eigene Kartei für Rückoptant*innen an, die im Zuge des ReMIGRA-Projekts digitalisiert wurde.¹³³

5.2 Referat für soziale Fürsorge

Da der Bereich soziale Fürsorge ebenfalls weit gefasst ist, fokussiert sich dieses Teilkapitel auf die Gewährung von finanziellen Beihilfen an Rückoptant*innen seitens des Amtes für Rückstiedlungshilfe und auf die Beratung in Pensionsangelegenheiten. Die finanzielle Unterstützung von Rückoptant*innen konnte ihre Integration erleichtern, weil sich dadurch ihr Armutsrisiko senkte. Finanzielle Beihilfen für Rückoptant*innen wurden sowohl vom österreichischen Staat als auch vom Amt für Rückstiedlungshilfe in Bozen vergeben.¹³⁴

In den ersten Jahren der legalen Rückstiedlung gewährte das Amt den Rückoptant*innen finanzielle Beihilfen in einer Höhe von insgesamt 46.941.355 Lire für verschiedenste Verwendungszwecke.¹³⁵ Die Beiträge konnten über das Amt für Rückstiedlungshilfe oder über Rückstiedlungs-Hilfsausschüsse beantragt werden. Besonders in den Jahren 1949 und 1950 schien die Beschaffung der finanziellen Beihilfen ein Problem gewesen zu sein, stellte doch die Provinz Bozen im Jahr 1949 dem Amt insgesamt dreißig Millionen Lire zur Verfügung. Erst ab dem Jahr 1950 kamen die Beiträge der Region Trentino-Tiroler Etschland dazu und das Budget des Amtes erhöhte sich.¹³⁶ Die unsichere Lage bei der Auszahlung von Pensionen an Rückoptant*innen führte dazu, dass viele Anfragen an das Amt für Rückstiedlungshilfe gerichtet wurden. Der GVS und die SVP leiteten z. B.

130 o. A., Weihnachten im Rückstiedlerheim Bozen, in: *Verbandsmitteilungen für die Südtiroler in Österreich und Deutschland* vom 2.1.1951, 5. Jg., Nr. 88, S. 4; Rückstiedlungshilfe, Tätigkeit des Landesausschusses Bozen – Amt für Rückstiedlungshilfe an Optanten, 1.6.1949–31.12.1952, S. 1–5, hier S. 1. SLA, SVP-LL, Bestellnr. 1477.

131 Brief von Herrn Marincovich (Direktor der Banca d’Italia-Zweigstelle Bozen) an das Amt für Rückstiedlungshilfe an Optanten in Bozen, 4.9.1954. SLA, SVP-LL, Bestellnr. 1259.

132 Brief von Wilfried Plangger an das Sekretariat der Abgeordneten, 3.7.1953. SLA, SVP-LL, Bestellnr. 17.

133 Memoriale von Wilfried Plangger betreffend der Finanzierung einer Rückwanderungsstelle in Südtirol, 31.8.1948, S. 1–2, hier S. 1. SLA, SVP-LL, Bestellnr. 17.

134 Lechner, *Alles retour*, S. 86.

135 Rückstiedlungshilfe, Tätigkeit des Landesausschusses Bozen – Amt für Rückstiedlungshilfe an Optanten, 1.6.1949–31.12.1952, S. 1–5, hier S. 1, 3. SLA, SVP-LL, Bestellnr. 1477.

136 Ebd., S. 5.

Einzelanfragen von Rückoptant*innen weiter an das Amt für Rücksiedlungshilfe mit der Bitte um Einholung von Informationen bei den zuständigen italienischen Stellen.¹³⁷

5.3 Referat für Rechtsberatung

Das Amt für Rücksiedlungshilfe versuchte auch beim Wiedererwerb der italienischen Staatsbürgerschaft behilflich zu sein.¹³⁸ Dafür arbeitete es eng mit der Optionsrevisions-Kommission in Bozen zusammen. Das Amt teilte der Kommission mit, wenn Rückoptant*innen Arbeit und Wohnung in Südtirol hatten, sodass deren Gesuche schneller bearbeitet wurden.¹³⁹ Diese Umgehung einer langen Wartezeit sollte als Anreiz für die endgültige Rückkehr nach Südtirol dienen. Der Besitz der italienischen Staatsbürgerschaft erleichterte zudem den Zugang zu Arbeit und Wohnung in Südtirol. Auch bei der Familienzusammenführung spielte das Referat für Rechtsberatung eine zentrale Rolle: Die Option hatte zu Familientrennungen geführt und das Amt unterstützte den im Ausland lebenden Teil der Familie bei der schnellen Erlangung der italienischen Staatsbürgerschaft.¹⁴⁰

5.4 Referat für Baufach

Die wohl dringendste Aufgabe des Amtes schien die Beschaffung von Wohnraum für Rückoptant*innen gewesen zu sein, denn hierzu ist das Quellenmaterial am umfangreichsten. Von den rund 20.000 Rückoptant*innen fanden circa drei Viertel bei Verwandten und Bekannten Unterkunft, während ein Viertel auf die Unterstützung des Amtes für Rücksiedlungshilfe angewiesen war, das zunächst sogenannte „Durchgangsheime“ errichtete.¹⁴¹ In einem Aktenvermerk vom 8. August 1950 wird Folgendes mitgeteilt:

„Nach langwierigen Verhandlungen mit dem Bozner Stadtmagistrat und dem Wehrkreiskommando in Bozen ist anfangs [sic!] August 50 auch von Rom die Genehmigung zur Überlassung einiger Kasern-Räumlichkeiten [sic!] in Bozen-Gries an die Rücksiedler-Hilfsstelle erteilt worden.“¹⁴²

Die Räumlichkeiten wurden vom Amt für Rücksiedlungshilfe ausgebaut, so der Aktenvermerk weiter. Obdachlose Rückoptant*innen konnten in den vom Amt errichteten Rücksiedlerheimen gratis wohnen; Berufstätige mussten einen kleinen finanziellen Betrag entrichten.¹⁴³ Die Bausektion errichtete weitere Notunterkünfte in der Kaserne „F. Guella“ in Leifers sowie je ein Durchgangsheim in Brixen, Meran und Blumau.¹⁴⁴

137 Brief von Rudi Schlesinger an das Rücksiedlungsamt für Optanten, 19.11.1954. SLA, SVP-LL, Bestellnr. 1259; Brief von Karl Tinzl (SVP) an das Amt für Rücksiedlungshilfe an Optanten, 27.6.1951. SLA, SVP-LL, Bestellnr. 17.

138 Lechner, Rückoption, S. 375.

139 Attività dell'Ufficio Assistenza Rimpatrianti Optanti, 1.6.1949-31.10.1950, S. 1–3, hier S. 2–3. SLA, SVP-LL, Bestellnr. 1051.

140 o. A., Das Rücksiedlungsamt in Bozen, in: *Verbandsmitteilungen für die Südtiroler in Österreich und Deutschland* vom 1.2.1950, 4. Jg., Nr. 66, S. 2–3, hier S. 3.

141 Stecher, Die Rücksiedlung, S. 68.

142 Aktenvermerk o. A., 8.8.1950. TLA, BBÄ-AdTLR (nach 1945)-Referat Südtirol-Karton 22-15/III U/g Teil I-II, Rücksiedlung.

143 Lechner, Rückoption, S. 374.

144 Rücksiedlungshilfe, Tätigkeit des Landesausschusses Bozen – Amt für Rücksiedlungshilfe an Optanten, 1.6.1949–31.12.1952, S. 1–5, hier S. 3. SLA, SVP-LL, Bestellnr. 1477.

Aus Kostengründen war die Bausektion dazu bereit, Stätten des NS-Terrors pragmatisch umzufunktionieren: Das ehemalige NS-Durchgangslager in Bozen wurde von Mai 1945 bis zu seiner Schließung als Flüchtlingslager im Herbst 1949 u. a. zur zeitweiligen Notunterkunft vieler Südtiroler Rückkoptant*innen.¹⁴⁵ Die vom Amt für Rücksiedlungshilfe errichteten Durchgangsheime wurden für viele Rückkoptant*innen zu längerfristigen Unterkünften: Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer reichte von einigen Tagen bis hin zu Jahren.¹⁴⁶ 1958 wurden alle Durchgangsheime geschlossen.¹⁴⁷ Gelegentlich wurden in den Jahren starker Rücksiedlung auch sogenannte „Gasthausgutscheine“ vergeben, falls die Wohnung bei der Ankunft der Rückkoptant*innen noch nicht bezugsfertig war.¹⁴⁸

Da die Notunterkünfte zu wenig Platz und schlechte Lebensbedingungen boten, entschloss sich die Bausektion Umbauarbeiten an bereits bestehender Wohnmasse durchzuführen sowie provisorische Neubauten aus Holz zu errichten. Diese ersten Wohnbauprogramme waren eine Reaktion auf die Wohnungsnot in den urbanen Zentren Südtirols, welche der verstärkten Zuwanderung von Familien aus den südlichen Provinzen Italiens geschuldet war.¹⁴⁹ Die italienischen Zuwanderinnen und Zuwanderer fanden im Tertiärsektor bzw. in der Industriezone in Bozen Arbeit; Unterkunft wurde ihnen durch staatliche Wohnbauprogramme zugesichert.¹⁵⁰ Da Italien den Rückkoptant*innen den Flüchtlingsstatus lange Zeit verweigerte, konnten sie nicht zu den Wettbewerbsklassen für den staatlichen Wohnbau zugelassen werden.¹⁵¹ Dies wird auch in einer undatierten Relation zu einem Gesetzesentwurf über die Ausdehnung der Flüchtlingshilfe Italiens bemängelt: Bedürftige Rückkoptant*innen seien etwa systematisch von der Zuteilung von Obdachlosenunterkünften und von staatlichen Volksbauwohnungen ausgeschlossen.¹⁵²

Die Bausektion schlussfolgerte: „Neue Wohnmöglichkeiten (Ausbauten, Neubauten, Siedlungsbauten, Erstellung vorfabrizierter Häuser) müssen erschlossen werden.“¹⁵³ Zuerst begann die Sektion mit dem kostengünstigen Umbau von leerstehenden Räumen.¹⁵⁴ Hier wurde auf die Mithilfe der Bevölkerung gesetzt.¹⁵⁵ Hausbesitzer*innen, die Räume zur Verfügung stellten, profitierten, denn das Amt für Rücksiedlungshilfe kam gänzlich für die Ausbaurkosten auf, allerdings unter der Bedingung, dass es die ausgebauten Räume für acht bis zwölf Jahre für die Unterbringung von Rückkoptant*innen

145 Barbara Pfeifer, *Im Vorhof des Todes. Das Polizeiliche Durchgangslager Bozen 1944–1945. Ansätze einer Gesamtdarstellung*, Dipl. Innsbruck 2003, S. 149.

146 Lechner, *Alles retour*, S. 86.

147 Lechner/Alexander, *Die Rücksiedlung*, S. 252.

148 Ebd., S. 242.

149 Lechner, *Alles retour*, S. 85.

150 Stecher, *Die Rücksiedlung*, S. 65; Mezzalana, *Una seconda italianizzazione*, S. 157–160.

151 Lechner, *Alles retour*, S. 85; ders., *Auf der Suche*, S. 80.

152 *Relazione ai disegni di legge-voto per la estensione della assistenza ai profughi a favore degli altoatesini rimpatrianti dall'estero e per la concessione ai medesimi di finanziamenti per la costruzione, il reimpianto e la riattivazione di aziende industriali ed artigiane*, o. D., S. 1–18, hier S. 12. SLA, Nachlass Alfons Benedikter, Position 253, Rücksiedlung.

153 *Promemoria zur Wohnungs- und Arbeitsbeschaffung für Rücksiedler*, o. D., S. 1–5, hier S. 2. SLA, Nachlass Alfons Benedikter, Position 253, Rücksiedlung.

154 Lechner/Alexander, *Die Rücksiedlung*, S. 258.

155 Ebd.

nutzen durfte, bevor die Wohnungen wieder in den Besitz der Hausbesitzer*innen übergingen.¹⁵⁶ Die Mieten dort waren sehr niedrig und flossen in den Landeshaushalt.¹⁵⁷

Ab den Jahren 1951/52 stand dem Amt für Rücksiedlungshilfe ein größeres Budget zur Verfügung, mit dem es Neubau-Projekte umsetzen konnte.¹⁵⁸ Aus Zeitgründen begann die Bausektion mit dem Aufstellen von sogenannten „vorfabrizierten Häusern“ aus Holz, die aber zahlreiche Mängel aufwiesen.¹⁵⁹ Ab dem Jahr 1952 gingen die Rücksiedlungszahlen langsam zurück – bei gleichzeitig steigendem Budget für das Amt: Diese günstige Kombination führte dazu, dass die Bausektion nun den Bau von soliden Häusern beschloss.¹⁶⁰ Allerdings kam dieser Entschluss vergleichsweise spät, da die meisten Rückoptant*innen bereits zwischen 1949 und 1951/52 zurückgekehrt waren bzw. viele im Ausland blieben, da sie die prekäre Wohnsituation vor einer Rückkehr nach Südtirol abschreckte.¹⁶¹ Bis Ende März 1954 entstanden kostenintensive Neubauten in den Städten Südtirols sowie in Lana und Blumau.¹⁶²

Die Südtiroler Landesregierung griff das Wohnbauprogramm der Bausektion in den Jahren 1954 bis 1957 auf und errichtete sogenannte „Rücksiedler-Siedlungen“ (große Wohnkomplexe) an den Südtiroler Stadträndern.¹⁶³ Die vielen Wohnungen in den Rücksiedler-Siedlungen minderten zwar die Wohnungsnot der Rückoptant*innen, aber die relative Abgeschiedenheit von den Stadtzentren erschwerte den Bewohner*innen die Integration in die Gesellschaft.¹⁶⁴ Von der ansässigen Bevölkerung wurden die Rücksiedler-Siedlungen als Problemviertel wahrgenommen und deren Bewohner*innen sowie deren Wohnviertel mit abschätzigen Bezeichnungen („Revolvertiertel“, „Hungerburg“) versehen.¹⁶⁵

Die größten Rücksiedler-Siedlungen wurden in den Stadtteilen Rentsch und Haslach in Bozen errichtet.¹⁶⁶ Die Landesregierung bewarb in der „Südtiroler Heimat“ von 1954 bis 1957 intensiv die neu errichteten Wohnkomplexe: Das Titelblatt zierte in nahezu jeder Ausgabe ein großes Foto des errichteten Baus. Mit prägnanten Überschriften wie „Unermülich baut die Heimat den Rücksiedlern Häuser“¹⁶⁷ und großflächigen Fotos oder Bauzeichnungen wurde versucht, noch Mitte/Ende der 1950er-Jahre möglichst viele Optant*innen zur Rückkehr zu bewegen, was allerdings aufgrund der verspäteten Maßnahmen scheiterte.

156 Lechner, Rückoption, S. 378.

157 Lechner, *Alles retour*, S. 85.

158 Ebd.

159 Ebd.; Lechner, Rückoption, S. 378.

160 Lechner, Rückoption, S. 378; Stecher, *Die Rücksiedlung*, S. 68.

161 Lechner, Rückoption, S. 378.

162 Verzeichnis der Rücksiedlerwohnungen. Stand 31.3.1954, S. 1–11, hier S. 2. SLA, SVP-LL, Bestellnr. 223.

163 Lechner, Rückoption, S. 378.

164 Pallaver, *Das Erbe der Option*, S. 92; Stecher, *Die Rücksiedlung*, S. 68.

165 Stecher, *Die Rücksiedlung*, S. 69; Pallaver, *Das Erbe der Option*, S. 92.

166 Stecher, *Die Rücksiedlung*, S. 74–75.

167 o. A., *Unermülich baut die Heimat den Rücksiedlern Häuser*. Neues Rücksiedlerhaus in Algund bei Meran, in: *Südtiroler Heimat* vom 31.7.1954, 8. Jg., Nr. 7, S. 1.

5.5 Öffentlichkeitsarbeit

Das Amt für Rücksiedlungshilfe versuchte auch, die ansässige Bevölkerung auf die besondere Notlage der Rückoptant*innen aufmerksam zu machen.¹⁶⁸ Die Öffentlichkeitsarbeit stellte für das Amt eine wichtige Stütze bei der Erledigung seiner Aufgaben dar, denn aufgrund des niedrigen Budgets in den Jahren starker Rücksiedlung war es auf die Mithilfe der Bevölkerung angewiesen. Die Sensibilisierungsarbeit geschah hauptsächlich über Zeitungen wie die „Verbandsmitteilungen“, die „Südtiroler Heimat“ und die „Dolomiten“. Mäßig erfolgreich war der Aufruf des Amtes an die 106 Gemeinden in Südtirol, Rücksiedlungs-Hilfsausschüsse zu gründen.¹⁶⁹ Bis Juni 1950 bildeten sich in 37 Gemeinden Hilfsausschüsse.¹⁷⁰ Auch für sie schien die Unterstützung der Rückoptant*innen bei der Wohnungssuche auf Gemeindeebene eine der zentralen Aufgaben gewesen zu sein.¹⁷¹ Weiters kümmerte sich etwa der Hilfsausschuss Meran um die Besorgung von Einrichtungsgegenständen, um die Meldung von leerstehenden Wohnungen und Zimmern sowie – in Zusammenarbeit mit der Caritas – um die Ausspeisung von bedürftigen Rückoptant*innen.¹⁷² Außerdem organisierten die Hilfsausschüsse Geld- und Sachspenden und waren bei der Arbeitssuche behilflich.¹⁷³ Dem Hilfsausschuss Meran gelang es sogar, ein eigenes Durchgangsheim für Rückoptant*innen in der Gemeinde Dorf Tirol zu errichten und zu betreiben.¹⁷⁴

Andere Rücksiedlungs-Hilfsausschüsse arbeiteten weniger effizient. In Bruneck bestand der Ausschuss zwar für drei Jahre, aber nach der Durchführung einer einzigen Spendensammlung wurde er praktisch wieder aufgelöst.¹⁷⁵ Um die Südtiroler Bevölkerung zu mehr Mithilfe bei der Betreuung der Rückoptant*innen zu motivieren, berichteten die „Dolomiten“ und die „Südtiroler Heimat“ über jede noch so kleine Hilfsaktion vonseiten der Bevölkerung, etwa über eine Brennholzspende aus dem Pustertal für das Durchgangsheim in der „Cadorna“-Kaserne in Bozen.¹⁷⁶

6. Resümee

Ausgehend von der Forschungsfrage nach den Aufgaben und der Rolle des Amtes für Rücksiedlungshilfe für die Integration von Rückoptant*innen lassen sich abschließend folgende zentrale Erkenntnisse festhalten: Das auf eine Initiative der SVP zurückgehende Amt für Rücksiedlungshilfe war insofern die zentrale Südtiroler Instanz für die Organisation, Koordinierung und praktische Durchführung der Rücksiedlung und damit auch für die Integration der Rückoptant*innen, weil sie ein dichtes Beziehungsnetz im

168 Stecher, Die unerwünschten Heimkehrer, S. 150.

169 Lechner, Rückoption, S. 375.

170 Ebd.; Lechner, Alles retour, S. 86–87.

171 o. A., Rücksiedlerarbeit in Meran, in: *Verbandsmitteilungen für die Südtiroler in Österreich und Deutschland* vom 20.12.1950, 4. Jg., Nr. 87, S. 2.

172 Ebd.

173 Lechner, Rückoption, S. 375; Stecher, Die Rücksiedlung, S. 80.

174 Lechner, Rückoption, S. 375.

175 Ebd.

176 o. A., Pusterer Holzspende für das Bozner Rücksiedlerheim, in: *Verbandsmitteilungen für die Südtiroler in Österreich und Deutschland* vom 3.2.1951, 5. Jg., Nr. 90, S. 3.

In- und Ausland spannte. Bei der Durchführung und Planung seiner Arbeit war das Amt stets eng an die Agenda der Landesregierung und insbesondere an die Parteipolitik der SVP gebunden.

Als Kontrollinstanz über die legale Rücksiedlung nach Südtirol und als Fürsorgeinstitution für die Rückoptant*innen geplant versuchte das Amt auf vielfältige Art seinen Hauptaufgaben gerecht zu werden. Durch ein gezieltes Informationsmanagement wurde versucht, jegliche Unklarheiten im Zusammenhang mit der legalen Rückoption zu beseitigen, um mehr Rückoptant*innen zu einer Rückkehr nach Südtirol zu bewegen. Dadurch wollte die SVP die deutsche Sprachgruppe in Südtirol stärken, damit die minderheitenrechtlichen Forderungen gegenüber Italien mehr Gewicht bekamen. Hierbei sei auch auf den engen Zusammenhang zwischen der Südtirolfrage und dem Rückoptionsergebnis hingewiesen. Das breite Beratungsangebot des Amtes für Rücksiedlungshilfe war außerdem eine wichtige Weiche für die Integration der Rückoptant*innen in die Südtiroler Gesellschaft.

Die praktischen Unterstützungsangebote der Sektionen des Amtes für Rücksiedlungshilfe zielten darauf ab, gezielt auf die jeweilige Situation von Rückoptant*innen einzugehen. Die Bausektion des Amtes war wohl am aktivsten, indem sie zunächst durch die Schaltung von Stellenanzeigen in Verbindung mit Wohnmöglichkeiten in den „Verbandsmitteilungen“ bzw. der „Südtiroler Heimat“ Rückoptant*innen Zugang zu Arbeit und Unterkunft in Südtirol verschaffen wollte. Da die finanziellen Mittel des Amtes in den Jahren starker Rücksiedlung (1949 bis 1952) knapp waren, errichtete die Bausektion Notunterkünfte und Durchgangsheime. Auch durch kosten- und zeitsparende Umbauarbeiten und die Errichtung von vorfabrizierten Holzhäusern konnte die Wohnungsnot unter den Rückoptant*innen nicht gänzlich gelöst werden. Erst ab 1951/52 setzten Neubauarbeiten ein, die schließlich die Landesregierung bis 1957 als Rücksiedler-Siedlungen fortsetzte. Die Wohnungsnot wurde dadurch gelindert, aber die Integration in die Gesellschaft aufgrund der Isoliertheit der Siedlungen von den städtischen Zentren erschwert.

Die Schaltung von Stellenanzeigen und die Einsetzung ausgewählter Rückoptant*innen als Mitarbeiter*innen im Amt für Rücksiedlungshilfe waren zwei Möglichkeiten der Arbeitsbeschaffung. Doch da das Amt generell unter Mitarbeiterengpässen zu leiden hatte und das jährlich von der Region Trentino-Tiroler Etschland sowie der Provinz Bozen zur Verfügung gestellte Budget parallel dazu stieg, entschloss sich das Amt auch dazu, finanzielle Beihilfen verschiedenster Art an Rückoptant*innen zu vergeben. Aufgrund der finanziellen Engpässe in den Jahren starker Rücksiedlung versuchte das Amt für Rücksiedlungshilfe auch das Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“ zu nutzen.

Als Ausweg aus seinen finanziellen und personellen Engpässen sah das Amt für Rücksiedlungshilfe die Öffentlichkeitsarbeit sowie den oft wiederholten Appell an die Mitmenschlichkeit, die zudem die Integration der Rückoptant*innen erleichtern sollten. Die Organisation von sozialer Hilfe auf Gemeindeebene erfolgte durch die Rücksiedlungs-Hilfsausschüsse, von denen aber nur wenige effizient arbeiteten. Der Arbeitserfolg des Amtes für Rücksiedlungshilfe war trotz aller Mühen und Anstrengungen – aus

der heutigen Perspektive betrachtet – verspätet und nicht ausreichend, aber für die gesellschaftlichen und politischen Umstände im Südtirol der 1950er-Jahre ein beachtliches Zeichen gesellschaftlicher Solidarität.

Forschungsdesiderate bzgl. des Amtes für Rücksiedlungshilfe gibt es nach wie vor: Es wäre interessant, sich die Wahrnehmung dieses Amtes innerhalb der italienischen Sprachgruppe in Südtirol und dem restlichen Staatsgebiet genauer anzusehen. Dieser Punkt konnte in der vorliegenden Arbeit nur angeschnitten werden. Weiters wäre es auch interessant, die Amtsstruktur und Tätigkeit des Amtes für Rücksiedlungshilfe in einen größeren, europäischen oder internationalen Kontext zu stellen und es mit anderen Fürsorgeämtern der 1950er-Jahre zu kontrastieren. Auch die Kritik der Kommunistischen Partei Italiens (KPI) und einiger Südtirolerverbände an der Arbeit des „Amtes für Rücksiedlungshilfe an Optanten“ in Bozen wäre eine eingehendere Untersuchung wert.

7. Quellen

7.1 Aktenverzeichnis

IT-AGPCM-Ucz-SEZ III b. 19 fasc. 62.2.2.

IT-ACS-PCM-Gab.-1948-1950-fasc. 36435/704.

SLA, SVP-LL, Bestellnr. 17.

SLA, SVP-LL, Bestellnr. 223.

SLA, SVP-LL, Bestellnr. 419.

SLA, SVP-LL, Bestellnr. 1051.

SLA, SVP-LL, Bestellnr. 1054.

SLA, SVP-LL, Bestellnr. 1259.

SLA, SVP-LL, Bestellnr. 1477.

SLA, Nachlass Alfons Benedikter, Position 253, Rücksiedlung.

TLA, BBÄ-AdTLR (nach 1945)-Referat Südtirol-Karton 21-15/III U/f-Teil I-III, Durchführung des Optionsdekrets 1-3.

TLA, BBÄ-AdTLR (nach 1945)-Referat Südtirol-Karton 22-15/III U/g Teil I-II, Rücksiedlung.

Unterlagensammlung Nr. 19 (Teil II), Südtirol im Jahre 1949, herausgegeben in Innsbruck im April 1950, S. 131.

7.2 Historische Zeitungen

Dolomiten, vom 6.7.1949.

Südtiroler Heimat vom 29.2.1952.

Südtiroler Heimat vom 31.7.1954.

Verbandsmitteilungen für die Südtiroler in Österreich und Deutschland vom 31.7.1949.

Verbandsmitteilungen für die Südtiroler in Österreich und Deutschland vom 30.9.1949.

Verbandsmitteilungen für die Südtiroler in Österreich und Deutschland vom 20.10.1949.

Verbandsmitteilungen für die Südtiroler in Österreich und Deutschland vom 15.11.1949.

Verbandsmitteilungen für die Südtiroler in Österreich und Deutschland vom 2.12.1949.

Verbandsmitteilungen für die Südtiroler in Österreich und Deutschland vom 1.2.1950.

Verbandsmitteilungen für die Südtiroler in Österreich und Deutschland vom 18.3.1950.

Verbandsmitteilungen für die Südtiroler in Österreich und Deutschland vom 20.12.1950.

Verbandsmitteilungen für die Südtiroler in Österreich und Deutschland vom 2.1.1951.

Verbandsmitteilungen für die Südtiroler in Österreich und Deutschland vom 3.2.1951.

8. Literatur

Bonoldi, Andrea, Ricostruire e ripartire. Aspetti della situazione economica a Bolzano e in Alto Adige nell'immediato dopoguerra, in: Giorgio Mezzalana/Fabrizio Miori u. a. (Hrsg.), *Dalla liberazione alla ricostruzione. Alto Adige/Südtirol 1945–1948*, Bolzano 2013, S. 57–74.

Di Michele, Andrea, L'Italia e il governo delle frontiere (1918–1955). Per una storia dell'Ufficio per le zone di confine, in: Diego D'Amelio/Andrea Di Michele u. a. (Hrsg.), *La difesa dell'italianità. L'Ufficio per le zone di confine a Bolzano, Trento e Trieste (1945–1954)*, Bologna 2015, S. 25–72.

Gesamtverband der Südtiroler in Österreich, *50 Jahre Verband der Südtiroler in Österreich 1946–1996*, Innsbruck 1996.

Hillebrand, Leo, Neue Freiheit – alte Fronten. Medien im Zeichen des Volkstumskampfes, in: Gottfried Solderer/Zeno Abram u. a. (Hrsg.), *Das 20. Jahrhundert in Südtirol. Bd. 3: 1940–1959. Totaler Krieg und schwerer Neubeginn*, Bozen 2001, S. 236–251.

Inaudi, Silvia, Welfare und Ernährungssicherheit. Die Unterstützungsprogramme der Amministrazione per gli aiuti internazionali (AAI) von der Nachkriegszeit bis in die 60er Jahre, in: *Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken* 97 (2017), Heft 1, S. 63–80.

Lechner, Stefan, Rückoption und Rücksiedlung nach Südtirol, in: Klaus Eisterer/Rolf Steininger (Hrsg.), *Die Option. Südtirol zwischen Faschismus und Nationalsozialismus (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 5)*, Innsbruck 1989, S. 365–384.

Ders./Alexander, Helmut, Die Rücksiedlung, in: Helmut Alexander/Stefan Lechner u. a. (Hrsg.), *Heimatlos. Die Umsiedlung der Südtiroler*, Wien 1993, S. 181–271.

Ders., Zwischen den Landesteilen. Südtirols Optanten 1945–1948, in: Hans Heiss/Gustav Pfeiffer (Hrsg.), Südtirol – Stunde Null? Kriegsende 1945–1946 (Veröffentlichungen des Südtiroler Landesarchivs/Pubblicazioni dell'Archivio della Provincia di Bolzano 10), Innsbruck 2000, S. 281–295.

Ders., Alles retour. Rückoption und Rücksiedlung nach 1945, in: Solderer/Abram u. a., Das 20. Jahrhundert, S. 76–87.

Ders., Auf der Suche nach der Heimat Südtirol. Rückoption und Rücksiedlung, in: Ulrike Kindl/Fabrizio Miori u. a. (Hrsg.), Le opzioni rilette. Die mitgelesenen Briefe, Bozen 2014, S. 77–81.

Ders., Eine rasche und trotzdem verspätete Lösung. Die Revision der Staatsbürgerschaftsoptionen von 1939, in: Andrea Di Michele/Andreas Gottsmann u. a. (Hrsg.), Die schwierige Versöhnung. Italien, Österreich und Südtirol im 20. Jahrhundert, Bozen 2020, S. 321–340, <https://library.oapen.org/handle/20.500.12657/51666>, eingesehen 18.7.2022.

Liebisch-Gümüş, Carolin, Mobilität/en und Mobilitätsgeschichte, Version 1.0, in: Docupedia Zeitgeschichte, 22.3.2022, S. 1–42, https://docupedia.de/zg/Liebisch_Guemues_mobilitaet_v1_de_2022, eingesehen am 12.8.2022.

Lüthi, Barbara, Migration and Migration History, Version 2.0, in: Docupedia Zeitgeschichte, 6.7.2018, S. 1–37, https://docupedia.de/zg/Luethi_migration_v2_en_2018, eingesehen am 12.8.2022.

Mayring, Philipp, Qualitative Inhaltsanalyse, Grundlagen und Techniken, Weinheim-Basel 2015¹².

Mezzalira, Giorgio, Una seconda italianizzazione forzata? L'immigrazione italiana in Alto Adige dal 1945 al 1955, in: D'Amelio/Di Michele u. a., La difesa dell'italianità, S. 153–178.

Ders., Bedrohung für die „italianità“ Südtirols? Rückoption und Rückoptanten aus Sicht der Italiener/-innen, in: Günther Pallaver/Leopold Steurer u. a. (Hrsg.), Einmal Option und zurück. Die Folgen der Aus- und Rückwanderung für Südtirols Nachkriegsentwicklung, Bozen 2019, S. 157–184.

Mittermair, Veronika, Bruchlose Karrieren? Zum Werdegang der Südtiroler Politikerschicht bis zur „Stunde Null“, in: Heiss/Pfeiffer, Südtirol – Stunde Null?, S. 169–202.

Mura, Angela, Bolzano 1945–1948, in: Mezzalira/Miori u. a., Dalla liberazione alla ricostruzione, S. 179–210.

Obinger, Herbert/Schmitt, Carina, World War and Welfare Legislation in Western Countries, in: *Journal of European Social Policy* 30 (2020), Heft 3, S. 261–274.

Pallaver, Günther, The Südtiroler Volkspartei, in: Anwen Elias/Filippo Tronconi (Hrsg.), From Protest to Power. Autonomist Parties and the Challenges of Representation (Studien zur politischen Wirklichkeit 26), Wien 2011, S. 171–193.

Ders., Das Erbe der Option, in: Kindl/Miori u. a., Le opzioni rilette, S. 89–96.

Pfanzelter, Eva, Die amerikanische Besatzungszeit in Südtirol, in: Walter Obwexer/Eva Pfanzelter (Hrsg.), 70 Jahre Pariser Vertrag. Handbuch, Wien 2017, S. 3–30.

Pfeifer, Barbara, Im Vorhof des Todes. Das Polizeiliche Durchgangslager Bozen 1944–1945. Ansätze einer Gesamtdarstellung, Dipl. Innsbruck 2003.

Raifer, Johanna, Die Anfänge der Südtiroler Volkspartei. Elitenkontinuität in Südtirol, Dipl. Innsbruck 2013.

Dies., Die Anfänger der Südtiroler Volkspartei. Absolution der NS-Vergangenheit und politische Kontinuität, in: Pallaver/Steurer u. a., Einmal Option und zurück, S. 185–230.

Romeo, Carlo, Strategie e forme per la „propaganda di italianità“ nell’Alto Adige del dopoguerra, in: D’Amelio/Di Michele u. a., La difesa dell’italianità, S. 231–254.

Stecher, Ivan, Die unerwünschten Heimkehrer. Rückkehr und (Re-)Integration, in: Pallaver/Steurer u. a., Einmal Option und zurück, S. 127–156.

Ders., Die Rücksiedlung von Südtiroler Optantinnen und Optanten. Genese, Ablauf und Reintegration anhand ausgewählter Fallbeispiele sowie fachdidaktische Ausarbeitung der Thematik für den Schulunterricht, Dipl. Innsbruck 2020.

Steininger, Rolf, Südtirol im 20. Jahrhundert. Vom Leben und Überleben einer Minderheit, Innsbruck 1997.

Ders., Südtirol. Vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart, Innsbruck-Wien 2014².

Steurer, Leopold, Der Optionsverlauf in Südtirol, in: Eisterer/Steininger, Die Option, S. 209–225.

Abkürzungsverzeichnis

AAI	Amministrazione per gli Aiuti Internazionali
ACS	Archivio Centrale dello Stato (Staatsarchiv)
ADO	Arbeitsgemeinschaft der Optanten
AdTLR	Amt der Tiroler Landesregierung
AGPCM	Archivio generale della Presidenza del Consiglio dei Ministri
BBÄ	Bestände von Behörden und Ämtern
GVS	Gesamtverband der Südtiroler in Österreich
PCM-Gab.	Presidenza del Consiglio dei Ministri-Gabinetto
SLA	Südtiroler Landesarchiv
SVP	Südtiroler Volkspartei
SVP-LL	Südtiroler Volkspartei-Landesleitung

TLA	Tiroler Landesarchiv
UCZ	Ufficio per le Zone di confine
UNRRA	United Nations Relief and Rehabilitation Administration
VKS	Völkischer Kampfring Südtirol

Katia Pedevilla ist Master-Studentin der Geschichte im ersten Semester an der Universität Innsbruck und studentische Mitarbeiterin im Projekt „ReMIGRA“ (Return Migration as an Interdisciplinary Research Area Using the Example of the South Tyrolean „Return Option“) am Institut für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck. Katia.Pedevilla@student.uibk.ac.at

Zitation dieses Beitrages

Katia Pedevilla, Solidarität mit System. Die Rolle des „Amtes für Rückiedlungshilfe an Optanten“ in Bozen für die Integration von Rückoptant*innen, in: historia.scribere 15 (2023), S. 81–107, <http://historia.scribere.at>, eingesehen 13.6.2023 (=aktuelles Datum).

CMEA's Monetary Institutions between the West and the Global South

Marcus Dietrich

Kerngebiet: Zeitgeschichte

eingereicht bei: Ass.-Prof. Mag. Dr. Eric Burton

eingereicht im: WiSe 2021/22

Rubrik: Proseminar-Arbeit

Abstract

CMEA's Monetary Institutions between the West and the Global South

The Council for Mutual Economic Assistance (CMEA), founded in 1949, provided an institutional space for the economic exchange between socialist member countries as well as between them and the West and the Global South. Its goal was to establish a socialist alternative to the economic globalization project offered by the capitalist West. Analysing the monetary institutions established by CMEA – the Transferable Rubel, the International Bank for Economic Cooperation, and the International Investment Bank – the paper argues that these ultimately failed to create an independent socialist economic system and were conducive to de-facto dependencies on the West and the Global South.

1. Introduction

When the Council for Mutual Economic Assistance (CMEA) was founded in 1949, there was no strategy or long-term vision in place on how the organization was to evolve in the future.¹ After a slow start CMEA provided the space not only for the exchange of experiences, technical assistance or goods and materials, but also for the construction of an institutional framework that allowed a tighter economic integration and a modernization of CMEA's economies and monetary system.² From the perspective of

1 Founding member countries of CMEA included Bulgaria, Poland, Romania, USSR, Czechoslovakia, and Hungary. The following countries joined CMEA later: GDR (1950), Albania (1961), Mongolia (1962), Cuba (1972), Vietnam (1978).

2 David R. Stone, CMEA's International Investment Bank and the Crisis of Developed Socialism, in: *Journal of Cold War Studies* 10 (2008), no. 3, pp. 48–77, here p. 54. Incentives for tighter economic integration were accompanied by

the latter, a significant step was taken in 1964 with the foundation of the International Bank for Economic Co-operation (IBEC), and the creation of a non-convertible clearing currency, the Transferable Ruble (TR).³ In 1971, the establishment of the International Investment Bank (IIB) followed. The institutions,⁴ which were partially grounded in Soviet-style economic ideology and partially influenced by Western capitalist mechanisms,⁵ did not live up to their expectations and largely failed to invigorate economic advancement. This paper follows the question of how these institutions shaped CMEA's economic relationships with the West and the Global South. Examining trade and capital flows in the 1970s and early 1980s, a transformative time of the global economy, it will be argued that the economic framework provided by CMEA's institutions was insufficient to establish an independent socialist economic system. Rather, structural incompatibilities suggest that they not only failed to facilitate the modernization of CMEA's economies, but on the contrary, of having been conducive to a de facto economic dependency on the West and the Global South.

The paper is located within the field of Cold War international political economy, with a particular focus on economic and financial relations and interdependencies between East, West, and Global South. The field has received quite a bit of scientific attention in recent years. Max Trecker analyzes the financial entanglements between West, East, and Global South and argues that the debts of the Global South were putting a strain on the economies in the East.⁶ Similarly, he conducts an extensive survey of CMEA and the various projects it facilitated between member countries and the Global South.⁷ Sara Lorenzini focuses on the diverging economic policies CMEA member states wanted to pursue in the 1960s and 1970s.⁸ David Stone's study on the IIB shows how its practices introduced capitalist mechanisms, like interest rates, into the socialist bloc's political economy.⁹ The following paper refers to original agreements¹⁰ and a World Bank report from 1990 as primary sources.¹¹

political ones. Poland, for example, feared that without stronger economic ties, East Germany could move closer to the Federal Republic of Germany.

3 CMEA, Agreement Concerning Multilateral Settlements in Transferable Rubles and Organization of the International Bank for Economic Cooperation, in: *The American Review of Soviet and Eastern European Foreign Trade* 2 (1966), no. 1, pp. 9–36, here p. 9.

4 For reading purposes, the word “institutions” will refer to organizations like the IIB or IBEC, as well as to economic institutions like the TR.

5 Stone, CMEA's, p. 48.

6 Max Trecker, Circle of Debt: How the Crisis of the Global South in the 1980s Affected the Socialist East, in: *Cold War History* 20 (2020), no. 1, pp. 1–19.

7 Max Trecker, Red Money for the Global South. East-South Economic Relations in the Cold War (Routledge Studies in Modern History), New York 2020.

8 Sara Lorenzini, Comecon and the South in the Years of Détente: A Study on East–South Economic Relations, in: *European Review of History: Revue européenne d'histoire* 21 (2014), no. 2, pp. 183–199.

9 Stone, CMEA's.

10 CMEA, Agreement.

11 Paul Marer/Janos Arvai et al., *Historically Planned eEconomies. A Guide to the Data*, Washington D.C. 1992, p. 19.

2. Transformations in the 1970s and early 1980s. The East between South and West

2.1 *Financial Systems and Monetary Flows*

In 1971, US president Richard Nixon announced the end of the Bretton Woods system, which was set in place in 1944, pegging the Dollar to gold and the rest of the world's currencies to the Dollar. In 1973, the peg was finally dissolved; transatlantic exchange rates were freed and currencies started floating. A general turn towards deregulation – intensified in the 1980s by neoliberal ideology – led to the abolishment of capital transaction controls and capital flows experienced a massive surge.¹² In the same year, Saudi-Arabia and other members of the Organization of the Petroleum Exporting Countries (OPEC) imposed an oil export embargo, quadrupling the price of crude oil on world markets.¹³

Albeit not directly affecting member countries of CMEA, there existed at least two channels, that intertwined their financial relationships with the West to a degree that structural changes in capitalist markets would also be of concern to those with a socialist economy. First, CMEA countries borrowed Dollars from money markets in Europe, the so-called Eurodollar markets. When the OPEC crisis hit the world economy, excess profits from higher oil export prices, the “Petrodollars”, flooded these offshore markets in London and other parts of Europe. The quasi-non-existent regulations and liberal lending restrictions in Eurodollar markets made them attractive creditors for hard currencies. Developing countries – including those in Central and Eastern Europe – seized the opportunity and started to borrow in the form of syndicated loans.¹⁴ A feature of those was the revision of interest rates every six months, essentially passing on the risk onto the borrower. As long as interest rates remained stable, costs of servicing the debt were low. When inflation rose to uncomfortable heights in the US in 1979, the FED's chairman Paul Volcker reacted by pushing interest rates up to 16 percent. The Central Bank's actions were felt in Europe – and consequently in CMEA countries with foreign debt – since Eurodollar markets based their interest rates on a set of reference banks in America.¹⁵ Borrowing decreased until the mid-1980s, but the “Kiss of Debt” – as one scholar dubbed it¹⁶ – resulted in countries like Romania having to undergo severe austerity measures.¹⁷

12 André Steiner, *The Globalisation Process and the Eastern Bloc Countries in the 1970s and 1980s*, in: *European Review of History: Revue européenne d'histoire* 21 (2014), no. 2, pp. 165–181, here pp. 166–167.

13 Ayesha Jalal, *An Uncertain Trajectory. Islam's Contemporary Globalization, 1971–1979*, in: Niall Ferguson/Charles S. Maier et al. (ed.), *The Shock of the Global. The 1970s in perspective*, Cambridge (MA) 2011, pp. 319–336, here p. 326.

14 The money borrowed was used to import technologies, hoping that this would modernize the ailing economies. As will be elaborated, the strategy was unsuccessful and resulted in an increased debt burden in the East: Steiner, *Globalisation*, p. 169.

15 Besnik Pula, *Globalization Under and After Socialism. The Evolution of Transnational Capital in Central and Eastern Europe*, Stanford (CA) 2018, pp. 77–80. This practice would later be formalized as the London Interbank Offered Rate (LIBOR).

16 Stephen Kotin, *The Kiss of Debt. The East Bloc Goes Borrowing*, in: Niall Ferguson/Charles S. Maier et al. (ed.), *The Shock of the Global. The 1970s in Perspective*, Cambridge (MA) 2011, pp. 80–93, here p. 80.

17 Pula, *Globalization*, pp. 77–80.

Second, while CMEA countries imported capital from the West, they appeared as lenders to the Global South. For the resource-rich Global South, high commodity prices – not only of crude oil –, inflationary tendencies, and low interest rates constituted an attractive environment for cheap borrowing. On the one hand, they – like countries of CMEA – borrowed from Western commercial banks, which were eager to find new investment opportunities in a world without restrictions on capital flows. On the other hand, as already pointed out, economic interactions between the Global South and CMEA intensified during the 1970s and the latter recycled profits to balance their imports from the West. Characteristically, trade between CMEA countries and the Global South was financed primarily on credit and only secondarily via cashflows, making creditors very vulnerable to liquidity crises. This reliance became most apparent when the “Volcker shock” revealed the other side of the coin of highly mobile capital. Rising interest rates in the US reversed the flow of money to the Global South, which suddenly found itself without funds to service its costs of debt to the East. For CMEA countries, the crisis that was hitting the South thus became a liability on its own terms. They could either write off debt – that is lose valuable credits they needed to pay back the West – or hope for postponed remuneration.¹⁸ Trecker asserts that, although trading volumes with the South were not the largest, because of these dynamics “[t]he East was [...] in a certain sense ‘dependent’ on the South.”¹⁹

2.2 Trade and Aid

Politically, the 1970s can be characterized as a period of easing tensions between the East and the West. Policy of détente culminated in 1975 with the USSR, the United States and their allies in Europe ratifying the Helsinki Final Act, thus establishing the Council for Security and Cooperation in Europe. Furthermore, Coordinating Committee on Multilateral Export Controls (CoCom) restrictions were scaled back, allowing capitalist countries in the West to reexport key technologies from the US to trading partners in the East.²⁰ One factor constituting the convergence between East and West was an intensification of trade, which accounted for roughly one third of the total foreign trade volume of CMEA by the end of the 1970s.²¹ CMEA countries premised their strategy to expand trade with the West on the conviction that the import of licenses, technology, and machinery in exchange for primary products would modernize their industries and increase economic power.²² This strategy of import-led growth, however, did not yield success. Recent research shows, that debt financing could not overcome macroeconomic inefficiencies inherent to planned, inflexible economies²³ and trade with the West decreased substantially after 1978.²⁴

18 Trecker, Circle, pp. 14–15.

19 Ibid., p. 15.

20 Pula, Globalization, pp. 76–77.

21 A little more than fifty percent was made up of intra-CMEA exports and imports, while the rest of the trade was conducted with the Global South.

22 Ruben Berrios, The Political Economy of East-South Relations, in: *Journal of Peace Research* 20 (1983), no. 3, pp. 239–252, here pp. 239–241.

23 Pula, Globalization, pp. 106–107.

24 Berrios, Political Economy, p. 240.

During the 1970s, trade with the South expanded even faster with an annual average rate of 23 percent between 1973 and 1977. Although this trend too slowed down after 1978, it did not experience the same slump as trade between East and West. Trading structure in the 1970s was called “International Division of Labour” and was generally grounded in economic considerations, rather than ideological convictions. When, in 1971, the Soviet Union declared that it could not meet oil demands from its partners, the extraction of raw materials – especially oil – became the driving factor behind many political and economic decisions. In this sense, economic relations were established even with non-socialist, but resource-rich countries like Nigeria.²⁵ Trade between East and South was often conducted on long-term, bilateral bases. Joint ventures in trade were seen as a promising feature of East-South integration. With the economic objectives agreed upon beforehand, these kinds of arrangements offered stability and protection against inflation, and they were often combined with compensation and barter arrangements. Beginning with the 1970s though, hard currency agreements became more common.²⁶

CMEA countries imported mostly foodstuff and raw materials from the South, while 65 percent of the exports were comprised of manufacturing and equipment. This confirms that trade between East and South was, contrary to official positions, not mutual. As shown above, profits from economic exchange with the South were in fact used to finance deficits with the West.²⁷ Broadly speaking, the data for trade confirms that, for example in 1980 after trade with the West decreased, the \$3,536 billion surplus from East European²⁸ exports to the South easily made up for the \$2,936 billion deficit vis-à-vis the West.²⁹

Closely related to trade was socialist aid. Although development assistance was theoretically promised without ulterior or geopolitical motives, it was – as trade – in fact based on economic and political considerations. Ideological beliefs aside, even anti-communist but geostrategically important states like Iran or Turkey were granted some form of assistance if it was opportune.³⁰ Aid was directed towards whole sectors, rather than single industries and organized by setting up joint committees, involving experts from CMEA, as well as from the South.³¹ Relatively speaking, the Eastern bloc as a whole still granted less economic assistance than the West (0.03 percent of GNP in contrast to 0.33 percent) and aid was primarily transferred via credits tied to projects or the purchase of goods and equipment. Since financial resources were limited, assistance was often delivered by either sending technicians to the Global South, by

25 Lorenzini, *Comecon*, pp. 188–189.

26 Berríos, *Political Economy*, pp. 240–243.

27 *Ibid.*, pp. 239–241.

28 Bulgaria, Czechoslovakia, GDR, Hungary, Poland, and Romania. The Soviet Union is not included in the data.

29 Laure Després, *Eastern Europe and the Third World. Interactions and Policies*, in: Roger E. Kanet (ed.), *The Soviet Union, Eastern Europe and the Third World*, Cambridge (MA) 1987, pp. 141–162, here p. 142. Though surplus was achieved in sum, for certain countries, like Hungary, trade deficits with the West were much higher than trade surpluses with the Global South.

30 Berríos, *Political Economy*, p. 44.

31 Lorenzini, *Comecon*, p. 189.

providing training and formation for personnel coming from “developing countries” or, most importantly in the case of the Soviet Union, via military aid.³²

3. The Institutional Framework of the Socialist Bloc

CMEA's institution building was carried out to various degrees of success. The following sections elaborate on the IBEC, the TR and the IIB and how they affected and interacted with the trading and capital flow developments outlined above.

3.1 *The International Bank for Economic Cooperation and the Transferable Ruble*

The IBEC was the first common bank inside the CMEA.³³ In its founding agreement, its purpose was defined as “promoting economic cooperation and the development of the economies of the Contracting Parties, as well as the expansion of cooperation between these Parties and other countries.”³⁴ It was part of a wave of reforms, taking place under Nikita Khrushchev at the end of the 1950s and beginning of the 1960s, with the goal of promoting economic cooperation – also among smaller bloc members – enabling multilateral economic interactions and supranational planning.³⁵ While the first two objectives were achieved to various extents, supranational planning, as will be elaborated below, was not accepted.³⁶ The main purpose of the Bank, which was built “on the basis of complete equality and respect for the sovereignty of the Bank's member countries”, was to facilitate multilateral trade between CMEA member countries, which is why it was granted the exclusive right for the emission of a non-convertible currency, the Transferable Ruble.³⁷

The TR was a clearing currency, introduced to serve as a vehicle of measurement or unit of account. When CMEA countries engaged in economic interactions with one another, trade imbalances had to be cleared bilaterally with re-exports of goods or via long-term adjustments of trade.³⁸ The idea of the TR was that it would allow for multilateral economic interactions with the IBEC at the center, using the TR to clear imbalances between the various participating parties. The initial capital was set at 300 million TR, with member countries paying in relation to the value of their respective intra-CMEA trade volume. Officially, it was tied to gold, but since it could not be converted and prices in Soviet-style central planning economies were set arbitrarily, the

32 Berrios, *Political Economy*, pp. 240–246.

33 It was founded by Bulgaria, Czechoslovakia, Hungary, Poland, Rumania, and the USSR. Other socialist countries, like the GDR or Mongolia, joined later.

34 CMEA, *Agreement*, p. 10.

35 Trecker, *Red Money*, p. 24. These included the “Socialist Economic Integration” guidelines, for example, that formalized further promotion of economic cooperation and interactions in the socialist bloc, or the “Basic Principles of the Internationalist Socialist Division of Labor” that were incorporated into the preamble of the *Charta of CMEA* to support the formation of stable markets based on socialist ideals. Those reforms were only successful to various degrees: CMEA, *Agreement*, pp. 24–25.

36 *Ibid.*, p. 30.

37 CMEA, *Agreement*, p. 12.

38 Henryk Francuz, *The International Bank for Economic Cooperation*, in: Roger V. Anderson/Norman K. Humphreys (ed.), *International Monetary Fund. Staff Papers (Staff Papers XVI)*, Washington, D.C. 1969, pp. 489–503, here p. 489.

TR lacked what most currencies are designed for – purchasing power. Furthermore, it could only be used for exports and imports already selected in national economic plans, rendering it useless for spontaneous economic interactions or in fact loans. Consequently, selling companies and exporting countries had no desire to exchange their goods and products for a useless number of TR.³⁹

A document published by the World Bank in 1992 attempted to assess the economic performance of planned economies over the decades and the authors struggled to find an adequate value for TR:

“[T]he real (purchasing power) dollar value of the TR is impossible to establish because TR prices in intra-CMEA deals were negotiated bilaterally and vary according to the traded good. So, relative values deviate substantially (by, say, trading partner, commodity and year) from relative prices in the world market.”⁴⁰

The arbitrariness of the TR in terms of actual value becomes evident in the example of Hungarian exports to the Soviet Union which, depending on how to interpret and converse the TR, could for the same year have been \$2.5 billion or \$7.6 billion.⁴¹ In sum, the establishment of the TR and the IBEC was a serious disappointment. Its main goal, enabling multilateral economic interactions, was not achieved and one estimation places the multilateral settlement payments conducted via IBEC and TR at only 1.5 percent.⁴²

3.2 *The International Investment Bank*

The IIB was created in 1971. It was designed to promote tighter economic integration, facilitate multilateral economic interactions and enable limited market-based mechanisms to be integrated into CMEA's economy. The bank, described by Stone as a “hybrid of state socialism and capitalist finance”, handed out loans in TR and hard currencies to support international competitive investment projects in Eastern Europe and the Soviet Union.⁴³ The launch was promising with 181 million TR and \$50 million being invested in sixteen projects in five states at the end of the first year. The “capitalist finance” part of the institution was constituted by the selection process of potential investments, which was based on competitive vetting, as well as strict control over the use of credits. Allowing for tighter economic integration through such market mechanisms, as countries like Hungary or Czechoslovakia had demanded, was not uncontested. Some economists – mostly from the USSR – argued that the satellite states' dependency on the Soviet Union when it came to raw materials or supply of oil would ask for supranational planning, rather than the implementation of market mechanisms, since the latter could leave weaker economies in Eastern Europe worse off. However,

39 Stone, CMEA's, pp. 57–58.

40 Marer/Arvai, *Historically*, p. 19.

41 *Ibid.*, pp. 86–87.

42 Janusz Kaliński/Łukasz Dwilewicz, *The Transferable Rouble and 'Socialist Integration' – What Kind of Relationship?*, in: Wilfried Loth/Nicolae Paun (ed.), *Disintegration and Integration in East-Central Europe. 1919 – post-1989* (OAPEN Library), Baden-Baden 2014, pp. 169–185, here p. 179.

43 Stone, CMEA's, p. 48.

in the end, the Soviet Union had to give in: supranational planning was rejected and the IIB was created.⁴⁴

The IIB's structure was designed to create a self-supporting, profitable and independent institution. Like the IBEC, it was built on the conviction of complete equality. The charter gave the Soviets no more power than the Mongolians, although the former provided nearly forty percent of the bank's initial capital.⁴⁵ The evaluation process of projects, proposed by either states or enterprises, should "create" economic discipline in an economy without a competitive market. Although projects were not exclusively selected on the maxim of highest return – considerations about the value of a project for tighter, multilateral economic integration also played an important role, at least officially, and CMEA's less developed countries benefitted from discounts – the IIB committed to being financially successful. Since it offered hard currency loans, which were either financed with founding capital or, more commonly, via loans the IIB itself took on in Western money markets, the role of interest rates in those capital markets were transferred into CMEA's economic system. If projects did not yield sufficient returns, the Bank could not service its own interest rates costs and would go bankrupt. The bulk of the hard currency loans went to poorer CMEA members, like Bulgaria or Poland, underscoring one purpose of the bank – of which the West thought it would be backed by Soviet funds – as an intermediary between poorly rated socialist economies and Western markets.⁴⁶ The role of the IIB as an intermediary is also symptomatic for the paradoxical ideological convictions underpinning CMEA's institutional structure. Western capital markets were something to be overcome and direct foreign investment to be avoided, while in reality, the CMEA's bank was highly dependent on foreign capital injections.⁴⁷

4. Chasing Oil and Hard Currency

An illustrative example of some of the priorities that formed CMEA's economic relationships with the Global South and what role the TR could play in them, is the trade structure it maintained with the oil exporting members of OPEC. Eastern European countries, except for Romania, received the bulk of their oil supply from the Soviet Union. Nevertheless, they imported oil from OPEC countries to reexport it in crude or refined form. Payment was carried out via the export of machinery, technical services, and arms.⁴⁸ For CMEA member countries (except the USSR), the advantage of this arrangement was that Soviet oil supplies could be exchanged for the non-convertible currency TR, while imports from OPEC, which were compensated for in materials, goods or

44 Stone, CMEA's, pp. 50–54.

45 In practice, of course, things looked different with the Soviets exerting a dominating influence over the IIB's decision making: *Ibid.*, p. 62.

46 Even loans in TR were charged with up to five percent interests in order to generate some small profits: *Ibid.*, pp. 60–63.

47 Steiner, *Globalisation*, p. 170.

48 Després, *Eastern*, pp. 150–151.

services, could be sold in exchange for hard currency.⁴⁹ This practice reveals one of the weaknesses of the TR. In essence, it allowed CMEA member countries to buy Soviet oil with Soviet money, while not having to commit to future purchases of Soviet goods.

The excessive foreign exchange depositories of oil exporting countries were also one of the driving factors behind the military assistance CMEA delivered to countries in the Global South (e.g. Iraq or Angola). Soviet arms were often offered on discount, but the profits from military aid in the Global South drove certain countries, like Peru, into serious financial problems.⁵⁰ The GDR too hoped to import raw materials from African countries, such as Ethiopia, Mozambique or Angola, in return for military assistance or development projects.⁵¹ Trade structures between the GDR and Mexico or Tanzania, where e.g. bicycles and medical equipment were exchanged for coffee or tobacco, show that compensation deals and barter agreements, sometimes including third parties, were quite common and used to save the expenditure of convertible currencies. The examples showcase the complexity of trading settlements between East and South – and how the IBEC and TR were not useful in this area. Clearing agreements – instead of the use of hard currencies – started to decrease beginning in the 1970s, but were still in use in the 1980s, when it was in mutual interest. One estimate places the value of those economic interactions at \$700 million for 1983.⁵²

The IIB's Soyuz Pipeline project serves as another symptomatic example for the CMEA's economic organization and the priorities it set, as well as the consequences that arose from its structure and decisions. The IIB was created to promote high-level and sophisticated investment projects to member countries, industrial modernization, however, was demoted a second order priority, when the energy crisis hit in 1973. In 1974, the IIB decided to build the enormous Soyuz pipeline, reaching 2.750 km from Orenburg to Uzhhorod. It took on financing for the project, which in effect meant providing the necessary funding in hard currency.⁵³

The project transformed the Bank's mission. While fuel and energy were not even part of the Bank's portfolio in the first years, by the end of 1979, 78.4 percent of all bank lending – over 2.3 billion TR – went into the pipeline project and the Orenburg gas field operation. Similarly, during the first years, hard currency was secured primarily by tapping CMEA member reserves, but the pipeline project rendered this approach insufficient. The IIB had to recur to a common operation: take on loans from Western capital markets at commercial interest rates and pass them onto the borrowers at the same costs. In 1975, it secured \$390 million in syndicated loans from various Western Banks, in 1976 \$600 million from the Dresdner Bank, and in 1977 at first \$500 million syndicated loans from European participants and another \$600 million from American banks. All in all, the outstanding debt in hard currency was \$2.3595 billion, and part of the loans had to be paid backed at 1.5 percent over LIBOR, reflecting the risk

49 Després, *Eastern*, p. 158.

50 Berrios, *Political Economy*, p. 246.

51 Lorenzini, *Comecon*, p. 191.

52 Després, *Eastern*, pp. 148–155.

53 Stone, *CMEA's*, pp. 66–68.

Western banks saw in handing out credits in this amount to the socialist institution. The huge sum was of considerable concern to the IIB, which was not officially backed by any country and creditworthiness was entirely up to Western estimations about the healthiness of the financial institution and partially hinged on their belief, that the Soviet Union would step in, if it came to the worst. The situation aggravated when the pipeline project was completed and the IIB struggled to find new investment projects, which resulted in a sharp drop in lending – even in TRs. This was taken up as a sign of the weak credit system and a questionable currency designed by CMEA. At last solvency was secured at the end of 1979 with loans from British and Japanese Banks at much more favorable conditions.⁵⁴

The IIB had also planned to set up a special fund for countries in the Global South, though it never came into existence, since the Soviet Union set it up without consultation with other CMEA members. Some smaller countries showed resistance and simply did not pay their share. The fund never grew to a size big enough to promote East-South relations.⁵⁵

5. Discussion and Conclusion

In the 1970s, it was argued that CMEA's propositions and economic ideals, inside and outside the Bloc, were a refutational approach to the New International Economic Order offered by the West. As Oleg Bogomolov, director of the Institute of the Socialist World Economic System in Moscow, put it: "A world economic system based on the principles of equality, justice, non-discrimination and mutual benefit would fully meet their [the socialists countries] collective and national-state interests."⁵⁶ He found equally clear words about CMEA's relations to the Global South: "The socialist countries have never plundered the developing countries; nor do they derive today any unilateral advantages from their relations with them."⁵⁷ While being theoretically in line with common Soviet-ideology, real circumstances contradicted those words.

There were two factors that seemed to have been driving decisions in CMEA about institution building and its economic relationships to the Global South. First, the Socialist Bloc needed hard currencies. While borrowing from the West, the East lent money to the South via trade credits. When the debt crisis emerged in the 1980s after Volcker went on an interest rate hike, the in-between position of CMEA destabilized its economies. Trade and aid structures underscore this view, with CMEA countries generally benefiting from the supposedly "mutual relations" during the 1970s and often offering non-monetary remuneration like technical assistance or development projects in important sectors as to not deliver foreign exchange.

54 Stone, CMEA's, pp. 65–72.

55 Trecker, Red Money, p. 107.

56 Oleg Bogomolov, *The CMEA Countries and the New International Economic Order*, in: Christopher T. Saunders (ed.), *East-West-South. Economic Interactions between Three Worlds* (Vienna Institute for Comparative Economic Studies), London 1981, p. 246–256, here p. 249.

57 *Ibid.*, p. 251–252.

Second, CMEA members needed energy supply in the form of oil. As the Soviet Union declared in the early 1970s, it was unable to meet fuel demands from its satellite states. After the oil-shock, prices surged and the Soviet Union supplied countries of CMEA with oil below the world market level prices.⁵⁸ Economic relationships with the Global South were shaped by the need to extract primary goods and oil. Ideological differences were often less important than economic needs and CMEA reached out to countries with an explicit anti-communist stance. The IIB's own transformation and the Soyuz Pipeline project are good examples on how considerations about energy supply determined the path taken by CMEA.

Despite the promising start, the IIB failed to give CMEA's economies the necessary push for modernization. This can partially be explained by the structural incompatibility between the capitalist mechanisms built into the IIB, such as interest rates, and socialist economic organization, that relied upon central planning and price setting.⁵⁹ Furthermore, while some hoped the IIB could tighten East-South relations, the example of the failed special fund shows, that such hopes remained unfulfilled. The weakness of the IIB and CMEA's institutional framework in general became a bigger concern after the "Volcker shock" triggered the debt crisis in the Global South. These countries were indebted to Western Banks as well as to CMEA. The West, however, had strong institutions, most notably the IMF, whereas neither the IIB nor the IBER or the TR exerted enough power for CMEA countries to claim their debts. Thus, the South could, in case, simply refrain from paying their debts.⁶⁰

These examples show that CMEA's monetary institutions never managed to offer an alternative strategy or to cushion external events, such as an oil shock or a rise in interest rates in capitalist markets. The issues of the monetary institutional framework were also internal. They ran counter to the inner workings of the economies of CMEA. The way the TR was constructed required for the IIB to be carefully integrated into the national economic plans and Stone points out, that real purchasing power and economic efficiency would have been achievable "only by adopting supranational planning or by permitting real markets along with truly convertible currencies"⁶¹ However, the IIB was created as an alternative to supranational planning, rendering the non-convertible TR useless. Hard currency reserves were ultimately more important as positive numbers on TR accounts, since the latter lacked any real purchasing power.

One of the reasons that the East got in indebted to the West in the first place was their strategy to import technology and equipment from capitalist countries in the hope of modernizing their own economies. There were of course various reasons why this strategy did not yield success, and a deficient monetary institutional framework cannot be solely held accountable for such a failure. CMEA was not a homogenous organization, but comprised of different states with different economic strategies and

58 Stone, CMEA's, p. 65.

59 Ibid., p. 49.

60 Trecker, Red Money, pp. 194–195.

61 Stone, CMEA's, pp. 73–74.

expectations.⁶² The historian Lorenz Lüthi has argued that conflicting state interests within CMEA, such as the discussions on supranational planning, hampered the implementation of necessary reforms. This in turn pushed CMEA members to move into Western financial markets and closer to its institutions.⁶³ Romania is often cited as the prime example, having joined the IMF as early as 1972 in part because of reservations about tighter socialist integration⁶⁴, but also Hungary and Poland were approaching the IMF and eventually became members in 1982 and 1986, respectively. Poland even adopted the LIBOR, a genuine global-capitalist market instrument, and used it to pass on the interest-rate risk to Nigeria, to which it had granted a loan.⁶⁵ It can therefore be reasoned, that CMEA's institutions were not empowering the socialist bloc's economies sufficiently to start a separate and independent globalizing economic project. Rather, their structural deficiencies seemed to have been conducive to a de facto dependency on the West, as well as on the Global South.

6. Sources and Literature

Berrios, Ruben, *The Political Economy of East-South Relations*, in: *Journal of Peace Research* 20 (1983), no. 3, pp. 239–252.

Bogomolov, Oleg, *The CMEA Countries and the New International Economic Order*, in: Christopher T. Saunders (ed.), *East-West-South. Economic Interactions between Three Worlds* (Vienna Institute for Comparative Economic Studies), London 1981, pp. 246–256.

CMEA, *Agreement Concerning Multilateral Settlements in Transferable Rubles and Organization of the International Bank for Economic Cooperation*, in: *The American Review of Soviet and Eastern European Foreign Trade* 2 (1966), no. 1, pp. 9–36.

Després, Laure, *Eastern Europe and the Third World. Interactions and Policies*, in: Roger, E. Kanet (ed.), *The Soviet Union, Eastern Europe and the Third World*, Cambridge 1987, pp. 141–162.

Francuz, Henryk, *The International Bank for Economic Cooperation*, in: Roger V. Anderson/Norman K. Humphreys (ed.), *International Monetary Fund. Staff Papers (Staff Papers XVI)*, Washington D.C. 1969, pp. 489–503.

Jalal, Ayesha, *An Uncertain Trajectory. Islam's Contemporary Globalization, 1971–1979*, in: Niall Ferguson/Charles S. Maier et al. (ed.), *The Shock of the Global. The 1970s in Perspective*, Cambridge (MA) 2011, pp. 319–336.

Kaliński, Janusz/Dwilewicz, Łukasz, *The Transferable Rouble and 'Socialist Integration' – What Kind of Relationship?*, in: Wilfried Loth/Nicolae Paun (ed.), *Disintegration and*

62 For a detailed description of the different strategies countries in the East pursued, see: Pula, *Globalization*, pp. 87–98.

63 Lorenz M. Lüthi, *Cold Wars. Asia, The Middle East, Europe*, Cambridge 2020, p. 382.

64 *Ibid.*, p. 402.

65 Trecker, *Circle*, p. 6.

Integration in East-Central Europe. 1919 – post-1989 (OAPEN Library), Baden-Baden 2014, pp. 169–185.

Kotin, Stephen, The Kiss of Debt. The East Bloc Goes Borrowing, in: Niall Ferguson/Charles S. Maier et al. (ed.), *The Shock of the Global. The 1970s in Perspective*, Cambridge (MA) 2011, pp. 80–93.

Lorenzini, Sara, Comecon and the South in the Years of Détente: A Study on East–South Economic Relations, in: *European Review of History: Revue européenne d'histoire* 21 (2014), no. 2, pp. 183–199.

Lüthi, Lorenz M., *Cold Wars. Asia, The Middle East, Europe*, Cambridge 2020.

Marer, Paul/Arvay, Janos et al., *Historically Planned Economies. A Guide to the Data*, Washington D.C. 1992.

Pula, Besnik, *Globalization Under and After Socialism. The Evolution of Transnational Capital in Central and Eastern Europe*, Stanford (CA) 2018.

Steiner, André, The Globalisation Process and the Eastern Bloc Countries in the 1970s and 1980s, in: *European Review of History: Revue européenne d'histoire* 21 (2014), no. 2, pp. 165–181.

Stone, David R., CMEA's International Investment Bank and the Crisis of Developed Socialism, in: *Journal of Cold War Studies* 10 (2008), no. 3, pp. 48–77.

Trecker, Max, Circle of Debt: How the Crisis of the Global South in the 1980s Affected the Socialist East, in: *Cold War History* 20 (2020), no. 1, pp. 1–19.

Trecker, Max, *Red Money for the Global South. East-South Economic Relations in the Cold War* (Routledge Studies in Modern History), New York 2020.

Marcus Dietrich ist Student der Geschichtswissenschaften an der Universität Innsbruck. Marcus.Dietrich@student.uibk.ac.at

Zitation dieses Beitrages

Marcus Dietrich, CMEA's Monetary Institutions between the West and the Global South, in: *historia.scribere* 15 (2023), S. 109–121, <http://historia.scribere.at>, eingesehen 13.6.2023 (=aktuelles Datum).

Runner-Up-Awards von *historia.scribere* 2023

Land-Vorarlberg-Preis 2023 (gesponsert vom **Land Vorarlberg**) &
Runner-Up-Award von *historia.scribere* 15
(gesponsert vom **Christoph Ulf**)

Runner-Up-Award von *historia.scribere* 15
(gesponsert von **Margaretha Friedrich**)

Runner-Up-Award von *historia.scribere* 15
(gesponsert von **Heinz Noflatscher**)

Runner-Up-Award von *historia.scribere* 15
(gesponsert von **Hermann Kuprian**)

Die Bedeutung des Müllerbachs für die Dornbirner Textilindustrie

Florian Martin Prirsch

Kerngebiet: Neuzeit

eingereicht bei: Priv.-Doz. Dr. Wolfgang Scheffknecht

eingereicht im: SoSe 2022

Rubrik: Bachelor-Arbeit

Abstract

The Importance of the Müllerbach for the Textile Industry in Dornbirn

This bachelor thesis aims to investigate the importance of the Müllerbach for the textile industry in Dornbirn during the industrialization of the 19th century. The Müllerbach, as a man-made body of water, uniquely influenced Dornbirn's ability to emerge as a flourishing center of the textile industry. As part of the analysis, waterpower is presented as a central source of energy for textile companies. Special attention is paid to the extension of the Müllerbach by Karl Ulmer, which led to the development of a new strand of textile businesses in Dornbirn.

1. Einleitung

„Wenn die Dynamomaschinen, die Fernleitung des elektrischen Stromes und der elektrische Antrieb der Spinnmaschinen und Webstühle hundert Jahre früher erfunden worden wären, würde wahrscheinlich keine einzige Spinnerei und Weberei in Vorarlberg dort stehen, wo sie heute steht.“¹

So beschreibt der Vorarlberger Hans Nägele in seiner Monografie „Das Textilland Vorarlberg“ die Standortwahl der Textilbetriebe, die an die Wasserkraft gebunden waren und allesamt entlang kleinerer Fließgewässer errichtet wurden, so auch in der einstigen Textilhochburg Dornbirn. Kleinere Fließgewässer waren hinsichtlich ihrer Wasserkraft be-

1 Hans Nägele, Das Textilland Vorarlberg. Werden und Wachsen einer alpenländischen Industrie, Dornbirn 1949, S. 53–54.

deutend einfacher zu nutzen als die großen Vorarlberger Flüsse wie die Bregenzer Ach oder der Rhein.² Die Wasserkraft war gleichzeitig Voraussetzung und ausschlaggebender Faktor für die Errichtung der Textilbetriebe in Vorarlberg und speziell in Dornbirn. Textilfabrikant*innen benötigten die Wasserkraft sowohl zum Antrieb ihrer Maschinen als auch als Spül- und Lösungsmittel für die Veredelung.³ Als geeignete Betriebsflächen zur Wasserkraftnutzung auch an abgeschiedenen Orten in Dornbirn rar wurden, waren die Textilfabrikant*innen zur Beteiligung an Textilfabriken außerhalb Vorarlbergs⁴ oder zu aufwändigen Lösungen gezwungen, wie etwa die Wasserkraft künstlich durch das Dornbirner Gemeindegebiet zu ihren Betrieben zu leiten. Das bekannteste und das Dornbirner Stadtbild prägendste Beispiel hierfür ist der Müllerbach, ein künstlich errichteter Nebenlauf der Dornbirner Ach, dessen Errichtung, Ausbau und Nutzungsgeschichte durch die in der Frühindustrialisierung aufkommende Textilindustrie während des 19. Jahrhunderts in dieser Forschungsarbeit untersucht wird. Wie der Hinweis auf die unnatürliche Beschaffenheit des Gewässers bereits andeutet, liegt der Fokus auf der wirtschaftlichen Nutzung des Müllerbachs. Es handelt sich grundsätzlich um keine umweltgeschichtliche, sondern eine wirtschaftsgeschichtliche Arbeit.

In der Arbeit wird den Fragestellungen nachgegangen, weshalb sich Dornbirn für die Niederlassung von Textilbetrieben eignete, welche Bedeutung dabei den Fließgewässern für die Anfänge der Dornbirner Textilindustrie zukam und wie der Müllerbach errichtet und durch die Textilfabriken genutzt wurde, um eine Schlussfolgerung ziehen zu können, welchen Stellenwert er für das Aufblühen der Dornbirner Textilbetriebe innehatte. Besonderes Augenmerk gilt außerdem der durch Karl Ulmer vorgenommenen Verlängerung des Müllerbachs um 1822. Dabei wird als Arbeitshypothese angenommen, dass der Müllerbach eine mitentscheidende Rolle für die Produktion und das Aufkommen der Dornbirner Textilindustrie darstellte, da seine Wasserkraft die zentrale Energiequelle der Fabriken war, weshalb einerseits die Fabrikgebäude systematisch am Kanal erbaut wurden und andererseits dieser Bach gezielt errichtet bzw. verlängert und umgeleitet wurde, um die Wasserkraft an gewünschten Standorten bestmöglich zu nutzen.

Zunächst werden die Anfänge der Dornbirner Textilindustrie und deren Voraussetzungen überblicksmäßig beschrieben, worauf nachfolgend ausführlich auf das Erfordernis vorhandener Wasserkraft zur Entstehung von Textilbetrieben eingegangen wird. Dabei wird die Wasserkraft nicht nur als Notwendigkeit für die Errichtung von Textilbetrieben dargestellt, sondern auch erläutert, welche Bedeutung Fließgewässern konkret für Unternehmer*innen zukam, sodass diese gezielt Wasserrechte erwarben und um diese konkurrierten. Der Hauptteil der vorliegenden Arbeit widmet sich anschließend dem Müllerbach und seiner Geschichte, wobei insbesondere die Verlängerung des Kanals

2 Barbara Motter/Barbara Grabherr-Schneider, Orte – Fabriken – Geschichten. 188 historische Industriebauten in Vorarlberg, Innsbruck-Wien 2014, S. 150.

3 Werner Matt, Der Müllerbach, in: *Stubat* 23 (2010), Heft 62, S. 10.

4 Hubert Weitensfelder, Fabriken, Kühe und Kasiner. Dornbirn im Zeitraum von 1770 bis 1914, in: Werner Matt/Hanno Platzgummer u. a. (Hrsg.), *Geschichte der Stadt Dornbirn*, Bd. 2: Von der Frühindustrialisierung bis zur Jahrtausendwende, Dornbirn 2002, S. 11–128, hier S. 35.

um 1822 durch Karl Ulmer im Blickfeld steht und dessen Nutzung durch Textilbetriebe und deren Besitzer*innen.

Zwar existiert zum Forschungsthema eine Vielzahl an Literatur, die jedoch entweder die Dornbirner (Textil-)Industrie⁵, die Bedeutung der Wasserkraft anhand mehrerer Fließgewässer⁶ oder den Müllerbach selbst⁷ stärker in den Fokus rückt. Eine umfangreiche Publikation ist zusammen mit der Verwirklichung eines Industrielehrpfades entlang des Müllerbachs von der Stadt Dornbirn geplant.⁸ Die vorliegende Forschungsarbeit gewinnt daher nicht nur durch die zusammenhängende Thematisierung der Bedeutung der Wasserkraft des Müllerbachs für die Dornbirner Textilindustrie an Relevanz, sondern leistet damit auch einen Beitrag zu aktuellen Forschungen zur Dornbirner Stadtgeschichte. Die Grenzen dieser Arbeit ergeben sich aus der exemplarischen Untersuchung des Müllerbachs und der an ihm ansässigen Betriebe. Dieser Wasserlauf stellte zwar eine wichtige Energiequelle zur Textilerzeugung dar, doch war er bei Weitem nicht die einzige in Dornbirn. Andere Bäche und dort niedergelassene Betriebe werden nicht betrachtet. So wird beispielsweise das Unternehmen F. M. Hämmerle, eines der größten und bekanntesten Textilbetriebe Dornbirns, in dieser Arbeit nicht thematisiert, weil dieses nicht am Müllerbach ansässig war. Als zentrale Forschungsliteratur für die vorliegende Arbeit erwiesen sich die etwa im Kontext zur Forschungsthematik erwähnten Werke von Hubert Weitensfelder, der die Textilindustrie in der frühindustriellen Phase in Dornbirn und Vorarlberg mehrfach untersucht hat, sowie die Zeitschrift „Dornbirner Schriften“, die vom Dornbirner Stadtarchivar Werner Matt herausgegeben werden.

2. Die Anfänge der Dornbirner Textilindustrie

Vorarlberg verdankt seinen Status als „Textilland“, welchen es schon bald nach dem Aufkommen der Baumwollindustrie in Europa innehatte, seiner geografischen Lage und den Kontakten in die Ostschweiz. Der Aufschwung der Schweizer Textilindustrie begann mit der Aufhebung des Edikts von Nantes, wonach bis zu 60.000 reformierte Französinnen und Franzosen in die Schweiz flüchteten, unter denen sich viele wohlhabende Fabrikant*innen und geschickte Textilarbeiter*innen fanden. Die aufkommende Baumwollindustrie hatte ihre Hauptverbreitung mit Spinnereien und Webereien in der Ostschweiz, hier ist insbesondere St. Gallen zu nennen.⁹

In der Mitte des 18. Jahrhunderts kam es in St. Gallen zu Konflikten zwischen Textilunternehmer*innen und der dortigen Weberzunft, weshalb zunehmend Arbeitsaufträge aus der Ostschweiz an entferntere Regionen in Heimarbeit vergeben wurden, die nicht

5 Hubert Weitensfelder, *Interessen und Konflikte in der Frühindustrialisierung. Dornbirn als Beispiel* (Studien zur historischen Sozialwissenschaft 18), Frankfurt am Main-New York 1991.

6 Franz J. Huber, *Das Wasser machte es möglich*, in: *Dornbirner Schriften* 1 (1987), Heft 1, S. 3–26.

7 Franz Kalb, *Am Müllerbach abwärts*, in: *Dornbirner Schriften* 19 (2005), Heft 30, S. 39–47.

8 Dornbirn aktuell, 14.12.2021, <https://aktuell.dornbirn.at/presseaussendung/2021-12-14-stadts Spuren-industrie-und-wandel>, eingesehen 16.2.2023.

9 Nägele, *Textilland Vorarlberg*, S. 39–42.

an zünftiges Recht gebunden waren.¹⁰ In Heimarbeit spannen und webten die Bewohner*innen tausender Vorarlberger Haushalte für die helvetischen Arbeitgeber*innen.¹¹ Der Terminus „Heimarbeit“ wurde für die Unterscheidung zur klassischen Fabrikarbeit eingeführt und bezeichnet die vermehrt auftretende Massenlohnarbeit im eigenen Haushalt. Die Arbeit wurde zwar im eigenen Heim ausgeführt, hatte aber bereits im 18. Jahrhundert industriellen Charakter¹² und war im Verlag organisiert.¹³ Verleger*innen, die Kontakte zu überregionalen Märkten knüpften, kauften Rohstoffe und gaben diese mithilfe von Fergger*innen aufs Land zur Bearbeitung. Diese waren selbstständige Mitteleute, die für die Verleger*innen den Transport der Rohstoffe bzw. der fertigen Waren von den Heimarbeiter*innen zurück verantworteten und die Warenkontrolle nach Qualität und Quantität sowie die Rekrutierung und Bezahlung der Heimarbeiter*innen übernahmen. Ein direkter Kontakt zwischen Verleger*innen und Heimarbeiter*innen bestand daher in der Regel nicht.¹⁴ Auch in Dornbirn gab es einerseits eine Vielzahl an fachkundigen Arbeitskräften, die viel in Heimarbeit gesponnen und gewebt hatten, andererseits entstand durch das Verlagswesen auch eine Schicht von Händler*innen, die kaufmännisches Wissen und Kapital erwarben.¹⁵ Heimarbeit wurde von Frauen und Männern ausgeübt, wobei Frauen vorwiegend in der Spinnerei und Stickerei, Männer in der Weberei tätig waren.¹⁶ Ab 1773 bezog beispielsweise Adam Ulmer, der Vater des später beschriebenen Karl Ulmer, Rohbaumwolle aus der Schweiz, ließ diese im Land spinnen und lieferte das Garn wieder ab. Um 1789 waren in Dornbirn 2.680 Baumwollspinner*innen und 78 Weber*innen in Heimarbeit beschäftigt.¹⁷

Doch nicht nur die textile Heimarbeit kam über Kontakte zur Ostschweiz nach Vorarlberg, auch die Voraussetzungen für die industrielle Revolution in Vorarlberg waren jenen in der Schweiz sehr ähnlich. Die eidgenössische Industrie war in puncto Produktionstechniken und Fabrikanlagen dem Niveau Großbritanniens ebenbürtig, wovon auch Vorarlberger Unternehmen profitierten, die Maschinen und Produktionsanlagen aus der Schweiz nach Vorarlberg importierten sowie Facharbeiter*innen anwarben.¹⁸ Im Zuge der Industrialisierung entwickelte sich Dornbirn im späten 18. und hauptsächlich im 19. Jahrhundert zum Zentrum der Vorarlberger Textilerzeugung.¹⁹ Die Dornbirner Textilindustrie gründete dabei nicht auf dem vorhandenen Rohstoffvorkommen, vielmehr war sie arbeitskraftorientiert.²⁰ Dornbirn wies für frühindustrielle Verhältnisse eine hohe Bevölkerungsdichte auf.²¹ Die hohe Einwohnerzahl von rund 5.000

10 Werner Matt, Die Textilindustrie in Dornbirn, in: *Stubat* 23 (2010), Heft 62, S. 3–5, hier S. 3.

11 Weitensfelder, Fabriken, Kühe und Kasiner, S. 30.

12 Arno Fitz, Textile Heimarbeit, in: GFW Verlag (Hrsg.), *Vorarlberger Wirtschaftschronik*, Wien 1993, S. 21–40, hier S. 21.

13 Weitensfelder, Fabriken, Kühe und Kasiner, S. 30.

14 Fitz, Textile Heimarbeit, S. 21–22.

15 Werner Matt/Helga Platzgummer u. a., *Textilbilder. Die Dornbirner Textilindustrie bis 1918 (Die Reihe Arbeitswelten)*, Erfurt 2007, S. 9.

16 Barbara Motter/Barbara Grabherr-Schneider (Hrsg.), *Heimarbeit. Wirtschaftswunder am Küchentisch. Gesammelte Objekte und Erinnerungen*, Dornbirn 2019, S. 9.

17 Weitensfelder, *Interessen und Konflikte*, S. 42.

18 Gerhard Wanner, *Vorarlbergs Industriegeschichte*, Feldkirch 1990, S. 10–11.

19 Weitensfelder, *Fabriken, Kühe und Kasiner*, S. 29.

20 Franz Kalb, Die Anfänge der Dornbirner Textilindustrie, in: *Dornbirner Schriften* 2 (1988), Heft 5, S. 36–40, hier S. 36.

21 Weitensfelder, *Fabriken, Kühe und Kasiner*, S. 29.

Menschen um 1800, 8.000 Personen um 1850 und 13.000 Einwohner*innen um 1900 war einer der wichtigsten Faktoren, die die textile Industrialisierung begünstigten.²² Viele Dornbirner*innen konnten sich nicht allein von der Landwirtschaft ernähren, weshalb sich der Typ des Arbeiter-Bauern bzw. der Arbeiter-Bäuerin herausbildete.²³ Es gab dank des starken Bevölkerungswachstums in der Frühindustrialisierung überall genügend Arbeitskräfte – besonders in wachsenden Städten –, doch war für Dornbirner Textilarbeiter*innen der Umgang mit der Textilerzeugung alte Familientradition.²⁴

Die Anfänge der Dornbirner Textilindustrie begründeten vor allem Kontakte und Wirtschaftsbeziehungen zur Ostschweiz, durch welche die textile Heimarbeit und industrielle Fortschritte ins Land getragen wurden, sowie die hohe Bevölkerungszahl und die sozialen Verhältnisse der Bevölkerung. Darüber hinaus war das Aufblühen der Textilindustrie, die den Ort zum industriellen Zentrum Vorarlbergs machen sollte, den in hoher Anzahl vorhandenen Standorten für die Errichtung von Fabriken geschuldet, wofür Fließwasser zur Nutzung der Wasserkraft benötigt wurde.²⁵

3. Die Bedeutung der Fließgewässer für die Textilindustrie Dornbirns

3.1 Wasserkraft als Voraussetzung zur Niederlassung von Textilbetrieben

Neben den Kontakten zur Ostschweiz und der hohen Anzahl an vorhandenen Arbeitskräften war Dornbirn für die Gründung bzw. Niederlassung von Textilbetrieben insbesondere deswegen geeignet, weil aufgrund der topografischen und klimatischen Verhältnisse durch zahlreiche kleine Bäche und Flüsse genügend Wasserkraft zum Antrieb von Maschinen vorhanden war. Wie jede andere Protoindustrie war die Textilerzeugung an die Nutzung der Wasserkraft gebunden. Die zahlreichen kleinen Flüsse ließen zunächst nur die Entwicklung von Klein- und Mittelbetrieben zu, deren Besitzer*innen in permanenter Konkurrenz zueinander standen.²⁶ Die vielen Kleingewässer waren hinsichtlich ihrer Wasserkraft bedeutend einfacher zu nutzen als große Fließgewässer wie die Bregenzer Ach, die Ill oder der Rhein. Die kleinen Fließgewässer führten zwar im Winter auch weniger Wasser als im Sommer und konnten je nach Jahreszeit erhebliche Schäden anrichten, doch war die Wasserführung im Gegensatz zu den großen Flüssen im Sommer handhabbar und im Winter ausgleichbar. Daher reihte sich an den Dornbirner Naturbächen mit schwankender, aber ganzjähriger Wasserführung wie dem Steinebach, Fischbach, Eulenbach und auch dem künstlich errichteten Müllerbach bald Betrieb an Betrieb.²⁷ Vor allem die wasserreichen Seitentäler beherbergten Dornbirns große Industriebauten.²⁸ Die Standorte der Frühindustrialisierung waren in Vorarlberg ans Wasser gebunden, weil praktisch keine Kohlelagerstätten existierten. Die ersten Industriegebiete entstanden entlang der Linie zwischen Kennelbach und

22 Matt/Platzgummer u. a., *Textilbilder*, S. 9.

23 Weitensfelder, *Fabriken, Kühe und Kasiner*, S. 29.

24 Kalb, *Die Anfänge der Dornbirner Textilindustrie*, S. 36.

25 Matt/Platzgummer u. a., *Textilbilder*, S. 9.

26 Wanner, *Vorarlbergs Industriegeschichte*, S. 11.

27 Motter/Grabherr-Schneider, *Orte – Fabriken – Geschichten*, S. 150.

28 Matt, *Die Textilindustrie in Dornbirn*, S. 3.

Bürs an jenen Stellen, wo Wasserläufe ins Tal übertraten. Dornbirn lag mit seinen zahlreichen Bergbächen dafür günstig, die Dornbirner Ach versorgte über Kanäle und Ableitungen wie den Müllerbach die ersten Fabriken mit genügend Wasserkraft, um Maschinen anzutreiben.²⁹ Die erste Spinnerei Dornbirns von der Firma Rhomberg & Lenz nutzte beispielsweise seit ihrer Gründung die Wasserkraft des Müllerbachs. Dies war ein entscheidender Vorteil gegenüber Spinnereien, die mit reiner Muskelkraft betrieben werden mussten.³⁰ Um 1820 waren in der Schweiz, deren technische Entwicklung Vorbildwirkung für die Vorarlberger Unternehmer*innen hatte, Spinnmaschinen ohne Wasserkraft nicht konkurrenzfähig. Sie waren damit an Standorte in der Nähe von Fließgewässern gebunden,³¹ Wasserkraft war gleichzeitig Voraussetzung und ausschlaggebender Faktor für deren rasch voranschreitende Entwicklung. Wo immer nur genügend Fließwasser vorhanden schien, drehten sich die Wasserräder zum Antrieb der Spinnmaschinen.³²

In Dornbirn kamen daher für die ersten Textilbetriebe am Wasser Standorte an der Dornbirner Ach, an von ihr abgeleiteten Kanälen sowie am Steinebach infrage. Nach dem Vorbild der im frühindustriellen Zeitalter gängigen Praxis wurden die Flussbetten der Bäche modifiziert und umgeleitet, um deren Wasserkraft bestmöglich zu nutzen. Als die Betriebe jedoch ausgeweitet wurden, erwies sich die vorhandene Wasserkraft nicht als ausreichend, weshalb Spinnereien und Webereien zwangsläufig nur in gewissen Abständen voneinander angelegt werden konnten. Daher entstanden im 19. Jahrhundert die Betriebe im Gütle, Eulental und Weppach, entlang des Steinebachs und Fischbachs sowie die Textilbetriebe entlang des durch Menschenhand errichteten Müllerbachs in den Parzellen namens Sägen, Schmelzhütten, Mittebrunnen, Rohrbach und Schwefel.³³ Während die Parzellen Sägen und Schmelzhütten ihre Namen aufgrund ihrer gewerblichen Nutzung durch entsprechende Betriebswerke erhielten,³⁴ verdankten die Fluren Rohrbach und Mittebrunnen ihre Namen nicht mehr bestehenden Betten einstiger Bäche.³⁵ Die volkstümliche Bezeichnung „Schwefel“ umfasst das gesamte Gebiet entlang der Landesstraße von der Eisenbahn bis Lauterach und stammt von einer der dort entspringenden Schwefelquellen.³⁶ Die Flurnamen und Textilbetriebe werden in der Literatur wie im Volksmund meist als Synonyme verwendet, bezeichnen jedoch je nach Kontext die Betriebe, das Kerngebiet der jeweiligen Flur oder die gesamten Fluren.

Nutzbare Wasserkräfte an geeigneten Betriebsflächen waren im Dornbirner Ortsgebiet mit dem Aufblühen der Textilindustrie rar geworden, weswegen abgelegene Gebiete für die Industrie an Aufmerksamkeit gewannen. So nahm Franz Martin Hämmerle um 1864 eine Spinnerei mit 11.000 Spindeln im Gütle in Betrieb. Der Standort war aus

29 Weitensfelder, Fabriken, Kühe und Kasiner, S. 30.

30 Hubert Weitensfelder, *Industrie-Provinz. Vorarlberg in der Frühindustrialisierung 1740–1870* (Studien zur historischen Sozialwissenschaft 29), Frankfurt am Main 2001, S. 98.

31 Weitensfelder, *Interessen und Konflikte*, S. 71–73.

32 Nägele, *Textilland Vorarlberg*, S. 51.

33 Weitensfelder, *Interessen und Konflikte*, S. 74.

34 Franz Kalb, Ortsnamen in Dornbirn, in: *Dornbirner Schriften* 26 (2012), Heft 41, S. 7–37, hier S. 25–26.

35 Albert Bohle, Dornbirner Straßennamen, in: *Dornbirner Schriften* 26 (2012), Heft 41, S. 38–134, hier S. 105–115.

36 Kalb, Ortsnamen in Dornbirn, S. 27.

Dornbirner Sicht vermutlich der Inbegriff der Abgeschlossenheit, verfügte aber über eine für die Spinnerei günstig hohe Luftfeuchtigkeit und ausreichend Wasserkraft,³⁷ die jedoch durch aufwändige Transmissionen auf kürzestem Wege zur Spinnmaschine bzw. zum Webstuhl gebracht werden musste.³⁸ Mithilfe von Wasserrädern wurde sie zwar in vielseitiger Art von der Textilindustrie genutzt, jedoch konnte die dem Wasser abgewonnene Energie nicht über weite Strecken – wie es später bei elektrischem Strom möglich wurde – transportiert werden.³⁹ In Dornbirn wurde daher bis um 1900 versucht, die Wasserkraft der Bergbäche bis auf den letzten Tropfen zu nutzen, ein weiteres Anwachsen der Dornbirner Textilindustrie war – unter Voraussetzung der Absatzmöglichkeiten – nur durch Elektrizität möglich. Diese Tatsache ließ Hans Nägele die in der Einleitung genannte Vermutung anstellen, dass keine einzige Spinnerei und Weberei in Dornbirn an derselben Stelle wie heute stehen würde, wenn Dynamomaschinen, die Fernleitung des elektrischen Stromes und der elektrische Antrieb der Spinnmaschinen bzw. Webstühle einhundert Jahre früher erfunden worden wären. Stattdessen wären die Fabriken beispielsweise in der Nähe der Bahn errichtet worden. So aber stellte die Wasserkraft für das Aufkommen der Baumwollindustrie als dem wichtigsten Industriezweig Vorarlbergs die grundlegende Voraussetzung.⁴⁰ Die Wasserkraft war durch Wasserräder dort am einfachsten zu nutzen, wo Flüsse und Bäche im Sommer wie im Winter möglichst konstant flossen. Die Dornbirner Ach besaß bis zu ihrer Einwührung mit Steinmauern zwischen 1828 bis 1837 ein doppelt bis dreifach breiteres Bett und viel flachere Ufer. Daher trocknete sie im Sommer ein, das dünne Rinnsal wurde jedoch zu einem mitreißenden Fluss, wenn es stark regnete. Zum Betrieb von Wasserwerken an der Dornbirner Ach musste deren Wasser mithilfe eines Schwellwuhres in einen Kanal abgeleitet werden, der zu den Wasserrädern führte. Die Erhaltung eines solchen Schwellwuhres war aufgrund der starken Wasserschwankungen und der Flößerei sehr aufwendig, weshalb es sich wirtschaftlich lohnte, an einem Kanal mehrere Werke hintereinander zu betreiben und das Schwellwahr gemeinschaftlich zu erhalten,⁴¹ was im anschließenden Kapitel detailliert anhand des Müllerbaches nachvollzogen wird.

3.2 *Erwerb von Wassernutzungsrechten*

Weil für jeden Wasserfluss, an dem ein Wasserwerk betrieben wurde, eine obrigkeitliche Bewilligung notwendig war, war das Interesse groß, die Wasserkraft durch mehrere Arbeitsvorgänge zu nutzen. Wer daher ein Wasserrecht besaß, gab es nicht ohne Weiteres preis; wer hingegen ein solches erben konnte, stieg dadurch sozial auf.⁴² Die Dornbirner Fließgewässer mit je nach Jahreszeit zwar schwankender, aber fast ganzjähriger Wasserführung wurden nicht nur von wohlhabenden Familien genutzt und umgeleitet, ihre Wasserrechte wurden ebenso wie die Besitztümer der Fabrikantenfa-

37 Motter/Grabherr-Schneider, *Orte – Fabriken – Geschichten*, S. 158–159.

38 Matt, *Die Textilindustrie in Dornbirn*, S. 4.

39 Martin Trunk, *Funktionelle Betrachtung des Müllerbaches und daraus resultierende Folgen einer Dotation der Dornbirner Ache*, Dipl. Wien 1992, S. 3.

40 Nägele, *Textilland Vorarlberg*, S. 53–54.

41 Trunk, *Funktionelle Betrachtung des Müllerbaches*, S. 4–5.

42 Ebd., S. 4.

milien durch geschickte Heirat untereinander verschmolzen.⁴³ Neben Erbschaft gab es auch andere Möglichkeiten, Wasserrechte, mit welchen die Bewirtschaftung der Fließgewässer und die Nutzung ihrer Wasserkraft einhergingen, zu erwerben. Es begann eine regelrechte Jagd auf die Wassernutzungsrechte. Wurde an einer Stelle ein solches frei, so griff schnellstmöglich die oder der Nächste zu, weil die Wasserkraft gegenüber der teuren Dampfkraft die einzige reale Antriebsalternative darstellte.⁴⁴ Die Dornbirner Textilpionier*innen ererbten oder erwarben alte Wasserrechte an den Flüssen und Bächen, die zur Grundlage ihrer Industriebetriebe wurden. Die meisten Textilfabriken am Müllerbach wie die Standorte in Juchen, Schmelzhütten, Mittebrunnen, Rohrbach und Schwefel gehen dabei auf alte Wasserwerke zurück und entstanden aus Mühlen oder Schmieden.⁴⁵ Mithilfe von Wasserrädern konnte die Wasserkraft der Fließgewässer zwar in vielseitiger Art von der Textilindustrie genutzt werden, jedoch die dem Wasser abgewonnene Energie nicht über weite Strecken – wie es später bei elektrischem Strom der Fall sein würde – transportiert werden. Wer die Wasserkraft nutzen wollte, musste seinen Betrieb an einem Fließgewässer errichten. Dabei waren jene im Vorteil, die Bäche und Kanäle sowie deren Nutzungsrechte ihr Eigen nennen konnten.⁴⁶ So erwarb beispielsweise auch der spätere Großindustrielle Franz Martin Hämmerle zu Beginn seines Unternehmertums systematisch die Wassernutzungsrechte am Steinebach und etablierte dort mehrere Betriebsstandorte.⁴⁷ Schritt für Schritt kaufte er immer weitere an seine Fabrik angrenzende Liegenschaften am Steinebach sowie dazugehörige Rechte, die er effizient nutzte, um sein Unternehmen sukzessive auszubauen.⁴⁸ Dafür erwarb er auch zwei Sägewerke flussaufwärts seiner Niederlassung am Steinebach wegen der Wassernutzungsrechte.⁴⁹

Der gezielte Ankauf von Wasserrechten entzog sich zunächst der alltäglichen Wahrnehmung,⁵⁰ mit dem Aufblühen der Textilindustrie in den ersten Jahrzehnten bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts häuften sich jedoch die Auseinandersetzungen um die Nutzung von Quellen und Bächen, die bis zur Errichtung der allgemeinen städtischen Wasserversorgung 1927 jeden Haushalt und alle Bürger*innen persönlich betrafen. Die Nutzung der Quellen und deren Wasserrechte waren dabei von besonderer Bedeutung, da Betriebe wie Textilfärbereien und Druckereien Sauberwasser für die vorgenommenen Veredelungsprozesse benötigten. Es waren jene Unternehmer*innen im Vorteil, die sowohl über die Quellen selbst als auch deren Wasserrechte verfügten. Mit dem Besitz eines Grundstückes, auf welchem sich Quellen befanden, ging jedoch nicht unbedingt der Besitz der Wasserrechte der Quellen bzw. eines der Quelle entspringendem Fließgewässers einher. So besaß beispielsweise der Dornbirner Handelsmann Georg Huber

43 Motter/Grabherr-Schneider, *Orte – Fabriken – Geschichten*, S. 150.

44 Huber, *Das Wasser machte es möglich*, S. 3.

45 Kalb, *Die Anfänge der Dornbirner Textilindustrie*, S. 38–39.

46 Trunk, *Funktionelle Betrachtung des Müllerbaches*, S. 3.

47 Weitensfelder, *Fabriken, Kühe und Kasiner*, S. 30.

48 Motter/Grabherr-Schneider, *Orte – Fabriken – Geschichten*, S. 156.

49 Huber, *Das Wasser machte es möglich*, S. 7.

50 Hubert Weitensfelder, *Von der Mühle zur Fabrik*, in: Werner Matt (Hrsg.), *Fabriken, Mühlen, Bauernhäuser. Zur Entstehung einer Industrielandschaft. Baupläne für Dornbirn und Umgebung aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts*, Dornbirn 1992, S. 8–31, hier S. 25.

Wald- und Grundstücke, auf denen sich Quellen, Wasserleitungen und Gräben befanden, deren Wasserrechte aber nicht ihm gehörten.⁵¹ Die errichteten Färbereien und Veredelungsbetriebe trugen dazu bei, dass die Nutzung der Wasserkraft Ursache vieler Streitigkeiten war. Auch in Dornbirn gab es zunehmend Konflikte um Wasserrechte,⁵² juristische Kämpfe wurden um jedes Wässerlein geführt,⁵³ wie die nachfolgende Streitigkeit Karl Ulmers, dem Erbauer des Müllerbachs, mit dem Unternehmen Herrburger & Rhomberg beispielhaft illustriert.

3.3 *Ulmer'scher Wasserkonflikt*

Karl Ulmer (1773–1846) gehörte zu den Dornbirner Fabrikgründern der ersten Generation⁵⁴ und war der mit Abstand größte Müller Dornbirns, bevor er zum Textilpionier aufstieg.⁵⁵ Ab 1806 nahm er zusammen mit Johann Salzmänn⁵⁶ in der Parzelle Schwefel, wo auch seine Mühle stand, den Betrieb einer Indienne- und Blaudruckfabrik auf.⁵⁷ Gemeinsam mit seinen Söhnen Adam und Johann Georg errichtete Ulmer im Schwefel und im Rohrbach eine erste Industrielandschaft Dornbirns,⁵⁸ die um verschiedene Spinnereien, Webereien und Veredelungsbetriebe erweitert wurde.⁵⁹ Ulmer galt unter anderem als Textilpionier, weil er der erste in Vorarlberg war, der zur mechanischen Weberei überging. Zuvor war die Weberei ausschließlich Handarbeit gewesen. Ulmer importierte die mechanischen Webstühle aus dem Elsass.⁶⁰ Mit wechselnden Mitstreiter*innen versuchte der umtriebige Ulmer sein Unternehmen zu erweitern, indem er zur Kapitalbeschaffung neue wirtschaftliche Beziehungen knüpfte und diese alsbald wieder auflöste.⁶¹ Sein früh in das Unternehmen integrierter Sohn Johann Georg Ulmer betrieb den Standort im Schwefel nach dem Tod seines Vaters weiter und baute das Areal aus.⁶² Die Ulmer'schen Betriebe gingen bis 1934 zur Gänze in den Besitz von F. M. Rhomberg über, nach dessen Konkurs die Erinnerung an die Ulmer im kollektiven Bewusstsein der Dornbirner Bevölkerung verblasste.⁶³ Zu Lebzeiten war Karl Ulmer jedoch ein stadtbekannter Mann und setzte sich gegen Konkurrenz jedweder Art kräftig zur Wehr,⁶⁴ so auch, nachdem er 1822 den Müllerbach über den Rohrbach in sein Industriegebiet im Schwefel verlängern ließ.⁶⁵

51 Franz J. Huber, Franz Martin Hämmerle. Biografie einer herausragenden Unternehmerpersönlichkeit, in: *Dornbirner Schriften* 30 (2016), Heft 45, S. 11–158, hier S. 51.

52 Ebd.

53 Ebd., S. 57.

54 Weitensfelder, *Fabriken, Kühe und Kasiner*, S. 32.

55 Ebd., S. 20.

56 Die Dornbirner Industriegeschichte kennt zwei unterschiedliche Fabrikanten mit dem Namen Johann (Baptist) Salzmänn. Hier ist der Ältere gemeint.

57 Weitensfelder, *Interessen und Konflikte*, S. 84.

58 Weitensfelder, *Von der Mühle zur Fabrik*, S. 17.

59 Weitensfelder, *Interessen und Konflikte*, S. 84–91.

60 Vorarlberg Chronik, o. D., <https://www.vol.at/tools/chronik/viewpage.aspx?viewtype=artikel&id=55&left=artikel>, eingesehen 12.6.2022.

61 Motter/Grabherr-Schneider, *Orte – Fabriken – Geschichten*, S. 168–169.

62 Ebd., S. 169–170.

63 Weitensfelder, *Fabriken, Kühe und Kasiner*, S. 34.

64 Weitensfelder, *Interessen und Konflikte*, S. 85.

65 Kalb, *Am Müllerbach abwärts*, S. 41.

1826 verhinderte Karl Ulmer die Ansiedlung einer von Herrburger & Rhomberg geplanten Färberei in seiner unmittelbaren Nachbarschaft auf gerichtlichem Wege,⁶⁶ wie im Vorarlberger Landesarchiv einsehbare Akten des Landgerichts Dornbirn bekunden.⁶⁷ Herrburger & Rhomberg beantragten an einem Kanal nahe Ulmers Betrieben im Schwefel die Errichtung einer Türkischrotfärberei.⁶⁸ Ulmer klagte daraufhin, die Färberei würde das Wasser des Baches verunreinigen, welches er für sein Haus und Vieh benötige. Weiters besitze er am geplanten Bauort eine Mahlmühle und damit auch das Wassernutzungsrecht. Darüber hinaus argumentierte er, dass sich das von Herrburger & Rhomberg verbrauchte Wasser nicht mehr für ihn zum Bleichen, Appretieren und Walken eignen würde.⁶⁹ Herrburger & Rhomberg hielten dagegen, dass der geplante Bau weder Ulmers Eigentum noch die Wasserqualität beeinträchtigen würde. Auf dem Fließweg zu Ulmers Betrieb würde sich das Wasser wieder von selbst reinigen. Zudem sei sein Wasserrecht mit der Übersetzung seiner alten Mühle erloschen.⁷⁰ Dem hielt Ulmer wiederum entgegen, dass die Farben an der Oberfläche des Kanals verblieben und nicht durch Kiesel zu reinigen seien. Ulmer ließ zur Illustration seiner Ansprüche einen Situationsplan erstellen, auf welchem seine Betriebe und Kanäle eingezeichnet waren.⁷¹ Er wiederholte seine Behauptung, das alleinige Wasserrecht zu besitzen und drohte damit, das Wasser seines Kanals umzuleiten und so die Färberei im Trockenen stehen zu lassen. Schließlich traten Herrburger & Rhomberg für die Prüfung der Angelegenheit durch Sachverständige ein, durchsetzen konnte sich jedoch Karl Ulmer.⁷²

66 Vorarlberg Chronik, o. D., <https://www.vol.at/tools/chronik/viewpage.aspx?viewtype=artikel&id=55&left=artikel>, eingesehen 12.6.2022.

67 Ulmer an Landgericht Dornbirn, 22.5.1826. Vorarlberger Landesarchiv, Landgericht Dornbirn, Schachtel 205, Akte 19.

68 Aus den Quellen im Landesarchiv geht nicht eindeutig hervor, um welchen Kanal es sich handelt. Nach einem Gespräch über den Lageplan mit dem Dornbirner Historiker Harald Rhomberg kann aber der Müllerbach nahezu ausgeschlossen werden.

69 Weitensfelder, Von der Mühle zur Fabrik, S. 18.

70 Ebd.

71 Grundriß vom Schwefel & Mühlgraben gegen den Fischbach, Mai 1826. Vorarlberger Landesarchiv, Landgericht Dornbirn, Schachtel 205, Akte 19.

72 Weitensfelder, Von der Mühle zur Fabrik, S. 18.

4. Der Müllerbach

4.1 Allgemeines und geografischer Verlauf

Der Müllerbach ist ein künstlich erbauter Kanal, der aus der Dornbirner Ach abgeleitet wird und über die gesamte Länge im Dornbirner Gemeindegebiet verläuft. Er wurde über die vergangenen Jahrhunderte sowohl flussaufwärts als auch flussabwärts mehrmals durch Menschenhand verlängert und umgeleitet.⁷³ Sein Wasser bezieht der zur Nutzung dieser Energiequelle erbaute Kanal von der Dornbirner Ach, seine Wassermenge beträgt maximal 1,85 m³ pro Sekunde.⁷⁴ Neben seiner primären Funktion als Nutzwasserlieferant verfügt er auch über eine energiewirtschaftliche, ökologische und landschaftsästhetische Funktion.⁷⁵ Seinen Ursprung nimmt er an der Wasserfassung der Dornbirner Ach auf Höhe des Waldbades Enz mittels einer „Tiroler Wehr“, einem speziellen Stauwerk zur Wasserentnahme an Gebirgsbächen. Von dort aus verläuft er mit wenigen Ausnahmen als unterirdischer Kanal über drei Kilometer parallel zu seinem Quellfluss, bis er auf Höhe Mittebrunnen an die Oberfläche tritt und weiter in Richtung Rohrbach fließt. Unterhalb der letzten Staustufe des Kraftwerks Forach mündet er in den Karlesgraben, der im Edlach als Quelle entspringt. Im weiteren Verlauf fließt der Karlesgraben mit dem Fischbach zusammen, ab dieser Einmündung trägt das Gerinne den Namen Fußenaerkanal, der wiederum in die Dornbirner Ach mündet. Der Müllerbach umfasst also drei Fließgewässer, die jedoch wirtschaftlich und im Volksmund als Ganzes aufgefasst werden, weil in niederschlagsfreien Perioden der Karlesgraben fast ausschließlich und der Fußenaerkanal überwiegend vom Wasser des Müllerbachs gespeist werden und sie sowohl geografisch als auch funktionell eine untrennbare Einheit bilden.⁷⁶ In der nachfolgenden Abbildung ist der gegenwärtige Verlauf des Müllerbachs im Dornbirner Gemeindegebiet in gelber Farbe von seiner Wasserfassung im Südosten bis zur Einmündung in den Karlesgraben im Forach nordwestlich des Stadtkerns abgebildet.

Aus einer umweltgeschichtlichen Perspektive, die den Wandel von „sozionaturalen Verhältnissen“ und damit die Interaktion gesellschaftlicher mit ökologischen Prozessen in der Vergangenheit untersucht und danach fragt, wie sich Menschen zum Rest der Natur ins Verhältnis setzten,⁷⁷ ist dem Müllerbach zu eigen, dass er ein industriell genutztes Fließgewässer Dornbirns ist, welches über seinen gesamten Verlauf von Menschenhand erschaffen wurde, um die entlang desselben errichteten Betriebe mit Wasserkraft zu versorgen.⁷⁸

73 Trunk, Funktionelle Betrachtung des Müllerbaches, S. 15.

74 Amt der Vorarlberger Landesregierung/Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft (Hrsg.), Fließgewässerinventur Vorarlberg. Pilotprojekt Dornbirnerach (Lebensraum Vorarlberg. Grundlagenarbeit zu Natur und Umwelt 5), Bregenz 1993, S. 343.

75 Trunk, Funktionelle Betrachtung des Müllerbaches, S. 41.

76 Ebd., S. 15–17.

77 Patrick Kupper, Umweltgeschichte (Einführungen in die Geschichtswissenschaft. Neuere und neueste Geschichte 3), Göttingen 2021, S. 15.

78 Trunk, Funktionelle Betrachtung des Müllerbaches, S. 15–17.

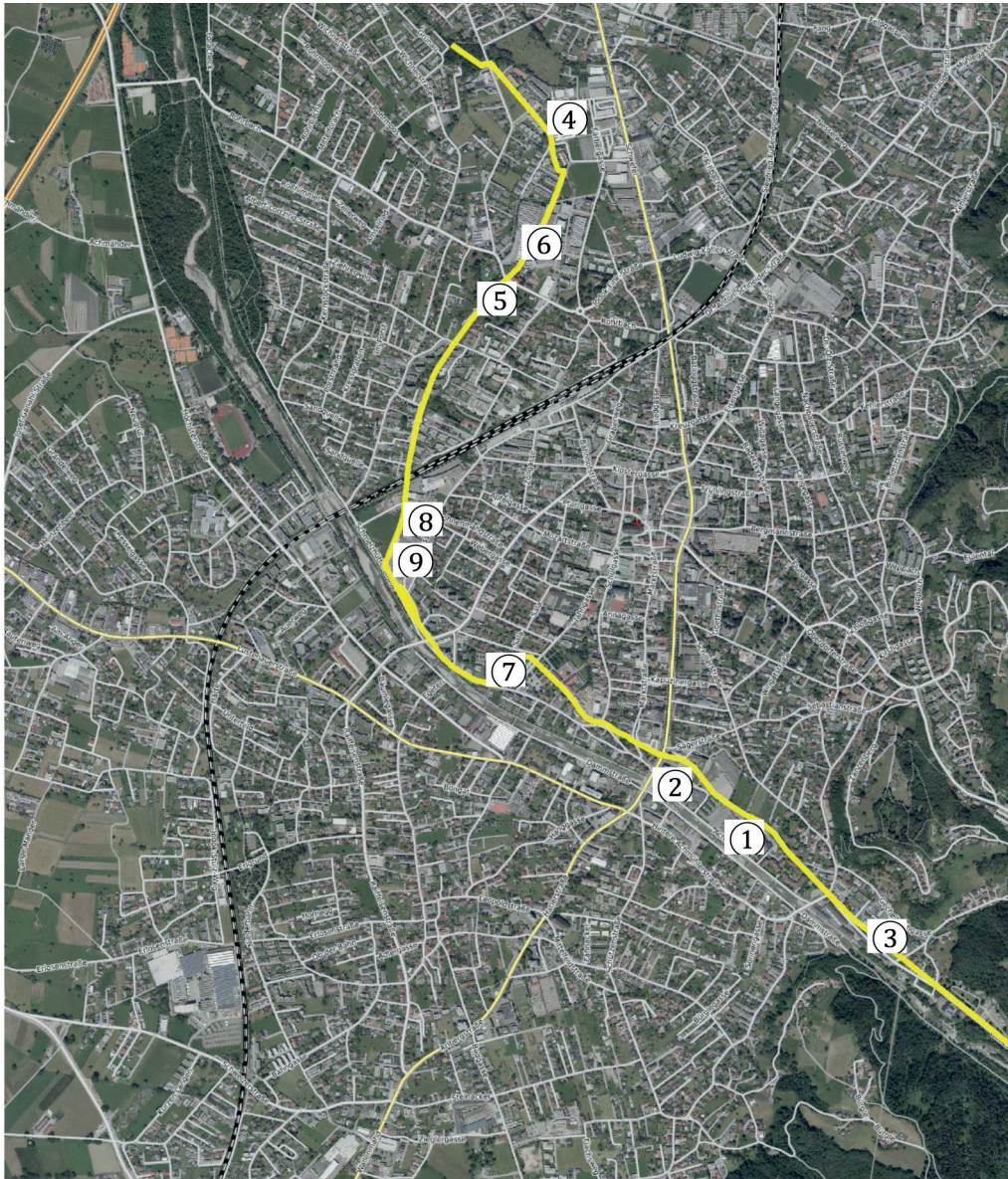


Abbildung 1: Verlauf des Müllerbachs. Die Nummerierung bezieht sich auf die detaillierte Beschreibung in Kapitel 5.

4.2 Geschichte

Der Müllerbach wurde wahrscheinlich gegen Ende des 14. Jahrhunderts zur Nutzung einer ersten Achmühle im späteren Industriegebiet der „Mühlebündt“ erbaut.⁷⁹ Das Gebiet verdankt seinen Namen einer um 1394 bezeugten Mühle, deren Zubringer der Müllerbach war.⁸⁰ Dem Namen nach muss sie die zu diesem Zeitpunkt einzige Mühle entlang der Dornbirner Ach gewesen sein.⁸¹ Aus dem Jahr 1394 existiert eine Schlich-

79 Bohle, Dornbirner Straßennamen, S. 63.

80 Ebd., S. 129.

81 Franz Kalb, Dornbirn wie es früher war. Hörfunkvorträge, Dornbirn 1984, S. 29.

tungsurkunde des Besitzers Hans Luger mit Holzflößern.⁸² Dabei wurde in der Pfingstwoche der Schiedsspruch gefällt, dass die Holzflößer in der Ach dem Achmüller Hans Luger den Schaden an seinem Wuhr und Wasserkanal zu ersetzen hatten.⁸³ Zu diesem Zeitpunkt wurde das Wasser einzig für diese Mühle gefasst und danach direkt wieder in die Ach geleitet.⁸⁴ Die Anlage der Mühle fiel in den Besitz der Grafen von Hohenems, gehörte zuletzt dem Grafen Jakob Hannibal und brannte 1581 nieder.⁸⁵

Der Müllerbach, wie er für die vorliegende Forschungsarbeit von Relevanz ist, wurde spätestens um 1580 erstmals wenige hundert Meter flussabwärts der einstigen Achmühle errichtet und bis zu den an der Dornbirner Ach gelegenen „Schmelzhütten“ verlängert, wo Eisen verarbeitet wurde. Sein damals errichteter Verlauf dürfte mit jenem der heutigen Zeit übereingestimmt haben.⁸⁶ Im 16. Jahrhundert standen nur wenige hundert Meter flussaufwärts der Schmelzhütten an der „Sägen“ mehrere durch Mühlen betriebene Holzsägen, die verschiedenen dicht aneinander stehenden Betrieben angehörten. Diese wurden mit dem Kanal verbunden, damit deren Wasserräder nicht länger durch das Hochwasser der Dornbirner Ach gefährdet wurden. Die Wasserfassung des damaligen Müllerbachs als „Säger Werkskanal“ befand sich beim Schwellwuh unterhalb der Juchen. Um 1640 wurde er flussaufwärts verlängert, wobei das Wasser von da ab unterhalb der alten Achmühle entnommen wurde.⁸⁷ Die Säger Werksbesitzer*innen kauften ein Grundstück unter der Achmühle vom Ammann Lorenz Hueber, um die Zuleitung des Wassers zu verbessern.⁸⁸ Aus diesem Jahr stammt die erste erhaltene Urkunde, in welcher der Müllerbach explizit erwähnt wird. Die Werkbesitzer*innen hatten nicht nur den Grund oberhalb der Sägen für eine ordentliche Wasserversorgung erworben, sondern waren damit gleichzeitig zur Erhaltung des Kanals verpflichtet. Zu dieser Zeit befand sich der Rückfluss in die Ach auf Höhe der heute denkmalgeschützten historischen Dampfmaschine in der Schmelzhütterstraße.⁸⁹ Bis 1755 dürfte der Müllerbach in diesem Bereich in die Ach zurückgeleitet worden sein. Das Flussbett der Dornbirner Ach hatte sich jedoch derart erhöht, dass die Fließgeschwindigkeit für einen rentablen Betrieb der Mühle in den Schmelzhütten zu gering wurde. Die Inhaber der Mühle Martin Herburger, Johannes Meuz und Anton Huber suchten um eine Verlängerung des Müllerbachs samt neuer Mündung in die Ach mit der Begründung an, dass die Ach sich vor einigen Jahren mit Kies und Steinen derart erhöht habe, dass sie bei ihrer Mühle zu wenig Wasserkraft hätten und diese daher öfters stillstehen würde. Dem Vorhaben wurde unter der Bedingung stattgegeben, dass die Antragsteller den Schaden selbst beheben müssten, falls der Fahrweg beschädigt würde.⁹⁰ Damit dürf-

82 Kalb, Ortsnamen in Dornbirn, S. 9.

83 Kalb, Am Müllerbach abwärts, S. 39.

84 Harald Rhomberg, Die Schmelzhütten. Ein frühes Gewerbegebiet Dornbirns und die Keimzelle der Rüscher Werke, in: Klaus Fessler/Werner Matt (Hrsg.), Rüscher Werke Dornbirn. Der bedeutendste Metallbetrieb Vorarlbergs im Industriezeitalter, Dornbirn 2017, S. 35–45, hier S. 36.

85 Kalb, Am Müllerbach abwärts, S. 39.

86 Kalb, Dornbirn wie es früher war, S. 30.

87 Matt, Der Müllerbach, S. 10.

88 Kalb, Dornbirn wie es früher war, S. 30.

89 Kalb, Am Müllerbach abwärts, S. 40.

90 Rhomberg, Die Schmelzhütten, S. 37.

te der Müllerbach bis in den Bereich der heutigen Steggasse bzw. Moosmahdstraße verlängert und dort in die Dornbirner Ach zurückgeführt worden sein,⁹¹ wo er bis zur nachfolgend beschriebenen Verlängerung durch Karl Ulmer wieder in seinen Quellfluss zurückfloss.⁹² 1757 waren insgesamt 21 Wasserräder am Müllerbach vorhanden, die von Franz Herburger (drei Räder), Franz und Martin Herburgers Witwe (vier Räder), Anton Herburger mit zwei Wehingern (vier Räder), Felix Diem (vier Räder), Johannes und Michael Bröll (drei Räder) sowie Johannes Mötz und Konsorten (drei Räder) betrieben wurden.⁹³ In Folge der steigenden Anzahl an Werken, die an den Müllerbach angeschlossen worden waren, wurde der Kanal wiederum flussaufwärts verlängert. 1812 entstand durch die Firma Rhomberg & Lenz die Flachsspinnerei Juchen, die bald in eine Baumwollspinnerei umgestellt wurde.⁹⁴ Um 1818 werden Martin Herburger, Martin Hämmerle, Anton Wehinger, Jakob Rusch, Josef Anton Feurstein, Johann Georg Erath, Andreas Rein und Anton Mayer als Besitzer des Müllerbachs genannt.⁹⁵

Flussaufwärts wurde die Wasserfassung des Müllerbachs letztmals mit dem Bau der Fabrik Mühlebündt, an deren Stelle die namensgebende Mühle im Mittelalter gestanden hatte, zum Müllerwuh auf Höhe des heutigen Waldbades Enz verlegt,⁹⁶ die 1831 im Zuge der Einwuhung der Dornbirner Ach vollzogen wurde.⁹⁷ Im Oktober 1911 wurde das Schwellwuh in der Dornbirner Ach repariert, welches der Wasserzufuhr des Müllerbachs diente, wodurch die Wasser- und Energieversorgung der Textilbetriebe am Müllerbach gewährleistet werden sollte.⁹⁸

4.3 *Verlängerung des Müllerbachs durch Karl Ulmer*

Die Mühlen und Textilbetriebe, die zu Beginn des 19. Jahrhunderts entstanden, brachten die Anforderungen mit sich, dass der Wasserfluss als Energiequelle auf eine möglichst gleichmäßige Art und Weise über das gesamte Jahr notwendig wurde.⁹⁹ Karl Ulmer erkannte zu jener Zeit, dass die Anrainer*innen am Müllerbach über einen viel kräftigeren Wasserfluss verfügten als er, der den sehr unregelmäßig fließenden Steinebach und die 15 Fischbachquellen im Schwefel nutzte. Daher ließ er 1822 den Müllerbach über den Rohrbach in sein Industriegebiet im Schwefel verlängern, wodurch dieser fortan wesentlich weiter flussabwärts im Forach über den Karlesgraben in die Ach zurückgeleitet wurde.¹⁰⁰ Karl Ulmer investierte also in die Verlängerung und Abzweigung des Müllerbachs vom Bereich Mittebrunnen in Richtung Schwefel und errichtete erste Industriebauten im Bereich „Langer Trog“¹⁰¹, wo später das für die Straße namensgebende, langgestreckte Arbeiterwohnhaus der Textilfirma J. G. Ulmer errich-

91 Ebd.

92 Kalb, Am Müllerbach abwärts, S. 41.

93 Rhomberg, Die Schmelzhütten, S. 36.

94 Kalb, Am Müllerbach abwärts, S. 40.

95 Rhomberg, Die Schmelzhütten, S. 37.

96 Matt, Der Müllerbach, S. 10.

97 Trunk, Funktionelle Betrachtung des Müllerbaches, S. 5.

98 Matt/Platzgummer u. a., Textildbilder, S. 64.

99 Josef P. Moosbrugger, Topographie von Dornbirn nach dem Plane von 1832, Dornbirn 1898, S. 46.

100 Kalb, Am Müllerbach abwärts, S. 41.

101 Motter/Grabherr-Schneider, Orte – Fabriken – Geschichten, S. 150.

tet werden sollte.¹⁰² Der rechtwinkelige Knick im Bereich der Bildgasse geht auf diese Verlängerung 1822 durch Ulmer zurück. Der alte Verlauf, in welchem der Müllerbach in die Dornbirner Ach im Gebiet Porst zurückfloss, existiert heute noch als sogenannter Forachgraben.¹⁰³ Im Zuge der Verlängerung des Kanals ließ der Fabrikant um 1822 seine Mühle in den Schwefel übersetzen.¹⁰⁴ Der durch Menschenhand umgeleitete Müllerbach lieferte Ulmer das dringend benötigte Wasser und die notwendige Energie für seine Textil- und Färbereibetriebe. Mit dem Eingriff durch die künstliche Verlängerung des Kanals gab Ulmer dem Müllerbach seinen noch heute bestehenden Verlauf.¹⁰⁵ Der Bau des verlängerten Wasserlaufes muss bis 1826 abgeschlossen gewesen sein, denn in diesem Jahr war er schon zur Gänze in seiner neuen Verlaufsform auf der „Dornbirner Ach-Karte“ eingezeichnet.¹⁰⁶ Er wurde um 1831 bis ins Forach verlängert,¹⁰⁷ wo er unterhalb des Kraftwerkes Forach, der letzten Staustufe entlang des Kanals, in den Karlesgraben mündet.¹⁰⁸ Der Karlesgraben wurde von Ulmer als unterster Teil des Müllerbachs angelegt¹⁰⁹ und trägt wie oben beschrieben nach der Einmündung des Fischbaches den Namen Fußenauekanal¹¹⁰, der wiederum in die Dornbirner Ach übergeht.¹¹¹ Pfarrer Josef Pius Moosbrugger bezeichnete die künstliche Verlängerung des Müllerbachs durch Karl Ulmer als „ein wahrhaft kühnes Unternehmen für einen einzigen Privatmann, der aber nicht nur einfachen Nutzen daraus zu ziehen wusste“¹¹².

5. Die Bedeutung des Müllerbachs für die Textilindustrie Dornbirns

Mit der Verlängerung des Müllerbachs in den 1820er-Jahren verlegte Karl Ulmer nicht nur seine Mühle in den Schwefel, sondern schuf auch Raum für einen neuen Strang von Produktionsstätten,¹¹³ weshalb es sich lohnt, die Textilbetriebe entlang des Müllerbachs genauer zu betrachten. Dabei sollen zunächst jene, die oberhalb der Schmelzhütten und flussaufwärts der von Karl Ulmer initiierten Verlängerung des Müllerbachs ansässig waren, ihrer Datierung nach beleuchtet werden, bevor die Auswirkungen des verlängerten Kanals auf die Niederlassung neuer Textilfabriken anhand der jeweiligen Betriebe beschrieben werden. Mit Zahlen in der Abbildung sind die drei Standorte der Textilbetriebe in der Parzelle Juchen ①, dem Areal Sägen ② und in der Mühlebündt ③ ihrer Datierung nach eingezeichnet, wo die Wasserkraft des Müllerbachs oberhalb der Verlängerung durch Karl Ulmer genutzt wurde. Der künstliche Ausbau des Müllerbachs von den Schmelzhütten in den Schwefel ermöglichte mehreren Textilbetrieben und Firmen die Niederlassung an neuen Standorten in Dornbirn. Es profitierten also nicht

102 Bohle, Dornbirner Straßennamen, S. 100.

103 Rhomberg, Die Schmelzhütten, S. 37.

104 Weitensfelder, Von der Mühle zur Fabrik, S. 18.

105 Matt, Der Müllerbach, S. 10.

106 Kalb, Am Müllerbach abwärts, S. 44.

107 Bohle, Dornbirner Straßennamen, S. 63.

108 Trunk, Funktionelle Betrachtung des Müllerbaches, S. 15.

109 Bohle, Dornbirner Straßennamen, S. 63.

110 Trunk, Funktionelle Betrachtung des Müllerbaches, S. 15.

111 Matt, Der Müllerbach, S. 10.

112 Moosbrugger, Topographie von Dornbirn nach dem Plane von 1832, S. 46.

113 Kalb, Am Müllerbach abwärts, S. 41.

nur Karl Ulmer und dessen Nachkommen von der Verlängerung, sondern auch deren Geschäftspartner*innen bzw. ihre Konkurrenz.¹¹⁴ Die Ziffern ④ und ⑤ lokalisieren die Standorte der Firmen von Karl Ulmer und seinen Nachkommen, ⑥ und ⑦ verorten die Fabriksorte der Firma F. M. Rhomberg. Die letzten beiden Ziffern ⑧ und ⑨ befinden sich im Bereich Mittebrunnen.

5.1 Juchen – Rhomberg & Lenz

In der Parzelle Juchen gründeten Lorenz Rhomberg und der Mechaniker Michael Lenz um 1810 eine der ersten Spinnereifabriken Mitteleuropas.¹¹⁵ Der Standort befand sich auf der Karte an der Stelle ①. Unter dem Namen „Rhomberg & Lenz“ betrieben, war die Spinnerei nach Pottendorf und Teesdorf in Niederösterreich die dritte Gründung dieser Art auf heutigem österreichischen Bundesgebiet.¹¹⁶ Die Spinnerei in Juchen war zu Beginn noch ein Holzbau. Aus Brandschutzgründen wurden die folgenden Erweiterungsbauten jedoch fast ausschließlich aus Steinen errichtet.¹¹⁷ Jahrelange Experimente mit Flachsspinnmaschinen gingen der Gründung dieses Unternehmens voraus. In den Erblanden war die Mechanisierung der Flachsverarbeitung zwischen 1803 und 1811 verboten, um die Existenz der Handspinner*innen nicht zu gefährden. Während der Zugehörigkeit Vorarlbergs zum Königreich Bayern ergab sich ab 1806 jedoch die Gelegenheit für Versuche mit Flachsspinnmaschinen.¹¹⁸ Die beiden Gründer nutzten den wirtschaftlichen Aufschwung der Bayerischen Herrschaft und legten am Müllerbach den Grundstein für ihr Unternehmen. An der Stelle einer alten durch den Müllerbach betriebenen Mühle gründeten Rhomberg und Lenz ihren Betrieb, der in weiterer Folge zu einem der bedeutendsten Unternehmen Vorarlbergs aufsteigen sollte.¹¹⁹ In der Fabrik wurde der Betrieb um 1814 von Flachs auf die leichter verspinnbare Baumwolle umgestellt. Für die Umstellung dürften vor allem technische Gründe maßgebend gewesen sein, da die Vorbereitung von Flachsgarn für den Spinnprozess aufwändiger war als jene der Baumwolle. Darüber hinaus könnte der Umstand eine Rolle gespielt haben, dass das reiche Anbaugebiet des westlichen Allgäus für Flachs 1814 nach Ende der Bayerischen Herrschaft in Vorarlberg bei Bayern verblieb.¹²⁰ War der Betrieb mit rund 4.500 Spindeln zu Beginn noch recht klein, so beendete allerdings ihre Inbetriebnahme bald darauf die Heimspinnerei im ganzen Land.¹²¹ Um 1822 beschäftigte das Unternehmen bereits über 160 Arbeitskräfte, die als Schlosser, Drechsler, Schreiner¹²², und vorrangig als Spinner*innen angestellt waren. Die zu dieser Zeit vorhandenen 21 Feinspinnmaschinen zu je 216 Spulen hatte Michael Lenz selbst gebaut.¹²³ Bis zum Tod von Lorenz Rhomberg wurde der Betrieb sukzessive erweitert. Nach dessen Ableben

114 Ebd., S. 41–43.

115 Motter/Grabherr-Schneider, Orte – Fabriken – Geschichten, S. 161.

116 Weitensfelder, Fabriken, Kühe und Kasiner, S. 31.

117 Matt/Platzgummer u. a., Textildbilder, S. 39.

118 Weitensfelder, Interessen und Konflikte, S. 80.

119 Motter/Grabherr-Schneider, Orte – Fabriken – Geschichten, S. 161.

120 Weitensfelder, Industrie-Provinz, S. 96.

121 Weitensfelder, Fabriken, Kühe und Kasiner, S. 31.

122 Bei den Schlossern, Drechslern und Schreibern handelte es sich ausschließlich um Männer.

123 Weitensfelder, Interessen und Konflikte, S. 82.

im Jahr 1851 kam das Unternehmen in den Besitz der Firma Herrburger & Rhomberg, die die in der Folge beschriebenen Industriestandorte Mühlebündt und Mittebrunnen erbaute.¹²⁴ 1872 wurde der Standort in der Parzelle Juchen mit neuen Spinnmaschinen ausgestattet, die bis zur Jahrtausendwende in Betrieb bleiben sollten.¹²⁵ Nur ein Jahr später um 1873 wurde der Firma Herrburger & Rhomberg die Errichtung einer Wasserkraftanlage am Müllerbach bewilligt. Fortan dienten zum Antrieb der Baumwollspinnerei und Weberei eine Girard-Turbine und eine Dampfmaschine mit dreißig Pferdestärken.¹²⁶

5.2 Areal Sägen

Um 1851 beantragte Johann Baptist Salzmann¹²⁷ zusammen mit Michael Lenz den Bau einer Spinnerei im Bereich der ehemaligen Mühle an der „Sägen“.¹²⁸ Der Name des Areals leitet sich von vier Sägewerken ab, die am Müllerbach standen und durch diesen mit Wasserkraft versorgt wurden.¹²⁹ Es befand sich auf der Karte an der Stelle ②. Die beiden Unternehmer konnten bei der Gründung der Spinnerei auf ihre Erfahrung in der Textilindustrie zurückgreifen. Während Salzmann Druckerei, Weberei und chemische Bleiche betrieb, schöpfte Lenz seinen Erfahrungsschatz aus der oben beschriebenen Spinnerei im Bereich Juchen. Sie errichteten am Müllerbach einen für die damalige Zeit typischen dreistöckigen Spinnereihochbau mit zehn mal vier Achsen, der im Jahr 1856 mit einer Dampfmaschine ausgestattet wurde.¹³⁰ Die Söhne Salzmanns traten 1873 in den Betrieb als Mitgesellschafter ein und führten diesen nach dem Tod ihres Vaters weiter, wobei sie 1890 im Kellergeschoss des Spinnereigebäudes eine Färberei und eine Bleiche integrierten.¹³¹ 1894 ging die Firma Johann Baptist Salzmanns in Konkurs, woraufhin das Haus Oberholzer und Müller aus Wald im Kanton Zürich die Fabriksgebäude an der Sägen erwarb und diese sogleich zum Weiterverkauf anbot.¹³² 1895 erwarb die Firma F. M. Hämmerle die ehemalige Spinnerei und richtete dort in den Jahren 1898 und 1899 eine Buntweberei ein.¹³³ Der Betrieb wurde mit der dafür notwendigen Kraftanlage ausgestattet und um einen Weberei-Shedbau erweitert.¹³⁴

5.3 Mühlebündt – Herrburger & Rhomberg

Um 1795 gründeten Josef Anton Herrburger und sein Schwiegersohn Josef Anton Rhomberg die Firma Herrburger & Rhomberg. Um 1810 ließen sie zunächst ein Fab-

124 Motter/Grabherr-Schneider, Orte – Fabriken – Geschichten, S. 162.

125 Ebd., S. 161.

126 Trunk, Funktionelle Betrachtung des Müllerbaches, S. 27.

127 Die Dornbirner Industriegeschichte kennt zwei unterschiedliche Fabrikanten mit dem Namen Johann Baptist Salzmann. Hier und nachfolgend ist der Jüngere gemeint, der die Betriebe Rohrbach, Mittebrunnen und Sägen besaß.

128 Motter/Grabherr-Schneider, Orte – Fabriken – Geschichten, S. 181.

129 Kalb, Ortsnamen in Dornbirn, S. 25.

130 Motter/Grabherr-Schneider, Orte – Fabriken – Geschichten, S. 181.

131 Ebd.

132 Weitensfelder, Fabriken, Kühe und Kasiner, S. 34.

133 Trunk, Funktionelle Betrachtung des Müllerbaches, S. 28.

134 Motter/Grabherr-Schneider, Orte – Fabriken – Geschichten, S. 181–182.

riksgebäude an der Dornbirner Ach errichten und entschieden sich drei Jahre darauf, Baumwolle statt Flachs zu spinnen.¹³⁵ Herrburger war bereits seit ca. 1770 als Baumwollverleger tätig. Im Jahr der Firmengründung 1795 zeichnete sich sein Tod ab, weshalb er seine 17-jährige Tochter Anna Maria mit Josef Anton Rhomberg verheiratete, welche nach seinem Ableben Gesellschafterin der Firma wurde.¹³⁶ Der Familienbetrieb war nicht nur die älteste Textilfirma Dornbirns, sondern expandierte 1864 in der Gütlestraße im Bereich Mühlebündt (auf der Karte an der Stelle ③) und hatte von da an drei am Müllerbach gelegene Wasserkraftwerke und Betriebe.¹³⁷ Seinen ersten Standort entlang des Müllerbachs erlangte das Unternehmen dank verwandtschaftlicher Beziehungen zu Lorenz Rhomberg, dessen Nachlass im Juchen Areal, wie oben beschrieben, Herrburger & Rhomberg zufiel. 1856 ließ sich die Firma in Mittelebrunnen ein zweites Mal am Müllerbach nieder. Auf diesen Betrieb wird nachfolgend detaillierter eingegangen. Mit dem Neubau der in der Mühlebündt errichteten Baumwollspinnerei und deren Kraftwerk war dies nun die dritte Fabrik am Müllerbach von Herrburger & Rhomberg und damit der der Wasserfassung nächstgelegene Standort.¹³⁸ Die Spinnerei Mühlebündt wurde an jener Stelle erbaut, wo sich einst die Achmühle befand, die dem Müllerbach seinen Namen verlieh. Laut einer Zählung aus dem Jahr 1867 wurden in der Spinnerei 57 Angestellte beschäftigt.¹³⁹ In dem als Baumwollspinnerei ausgelegten Neubau waren um 1900 rund 6.000 Selfaktor-Spindeln im Einsatz, bis mit Beginn des Ersten Weltkrieges aufgrund des herrschenden Rohstoffmangels von Baumwolle auf Papiererzeugung umgestellt werden musste.¹⁴⁰

5.4 J. G. Ulmer Areal

Für die Ulmer'schen industriellen Anfänge im Schwefel sorgte Karl Ulmer, der zunächst als Müller und anschließend als Fabrikbesitzer die Geschicke seines Vaters Adam weiterführte.¹⁴¹ Das Kapital für seine Betriebe bezog Karl Ulmer aus dem Handel mit und dem Mahlen von Getreide. So scheint er um 1820 nicht nur als einer der größten Einkäufer von Getreide in Dornbirn auf, sondern war zudem auch der größte Müller Dornbirns.¹⁴² Gemeinsam mit seinen Söhnen begründete er eine erste ausgeprägte Industrielandchaft Dornbirns in den niedrig und flach gelegenen Parzellen Rohrbach und Schwefel (auf der Karte am Standort ④ zu sehen). Zusammen mit Johann Baptist Salzmann (dem Älteren) nahm er 1806, wie bereits erwähnt, den Betrieb einer Indienne- und Blaudruckfabrik auf. Offen ist dabei, ob er dafür ein eigenes Gebäude errichten ließ. Dabei würde es sich um die erste Fabrik Dornbirns im engeren Sinn handeln.¹⁴³ 1814 trennten sich die Wege von Ulmer und Salzmann vorübergehend. Nun kooperierte

135 Weitensfelder, *Von der Mühle zur Fabrik*, S. 17.

136 Weitensfelder, *Interessen und Konflikte*, S. 77.

137 Trunk, *Funktionelle Betrachtung des Müllerbaches*, S. 26.

138 Motter/Grabherr-Schneider, *Orte – Fabriken – Geschichten*, S. 180.

139 Matt/Platzgummer u. a., *Textilbilder*, S. 42–43.

140 Motter/Grabherr-Schneider, *Orte – Fabriken – Geschichten*, S. 181.

141 Ebd., S. 168.

142 Weitensfelder, *Fabriken, Kühe und Kasiner*, S. 20–32.

143 Weitensfelder, *Von der Mühle zur Fabrik*, S. 17.

Ulmer mit Alois Rhomberg bei der Planung einer Schnell- und Kunstbleiche nahe der Fabrik im Schwefel. Gegenüber dem Landgericht Dornbirn argumentierten die beiden Geschäftsmänner, dass für Dornbirn eine Schnell- und Kunstbleiche notwendig wäre, weil im ganzen Land keine existiere und daher alles in der Schweiz geblichen werden müsse, weshalb sämtliche Fabrikanten*innen auf eine Errichtung in Dornbirn drängten. Für die Bleiche wäre ein Ort abseits der Dornbirner Wohngegenden geplant gewesen. Seitens des Landgerichts wurde diesem Antrag unter der Auflage stattgegeben, dass Ulmer und Rhomberg das für die Bleiche benötigte Wasser unter der Landstraße nach Bregenz durchleiten und dafür eine Erlaubnis aus Innsbruck einholen sollten. Von der Innsbrucker Stelle wurden die beiden dazu verpflichtet, die Landstraße beim Bau des geplanten Kanals nicht zu beschädigen und diesen durch ihre Nachkommen erhalten zu lassen.¹⁴⁴ Ulmer kaufte für diesen Mühlgraben alle Felder und Äcker im Umkreis einer halben Stunde auf, durch welche er einen Kanal führen ließ, der das benötigte Wasser zum geplanten Standort transportierte, an welchem ursprünglich kein Tropfen Wasser floss.¹⁴⁵ Dieser Ausbau ermöglichte es, den Müllerbach in die Parzelle Schwefel zu verlängern und das Wasser der Dornbirner Ach über den Karlesgraben und den Fußnauerkanal wieder in dieselbe zurückzuführen,¹⁴⁶ wodurch entlang des neuen Gewässers neue wirtschaftliche Nutzungsmöglichkeiten entstanden. Ulmer selbst nutzte um 1822 die neuen Wasserressourcen zunächst durch eine Mühle.¹⁴⁷ Um 1825 erweiterte Ulmer seinen Betrieb durch eine weitere Indiennesdruckerei und eine Schönfärberei, wofür ein zweigeschossiges Gebäude mit einem durch drei Fenster durchbrochenen Walmdach und einem Turm mit einer Länge von neun bzw. einer Breite von drei Fensterachsen vorgesehen war. Die Energie für die Druckerei und Färberei sollten zwei unterschlächtige Wasserräder liefern, die durch das Wasser des Müllerbachs angetrieben wurden.¹⁴⁸ Den Antrag auf Konzession für Schönfärberei und Indiennesdruck stellte Ulmer mit der Begründung, ein solches Unternehmen gäbe es in Dornbirn noch nicht und die hiesigen Baumwollfabrikant*innen würden Nutzen daraus ziehen. Technischer Leiter der neu eingerichteten Türkischrotfärberei und Druckerei wurde sein Sohn Johann Georg.¹⁴⁹ Karl Ulmer betrieb um 1828 Baumwollspinnmaschinen mit 4.320 Spindeln. Nur zwei Jahre später wurde von Handrohweberei auf mechanische Rohweberei unter dem Firmennamen Ulmer & Salzmann umgestellt. Darüber hinaus suchte Karl Ulmer am 17. Juli 1837 für seinen Sohn Johann Georg, der ab 1841 als Fabrikbesitzer erwähnt wird, um Baumwollerzeugung an. Er besaß fünf Feinspinnmaschinen mit 1.344 Spindeln, die von einer Belegschaft von 21 Angestellten bedient wurden.¹⁵⁰

144 Weitensfelder, *Interessen und Konflikte*, S. 84–85.

145 Moosbrugger, *Topographie von Dornbirn nach dem Plane von 1832*, S. 46.

146 Trunk, *Funktionelle Betrachtung des Müllerbaches*, S. 38.

147 Motter/Grabherr-Schneider, *Orte – Fabriken – Geschichten*, S. 169.

148 Weitensfelder, *Von der Mühle zur Fabrik*, S. 18.

149 Weitensfelder, *Interessen und Konflikte*, S. 87.

150 Bruno Oprießnig/Hildegard Oprießnig-Luger, *Die „Ulmer“*, in: *Dornbirner Schriften* 22 (2008), Heft 35, S. 6–97, hier S. 70.

Der eigentliche Ausbau des Industriestandortes im Schwefel ist schließlich auf Johann Georg Ulmer zurückzuführen. Nach dem Tod Karl Ulmers spaltete sich sein Erbe in zwei Linien auf. Sein älterer Sohn Adam kooperierte mit Johann Baptist Salzmann (dem Jüngeren) und übernahm das im Folgenden kurz beschriebene Fabriksgebäude Rohrbach 19 sowie die am Müllerbach gelegenen Grundstücke zwischen der Schmelzhütterstraße und dem Rohrbach. Johann Georg errichtete um 1840 das älteste heute noch bestehende „Gründerhaus“ am J. G. Ulmer Areal. 1857 folgte der Neubau eines Webereigebäudes, 1861 kam ein Trockenturm hinzu, worauf wiederum ein Dampfkesselhaus und ein neues Druckereigebäude folgten.¹⁵¹ Der Trockenturm diente zum Trocknen der Tücher aus der Türkischrotfärberei,¹⁵² er existiert heute nicht mehr. Nach dem Ableben Johann Georg Ulmers übernahm sein Schwiegersohn Karl Fussenegger den Betrieb und wandelte diesen zu einer Seidenweberei und Seidendruckerei um.¹⁵³ Er erweiterte das Areal 1894 um einen Zubau zum Dampfkesselhaus und 1899 um eine neue Seidenweberei, die in den ersten heute noch vorhandenen Shedbauten untergebracht war. Das Areal erfuhr weitere technische Modernisierungen, 1902 wurde ein Maschinenhaus samt Wohnungen errichtet, ebenso wurde eine Turbine an der Forachstraße am Lauf des Müllerbachs für die Textilerzeugung in Betrieb genommen.¹⁵⁴

5.5 Rohrbach 19

Das heutige J. G. Ulmer Areal war nicht der einzige Standort, an welchem Karl Ulmer Nutzen von der durch ihn vorangetriebenen Umleitung und Verlängerung des Müllerbachs ziehen wollte. Nach der Errichtung des neuen Wasserlaufs beantragte Karl Ulmer um 1829 den Bau eines für damalige Verhältnisse imposanten Fabriksgebäudes, dem heutigen Rohrbach 19, auf der Karte am Standort ⑤. Seine Energie schöpfte das dreistöckige Gebäude mithilfe zweier Wasserräder aus dem Müllerbach und nutzte diese für Textil- und Metallerzeugnisse. Bereits wenige Jahre nach Erbauung erfuhr das Haus vermutlich einige Umbauten, die auf eine Nutzung als Wohngebäude hindeuten. Das Gebäude ging in den Besitz von Karl Ulmers Sohn Adam und dessen Geschäftspartner Johann Baptist Salzmann über. Nach dem Konkurs der Firma Salzmann wechselte das Haus in den Besitz der seit 1832 in der Nachbarschaft ansässigen Firma F. M. Rhomberg, die das Gebäude unter anderem als Rauherei nutzte.¹⁵⁵

5.6 Rhomberg Areal – F. M. Rhomberg

Nicht nur für die Ulmer und deren Geschäftspartner lohnte sich die Verlängerung des Müllerbachs, auch die Konkurrenz zählte zu den profitierenden Personen. So gesellte sich 1832 der Färber Franz Martin Rhomberg vom Marktplatz am Rohrbach zu den Nutznießer*innen, der bereits vor der Übernahme der Fabriken Ulmers und Salzmanns

151 Motter/Grabherr-Schneider, Orte – Fabriken – Geschichten, S. 169–170.

152 Matt/Platzgummer u. a., Textillbilder, S. 58.

153 Oprießnig/Oprießnig-Luger, Die „Ulmer“, S. 70.

154 Motter/Grabherr-Schneider, Orte – Fabriken – Geschichten, S. 169–170.

155 Ebd., S. 167–168.

von diesen profitierte.¹⁵⁶ Nach der Fertigstellung des Müllerbachs beschloss Rhomberg, seine Stoffe nicht länger am Rohrbacher Marktplatz zu waschen, sondern am wasserreichen Müllerbach.¹⁵⁷ Der 1811 geborene Geschäftsmann zählte zur zweiten Generation der Fabrikgründer Dornbirns¹⁵⁸ und errichtete 1832 am Rohrbach eine Färberei und ein Wohngebäude, das das Stammhaus der Firma F. M. Rhomberg werden sollte und sich auf der Karte an der Stelle ㉔ befindet. Das mit zwei Geschossen geplante Haus war im Grundriss L-förmig und hatte zwei Eingänge, welche in die Färberei und in die Wohnung führten. Das Erdgeschoss war für die Färberei vorgesehen, die Wohnung im Obergeschoss umfasste vier Räume, darunter eine Küche, ein Speise- und Dienstbotenzimmer sowie einen nicht näher beschriebenen Raum.¹⁵⁹ 1834 eröffnete Rhomberg am Rohrbach eine Garnfärberei, die er jahrelang mit seinem Vater führte. Vier Jahre später suchte er um eine Färbereibefugnis für sich an und teilte im Zuge dessen mit, er habe das Gewerbe bei seinem Vater und auf Wanderschaft gelernt. Es folgten die Gesuche, mit selbstveredelten Waren zu handeln und Baumwollwaren zu verlegen bzw. verkaufen. Ihm wurde vom Landgericht Dornbirn auferlegt, dass er nur Weber*innen im inneren Zollgebiet zwischen Hohenems, Schwarzach und Wolfurt beschäftigen dürfe, jedoch beispielsweise nicht in Lustenau, da dieses zu nahe an der Grenze liegen würde. Rhomberg wehrte sich gegen diese Auflage mit der Begründung, er sei wahrscheinlich der Einzige, dem solche Bedingungen auferlegt würden, und baute noch während der Prüfung der lokalen Verhältnisse seinen Betrieb aus.¹⁶⁰ 1846 wurde die Beschränkung aufgehoben.¹⁶¹ Im Jahr 1853 erwarb er eine Mühle und eine Säge samt Wasserkraft am Müllerbach in der Schmelzhütterstraße unterhalb der Rüscherwerke.¹⁶² Der Betriebsstandort in der Schmelzhütterstraße lag zwar oberhalb der von Karl Ulmer vorgenommenen Verlängerung des Müllerbachs an Stelle ㉕ auf der Karte, doch hätte die Firmenerweiterung F. M. Rhombergs flussaufwärts ohne die Verlängerung des Kanals nicht realisiert werden können, denn mit dem Erwerb und der Erweiterung des Standortes durch eine Weberei um 1853 wurde Rhombergs Betrieb von der Zulieferung von Textilerzeugnissen unabhängiger.¹⁶³ Der Unternehmer beantragte auf dem Gelände die Errichtung einer Walke, Wäscherei, Appretur und Zwirnerie, womit er seinen Betrieb erweitern wollte und bereits 1857 zu einer mechanischen Weberei ausbaute.¹⁶⁴ Diese umfasste zu dieser Zeit 160 Webstühle.¹⁶⁵ Aufgrund ihrer Größe reichte die Wasserkraft bei Niederwasser nicht aus, weshalb er bereits 1858 eine Dampfmaschine in Betrieb nahm.¹⁶⁶ Mithilfe der Kuhn'schen Balanciermaschine konnten an Tagen, an welchen der Müllerbach wasserarm war, an 160 Webstühlen bis zu

156 Kalb, Am Müllerbach abwärts, S. 43.

157 Trunk, Funktionelle Betrachtung des Müllerbaches, S. 35.

158 Weitensfelder, Fabriken, Kühe und Kasiner, S. 32.

159 Weitensfelder, Von der Mühle zur Fabrik, S. 20.

160 Weitensfelder, Interessen und Konflikte, S. 83.

161 Hubert Weitensfelder, Fabriken und Fabrikanten. Vorarlberger Betriebe und Baumwollverleger in Stichworten, ca. 1800 bis 1870, in: *Dornbirner Schriften* 9 (1995), Heft 19, S. 37–153, hier S. 130.

162 Trunk, Funktionelle Betrachtung des Müllerbaches, S. 31.

163 Motter/Grabherr-Schneider, Orte – Fabriken – Geschichten, S. 165.

164 Ebd., S. 185.

165 Weitensfelder, Interessen und Konflikte, S. 83.

166 Trunk, Funktionelle Betrachtung des Müllerbaches, S. 31.

120 Angestellte beschäftigt werden. 1861 ließ Rhomberg eine Schmiede am Standort in der Schmelzhütterstraße errichten, ab 1878 kamen unter der Leitung seiner Söhne mehrere Erweiterungen auf dem Areal wie etwa eine Schlosserei hinzu.¹⁶⁷ Die Wasserkraftanlage an dieser Stelle ist eines jener sechs Kraftwerke, deren Wassernutzungsrecht bis in das späte 20. Jahrhundert nicht erloschen ist.¹⁶⁸ Zeitgleich zur Erweiterung der Firma flussaufwärts wurde auch im Rohrbach der Betrieb sukzessive ausgebaut.¹⁶⁹ Zunächst sorgte die Fließenergie des Müllerbachs durch Wasserräder und Turbinen für den Textilbetrieb,¹⁷⁰ ab 1857 wurde mit der Inbetriebnahme einer Druckmaschine vom Typ Perrot der Betriebsstandort im Rohrbach modernisiert. Bereits um 1860 wurden im Rohrbach 180 Angestellte von der Firma F. M. Rhomberg beschäftigt.¹⁷¹ Rhombergs angeschaffte Perrotine, die weniger Ausstoß als der Walzdruck ermöglichte und ähnlich wie der Handdruck besonders für hochwertige Stoffe geeignet war, war die erste ihrer Art, die sich in Vorarlberg nachweisen lässt.¹⁷²

Nach dem Tod von Franz Martin Rhomberg übernahmen dessen Söhne das Unternehmen und investierten mitunter in die technische Infrastruktur, indem sie beispielsweise 1869 eine neue Dampfmaschine anschafften, die die Energieversorgung des Betriebes im Rohrbach verbessern sollte. Zwischen 1880 und 1908 wuchs das Unternehmen und mit den damit einhergehenden Erweiterungen auch das Areal rund um Rhombergs Fabrik im Rohrbach enorm an. Zudem wurden, wie bereits beschrieben, 1894 nach dem Konkurs der Firma Salzmann der sich in der Nachbarschaft befindende und von Karl Ulmer um 1830 errichtete Webereikomplex im Rohrbach 19 sowie das gegenüberliegende Wohnhaus in den Firmenbesitz übernommen. Nach der Jahrhundertwende folgten weitere Betriebserweiterungen: 1912 wurde eine dreihundert Pferdestärken starke zweizügige Dampfmaschine installiert. Ausgehend vom Stammhaus am Müllerbach entwickelte sich die Firma F. M. Rhomberg im Fortlauf des 20. Jahrhunderts zu einem „Textilriesen“, der vor allem durch seine Dirndl- und Trachtenstoffe Berühmtheit erlangte, dessen Schwerpunkt aber stets die Färberei blieb. Profitierte F. M. Rhomberg zunächst von Karl Ulmer dank der Verlängerung des Müllerbachs, so wurde die Firma 1934 wiederholt zum Nutznießer der Ulmer, als sie den Betrieb J. G. Ulmer, die zu dieser Zeit größte Seidenweberei, samt Kleinkraftwerk im Schwefel übernahm.¹⁷³

5.7 Mittebrunnen

Im Bereich Mittebrunnen siedelten sich mit Johann Baptist Salzmann und Herrburger & Rhomberg zwei Unternehmen an, um die Wasserkraft des Müllerbachs zu nutzen. In der Mitte des 19. Jahrhunderts erbaute Salzmann in Mittebrunnen eine Weberei, die die Wasserkraft des Müllerbachs an der Stelle ⑧ auf der Karte nutzte. In Salzmanns We-

167 Motter/Grabherr-Schneider, Orte – Fabriken – Geschichten, S. 187.

168 Trunk, Funktionelle Betrachtung des Müllerbaches, S. 31.

169 Motter/Grabherr-Schneider, Orte – Fabriken – Geschichten, S. 165.

170 Matt/Platzgummer u. a., Textildbilder, S. 69.

171 Motter/Grabherr-Schneider, Orte – Fabriken – Geschichten, S. 165.

172 Weitensfelder, Industrie-Provinz, S. 123.

173 Motter/Grabherr-Schneider, Orte – Fabriken – Geschichten, S. 166.

berei waren nach einer Zählung von 1867 an 260 Webstühlen zweihundert Menschen beschäftigt, womit diese damals doppelt so groß war wie die benachbarte Weberei der Firma Herrburger & Rhomberg.¹⁷⁴

Herrburger & Rhomberg errichtete an der Kurve Richtung Schwefel in der Parzelle Mittebrunnen auf der Karte an Stelle ⑨ eine Weberei,¹⁷⁵ die am Müllerbach an der Stelle einer Gipsmühle und Eisengießerei entstand.¹⁷⁶ Die Gebäude auf dem Areal Mittebrunnen, an dessen Ort der Müllerbach in Richtung Rohrbach abzweigt, stellte die erste Expansion der Fabrik von Herrburger & Rhomberg nach der Übernahme des Betriebes von Rhomberg & Lenz in Juchen dar. Auf die Gründungsgeschichte von Herrburger & Rhomberg wurde bereits kurz eingegangen, der Standort in Mittebrunnen sollte in weiterer Folge zur Zentrale des Unternehmens werden. 1854 wurde zunächst ein dreigeschossiges Haus mit Satteldach errichtet,¹⁷⁷ 1856 folgte an der Bildgasse eine mechanische Weberei, in welcher um 1867 an 118 Webstühlen sechzig Angestellte beschäftigt wurden.¹⁷⁸ Es war eines von drei Kraftwerken, welches Herrburger & Rhomberg am Müllerbach betrieb. Die Nutzung der Wasserkraft erfolgte durch ein mittelschlächtiges Wasserrad mit einem Durchmesser von knapp fünfeinhalb Metern, dessen gewonnene Energie dem Antrieb von Webstühlen diente.¹⁷⁹ Das Areal erfuhr mehrere Erweiterungen: 1866 wurde ein Dampfmaschinenhaus errichtet, 1890 ein Shedbau hinzugefügt und 1892 folgte ein neues Kesselhaus. Der retrospektive Blick auf die Entwicklung des Gebäudekomplexes spiegelt dabei die historischen Konjunkturphasen in der Textilindustrie Dornbirns wider. Mit dem Bau der Textilfabriken in Mittebrunnen und Mühlebündt konnten zu Blütezeiten mehrere hundert Menschen beschäftigt werden.¹⁸⁰ Noch höher war die Anzahl der in den Tiroler Niederlassungen Beschäftigten.¹⁸¹ Die Gesellschafter von Herrburger & Rhomberg beteiligten sich an Textilfabriken in Innsbruck, Absam und Matrei am Brenner, nachdem ab den 1830er-Jahren die Standorte, an denen die Wasserkraft genutzt werden konnte, in den Vorarlberger Tälern knapp wurden. Für Herrburger & Rhomberg blieben die drei am Müllerbach gelegenen Standorte Juchen, Mittebrunnen und Mühlebündt die einzigen in Dornbirn. Das Unternehmenswachstum sollte jedoch mit einer ambitionierten Expansionsstrategie jenseits der Vorarlberger Landesgrenzen vorangetrieben werden.¹⁸²

174 Matt/Platzgummer u. a., *Textilbilder*, S. 55.

175 Kalb, *Am Müllerbach abwärts*, S. 43.

176 Matt/Platzgummer u. a., *Textilbilder*, S. 44.

177 Motter/Grabherr-Schneider, *Orte – Fabriken – Geschichten*, S. 163.

178 Matt/Platzgummer u. a., *Textilbilder*, S. 44.

179 Trunk, *Funktionelle Betrachtung des Müllerbaches*, S. 32.

180 Motter/Grabherr-Schneider, *Orte – Fabriken – Geschichten*, S. 151–164.

181 Matt/Platzgummer u. a., *Textilbilder*.

182 Weitensfelder, *Fabriken, Kühe und Kasiner*, S. 35.

6. Fazit

Das Ziel der vorliegenden Bachelorarbeit war es, die Bedeutung von Fließgewässern für die Dornbirner Textilindustrie im 19. Jahrhundert und insbesondere des Müllerbachs zu untersuchen. Das Forschungsinteresse fokussierte sich damit einhergehend auf die Fragestellungen, weshalb sich Dornbirn für die Niederlassung von Textilbetrieben eignete, welche Bedeutung dabei den Fließgewässern für die Anfänge der Dornbirner Textilindustrie zukam und wie der Müllerbach errichtet und durch die Textilfabriken genutzt wurde. Die hohe Bevölkerungszahl und fließendes Wasser waren in Dornbirn Grundvoraussetzung für die Niederlassung von Textilbetrieben während des 19. Jahrhunderts, ohne welches Dornbirn für die Textilerzeugung nicht in Frage gekommen und schon gar nicht zur Textilhochburg aufgestiegen wäre. So wurde deutlich, dass die Fabriken bewusst entlang von Fließgewässern wie dem Müllerbach erbaut worden waren, um die Wasserkraft als Energiequelle für die Textilwarenerzeugung und deren Veredelung zu nutzen, wofür die Textilunternehmer*innen möglichst viele Wassernutzungsrechte erworben und rechtliche Auseinandersetzungen um diese geführt hatten.

Der Müllerbach erlangte seine Einzigartigkeit in der Dornbirner Industriegeschichte durch seine künstliche Errichtung und wurde seit Jahrhunderten für den Antrieb von Wasserrädern von verschiedenen Wirtschaftssparten genutzt und zur Ausweitung seiner Nutzbarmachung mehrmals sowohl flussaufwärts als auch flussabwärts verlängert. Die markanteste und für die Dornbirner Textilindustrie folgenreichste Umgestaltung des Müllerbachs war die Verlängerung durch Karl Ulmer, der um 1822 den Kanal vom Bereich in der Schmelzhütterstraße bis in die Parzellen Rohrbach und Schwefel ausweiten ließ. Entlang des neuen Teilstücks ließ sich eine Reihe von Textilbetrieben nieder, darunter drei der größten Vorarlberger Textilfirmen Ulmer & Salzmann, F. M. Rhomberg und Herrburger & Rhomberg. Durch die Niederlassung dieser Unternehmen prosperierten entlang des Müllerbachs die Dornbirner Industrielandschaften des Johann Georg Ulmer Areals und des Rhomberg Areals, die bis heute erhalten sind, jedoch in anderer Form genutzt werden. In Anbetracht dessen, dass der Müllerbach eigens für die Expansion der Textilbetriebe errichtet und verlängert wurde, ist jedoch nicht weiter erstaunlich, dass der Aufstieg und die Blüte verschiedener Textilbetriebe nicht zuletzt von dessen Wasserkraft abhingen.

Zusammenfassend können die in der Einleitung genannten Forschungsfragen insofern beantwortet werden, dass die Wasserkraft die zentrale Energiequelle für die Textilbetriebe darstellte, weshalb deren Besitzer*innen systematisch Wasserrechte erwarben. Dornbirn eignete sich aufgrund der vorhandenen Fließgewässer für die Niederlassung von Textilbetrieben. Das Vorhandensein der Wasserkraft und die hohe Bevölkerungszahl stellten zwar Voraussetzungen, aber keine Einzigartigkeit Dornbirns für die Niederlassung von Textilbetrieben dar, es waren vor allem die geografische Nähe und die Kontakte zur alten Textilregion in der Ostschweiz entscheidend. Die aufblühende Textilindustrie Dornbirns nutzte das Wasser des künstlich erbauten Müllerbachs in verschiedenster Art und Weise für Spinnereien, Webereien und Veredelungsbetriebe. Insofern konnte die Arbeitshypothese, dass der Müllerbach einen entscheidenden

Beitrag zum Erfolg einzelner Unternehmen und generell zum Aufstieg Dornbirns zur Textilhochburg leistete, indem er strukturiert geplant, erbaut, verlängert und umgeleitet wurde, innerhalb dieser Bachelorarbeit bestätigt werden.

Die zusammengetragenen Erkenntnisse erlauben jedoch aus umweltgeschichtlicher Perspektive keinen Rückschluss auf andere Dornbirner Fließgewässer, da es sich beim Müllerbach in Gegensatz zum Fischbach, Steinebach oder Eulenschbach um ein künstlich errichtetes Fließgewässer und nicht um einen Naturbach handelt. Zwar waren auch an Dornbirns Naturbächen Textilbetriebe ansässig und nutzten deren Wasserkraft, doch kann der Müllerbach als einziger von seiner Wasserfassung in der Dornbirner Ach bis zur Einmündung in seinen Quellfluss von Menschenhand geschaffenes Fließgewässer nicht als repräsentativ für alle durch die Textilindustrie genutzten Bäche gelten. In der Gegenwart wird der Müllerbach zwar nicht mehr kommerziell genutzt, doch entstand entlang seines Verlaufs ein Pfad der (Textil-)Industriegeschichte, der das Landschaftsbild der einstigen Textilhochburg nachhaltig prägt.

7. Literatur und Quellen

Amt der Vorarlberger Landesregierung/Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft (Hrsg.), Fließgewässerinventur Vorarlberg. Pilotprojekt Dornbirnerach (Lebensraum Vorarlberg. Grundlagenarbeit zu Natur und Umwelt 5), Bregenz 1993.

Bohle, Albert, Dornbirner Straßennamen, in: *Dornbirner Schriften* 26 (2012), Heft 41, S. 38–134.

Dornbirn aktuell, 14.12.2021, <https://aktuell.dornbirn.at/presseaussendung/2021-12-14-stadtpuren-industrie-und-wandel>, eingesehen 16.2.2023.

Fitz, Arno, Textile Heimarbeit, in: GFW Verlag (Hrsg.), Vorarlberger Wirtschaftschronik, Wien 1993, S. 21–40.

Huber, Franz J., Das Wasser machte es möglich, in: *Dornbirner Schriften* 1 (1987), Heft 1, S. 3–26.

Ders., Franz Martin Hämmerle. Biografie einer herausragenden Unternehmerpersönlichkeit, in: *Dornbirner Schriften* 30 (2016), Heft 45, S. 11–158.

Kalb, Franz, Dornbirn wie es früher war. Hörfunkvorträge, Dornbirn 1984.

Ders., Die Anfänge der Dornbirner Textilindustrie, in: *Dornbirner Schriften* 2 (1988), Heft 5, S. 36–40.

Ders., Am Müllerbach abwärts, in: *Dornbirner Schriften* 19 (2005), Heft 30, S. 39–47.

Ders., Ortsnamen in Dornbirn, in: *Dornbirner Schriften* 26 (2012), Heft 41, S. 7–37.

Kupper, Patrick, Umweltgeschichte (Einführungen in die Geschichtswissenschaft. Neuere und neueste Geschichte 3), Göttingen 2021.

Matt, Werner, Der Müllerbach, in: *Stubat* 23 (2010), Heft 62, S. 10.

Ders., Die Textilindustrie in Dornbirn, in: *Stubat* 23 (2010), Heft 62, S. 3–5.

Matt, Werner/Platzgummer, Helga u. a., *Textilbilder. Die Dornbirner Textilindustrie bis 1918 (Die Reihe Arbeitswelten)*, Erfurt 2007.

Moosbrugger, Josef P., *Topographie von Dornbirn nach dem Plane von 1832*, Dornbirn 1898.

Motter, Barbara/Grabherr-Schneider, Barbara, *Orte – Fabriken – Geschichten. 188 historische Industriebauten in Vorarlberg*, Innsbruck-Wien 2014.

Dies. (Hrsg.), *Heimarbeit. Wirtschaftswunder am Küchentisch. Gesammelte Objekte und Erinnerungen*, Dornbirn 2019.

Nägele, Hans, *Das Textilland Vorarlberg. Werden und Wachsen einer alpenländischen Industrie*, Dornbirn 1949.

Oprießnig, Bruno/Oprießnig-Luger, Hildegard, Die „Ulmer“, in: *Dornbirner Schriften* 22 (2008), Heft 35, S. 6–97.

Rhomberg, Harald, Die Schmelzhütten. Ein frühes Gewerbegebiet Dornbirns und die Keimzelle der Rüscher Werke, in: Klaus Fessler/Werner Matt (Hrsg.), *Rüscher Werke Dornbirn. Der bedeutendste Metallbetrieb Vorarlbergs im Industriezeitalter*, Dornbirn 2017, S. 35–45.

Trunk, Martin, *Funktionelle Betrachtung des Müllerbaches und daraus resultierende Folgen einer Dotation der Dornbirner Ache*, Dipl. Wien 1992.

Vorarlberg Chronik, o. D., <https://www.vol.at/tools/chronik/viewpage.aspx?viewtype=artikel&id=55&left=artikel>, eingesehen 12.6.2022.

Vorarlberger Landesarchiv, Landgericht Dornbirn, Schachtel 205, Akte 19.

Wanner, Gerhard, *Vorarlbergs Industriegeschichte*, Feldkirch 1990.

Weitensfelder, Hubert, *Interessen und Konflikte in der Frühindustrialisierung. Dornbirn als Beispiel (Studien zur historischen Sozialwissenschaft 18)*, Frankfurt am Main-New York 1991.

Ders., Von der Mühle zur Fabrik, in: Werner Matt (Hrsg.), *Fabriken, Mühlen, Bauernhäuser. Zur Entstehung einer Industrielandschaft. Baupläne für Dornbirn und Umgebung aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts*, Dornbirn 1992, S. 8–31.

Ders., Fabriken und Fabrikanten. Vorarlberger Betriebe und Baumwollverleger in Stichworten, ca. 1800 bis 1870, in: *Dornbirner Schriften* 9 (1995), Heft 19, S. 37–153.

Ders., *Industrie-Provinz. Vorarlberg in der Frühindustrialisierung 1740–1870 (Studien zur historischen Sozialwissenschaft 29)*, Frankfurt am Main 2001.

Ders., Fabriken, Kühe und Kasiner. Dornbirn im Zeitraum von 1770 bis 1914, in: Werner Matt/Hanno Platzgummer u. a. (Hrsg.), *Geschichte der Stadt Dornbirn, Bd. 2: Von der Frühindustrialisierung bis zur Jahrtausendwende*, Dornbirn 2002, S. 11–128.

8. Abbildungen

Abbildung 1: Verlauf des Müllerbachs, Land Vorarlberg, in: Vorarlberg Atlas, o. D., http://vogis.cnv.at/atlas/init.aspx?karte=planung_und_kataster&ks=digitaler_atlas_vorarlberg&redliningid=2fa4cm1d3ofyollcf43we3hh&layout=vogis_atlas&box=-67026.2754342432;184000;-899.72456575682;278000&srs=31254, eingesehen 20.6.2022, CC-BY 4.0, (<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>).

Florian Martin Prirsch ist Studierender des Masterstudiums Lehramt Sekundarstufe (Allgemeinbildung) der Unterrichtsfächer Mathematik und Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung. Florian.Prirsch@student.uibk.ac.at

Zitation dieses Beitrages

Florian Martin Prirsch, Die Bedeutung des Müllerbachs für die Dornbirner Textilindustrie, in: historia.scribere 15 (2023), S. 125–151, <http://historia.scribere.at>, eingesehen 13.6.2023 (=aktuelles Datum).

Ora et disce! Das Schulwesen der Jesuiten am Beispiel des Akademischen Gymnasiums Innsbruck

Verena Kaiser

Kerngebiet: Neuzeit

eingereicht bei: Univ.-Prof. Dr. Stefan Ehrenpreis

eingereicht im: SoSe 2022

Rubrik: Bachelor-Arbeit

Abstract

Ora et disce! The Jesuit School System Illustrated by the “Akademisches Gymnasium Innsbruck”

This paper is concerned with the so-called confessional phase of school history and provides an insight into the Jesuit school system. Using documents from the archives of the “Akademisches Gymnasium Innsbruck”, it examines how the Jesuit school concept was structured and what remained of the school order after the dissolution of the Society of Jesus at the “Akademisches Gymnasium Innsbruck”. The aim of this thesis is to show that despite the dissolution of the order and the beginning of state supervision of schools, there were only a few changes in the grammar school system and that the “Akademisches Gymnasium Innsbruck” remained at its core a school according to the Jesuit model. Furthermore, this thesis delivers insights into a source inventory of the school archives that has not yet been seen by the public.

1. Einleitung

Durch die Reformation erlitt die römisch-katholische Kirche einen Machtverlust. Ihre Existenz schien bedroht, denn einerseits hatten sich viele Pfarrer auf die Seite der Reformation begeben und andererseits sorgte die Schließung der Dom- und Klosterschulen in protestantisch gewordenen Gebieten dafür, dass sich der Anteil an jungen Menschen, die sich für eine geistliche Laufbahn entschieden, immer mehr verringerte.¹

¹ Franz-Michael Konrad, *Geschichte der Schule. Von der Antike bis zur Gegenwart*, München 2012², S. 56.

Das katholische Bildungswesen befand sich am Tiefpunkt seiner Existenz, weswegen von Seiten der Kirche dringende Änderungen vorgenommen werden mussten. Im Verlauf des Trienter Konzils (1545–1563) wurde der Grundstein für den Neuaufbau des höheren Schulwesens gelegt.² Die Jesuiten,³ ein Orden, der 1534 vom Spanier Ignacio de Loyola (1491–1556) gemeinsam mit seinen Anhängern Franz Xaver (1506–1552) und Peter Faber (1506–1546) in Paris ins Leben gerufen und nach einer päpstlichen Audienz von 1537 im Jahr 1540 formal anerkannt worden war, widmeten sich dem Aufbau des neuen Schulwesens. Sie hatten sich der apostolischen Arbeit⁴ verschrieben und wurden so zum wesentlichen Bestandteil einer Bildungsreform ganz im Sinne der katholischen Kirche.⁵

Das Konzil forderte die Errichtung von Seminaren und Kollegien, die die Dom- und Klosterschulen ersetzen und Lehrstätten für die künftigen Priester werden sollten. Das Kolleg nahm die Schüler⁶ bereits im jungen Alter auf, wo ihnen nicht nur eine geistliche Bildung für das Priesteramt, sondern auch eine schulische Vorbildung zugutekam. Die Neugestaltung des Schulwesens sollte dazu dienen, das Fortbestehen der katholischen Religion zu sichern. In den katholisch gebliebenen Ländern entstanden durch die eingerichteten Kollegien vor Ort Bildungsstätten, die dementsprechend theologisch geprägt waren.⁷ Die Arbeit an diesen Bildungseinrichtungen wurde durch den Lehrplan der Jesuiten, der *Ratio studiorum*, 1599 endgültig geregelt. Ihre Genauigkeit übertraf die protestantischen Schulordnungen sowie Lehrpläne, wodurch die katholischen höheren Schulen bereits eine Entwicklung eingeschlagen hatten, die nach und nach auch auf das gesamte Schulwesen überschwappte.⁸

Die vorliegende Arbeit befasst sich mit dem Schulwesen der Jesuiten und erläutert dieses am Beispiel des Akademischen Gymnasiums Innsbruck. Dabei begrenzt sich die Arbeit auf den Zeitraum 1776–1800. Mittels Dokumenten aus dem Schularchiv⁹ sowie Sekundärliteratur wird untersucht, wie das Akademische Gymnasium nach der Auflösung des Jesuitenordens 1773 strukturiert war und was vom Schulwesen der Jesuiten am Gymnasium erhalten blieb. Die Arbeit versucht die These zu bestätigen, dass durch die Auflösung des Jesuitenordens die zentralen Elemente seines Schulwesens erhalten blieben, es jedoch mit staatlichen Regulierungen ergänzt bzw. verändert wurde.

2 Konrad, Geschichte, S. 57.

3 Hier und im Folgenden wird die männliche Form verwendet, weil es sich bei den Jesuiten um einen Männer-Orden handelt.

4 Die Jesuiten waren eine apostolische Gemeinschaft. Sie sollten „den Seelen helfen“ und übten verschiedenste Formen der Seelsorge aus: Markus Friedrich, Die Jesuiten. Aufstieg – Niedergang – Neubeginn, München-Berlin 2016, S. 179.

5 Konrad, Geschichte, S. 56.

6 Die erste Schülerin, die das Gymnasium bis zur Reifeprüfung besuchte, maturierte 1961: Elisabeth Gföller-Thurner, Das erste Mädchen, das alle acht Jahre im AGI absolvierte, in: Akademisches Gymnasium Innsbruck (Hrsg.), 450 Jahre Akademisches Gymnasium Innsbruck. Festschrift und Jahresbericht 2011–12, Innsbruck 2012, S. 75–76.

7 Konrad, Geschichte, S. 57.

8 Ebd., S. 58–59.

9 Zum besseren Verständnis wird in der Arbeit der Begriff „Schularchiv“ verwendet, es handelt sich allerdings um kein richtiges Archiv. Dementsprechend besitzen die verwendeten Dokumente keine typischen Archivsignaturen. Des Weiteren enthalten die bearbeiteten Quellen keine Seitenzahlen.

Im Schularchiv sind zwei Bestände erhalten, die für den ausgewählten Forschungszeitraum relevant sind: die *Calculi* und der *Tomus*. Bei den *Calculi* handelt es sich um Bücher, die aus heutiger Sicht als Klassenbücher bezeichnet werden können. In ihnen wurden alle Schüler gemäß der Klasseneinteilung zweimal pro Schuljahr namentlich aufgelistet, daneben befindet sich ein Beurteilungsraster mit den von ihnen erbrachten Leistungen. Des Weiteren geben die *Calculi* auch Auskunft darüber, welche Schüler Prämien erhalten und welche das Gymnasium verlassen haben. *Tomus* heißt übersetzt Buchband; ein solcher wurde am Gymnasium für mehrere Schuljahre angelegt. Darin wurden alle Dekrete rund um die Lehrgestaltung und Schulorganisation gesammelt und chronologisch gebunden. Aus der Sekundärliteratur erwähnenswert sind unter anderem die Beiträge¹⁰ in Festschriften, die vom Akademischen Gymnasium selbst herausgebracht wurden, sowie einige Werke des Bildungshistorikers Helmut Engelbrecht¹¹ oder das Werk zur Entwicklung des österreichischen Schulwesens von Josef Scheipl und Helmut Seel.¹² Jedoch muss angemerkt werden, dass die Geschichte des Akademischen Gymnasiums noch nicht umfangreicher erforscht wurde. Die Grundzüge der Schulgeschichte wurden von der Schule selbst aufgearbeitet, bevor ein großer Teil des Schularchivbestandes bei den Umbauarbeiten des Gymnasiums (2005–2007) verloren ging.¹³ Einzelne Werke und Beiträge, die sich mit der Lehre am Gymnasium während einzelner Epochen befassen und nicht im Rahmen eines Jahresberichtes verfasst wurden, sind aktuell kaum bekannt. Lediglich Anna Staudigl hat sich in einem Artikel mit dem Akademischen Gymnasium zur Zeit des Nationalsozialismus und dem Schicksal der jüdischen Schüler*innen beschäftigt.¹⁴

Die Arbeit ist in drei Hauptkapitel unterteilt und beginnt mit einer Einführung, die die Anfänge der Jesuiten in Innsbruck und deren Schulwesen vorstellt. Die nachfolgenden Kapitel beschäftigen sich im Detail mit dem Akademischen Gymnasium, seiner Entstehung und Entwicklung. Danach werden die Schülerschaft sowie die Leistungsbeurteilung und die Lehrgegenstände innerhalb des Forschungszeitraums analysiert, wobei die Erläuterungen auf den Erkenntnissen aus den *Calculi* und der Sekundärliteratur beruhen. Im letzten Hauptkapitel werden die Rechercheergebnisse aus den *Tomis* vorgestellt. Die Führung des Gymnasiums wird anhand einiger Beispiele dargestellt. Behandelt werden in diesem Kontext die Stellung des Präfekten, die Finanzierung sowie die Disziplinarmaßnahmen innerhalb der Schule. Die Ergebnisse aus den einzelnen Kapiteln werden in einem Fazit zusammengefasst.

10 Als Beispiel: Franz Ruzerstorfer, Geschichte des Gymnasiums zu Innsbruck, in: Akademisches Gymnasium Innsbruck (Hrsg.), 400 Jahre Gymnasium Innsbruck, Innsbruck 1962, S. 11–92.

11 Als Beispiel: Helmut Engelbrecht, Schule in Österreich. Die Entwicklung ihrer Organisation von den Anfängen bis zur Gegenwart, Wien 2015.

12 Josef Scheipl/Helmut Seel, Die Entwicklung des österreichischen Schulwesens von 1750–1938 (Studientexte für die pädagogische Ausbildung der Lehrer höherer Schulen 1), Graz 1987.

13 Deswegen sind auch die Festschriften für die vorliegende Arbeit von wesentlicher Bedeutung, da sie sich auf Quellen beziehen bzw. solche zitieren, die heute leider nicht mehr erhalten sind.

14 Anna Staudigl, Das Akademische Gymnasium Innsbruck in der NS-Zeit unter besonderer Berücksichtigung des Schicksals der jüdischen Schüler, in: Richard Schober/Josef Riedmann (Hrsg.), Jahrbuch für Geschichte und Volkskunde Nord-, Ost- und Südtirols (Tiroler Heimat 77), Innsbruck 2013, S. 258–290.

2. Einführung in den Jesuitenorden

2.1 Die Anfänge der Jesuiten in Innsbruck

Wie bei anderen Orden gibt es auch bei den Jesuiten sogenannte Ordensprovinzen. Im 17. Jahrhundert waren Tirol und somit auch die Stadt Innsbruck Teil der oberdeutschen Provinz. Weitere Gebiete waren Bayern, Vorarlberg und die katholischen Gebiete der Schweizer Eidgenossenschaft inklusive Graubünden.¹⁵ Innsbruck beherbergt eines der ältesten Jesuitenkollegien in der besagten Provinz.¹⁶ Begründer war Kaiser Ferdinand I. (1503–1564), der 1561 den Jesuitenorden nach Innsbruck beorderte.¹⁷ Daraufhin bezogen zwanzig Mitglieder der Gesellschaft Jesu die sogenannte Hölzl'sche Behausung in der Silbergasse¹⁸, nachdem von dem Ordensmitglied Karl Grimm bauliche Anpassungen vorgenommen worden waren. Die Lehrtätigkeit der Jesuiten begann 1562 mit der Eröffnung des heutigen Akademischen Gymnasiums, das anfänglich 71 Schüler beherbergte. Im gleichen Jahr begann die Errichtung des eigentlichen Jesuitenkollegs, der Westtrakt mit dem Innenhof der heutigen Theologischen Fakultät, nach den Plänen von Grimm. Es wurde allerdings erst 1573 fertiggestellt.¹⁹ Unter Erzherzog Maximilian III. (1558–1618) wurde an der Stelle der heutigen Theologischen Fakultät ein Gymnasialgebäude errichtet, welches das Platzproblem in den Unterrichtsräumen lösen sollte.²⁰

Gemäß der Darstellung von Bernhard Duhr existierte zur Zeit der Jesuiten auch eine Elementarschule, deren Einführung auf 1615 datiert wurde. Sie soll einer weltlichen Lehrperson übergeben worden sein, aber die Jesuiten bestimmten weiterhin die Lehrinhalte. Die Schule wurde im Nikolaihaus²¹ untergebracht und zählte anfangs sechzig Schüler.²² Allerdings konnte diesbezüglich kein Beleg in der konsultierten Fachliteratur gefunden werden, weshalb die Schilderung Duhrs weder bestätigt noch widerlegt werden kann.²³

Neben der Lehrtätigkeit gingen die Jesuiten der „Volksmision“ nach, 1635 waren sieben Patres damit beschäftigt, durch Tirol zu reisen und religiöse Funktionen auszuüben.²⁴ Ein Geschichtsschreiber soll über die Tätigkeit der Jesuiten in Tirol wie folgt geurteilt haben:

„[Die Jesuiten] bildeten den ungleich größten Teil dieses Volkes zu Menschen und Untertanen, die mit strenger Gewisshaftigkeit auf Gottes, dann ihrer Ob-

15 Bernhard Duhr, *Die Geschichte der Jesuiten in den Ländern deutscher Zunge*, Bd. 2, Freiburg im Breisgau 1913, S. 199.

16 Ebd., S. 210.

17 Ingrid Bubestinger/Gertraud Zeindl, *Zur Stadtgeschichte Innsbrucks*, Innsbruck 2008, S. 59.

18 Die Behausung befand sich ungefähr in der Mitte der heutigen Theologischen Fakultät: Ebd.

19 Ebd.

20 Ebd., S. 68.

21 Das Gebäude des ehemaligen Nikolaihauses existiert heute noch an der Ecke Universitätsstraße-Sillgasse.

22 Duhr, *Geschichte*, S. 214.

23 Friedrich schreibt, dass die Jesuiten zwar in der Elementarbildung vertreten waren, allerdings nur sporadisch. Sie konzentrierten sich primär auf das höhere Schulwesen: Friedrich, *Die Jesuiten. Aufstieg – Niedergang – Neubeginn*, S. 293.

24 Duhr, *Geschichte*, S. 216.

rigkeit Befehle achteten [und] mit sorgfältiger Wachsamkeit den wilden Ausbrüchen ihrer Sinnlichkeit und Leidenschaften wehrten [...].²⁵

2.2 Das Schulwesen der Jesuiten

Ab Mitte des 16. Jahrhunderts gründete der Jesuitenorden laufend Kollegien und erzielte mit diesen Bildungsstätten große Erfolge, die schließlich in eine dominierende Stellung der Jesuiten im Bereich der höheren Schulbildung für Knaben mündete. Die Jesuiten wurden somit zum wichtigsten Schulorden, der in jeder größeren katholisch geprägten Stadt eine Bildungseinrichtung unterhielt. Da die Schulen für alle Bevölkerungsschichten durchaus attraktiv waren, fielen die Ordenskollegien v. a. durch ihre verhältnismäßig hohen Schülerzahlen auf, darunter auch einige Protestanten. So zählte das Jesuitengymnasium in München gegen Ende des 16. Jahrhunderts bereits 900 Schüler.²⁶

Die Jesuiten orientierten sich an spätscholastischen Methoden sowie am „Pariser Unterrichtsstil“. Der *modus Parisiensis* beinhaltete das Experimentieren mit neuen pädagogischen Praktiken.²⁷ Ein Beispiel hierfür ist die Einteilung der Schüler in Klassenkohorten.²⁸ Die Kombination beider didaktischer Zugänge schaffte eine Unterrichtstechnik, die ein hohes Maß an Modernität aufwies. „Letztlich überzeugten die Jesuiten mit einem Unterrichtsprogramm, das auf der Basis älterer Traditionen vor allem durch zeitgemäße Inhalte sowie pädagogische Stringenz und Effizienz glänzte.“²⁹ Als Grundlage für die Lehre der Jesuiten diente die sogenannte *Ratio studiorum* von 1599, die bis zur Auflösung des Ordens 1773 in Kraft blieb.³⁰

Bei der *Ratio studiorum* handelte es sich um eine präzedenzlose Innovation im Bereich des Bildungswesens. Der schriftlich verfasste Lehrplan basierte auf den Ideen von Ignacio de Loyola, der erst spät seinen Weg in die höhere Bildung fand.³¹ Sein Fokus lag jedoch nicht auf Schulgründungen, sondern er strebte eine nachhaltige Vorbereitung für die Priesterschaft an.³² Die letzten zehn Jahre verbrachte er mit der Verfassung der *Constitutiones Societatis Iesu*, in deren vierten Abschnitt jene Prinzipien vorkommen, die einige Jahre später mit der *Ratio studiorum* in die Praxis umgesetzt werden sollten.³³ Es handelte sich hierbei um keine theoretische Abhandlung für die ideale Schule, aber dennoch um genaue Richtlinien darüber, wie eine Schule geführt werden sollte.

25 Duhr, Geschichte, S. 216.

26 Peter C. Hartmann, Die Jesuiten, München 2015², S. 68.

27 Markus Friedrich, Die Jesuiten. Von Ignatius von Loyola bis zur Gegenwart, München 2021, S. 28.

28 Klassenkohorten sahen vor, dass ein Schüler erst in die nächste Klasse aufsteigen konnte, nachdem er die vorausgehenden Inhalte absolviert hatte: Friedrich, Die Jesuiten. Von Ignatius von Loyola bis zur Gegenwart, S. 28.

29 Ebd.

30 Hartmann, Jesuiten, S. 70.

31 Der humanistische Bildungsweg war für Loyola nicht selbstverständlich. Erst mit dreißig Jahren widmete sich der ehemalige adelige Offizier dem Erlernen der lateinischen Sprache und lernte gemeinsam mit den Gymnasialanfängern: Karl Erlinghagen, Ignatius von Loyola (1491–1556), in: Rüdiger Funiok/Harald Schöndorf (Hrsg.), Ignatius von Loyola und die Pädagogik der Jesuiten. Ein Modell für Schule und Persönlichkeitsbildung (Erziehungskonzeptionen und Praxis 81), Donauwörth 2000, S. 90–104, hier S. 91.

32 James A. O'Donnell, The Jesuit Ratio Studiorum, in: *Philippine Studies* 32 (1984), Heft 4, S. 462–475, hier S. 463.

33 Ebd., S. 464.

O'Donell beschreibt die *Ratio* wie folgt: „It was a syllabus of studies, a series of norms for administrators and a treatise on practical teaching methods for the Jesuit collegium (secondary school) of the seventeenth century.“³⁴ In der Regel begann der Unterricht bei den Jesuiten im Alter von zehn Jahren, der Fokus der jesuitischen Bildung lag auf dem Erlernen der lateinischen Sprache und deren Grammatik. Gleichzeitig wurden die Schüler aber auch mit klassischer Literatur, Philosophie, Rhetorik, Naturwissenschaften und Mathematik vertraut gemacht, wenn auch nur in geringem Ausmaß.³⁵ Die einzelnen Themenbereiche wurden folglich mit dem Lateinunterricht kombiniert. Unterrichtet wurden die Schüler ausschließlich von Jesuiten, meist waren es junge Scholastiker, die noch wenig Lehrerfahrung hatten und mit Beginn des Theologiestudiums das Lehren wieder aufgaben. Die kaum ausgebildeten Lehrkräfte waren ein Nachteil in den von den Jesuiten geführten höheren Schulen.³⁶

Mittels der jesuitischen Bildung sollten die Schüler über solide Kenntnisse der lateinischen Grammatik verfügen, die Klassen wurden gemäß der Schülerkapazität eingeteilt und orientierten sich am Fortschritt der Schüler. Es wurde in der niedrigsten Grammatikklasse begonnen, die nachfolgenden Klassen widmeten sich in aufsteigender Reihenfolge einem Themenbereich nach dem anderen zum Erlernen der lateinischen Sprache.³⁷ In den oberen Klassen wurde auch Griechisch gelehrt. Die Schüler mussten regelmäßig am Unterricht teilnehmen und täglich wurden Rezitationen, schriftliche Aufsätze, Gedächtnisübungen sowie Disputationen in den Unterricht integriert – das regelmäßige Üben und Wiederholen war ein Kernelement im Bildungskonzept der Jesuiten.³⁸ Der Fortschritt eines Schülers wurde nicht anhand der Zeit, sondern anhand seiner Leistung bemessen, am Ende sollte ein Absolvent dieser humanistischen Ausbildung³⁹ die sogenannte *eloquentia perfecta* erreicht haben, was sich mit „vollkommener Redegewandtheit“ übersetzen lässt.⁴⁰

Ein separater Religionsunterricht war nicht notwendig, da die religiöse Lehre in den Unterricht miteingebaut und durch den Besuch von Messen sowie das Praktizieren von religiösen Übungen vertieft wurde. Weiters wurden die Schüler in die Marianischen Kongregationen eingebunden.⁴¹ Der strengen Disziplin und Sittenwacht der jesuitischen Bildung stand das Schultheater gegenüber. Das Schauspielern sollte den Schülern Entfaltungsmöglichkeiten geben, ihr Selbstvertrauen stärken und ihre rhetorischen Fähigkeiten verbessern. Die Stücke wurden dabei so ausgewählt, dass sie mit den moralisch-didaktischen Zielen der Jesuiten im Einklang waren. Die Aufführungen

34 O'Donell, *The Jesuit Ratio Studiorum*, S. 469.

35 Ebd.

36 Hartmann, *Jesuiten*, S. 72.

37 Friedrich, *Die Jesuiten. Aufstieg – Niedergang – Neubeginn*, S. 293–295.

38 Folgender Leitsatz galt als Faustregel im Bildungswesen der Jesuiten: *pauca praecepta, multa exempla, plurima exercitatio* (wenige Vorgaben, einige Beispiele, sehr viel Übung): O'Donell, *The Jesuit Ratio Studiorum*, S. 469.

39 Die Humanist*innen und Jesuiten waren der Ansicht, dass die Auseinandersetzung mit der lateinischen Sprache zur Vervollkommnung des Menschen beiträgt: Friedrich, *Die Jesuiten. Aufstieg – Niedergang – Neubeginn*, S. 294.

40 O'Donell, *The Jesuit Ratio Studiorum*, S. 469.

41 Marianische Kongregationen sind kirchliche Vereinigungen, die ihre Mitglieder zum Wachstum im Glauben sowie zur religiösen Gestaltung ihrer Lebenswelt hinführen wollen. Als Vorbild soll die heilige Maria fungieren: Willi Lambert, *Marianische Kongregationen*, in: *Lexikon für Theologie und Kirche*, Bd. 6, Freiburg im Breisgau 1997, Sp. 1359.

waren öffentlich und stellten somit eine Verbindung zum Rest der Stadtbevölkerung her.⁴²

3. Das Akademische Gymnasium Innsbruck

3.1 Skizzierung der Schulgeschichte bis 1800

Der Theologe und Schriftsteller Petrus Canisius (1521–1597)⁴³ ist eine Schlüsselfigur im Gründungsprozess des Akademischen Gymnasiums. Zuvor hatte er von 1552 bis 1556 in Wien gewirkt und war erster Provinzial von Süddeutschland.⁴⁴ Während seiner Aufenthalte in Tirol lernte Canisius die Region kennen, deren starke katholische Prägung ihn beeindruckte.⁴⁵ Er war es, der mit Ferdinand I. langwierige Verhandlungen führte, bis 1562 schließlich die Gründung des Jesuitenkollegs erfolgte.⁴⁶

Verkündet wurde die Errichtung der neuen Bildungsstätte durch ein Edikt am 12. Mai 1562. Im gleichen Jahr wurde auch mit dem Bau des neuen Kollegs begonnen, das 1573 fertiggestellt wurde. Weiters wurde 1587 für die ärmere Schülerschaft das Nikolaihaus errichtet. Bis zur Fertigstellung war die Schule in einem Greisenasyl untergebracht, von dort aus wurde sie aus Platzgründen ins Franziskanerkloster verlegt.⁴⁷

Die Stiftungsurkunde zur Sicherung des Lebensunterhalts für Schüler und Lehrpersonen, die Erzherzog Ferdinand II. (1527–1595) als Graf von Tirol bestätigte, wurde erst zwei Jahre nach der Gründung angefertigt. Die Anfangsjahre der Schule gestalteten sich schwierig, da es noch an ausreichendem Lehrpersonal mangelte. Die Lehrtätigkeit wurde von Jesuiten in Ausbildung übernommen und um 1600 konnten bereits dreihundert Schüler gezählt werden. Im Vergleich zu den Prämonstratenser*innen⁴⁸ mussten die Jesuiten mit geringeren Einkünften auskommen. Dadurch gerieten sie unter anderem durch die hohen Beherbergungskosten in eine finanzielle Zwickmühle. Es wurde daher in Betracht gezogen, die Kollegien in Hall und Innsbruck zu vereinigen oder die drei oberen Klassen in Innsbruck aufzulösen.⁴⁹ Ein weiteres Problem stellten die Klassenräume dar. Quellen einer Baukommission, die Duhr in seinem Werk zitiert, beschreiben die Zimmer als zu klein und erwähnen, dass im Winter aufgrund des täglichen Heizens eine erhöhte Brandgefahr bestünde. Erzherzog Maximilian III. setzte sich

42 Hartmann, Jesuiten, S. 72.

43 Petrus Canisius (1521–1597), geboren als Peter Kanis in Nimwegen (Niederlande), verfasste unter anderem den Katechismus, eines der wichtigsten katholischen Religionsbücher. Weiters war er ein wichtiger Berater für Könige, Kaiser und Herzöge und hatte im Auftrag seiner jesuitischen Ordensoberen einen signifikanten Einfluss auf die Gestaltung der Religionspolitik in der Frühen Neuzeit: Mathias Moosbrugger, Petrus Canisius. Wanderer zwischen den Welten, Innsbruck 2021, S. 13.

44 Severin Leitner, Die Anfänge des Akademischen Gymnasiums in Innsbruck. Eine bedeutende Gründung des Jesuitenordens, in: Akademisches Gymnasium Innsbruck (Hrsg.), 450 Jahre Akademisches Gymnasium. Festschrift und Jahresbericht 2011–12, Innsbruck 2012, S. 15–19, hier S. 17.

45 Moosbrugger zitiert einen Brief von Canisius, in dem steht, dass Tirol „noch besser katholisch ist als irgendein anderes Gebiet Deutschlands“: Moosbrugger, Petrus Canisius, S. 135.

46 Ebd., S. 133.

47 Leitner, Anfänge, S. 17.

48 Die Prämonstratenser*innen sind ein bis heute in Innsbruck ansässiger Orden mit Sitz im Stift Wilten. Der Orden war reich an Grundbesitz. Bereits um 1180 stellte er das Gebiet der heutigen Altstadt für die Gründung der Stadt Innsbruck zur Verfügung: Bubestinger/Zeindl, Stadtgeschichte, S. 32.

49 Duhr, Geschichte, S. 211.

für den Bau eines neuen Gymnasiums ein, das 1606 fertiggestellt wurde. 1689 wurde das Gebäude durch ein Erdbeben beschädigt, wodurch es ab 1721 nicht mehr benutzt werden konnte und ein Neubau geplant werden musste. Dabei ergab sich die Überlegung, wer überhaupt für das Gymnasium zuständig sei. Aus diesen Diskussionen ging hervor, dass das Gymnasium „ein ‚Anhängsel‘ des Jesuitenkollegs sei, dessen Gründung und Erhaltung ja dem Gelöbnis des Landesfürsten entsprächen.“⁵⁰ Demzufolge war der Landesfürst für den Wiederaufbau zuständig. 1724 wurde auch die Inneneinrichtung fertiggestellt, wenn auch nicht gänzlich den Wünschen der Jesuiten entsprechend. Unter anderem fiel der Saal für Schulaufführungen viel zu klein aus, weshalb die Theaterstücke am Ende des Schuljahres bis 1764 im Hoftheater aufgeführt wurden.

Solange das Jesuitenkolleg und die dazugehörige Lateinschule als religiöse Stiftungen fungierten, mischten sich weder der Staat noch die Landstände in die schulinternen Angelegenheiten ein, denn zu groß war die Angst, dass sich die Jesuiten aus der Stadt zurückziehen würden. Dies galt es zu vermeiden, da die weltliche Obrigkeit nicht die Mittel gehabt hätte, die Schule in Eigenregie weiterzuführen. Der Lehrplan und die Methodik blieben also lange den Jesuiten selbst überlassen.⁵¹ Das Unterrichtswesen fiel schließlich im Verlauf des 18. Jahrhunderts mehr unter staatliche Kontrolle, nicht zuletzt durch die Bildungsreformen unter Maria Theresia (1717–1780), wovon auch das Akademische Gymnasium betroffen war. 1735 kam es erstmals zu Änderungen in Bezug auf das Gymnasialstudium, so durfte neben Latein die deutsche Sprache nicht vernachlässigt werden und es wurde Themengebieten wie Geschichte und Griechisch eine größere Bedeutung zugeschrieben. 1752 wurde diese Anordnung erneuert und um weitere Lehrgegenstände, darunter Geografie und Arithmetik, erweitert.⁵² 1764 wurde die *Instructio pro scholis humanoribus*, ein von Giovanni Battista Gaspari (1702–1768) minutiös vorbereiteter Lehrplan, veröffentlicht. Die Jesuiten unterrichteten bis zur Auflösung des Ordens 1773 auf Basis dieses Lehrplans. Danach gab es für das Gymnasium keine radikale Wendung.⁵³ Zwar wurden andere Ordensgemeinschaften gebeten, Lehrpersonal zur Verfügung zu stellen, aber die Jesuiten konnten als Lehrkräfte nicht so schnell ersetzt werden. Deshalb wurde das Gymnasium auch weiterhin von Exjesuiten betreut. Die Besetzung des Lehrkörpers mit Ordens- und Weltgeistlichen erfolgte langsam; erst im Schuljahr 1800/01 war kein Mitglied des aufgelösten Ordens mehr an der Schule tätig.⁵⁴

3.2 Die Schülerschaft

Die Schülerschaft am Akademischen Gymnasium setzte sich aus Knaben unterschiedlicher sozialer Schichten zusammen. Dies belegen Einträge aus den Jahrbüchern des Gymnasiums, die zwar nicht mehr im Original erhalten sind, von denen aber noch ei-

50 Ruzerstorfer, Geschichte, S. 17.

51 Ebd., S. 34.

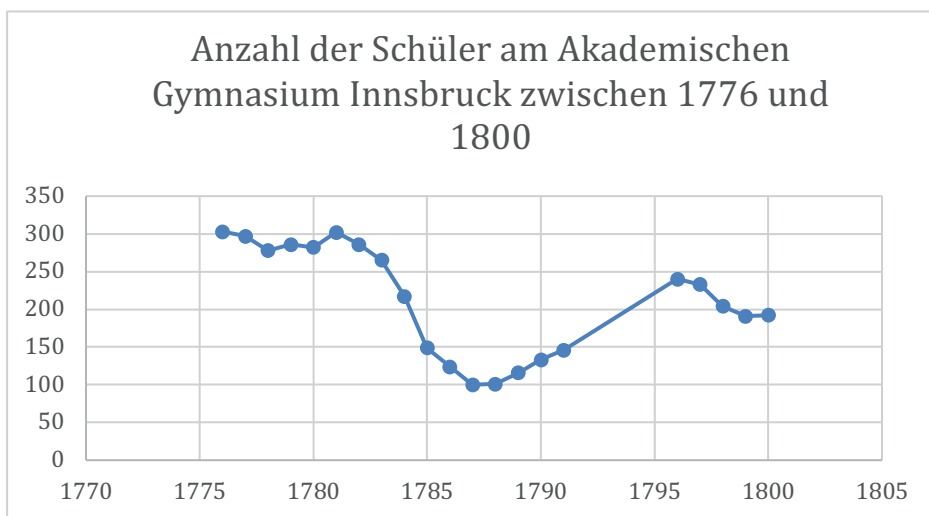
52 Ebd.

53 Irmgard Senhofer, Von „Tugend, guten Sitten und adeligem Wandel“ bis zum bilingualen und vernetzten Lernen, in: Akademisches Gymnasium Innsbruck (Hrsg.), 450 Jahre Akademisches Gymnasium Innsbruck. Festschrift und Jahresbericht 2011–12, Innsbruck 2012, S. 43–53, hier S. 46–47.

54 Ruzerstorfer, Geschichte, S. 40.

nige exzerpierte und übersetzte Einträge in Festschriften existieren. Nicht nur Kindern aus gutem Hause, sondern auch ärmeren Kindern sollte ein Zugang zu Bildung ermöglicht werden: „[1587]: Von seiner Durchlaucht Erzherzog Ferdinand wurde für die armen Schüler ein Haus um 530 Gulden gekauft. [...] [1597]: In der Kapelle St. Nikolai wurde mit der Unterweisung in der christlichen Lehre begonnen, damit wir mehr und armen Menschen am meisten nützen können.“⁵⁵ Einzelne statistische Angaben lassen sich ebenfalls aus den Einträgen herauslesen: „[1662] Wir haben in diesem Jahr insgesamt 604 Schüler gezählt; darunter waren 38 Grafen und Barone mit 17 Edelknaben.“⁵⁶ Folglich lässt sich vermuten, dass der Anteil an Schülern aus den mittleren bis unteren sozialen Schichten am Gymnasium den Großteil der Schülerschaft ausmachte.

Aus der Zeit der Auflösung des Jesuitenordens sind die sogenannten *Calculi* erhalten. Darin wurden die Schüler namentlich mit ihrem Alter und der Zeit, die sie bereits am Gymnasium verbracht haben, aufgelistet. Sie geben einen Einblick in die Erfassung von Schülerzahlen und -leistungen innerhalb dieses Zeitraums. Die folgende Grafik soll die Entwicklung der Schüleranzahl von 1776 bis 1800 veranschaulichen.⁵⁷



Im Vergleich zum Jahr 1662 fällt auf, dass sich die Schülerschaft über hundert Jahre später um die Hälfte reduziert hat. Bis Anfang der 1780er-Jahre verzeichnete das Gymnasium um die dreihundert Schüler, wobei es immer wieder zu kleinen Abweichungen kam. Ab 1781 lässt sich ein merkliches Abfallen der Schülerzahlen feststellen, dessen Tiefpunkt im Jahr 1787 erreicht war. Das Gymnasium hatte in diesem Jahr lediglich hundert Schüler zu verzeichnen. Danach stiegen die Zahlen wieder linear an, den Höchststand von dreihundert Schülern erreichte die Schule im Forschungszeitraum aber nicht mehr. Warum kam es zwischenzeitlich zu einer so geringen Schüleranzahl? Wie

55 Peter Gamper, Die Geschichte des Gymnasiums der Gesellschaft Jesu zu Innsbruck, aus den Jahrbüchern des Kollegiums exzerpiert (Übersetzung), in: Akademisches Gymnasium Innsbruck (Hrsg.), Festschrift Akademisches Gymnasium Innsbruck 425 Jahre, Innsbruck 1987, S. 17–20, hier S. 18.

56 Ebd., S. 20.

57 Akademisches Gymnasium Innsbruck, alle *Calculi* von 1776–1800, eigene Auswertung.

bereits erwähnt, dominierten Schüler aus bescheidenen bzw. ärmeren Verhältnissen die Schule. In den 1780er-Jahren kam es zu zwei wesentlichen Veränderungen, die den Schulbesuch für besagte Schüler erschwerten. Unter anderem wurden 1783 das Nikolai- sowie das Regelhaus aufgelassen, zwei soziale Einrichtungen, die für die Betreuung und Unterstützung der ärmeren Schüler zuständig gewesen waren.⁵⁸ Ein Jahr darauf wurde an allen Gymnasien, Lyzeen und Universitäten das Schulgeld eingeführt, womit arme, aber talentierte und ordentliche Schüler unterstützt werden sollten. Es handelte sich hierbei allerdings um einen kontraproduktiven Beschluss, denn einerseits konnten besagte Schüler so zwar ein Stipendium erhalten, aber andererseits mussten sie, wie alle anderen Schüler auch, das Schulgeld bezahlen, bis sie sich dieses Stipendiums würdig erwiesen hatten. Es liegt daher die Vermutung nahe, dass die meisten betroffenen Lernenden aus finanziellen Gründen das Gymnasium bereits verlassen mussten, noch bevor sie überhaupt für ein Stipendium in Frage gekommen wären. Manche gaben folglich das Studium sofort auf und es wurden weniger Studieneinstiege verzeichnet.⁵⁹ Die Einführung des Schulgeldes hatte nicht nur finanzielle Gründe, sondern verfolgte auch noch andere Ziele in Bezug auf die nächste Generation von Arbeitern. Denn die Tatsache, dass die (Ex-)Jesuiten entgegen staatlicher Vorschriften ihre Gymnasien für jeden ohne größere Beschränkungen offen hielten, wurde von der Regierung nicht gerne gesehen. Zu groß war die Angst, dass die Absolventen aufgrund des auf Latein zentrierten Unterrichts für den Handel, die Landwirtschaft oder die Manufakturen unbrauchbar würden.⁶⁰ „Man argwöhnte, daß sie nirgendwo eine berufliche Möglichkeit fänden und beschwor das Problem eines halbgebildeten Proletariats, das die große Zahl der Bettler und Arbeitslosen noch vermehren könnte.“⁶¹

Jedoch, und somit lässt sich auch der anschließende Anstieg der Schülerzahlen erklären, konnte sich die Schulgeldverordnung nicht lange in diesem Ausmaß halten und es folgten Ausnahmeregelungen, wodurch Schüler mit ausgesprochen guten Verhaltens- und Leistungsnoten vom Schulgeld befreit wurden.⁶² 1791 wurde das Schulgeld in Tirol aufgehoben und ab diesem Zeitpunkt lässt sich auch wieder ein größerer Anstieg der Schülerzahlen in der Grafik ausmachen.

3.3 Schülerleistungen

Bei der Betrachtung der *Calculi* fällt auf, dass sich die Notenvergabe nicht auf bestimmte Fächer bezog, sondern eher allgemeine Kriterien beurteilt wurden. Hierbei kann bereits von einer Notengebung gesprochen werden, da die Jesuiten um 1599 aufgrund der hohen Schüleranzahl und der strikten Glaubenssätze „eine standardisierte Form des Zusammenziehens von Schulurteilen in Begriffe und dazugehörige Zahlen“⁶³ ein-

58 Margret Friedrich, Konsolidierung, Kritik und Krisen. Universität und Lyzeum von ca. 1730 bis 1826, in: dies./Dirk Rupnow (Hrsg.), Geschichte der Universität Innsbruck 1669–2019, Bd. 1/1, Innsbruck 2019, S. 129–279, hier S. 257.

59 Ruzerstorfer, Geschichte, S. 42.

60 Scheipl/Seel, Entwicklung, S. 21.

61 Ebd.

62 Ruzerstorfer, Geschichte, S. 42.

63 Bernhard Hemetsberger, Schulnoten? Das ist hier nicht die Frage: Historische und (system-)theoretische Bemerkungen, in: *Vierteljahrsschrift für wissenschaftliche Pädagogik* 93 (2017), Heft 2, S. 255–267, hier S. 257.

geführt hatten. Dieses frühe Notensystem schien sich so etabliert zu haben, dass es auch nach der Auflösung des Ordens in Verwendung blieb.

Bewertet wurden folgende Kriterien: die natürlich angeborne Begabung (*Ingenium*), die Sorgfalt (*Diligentia*), der Fortschritt (*Progressus*) und das Benehmen (*Mores*).⁶⁴ Dem Verhalten der einzelnen Schüler wurde folglich besondere Beachtung geschenkt, aber auch die Leistung wurde mit der Beurteilung des Lernfortschritts nicht außer Acht gelassen. O'Donell zitiert in seinem Beitrag die elf Prinzipien der jesuitischen Bildungsphilosophie nach dem Theologen George Ganss, wobei eines wie folgt lautet:

„The formation imparted in Jesuit schools should be both intellectual and moral, providing reasoned motives for moral living. Ignatius wrote that very special care should be taken that those who come to the universities of the Society to obtain knowledge should acquire along with wisdom good and Christian moral habits.“⁶⁵

Besonders herausragende Leistungen wurden mit Prämien belohnt. Ein Abdruck der *Ratio studiorum* aus dem Jahr 1832 ermöglicht eine Vorstellung davon, wie sich die Vergabe von Prämien damals unter den Jesuiten abgespielt haben könnte:

„Aus der Rhetorik soll es acht Preise geben: zwei für lateinische Prosa und zwei für lateinische Poesie, zwei für griechische Prosa und ebensoviele für griechische Poesie; ebenso sechs Preise derselben Reihenfolge in der Humanität und obersten Grammatik, nämlich mit Auslassung der griechischen Poesie, die gemeinhin unter der Rhetorik nicht vorkommt [...]. Wo jedoch die Schülerzahl sehr gross oder klein ist, kann man auch mehr oder weniger Preise geben; nur soll die lateinische Prosa stets an erster Stelle berücksichtigt werden.“⁶⁶

Strenge Aufnahme- und Zwischenprüfungen, ebenfalls von staatlicher Seite aus angeordnet, sollten nach der Auflösung des Ordens dafür sorgen, den Zustrom auf die Gymnasien zu verringern. Nur die fähigsten Schüler sollten die Berechtigung haben, eine gymnasiale Schulbildung zu erhalten und künftig sollte niemand mehr im Staatsdienst arbeiten, „der nicht seine Fähigkeit durch ein Zeugnis von einer inländischen öffentlichen Lehranstalt darthun konnte.“⁶⁷ Die Prüfungen waren „zweymal des Jahres nach Verlauf eines jeden Semesters, aus allen vorgeschriebenen Gegenständen, in Gegenwart des Directors“⁶⁸ zu absolvieren. Die beantworteten Fragen wurden mit „sehr gut, gut, mittelmäßig oder schlecht“⁶⁹ bewertet. Nach Abschluss der *studia inferiora*, wie die Jesuiten die höhere Schule bezeichneten, folgte eine Abschlussprüfung, die den Schülern den Zugang zur Universität bzw. zu den *studia superiora* ermöglichte.⁷⁰

64 Akademisches Gymnasium Innsbruck, *Calculi* 1776–1781.

65 O'Donell, *The Jesuit Ratio Studiorum*, S. 467.

66 Georg Michael Pachtler, *Ratio studiorum et institutiones scholasticae Societatis Jesu: per Germaniam olim vigentes*, Berlin 1832, S. 375.

67 Akademisches Gymnasium Innsbruck, *Tomus VI*, Decrete ab Anno 1784 usque ad annum 1786 inclusive, *Vorschrift für die Prüfungen*, Wien 1784.

68 Ebd.

69 Ebd.

70 Engelbrecht, *Schule*, S. 73.

Die staatliche Vorschrift erwies sich also lediglich als eine Verschärfung bzw. Ergänzung der Leistungsbeurteilung der Jesuiten.

3.4 Lehrgegenstände

Seit 1599 bestimmten die Jesuiten selbst über die Lehrinhalte an ihren Gymnasien, teilweise sogar stärker als an den Universitäten. Die Inhalte blieben seit der Veröffentlichung der *Ratio studiorum* nahezu unverändert, denn sie war ein für ihre Zeit sehr fortschrittliches Werk. Jedoch zeichnete sich im 18. Jahrhundert ab, dass die Ordnung von 1599 Verbesserungen bedurfte, nicht zuletzt, weil die pädagogische Entwicklung vorangeschritten war.⁷¹ Die strenge Auslegung der *Ratio* durch die Ordenslehrer sorgte dafür, dass auf neue Forderungen der Gesellschaft, wie etwa die Berücksichtigung von Naturwissenschaften und Geschichte im Lehrplan, nicht eingegangen werden konnte.⁷²

Der Männerorden der Piaristen hatte neue Zugänge zu Erziehung und Bildung gefunden, die bei Kaiser Karl VI. (1685–1740) Anklang fanden.⁷³ Der Orden war als Bettelorden gegründet worden und musste mit geringen Einnahmen aus privaten Fördermitteln und Stiftungen auskommen. Den Gang von Tür zu Tür gaben sie um 1730 auf, denn sie hatten das Vertrauen vieler Adelsfamilien erlangt, bei denen sie als Hauslehrer unterrichteten.⁷⁴ Der Orden galt als sehr fortschrittlich, denn er war beispielsweise offen gegenüber den Naturwissenschaften sowie der experimentellen Physik eingestellt.⁷⁵ Naturwissenschaftliche Fächer sowie Mathematik waren folglich wichtige Bestandteile in den Lehrplänen der Piaristen, worauf bei den Jesuiten weniger Wert gelegt wurde. Unter Karl VI. kam es 1735 daher zu Veränderungen im Bildungswesen: Es wurden die Aufnahmebedingungen verschärft und die Jesuiten wurden dazu verpflichtet, in ihrem Unterricht die deutsche Sprache mehr zu berücksichtigen – mit Fokus auf Orthografie, Syntax und Ausdruck. Griechisch und Geschichte sollten in den alltäglichen Unterricht integriert werden. 1747 folgte unter Maria Theresia noch die Einbindung der Arithmetik. Der Grundstein für die staatliche Schulaufsicht war gelegt worden und die Jesuiten wurden aus ihren einflussreichen Positionen gedrängt.⁷⁶ Der bereits erwähnte Lehrplan von 1764 sollte die Gymnasien vereinheitlichen, weswegen sich auch alle Orden strikt daran halten mussten. Die Klasseneinteilung war ebenso vorgegeben und lautete in aufsteigender Reihenfolge wie folgt: *Principia, Rudimenta, Grammatica, Syntaxis, Rhetorica prima, Rhetorica secunda*.⁷⁷ Die ältesten noch erhaltenen Klassenbücher des Akademischen Gymnasiums wurden nach dieser Einteilung strukturiert und geführt. Gegen Ende des Schuljahres 1775/76 wurde jedoch eine neue Lehrverfassung auf Basis des Piaristen Gratian Marx (1721–1801) erlassen und umgesetzt. Die Zahl der

71 Helmut Engelbrecht, Schulwesen und Volksbildung im 18. Jahrhundert, in: Amt der Niederösterreichischen Landesregierung (Hrsg.), Österreich zur Zeit Kaiser Josephs II. Mitregent Kaiserin Maria Theresias, Kaiser und Landesfürst (Katalog des Niederösterreichischen Landesmuseums 95), Wien 1980, S. 226–231, hier S. 228.

72 Engelbrecht, Schule, S. 79.

73 Engelbrecht, Schulwesen, S. 228.

74 Julia Anna Riedel, Bildungsreform und geistliches Ordenswesen im Ungarn der Aufklärung. Die Schulen der Piaristen unter Maria Theresia und Joseph II. (Contubernium 77), Stuttgart 2012, S. 81.

75 Ebd., S. 125.

76 Engelbrecht, Schule, S. 80.

77 Ruzerstorfer, Geschichte, S. 35.

Klassen wurde auf fünf reduziert, sie setzte sich aus drei Grammatik- und zwei Humanitätsklassen zusammen. In den Klassenbüchern wurden sie mit den Bezeichnungen *Grammatica prima, secunda, tertia* und *Rhetorica* sowie *Poetae* betitelt⁷⁸, wobei sich diese Bezeichnungen im Verlauf der Jahre nochmals veränderten.⁷⁹ Am Akademischen Gymnasium verzögerte sich die Reduktion der Klassen um ein Jahr, sie wurde erst im Schuljahr 1776/77 durchgeführt.⁸⁰ Die drei Grammatikklassen dienten zum Erlernen der lateinischen Sprache, was nach wie vor ein Hauptfach blieb, wobei in den ersten beiden Klassen der Unterricht auf Deutsch stattfand und die Muttersprache somit sekundär miteinbezogen wurde. Ab der dritten Klasse galt Latein als Unterrichtssprache und ihr wurde ein höherer Stellenwert zugeschrieben als anderen Fächern, wie etwa Geschichte, Geografie und Mathematik, die nur noch nebensächlich behandelt und lediglich zur Abwechslung in den Lateinunterricht eingebaut wurden. In den Humanitätsklassen wurden die rednerischen sowie dichterischen Fertigkeiten der Lernenden geschult. Die griechische Sprache wurde in den Humanitätsklassen nur noch als Freifach gelehrt und richtete sich an besonders begabte Schüler.⁸¹ Jene sind in den *Calculi* leicht zu finden, da neben ihrem Namen das Kürzel *graec.* eingetragen wurde.⁸²

Eine weitere Veränderung war der Ausschluss der Theateraufführungen aus dem Lehrplan, der bereits im Gymnasiallehrplan von 1764 festgelegt wurde: „Gegen Ende des Jahres werden alle Komödien und Schauspiele verbannt sein. An ihrer Stelle aber werden eine Rede über ein nützliches Thema und Gedichte von den Studenten der Rhetorik und Poesie gelesen werden.“⁸³ Nach den Präsentationen „werden die Auszeichnungen verteilt, bei welchen die höchsten Ehren der Interpretation und Nachahmung eines Autors zugeteilt werden und auch die deutsche Sprache berücksichtigt werden wird.“⁸⁴ Ein weiteres Dekret von 1783 hob alle Marianischen Kongregationen auf und strich den täglichen Besuch der Messe.⁸⁵ Nur sonntags gingen die Schüler in die Messe, im Anschluss folgte ein halbstündiger Religionsunterricht.⁸⁶ Dies kann als eine typisch josephinische Maßnahme im Zusammenhang mit religiösen Aktivitäten bezeichnet werden. „Joseph II. widmete der Beseitigung unerwünschter Elemente aus dem Kultus der katholischen Kirche enorme Anstrengungen. Zu entfernen waren alle religiösen Praktiken, die seiner Vorstellung von ‚wahrer Andacht‘ nicht entsprachen.“⁸⁷

78 Akademisches Gymnasium Innsbruck, *Calculi* 1776–1781.

79 Ab 1793 werden die Klasseneinteilungen unter den Namen *Poetae, Rhetores, Suprema Grammatica, Media Grammatica* und *Infima Grammatica* geführt: Akademisches Gymnasium Innsbruck, *Calculi* 1781–1796.

80 Ebd.

81 Ronald Bacher, Die Geschichte des Akademischen Gymnasiums Innsbruck von 1562 bis 1918 im Rahmen der allgemeinen Entwicklung des Mittelschulwesens in Österreich, in: Akademisches Gymnasium Innsbruck (Hrsg.), Festschrift Akademisches Gymnasium Innsbruck 425 Jahre, Innsbruck 1987, S. 29–43, hier S. 36.

82 Akademisches Gymnasium Innsbruck, *Calculi* 1776–1781.

83 Helmut Engelbrecht, Geschichte des österreichischen Schulwesens. Erziehung und Unterricht auf dem Boden Österreichs, Bd. 3, Wien 1984, S. 478.

84 Ebd.

85 Bacher, Geschichte, S. 37.

86 Ruzerstorfer, Geschichte, S. 42.

87 Peter Šoltés, Eingriffe des Josephinismus in religiöse Festivitäten der katholischen Kirche, in: Christoph Führ/Norbert Spannenberger (Hrsg.), Katholische Aufklärung und Josephinismus. Rezeptionsformen in Ostmittel- und Südosteuropa (Forschungen und Quellen zur Kirchen- und Kulturgeschichte Ostdeutschlands 48), Köln 2015, S. 167–184, hier S. 167.

Mit diesen Veränderungen sollte ein Missstand ausgeglichen werden, der zwar seit der Übernahme der Gymnasien durch die Jesuiten bestand, jedoch bis zur zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts unbeachtet blieb. Der starke theologische Charakter der jesuitischen Bildung brachte eine Schulbildung hervor, die zur Zeit der Aufklärung völlig realitätsfern⁸⁸ war: „Empirisches Wissen und Gedanken der Aufklärung als Schulung der kritischen Urteilsfähigkeit hielt man von den Gymnasien (und wohl auch von den Universitäten) fern.“⁸⁹ Der Fokus auf den Lateinunterricht verwehrt eine wirklich gründliche Ausbildung. Ein erweiterter Unterricht in der Landessprache sowie die Einführung von Sachfächern sollten den Schulunterricht in den 1760er-Jahren reformieren.⁹⁰ Der Studienplan des Piaristen Gratian Marx lenkte den Fokus wieder mehr auf das Lateinische, allerdings wurden die Sachfächer sowie die Muttersprache zumindest am Rande in den Unterricht miteinbezogen.⁹¹ Die Theateraufführungen waren weiterhin kein Teil des Lehrplans mehr und die religiösen Tätigkeiten blieben auf den Besuch der Messe und die knappe Unterrichtseinheit danach reduziert, womit der theologische Charakter der jesuitischen Ausbildung eingeschränkt werden konnte.

4. Organisation des Gymnasiums

4.1 Die Stellung des Präfekten

Das Amt des Präfekten sollte als Unterstützung für den Rektor dienen, er musste einen reibungslosen Verlauf der Unterrichtstätigkeit in der Schule gewährleisten. In der *Ratio studiorum* wird der Präfekt wie folgt beschrieben: „Er wisse, dass er hierzu erwählt ist, mit allen Mitteln und eifrig dem Rektor in einer derartigen Leitung und Führung der Schulen beizustehen, dass die Schüler ebenso in den freien Künsten wie in Unbescholtenheit des Lebens vorankommen.“⁹² Hierarchisch unterstand er dem Rektor, an den er sich bei Angelegenheiten zur „Sittendisziplin“ zu wenden hatte. Studienangelegenheiten mussten mit dem Generalstudienpräfekten abgesprochen werden und er durfte von dessen Anweisungen nicht abweichen. Weiters war es ihm nicht erlaubt, Verordnungen abzuschaffen oder einzuführen und er musste alles zur Einsicht vorlegen, was die Schüler öffentlich deklamieren würden.⁹³ Er sollte die Lehrer und Schüler beobachten und darauf achten, dass die geltenden Regeln eingehalten wurden. Alle 14 Tage hatte er ein Gespräch mit den Lehrpersonen zu führen und herauszufinden, „ob sie dem Religionsunterrichte die schuldige Zeit und Mühe widmen, ob sie in der Durchnahme und Wiederholung des Lehrpensums gehörig voranschreiten, [und] ob sie endlich ihren Schülern gegenüber in allem auf anständige und löbliche Weise verfahren.“⁹⁴

Im Schularchiv liegt ein Dokument vor, das mehr Aufschluss über die Stellung und den Tätigkeitsbereich der Präfekten am Akademischen Gymnasium gibt. Die sogenannte

88 Die protestantischen Schulen waren ebenfalls noch stark religiös geprägt.

89 Scheipl/Seel, *Entwicklung*, S. 20.

90 Ebd., S. 21.

91 Ebd., S. 22.

92 Pachtler, *Ratio studiorum*, S. 351.

93 Ebd.

94 Ebd., S. 353.

Instruction erstreckt sich über mehrere Seiten und ist in fünf Abschnitte unterteilt. Laut diesem Dokument sind Präfekten „die unmittelbaren Vorgesetzten der untern lateinischen Schulen. Ihre Würksamkeit auf das ganze Schulweesen muß also um so grösser seyn, je mehr sie in alle Theile desselben den unmittelbaren Einfluss haben.“⁹⁵ Gleich zu Beginn wird klargelegt, dass „Sitten, Wissenschaften, Zucht, Ordnung sehr wichtige Gegenstände sind, die niemals aus dem Auge gelassen werden sollen.“⁹⁶ Dem Präfekten werden in diesen Bereichen unterschiedliche Pflichten auferlegt, „ohne derer genauen Erfüllung das Schulwesen nicht aufrecht bestehen, viel weniger aber blühend seyn kann.“⁹⁷ Bereits aus diesen einleitenden Worten lässt sich herauslesen, wie wichtig das Amt des Präfekten für den Schulbetrieb gewesen sein muss. Er durfte einem geistlichen oder weltlichen Stand entstammen und ihm musste bewusst sein, dass die Erziehung der ihm unterstellten Jugend weitreichende Konsequenzen haben konnte, denn sie hatte Einfluss auf eine wahlweise „gute, oder böse taugliche oder untaugliche Nachwelt“, wovon wiederum „das künftige christliche und sittliche Heil, oder Unheil des Staates“ abhing.⁹⁸ Der Präfekt musste sich so tugendhaft verhalten, wie es auch von der Schülerschaft erwartet wurde, folglich waren Genauigkeit, Treue, Fleiß, Ernsthaftigkeit und Klugheit die Eigenschaften eines idealen Präfekten. Gleichzeitig wurde aber auch eine gewisse Menschlichkeit von ihm verlangt, denn er sollte in der Lage sein „Ernst mit Liebe an gehörigem Ort, Zeit, und Gegenstand zu vermischen.“⁹⁹

Generell war es die Aufgabe des Präfekten, „Beschützer der ganzen Schulzucht und aller dahin einschlagenden Gesetzen [zu] seyn.“¹⁰⁰ Der reibungslose Verlauf des Schulalltags war also nach wie vor ein zentraler Bestandteil seiner Aufgaben. Wie auch in der *Ratio studiorum* festgehalten, durfte er gemäß dieser Instruktion nicht willkürlich handeln, weil „er über neü vorgelegte Verordnungen zu halten verbunden ist, und dannhero wird er weder selbst ein Einbruch in dergleichen alten Ordnungen, und von jemand, wer er auch sey, ohne höherer Begünstigung einen gedulden.“¹⁰¹ Danach werden die Pflichten des Präfekten in mehrere Abschnitte unterteilt, denn er hatte unterschiedliche Aufgaben gegenüber Lehrpersonen, Schülern und dem Rektor zu erfüllen. Letzterer wird im angedeuteten Abschnitt als Vorgesetzter bezeichnet, was die Hierarchie zwischen Rektor und Schulpräfekten unterstreicht.

Die Lehrpersonen waren dem Präfekten untergeordnet, aber er musste ihnen dennoch mit Respekt gegenüberreten, denn er musste sich „sorgfältig enthalten, weder durch Reden, noch durch Tathandlungen das Ansehen der ihm unterstehenden Professoren, fordest bey Schülere[n] zu verringere[n].“¹⁰² War eine Lehrkraft erkrankt, so musste der Präfekt sie vertreten, er war dazu angehalten, der Lehrerschaft mit Rat und Tat zur Seite zu

95 Akademesches Gymnasium Innsbruck, *Tomus II*, Decrete de anno 1776 usque ad annum 1778 exclusive, *Instruction für die aufgestellten Præfecten der Gymnasien*, März 1777.

96 Ebd., Vorwort.

97 Ebd.

98 Ebd., § I.

99 Ebd.

100 Ebd.

101 Ebd.

102 Akademesches Gymnasium Innsbruck, *Tomus II*, Decrete de anno 1776 usque ad annum 1778 exclusive, *Instruction für die aufgestellten Præfecten der Gymnasien*, März 1777, § III.

stehen und ein freundschaftliches Verhältnis aufzubauen. Wenn dem Präfekten etwas Negatives an der Arbeit der Professoren auffiel, hatte er zunächst ein Gespräch mit der betroffenen Lehrperson zu führen, bevor er sich in nächster Instanz an den Rektor zu wenden hatte: „Gebrechen von Seiten d Lehrer überhaupt, sofern sich einige äusseren, wird der Praefect erstlich zwar freundschaftlich, und unter vier Augen abzustellen suchen, auf nicht erfolgenden Besserung aber hievon an den Director [...] den Bericht zu erstatten schuldig seyn.“¹⁰³

In Bezug auf die Schüler des Gymnasiums war der Präfekt dafür zuständig, dass die Knaben „zu guten Sitten, und einer angemessenen Wohlanständigkeit angeführt werden.“¹⁰⁴ Er musste stets auf dem Schulgelände anwesend sein, um „Ungestüme und Ausgelassenheit“¹⁰⁵ zu verhindern. Die Einhaltung der religiösen Pflichten der Schüler unterlag ebenso dem Präfekten, denn er beobachtete

„nach Vollendung d Schulen nicht nur, ob die ganze Schul Jugend mit gehöriger Sittsamkeit sich inn= und aus der Kirche verfüge, in selber aber mit schuldiger Eingezogenheit, und Auferbäulichkeit dem Gottesdienst abwarte, sondern auch ob die sammtlichen aufgestellten Lehrer pflichtmessig ihre Classen hinzu begleiten.“¹⁰⁶

Ein Vergleich zwischen der *Ratio studiorum* und dem vorliegenden Dokument aus dem Jahr 1777 zeigt folglich, dass sich nach der Auflösung des Jesuitenordens das Amt des Schulpräfekten kaum verändert hatte. Der Präfekt agierte nach wie vor als helfende Hand des Rektors, er war ihm untergeordnet, musste sich an die Verordnungen halten und durfte nicht willkürlich handeln. Er war dem Lehrkörper höhergestellt, allerdings sollte zwischen den Professoren und dem Präfekten ein freundschaftliches Verhältnis bestehen, auch bei Gesprächen über die Qualität der Lehrtätigkeit. Der Präfekt sorgte innerhalb der Bildungseinrichtung für Zucht und Ordnung unter den Schülern, die zu disziplinierten und gottesfürchtigen jungen Männern erzogen werden sollten. Das Amt des Schulpräfekten schien also sowohl zur Zeit der Jesuiten als auch danach für das Gymnasium unverzichtbar gewesen zu sein und stellte einen wichtigen Bestandteil innerhalb der Schulorganisation dar.

4.2 Finanzierung

Die Tatsache, dass der Jesuitenorden kostenlosen Unterricht anbot, wirft die Frage auf, wie dieses Angebot überhaupt finanziert werden konnte. Um der Unterrichtstätigkeit mit aller Aufmerksamkeit nachgehen zu können, war es den Jesuiten ein Anliegen, sich von jeglichen materiellen Sorgen zu befreien. Die Nachfrage nach jesuitischer Bildung von Seiten der Städte war groß, aber der Orden war nur dann bereit, seine Dienste anzubieten, wenn ihm dafür das notwendige Gebäude sowie die finanzielle Unterstützung zugesichert wurde. Erfüllt wurden diese Bedingungen von sogenannten Stifter*innen,

103 Ebd.

104 Ebd., § IV.

105 Ebd.

106 Ebd.

hauptsächlich Landesfürsten oder hohen Adeligen mit guten Verbindungen zum Hof. Jedoch hatten diese kein Mitbestimmungsrecht in schulischen Angelegenheiten.¹⁰⁷ Die Errichtung des Kollegs, das sowohl die Bildungseinrichtung als auch die Wohnstätte der Jesuiten war, war für Stifter*innen finanziell sehr belastend, denn schließlich sollte auch eine Kirche errichtet werden, für die sich die Gesellschaft Jesu eine prachtvolle Ausstattung wünschte. Die Jesuiten konnten so zwar ohne größere Bedenken ihrer Unterrichtstätigkeit nachgehen, aber ihre Stifter*innen kamen in Bedrängnis. Manche unterschätzten den finanziellen Aufwand und versuchten ihr Angebot zurückzunehmen. Der kostenlose und zugleich qualitativ hochwertige Unterricht sorgte für einen regelrechten Schülerandrang und eine noch stärkere finanzielle Belastung.¹⁰⁸

Mit der Auflösung des Jesuitenordens wollte der Staat auch im gymnasialen Bereich die Entscheidungsgewalt erlangen, die Umsetzung und Finanzierung sollte jedoch anfangs den Jesuiten selbst überlassen bleiben.¹⁰⁹ Zu Beginn der Regierungszeit von Joseph II. gab es in den deutschsprachigen Erblanden der Habsburgermonarchie circa 135 Ex-Jesuiten, die als Lehrpersonen tätig waren und den Staat finanziell kaum belasteten, allerdings beliefen sich die Kosten für die Bildung, neben dem Jesuitenfonds,¹¹⁰ auf ca. 10.000 Gulden. Zwar wurde versucht, diese Kosten durch eine Reduktion von Gymnasien zu verringern, doch erwies sich der Versuch als wenig erfolgreich.¹¹¹ 1784 wurde dann von Joseph II. das Schulgeld eingeführt, das ärmeren Schülern die Möglichkeit auf ein Stipendium bieten sollte. In einem Dekret, welches im Schularchiv vorliegt, heißt es dazu:

„Seine k. k. Majestät haben [...] zu entschließen geruhet [...], daß auf den sämtlichen Gymnasien, Lyzeen, und Universitäten der unentgeltliche Unterricht aufhören, und von jedem Studierenden ein mässiges Unterrichtsgeld bezahlet werden solle, dessen Betrag allerhöchstgedacht Se. Majestät gewidmet haben, die Stipendien zur Unterstützung der bessern Talenten der unvermögenden Klasse zu vergrößern“.¹¹²

Die Summe des zu zahlenden Schulgeldes belief sich auf zwölf Gulden jährlich¹¹³ und obwohl damit begabten Schülern aus ärmeren Schichten geholfen werden sollte, verfolgte Joseph II. mit dieser Verordnung ein konträres Ziel. Der Mitregent Maria Theresias befand, dass allen Bewohner*innen¹¹⁴ des Reiches ein gewisses Maß an Bildung zu-

107 Engelbrecht, Schule, S. 67.

108 Ebd., S. 67.

109 Ebd., S. 81.

110 Der Jesuitenfonds beinhaltete den Besitz des Ordens, der nach dessen Auflösung vom Staat übernommen wurde. Kaiser Joseph II. widersetzte sich mit diesem Vorhaben dem Plan der Kurie, die das Vermögen der Jesuiten in bischöfliche Verwaltung übertragen wollte. Der Jesuitenfonds diente vor allem der Wiedereinstellung von Jesuiten als Professoren sowie anderen Bildungszwecken: Per Pippin Aspaas/László Kontler, Maximilian Hell (1720–92) and the End of Jesuit Science in Enlightenment Europe, Leiden 2020, S. 312.

111 Scheipl/Seel, Entwicklung, S. 23.

112 Akademisches Gymnasium Innsbruck, *Tomus VI*, Decrete ab Anno 1784 usque ad annum 1786 inclusive, Mitteilung über die Einführung des Schulgeldes, Innsbruck 1784.

113 Ebd.

114 Die Allgemeine Schulordnung von Maria Theresia galt für beide Geschlechter. Allerdings sollten Mädchen und Knaben räumlich getrennt werden. Joseph II. war ebenfalls an der Frauenbildung interessiert. Zum Beispiel gründete er 1775 in St. Pölten das „Offiziertöchterinstitut“. Es handelte sich um ein Internat für die Töchter der k. k.

kommen sollte, allerdings empfand er die mittlere und höhere Bildung für die breite Masse als nicht geeignet. Die Einführung des Schulgeldes erschwerte den Zugang zu besagten Bildungsangeboten für ärmere Schüler, denn es sollten nur Studierende zugelassen werden, die nicht nur die nötige Kompetenz für die höhere Bildung besaßen, sondern deren Eltern auch in der Lage waren, diesen Bildungsweg zu finanzieren.¹¹⁵ Das Akademische Gymnasium in Innsbruck blieb folglich auch nicht von den Verordnungen Josephs II. verschont und war, wie bereits angesprochen, mit stetig sinkenden Schülerzahlen konfrontiert. Ein Anstieg der Schülerzahlen kam erst wieder zustande, als die Regierung sich zur Lockerung der Verordnung bereit erklärte. Die Intervention der Tiroler Landstände sorgte schließlich dafür, dass das Schulgeld 1791 außer Kraft gesetzt wurde.¹¹⁶

„Seine k.k. Majestät haben den von Seiten dieser Landesstelle [...] einbegleiteten Vorschlag [...] vermög eingelangten k.k. Hofkanzleydekrets vom 2ten laufenden Monats allergnädigst zu begnehmigen, somit das Unterrichtsgeld schon für das laufende Schuljahr in Tyrol aufzuheben [...]“¹¹⁷

Das hohe Ansehen der jesuitischen Schulbildung in den Städten und die hohe Nachfrage sorgten dafür, dass sich die Jesuiten bei der Errichtung ihrer Kollegien auf die Unterstützung wohlhabender Persönlichkeiten verlassen konnten, ohne dafür Entscheidungsfreiheit einbüßen zu müssen. Als der Orden 1773 aufgelöst wurde, war die Finanzierung den Jesuiten offiziell noch immer selbst überlassen, doch der staatliche Einfluss konnte nicht vermieden werden und hatte für das Innsbrucker Gymnasium die Konsequenz, dass die Schülerzahlen durch die Einführung des Schulgeldes sanken und eine Selektion der Schülerschaft stattfand. Das Schulgeld ist ein weiteres Beispiel dafür, wie der staatliche Einfluss auf das Bildungswesen immer stärker wurde und das ursprüngliche Gymnasialwesen der Jesuiten vermehrt Veränderungen durchlebte.

4.3 Disziplinarmaßnahmen

Um einen reibungslosen Unterrichtsverlauf in den großen Klassen gewährleisten zu können und aufgrund ihrer Ordenstradition¹¹⁸ waren die Jesuiten sehr auf Disziplin bedacht. Damit diese im Schulgebäude gewahrt wurde, setzten die Jesuiten auf ein Überwachungssystem, das in den nachfolgenden Jahrhunderten stark kritisiert wurde. Grundsätzlich waren die Präfekten für die Überwachung zuständig, diese beauftragten allerdings auch sogenannte Dekurionen, also bestimmte Schüler, mit der Überwachung, was zur Folge hatte, dass sich die Schüler gegenseitig überwachten. Von vie-

Offiziere, wo sie zu Lehrerinnen und Erzieherinnen ausgebildet werden sollten: Gertrud Simon, Von Maria Theresia zu Eugenie Schwarzwald. Mädchen- und Frauenbildung in Österreich zwischen 1774 und 1919 im Überblick, in: Ilse Brehmer/Gertrud Simon (Hrsg.), Geschichte der Frauenbildung und Mädchenerziehung in Österreich. Ein Überblick, Graz 1997, S. 178–188, hier S. 179.

115 Engelbrecht, Schulwesen, S. 228.

116 Bacher, Geschichte, S. 37.

117 Akademisches Gymnasium Innsbruck, *Tomus VII*, Decretorum Aulicorum ab Anno 1786 usque ad Annum 1792, Mitteilung über die Aufhebung des Unterrichtsgeldes, Innsbruck 1791.

118 Diese Ordenstradition besagt, dass den Oberen des Ordens bedingungsloser Gehorsam geschuldet sei. Daher liegt die Vermutung nahe, dass die Jesuiten dieses Denken auch auf ihr Schulkonzept übertragen haben: Friedrich, Die Jesuiten. Von Ignatius von Loyola bis zur Gegenwart, S. 18.

len als Spionage kritisiert, hatte dieses System jedoch den Vorteil, dass bei geringeren Vergehen auch auf mündliche Ermahnungen, Verweise oder Einträge ins Klassenbuch zurückgegriffen werden konnte. Schwerere Verstöße brachten Arrest oder Prügel mit sich, die von einem *Corrector*¹¹⁹, einem externen Beauftragten, durchgeführt wurden.¹²⁰ Die Prügelstrafe war weit verbreitet und wurde folglich auch bei den Jesuiten vollzogen, allerdings nur wenn dies unabdingbar erschien.¹²¹ Im Gegensatz dazu sollten Lob, Belohnungen und Preisverleihungen die Lernmotivation erhöhen und zu gewünschtem Verhalten führen.¹²²

Ein Vergleich der Erkenntnisse aus der Literatur und der bereits behandelten Instruktion für die Präfekten zeigt, dass dieses System auch nach der Auflösung des Ordens weitgehend in Verwendung war. Zusätzlich dazu wurden 1781 weitere Anordnungen zur Disziplin verfasst, die in einer Festschrift des Akademischen Gymnasiums von 1987 abgedruckt wurden. Der Fokus dieser Verordnung liegt auf den Begriffen „Ehre“ und „Schande“, was gleich zu Beginn der Anordnung verdeutlicht wird:

„In diesen Vorschriften kömmt nun alles Auf Ehre und Schande an: dahin ist das Ehrenbuch und die Ehrenbank mit den entgegengesetzten der Unehre und Strafe gerichtet, welche die erwünschte Wirkung unfehlbar hervorbringen werden, wenn sich Lehrer angelegen seyn lassen, die Erklärung davon nachdrücklich und recht lebhaft zu machen, damit die Jugend [...] auf ihre Pflichten desto aufmerksamer werde.“¹²³

Die einzelnen Vergehen wurden mit „zugemessenen Strafen“¹²⁴ versehen, am Strafmaß durfte weder die Lehrperson noch der Präfekt etwas verändern. Jedes Gymnasium hatte den Auftrag, zwei Bücher zu führen: das Buch der Ehre und das Buch der Schande.¹²⁵ Weiters musste etwas abgesondert voneinander eine Ehrenbank sowie eine Strafbank aufgestellt werden. Für die Strafbank war vorgesehen, „daß sie schwarz angestrichen, und in einer gewissen Absönderung von den übrigen, doch nicht außer dem Gesichte des Professors stehen muß.“¹²⁶ Die Bank der Ehre hingegen sollte eine aus hartem Holz angefertigte Bank mit einigen Verzierungen sein, die vor den anderen Schulbänken aufgestellt werden sollte. Beide Bänke mussten Platz für sechs bis acht Schüler haben. Das Buch der Schande sollte einen schwarzen Deckel besitzen, wohingegen das Ehrenbuch „mit einem englischen Uiberzuge und rothen Bändern zum Binden“¹²⁷ versehen wurde. Für den Vermerk in eines der jeweiligen Bücher gab es ebenso konkrete Vorgaben, was dem Ganzen einen starken bürokratischen Charakter verlieh:

119 Sowohl Ignatius von Loyola als auch seine Nachfolger hatten sich dagegen ausgesprochen, dass die Patres die Prügelstrafe anwenden: Friedrich, *Die Jesuiten. Aufstieg – Niedergang – Neubeginn*, S. 301.

120 Ebd., S. 302.

121 Ebd.

122 Hartmann, *Jesuiten*, S. 71.

123 *Anordnungen zur Disziplin, 1781*, in: *Akademisches Gymnasium Innsbruck (Hrsg.), Festschrift Akademisches Gymnasium Innsbruck 425 Jahre, Innsbruck 1987*, S. 53.

124 Ebd.

125 Aus den Jahresberichten geht hervor, dass beide Bücher, die im Gymnasium geführt wurden, bis in die Gegenwart existierten. Heute sind sie allerdings nicht mehr erhalten.

126 *Anordnungen zur Disziplin*, S. 53.

127 Ebd., S. 53.

„Wenn nun ein Schüler sich irgend eines Vergehens schuldig macht [...] muß er ein solches Vergehen mit Beysetzung des Tags, wann es verübet worden, eigenhändig öffentlich in der Schule in das Buch der Schande einschreiben, und seinen Namen unterzeichnen.“¹²⁸

Beim Buch der Ehre verlief der Prozess fast identisch, „nur daß der Schüler seine lobwürdigen Handlungen nicht selbst einschreibt; sondern ein anderer von dem Lehrer jedesmal ausdrücklich benannter Mitschüler muß diese Handlung in dem Buche aufzeichnen.“¹²⁹ Ein Schüler konnte jedoch nicht gleichzeitig im Ehren- und Schandbuch eingetragen sein, denn war ein Schüler mehrmals negativ aufgefallen, so musste er erst öfter positiv auffallen, dass er dem Ehrenbuch wieder würdig war.¹³⁰ Für die Verwahrung der Bücher mussten auch bestimmte Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden: „Beyde diese Bücher müssen stets wohl versperrt in der Schule aufbewahrt seyn.“¹³¹ Weder der Präfekt noch die Lehrperson durften es nicht wagen, selbständig etwas in die jeweiligen Bücher einzuschreiben oder sie mit in ihre Zimmer zu nehmen, „damit nicht nur dem Unterschleife, sondern auch allem Verdachte der Parteylichkeit vorgebeuet werde.“¹³²

Was aus heutiger Sicht als nicht pädagogisch wertvoll empfunden wird, hatte zur damaligen Zeit das Ziel, die Schüler in den guten Sitten zu bilden. Eine gute Schuldisziplin wurde als Grundvoraussetzung für die moralische Bildung angesehen. Dabei distanzierte sich die Verordnung jedoch von Körperstrafen¹³³: „Man [will] alle sinnlichen Strafen [...] auf die Seite geschafft wissen, theils weil sie bisher nicht immer die wirksamsten Mittel zur Erlangung der Absicht waren, theils weil sie das Gefühl von Ehre und Schande fast gänzlich ersticken [...]“¹³⁴ Bei den Jesuiten war die Prügelstrafe zwar nur für schwerere Vergehen vorgesehen, aber dennoch beabsichtigte die staatliche Verordnung, von Bestrafungen durch Gewalt möglichst abzusehen, ein Schritt, der aus heutiger Perspektive für die damalige Zeit als sehr progressiv eingestuft werden kann.

5. Fazit

Die Gründung der Jesuitenkollegien in den katholisch gebliebenen Regionen des Reiches ist Teil einer Zeitspanne der Schulgeschichte, die von Engelbrecht als konfessionelle Phase bezeichnet wird.¹³⁵ Als Gegenreaktion auf die Reformation entsandte die Ordensleitung der Jesuiten Mitglieder, um die alten Dom- und Klosterschulen zu ersetzen und neue Bildungsstätten für den künftigen geistlichen Nachwuchs zu errichten. Durch die Reformierung des höheren Schulwesens sollte das Überleben des katholischen Glaubens gesichert werden. Im 16. Jahrhundert siedelten sich die Jesuiten auch

128 Anordnungen zur Disziplin, S. 53.

129 Ebd.

130 Ebd.

131 Ebd., S. 54.

132 Ebd.

133 Josef II. hatte zuvor die Prügelstrafe abgeschafft: Bacher, Die Geschichte des Akademischen Gymnasiums, S. 37.

134 Ebd., S. 53.

135 Engelbrecht, Schule in Österreich, S. 51.

in Innsbruck an und legten mit der Gründung ihres Kollegiums 1562 den Grundstein für das heutige Akademische Gymnasium.

Die Jesuiten genossen ein hohes Ansehen sowie ein hohes Maß an Entscheidungsfreiheit. Ihr Schulwesen setzte neue Maßstäbe, sowohl im Reich als auch darüber hinaus und erlangte binnen kurzer Zeit eine dominierende Stellung.¹³⁶ Ausschlaggebend für diesen Erfolg war unter anderem die *Ratio studiorum*, ein in dieser Form bis dato nicht existentes Werk, das aufgrund seiner ausführlichen Regelungen als sehr fortschrittlich galt. Die *Ratio* deutete bereits an, dass sich das Schulwesen künftig in eine bürokratische Richtung entwickeln würde.¹³⁷

Das Akademische Gymnasium wurde über Jahrzehnte nach diesen Richtlinien geführt, mit den Jesuiten als alleinigen Entscheidungsträgern an der Spitze. Dies begann jedoch in der Mitte des 18. Jahrhunderts zu bröckeln, als der Staat erste Schritte in Richtung einer staatlichen Schulaufsicht machte. Die strikten Vorgaben der *Ratio studiorum* und ihr theologischer Charakter erlaubten es den Jesuiten nicht, sich dem Zeitgeist der Aufklärung anzupassen. Die Regierung kritisierte die mangelnde Erfahrung der Lehrpersonen sowie den starken Fokus auf den Lateinunterricht. Die Lehrinhalte der Jesuiten wurden als realitätsfern angesehen.¹³⁸ Die Entscheidungsfreiheit der Jesuiten wurde eingeschränkt, als 1764 der Lehrplan nach Gaspari eingeführt wurde, an den sich auch die Jesuiten zu halten hatten. Der Landessprache sowie den Sachfächern sollte mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden, die Theateraufführungen und die vielen religiösen Tätigkeiten wurden abgeschafft. Mit der Auflösung des Jesuitenordens 1773 war der Weg für Reforminitiativen geebnet.

Die Exjesuiten lehrten weiterhin am Akademischen Gymnasium, allerdings bestimmte nun der Staat die Unterrichtsinhalte. Obwohl das Gymnasium unter „Fremdherrschaft“ stand, lässt sich dennoch behaupten, dass das Schulwesen der Jesuiten im Kern erhalten blieb. Ab 1776 bestand der Lehrplan nicht mehr aus der *Ratio studiorum*, sondern aus der Studienordnung nach dem Vorbild des Piaristen Gratian Marx, die wieder Latein als Hauptfach beinhaltete, während Deutsch und andere Sachfächer als Nebenbeschäftigung angesehen wurden.¹³⁹ Die Dokumente aus dem Schularchiv zeigen, dass die Lehrpläne von Marx und den Jesuiten, abgesehen von der Gewichtung religiöser Aktivitäten, nicht identische, jedoch ähnliche Ziele verfolgten, vor allem in Bezug auf den Lateinunterricht. Die Leistungsbeurteilung wurde von den Jesuiten weitestgehend übernommen, da sie für die gewünschte Selektion der Schüler in den 1780er-Jahren sehr nützlich war. Auch bei den Tätigkeitsbereichen des Schulpersonals, wie am Beispiel des Schulpräfekten gut zu erkennen ist, gab es keine wesentlichen Veränderungen. Im Bereich der Bestrafung distanzierte sich die staatliche Verordnung mehr von der Prügelstrafe, unterstrich aber den Fokus auf die Wahrung der Disziplin – was auch schon bei den Jesuiten wichtig war – mit der Einführung der Ehren- und Schand-

136 Engelbrecht, *Schule in Österreich*, S. 78.

137 Konrad, *Geschichte der Schule*, S. 59.

138 Scheipl/Seel, *Entwicklung*, S. 20–21.

139 Scheipl/Seel, *Entwicklung*, S. 22.

bücher und verlieh den schulinternen Disziplinarmaßnahmen somit einen verstärkt bürokratischen Charakter.

Der stärkste Einschnitt in das Schulwesen der Jesuiten lässt sich in den Bereichen Schülerschaft und Finanzierung ausmachen, weil diese Bereiche nicht zuletzt unmittelbar miteinander verbunden waren. Während die Jesuiten dank der Versorgung durch weltliche Stifter*innen ihren Unterricht kostenlos anboten und ihn für jede soziale Schicht offenhielten, wollte der Staat den Andrang auf das Gymnasium reduzieren, denn die Gymnasien waren vollkommen überfüllt und die Obrigkeiten befanden, dass nur Kindern aus gutem Hause eine höhere Schulbildung zustünde. So wurde in Innsbruck 1783 das Nikolaihaus aufgelöst und 1784 das Schulgeld eingeführt, womit ein starker Andrang auf die Gymnasien ferngehalten und anfällige Kosten gedeckt werden sollten. Für das Akademische Gymnasium hatte dies zur Folge, dass es im Jahr 1787 einen Schüler-Tiefststand von ca. hundert Schülern zu verzeichnen hatte. Diese Maßnahmen konnten vermutlich nur aufgrund der mehrheitlich staatlichen Schulaufsicht umgesetzt werden, denn bei einem Fortbestehen des Jesuitenordens mit erhöhtem Einfluss hätten sie wahrscheinlich nicht Fuß gefasst.

Abschließend bleibt noch zu sagen, dass die Struktur am Akademischen Gymnasium nach der Auflösung des Jesuitenordens zwar durch staatliche Veränderungen und Vorschriften einem gewissen Wandel unterlegen ist, jedoch im Kern ein Gymnasium nach dem Vorbild des jesuitischen Schulwesens geblieben ist. Das lag vermutlich am fortschrittlichen Charakter der *Ratio studiorum*, deren hohes Maß an Homogenisierung und Bürokratisierung prinzipiell gut in das zentralistisch geprägte 18. Jahrhundert passte. Wäre die Studienordnung nicht so streng reguliert gewesen, hätte sie sich eventuell den Forderungen der Gesellschaft anpassen und vom Staat übernommen sowie weiter ausgebaut werden können. Dennoch hatte das reformierte Gymnasium weiterhin mit dem Mangel an qualifizierten Lehrkräften zu kämpfen, was das gymnasiale Schulwesen schwächte. Schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts musste wieder über Reformen nachgedacht werden, bis es 1849 zur entscheidenden Reform des Gymnasiums kam.¹⁴⁰

6. Quellen

Akademisches Gymnasium Innsbruck, *Calculi* 1776–1781.

Akademisches Gymnasium Innsbruck, *Calculi* 1781–1796.

Akademisches Gymnasium Innsbruck, *Tomus* II, Decrete de anno 1776 usque ad annum 1778 exclusive, Instruction für die aufgestellten Praefecten der Gymnasien, März 1777.

Akademisches Gymnasium Innsbruck, *Tomus* VI, Decrete ab Anno 1784 usque ad annum 1786 inclusive, Mitteilung über die Einführung des Schulgeldes, Innsbruck 1784.

Akademisches Gymnasium Innsbruck, *Tomus VI*, Decrete ab Anno 1784 usque ad annum 1786 inclusive, Vorschrift für die Prüfungen, Wien 1784.

Akademisches Gymnasium Innsbruck, *Tomus VII*, Decretorum Aulicorum ab Anno 1786 usque ad Annum 1792, Mitteilung über die Aufhebung des Unterrichtsgeldes, Innsbruck 1791.

Anordnungen zur Disziplin, 1781, in: Akademisches Gymnasium Innsbruck (Hrsg.), Festschrift Akademisches Gymnasium Innsbruck 425 Jahre, Innsbruck 1987, S. 53–54.

Pachtler, Georg Michael, *Ratio studiorum et institutiones scholasticae Societatis Jesu: per Germaniam olim vigentes*, Berlin 1832.

7. Literatur

Aspaas, Per Pippin/Kontler, László, Maximilian Hell (1720–92) and the End of Jesuit Science in Enlightenment Europe, Leiden 2020.

Bacher, Ronald, Die Geschichte des Akademischen Gymnasiums Innsbruck von 1562 bis 1918 im Rahmen der allgemeinen Entwicklung des Mittelschulwesens in Österreich, in: Akademisches Gymnasium Innsbruck (Hrsg.), Festschrift Akademisches Gymnasium Innsbruck 425 Jahre, Innsbruck 1987, S. 29–43.

Bubestinger, Ingrid/Zeindl, Gertraud, *Zur Stadtgeschichte Innsbrucks*, Innsbruck 2008.

Duhr, Bernhard, *Die Geschichte der Jesuiten in den Ländern deutscher Zunge*, Bd. 2, Freiburg im Breisgau 1913.

Engelbrecht, Helmut, Schulwesen und Volksbildung im 18. Jahrhundert, in: Amt der Niederösterreichischen Landesregierung (Hrsg.), Österreich zur Zeit Kaiser Josephs II. Mitregent Kaiserin Maria Theresias, Kaiser und Landesfürst (Katalog des Niederösterreichischen Landesmuseums 95), Wien 1980, S. 226–231.

Ders., *Geschichte des österreichischen Schulwesens. Erziehung und Unterricht auf dem Boden Österreichs*, Bd. 3, Wien 1984.

Ders., *Schule in Österreich. Die Entwicklung ihrer Organisation von den Anfängen bis zur Gegenwart*, Wien 2015.

Erlinghagen, Karl, Ignatius von Loyola (1491–1556), in: Rüdiger Funiok/Harald Schöndorf (Hrsg.), *Ignatius von Loyola und die Pädagogik der Jesuiten. Ein Modell für Schule und Persönlichkeitsbildung (Erziehungskonzeptionen und Praxis 81)*, Donauwörth 2000, S. 90–104.

Friedrich, Margret, *Konsolidierung, Kritik und Krisen. Universität und Lyzeum von ca. 1730 bis 1826*, in: dies./Dirk Rupnow (Hrsg.), *Geschichte der Universität Innsbruck 1669–2019*, Bd. 1/1, Innsbruck 2019, S. 129–279.

Friedrich, Markus, *Die Jesuiten. Aufstieg – Niedergang – Neubeginn*, München-Berlin 2016.

- Ders., *Die Jesuiten. Von Ignatius von Loyola bis zur Gegenwart*, München 2021.
- Gamper, Peter, *Die Geschichte des Gymnasiums der Gesellschaft Jesu zu Innsbruck, aus den Jahrbüchern des Kollegiums exzerpiert (Übersetzung)*, in: *Akademisches Gymnasium Innsbruck* (Hrsg.), *Festschrift Akademisches Gymnasium Innsbruck 425 Jahre*, Innsbruck 1987, S. 17–20.
- Gföller-Thurner, Elisabeth, *Das erste Mädchen, das alle acht Jahre im AGI absolvierte*, in: *Akademisches Gymnasium Innsbruck* (Hrsg.), *450 Jahre Akademisches Gymnasium Innsbruck. Festschrift und Jahresbericht 2011–12*, Innsbruck 2012, S. 75–76.
- Hartmann, Peter C., *Die Jesuiten*, München 2015².
- Hemetsberger, Bernhard, *Schulnoten? Das ist hier nicht die Frage: Historische und (system-)theoretische Bemerkungen*, in: *Vierteljahrsschrift für wissenschaftliche Pädagogik* 93 (2017), Heft 2, S. 255–267.
- Konrad, Franz-Michael, *Geschichte der Schule. Von der Antike bis zur Gegenwart*, München 2012².
- Lambert, Willi, *Marianische Kongregationen*, in: *Lexikon für Theologie und Kirche*, Bd. 6, Freiburg im Breisgau 1997, Sp. 1359.
- Leitner, Severin, *Die Anfänge des Akademischen Gymnasiums in Innsbruck. Eine bedeutende Gründung des Jesuitenordens*, in: *Akademisches Gymnasium Innsbruck* (Hrsg.), *450 Jahre Akademisches Gymnasium Innsbruck. Festschrift und Jahresbericht 2011–12*, Innsbruck 2012, S. 15–19.
- Moosbrugger, Mathias, *Petrus Canisius. Wanderer zwischen den Welten*, Innsbruck 2021.
- O'Donell, James A., *The Jesuit Ratio Studiorum*, in: *Philippine Studies* 32 (1984), Heft 4, S. 462–475.
- Riedel, Julia Anna, *Bildungsreform und geistliches Ordenswesen im Ungarn der Aufklärung. Die Schulen der Piaristen unter Maria Theresia und Joseph II. (Contubernium 77)*, Stuttgart 2012.
- Ruzerstorfer, Franz, *Geschichte des Gymnasiums zu Innsbruck*, in: *Akademisches Gymnasium Innsbruck* (Hrsg.), *400 Jahre Gymnasium Innsbruck*, Innsbruck 1962, S. 11–92.
- Scheipl, Josef/Seel, Helmut, *Die Entwicklung des österreichischen Schulwesens von 1750–1938 (Studientexte für die pädagogische Ausbildung der Lehrer höherer Schulen 1)*, Graz 1987.
- Senhofer, Irmgard, *Von „Tugend, guten Sitten und adeligem Wandel“ bis zum bilingua- len und vernetzten Lernen*, in: *Akademisches Gymnasium Innsbruck* (Hrsg.), *450 Jahre Akademisches Gymnasium Innsbruck. Festschrift und Jahresbericht 2011–12*, Innsbruck 2012, S. 43–53.
- Simon, Gertrud, *Von Maria Theresia zu Eugenie Schwarzwald. Mädchen- und Frauenbildung in Österreich zwischen 1774 und 1919 im Überblick*, in: Ilse Brehmer/Gertrud

Simon (Hrsg.), *Geschichte der Frauenbildung und Mädchenerziehung in Österreich. Ein Überblick*, Graz 1997, S. 178–188.

Šoltés, Peter, Eingriffe des Josephinismus in religiöse Festivitäten der katholischen Kirche, in: Christoph Führ/Norbert Spannenberger (Hrsg.), *Katholische Aufklärung und Josephinismus. Rezeptionsformen in Ostmittel- und Südosteuropa (Forschungen und Quellen zur Kirchen- und Kulturgeschichte Ostdeutschlands 48)*, Köln 2015, S. 167–184.

Staudigl, Anna, Das Akademische Gymnasium Innsbruck in der NS-Zeit unter besonderer Berücksichtigung des Schicksals der jüdischen Schüler, in: Richard Schober/Josef Riedmann (Hrsg.), *Jahrbuch für Geschichte und Volkskunde Nord-, Ost- und Südtirols (Tiroler Heimat 77)*, Innsbruck 2013, S. 258–290.

Thumser, Matthias, Zehn Thesen zur Edition deutschsprachiger Geschichtsquellen (14.–16. Jahrhundert), in: ders./Janusz Tandeki (Hrsg.), *Methodik – Amtsbücher – Digitale Edition – Projekte (Publikationen des Deutsch-Polnischen Gesprächskreises für Quellenedition 4)*, Toruń 2008, S. 13–19.

Verena Kaiser ist Masterstudentin im 2. Semester im Studiengang Lehramt Sekundarstufe Allgemeinbildung mit der Fächerkombination Geschichte/Sozialkunde/Politische Bildung und Italienisch. V.Kaiser@student.uibk.ac.at

Zitation dieses Beitrages

Verena Kaiser, Ora et disce! Das Schulwesen der Jesuiten am Beispiel des Akademischen Gymnasiums Innsbruck, in: *historia.scribere* 15 (2023), S. 153–188, <http://historia.scribere.at>, eingesehen 13.6.2023 (=aktuelles Datum).

Anhang: Transkript der Instruktion für die Präfecten¹⁴¹

Instruktion

Für die aufgestellten Præfecten der Gymnasien

Præfecte sind die unmittelbaren Vorgesetzten der untern lateinischen Schulen. Ihre Würksamkeit auf das ganze Schulwesen muß also um so grösser seyn, je mehr sie in alle Theile desselben den unmittelbaren Einfluss haben; Gleichwie aber das ganze Schulwesen auf vorgesetzten und untergeordneten, bey untergeordneten wieder auf lehrenden, und lernenden Personnen beruhet, bey lernenden endlich Gottes=Furcht Gute Sitten, Wissenschaften, Zucht, Ordnung & sehr wichtige Gegenstände sind, die niemals aus dem Auge gelassen werden sollen, so wird auch der *Præfect* in diesen verschiedenen Beziehungen unterschiedliche Pflichten auf sich haben, ohne derer genauen Erfüllung das Schulwesen nicht aufrecht bestehen, viel weniger aber blühend seyn kann. Es entspringen aus der Betrachtung aller dieser Gegenstände nachfolgende Abschnitte.

§ I.

Von den Pflichten des Schul Præfects überhaupt

1[pr]imo Er mag geist = oder weltlichen Standes seyn, so mus für einen jeweiligen *Præfect* allzeit eine pflichtmessige weesentliche Betrachtung

seyn, daß von der Erziehung der ihnen unterstehenden Jugend eine ganze gute, oder böse taugliche, oder untaugliche Nachwelt, und das künftige christliche, und sittliche Heil, oder Unheil des Staates abhängen. Wohlgezogene, und unterrichtete Jugend giebt so gewies tüchtige Männer, als ausgelassene, und unwissende Jünglinge dereinstens unbrauchbar Bürger seyn werden.

2[secon]do Aus dieser Betrachtung ist er vorderst verbunden, nicht nur für sich ein christliches erbäuliches Leben zu führen, sondern insonderheit sich aller jener christlichen, und sittlichen Tugenden zu befleisen, zu welchen die Schüler angeführet werden sollen, und von welchen die practischen Beyspiele richtigere Lehrmeister sind, als noch so viele Zusammengetragene Lehrstücke. Eingezogenheit, Gelassenheit, und Auferbäulichkeit bey dem Gebette in = oder ausser Gottes häuseren, Ehrenbietigkeit bey allen Religions Gegenständen, gegen Gottgeheiligte Örter, und Personnen gegen alle sonst ansehnliche Menschen, Hülf gegen bedürftige Nebenmenschen

141 Transkribiert nach folgendem Tanskriptionsschema: Matthias Thumser, Zehn Thesen zur Edition deutschsprachiger Geschichtsquellen (14.–16. Jahrhundert), in: ders./Janusz Tandecki (Hrsg.), *Methodik – Amtsbücher – Digitale Edition – Projekte* (Publikationen des Deutsch-Polnischen Gesprächskreises für Quellenedition 4), Toruń 2008, S. 13–19.

Freygebigkeit gegen die Ar=men & lernt sich leichter, und gewisser durch Werke, als durch lehrreiche Worte.

3[ter]tio Insbesondere müssen die eigenthumlichen Tugenden dieses Amtes beständig vor Augen liegen; Genauigkeit, und Treue in Erfüllung der Obliegenheiten, eine unverdrossene Emsigkeit in der erforderlichen Absicht, eine standhafte Ernsthaftigkeit in Haltung auf Ordnung, und Befehle, eine Liebvolle, und sich herablassende Nachsicht in mancherley Gebrechen, und endlich eine mit allem vorigen vermischte Klugheit, welche Ernst mit Liebe an gehörigem Ort, Zeit, und Gegenstand zu vermischen weiß findet der Lehrer an seinem *Præfect* nicht einen Freund, und der Schüler nicht einen Vater, so dürfte die Aussicht nicht die ruhigste, gewies nicht die fruchtbarlichste seyn.

4[quar]to Schul-*Præfecte* müßen Aus ihrem Amte verewahrer, und Beschützer der ganzen Schulzucht, und aller dahin einschlagenden Gesetze seyn; es solle folgl[ich] jeder *Præfect* eben so fest, und unverbrüchlich auf wirklich bestehende Schulgesetze, hergebrachte löbliche Gewohnheiten, und bisherige Ausübungen, wenn nicht ausdrückliche Befehle dargegen vorkommen, halten, als er über neü vorgelegte Verordnungen zu halten verbunden ist, und dannenhero wird er weder selbst ein Einbruch in dergleichen alte Ordnungen jemals machen, und

von jemand, wer er auch sey, ohne höherer Begünstigung einen gedulden.

§ II.

Von den Pflichten des Præfects gegen seine Vorgesetzte

1.) Jeder Schul-*Præfect* ist erstens zwar an die *k.k. Schul Comon*, sodann aber unmittelbar an den über das Gymnasium aufgestellten *k: k: Director*, oder auch *Vice-Director* angewiesen denen er nicht nur Achtung, und die gebührende Ehrerbietigkeit, sondern auch vollkommene *Subordination*, und in Entrichtung der etwann von Zeit zu Zeit erfolgenden Aufträgen, und in Beziehung auf das Schulwesen gehorsam schuldig seyn wird.

2.) Obschon der *Præfect* samt dem ganzen Schulwesen, gleichwie der *Director* selbst unter der allergnädigsten gerichteten Schul *Commission* stehet, so kann doch ordentlich der *Præfect* sich nicht in Betref der Schulgegenstände mit Übergehung des *Directors* an die Schul *Comission* wenden, was immer für Vorfälle es etwann zu fordern scheinen könnten, sondern sein erster, und unmittelbarer Weeg muß allzeit entweder an den *Director*, oder durch den *Director* seyn.

3.) Von dem *Director* hat also der *Præfect* die Beangenehmung zur Aufnahme in die Schulen, und zur Abschaffung aus den Schulen einzuholen; und gleichwie er die sich in die lateinische Schulen anmeldenden, und nach den allerhöchst hinaus gegebenen Vorschriften sich

ausweisenden Jünglinge ohne Anstand aufzuzeichnen, und solches Verzeichniß dem *Director* zur Bestätigung zu übergeben verbunden ist /: wenn ein *Director*, oder *Vice Director in Loco* ist /: so muß auch bey eben dem *Director* umständlicher Bericht erstattet, und dessen ausdrückliche Bestätigung erwartet werden, wenn ein Knab aus den Schulen abgewiesen werden solle. Was von Annehmung, oder Abschaffung gesagt worden, wird auch bey Vorrückung der Knaben in eine höhere, und von Zurückweisung in eine geringere *Classe* unter dem Schul-Jahr verstanden.

4.) Monatlich muß der *Præfect* dem *Director* mündlichen Bericht erstatten /: wenn der *Director in loco* ist, denn sonst werde solche Berichte nur zweymal, nammlich nach der österlichen Prüfung, und nach geschlossenen Schuljahr schriftlich eingeschicket /: über den Zustand der Schulen, und Fortgang der Schüler sowohl, als über das Betragen der Lehrer, um den *Director* hindurch in Stand zu setzen, aus solchen einzelnen Berichten an höhere Behördn die erforderlichen allgemeinen Schulberichte zu seiner Zeit abgeben zu können; worauf sich solche Berichte des *Præfects* gründen sollen, wird an seinem Orte bemerkt werden; bey besonderen Ereignissen aber wird dem *Director* ungesäumt der erforderliche Bericht mündlich, oder

schriftlich abzustatten seyn.

5.) Bey was immer für öffentlichen Auftritten, und Vorfällen, in welchen der *Director* anwesend seyn, und den Vorsitz haben solle, wird des erstgedachten *Directors*; od[er] *vice Directors* Stelle /: wenn er etwa aus Hindernissen nicht erscheinen kann /: durch den Schul *Præfect* ordentlich vertreten, es wäre dann, daß von einer hochlöbl: Schul – *Commission* jemand nammentlich zur Vertretung der Stelle des *Directors* benannt würde, auf welchen Fall der *Præfect* nachzusehen haben wird.

6.) Die Einkünften, welche *Præfecte* aus *Testimoniis* beziehen können, müssen ordentlich verrechnet, und solche Verrechnung dem *Director* zu Ende des Schuljahrs zur *Approbation* vorgeleget, auch die etwann aus solchen Geldern zu besorgen vorkommende kleinen Schulen Ausbesserungen nur nach erlangter Verwilligung des *Directors* veranstaltet werden; alles nach Maassgabe der herabgekommenen allerhöchsten Verordnungen.

7.) Die vorgeschriebenen *Calculen* und *Conduits*-Listen über alle *Classen* der Schüler sowohl vor der österlichen, als herbstlichen Prüfung wird der *Præfect* von den *Professores* abzufordern, und in der gehörigen Zeit nach Ausweis der ergangenen Vorschrift vorläufig noch vor den Prüfungen dem *Director* zu übergeben haben.

§ III.

Von den Pflichten gegen die Lehrer.

1.) Ungeachtet die Lehrer dem *Præfect* untergeordnet, und so weit es Schulgegenstände betrifft, an selben mit vollkommener Gehorsam, und Folge angewiesen sind, so soll doch der *Præfect* ingedenkt seyn, daß die Lehrer sowohl, als er selbst vom allerhöchsten Orte aufgestellte Diener des *Publici* sind, die insgemein vermög ihres Amtes alle Achtung verdienen, welche folglich der *Præfect* als eine eigene Angelegenheit zu unterstützen verbunden ist.

2.) Der *Præfect* wird sich also sorgfältig enthalten, weder durch Reden, noch durch Thathandlungen das Ansehen der ihm unterstehenden *Professoren*, fordest bey Schülern zu verringern, od[er] auch nur zweifelhaft zu machen, welches eben der Gerade, und gewiese Weg wäre, die ganze Schul Zucht über den Haufen zu werfen.

3.) Vielmehr wird er den Lehrern überhaupt, und ins besondere mit Höflichkeit und Freundschaft bey aller Gelegenheit begegnen, die etwan bemerkten Schul- und Amtsgebrechen einmal öffentlich mit Ungeheuer, oder anderer Unart ahnden, sonderen solange es immer möglich, als freundschaftliche Erinnerungen anbringen, und mit einem Wort, alle Lehrer als Ge-

-schäfts-Freunde ansehen, die zu dem nämlichen Ziehle mitarbeiten müssen, die aber mit Unlust, oder Abneigung ganz gewies nicht fruchtbarlich mitarbeiten würden, wenn man sie nicht mit gehöriger Rücksicht behandeln sollte.

4.) Es wird des Schul-*Præfects*-Pflicht seyn, eines etwann erkrankenden, od[er] sonst recht mässig verhinderten Lehrers Stelle zu vertreten, und an dessen statt die gewöhnliche Schule zu halten, solte jedoch die Hinderniß des Lehrers vielleicht anhaltend, und von solcher Dauer seyn, daß der *Præfect* dadurch von der allgemeinen Aufsicht des Schulwesens auf längere Zeit hievon ausdrücklich an den *Director* zu machen, damit von selben die nöthigen Vorsorgen veranstaltet werden mögen.

5.) Bey aller Ereigniß wird der *Præfect* den *Professores* mit Rath, und That an die Hand gehen, weil er aus seiner Bestimmung nicht nur ihr vorgesetzter, sondern auch ihr allgemeiner Freund, und Gehülff seyn muß, und zu diesen Ende ihr Zutrauen zu erwerben beflissen seyn solle; es betreffe also gleich das Lehramt, und die dazu gehörigen Gegenstände, oder Gottesdienstliche Handlungen, oder auch die Zucht bey der Schul Jugend. In allen diesen Betreibung muß der *Præfect* die Lehrer auf das vorsichtigste

leiten, unterstützen, und in jeden Fache muß er ihnen die angemessensten Rätthe, und Mitteln an die Hand zu geben wissen.

6.) Gebrechen von Seiten d[er] Lehrer überhaupt, sofern sich einige äusseren, wird der *Præfect* erstlich zwar freundschaftlich, und unter vier Augen abzustellen suchen, auf nicht erfolgenden Besserung aber hievon an den *Director* zu ausgiebigerer Abhelfung den Bericht zu erstatten schuldig seyn.

7.) Jährlich zu Ende des Schuljahres mus jeder Schul-*Præfect* an den *Directorn* eine geheime, und ver= schlossene, aber genaue Nachricht von der Ge= lehrtsamkeit, Fleiß, und sittlichen Betragen seiner unterstehenden Leh= rer einschicken, wovon der *Director* den vorgeschriebenen Gebrauch zu machen haben wird. Die beygelegte Muster *Tabelle* zeigt die Gegen= stände an, wonach diese Berichte des *Præfecten* ab= gewogen seyn sollen.

8.) Insonderheit muß des *Præfectens* Augenmerk dahin gehen, damit die Lehrer genau und ohne aller Verzögerung erscheinen, damit die aus= gezeichneten Schul Stunden nicht nur in den Unter= richt der Jugend genau, und ohne mindesten Abbruche erstreckt, sondern auch in ihrer Untertheilung auf die vorgeschriebenen Ge= genstände verwendet wer= den.

§ IV.

Pflichten des Schul-Præfects in Beziehung auf die Schüler.

Die Schüler müssen in den Schulen nicht nur in guten Wissenschaften unter= richt bekommen, sondern auch zur Gottesfurcht, und einen Tugendlichen Wandl zu guten Sitten, und einer angemessenen Wohlanständigkeit ange= führet werden, diese sind in drey Haupt Gesichts Punkten für die Oberaufsicht des *Præfects*. daher -

1.) Gleich zum Eingange des Schuljahrs wird der *Præfect* zu veranstalten haben, daß der feyerliche Anfang in der Kirche durch ein *Solennes* Hochamt, und mit Anrufung des H[eiligen]: Gei= stes mit der allergrösten Auf= erbäulichkeit gemacht werde, eben diese Veranstaltung wird er für den 19^{ten} *Septembris* als den zur öffentlichen feyer= lichen Danksagung bestimm= ten Tag zu treffen haben.

2.) Durch Verlauf des Schuljahrs wird der Schul *Præfect* vor dem Anfange, und zu Ende der Sonn= und feiertäglichen Zusammen= künften vor dem Anfange, und zu Ende der alltäglichen Schulen, oder Kirchen Dienste im Schulgange, Schulhofe, od in dem Versammlungs Orte selbst gegenwärtig seyn, um durch seine Gegenwart alle Ungestüme, und Ausgela= senheit hindann zu halten

Anmerkung: In vielen wohl eingerichteten aus= ländischen *Gymnasüs* ist in dem Schulgange ein

eigenes Zimmer für den *Præfect* eingerichtet, und so gelegen, daß er aus solchem durch eine Glas=thüre den Schulgang über=sehen kann, in diesem Zimmer pfelegt der *Præfect* eine Viertel Stund vor dem Anfange der Schule zu erscheinen, und bis nach Verlauf der Schulzeit sich aufzuhalten, um in alle Schul Vorfällen an der Hand zu seyn, und über Schüler sowohl, als Lehrer die stätte Aufsicht zu führen.

3.) Eben so beobachtet der *Præfect* nach Vollendung d[er] Schulen nicht nur, ob die gan=ze Schul Jugend mit gehöriger Sittsamkeit sich inn= und aus der Kirche verfüge, in selber aber mit schuldiger Eingezogenheit, und Auferbäulichkeit dem Gottesdienst ab=wartete, sondern auch ob die sammtlichen aufgestellten Lehrer pflichtmessig ihre *Classen* hinzu begleiten, und dabey besorgen.

4.) An Sonn= und Feiertagen muß ordentlich die lateinische Schul Jugend unfehlbar zusammen gerufen, und selber das eintreffende *Evangelium*, und Epistel vorgelesen, hierauf wechselweis die Erklärung des einen, oder des anderen vorgetragen, endlich die Andacht mit Anhörung der H[eiligen]: Mess beschlossen werden. Daß alle diese oder vielleicht noch andere gewöhnliche Gottesdienstliche Handlungen unausbleiblich gehalten, und

hinbey die Jugend mit erforderlicher Ruhe, und Eingezogenheit erscheine, wird eben sowohl auf der Obsorge des *Præfecten* beruhen, als die ausgiebigsten Vorsichten, und Mittel vorzukehren, damit sich die Schüler nicht etwann unter allerley Vorwänden dieser wesentlichen Christlichen Pflicht entziehn.

5.) Monatlich einmal wird der *Præfect* einen Tag zur Beicht, und Empfangung des H[eiligen]: Altars *Sacraments* ansetzen. Schultage werden hinzu einmals, sonderen Sonn= oder Feuertage angewendet. Soviel es Zeit, und Umstände zulassen, sollen hierzu vorzüglich die Festtage der allerheiligsten Jungfrau, und Mutter Gottes ausgewählt, und die Jugend zur thätigen Verehrung dieser grossen Fürsprecherinn angeführet werden.

Grösseren Jünglingen aus den zwey *Humanitäts Classen* mag man an diesem vom *Præfecte* angesetzten allgemeinen, und nicht etwann nach eigener Willkühr beliebigen Tage die Wahl des Ortes, und der Beichtvater freylassen, die unteren Schüler aber müssen unfehlbar unter der Aufsicht des *Præfects*, und der Lehrer an dem ausgewiesenen Orte, und Stunden dazugeführet werden. Bey zahlreichen *Gymnasien* können die oberen zwey *Classen* von den unteren dreyen getrent, und jedem Theile besondern Tage auf=

=gesetzt werden, doch muß allzeit eine strenge Rechen=
 =schaft durch Abforderung der vom Beichtvater em=
 =pfangenen, und *respec* bey selbem eingelegtem Beichtzet=
 =teln über die Erfüllung die=
 =ser christl[ichen]: Schuldigkeit von dem *Præfect* gepflogen werd.
 6.) Zur nammlichen Vorsorge des *Præfecten* gehöret, die nötigen Anstalten, und Ein=
 =leitung zu treffen, damit die eingeführte jährliche Geistesversammlung in der Charwoche mit der darauf folgenden H[eilige]: Beicht, und öster=
 =lichen *Communion* nützlich, und auferbäulich verrichtet werde, und zur Zeit der würllichen Verrichtung muß seine beständige Aufsicht nebst jener der ohne dies anwesenden Lehrer den grösten Nachdruck geben.
 7.) Wochentlich wenigstens einmal muß der *Præfect* in jeder *Classe* besonders, und geflissentlich nachsehen was, und wie gelehret werde. Ob man den hinausgelangten Vorschriften genaue folge leiste oder was etwann dem guten Fortgange im Wege stehen möchte zu diesen Ende mag er auch während der Schulzeit die Schule besuchen, und durch nammentliche Aufrufung, und Ausfragung verschiedener Jünglinge mit Durchsehung der Aufgaben, Ausarbeitungen und Verbesserung beliebige Versuche aufstellen, in seiner Gegenwart Schul Streite, oder die sogenannten *Concer-tationen* halten lassen & um den wahren Fortgang

bis auf den Grund er=
 =kennen, ist je wo der Schul Ort so gut eingerichtet, daß der *Præfect* im Schulgange ein eigenes Zimmer hat, so kann er ofters Jünglinge bald aus einer, bald aus der anderen Schule in dieses sein Zimmer zur Prüffung ohne einige Hinderniß des Lehrers berufen.
 8.) Schon in den vorletzten zwey Wochen der Fasten für die österliche Prüffung, und nach dem halben Augustmo=
 =nathe für die herbstliche, wird der *Præfect* allen Clas=
 =sen nach= und nach besonde angemessene Aufgaben *dictiren*, und selbe in sei=
 =ner Gegenwart verfer=
 =tigen lassen, zu welchen Aufgaben jedoch nur jedes=
 =mal der halbe Tag, und zwar Vormittag angewendet werden soll.
 9.) Auch ausser den Schulen, und der Schulzeit müssen die guten Sitten der Schuljugend seine Auf=
 =merksamkeit beschäftige, er muß sich daher nicht begnügen, der Jugend oft, und vielmal einzu=
 =binden, daß die Wohlanstän=
 =dig = und Sittsamkeit auch ausser dem Angesichte ihrer Vorgesetzten eine Pflicht für sie sey, sonderen er muß auch etwann durch Nachrichten, oder heimlich bestellte Aufseher von ihrer Aufführung bis=
 =weilen Kentniß einzuziehen Trachten, um vielleicht einem, oder anderem Gebrechen von dieser Gattung mit desto grös=
 =serer Ausbreitung, und Nach=

=druck abhelfen zu können.

§ V.

Von den verschiedenen Amts Pflichten des Præfects in Beziehung auf kleinere Gegenstände.

1.) Die Schulschlüssel müssen unausbleiblich bey dem *Præfect* aufbewahrt seyn, so müssen auch *Præfecten* be=sorget seyn, daß die Schul=zimmer, und Gebäude un=mittelbar nach Vollendung der Lehrstunden durch die dazu bestellten Leüte ge=schlossen, doch auch nicht früher als eine Viertel Stunde vor d[em].

Schulen Anfangen geöffnet, niemals aber einige Schüler in Schul Zimmern allein zu=rückgelassen, oder gedul=tet werden.

2.) Auf die gewöhnlichen Glocken Zeichen zur Schule, und zum Ende derselben muß eine beständige Obachtsam=keit getragen werden, weil widrigens die leichtsinnige Jugend selbe zum Nachtheile der Lehrstunden oft ver=kürzen, oft verkürzen, oft verwirren würde.

3.) Obschon die tägliche Säube=rung der Schule der un=mittelbaren Aufsicht der Lehrer selbst untersteht, so wird doch der *Præfect* auf die wochentliche wenig=stens zweymalige Säube=rung der Schulgänge ein absichtiges Auge tragen; durch die Zeit der Herbst *Ferien* aber mit Vorwissen und Genemhaltung des *Director*s noch weiters die nötige allgemeine Reinigung, und

etwann sonst nothwendige innerliche Herstellung, oder Ausbesserung aller Schulen veranstalten, und unter einstens den Bedacht mit nemmen, daß in jeder Schule ein *Crucifix*, ein Mutter=gottes = oder sonst ein andes andächtiges Bild an der Wand aufgeheftet sey.

4.) Des Schul *Præfects* Verrich=tung wird noch ferners seyn nicht nur alle einlaufende, und *Professores*, oder Schulen betretende Befehle, oder sonstige Aufträge an die Behörde zu verkundbaren, sondern auch die Bekant=machung aller ausserord=entlichen Schul-Vorfallen=heiten, und die hinzu be=stimmten Zeiten, und Stunden
Z: B: Beicht=Tage, Bittgänge
Abwartung des vierzigstün=digen Gebettes, öffentliche Prüfungen, ungefähre Schul *Ferien*.

5.) Gleich bey der Anmeldung eines Jünglings um die Aufnahme in die lateinischen Schulen muß der *Præfect* zwar forderst bedacht seyn, die Zeigniße aus einer Normal, oder Hauptschule nach Maasgabe der allerhöchsten Verordnungen sich abgeben zu lassen, sofort aber wird er auch den Nammen, und Zunammen das Geburtsort, und Alter, und endlich des neuen Schul-*Candidaten* Eltern, oder die bey ihm Eltern statt vertreten, mit ihrem Stande aufzeichnen, solches Verzeichniß mit dem abigen *Normal* Zeigniße an den *Director* abgeben, und sodann

mit der Aufnahme, wie oben gemeldet worden, verfahren.

6.) zur weiteren Richtschnur bey dem Geschäfte der Aufnahm in die lateinischen Schulen wird dem *Præfect* hier noch angehängt: er wolle ja nicht leicht den allerärmsten Kindern in die Schule den Eintritt gestatten, bevor er nicht die Moralisch sichere Kenntnis eingezogen, woher, oder auf was Weise sie ihres Unterhalts versichert sind, weil es für unsere lateinischen Schulen überhaupt weder theilhaft, weder ansehnlich lassen würde, wenn unsern Zöglinge sich durch Betteln in Häußern, od[er] auf Straßen das Tägliche Brod suchen müsten.

7.) Schüler, welche aus andern nur durch landesfürstliche Verordnung festgesetzten *Gymnasüs* mit gehörigen *Testimonüs* versehen erscheinen, müssen ohne allem Anstand nach Ausweis selber *Testimoniorum* in die verdiente *Classe* zugelassen werden, sollte jedoch in der Folge sich zeigen, daß ein solches *Testimonium* nicht nach den vorgeschriebenen Warnungen eingerichtet worden, wäre hievon unausbleiblich an den *Director* die Anzeige nachzutragen.

Aus privatunterrichte eintreten wollende sind strengen Prüfungen, sogar bis zu den Gegenständen der untersten *Classen*, wenn sie in eine der höheren verlangen, zu

unterwerfen, und nach Befund einzustellen, welche Erinnerung dem *Præfect* auf den Fall eines nicht anwesenden *Directors* zum Nachverhalt dienen soll.

8.) Die Tage zu der vorgeschriebenen Aufgaben-Arbeitung vor Osteren, und vor den Herbstferien mag der *Præfect* nach seiner Bequemlichkeit benennen; diejenige aber, welche von dem *Director* zu den öffentlichen Prüfungen und zu der hierauf folgenden *respective* Verlesung, und *Præmien* = Austheilung benennet werden, hat er in den Schulen anzudeuten, und schon vorläufig die gehörige Sorge zu tragen, damit die *Præmien Medaillen* mit Anfange des August Monates zurück abgenommen, und das übrige hieher gehörige nach dem Auftrage des *Directors* veranstaltet werde.

9.) Obschon nach den österlichen Prüfungen den Lehrern aufgetragen ist, die gedruckten Verdienst-*Classen* zu verlesen, so ist es doch die Obliegenheit des *Præfects* eben diese Verdienst-*Classe* nach der herbstlichen Prüfung selbst abzulesen, und dabey die bestimmten *Præmien* der verdienten Schuljugend öffentlich auszuteilen.

10.) Es ist für den *Præfect* eine Amts Pflicht, Jünglinge, welche die Schulen aus was immer für einer Ursache verlassen wollen, auf Verlangen Zeugnisse ihres Fortgangs, und Wohlverhaltens, oder die sogenannte *Testimonia*

auszufertigen, welche je=
=doch nur nach den gewöhn=
=lichen gedruckten *Formula-*
-rien, und nur nach Aus=
=weis der vorgeschriebenen
Kalkelbücher lauten können,
für jedes derselben kann d[er]
Præfect vorschriftmässig 17 x
abfordern, die Ärmeren
ausgenommen, denen es un=
=entgeldlich abgefolget
werden soll.

11.) Eine von den Haupt=
=Pflichten des *Præfects* wird
die genaue Führung der
Hauptbücher des *Gymnasii*
seyn, die ohne allem Verzug
errichtet werden müssen,
wo sie etwann noch nicht
errichtet sind; diese Bücher
sind alle in folio, und be=
=nämlich das

I^{te} *Gymnasii matricula*, in
welches alle Schüler nach ihre
Classen gleich bey ihren Ein=
=tritt mit Tauf= und Zu=
=namen mit dem wirklich
Alter, und Geburts Orte
eingeschrieben und jede *Classe*
von ihrem *Professor* unter=
=schrieben werden solle.

II^{te} *Liber calculorum*, in
in dieses werden die Kalkele,
und die *Præmi*enträger, wie sie
dem *Director* vorschriftmässig
von jeder Schule eingerei=
=chet, und bestätigtet werd,
eingetragen. Dieses Buch
muß bey den *Præfect* als
ein Geheimniß aufbewah=
=ret werden, damit nie=
=mandem und zu keiner
Zeit einiges Nachtheil hie=
=raus zu stossen können.

III^{te} *ordinationes Scholastica*,
worin alle von Zeit zu Zeit
an die *Gymnasia*, oder ihre

Lehrer, und Vorsteher herab=
=flüssende allerhöste oder
hohe Verordnungen, auch alle
andere etwa an die *Gymna*=
=*sia* erlassene Aufträge
der übrigen Vorgesetzten
eingetragen werden.

IV^{te} *Historia Gymnasii* N:
N: in welches fleißig, und
mannlich aufgezeichnet
werden soll, was sich et=
=wann bey dem anver=
=trauten *Gymnasio* merk=
=würdiges zugetragen,
oder was Persohnen, die
das *Gymnasium* anhehem,
begegnet ist; manches mal
was zu dieser Zeit geschehen
kann, und muß; jedoch
mit kluger Auswahl in
diesem Buche Blatz haben.
Das Buch soll chronologisch
geführt werden.

Alle diese vier Haupt=
Bücher wird der *Præfect*
dem aufgestellten *K:K:*
Director zur Durchsicht,
und zur Unterschrift jährlich
unausbleiblich vorzulegen
haben.

12.) Noch wird eine von den
vorzüglichsten Pflichten
des *Præfects* seyn, daß
er nach empfangener Vor=
=schrift von dem *Director* sich
angelegen seyn lasse die
Verleger in der Zeit zu
Anschaffung, und Einliefe=
=rung der vorgeschriebenen
Schulbücher zu ermahnen,
und wenn es nötig, mit
allem Ernst zu verhalten,
damit nicht widrigens Ju=
=gend, und Lehrer durch schäd=
=liche Verzögerung beein=
=trächtigt werden.

13.) Da nach fruchtlos

von den *Profesoribus* verheng=
=ten mehrmaligen Schul=
=strafen, die etwann nö=
=tig scheinenden nachdrück=
=licheren körperlichen Strafen
als da sind: Ruthen = oder
Geißelstreiche, Einkerkung
von dem *Præfect* ganz allein
nach Untersuchung, und
reifer Überlegung ver=
=hengt werden können,
so wird er hiebey die
allergröste Mässigung,
und Klugheit anwenden,
und nach Erforderniß d[er]
Umstände leichter selbst
zur Abweisung aus den
Schulen, als ohne dringen=
=der Ursache zu solchen
ohnedem meistens dem
guten Rufe der Schu=
=len nachtheiligen Be=
=straffungen einschreit=
=ten: übrigens aber
auf die Lehrer selbst
sehr aufmerksam sey
daß sie im Straffen
nicht etwa der Sache
zu viel thun.

Galizische Sprachenfragen vor dem Reichsgericht. Die Bedeutung des Artikels 19 (StGG 1867) für das Volksschulwesen in Galizien aufgezeigt an den Städten Brody und Lemberg um 1880

Katia Pedevilla

Kerngebiet: Österreichische Geschichte

eingereicht bei: Mag. Martina Schmidinger

eingereicht im: SoSe 2021

Rubrik: Proseminar-Arbeit

Abstract

Galician Language Questions at the "Reichsgericht". The Importance of Article 19 (StGG 1867) for the Galician Elementary School System Demonstrated by Two Cases from the Cities of Brody and Lwiw (1880).

In the multiethnic, multireligious, and plurilingual Austro-Hungarian crownland of Galicia, the educational system was a constant field of conflict. This paper examines two cases from 1880 which concerned the elementary school system: The Jewish German-speaking population of the border city of Brody and the Ruthenian-speaking population of Galicia's capital Lwiw both turned to the "Reichsgericht" in order to install their mother tongue as a classroom language, as it was granted in the famous Article 19 of the "Staatsgrundgesetz".

1. Einleitung

Wohl kaum ein anderer Gesetzesartikel wurde bis zum Ende der Habsburgermonarchie 1918 so häufig zitiert, kritisiert und besprochen wie Art. 19 des Staatsbürgergesetzes über die allgemeinen Rechte und Pflichten der Staatsbürger*innen Cisleithaniens aus dem Jahr 1867.¹ Darin wurde die Gleichberechtigung der Nationalitäten in Cisleithanien, das Recht auf Anwendung der „landesüblichen Sprache“ in Schulen und öffentlicher

¹ Hannelore Burger, Sprachenrecht und Sprachengerechtigkeit im österreichischen Unterrichtswesen 1867 – 1918 (Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie 26), Wien 1995, S. 38.

Verwaltung sowie das sog. „Sprachenzwangsverbot“ gesetzlich festgeschrieben.² Da der Artikel vage Formulierungen enthielt und dessen konkrete Umsetzung in der Rechtspraxis alles andere als genau geregelt war, stellte er die wichtigste Argumentationsbasis für nationale Minderheiten im Kontext des Sprachenstreits dar, der die Politik und das Zusammenleben in der ausgehenden Habsburgermonarchie entscheidend prägte.

Die vorliegende Proseminararbeit greift zwei Fallbeispiele aus dem multiethnischen – und daher aus sprachrechtlicher Sicht besonders interessanten – Kronland Galizien heraus: den Fall der Lemberger Ruthen*innen und jenen der deutsch-jüdischen Bevölkerung Brodys vor dem Reichsgericht im Jahr 1880. Dass sich nationale Minderheiten in sprachrechtlichen Angelegenheiten an das Reichsgericht wandten, war eine nicht unübliche Praxis. Was jedoch die beiden galizischen Fälle aus dem Jahr 1880 so besonders macht, ist die Urteilsfindung bzw. -begründung des Reichsgerichts.³ Hier setzt die Arbeit an und geht der Frage nach, wie die anklagenden Parteien und das Reichsgericht den Art. 19 (StGG 1867) im Zuge der eben genannten Gerichtsverhandlungen interpretierten bzw. wie sie damit zugunsten einer minderheitenfreundlichen Sprachpolitik argumentierten. Zugleich sollen auch Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Argumentation bzw. der Prozessführung in beiden Fällen herausgearbeitet sowie die jeweiligen Urteilsumsetzungen miteinander verglichen werden.

Um diese Fragen zu beantworten, wurde primär auf online zugängliches Quellenmaterial in Form von vier im Jahr 1880 erschienenen Artikeln aus zeitgenössischen Tageszeitungen (dem Prager Tagblatt „Die Epoche“ und dem Morgenblatt der „Neue Freie Presse“ aus Wien) sowie auf das Reichsgesetzblatt von 1867 zurückgegriffen. Bei der Auswahl der Zeitungsartikel wurde darauf geachtet, dass sie möglichst zeitnah zu den Urteilsverkündungen am 19. Jänner 1880 (im Fall der Lemberger Ruthen*innen) bzw. am 12. Juli 1880 (im Fall der Jüdinnen und Juden Brodys) erschienen. Aus Gründen der mangelnden Digitalisierung von bestimmten historischen Zeitungen im ANNO-Webportal konnte keine deutschsprachige, in Galizien erschienene Tageszeitung aus dem Jahr 1880 eingesehen werden, die etwa den Fall der Jüdinnen und Juden Brodys thematisiert hätte. Eine quellenkritische Herangehensweise an das Material sowie die Zuhilfenahme von einschlägiger Sekundärliteratur ermöglichten die Beantwortung der Forschungsfragen.

Bezüglich der verwendeten Sekundärliteratur sind Hannelore Burgers umfassende Dissertation „Sprachenrecht und Sprachengerechtigkeit im österreichischen Unterrichtswesen 1867-1918“⁴ und Gerald Stourzh's Basiswerk zur Sprachpolitik der Habsburgermonarchie mit dem Titel „Die Gleichberechtigung der Nationalitäten in der Verfassung und Verwaltung Österreichs 1848–1918“⁵ als besonders relevant hervorzuheben. Auch mehrere detaillierte Einzelstudien zur jüdischen oder ruthenischen Bevölkerung Gali-

2 Reichsgesetzblatt (RGB) 1867, 142. Staatsgrundgesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder, Artikel 19.

3 Burger, Sprachenrecht, S. 126.

4 Burger, Sprachenrecht.

5 Gerald Stourzh, Die Gleichberechtigung der Nationalitäten in der Verfassung und Verwaltung Österreichs 1848–1918, Wien 1985.

ziens (etwa von Joshua Shanes oder Michael Moser)⁶ erwiesen sich in diesem Zusammenhang als sehr erkenntnisreich. Im Anschluss an dieses Kapitel folgt eine kurze Darstellung des rechtlichen und gesellschaftlichen Kontextes der beiden Gerichtsfälle aus dem Jahr 1880. Das erste der beiden Unterkapitel behandelt die rechtlichen Voraussetzungen, die zu den Anklagen beim Reichsgericht führten, während sich das zweite mit der zahlenmäßigen Stärke und der lebensweltlichen Situation der Ruthen*innen in Lemberg sowie der Jüdinnen und Juden in Brody kurz vor den beiden Gerichtsfällen beschäftigt. Im dritten Kapitel werden die Fälle Brody und Lemberg im Jahr 1880 in je einem Unterkapitel behandelt. Die Auswertung des Quellenmaterials und eigene Erkenntnisse, die sich aus der Beschäftigung mit der Sekundärliteratur ergeben haben, sind hier grundlegend für die Beantwortung der Forschungsfrage. Ein kurzes Unterkapitel ist den Urteilsumsetzungen gewidmet, bevor im Resümee die wichtigsten Erkenntnisse zusammengefasst und verglichen werden.

2. Rechtlicher und gesellschaftlicher Kontext der Gerichtsfälle

2.1 Zentrale rechtliche Regelungen für das Volksschulwesen ab 1867

Grundlegend für das gesamte Schulwesen in Cisleithanien war der Art. 19 (StGG 1867), der als Teil der liberalen Dezemberverfassung von 1867 Gleichberechtigung zwischen den Nationalitäten der Habsburgermonarchie in allen öffentlichen Bereichen schaffen sollte.⁷ Dieser Artikel, der am 22. Dezember 1867 in Kraft trat, besteht aus drei Absätzen: Absatz eins spricht jedem Volksstamm ein „unverletzliches Recht auf Wahrung und Pflege seiner Nationalität und Sprache“⁸ zu, welches somit erstmals einklagbar war.⁹ Der zweite Absatz über „die Gleichberechtigung aller landesüblichen Sprachen in Schule, Amt und öffentlichem Leben“¹⁰ beinhaltet implizit, dass keine Sprache als obligater Lehrgegenstand in allen Kronländern gelehrt werden durfte.¹¹ In diesem Absatz wird der schulische Bereich explizit thematisiert. Noch zentraler für die Wahl der Unterrichtssprache ist jedoch der dritte Absatz dieses Artikels: Er besagt, dass in gemischtsprachigen Kronländern niemand zur „Erlernung einer zweiten Landessprache“¹² gezwungen werden darf und dass demzufolge jeder dort lebende Volksstamm „die erforderlichen Mittel zur Ausbildung in seiner Sprache erhält“¹³.

Der 3. Abs. des Art. 19 (StGG 1867), das sog. „Sprachenzwangsverbot“, ging auf eine deutsch-böhmische Initiative zurück und sollte nationale Minderheiten in den Kronländern nicht nur mit dem Recht zum Unterricht in der eigenen Muttersprache aus-

6 Michael A. Moser, *The Fate of the 'Ruthenian or Little Russian' (Ukrainian) Language in Austrian Galicia (1772 – 1867)*, in: *Harvard Ukrainian Studies* 35 (2017), Heft 1, S. 87-104; Joshua Shanes, *Die Genese einer Nation. Das galizische Judentum unter österreichischer Herrschaft 1772 bis 1918*, in: Jacek Purchla/Krzysztof Broński (Hrsg.), *Mythos Galizien (Sonderausstellung des Wien-Museums 401)*, Wien 2015, S. 153-160.

7 Burger, *Sprachenrecht*, S. 37.

8 RGB 1867, 142.

9 Stourzh, *Gleichberechtigung*, S. 57, 63.

10 RGB 1867, 142, Art. 19.

11 Burger, *Sprachenrecht*, S. 38.

12 RGB 1867, 142, Art. 19.

13 Ebd.

statten, sondern auch vor Assimilierung und Majorisierung schützen.¹⁴ Aufgrund der ab den 1860er-Jahren verstärkt auftretenden Polonisierung im galizischen Schulwesen (z. B. Favorisierung von Polnisch als Unterrichtssprache) war dieser Absatz für die Ruthen*innen und die deutschsprachigen Jüdinnen und Juden Galiziens von großer Relevanz, wenn es um die Bestimmung der Unterrichtssprache an den Volksschulen ging.¹⁵ Außerdem förderte der 3. Abs. des Art. 19 die Tendenz zur Errichtung von Nationalitätenschulen für Minderheiten, anstatt auf ultraquistische Schulmodelle, deren Ziel es war, Kinder nationaler Minderheiten in die deutsche Sprache und Kultur einzugliedern, zu setzen.¹⁶

Obgleich der Art. 19 rechtliche Gleichstellung zwischen den Nationalitäten propagierte, führten vage Begriffe (z. B. welche Kriterien eine ethnische Gruppe zu einem „Volkstamm“ machten) und fehlende Regelungen zur konkreten Ausübung der gewährten Rechte zu einem umstrittenen Rechtsfeld, das verschiedensten Interpretationen (von nationalitätenfreundlich bis nationalistisch-majorisierend) unterworfen war.¹⁷

Auch das Reichsvolksschulgesetz (RVG) vom 14. Mai 1869 regelte nicht eindeutig, welche Nationalitätensprache Unterrichtssprache in einem Kronland werden sollte.¹⁸ Paragraph 6 verwies lediglich darauf, dass die Unterrichtssprache und die Erlernung einer zweiten Landessprache durch die Landesschulbehörde festzulegen seien, nachdem diese zuvor die Schulerhalter befragt hatte.¹⁹ Als Schulerhalter und -finanzierer galten die Ortsgemeinden.²⁰ Doch aufgrund der hohen Schuldichte in Cisleithanien, die als Folge des RVG gesehen werden kann, hatten viele Gemeinden, so etwa auch Brody, mit finanziellen Engpässen zu kämpfen und waren bei der Errichtung und Bestimmung der Unterrichtssprache von den Subventionszahlungen durch die nationalen Mehrheiten im jeweiligen Kronland abhängig.²¹ Dieser Missstand löste zahlreiche Konflikte zwischen den Nationalitäten aus, die den Rückgriff auf das Verfassungsgesetz – genauer auf Art. 19 – notwendig machten.²² Zudem spezifizierte das RVG die Kriterien, nach denen eine Schule errichtet werden durfte: Voraussetzung war, dass bei fünfjährigem Durchschnitt mehr als vierzig Kinder im Umkreis von einer Stunde lebten, die ansonsten eine vier Kilometer entfernte Schule hätten besuchen müssen.²³ Insgesamt kann das RVG als schulspezifische Ergänzung zum Art. 19 gesehen werden. Allerdings wurde nun die Verantwortung für die konkrete Umsetzung der Sprachpolitik (z. B. Bestimmung der Unterrichtssprache) auf die Landesschulbehörden abgeschoben, die dadurch großen Handlungs- und Interpretationsspielraum im Unterrichtswesen eines

14 Stourzh, Gleichberechtigung, S. 177.

15 Moser, Fate, S. 96; Yaroslav Hrytsak, Lviv. A Multicultural History through the Centuries, in: *Harvard Ukrainian Studies* 24 (2000), S. 47-73, hier S. 55.

16 Stourzh, Gleichberechtigung, S. 168.

17 Ebd., S. 61, 75.

18 Ebd., S. 62; Burger, Sprachenrecht, S. 42.

19 Burger, Sprachenrecht, S. 44.

20 Ebd.

21 Ebd., S. 45; Börries Kuzmany, Brody. A Galician Border City in The Long Nineteenth Century (Studia Judaeoslavica 10), Leiden-Boston 2017, S. 197.

22 Helmut Engelbrecht, Von 1848 bis zum Ende der Monarchie (Geschichte des österreichischen Bildungswesens. Erziehung und Unterricht auf dem Boden Österreichs 4), Wien 1986, S. 298.

23 Burger, Sprachenrecht, S. 44.

Kronlandes erhielten.²⁴ So wurde dem Landesschulrat etwa die Entscheidungsgewalt im Fall von Beschwerden über bestimmte Verfügungen von Bezirksschulräten übertragen.²⁵ Außerdem sollte die Landesschulbehörde dem Unterrichtsministerium den Zugriff auf lokale Schulen ermöglichen.²⁶

2.2 *Die Ruthen*innen in Lemberg und die jüdische Bevölkerung in Brody*

Das Königreich Galizien und Lodomerien existierte als Kronland des späteren Cisleithaniens ab dem Jahr der ersten Teilung des Königreichs Polen 1772, in das es bis zu jenem Jahr eingegliedert gewesen war.²⁷ Das stark agrarisch geprägte und flächenmäßig größte Kronland der Habsburgermonarchie wurde ab den 1860er-Jahren unter dem Statthalter Graf Agenor Gołuchowski (1812-1875)²⁸ einer Polonisierungspolitik unterworfen: Polnische Galizier beherrschen die lokalen Verwaltungsebenen, im Jahr 1871 wurde Polnisch zur alleinigen Vortragsprache an der Universität Lemberg und die polnische Sprache wurde als Unterrichtssprache an den galizischen Schulen präferiert.²⁹ Dies geschah deshalb, weil die Zentralregierung der Habsburgermonarchie nach der verlorenen Schlacht bei Königgrätz 1866 politisch so geschwächt war, dass sie den Polen in administrativer und politischer Hinsicht in Galizien weitgehend Oberhand ließ und zusätzlich ab 1867/68 das Kronland für autonom erklärte; zudem fungierte der sich in Wien etablierende polnische Club als Mehrheitsbeschaffer für die Regierung.³⁰ Die Favorisierung des Polnischen als Unterrichtssprache führte letztendlich auch dazu, dass die Ruthen*innen in Lemberg und die deutschsprachigen Jüdinnen und Juden Brodys Anklage beim Reichsgericht erhoben.

Die galizische Hauptstadt Lemberg sowie die Grenzstadt Brody befanden sich im östlichen Teil Galiziens, welcher stark ruthenisch geprägt war, wohingegen der Westen stärker von der polnischen Kultur dominiert wurde.³¹ Insgesamt verteilte sich die Bevölkerung Galiziens im Jahr 1880 wie folgt auf die verschiedenen Nationalitäten: ca. drei Mio. Polnischsprachige, 2,5 Mio. Ruthenischsprachige und 300.000 Deutschsprachige.³² Die Hauptstadt Lemberg (L'viv, Lwiw) war seit dem Mittelalter eine bedeutende Handelsstadt und seit ihren Anfängen multiethnisch und multireligiös: In der Stadt lebten nicht nur orthodoxe Ruthen*innen, die eine Minderheit bildeten, sondern auch katholische Pol*innen, deutschsprachige Protestant*innen, deutschsprachige Jüdin-

24 Engelbrecht, 1848, S. 89.

25 Burger, Sprachenrecht, S. 41.

26 Engelbrecht, 1848, S. 88.

27 Moser, Fate, S. 88; Hrytsak, Lviv, S. 47.

28 Gołuchowski war Jurist, Statthalter von Galizien und von 1859 bis 1860 Innenminister unter Kaiser Franz Joseph I.: o. A., Gołuchowski, Agenor Romuald Onufr. Graf, d. Ä., Staatsmann, in: Österreichisches Biographisches Lexikon 1815–1950, Bd. 2, Graz-Köln 1959, S. 30.

29 Moser, Fate, S. 93, 96; Burger, Sprachenrecht, S. 58, 125; Hrytsak, Lviv, S. 54, 56.

30 Shanes, Genese, S. 156; Burger, Sprachenrecht, S. 57; Jan Fellerer, Discourse and hegemony. The case of the Ukrainian language in Galicia under the Austrian rule (1772–1914), in: Rosita Rindler Schjerve (Hrsg.), Diglossia and power. Language policies and practice in the 19th century Habsburg Empire (Language, power and social process 9), Berlin 2003, S. 107-166, hier S. 161-162.

31 Hrytsak, Lviv, S. 56.

32 Burger, Sprachenrecht, S. 69.

nen und Juden, Tschech*innen, Griech*innen, Ungar*innen und Armenier*innen.³³ Die ruthenische Elite war in drei Lager gespalten: Da der Großteil der ruthenischen Volksgruppe im russischen Zarenreich lebte, gab es viele pro-russische Ruthen*innen, daneben auch pro-polnisch und pro-ukrainisch gesinnte.³⁴ Seit 1848/49 galt Ruthenisch als landesübliche Sprache in Galizien und konnte daher den Status einer Unterrichtssprache einnehmen, obgleich das Unterrichtsministerium bezweifelte, dass das noch nicht standardisierte Ruthenische geeignet sei, um an galizischen Schulen gelehrt zu werden.³⁵

Brody lag an der habsburgisch-russischen Grenze und diente daher als wichtiger Handelsknotenpunkt und als Anlaufstelle für Flüchtlinge aus dem Zarenreich.³⁶ Zugleich war Brody sehr stark von der blühenden Kultur des osteuropäischen Judentums geprägt (Zentrum der Haskala und des Chassidismus) und hatte bis 1918 die größte jüdische Gemeinde der Habsburgermonarchie.³⁷ Die Stadt hatte insgesamt ca. 20.000 Einwohner*innen, wovon vier Fünftel jüdischen Glaubens waren.³⁸ Die galizischen Jüdinnen und Juden engagierten sich besonders im Handel, waren aber auch politisch aktiv.³⁹ Im Alltag sprachen die meisten galizischen Jüdinnen und Juden Jiddisch, das als deutscher Dialekt mit hebräischen Elementen und lokalen slawischen Entlehnungen beschrieben werden kann.⁴⁰ Jedoch galt diese Umgangssprache nicht als landesübliche Sprache in Galizien; außerdem wurde seit dem Erlass des Toleranzpatents durch Joseph II. der Gebrauch des Hebräischen im schriftlichen Amtsverkehr verboten, weshalb die galizischen Jüdinnen und Juden auf Deutsch als Amts- und Bildungssprache ausweichen mussten.⁴¹ Da das Jiddische viele sprachliche Ähnlichkeiten mit dem Deutschen aufwies, bot der Gebrauch des Deutschen Vorteile im Berufsleben und führte zu einer Bildungsrevolution.⁴² Mit dem Ausgleich von 1867 fielen zahlreiche gesetzliche Einschränkungen für Jüdinnen und Juden weg, weshalb sie politisch sowie gesellschaftlich erstarkten.⁴³

3. Die Fälle Lemberg und Brody 1880 im Vergleich

3.1 Gerichtsprozess im Fall Lemberg im Januar 1880

Im August 1879 reichten der ruthenische, aus Lemberg stammende Rechtsanwalt Dr. Johann Dobrzański und dreißig Lemberger Ruthenen eine Klage gegen einen Erlass des galizischen Landesschulrats vom Juni 1867 und gegen dessen endgültige Bestä-

33 Burger, Sprachenrecht, S. 126; Hrytsak, Lviv, S. 48-50.

34 Moser, Fate, S. 87; Hrytsak, Lviv, S. 56.

35 Moser, Fate, S. 89, 92.

36 Kuzmany, Brody, S. 70, 73.

37 Ebd., S. 99; Shanes, Genese, S. 153, 155.

38 Burger, Sprachenrecht, S. 127; Stourzh, Gleichberechtigung, S. 75.

39 Shanes, Genese, S. 153; Kuzmany, Brody, S. 107.

40 Hrytsak, Lviv, S. 61.

41 Burger, Sprachenrecht, S. 69; Stourzh, Gleichberechtigung, S. 75; Shanes, Genese, S. 154.

42 Burger, Sprachenrecht, S. 70-71; Stourzh, Gleichberechtigung, S. 76.

43 Shanes, Genese, S. 155.

tigung durch das Unterrichtsministerium im Jahr 1879 ein.⁴⁴ Es ging nämlich um die in den Augen der Lemberger Ruthen*innen verfassungswidrige Umwandlung einer griechisch-katholischen, ruthenischen Volksschule in eine öffentliche, polnische Volksschule durch den Lemberger Gemeinderat, der dafür die Erlaubnis des galizischen Landesschulrats sowie die Zustimmung des Unterrichtsministeriums erhalten hatte.⁴⁵

In dieser Angelegenheit wandten sich dreißig Lemberger Ruthenen unter der Beschwerdeführung von Rechtsanwalt Dobrzański an das Reichsgericht, das laut Dezemberverfassung von 1867 über Verfassungsverletzungen betreffend die Rechte der Staatsbürger*innen zu entscheiden hatte.⁴⁶ Allerdings war das Gericht nur zur bloßen Feststellung von Verfassungsverletzungen befugt, konnte aber nicht Beschlüsse der unteren Verwaltungsebenen, die unmittelbar zur Verfassungsverletzung geführt hatten, in ihrer Wirkungsmacht aufheben.⁴⁷ Für die Aufhebung von konkreten Beschlüssen war der Verwaltungsgerichtshof zuständig.⁴⁸ Trotzdem wurde in manchen Fällen das Reichsgericht aufgesucht, weil dessen Mitglieder durch die Volksvertretung mitbestimmt wurden und weil sie mehr Bezug zum öffentlichen Leben hatten.⁴⁹ Außerdem hatte das Reichsgericht seit seinem ersten, meritorisch entschiedenen Nationalitätenfall aus dem Jahr 1877 eine grundsätzlich nationalitätenfreundliche Rechtsprechungspraxis an den Tag gelegt.⁵⁰

Auch im Fall der Lemberger Ruthen*innen sollte sich diese Tendenz bestätigen: Das Morgenblatt der Wiener Zeitung „Neue Freie Presse“ berichtete in der Ausgabe vom 29. Jänner 1880 wie folgt:

„Das Reichsgericht hat bekanntlich zu Recht erkannt: Durch den Erlaß des Unterrichtsministeriums vom 6. Juni 1879, Z. 12,255, der die Verfügungen des Lemberger Gemeinderathes und des galizischen Landesschulrathes aufrechterhält, durch welche die Errichtung einer mehrclassigen öffentlichen Volksschule mit ruthenischer Unterrichtssprache in Lemberg verweigert wird, habe eine Verletzung des politischen, durch den Artikel 19 des Staatsgrundgesetzes über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger gewährleisteten Rechtes der Beschwerdeführer auf Wahrung und Pflege ihrer (ruthenischen) Nationalität und Sprache in Schule und Leben stattgefunden.“⁵¹

Die Klage der Lemberger Ruthen*innen richtete sich in erster Linie an das Unterrichtsministerium, welches am 6. Juni 1879 die Umwandlung der ruthenischen Volksschule in Lemberg in eine polnische gutgeheißen hatte, ungeachtet der zahlreichen Petitionen der Lemberger Ruthen*innen an das Abgeordnetenhaus.⁵² In seiner Anklage

44 Burger, Sprachenrecht, S. 126.

45 Ebd.; o. A., Eine Beschwerde der Ruthenen im Reichsgericht, in: *Die Epoche*, Nr. 21, 21.1.1880, S. 3-4.

46 Stourzh, Gleichberechtigung, S. 63.

47 Ebd., S. 63.

48 Ebd., S. 64.

49 Ebd., S. 65.

50 Ebd., S. 69.

51 o. A., Das Reichsgericht und die Ruthenen, in: *Neue Freie Presse*, Nr. 5539, 29.1.1880, S. 3.

52 o. A., Beschwerde, S. 3

bezog sich Dobrzański hauptsächlich auf den 3. Abs. des Art. 19.⁵³ Aus Sicht der Lemberger Ruthen*innen wurden ihre rund achthundert schulpflichtigen Kinder nämlich dazu gezwungen, ihre Schulbildung ausschließlich in polnischer Sprache zu erhalten.⁵⁴

Untermauert wurde diese Anklage mit Zahlen: Dobrzański legte Statistiken der katholischen Erzdiözese Lemberg und der k. k. Statistischen Zentralkommission aus dem Jahr 1879, dem Jahr des widerrechtlichen Beschlusses des Unterrichtsministeriums, vor, die für ganz Lemberg von einer Gesamtzahl von ca. 13.000 Ruthen*innen sprachen.⁵⁵ Für die rund achthundert schulpflichtigen ruthenischen Kinder gebe es nun keine einzige Volksschule in ruthenischer Unterrichtssprache mehr, dafür aber 16 polnische Volksschulen, was die Umwandlung der einzigen ruthenischen Volksschule in eine polnische noch ungerechtfertigter erscheinen ließe, so die Argumentation des Rechtsanwalts.⁵⁶ Außerdem könne ein früher erlassenes galizisches Landesgesetz (vom Juni 1867) die Grundsätze der Dezemberverfassung von 1867 nicht einfach umgehen.⁵⁷

Der Vertreter des angeklagten Unterrichtsministeriums versuchte das Reichsgericht von dessen Unschuld zu überzeugen, indem er auf die errichtete ruthenische Übungsschule für Jungen und Mädchen an der Lemberger Lehrerbildungsanstalt verwies, welche in seinen Augen ausreichend für die geforderte Schulbildung in ruthenischer Sprache war.⁵⁸ Zudem könne ein Unterrichtsminister das RVG nicht unterwandern, welches u. a. besagte, dass allein die Ortsgemeinden, die auch die Kosten für die Errichtung und Erhaltung der entsprechenden Schulen trugen, die Unterrichtssprache bestimmen dürften, schon gar nicht, wenn es sich dabei um eine autonome Landesbehörde wie jene von Lemberg handelte.⁵⁹

Den Rechtfertigungen der Gegenpartei (Unterrichtsministerium) widersprach das Reichsgericht jedoch: Es stellte, wie bereits im obigen Zitat erkenntlich wird, eine Verletzung des Art. 19, insbesondere des Abs. 3, fest. Mit dem Argument der ruthenischen Übungsschule hatte das Unterrichtsministerium versucht, nicht gegen Art. 19, Abs. 3 zu verstoßen, der das Sprachenzwangsverbot einführte und die verpflichtende Schaffung von Mitteln zum Besuch des Unterrichts in der eigenen Muttersprache forderte. Das Reichsgericht kritisierte, dass die genannte Übungsschule keinen qualitativ hochwertigen Unterricht biete und nur eine Maximalanzahl von insgesamt vierzig Schüler*innen aufweisen durfte.⁶⁰ Der Großteil der rund achthundert schulpflichtigen ruthenischen Kinder in Lemberg verblieb also, trotz Übungsschule, ohne Schulbildung in der eigenen Muttersprache, sodass sich deren Eltern unter hohem Kostenaufwand gezwungen sahen, ihre Kinder außerhalb Lembergs in eine der 1.500 ruthenischen Volksschulen Galiziens zu schicken.⁶¹ Somit verstießen das galizische Landesschulgesetz von 1867

53 o. A., Beschwerde, S. 3; RGB 1867, 142, Art. 19.

54 o. A., Reichsgericht, S. 3.

55 Ebd.

56 Ebd.

57 o. A., Beschwerde, S. 4.

58 Ebd.

59 o. A., Reichsgericht, S. 3.

60 Ebd.

61 Ebd.

bzw. dessen endgültige Bestätigung durch das Unterrichtsministerium 1879 gegen den Art. 19 in all seinen Absätzen.

Dem Argument, das Unterrichtsministerium hätte angesichts des RVG der Ortsgemeinde Lemberg nicht vorschreiben können, welche Unterrichtssprache es für seine Volksschulen wählte, widersprach das Reichsgericht mit Verweis auf dasselbe Gesetz, das u. a. Folgendes besagt (mit Verweis auf § 78 RVG): Der Staat habe die Oberaufsicht über das cisleithanische Schulwesen und das Unterrichtsministerium habe dafür zu sorgen, die Durchführung der Volksschulgesetze sowie die Bestimmungen der unteren Landesbehörden in Einklang mit den Verfassungsgesetzen (und daher auch mit Art. 19 aus der Dezemberverfassung 1867) zu bringen.⁶² Das Staatsgrundgesetz wurde also in seiner Hierarchie zu allen nachher erlassenen Gesetzen (auf Ebene des Kronlands oder Gesamtreichs) hervorgehoben. In seiner Erkenntnis vom 19. Jänner 1880 bestätigte das Reichsgericht die Verletzung des Art. 19 im Fall der Lemberger Ruthen*innen, weil ihr Recht auf Wahrung und Pflege ihrer Nationalität und Sprache durch die Umwandlung einer ruthenischen in eine polnische Volksschule mithilfe des Reichsvolksschulgesetzes unterwandert worden war. Außerdem bot die ruthenische Übungsschule keinen qualitativ hochwertigen Unterricht in der eigenen Muttersprache. Durch die Argumentation mit dem Verfassungsgesetz Art. 19 traf das Reichsgericht in diesem Fall ein minderheitenfreundliches Urteil.

3.2 Gerichtsprozess im Fall Brody im Juli 1880

Wenige Monate nach der Erkenntnispublikation im Fall der Lemberger Ruthen*innen hatte das Reichsgericht einen weiteren galizischen Fall zu bearbeiten. Es ging um die Klage der deutsch-jüdischen Bevölkerung Brodys, die den Beschluss des Unterrichtsministeriums vom 15. Oktober 1879 als Verletzung des Art. 19 (StGG 1867) begriff.⁶³ Unter der Führung des Rechtsanwalts Dr. Heinrich Jaques (1831-1894)⁶⁴ klagte die Stadtgemeinde Brody am 16. April 1880 vor dem Reichsgericht gegen die vom Landesschulrat am 25. Februar 1878 beschlossene Verweigerung der Einführung von Deutsch als Unterrichtssprache an zwei neu errichteten (weil dringend benötigten) Volksschulen in Brody, wie die „Neue Freie Presse“ am 13. Juli 1880 im Morgenblatt berichtete.⁶⁵ Der galizische Landesschulrat habe zwar die Notwendigkeit der Errichtung einer deutschen Volksschule in Brody erkannt, sich aber für die Einführung von Polnisch als Unterrichtssprache in den zwei neu errichteten Volksschulen entschieden, obwohl die Pol*innen in Brody im Vergleich zu der deutschsprachigen jüdischen Bevölkerung Brodys in der Minderheit waren.⁶⁶

62 o. A., Reichsgericht, S. 3; Burger, Sprachenrecht, S. 126.

63 Burger, Sprachenrecht, S. 127; o. A., Die Sprachenfrage vor dem Reichsgerichte, in: *Neue Freie Presse*, Nr. 5709, 20.7.1880, S. 3-4.

64 Heinrich Jacques war seit 1869 Hof- und Gerichtsadvokat in Wien und seit 1879 Reichsratsabgeordneter der Partei Vereinigte Linke: o. A., Jaques, Heinrich, Advokat, in: *Österreichisches Biographisches Lexikon 1815–1950*, Bd. 3, Graz-Köln 1965, S. 78.

65 o. A., Die Sprachenfrage vor dem Reichsgerichte, in: *Neue Freie Presse*, Nr. 5702, 13.7.1880, S. 4; Burger, Sprachenrecht, S. 127.

66 o. A., Sprachenfrage, 13.7.1880, S. 3.

Das beschuldigte Unterrichtsministerium schickte auch dieses Mal einen Vertreter zur Gerichtsverhandlung, welcher zunächst auf ein galizisches Landesgesetz vom 22. Jänner 1867 verwies, das besagt, dass an öffentlichen Volksschulen in Galizien nur zwischen dem Polnischen oder Ruthenischen als Unterrichtssprache entschieden werden dürfe.⁶⁷ Diese zwei Sprachen waren in der Auffassung des Unterrichtsministeriums die zwei einzigen „landesüblichen“ Sprachen für das Kronland Galizien. In weiterer Folge bezweifelte der Vertreter des Unterrichtsministeriums, dass die israelitische Gemeinde in Brody sich überhaupt zur deutschen Nationalität und zur deutschen Sprache zugehörig fühlen durfte.⁶⁸ Weil die jüdische Bevölkerung in Brody in seinen Augen keine eigene Nationalität darstellte, habe auch keine Verletzung des Art. 19 (StGG 1867) stattgefunden.⁶⁹

Die Frage, ob Deutsch in Galizien eine landesübliche Sprache sei (und damit auch Unterrichtssprache werden könne), war im Oktober 1879 im Unterrichtsministerium kontrovers diskutiert worden.⁷⁰ Das Ministerium einigte sich darauf, unter „landesüblicher Sprache“ nur jene Sprachen zu verstehen, die im ganzen Kronland gesprochen wurden und sich nicht nur auf einzelne Orte oder abgesonderte Gebiete beschränkten, wie es im Fall der deutschsprachigen jüdischen Bevölkerung war, die in Brody die absolute Mehrheit der Gesamtbevölkerung ausmachte (von 18.890 Einwohner*innen der Stadt waren 15.038 jüdischen Glaubens).⁷¹

Der Rechtsanwalt und Abgeordnete Heinrich Jaques versuchte zu beweisen, dass Deutsch im Alltagsleben der jüdischen Bevölkerung Brodys eine zentrale Rolle spielte, um dem Argument des Reichsgerichts zu widersprechen, dass Deutsch erstens keine „landesübliche“ Sprache in Galizien sei und zweitens die deutschsprachigen Jüdinnen und Juden Brodys kein Recht dazu hätten, sich der deutschen Nationalität zugehörig zu fühlen. Mit der Darlegung von deutschsprachigen Verhandlungsprotokollen aus dem Gemeinderat und der Handelskammer Brodys wollte Jaques schriftlich belegen, dass das Deutsche von der jüdischen Bevölkerung Brodys in allen Bereichen des Alltags verwendet wurde.⁷² Zudem betonte er unter Rückgriff auf die Aussagen eines Abgeordneten, dass eine Nationalität nicht aufgrund ihrer Religion, sondern aufgrund ihrer Sprache definiert werde.⁷³ Dieser Argumentation zufolge seien die deutschsprachigen Jüdinnen und Juden Brodys sehr wohl zur deutschen Nationalität zugehörig. Mit Bezug auf den Art. 19, Abs. 3, wonach die nötigen Mittel für den Unterricht in einer eigenen Nationalitätenschule vom Staat bereitgestellt werden sollten, und mit Verweis auf die rund 4.088 schulpflichtigen jüdischen Kinder in Brody, die zu dieser Zeit keine Volksschule mit deutscher Unterrichtssprache besuchen konnten, stellte Jaques fest, dass eindeutig eine Verletzung des Art. 19 vorliege.⁷⁴

67 o. A., Sprachenfrage, 13.7.1880, S. 4.

68 Ebd.

69 Ebd.

70 Bürger, Sprachenrecht, S. 127.

71 o. A., Sprachenfrage, 13.7.1880, S. 4.

72 Ebd.

73 Ebd.

74 o. A., Sprachenfrage, 20.7.1880, S. 3.

Es gebe zwar eine deutschsprachige, allerdings konfessionelle Privatvolksschule mit rund neunhundert Schüler*innen in Brody, die jedoch aufgrund der mangelnden Räumlichkeiten und der begrenzten Zahl an Lehrpersonen nicht erweitert werden könne.⁷⁵ Gegen Ende seiner Ausführungen wies der Rechtsanwalt noch auf die bisherige minderheitenfreundliche Auslegung des Begriffs „landesüblicher“ Sprache in vorigen Fällen des Reichsgerichts hin.⁷⁶

Das Morgenblatt der „Neuen Freien Presse“ druckte am 20. Juli 1880 die Urteilsverkündung des Reichsgerichts vom 12. Juli 1880 in voller Länge ab. Darin begründet das Reichsgericht, warum die jüdische Bevölkerung das Recht hätte, sich zur deutschen Nationalität zu bekennen. Außerdem ist eine reichsgerichtliche Definition des Begriffs „landesübliche Sprache“ enthalten, welcher in Abs. 2 des Art. 19 (StGG 1867) auftaucht. In Bezug auf die kontrovers diskutierte nationale Zugehörigkeit der jüdischen Bevölkerung vertrat das Reichsgericht folgende Meinung:

„[...] und somit diesen Einwohnern von Brody als österreichischen Staatsbürgern und ohne alle Rücksicht auf ihre Religions-Confession, [...] nicht verwehrt werden kann, nicht nur sich selbst als der deutschen Nationalität angehörig und die deutsche Sprache als ihre Sprache zu erklären, sondern auch für ihre schulpflichtigen, also unmündigen Kinder die deutsche Sprache als Unterrichtssprache zu fordern, da ja doch auch diese Sprache als eine der in Galizien noch immer landesüblichen Sprachen gilt.“⁷⁷

Ähnlich wie Jaques sah auch das Reichsgericht die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Religion nicht als entscheidendes Kriterium für die Zuordnung zu einer Nationalität, sondern bevorzugte stattdessen die Verwendung einer Nationalitätensprache als Mutter- und Umgangssprache. Durch die Gleichstellung der jüdischen Bevölkerung mit allen übrigen österreichischen Staatsbürger*innen argumentierte das Reichsgericht zugunsten der Jüdinnen und Juden. Die Feststellung, dass Deutsch in Galizien landesübliche Sprache sei, ergänzte das Reichsgericht mit seiner eigenen Definition dieses Begriffs:

„[...] ‚landesüblich‘ genüge, wenn sie [die Sprache] auch nur in einzelnen Bezirken oder Orten des Landes, also doch auch im Lande üblich, das heißt von irgend einer größeren daselbst vereinigten Zahl von Eingeborenen im täglichen Umgänge gesprochen wird [...].“⁷⁸

Nur eine solche Auslegung des Terminus „landesübliche“ Sprache konnte zu einer Anerkennung der Verletzung des Art. 19 im Fall der jüdischen Bevölkerung Brodys führen. Damit stand auch das galizische Landesgesetz vom 22. Jänner 1867 im Gegensatz zu den Grundsätzen der Dezemberverfassung, besonders des Art. 19: Denn mit der Erweiterung der landesüblichen Sprachen (Polnisch, Ruthenisch) in Galizien um das

75 o. A., Sprachenfrage, 20.7.1880, S. 3.

76 o. A., Sprachenfrage, 13.7.1880, S. 4.

77 o. A., Sprachenfrage, 20.7.1880, S. 3.

78 Ebd., S. 3-4.

Deutsche war der Landesschulrat nun also verpflichtet, Deutsch als Unterrichtssprache anzuerkennen und infolgedessen auch deutsche Volksschulen in Brody zu errichten.

Einen wichtigen Hinweis auf die zum Teil widersprüchlichen Formulierungen in Art. 19 (StGG 1867) merkte das Reichsgericht gegen Ende seiner Urteilsverkündung an: In jenem Artikel seien zwei unterschiedliche Begriffe genannt (nämlich in Abs. 2 „landesübliche Sprache“ und in Abs. 3 „Landessprachen“), die beide nicht genau definiert werden und bei denen offen bleibe, ob sie dasselbe meinen oder zu differenzieren sind.⁷⁹ Außerdem biete sich hier eine nationalitätenfreundliche Auslegung auch insofern an, als dass im Abs. 3 von den erforderlichen Mitteln zur Ausbildung „in seiner Sprache“ die Rede sei, eine Formulierung, welche nicht zwingend eine der landesüblichen Sprachen bezeichnen musste.⁸⁰ Abschließend erkannte das Reichsgericht die Verletzung des Art. 19 (v. a. des Abs. 3 wegen mangelnder Mittel zur Schulbildung in der eigenen Muttersprache) im Falle der Jüdinnen und Juden Brodys an, konnte aber aufgrund seiner rein feststellenden Kompetenz nicht unmittelbar durchsetzen, dass Deutsch als Unterrichtssprache an den beiden neuen Volksschulen Brodys eingesetzt wurde.⁸¹

3.3 *Urteilsumsetzung in beiden Gerichtsfällen*

Ein Jahr nach der Erkenntnisfindung in beiden Gerichtsprozessen war noch keines der beiden Urteile konkret umgesetzt worden: Das Unterrichtsministerium verlautete, es sei bemüht, die jeweiligen Erlässe für Brody und Lemberg hinsichtlich der Umwandlung der polnischen Volksschulen in deutsche bzw. ruthenische vorzubereiten.⁸² Jedoch sei auch der galizische Landesschulrat damit beauftragt worden, vor Ort konkrete Lösungen für die jeweilige Umsetzung der Urteile zu finden.⁸³ Das ständige Hin- und Herschieben von Verantwortung in den Fällen Brody und Lemberg führte letztendlich dazu, dass die Urteile schleppend und unzureichend umgesetzt wurden. Nach fünf Jahren bekamen die Lemberger Ruthen*innen eine vierklassige Volksschule mit ruthenischer Unterrichtssprache.⁸⁴ Unterdessen hatte die Stadtgemeinde Brody mit finanziellen Problemen zu kämpfen, die die Neuerrichtung und Finanzierung einer deutschen Volksschule erschwerten und verzögerten.⁸⁵ Es wurde versucht, mit den deutschsprachigen Jüdinnen und Juden einen Kompromiss zu finden: Die zwei neu errichteten polnischen Volksschulen wurden in ihrer Unterrichtssprache nicht angetastet, aber im Gegenzug musste sich die galizische Landesregierung dazu verpflichten, jährlich 6.000 Gulden Unterstützungsgeld für die deutsche Hauptschule in Brody zu zahlen.⁸⁶ Die jüdische Bevölkerung Brodys sah sich gezwungen, ihre Kinder in eine private, von der jüdischen Kultusgemeinde unterstützte Volksschule zu schicken, welche erst im Jahr 1900 in eine

79 o. A., Sprachenfrage, 20.7.1880, S. 3.

80 o. A., Sprachenfrage, 20.7.1880, S. 4.

81 Ebd.

82 Bürger, Sprachenrecht, S. 128.

83 Ebd.

84 Ebd., S. 129.

85 Kuzmany, Brody, S. 198.

86 Ebd.

öffentliche Volksschule mit deutscher und polnischer Unterrichtssprache umgewandelt werden sollte.⁸⁷

4. Resümee

Ausgehend von der Frage, wie das Reichsgericht und die anklagenden Parteien mit dem Art. 19 (StGG 1867) im Zuge der Gerichtsverhandlungen in den Fällen Brody und Lemberg im Jahr 1880 argumentierten, lassen sich folgende Gemeinsamkeiten feststellen: Beide Male handelte es sich um eine Klage gegen das Unterrichtsministerium, das mit § 6 des RVG (Schulerhalter und -träger, also die Ortsgemeinden, dürfen die Unterrichtssprache bestimmen) den Art. 19 (StGG 1867) zu unterwandern versuchte. Indem das Unterrichtsministerium die galizische Polonisierungspolitik im Schulbereich, durchgeführt von den dortigen Landesschulbehörden, bestätigte und befürwortete, ergab sich in den Fällen Lemberg und Brody eine Verletzung des Art. 19. Die Missachtung der Ansprüche auf Bildung vonseiten der jeweiligen örtlichen Minderheit der Ruthen*innen in Lemberg sowie deutschsprachiger Jüdinnen und Juden in Brody führte zu Klagen vor dem Reichsgericht, die beide durch Rechtsanwälte (Dobrzański und Jaques) aufseiten der Klägerparteien unterstützt wurden.

In beiden Fällen gelangte das Reichsgericht zu meritorischen, nationalitätenfreundlichen Urteilen, indem es auf eine besondere Auslegung des Art. 19 und der darin enthaltenen Begriffe setzte. Im Fall der Lemberger Ruthen*innen erwies sich der Abs. 3 des Art. 19, insbesondere das darin enthaltene Postulat des Sprachenzwangsverbots, als zentral für die Feststellung der Verletzung des Art. 19. Ebenso bedeutend war die explizit betonte Hierarchie des Staatsgrundgesetzes vom Dezember 1867 (Art. 19 darin enthalten) als Verfassungsgesetz über jegliche vorher erlassene Landesgesetze, selbst wenn diese von den mittlerweile autonomen galizischen Landesbehörden getroffen wurden. Hier zeigt sich der Konflikt, der zwischen dem Zentralstaat und den nach Föderalismus (respektive Nationalismus und in der Folge auch nach Nationalstaaten) strebenden Kronländern entbrannt war. Nicht vergessen werden darf aber, dass zentralstaatliche Institutionen wie das Reichsgericht darum bemüht waren, eine ausgleichende Mittlerposition zwischen den Interessen des Zentralstaates und der klientelistischen Ministerien und den Kronländern einzunehmen.

Im Fall der deutschsprachigen jüdischen Bevölkerung Brodys zeigte sich in Art. 19, Abs. 2 insbesondere im darin enthaltenen Begriff „landesübliche Sprachen“, wie unterschiedlich die Interpretation dieses Terminus ausfallen und wie damit sowohl gegen als auch für die Errichtung von Nationalitätenschulen argumentiert werden konnte. Während das Unterrichtsministerium darunter nur Sprachen verstand, die im gesamten Kronland weitläufig gesprochen wurden, verwendete das Reichsgericht den Begriff auch für all jene Sprachen, die in einzelnen Orten oder Bezirken täglich gesprochen wurden. Nur durch diese Auslegung konnte das Reichsgericht zu einem nationalitätenfreundlichen Urteil gelangen.

87 Bürger, Sprachenrecht, S. 129.

Doch der Fall der deutschsprachigen Jüdinnen und Juden Brodys erwies sich als wesentlich komplexer: Vom Unterrichtsministerium wurde grundsätzlich zur Diskussion gestellt, ob die jüdische Bevölkerung eine eigene Nationalität bildete oder ob sie das Recht dazu hätte, sich der deutschen Nationalität und Sprache zugehörig zu fühlen. Daher war auch der Status des Deutschen in Galizien noch immer ungeklärt. Das Reichsgericht entschied auch in dieser Hinsicht nationalitätenfreundlich, indem es die Jüdinnen und Juden mit allen Staatsbürger*innen gleichstellte und bewies, dass Deutsch die Umgangs- und Muttersprache der jüdischen Bevölkerung in Brody war. Zudem sah es die deutsche Sprache als „landesübliche Sprache“ in Galizien an.

Bemerkenswert ist auch die Bedeutung von Statistiken für die Argumentation der Klägerparteien: In beiden Fällen legten die Rechtsanwälte aktuelle Statistiken vor, um damit die Verletzung von Abs. 3 des Art. 19 anzuklagen. Durch die genauen Angaben über die Anzahl der schulpflichtigen Kinder untermauerten sie, dass durch die Polonisierung von ruthenischen bzw. deutschen Volksschulen in Lemberg bzw. Brody nicht ausreichend Mittel zur Ausbildung in der eigenen Nationalitätensprache zur Verfügung stünden.

Zudem ist die Verbindung zwischen Religionsgemeinschaft und Erhalt bzw. Förderung von Nationalitätenschulen nicht außer Acht zu lassen: Während die Ruthen*innen in Lemberg eine konfessionelle (griechisch-katholische) Volksschule mit ruthenischer Unterrichtssprache bis zu deren späteren Polonisierung hatten, mussten die deutschsprachigen Jüdinnen und Juden Brodys nach dem Prozess am Reichsgericht auf eine private, von der jüdischen Religionsgemeinschaft finanzierte Volksschule ausweichen.

5. Quellen

Reichsgesetzblatt (RGB) 1867, 142. Staatsgrundgesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder.

o. A., Eine Beschwerde der Ruthenen im Reichsgericht, in: *Die Epoche*, Nr. 21, 21.1.1880, S. 3-4.

o. A., Das Reichsgericht und die Ruthenen, in: *Neue Freie Presse*, Nr. 5539, 29.1.1880, S. 3.

o. A., Die Sprachenfrage vor dem Reichsgerichte, in: *Neue Freie Presse*, Nr. 5702, 13.7.1880, S. 4.

o. A., Die Sprachenfrage vor dem Reichsgerichte, in: *Neue Freie Presse*, Nr. 5709, 20.7.1880, S. 3-4.

6. Literatur

Burger, Hannelore, Sprachenrecht und Sprachengerechtigkeit im österreichischen Unterrichtswesen 1867 – 1918 (Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie 26), Wien 1995.

Engelbrecht, Helmut, Von 1848 bis zum Ende der Monarchie (Geschichte des österreichischen Bildungswesens. Erziehung und Unterricht auf dem Boden Österreichs 4), Wien 1986.

Fellerer, Jan, Discourse and hegemony. The case of the Ukrainian language in Galicia under the Austrian rule (1772–1914), in: Rosita Rindler Schjerve (Hrsg.), Diglossia and power. Language policies and practice in the 19th century Habsburg Empire (Language, power and social process 9), Berlin 2003, S. 107-166.

Hrytsak, Yaroslav, Lviv. A Multicultural History through the Centuries, in: *Harvard Ukrainian Studies* 24 (2000), S. 47-73.

Kuzmany, Börries, Brody. A Galician Border City in The Long Nineteenth Century (Studia Judaeoslavica 10), Leiden-Boston 2017.

Moser, Michael A. The Fate of the 'Ruthenian or Little Russian' (Ukrainian) Language in Austrian Galicia (1772 – 1867), in: *Harvard Ukrainian Studies* 35 (2017), Heft 1, S. 87-104.

o. A., Gołuchowski, Agenor Romuald Onufr. Graf, d. Ä, Staatsmann, in: Österreichisches Biographisches Lexikon 1815–1950, Bd. 2, Graz-Köln 1959, S. 30.

o. A., Jaques, Heinrich, Advokat, in: Österreichisches Biographisches Lexikon 1815–1950, Bd. 3, Graz-Köln 1965, S. 78.

Shanes, Joshua, Die Genese einer Nation. Das galizische Judentum unter österreichischer Herrschaft 1772 bis 1918, in: Jacek Purchla/Krzysztof Broński (Hrsg.), Mythos Galizien (Sonderausstellung des Wien-Museums 401), Wien 2015, S. 153-160.

Stourzh, Gerald, Die Gleichberechtigung der Nationalitäten in der Verfassung und Verwaltung Österreichs 1848–1918, Wien 1985.

Katia Pedevilla ist Master-Studentin der Geschichte an der Universität Innsbruck und studentische Mitarbeiterin im Projekt „ReMIGRA“ (Return Migration as an Interdisciplinary Research Area Using the Example of the South Tyrolean „Return Option“) am Institut für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck. Katia.Pedevilla@student.uibk.ac.at

Zitation dieses Beitrages

Katia Pedevilla, Galizische Sprachenfragen vor dem Reichsgericht. Die Bedeutung des Artikels 19 (StGG 1867) für das Volksschulwesen in Galizien aufgezeigt an den Städten Brody und Lemberg um 1880, in: *historia.scribere* 15 (2023), S. 189–203, <http://historia.scribere.at>, eingesehen 13.6.2023 (=aktuelles Datum).

„Kriegshetze, Sabotage und Spionage“. Eine Analyse der antikirchlichen Argumentationslinien im SED-Pressorgan „Neues Deutschland“ während des „Aufbaus des Sozialismus“ 1952/53

Julia Danler

Kerngebiet: Zeitgeschichte

eingereicht bei: Assoz. Prof. MMag. Dr. Andrea Brait

eingereicht im: WiSe 2021/22

Rubrik: Seminar-Arbeit

Abstract

“Warmongering, Sabotage, and Espionage”. An Analysis of Anti-Church Argumentation in the SED’s Official Press Organ “Neues Deutschland” During the “Building of Socialism” 1952/53

The following paper depicts the anti-church arguments presented in the German Democratic Republic (GDR) press organ “Neues Deutschland” (“ND”) in the years 1952 and 1953. It will provide general information about the GDR’s church politics by examining 37 “ND” articles through a qualitative content analysis regarding the therein presented argumentation. As will be shown, various argumentative lines were used to promote anti-church ideas and defame religious institutions and dignitaries.

1. Einleitung

„Schändlicher Missbrauch des christlichen Glaubens / ‚Junge Gemeinde‘ wird von den west-deutschen und amerikanischen Imperialisten dirigiert / Enthüllungen über die Verbindungsleute der ‚Jungen Gemeinde‘ im Westen / Ehemaliger Gestapo-Agent – als ‚Diakon‘ getarnter USA-Spion“¹

1 *Junge Welt*, 1.4.1953, S. 1.

Unter diesen Schlagzeilen veröffentlichte die Freie Deutsche Jugend (FDJ) im April 1953 eine Sonderausgabe ihres Presseorgans „Junge Welt“, die sich allein dem Ziel widmete, die Junge Gemeinde, also evangelische Jugendgruppen innerhalb von Kirchengemeinden, mittels Hetzartikeln zu diffamieren. Diese Artikel stellten den Höhepunkt einer antikirchlichen Kampagne in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) dar, deren Ausgangspunkt die II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) im Juli 1952 mit der Verkündung des „Aufbaus des Sozialismus“ markierte. Mit dem von Moskau geforderten „Neuen Kurs“ in der DDR-Politik im Juni 1953 fand die offene Agitation gegen die Kirchen ein Ende.²

Diese in Anlehnung an die NS-Zeit häufig als „Kirchenkampf“ bezeichnete Phase anti-kirchlicher Politik ist Gegenstand zahlreicher Publikationen zum Verhältnis von Kirche und Staat in der frühen DDR. Weil in verschiedensten jüngeren wie älteren Arbeiten darauf referiert wird, sind hier v. a. die Arbeiten des Historikers Joachim Heise³ erwähnenswert, der unter anderem zahlreiche Dokumente zur II. Parteikonferenz zur Verfügung stellte.⁴ Wie Heise beleuchtete auch Horst Dähn die Kirchenpolitik der SED zumeist anhand von Beschlüssen des Politbüros oder des Zentralkomitees der DDR.⁵ Auch die Perspektive der Betroffenen wurde bereits ausführlich aufgearbeitet, etwa in der mehrbändigen, kommentierten Edition der Protokolle des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD).⁶ In der jüngeren Historiografie veröffentlichte Andreas Stegmann eine anschauliche Übersicht zur Stellung der Kirche in der DDR.⁷ Dass jedoch nicht nur hinter den verschlossenen Türen des Politbüros, sondern auch öffentlichkeitswirksam in der SED-Presse gegen die Kirchen Stellung bezogen wurde, fand im Diskurs zwar Erwähnung, wurde bisher aber nicht explizit zum Analysegegenstand gemacht.

Diesem Forschungsdesiderat nimmt sich die vorliegende Arbeit an. Da bestimmte politische Ansichten über das Medium Zeitung gezielt in den öffentlichen Diskurs gerückt werden können, wird der Frage nachgegangen, welche Argumentationslinien gegen Religion, die Kirchen, ihre Organisationen und Würdenträger im zentralen Presseorgan der SED, der Zeitung „Neues Deutschland“ („ND“), genutzt wurden und wie sich diese im Kontext der in der DDR verfassungsrechtlich garantierten Glaubens- und Gewissensfreiheit verorten lassen. Zur Beantwortung der Forschungsfrage wird ein Korpus von 37 Pressebeiträgen⁸ des „ND“ aus dem Zeitraum zwischen dem 12. Juli 1952 (Ende der II.

2 Hermann Wentker, „Kirchenkampf“ in der DDR. Der Konflikt um die Junge Gemeinde 1950–1953, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 42 (1994), Heft 2, S. 95–127, hier S. 95.

3 Heise ist aufgrund seiner Tätigkeit beim Zentralkomitee der SED und seiner Funktion als stellvertretender Parteisekretär umstritten, dennoch erweisen sich seine Arbeiten als richtungsweisend für die Forschung zum Verhältnis von Staat und Kirche in der frühen DDR. Siehe dazu: Ulrich Schröter, Review: SED und Kirche, in: *Theologische Rundschau* 61 (1996), S. 465–471.

4 Frédéric Hartweg (Hrsg.), *SED und Kirche. Eine Dokumentation ihrer Beziehungen*, Bd. 1, bearbeitet von Joachim Heise, Neukirchen-Vluyn 1995.

5 Horst Dähn, *Konfrontation oder Kooperation? Das Verhältnis von Staat und Kirche in der SBZ/DDR 1945–1980*, Opladen 1982; ders., *Die 2. Parteikonferenz der SED und die Kirchenpolitik der Partei (1952/53)*, in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* (2002), S. 55–83.

6 EKD – Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland, *Die Protokolle des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland*, Bd. 7: 1953, bearbeitet von Dagmar Pöpping und Peter Beier, Göttingen 2009.

7 Andreas Stegmann, *Die Kirchen in der DDR. Von der sowjetischen Besatzung bis zur Friedlichen Revolution*, München 2021.

8 Die Korpusgenese wird in Kapitel 3.1 erläutert.

Parteikonferenz der SED) und dem 11. Juni 1953 (Verkündung des „Neuen Kurses“) hinsichtlich antikirchlicher Argumentationslinien einer qualitativen Inhaltsanalyse unterzogen. Obwohl die Wahl des Presseorgans „ND“ als Untersuchungsgegenstand aufgrund seiner Stellung als Regierungsblatt gut argumentiert werden kann, handelt es sich dennoch nur um einen selektiven Ausschnitt aus der DDR-Presselandschaft, der die Analyse in einem bearbeitbaren Rahmen halten sollte.

Den Ausführungen Robert Goeckels folgend, der die Stalinisierung bis 1953 in der DDR als vergleichsweise mild und das Beibehalten einer gewissen Autonomie der Kirchen nach 1953 als Resultat dieses milden Verlaufs betrachtet,⁹ kann davon ausgegangen werden, dass Hetzartikel, wie die eingangs zitierten, die Ausnahme der medialen Agitation gegen die Kirchen bildeten und stattdessen moderatere Argumente überwogen. Dennoch lässt das auf der II. Parteikonferenz verkündete Ziel, „die Arbeiterklasse und die Masse der Werktätigen mit sozialistischem Bewußtsein zu füllen und zugleich den täglichen konsequenten Kampf gegen die bürgerlichen Ideologien zu führen“¹⁰, klare antikirchliche Positionierungen im „ND“ vermuten.

2. Religionskritik, -freiheit und -politik in der DDR

2.1 Das Verhältnis von Marxismus-Leninismus und Religion

„Die Religion ist [...] das Opium des Volkes.“¹¹ Mit diesen Worten legte Karl Marx den Grundstein für die sozialistische Religionskritik, die auch die DDR prägen sollte. Während Religion als Unterdrückungsmittel in den Händen der herrschenden Klasse und als Deckmantel für die kapitalistische Ausbeutung des Proletariats betrachtet wurde, diente der Atheismus des Marxismus-Leninismus „den fortschrittlichen Kräften als ideologische Waffe im Klassenkampf gegen den weltlichen und geistlichen Adel“¹². Zudem galt die Religion als unwissenschaftlich, da ihre Glaubenssätze im Widerspruch zum dialektischen Materialismus standen, der mit dem Materiebegriff die marxistisch-leninistische Antwort auf die Frage nach dem Ursprung allen Seins lieferte.¹³

Dennoch erkannte schon die Administration der Sowjetischen Besatzungszone die Religionsgemeinschaften unter Berufung auf die Religionsfreiheit an.¹⁴ Auch die SED präsentierte sich 1946 als tolerant gegenüber jeglicher religiöser Überzeugung und betonte das gemeinschaftliche Bekenntnis zum Sozialismus unabhängig von religiösen Zugehörigkeiten.¹⁵ Diese Zugeständnisse waren jedoch eher als Strategie zum Gewinn

9 Robert Goeckel, *Die evangelische Kirche und die DDR. Konflikte, Gespräche, Vereinbarungen unter Ulbricht und Honecker*, Leipzig 1995, S. 66–67.

10 Beschluß der II. Parteikonferenz, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.), *Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands*, Bd. IV, Berlin (Ost) 1954, S. 70–78, hier S. 78.

11 Karl Marx, *Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie*. Einleitung, in: Institut für Marxismus-Leninismus (Hrsg.), *Marx-Engels-Werke (MEW)*, Bd. 1, Berlin (Ost) 1976, S. 378–391, hier S. 391.

12 Manfred Buhr/Alfred Kosing, *Atheismus*, in: dies. (Hrsg.), *Kleines Wörterbuch der Marxistisch-Leninistischen Philosophie*, Berlin (Ost) 1979^a, S. 38.

13 Herbert Hörz, *Wissenschaftsphilosophie in der DDR. Versuch einer kritischen Betrachtung*, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 39 (1991), Heft 1, S. 59–70, hier S. 59.

14 Stegmann, *Kirchen*, S. 29.

15 Thomas Raabe, *SED-Staat und katholische Kirche. Politische Beziehungen 1949–1961*, Paderborn u. a. 1995, S. 24.

der Menschen für den Aufbau eines sozialistischen Staates zu verstehen, nicht als Überwindung der weltanschaulichen Unterschiede.¹⁶ Der Glaube an eine „transzendente Wirklichkeit, von der der Mensch die erfahrbare Welt einschließlich seines eigenen Lebens beherrscht und gehalten weiß“, und der Marxismus-Leninismus als „eine in sich hermetisch geschlossene Weltanschauung mit Wahrheitsmonopol“¹⁷ blieben im Grunde unvereinbar.

Nichtsdestotrotz nutzte der Marxismus-Leninismus Formen der religiösen Selbstinszenierung. Der absolute Wahrheitsanspruch, das Versprechen der Erlösung in Form des Kommunismus, das Sanktionieren von Abweichungen oder die Pflege eines öffentlichen Kults sind Beispiele für religionsähnliche Elemente, die sich in der DDR fanden.¹⁸ Dementsprechend wurde die Politik sakral überformt, sodass in totalitären Regimen wie der DDR durchaus von „politischen Religionen“ als säkularisierten Religionsersatz gesprochen werden kann.¹⁹ Karl-Josef Schipperges bezeichnete diese Ideologien hingegen als „Anti-Religionen“, da keine säkularisierte Ideologie das tief in der Religion verwurzelte Mysterium zum hinter der physischen Welt Liegenden für sich beanspruchen könne. Die Religion sei gerade deshalb besonders resistent gegenüber politischen Ideologien und ihren vorgefertigten Weltvorstellungen.²⁰ Unabhängig davon, ob der Marxismus-Leninismus nun als „politische Religion“ oder „Anti-Religion“ betrachtet wird, ist für sein Verhältnis zu den Kirchen in der DDR in einem sich prinzipiell als atheistisch verstehenden Staat v. a. sein Status als Pseudoreligion von zentraler Bedeutung.

2.2 Die Glaubens- und Gewissensfreiheit in der DDR-Verfassung von 1949

Angesichts des Verhältnisses von Religion und Marxismus-Leninismus scheint es überraschend, dass die Glaubens- und Gewissensfreiheit in der DDR-Verfassung von 1949 verankert war und „die ungestörte Religionsausübung unter dem Schutz der Republik“²¹ stand. Gesichert waren zudem das Recht auf Religionsunterricht und der Status von Religionsgemeinschaften als öffentliche Körperschaften. Lediglich die Klausel, dass „Einrichtungen von Religionsgemeinschaften, religiöse Handlungen und der Religionsunterricht [...] nicht für verfassungswidrige oder parteipolitische Zwecke mißbraucht werden“²² dürften, lässt auf das tatsächliche Bild der Kirchen von Seiten der SED schließen: Sie wurden als politisch oppositionelle, aus dem Kapitalismus hervorgegangene Kraft wahrgenommen, die gegen die proletarische Revolution arbeitete.²³ Im Prinzip handelte es sich beim Zugeständnis der Glaubens- und Gewis-

16 Stegmann, Kirchen, S. 29; Raabe, SED-Staat, S. 25.

17 Raabe, SED-Staat, S. 25.

18 Gabriele Yonan, Einleitung, in: dies. (Hrsg.), Im Visier der Stasi. Jehovas Zeugen in der DDR, Niedersteinbach 2000, S. 9–14, hier S. 9–10.

19 Stegmann, Kirchen, S. 28.

20 Karl-Josef Schipperges, Zur Instrumentalisierung der Religion in modernen Herrschaftssystemen, in: Hans Maier (Hrsg.), Totalitarismus und Politische Religionen. Konzepte des Diktaturvergleichs, Bd. 3, Paderborn u. a. 2003, S. 223–236, hier S. 235.

21 Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Oktober 1949, in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil I, Nr. 1, 8.10.1949, S. 5–16, hier S. 9.

22 Ebd.

23 Stegmann, Kirchen, S. 29.

sensfreiheit daher nur um „ein Angebot des Staates bzw. der in diesem Staat dominierenden SED an die christliche Bevölkerung [...], am Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung aktiv mitzuwirken“²⁴. Die Glaubensfreiheit wurde zwar versprochen, die Religion aber zugunsten des sozialistischen Aufbaus aus der Öffentlichkeit zurückgedrängt.²⁵

2.3 Die DDR-Kirchenpolitik in der Zeit der Stalinisierung 1949–1953

Bei einer Volkszählung 1950 gaben 92,4 Prozent der DDR-Bevölkerung an, religiös gebunden zu sein. Dass das eine Bedrohung für die ideologische Monopolstellung des Marxismus-Leninismus darstellte, dürfte der SED bereits zu diesem Zeitpunkt klar gewesen sein.²⁶ Diese Erkenntnis äußerte sich v. a. im Konflikt zwischen Staat und Kirchen in Bezug auf Bildung und Jugend, der bereits vor der II. Parteikonferenz entflammt war. Schon im März 1951 wurde der Jungen Gemeinde z. B. in einem Bericht zur Tätigkeit der Kirchen in Sachsen-Anhalt vorgeworfen, Mitglieder der FDJ abzuwerben und diesen „imperialistische“ Einstellungen zu vermitteln.²⁷ Mit der Verkündung des sozialistischen Aufbaus und der damit einhergehenden gesellschaftlichen Verdrängung der Kirchen auf der II. Parteikonferenz rückte die Jugendarbeit erneut in den Fokus: In Folge der Konferenz wurde die Ausbildung einer „kommunistischen Persönlichkeit“ zum allgemeinen Bildungsziel erklärt und vermehrt für die FDJ als Ersatz für die Junge Gemeinde geworben.²⁸

Doch nicht nur ihr Einfluss auf die Jugend, sondern auch die öffentliche Kritik der Kirchenleitungen am wirtschaftlichen und politischen Kurs der DDR war für die SED ein Störfaktor und wurde zum Anlass genommen, ein breites Maßnahmenpaket gegen die Kirchen zu schnüren.²⁹ So wurden etwa Geistliche oder kirchliche Angestellte vermehrt unter dem Vorwurf der Boykotttätigkeit verhaftet und verurteilt. Der Religionsunterricht wurde in den Hintergrund gedrängt, christliche Lehrkräfte und Oberschüler*innen wurden teilweise der Schulen verwiesen. Finanzielle Zuschüsse vom Staat an die Kirchen wurden gekürzt und letztlich ausgesetzt.³⁰ Zudem sollte die Tätigkeit von Studentenfarrern an Hochschulen verboten werden. Das Verbot wurde zwar nie rechtswirksam, der Kampf gegen die Studentenfarrer äußerte sich aber durch Behinderung ihrer Arbeit oder Verhaftungen.³¹ Unter diesen Maßnahmen besonders hervorzuheben ist die mediale Hetzkampagne gegen die Junge Gemeinde im Frühjahr 1953.³²

24 Horst Dähn, *Evangelische Kirche und SED-Staat – ein Thema der westdeutschen historischen und sozialwissenschaftlichen DDR-Forschung vor 1989/90?*, in: ders./Joachim Heise (Hrsg.), *Staat und Kirchen in der DDR. Zum Stand der zeithistorischen und sozialwissenschaftlichen Forschung*, Frankfurt a. M. 2003, S. 29–44, hier S. 33.

25 Ebd., S. 33–34.

26 Falco Werkentin, *Der totale soziale Krieg. Auswirkungen der 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952*, in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* (2002), S. 23–54, hier S. 25.

27 Raabe, *SED-Staat*, S. 116–117.

28 Ebd., S. 115.

29 Erhart Neubert, *Die Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989*, Berlin 1997, S. 70.

30 Stegmann, *Kirchen*, S. 33–34.

31 Dähn, *Parteikonferenz*, S. 62.

32 Wentker, *„Kirchenkampf“*, S. 111.

Obwohl sie bisweilen ihre Mitglieder angesichts dieser Behandlung zur Ruhe aufriefen und sich gegen eine Flucht in den Westen aussprachen,³³ hatten sich die Kirchen zwischen 1949 und 1953 bereits mehrfach gegen die Staatsdoktrin gestellt: Die Verdrängung des Religionsunterrichts, die „widerspruchslose Bejahung der Friedensdoktrin der Partei“ oder die Zwangskollektivierung landwirtschaftlicher Betriebe wurden von den Kirchen kritisiert.³⁴ Die Spannungen aufgrund dieser Konfliktpotentiale zwischen Staat und Kirchen entluden sich bis Mitte 1953, bevor der „Kirchenkampf“ schlagartig beendet wurde. Grund dafür war die Einberufung der SED-Führung in die Sowjetunion (UdSSR), deren neue Regierung von der DDR einen „Neuen Kurs“ forderte, da sie durch das weitere Forcieren des sozialistischen Aufbaus dort wachsende Instabilität befürchtete. Der „Neue Kurs“ wurde am 9. Juni 1953 vom Politbüro beschlossen.³⁵ Am 10. Juni wurden Vertreter der evangelischen Landeskirchen von der SED zu Verhandlungen empfangen. Am folgenden Tag erschienen im „ND“ deren Ergebnisse: Die Kampagne gegen die Junge Gemeinde sei zu beenden, die Verweise relegierter Christ*innen von Schulen und Universitäten zu überprüfen, der Religionsunterricht wieder abzuhalten, Urteile gegen Geistliche zu revidieren, beschlagnahmte religiöse Einrichtungen wieder in kirchliche Hand zu übergeben und staatliche Zuschüsse auszuzahlen.³⁶

Diese gesellschaftspolitischen Entwicklungen 1952/53 spiegelten sich auch in der zunehmenden Radikalisierung der antikirchlichen Argumentation in der Presse wider. Wurde den Kirchen anfangs noch politische Abstinenz oder Agententätigkeit unterstellt, zeichnete sich ab Frühjahr 1953 v. a. bezüglich der kirchlichen Jugendarbeit ein Wandel der SED-Strategie von einer Politik der Verdrängung hin zu einer Politik der Liquidierung der gesellschaftlichen Präsenz der Kirchen ab.³⁷ Ab diesem Zeitpunkt häuften sich im Presseorgan „ND“ Vorwürfe von Hetze, staatsfeindlicher Tätigkeit oder Verschwörung mit dem „Westen“. Diese antikirchlichen Argumentationslinien stehen im Mittelpunkt der folgenden Analyse.

3. Analyse: Antikirchliche Argumentationslinien im „Neuen Deutschland“

In aller Kürze werden in diesem Abschnitt die Korpusgenese und die Methode vorgestellt, um die Transparenz des Forschungsprozesses zu gewährleisten. Anschließend folgt die Präsentation der Analyseergebnisse.

3.1 Analysekorpus

Die Grundlage der Analyse bildet ein Korpus aus 37 Pressebeiträgen im „ND“, die zwischen 12. Juli 1952 und 7. Juni 1953 veröffentlicht wurden. Digitalisate stehen über ZEFYS, das Zeitungsinformationssystem der Staatsbibliothek zu Berlin, zur Verfügung. Das

33 Stegmann, Kirchen, S. 34–35.

34 Ebd., S. 32.

35 Ebd., S. 35.

36 *Neues Deutschland*, 11.6.1953, S. 2.

37 Martin Georg Goerner, *Die Kirche als Problem der SED. Strukturen kommunistischer Herrschaftsausübung gegenüber der evangelischen Kirche 1945 bis 1958*, Berlin 1997, S. 83.

Korpus wurde durch eine komplexe Stichwortsuche erstellt. Die Suchbegriffe enthielten einerseits die allgemeinen Schlagwörter „Religion“, „Kirche“, „Christen“, „Junge Gemeinde“, „Priester“ und „Pfarrer“, andererseits auch die in den Protokollen des Politbüros genannten spezifischen Stichwörter „Tarnorganisation“, „Sabotage“ und „Hetze“. Bei dieser Vorgangsweise ist davon auszugehen, dass die Ergebnisse mit der Wahl anderer Stichwörter von den in dieser Arbeit präsentierten abweichen würden. Dies gilt es bei der Auswertung zu beachten. Nach einer Durchsicht der durch die Stichwortsuche gefundenen Beiträge wurde abgewogen, ob eine Aufnahme in das Korpus erfolgen sollte. Diese Entscheidung hing v. a. von der Thematisierung des Stichworts im Artikel ab: Wurde die Kirche z. B. nur in einem Nebensatz ohne Kontextualisierung genannt, hatte der Beitrag für die Analyse keinen Mehrwert und wurde nicht in das Korpus aufgenommen.

3.2 Methodik

Die Untersuchung orientiert sich an der qualitativen Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring. Er beschrieb drei Analysetechniken, die zum Einsatz kommen sollen: Zusammenfassung, Explikation und Strukturierung.³⁸ Für die vorliegende Untersuchung wurde zum einen die Technik der Zusammenfassung eingesetzt. Es ging darum, das Material „auf seine wesentlichen Bestandteile [zu] reduzieren, um zu Kernaussagen zu gelangen.“³⁹ Da die Arbeit aber angesichts ihres Anspruchs, Argumentationslinien aus den Presseberichten abzuleiten, verlangte, „bestimmte Aspekte heraus[zu]greifen“⁴⁰, enthielt die Analyse zum anderen auch Merkmale der Strukturierung. Trotz Mischung beider Techniken blieb das Verfahren zur Kategorienbildung aufgrund des qualitativen Forschungsinteresses induktiv. Die Kategorienbildung basiert auf einem im Vorfeld festgelegten Selektionskriterium: Zu kodieren waren demzufolge alle Textstellen, die sich gegen Religion, die Kirchen, kirchliche Würdenträger oder kirchliche Organisationen richteten. Als Kodiereinheit wurde ein Wort gewählt, da sich eine antikirchliche Positionierung bereits in einem einzelnen Begriff zeigen kann (z. B. Bezeichnung als „Tarnorganisation“). Als Kontexteinheit wurde ein Absatz festgelegt. Insgesamt wurden 102 Textstellen im Material kodiert.

3.3 Präsentation der Ergebnisse

3.3.1 Unpolitische Haltung

Insbesondere ab Mitte 1952 wurde die vermeintlich unpolitische Einstellung der Kirchen und Christ*innen an 14 Stellen im „ND“ kritisiert. Bereits zu Zeiten der sowjetischen Besatzung waren die Kirchen um den Schutz ihrer politischen Neutralität besorgt gewesen und hatten Pfarrer und kirchliche Angestellte aufgerufen, sich möglichst nicht an Parteien und Komitees zu beteiligen oder sich zumindest nicht im Namen der Kirchen

38 Philipp Mayring, *Qualitative Inhaltsanalyse*, in: Günter Mey/Katja Mruck (Hrsg.), *Handbuch Qualitative Forschung in der Psychologie*, Wiesbaden 2010, S. 601–613, hier S. 602.

39 Ebd.

40 Ebd.

politisch zu engagieren.⁴¹ Obgleich es Gemeindemitgliedern freigestellt war, als Privatperson politisch aktiv zu sein, wurde im Presseorgan „ND“ gezielt gegen eine religionsbedingte politische Abstinenz argumentiert. Dreimal wurde dabei explizit der Glaube als Auslöser von Gewissenskonflikten beschrieben, die Christ*innen vom Mitwirken am sozialistischen Aufbau abhalten würden.⁴² Außerdem wurde in der Presse die Auffassung ersichtlich, dass, „jeder, der da glaubt, er sei, unpolitisch“, [...] die Entwicklung⁴³ des sozialistischen Staates hemme und damit seine bürgerlichen Pflichten vernachlässige. Die SED sah aber nicht nur den sozialistischen Aufbau im Inneren durch eine vermeintlich religionsbedingte politische Abstinenz gefährdet, sondern übte infolge der Unterzeichnung des Generalvertrags im Mai 1952⁴⁴ auch am kirchlichen „Schweigen zur Politik der Bundesregierung“⁴⁵ scharfe Kritik, die sich im „ND“ widerspiegelte. So wurde z. B. ein offener Brief des westdeutschen Arbeitskreises katholischer Jugend veröffentlicht, der die Befürchtung nahelegte, dass sich gläubige Gegner*innen der Adenauer-Politik „durch scheinbar religiöse Argumente zum Verzicht auf politische Einsicht veranlaßt“⁴⁶ gesehen hätten. Der Vorwurf der politischen Untätigkeit gipfelte in einem Artikel, der eine Verbindung zur Haltung der Kirchen in der NS-Zeit herstellte, in der sie „durch ihr Schweigen schuldig geworden“⁴⁷ wären. Dies spielte auf das weitläufige Bestreben der Kirchen an, politische Regime auszuhalten und zu überdauern; eine Strategie, die sich in der NS-Zeit herauskristallisiert hatte und sich vermehrt auch in der DDR zeigte.⁴⁸ Dass dem NS-Regime aufgrund dessen nicht genug Widerstand von Seiten der Kirchen entgegengebracht wurde⁴⁹ und die Aufarbeitung kirchlicher Sympathien für den Nationalsozialismus nach Kriegsende nur unzureichend stattfand,⁵⁰ wurde von der SED genutzt, um die Kirchen in ein schlechtes Licht zu rücken. An sieben Stellen wurde darüber hinaus ein direkter Appell an die Gläubigen zur politischen Positionierung gerichtet, wobei in drei Beiträgen⁵¹ besonders die Rolle als „Kämpfer für den Frieden“⁵² betont wurde. Außerdem wurden die Kirchen und Gläubigen angehalten, ihre gesell-

41 Goerner, Kirche, S. 55.

42 *Neues Deutschland*, 12.7.1952, S. 6; *Neues Deutschland*, 16.8.1952, S. 3; *Neues Deutschland*, 2.10.1952, S. 5.

43 *Neues Deutschland*, 18.10.1952, S. 2.

44 Der II. Parteikonferenz vorangegangen war die Unterzeichnung des „Vertrags über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den drei Mächten [USA, Vereinigtes Königreich und Frankreich]“ am 26. Mai 1952 – auch Generalvertrag, Deutschlandvertrag oder im DDR-Sprachgebrauch „Generalkriegsvertrag“ genannt –, der die Besetzung in Westdeutschland beendete und die Souveränität der Bundesrepublik einläutete. Dieser Vertrag und die Eingliederung Westdeutschlands in die geplante Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) sollten die Westintegration der Bundesrepublik Deutschland und eine deutsche Beteiligung an der Verteidigung des europäischen Westens gegen die UdSSR vor dem Hintergrund des beginnenden Kalten Krieges sichern. Siehe dazu: Raabe, SED-Staat, S. 121.

45 Martin Onnasch, Konflikt und Kompromiß. Die Haltung der evangelischen Kirchen zu den gesellschaftlichen Veränderungen in der DDR am Anfang der fünfziger Jahre, in: *Kirchliche Zeitgeschichte* 3 (1990), Heft 1, S. 152–165, hier S. 160.

46 *Neues Deutschland*, 20.8.1952, S. 3.

47 *Neues Deutschland*, 1.11.1952, S. 3.

48 Stegmann, Kirchen, S. 34.

49 Dähn, Konfrontation, S. 25.

50 Stegmann, Kirchen, S. 19–20.

51 *Neues Deutschland*, 17.8.1952, S. 2; *Neues Deutschland*, 17.10.1952, S. 2; *Neues Deutschland*, 19.10.1952, S. 2.

52 Der „Kampf für den Frieden“ wurde gleichzeitig als „Kampf für den Sozialismus“ verstanden und referiert hier auf den als „Generalkriegsvertrag“ bezeichneten Deutschlandvertrag.

schaftliche Pflicht zu erfüllen,⁵³ „für die Verwirklichung der sowjetischen Vorschläge“⁵⁴ einzutreten und sich als „Gegner des imperialistischen Krieges“⁵⁵ zu präsentieren.

3.3.2 Spaltung der Jugend

An zwei Stellen wurde den Kirchen eine äußere „Spaltung der Jugendlichen in christliche und nichtchristliche Jugend“⁵⁶ vorgeworfen. Den christlichen Jugendlichen sei demzufolge von reaktionären Kirchenführern verweigert worden, „wie die übrige Jugend“ Frieden und Fortschritt zu finden.⁵⁷ Dies war ein gängiges Argumentationsmuster der SED, die bereits 1951 mit mäßigem Erfolg versucht hatte, christliche Jugendliche für die FDJ zu gewinnen. Im Zuge der Stalinisierung ab Frühjahr 1952 erhielt dieses Ziel wieder Aufschwung, wurde doch die kirchliche Jugendarbeit als Störfaktor bei der remilitarisierenden Indoktrination der Jugend und die FDJ als „SED-Kaderreserve“ betrachtet.⁵⁸ Zwei weitere Textstellen erhoben den Vorwurf gegenüber den Kirchen, eine „Zersetzung“ innerhalb der christlichen Jugend in „moralischer und politischer Hinsicht“⁵⁹ hervorzurufen. Wie diese innere Spaltung sich gestaltet hätte, wurde aber nicht spezifiziert. Angesichts dessen, dass die kirchliche Jugendarbeit in der antikirchlichen Kampagne der SED zum Hauptkampffeld auserkoren worden war,⁶⁰ überrascht die geringe Anzahl an Pressebeiträgen, die eine Spaltung der Jugend anprangerten. Es ist auf Basis der bisherigen Forschung aber davon auszugehen, dass sich die mediale Diffamierung der kirchlichen Jugendarbeit in anderen, teils radikaleren Argumenten äußerte.

3.3.3 Amtsmissbrauch

Der Vorwurf des Amtsmissbrauchs wurde an fünf Stellen erhoben. Otto Dibelius, von 1945 bis 1966 Bischof von Berlin-Brandenburg, hätte sich beispielsweise „unter Mißbrauch seines hohen Kirchenamtes auf einer Tagung des Weltkirchenrates in Denver“⁶¹ [...] unseren nationalen Interessen einen schlechten Dienst erwiesen und sich außerhalb der Gemeinschaft aller aufrechten Deutschen gestellt“⁶². Hierin zeigte sich ein typischer Argumentationstopos der SED in Kirchenfragen: Kirchenleiter und Amtsträger wie Dibelius wurden als politische Faktoren betrachtet und mit den entsprechenden Mitteln bekämpft, während die breite Masse in ihrer Glaubens- und Gewissensfreiheit möglichst wenig beeinträchtigt werden sollte.⁶³ Auch Würdenträgern im Westen wurde

53 *Neues Deutschland*, 2.10.1952, S. 5.

54 *Neues Deutschland*, 3.9.1952, S. 3.

55 *Neues Deutschland*, 17.10.1952, S. 2.

56 *Neues Deutschland*, 16.8.1952, S. 3.

57 *Neues Deutschland*, 29.3.1953, S. 3.

58 Goerner, Kirche, S. 92.

59 *Neues Deutschland*, 17.5.1953, S. 2.

60 Goerner, Kirche, S. 92.

61 Auf Dibelius' Rede vor dem Weltkirchentag in Denver 1952 wurde im „ND“ mehrfach referiert. So hätte er darin die Differenzierung zwischen Ost und West, das Verbot gesamtdeutscher kirchlicher Veranstaltungen oder Verurteilungen kirchlicher Würdenträger durch die DDR kritisiert. Dibelius selbst betonte aber nicht nur die Tötigung dieser Aussagen, sondern auch überhaupt vor dem Weltkirchenrat gesprochen zu haben. Siehe dazu: EKD (Hrsg.), Protokolle, S. 52.

62 *Neues Deutschland*, 16.12.1952, S. 2.

63 Onnasch, Konflikt, S. 154.

Amtsmissbrauch angelastet. So hätte der vormalige Oberkirchenrat Hermann Ehlers die Werbetrommel für den „Generalkriegsvertrag“ gerührt⁶⁴ und der hannoversche Bischof Hans Lilje den „Mißbrauch des Christentums für eine Politik, welche unser deutsches Volk in den Wahnsinn eines neuen Krieges und in millionenfaches Elend und Leid bringen muß“⁶⁵, propagiert. Die Diffamierung kirchlicher Autoritätsfiguren diene letztlich dem Ziel, „das Vertrauen, das die Adressaten der fachlichen Kompetenz und/oder der Aufrichtigkeit dieser anderen Sender“⁶⁶, also den Kirchen, entgegenbrachten, zu untergraben.

3.3.4 Missbrauch jugendlicher Christ*innen

Im Frühjahr 1953 häuften sich im Presseorgan „ND“ auch Angriffe auf die Diakonie, namentlich die Pfeifferschen Stiftungen in Magdeburg-Cracau und die Neinstedter Anstalten, die sich v. a. der Betreuung geistig eingeschränkter Personen widmeten. Angriffsfläche boten dabei nicht nur NS-belastete Angestellte,⁶⁷ sondern auch die dort betreuten christlichen Jugendlichen, die laut Presseberichten von den Mitarbeitenden misshandelt worden seien. Dieser Missbrauchsvorwurf wurde an 15 Stellen erhoben, wobei die körperliche Misshandlung Jugendlicher mit acht Stellen das Gros ausmachte. Dazu zählten z. B. Berichte über die Zustände in diakonischen Einrichtungen, die nach Vorwürfen der „unmenschliche[n] Behandlung Jugendlicher“, z. B. aufgrund der Bestrafung durch „schwere körperliche Arbeit“⁶⁸, in staatliche Hand übergeben wurden. In den Neinstedter Anstalten hätte ein Geistlicher die Pfleglinge „wegen ihrer fortschrittlichen Einstellung unmenschlich [ge]quält“⁶⁹, wobei „fortschrittliche Einstellung“ Sozialismus und Stalinismus meinte. Die diakonischen Einrichtungen räumten selbst ein, dass körperliche Züchtigungen von Seiten ihrer Angestellten trotz Verbots auftraten. Während das Aufdecken dieser Verfehlungen prinzipiell zu begrüßen ist, ist davon auszugehen, dass es der SED weniger um eine Verbesserung der Zustände, sondern vielmehr um eine Machtdemonstration bzw. öffentliche Diskreditierung ging. Die angeprangerten Misshandlungen wurden also politisch instrumentalisiert. Ebenso instrumentalisiert wurde der Vorwurf der psychischen Misshandlung Jugendlicher, der an drei Stellen geäußert wurde und wiederum auf die Behandlung in kirchlichen Stiftungen referierte. Die Jugendlichen seien dort etwa durch „auf ihre körperlichen Gebrechen zugespitzte Schimpfworte erniedrigt“ und „regelrechten Terror eingeschüchtert“⁷⁰ worden. Darüber hinaus wurde der Jungen Gemeinde an vier Stellen vorgeworfen, den Glauben Jugendlicher zu politischen Zwecken zu „missbrauchen“, um sie etwa zur Verbreitung von Hetzschriften und zu staatsfeindlichen Handlungen anzustiften.⁷¹

64 *Neues Deutschland*, 2.9.1952, S. 2.

65 *Neues Deutschland*, 7.6.1953, S. 3.

66 Dagfinn Føllesdal/Lars Walløe/Jon Elster, *Rationale Argumentation. Ein Grundkurs in Argumentations- und Wissenschaftstheorie*, Berlin-New York 1988, S. 14.

67 Jochen-Christoph Kaiser, *Evangelische Kirche und sozialer Staat. Diakonie im 19. und 20. Jahrhundert*, Stuttgart 2008, S. 260.

68 *Neues Deutschland*, 31.3.1953, S. 3.

69 *Neues Deutschland*, 24.4.1953, S. 3.

70 *Neues Deutschland*, 31.3.1953, S. 3.

71 *Neues Deutschland*, 28.4.1953, S. 3; *Neues Deutschland*, 30.4.1953, S. 1.

3.3.5 Betreiben von Hetze

Zahlreiche kirchliche Bedienstete und Würdenträger wurden 1952/53 wegen „Boykott-hetze“ zu langen Zuchthausstrafen verurteilt. Mangels einer genauen Straftatbestandsdefinition konnte im Prinzip jedes unliebsame politische Verhalten nach diesem Artikel verfolgt werden, so auch kritische Aussagen von Seiten der Kirchen. 13-mal wurde im „ND“ der Vorwurf der Hetze erhoben, wobei an fünf Stellen explizit von Kriegshetze gesprochen wurde. „Zu der kriegshetzerischen Tätigkeit unter kirchlichem Deckmantel, wie sie von Leitern der sogenannten ‚Jungen Gemeinde‘ sowie einigen Geistlichen“ betrieben worden sei, nahm etwa der Generalsekretär der Ost-CDU Gerald Götting in einem Beitrag Stellung.⁷² Dies entsprach dem Beschluss des Politbüros vom 27. Januar 1953 zur „Entlarvung der Jungen Gemeinde in der Öffentlichkeit als einer Tarnorganisation für Kriegshetze, Sabotage und Spionage“. Darin wurde u. a. vorgeschrieben, dass auch Stellungnahmen der Ost-CDU gegen die Junge Gemeinde in der Presse zu veröffentlichen seien.⁷³ Dass v. a. der kirchliche Einfluss auf die Jugend mit dem Vorwurf der Kriegshetze angegriffen werden sollte, zeigten Beiträge, in denen z. B. der Verweis von Oberschüler*innen gefordert wurde, „die andere Jugendliche zur kriegshetzerischen Tätigkeit“⁷⁴ verleitet hätten, oder einem Studentenpfarrer unterstellt wurde, „Kriegshetze zu betreiben“⁷⁵. Etwaiger Kritik an der Kampagne gegen die Junge Gemeinde wurde ebenfalls mit dem Argument der Hetze begegnet: „Was hat die Verhaftung einiger Kriegshetzer, die sich zur Tarnung ein religiöses Mäntelchen umhängen, mit Kirchenkampf zu tun? Natürlich nichts.“⁷⁶ Fünf weitere Textstellen lassen sich als Hetze gegen die DDR und ihre Einrichtungen beschreiben. So wurde von Hetze unter „dem Deckmantel des Christentums“⁷⁷ und „systematische[r] Propaganda gegen die demokratische Ordnung unserer Republik“⁷⁸ gesprochen. An drei Stellen verblieb das „ND“ ohne nähere Spezifizierung der den Kirchen unterstellten Hetze.⁷⁹

3.3.6 Staatsfeindliche Tätigkeiten

Weil die „Produktion von Staatsfeinden“ eine der Hauptstrategien des sozialen Krieges gegen die eigene Bevölkerung in der Zeit nach der II. Parteikonferenz in der DDR war,⁸⁰ dürfte es wenig überraschen, dass der Vorwurf staatsfeindlicher Tätigkeiten gegenüber den Kirchen mit 22 Fundstellen im „ND“ am häufigsten vertreten war. Zwölfmal wurde ihnen bzw. ihren Vertreter*innen unterstellt, Feinde der DDR oder der Staatsdoktrin zu sein. Hauptziel dieser Argumentation war wiederum die Junge Gemeinde, der „unverhüllt gegen den Frieden und die staatliche Ordnung gerichtetes“⁸¹ und

72 *Neues Deutschland*, 29.3.1953, S. 3.

73 Auszug aus dem Protokoll Nr. 5/53 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED am 27.1.1953, in: Hartweg (Hrsg.), SED, S. 88–89.

74 *Neues Deutschland*, 5.12.1952, S. 5.

75 *Neues Deutschland*, 24.4.1953, S. 3.

76 *Neues Deutschland*, 30.4.1953, S. 1.

77 *Neues Deutschland*, 24.4.1953, S. 3.

78 *Neues Deutschland*, 17.5.1953, S. 2.

79 *Neues Deutschland*, 2.9.1952, S. 2; *Neues Deutschland*, 28.4.1953, S. 3; *Neues Deutschland*, 5.6.1953, S. 3.

80 Werkentin, Krieg, S. 23.

81 *Neues Deutschland*, 15.3.1953, S. 3.

„republikfeindliche[s] Auftreten“⁸² angelastet wurde. Zudem hätten die Gruppierungen der Jungen Gemeinde als „Widerstandszentren gegen die neue demokratische Ordnung“⁸³ und „Deckmantel und Basis für ihre feindlichen Handlungen gegen die Deutsche Demokratische Republik“⁸⁴ fungiert. Innerhalb der Kirchen hätten sich darüber hinaus „reaktionäre [...] Kräfte“⁸⁵ befunden, die versucht hätten, „die feindlichen Kräfte zu unterstützen“⁸⁶. Nur einmal wurde in diesem Zusammenhang explizit der Vorwurf des Verrats erhoben, wiederum gegen Bischof Dibelius.⁸⁷ Weiters hätten die Kirchen neun Textstellen zufolge „unter dem Talar der Geistlichen“⁸⁸ Spionage und Sabotage betrieben. Der „christlich getarnte Spion Johannes Althausen“ hätte z. B. die Junge Gemeinde und die Evangelische Studentengemeinde infiltriert.⁸⁹ Auch an Oberschulen hätten Agent*innen unter dem Namen der Jungen Gemeinde gegen die DDR agiert.⁹⁰

3.3.7 Verbindungen zum „Westen“

Dieser Kategorie wurden zwanzig Stellen zugeordnet. Fünf davon erhoben die Anklage gegen die Kirchen, „westliche“ Politik zu unterstützen und dabei „Stützen des Adenauer-Regimes“⁹¹ zu sein. Neben der Kritik an den Kirchen, „das Adenauer-Regime des nationalen Verrats“⁹² zu befürworten, war auch hier Dibelius Ziel der Diffamierung: Er hätte geholfen, „die Geschäfte der amerikanischen Kriegstreiber [zu] besorgen“ und wäre so „zum Anwalt der Politik eines Dr. Adenauer und der amerikanischen Rüstungsindustriellen“⁹³ geworden. Weiters wurde an zehn Stellen der Vorwurf gegen die Kirchen erhoben, Verbindungen in den Westen zu pflegen. Sie hätten sich „in den Dienst der amerikanischen Okkupanten“⁹⁴ gestellt, sich „für die Ideologie des Westens [...] ‚reklamieren‘ lassen“⁹⁵ und auf Anweisung „von den amerikanischen und Bonner Kriegstreibern“⁹⁶ agiert. Die Junge Gemeinde hätte „laufend umfangreiche Sendungen [...] aus den USA, Schweden und Dänemark“⁹⁷ und auch die Pfeifferschen Stiftungen hätten täglich „Postsendungen aus Westdeutschland“ erhalten, die antisowjetische Lieder und faschistische Texte enthalten hätten.⁹⁸ In Zusammenhang damit wurde den Kirchen fünfmal die Unterstützung faschistischer Ideologien vorgeworfen. Der Antifaschismus war ein besonders beliebter Topos der SED-Propaganda. Er diente einerseits der eigenen Legitimation, indem Entnazifizierung und die NS-Verfolgung von

82 *Neues Deutschland*, 11.4.1953, S. 3.

83 *Neues Deutschland*, 29.3.1953, S. 3.

84 *Neues Deutschland*, 17.5.1953, S. 2.

85 *Neues Deutschland*, 31.7.1952, S. 5.

86 *Neues Deutschland*, 31.5.1953, S. 3.

87 *Neues Deutschland*, 16.12.1952, S. 2.

88 *Neues Deutschland*, 17.5.1953, S. 2.

89 *Neues Deutschland*, 24.4.1953, S. 3; *Neues Deutschland*, 28.4.1953, S. 3.

90 *Neues Deutschland*, 5.12.1952, S. 2.

91 *Neues Deutschland*, 8.2.1953, S. 5; *Neues Deutschland*, 15.4.1953, S. 1.

92 *Neues Deutschland*, 30.4.1953, S. 1.

93 *Neues Deutschland*, 16.12.1952, S. 2.

94 *Neues Deutschland*, 15.11.1952, S. 2.

95 *Neues Deutschland*, 7.6.1953, S. 3.

96 *Neues Deutschland*, 28.4.1953, S. 3.

97 *Neues Deutschland*, 15.3.1953, S. 3.

98 *Neues Deutschland*, 31.3.1953, S. 3.

Kommunist*innen betont wurden, andererseits erfreute sich die Unterstellung, in der Bundesrepublik Deutschland (BRD) würde der Faschismus ungebrochen weiter bestehen, großer Beliebtheit.⁹⁹ Im „ND“ wurden den Kirchen „Verbindungen zu faschistischen Gruppen in Westdeutschland und Westberlin“¹⁰⁰, die Verbreitung „faschistische[r] Literatur“¹⁰¹ oder die Unterstützung des als feindlich betrachteten „faschistische[n] ‚BDJ‘“¹⁰² angelastet.

3.3.8 Verbrechen kirchlicher Würdenträger

An vier Stellen griff das „ND“ auf die Strategie zurück, Verbrechen oder Verurteilungen kirchlicher Amtsträger zu beschreiben und so die Leserschaft vom Verhalten „schwarzer Schafe“ auf die Kirchen in ihrer Gesamtheit schließen zu lassen. Ob diese Urteile gerechtfertigt waren, lässt sich nicht sagen, ist für die Beschreibung des Argumentationsmusters aber nebensächlich. Erwähnt wurden im „ND“ die Misshandlung sowjetischer Kriegsgefangener im Zweiten Weltkrieg und Diebstahl von Kunstgegenständen,¹⁰³ ebenso wie körperliche Gewalt oder antikommunistische Hetze.¹⁰⁴ Obwohl abgestritten wurde, dass die Würdenträger aufgrund ihrer religiösen Tätigkeit verurteilt wurden, vermittelten die Artikel, dass die Verurteilten als „Schwerverbrecher“¹⁰⁵ zu verstehen seien, die „die Kirche als Schild“¹⁰⁶ benutzt hätten.

3.3.9 Historische Kirchenkritik

An fünf Stellen wurde mit historischer Kirchenkritik argumentiert. Obwohl es sich dabei um dezidiert historische Artikel handelte, zeigte die Wahl der Themen politisches Kalkül: Wie bereits angeschnitten wurde, war der Antifaschismus die entscheidende Gründungserzählung der DDR. Diese unterlag einer starken Mythisierung. Die Wurzeln des Antifaschismus verortete die SED in der Reformation ab 1517 und in den sogenannten „Bauernkriegen“ um 1525. Martin Luther und Thomas Müntzer wurden entsprechend zu zentralen Figuren des DDR-Gründungsmythos.¹⁰⁷ Insbesondere das Narrativ der sogenannten „Bauernkriege“ rund um Müntzer entsprach in der sich als revolutionären Staat begreifenden DDR „den Versprechungen und Erwartungen auf eine auf Gleichheit und Volksherrschaft beruhende Gesellschaft“¹⁰⁸. Die revolutionären Akte dieser und weiterer historischer Persönlichkeiten standen auch im Mittelpunkt der im

99 Markus Würz, „Antifaschismus“ als Legitimation, in: Lebendiges Museum Online, 29.2.2016, <http://www.hdg.de/lemo/kapitel/geteiltes-deutschland-gruenderjahre/weg-nach-osten/antifaschismus-als-legitimation.html>, eingesehen 14.4.2022.

100 *Neues Deutschland*, 5.12.1952, S. 5.

101 *Neues Deutschland*, 10.4.1953, S. 3.

102 *Neues Deutschland*, 28.4.1953, S. 3. Der Bund Deutscher Jugend (BDJ) war ein 1950 gegründeter, antikommunistischer Jugendverband in der BRD. Er fungierte im Geheimen als paramilitärische „Stay-behind-Organisation“ der USA in Voraussicht auf mögliche sowjetische Angriffe. 1953 wurde er deshalb verboten. Siehe dazu: Michael Wala, Stay-behind operations, former members of SS and Wehrmacht, and American intelligence services in early Cold War Germany, in: *Journal of Intelligence History* 15 (2016), Heft 2, S. 71–79.

103 *Neues Deutschland*, 15.11.1952, S. 2.

104 *Neues Deutschland*, 11.4.1953, S. 3.

105 *Neues Deutschland*, 15.11.1952, S. 2.

106 *Neues Deutschland*, 5.6.1953, S. 3.

107 Raina Zimmering, Mythen in der Politik der DDR. Ein Beitrag zur Erforschung politischer Mythen, Opladen 2000, S. 169.

108 Ebd.

Presseorgan „ND“ präsentierten Kirchenkritik. Während die Kirche darin als „Bollwerk der mittelalterlichen Feudalität“¹⁰⁹ sowie Institution des Terrors gegen die „großen materialistischen Philosophen“¹¹⁰ und die Geistlichen selbst als „Landplage“¹¹¹ beschrieben wurden, wurde die Abwendung von der römisch-katholischen Kirche durch Luthers Thesenanschlag¹¹² oder Kopernikus’ „Emanzipation der Naturforschung von der Theologie“ jeweils als „revolutionärer Akt“¹¹³ präsentiert. Die Kirchen, wenngleich auch in den 1950er-Jahren noch feudal strukturierte Institutionen und daher nicht ohne Grund dieser Kritik ausgesetzt, wurden als Gegnerschaft zu diesen historischen Bedeutungsträgern präsentiert, die als Teil eines deutschen Ursprungsmythos zur „Integration der Gesellschaft“ und zur „Legitimation der Herrschenden“ in der SED-Propaganda politisch instrumentalisiert wurden.¹¹⁴

4. Fazit

„Insbesondere wurden ernste Fehler in bezug [sic!] auf die Geistlichen begangen, die in einer Unterschätzung des Einflusses der Kirche unter den breiten Massen der Bevölkerung, in groben Administrierungsmaßnahmen und Repressalien ihren Ausdruck fanden.“¹¹⁵

Mit dieser Feststellung aus Moskau im Juni 1953 fand die antikirchliche Kampagne der SED, deren mediale Auswüchse hier präsentiert wurden, ein jähes Ende. Wie gezeigt wurde, präsentierte die DDR-Führung verschiedenste Argumentationslinien gegen die Kirchen, ihre Mitglieder, Würdenträger und Organisationen in ihrem zentralen Presseorgan, um die Verdrängung der Religion aus der gesellschaftlichen Mitte zugunsten des sozialistischen Aufbaus öffentlichkeitswirksam zu propagieren. Die im „ND“ erhobenen Vorwürfe entsprachen dabei in ihrem Wesen der typischen SED-Propaganda: In einer Art Verhaltensprojektion wurden politische Gegner*innen der Anwendung eben jener Taktiken und Techniken bezichtigt, die eigentlich die SED selbst nutzte. Durch die Unterstellung, die Kirchen hätten staatsfeindlich agiert, die Jugend indoktriniert, Hetze betrieben und somit den „Klassenkampf“ verschärft, konnte die SED, von der die Agitation ursprünglich ausgegangen war, sie aus einer defensiven Position heraus bekämpfen.¹¹⁶

Obwohl die Kirchen durch die Intervention der UdSSR nach 1953 in der DDR weitgehende Autonomie behielten, muss aufgrund der Radikalität der im Presseorgan „ND“ präsentierten Argumente die eingangs formulierte These, wonach die mediale Agitation vergleichsweise mild verlief, als widerlegt betrachtet werden. Es stellt sich die

109 *Neues Deutschland*, 31.1.1953, S. 3.

110 *Neues Deutschland*, 23.5.1953, S. 4.

111 *Neues Deutschland*, 27.5.1953, S. 3.

112 *Neues Deutschland*, 31.1.1953, S. 3.

113 *Neues Deutschland*, 23.5.1953, S. 4.

114 Zimmering, *Mythen*, S. 170.

115 Verfügung des Ministerrats der UdSSR vom 2. Juni 1953, „Über die Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage in der Deutschen Demokratischen Republik“, in: Wilfriede Otto, *Die SED im Juni 1953. Interne Dokumente*, Berlin 20133, S. 38–56, hier S. 38–39.

116 Goerner, *Kirche*, S. 94–95.

Frage, inwieweit sich die Radikalität der Argumentation z. B. in der „Neuen Zeit“, dem Organ der Ost-CDU, aufgrund der kirchenpolitisch komplizierten Stellung der Blockpartei, im Vergleich zu jener im „ND“ äußerte. Dies könnte Gegenstand weiterführender Untersuchungen sein. Es ist allerdings davon auszugehen, dass sich die antikirchlichen Argumentationslinien aufgrund der Pressezensur inhaltlich nur marginal voneinander unterscheiden würden.

Wie lassen sich diese Argumentationen nun in einem Staat mit verfassungsrechtlich garantierter Glaubens- und Gewissensfreiheit verorten? Wenig befriedigend muss aufgrund der Radikalität der antikirchlichen Agitation und der kirchenpolitischen Maßnahmen festgestellt werden, dass die Religionsfreiheit, wie viele Menschenrechte, in den vierzig Jahren des Bestehens der DDR lediglich zugesichert wurde, um den Schein eines Rechtsstaates zu wahren. In der Praxis war sie jedoch v. a. in diesem „Kirchenkampf“ von Juli 1952 bis Juni 1953 de facto ausgesetzt. Es ist allerdings aufgrund der herausgearbeiteten Argumentationslinien anzumerken, dass das Ziel der medialen Agitation im Presseorgan „ND“ nicht der Glaube christlicher Individuen, sondern vielmehr die Verdrängung – wenn nicht gar die Zerschlagung – der als politische Störfaktoren betrachteten kirchlichen Institutionen, Organisationen und Führungspersönlichkeiten zugunsten des sozialistischen Aufbaus war.

5. Quellen

Auszug aus dem Protokoll Nr. 5/53 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED am 27.1.1953, in: Frédéric Hartweg (Hrsg.), *SED und Kirche. Eine Dokumentation ihrer Beziehungen*, Bd. 1, bearbeitet von Joachim Heise, Neukirchen-Vluyn 1995, S. 88–91.

Beschluß der II. Parteikonferenz, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.), *Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands*, Bd. IV, Berlin (Ost) 1954, S. 70–78.

EKD – Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland, *Die Protokolle des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland*, Bd. 7: 1953, bearbeitet von Dagmar Pöpping und Peter Beier, Göttingen 2009.

Junge Welt, 1.4.1953.

Marx, Karl, *Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung*, in: Institut für Marxismus-Leninismus (Hrsg.), *Marx-Engels-Werke (MEW)*, Bd. 1, Berlin (Ost) 1976, S. 378–391, hier S. 391.

Neues Deutschland, 12.7.1952–11.6.1953.

Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Oktober 1949, in: *Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik*, Teil I, Nr. 1, 8.10.1949, S. 5–16.

Verfügung des Ministerrats der UdSSR vom 2. Juni 1953, „Über die Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage in der Deutschen Demokratischen Republik“, in: Wilfriede Otto, *Die SED im Juni 1953. Interne Dokumente*, Berlin 2013, S. 38–56.

6. Literatur

Buhr, Manfred/Kosing, Alfred, Atheismus, in: dies. (Hrsg.), *Kleines Wörterbuch der Marxistisch-Leninistischen Philosophie*, Berlin (Ost) 1979^d.

Dähn, Horst, *Konfrontation oder Kooperation? Das Verhältnis von Staat und Kirche in der SBZ/DDR 1945–1980*, Opladen 1982.

Ders., Die 2. Parteikonferenz der SED und die Kirchenpolitik der Partei (1952/53), in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* (2002), S. 55–83.

Ders., Evangelische Kirche und SED-Staat – ein Thema der westdeutschen historischen und sozialwissenschaftlichen DDR-Forschung vor 1989/90?, in: ders./Joachim Heise (Hrsg.), *Staat und Kirchen in der DDR. Zum Stand der zeithistorischen und sozialwissenschaftlichen Forschung*, Frankfurt a. M. 2003, S. 29–44.

Føllesdal, Dagfinn/Walløe, Lars/Elster, Jon, *Rationale Argumentation. Ein Grundkurs in Argumentations- und Wissenschaftstheorie*, Berlin-New York 1988.

Goeckel, Robert, *Die evangelische Kirche und die DDR. Konflikte, Gespräche, Vereinbarungen unter Ulbricht und Honecker*, Leipzig 1995.

Goerner, Martin Georg, *Die Kirche als Problem der SED. Strukturen kommunistischer Herrschaftsausübung gegenüber der evangelischen Kirche 1945 bis 1958*, Berlin 1997.

Hartweg, Frédéric (Hrsg.), *SED und Kirche. Eine Dokumentation ihrer Beziehungen*, Bd. 1, bearbeitet von Joachim Heise, Neukirchen-Vluyn 1995.

Hörz, Herbert, Wissenschaftsphilosophie in der DDR. Versuch einer kritischen Betrachtung, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 39 (1991), Heft 1, S. 59–70.

Kaiser, Jochen-Christoph, *Evangelische Kirche und sozialer Staat. Diakonie im 19. und 20. Jahrhundert*, Stuttgart 2008.

Mayring, Philipp, Qualitative Inhaltsanalyse, in: Günter Mey/Katja Mruck (Hrsg.), *Handbuch Qualitative Forschung in der Psychologie*, Wiesbaden 2010, S. 601–613.

Neubert, Erhart, *Die Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989*, Berlin 1997.

Onnasch, Martin, Konflikt und Kompromiß. Die Haltung der evangelischen Kirchen zu den gesellschaftlichen Veränderungen in der DDR am Anfang der fünfziger Jahre, in: *Kirchliche Zeitgeschichte* 3 (1990), Heft 1, S. 152–165.

Raabe, Thomas, *SED-Staat und katholische Kirche. Politische Beziehungen 1949–1961*, Paderborn u. a. 1995.

Schipperges, Karl-Josef, Zur Instrumentalisierung der Religion in modernen Herrschaftssystemen, in: Hans Maier (Hrsg.), *Totalitarismus und Politische Religionen. Konzepte des Diktaturvergleichs*, Bd. 3, Paderborn u. a. 2003, S. 223–236.

Schröter, Ulrich, Review: SED und Kirche, in: *Theologische Rundschau* 61 (1996), S. 465–471.

Stegmann, Andreas, *Die Kirchen in der DDR. Von der sowjetischen Besatzung bis zur Friedlichen Revolution*, München 2021.

Wala, Michael, Stay-behind operations, former members of SS and Wehrmacht, and American intelligence services in early Cold War Germany, in: *Journal of Intelligence History* 15 (2016), Heft 2, S. 71–79.

Wentker, Hermann, „Kirchenkampf“ in der DDR. Der Konflikt um die Junge Gemeinde 1950–1953, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 42 (1994), Heft 2, S. 95–127.

Werkentin, Falco, Der totale soziale Krieg. Auswirkungen der 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952, in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* (2002), S. 23–54.

Würz, Markus, „Antifaschismus“ als Legitimation, in: *Lebendiges Museum Online*, 29.2.2016, <http://www.hdg.de/lemo/kapitel/geteiltes-deutschland-gruenderjahre/weg-nach-osten/antifaschismus-als-legitimation.html>, eingesehen 14.4.2022.

Yonan, Gabriele, Einleitung, in: dies. (Hrsg.), *Im Visier der Stasi. Jehovas Zeugen in der DDR*, Niedersteinbach 2000, S. 9–14.

Zimmering, Raina, *Mythen in der Politik der DDR. Ein Beitrag zur Erforschung politischer Mythen*, Opladen 2000.

Julia Danler ist Lehramtsstudentin der Fächer Deutsch und Geschichte, Sozialkunde/ Politische Bildung an der Universität Innsbruck. Julia.Danler@student.uibk.ac.at

Zitation dieses Beitrages

Julia Danler, „Kriegshetze, Sabotage und Spionage“. Eine Analyse der antikirchlichen Argumentationslinien im SED-Pressorgan „Neues Deutschland“ während des „Aufbaus des Sozialismus“ 1952/53, in: *historia.scribere* 15 (2023), S. 205–221, <http://historia.scribere.at>, eingesehen 13.6.2023 (=aktuelles Datum).

Lobende Erwähnungen von *historia.scribere* 2023

Lobende Erwähnung von *historia.scribere* 15

(gesponsert vom der **Philosophisch-Historischen Fakultät**)

Lobende Erwähnung von *historia.scribere* 15

(gesponsert vom der **Philosophisch-Historischen Fakultät**)

Lobende Erwähnung von *historia.scribere* 15

(gesponsert vom der **Philosophisch-Historischen Fakultät**)

„Er soldt mich hindenn leckhen“? Die Autobiografie „Mein Fehd und Handlungen“ des Götz von Berlichingen und ihre Intention

Roland Ernst Laimer

Kerngebiet: Mittelalter

eingereicht bei: Univ.-Prof. Dr. Jörg Schwarz

eingereicht im: WiSe 2021/22

Rubrik: Seminar-Arbeit

Abstract

„Er soldt mich hindenn leckhen“? The Autobiography „Mein Fehd und Handlungen“ by Götz von Berlichingen and its Intention

This paper deals with the autobiography „Mein Fehd und Handlungen“ of the imperial knight (Reichsritter) Götz von Berlichingen (c. 1480–1562), who achieved fame as „Götz of the Iron Hand“. His autobiography provides insights into aristocratic life at the transition between the medieval and the early modern period. Götz wrote down his deeds from his perspective at the end of his life so that they would be preserved for later generations.

1. Einleitung

„Er soldt mich hindenn leckhen“¹ – jene Worte, die der Reichsritter Götz von Berlichingen (um 1480–1562) einem seiner Widersacher entgegenwarf, sind bis zum heutigen Tag untrennbar mit der Person Götz verbunden. Auch wenn die Ursprünge dieser anstößigen Formel bis in das antike Pompeji zurückzureichen scheinen,² wird dessen heutige Popularität auf die eingangs aus der Lebensbeschreibung „Mein Fehd und

1 Götz von Berlichingen, *Mein Fehd und Handlungen* (Forschungen aus Württembergisch Franken 17), herausgegeben von Helgard Ulmschneider, Sigmaringen 1981, S. 75r.

2 In einer Hauswand in Pompeji findet sich der Ausspruch *Fortunate, lingue culum* („Fortunatus lecke den Arsch“) eingeritzt, der als ältester Hinweis auf die Schmähsformel gilt: Günter Jerouschek, Von Bleckern, Zannern und Sheela-na-gigs. Zur mentalitätsgeschichtlichen Genese des Götz-Zitats, in: *Mediaevistik* 18 (2005), S. 83–115, hier S. 84.

Handlungen“³ zitierte Version des Götz von Berlichingen zurückgeführt. Johann Wolfgang von Goethe (1749–1832), der das Bild des „Raubritters“⁴ Götz von Berlichingen in seinem gleichnamigen Werk⁵ bis zum heutigen Tag formte, trug wesentlich zur Verbreitung des vulgären Ausspruches bei. Im modernen Sprachgebrauch steht das sogenannte Götz-Zitat einerseits als Ausdruck der Verwunderung, andererseits auch als derbe Schimpfformel.⁶ Dass für Götz beim Verfassen seiner Autobiografie eine andere Intention als die Verbreitung dieser legendären Floskel im Vordergrund stand, liegt nahe.

Daher geht die vorliegende Seminararbeit der Forschungsfrage nach, welche Intention der „Ritter mit der Eisernen Hand“, Götz von Berlichingen, mit seiner Autobiografie „Mein Fehd und Handlungen“ verfolgte. Die dazugehörige Forschungsthese besagt, dass Götz von Berlichingen mit der Autobiografie eine Inszenierung seiner Person und die Selbstdarstellung seines Lebens für seine Nachwelt beabsichtigte. Weniger ist die Autobiografie eine detaillierte Beschreibung seines Lebensweges, denn mehr eine Rechtfertigung seiner Taten, als der Niederadlige am Ende seines Lebens darin versuchte, sein Handeln der Nachwelt darzulegen. In methodischer Hinsicht verbindet die vorliegende Seminararbeit eine sprach- mit einer geschichtswissenschaftlichen Analyse: Neben der historischen Quellenkritik und -interpretation kommt der sprachlichen Untersuchung der Autobiografie eine zentrale Rolle zu.

Götz von Berlichingen wurde intensiv in den 1970er- und 1980er-Jahren von Helgard Ulmschneider in Form einer Edition der Lebensbeschreibung⁷ (die als Hauptquelle der Arbeit dient) und ihrer umfangreichen Götz-Biografie⁸ erforscht; ihre beiden Werke gelten als Fundamente der Götz-Forschung und prägten lange Zeit nicht nur in der Wissenschaft das Bild des Reichsritters. In der Mediävistik werden spätestens seit dem grundlegenden Aufsatz von Kurt Andermann⁹ und stärker seit der Monografie von Tilman G. Moritz¹⁰ Ulmschniders Schlussfolgerungen und Forschungsergebnisse kritisch betrachtet und neu kontextualisiert. Vor allem Moritz hob die Götz-Forschung auf eine völlig neue Ebene. Daneben wird zur Erörterung weiterer Aspekte rund um Götz von Berlichingen einschlägige Fachliteratur – beispielsweise zur Autobiografie im Mittelalter¹¹ oder zur Situation des Adels im Spätmittelalter – herangezogen.¹²

3 Berlichingen, Mein Fehd und Handlungen.

4 Kurt Andermann, Raubritter, in: Historisches Lexikon Bayerns, 9.5.2011, <https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Raubritter>, eingesehen 10.2.2022; zum diffamierenden Begriff „Raubritter“ siehe auch Kapitel 3.3.

5 Johann Wolfgang von Goethe, Götz von Berlichingen mit der eisernen Hand. Ein Schauspiel, Stuttgart 2014.

6 Jerouschek, Von Bleckern, Zannern und Sheela-na-gigs, S. 84.

7 Berlichingen, Mein Fehd und Handlungen.

8 Helgard Ulmschneider, Götz von Berlichingen. Ein adeliges Leben der deutschen Renaissance, Sigmaringen 1974.

9 Kurt Andermann, Götz von Berlichingen (um 1480–1562). Adelige Grundherr und Reichsritter, in: *Fränkische Lebensbilder* 20 (2004), Heft 7A, S. 17–36.

10 Tilman G. Moritz, Autobiographik als ritterschaftliche Selbstverständigung. Ulrich von Hutten, Götz von Berlichingen, Sigmund von Herberstein (Formen der Erinnerung 70), Göttingen 2019.

11 Jan A. Aertsen/Andreas Speer (Hrsg.), Individuum und Individualität im Mittelalter (Miscellanea Mediaevalia 24), Berlin-New York 1996; Wilhelm Kölmel, Autobiographien der Frühzeit, in: Aertsen/Speer (Hrsg.), Individuum und Individualität im Mittelalter, S. 667–682.

12 Bernd Bastert, Der Münchner Hof und Fuerters „Buch der Abenteuer“. Literarische Kontinuität im Spätmittelalter (Mikrokosmos. Beiträge zur Literaturwissenschaft und Bedeutungsforschung 33), Frankfurt am Main-Berlin u. a. 1993; Carl Horst/Lorenz Sönke (Hrsg.), Gelungene Anpassung? Adelige Antworten auf gesellschaftliche Wandlungsvorgänge vom 14. bis zum 16. Jahrhundert (Schriften zur Südwestdeutschen Landeskunde 53), Ostfildern 2005.

In einem ersten Schritt beleuchtet die vorliegende Seminararbeit die Bedeutung der Autobiografie am Übergang zwischen Spätmittelalter und Früher Neuzeit. Anschließend richtet sie im Hauptteil den Fokus auf den Reichsritter Götz von Berlichingen und die Intention seiner Autobiografie „Mein Fehd und Handlung“. Immanent für die Untersuchung ist zuerst der Blick auf den Protagonisten selbst und eine erste quellenkritische Auseinandersetzung mit seiner Autobiografie, um im Anschluss auf den Adressatenkreis¹³ einzugehen. Ausgewählte exemplarische Ausschnitte aus der Quelle in den nachfolgenden Kapiteln lassen Rückschlüsse auf Götz' Intention zu. Das anschließende Kapitel widmet sich der Frage, welche Ausgangssituation dem deutschen Adel im Spätmittelalter bzw. am Beginn der Frühen Neuzeit zu Grunde lag. Götz von Berlichingen verpackte die Rechtfertigung all seiner Taten in einem rhetorischen Programm, ohne je eine höhere Bildung als Lesen und Schreiben genossen zu haben. Im abschließenden Fazit werden die gewonnenen Erkenntnisse kritisch diskutiert und die Frage beantwortet, welche Ziele Götz von Berlichingen mit seiner Autobiografie verfolgt haben könnte.

2. Autobiografie im Mittelalter und der beginnenden Frühen Neuzeit

Für das Früh- und Hochmittelalter existieren nur wenige Selbstzeugnisse als eigenständige Quellen. Erst mit Zunahme der Schriftlichkeit ab dem Hochmittelalter und vor allem ab dem Beginn der Frühen Neuzeit entfaltete sich das literarische Genre der Autobiografien. Diese erhoben dabei den Anspruch, einen längeren Lebensabschnitt der Verfassenden darzustellen. Im Gegensatz dazu waren ihre Frühformen in größere Werkkomplexe und Erzählstränge eingeflochten und stammten in der Regel von geistlichen Autor*innen, die ihren Werdegang und ihre Glaubensfindung innerhalb eines größeren, zumeist theologischen Werkes erklärten.¹⁴

Als erstes Werk, das als autobiografisches Schreiben angesehen werden könnte, gelten die „Confessiones“ des Kirchenvaters Augustinus (354–430). Im Frühmittelalter schrieben Rather von Verona (nach 887–974) und Otloh von St. Emmeram (um 1010–kurz nach 1070) eine Rechtfertigung ihrer Handlungen im Kontext mit ihren geistlichen Ämtern nieder. Guibert von Nogent (um 1055–um 1125) legte in seiner „De vita sua“ seinen Lebensbericht sowie seinen Weg des Glaubens und der Heilsfindung dar. Mit dem Prozess der Glaubensfindung setzte sich wiederum der zum Christentum konvertierte Jude Hermann von Köln (um 1107–um 1181) in seinem Werk „Hermannus quondam Judaeus“ auseinander. Das prominenteste Exempel für eine mittelalterliche Autobiografie ist jedoch „Historia calamitatum“ vom französischen Theologen und Philosophen Abaelard (1079–1142) – seinen Werdegang zum gefragtesten Gelehrten seiner Zeit stellte er darin seiner fatal endenden Liebesbeziehung zu seiner Schülerin Heloisa (um 1095–ca. 1164) gegenüber.¹⁵

13 Götz von Berlichingen spricht in seiner Autobiografie dezidiert ein männliches Publikum an, daher wäre es historisch inkorrekt, den Begriff „Adressat“ zu gendern. Näheres siehe Kapitel 3.2.

14 Sabine Schmolinsky, Selbstzeugnisse im Mittelalter, in: Klaus Arnold/Sabine Schmolinsky u. a. (Hrsg.), Das dargestellte Ich. Studien zu Selbstzeugnissen des späteren Mittelalters und der frühen Neuzeit (Selbstzeugnisse des Mittelalters und der beginnenden Neuzeit 1), Bochum 1999, S. 19–28, hier S. 20, 25–27.

15 Kölmel, Autobiographien der Frühzeit, S. 667–668, 672–673, 676–678, 680.

Erste volkssprachliche Autobiografien im deutschen Raum sind vermehrt ab dem 14. Jahrhundert greifbar und gelten laut dem Historiker Horst Wenzel als Ausdruck des ständischen Selbstbewusstseins; einen prägenden Einfluss übten Reisebeschreibungen aus. Im Gegensatz zu mittelalterlichen Egodokumenten, in denen, wie oben beschrieben, ein gottgefälliges Leben zentral war, rückte ab dem Spätmittelalter das Individuum in den Vordergrund, das sich aufgrund des gesellschaftlichen Wandels zu artikulieren und rechtfertigen versuchte.¹⁶

Mit der Zunahme der Schriftlichkeit im 16. Jahrhundert entstanden immer mehr (selbst-)reflektiert anmutende Autobiografien. Vor allem das Bürgertum und vereinzelt auch Adelige¹⁷ griffen zur Feder und schrieben ihre Lebensgeschichten für ihre Familien und ihre Nachkommen nieder. Sinn und Zweck war für die mehrheitlich gebildeten Verfassenden, nicht in Vergessenheit zu geraten und die eigenen Taten zu rechtfertigen bzw. zu argumentieren oder eine Selbstreflexion anzustreben.¹⁸ Wie die Autobiografie des Götz von Berlichingen in das Konzept der Autobiografien der beginnenden Frühen Neuzeit einzuordnen ist, demonstriert der folgende Abschnitt.

3. Intention der Autobiografie des Götz von Berlichingen

3.1 *Götz von Berlichingen (um 1480–1562)*

Wer war Götz von Berlichingen, der „Ritter mit der Eisernen Hand“, und welche quellenkritischen Aussagen können zu seiner Autobiografie „Mein Fehd und Handlungen“ getroffen werden? Götz von Berlichingen wurde um das Jahr 1480 als jüngster Sohn¹⁹ von Kilian von Berlichingen (1441–1498) und Margaretha von Thüngen (1445–1509) in Jagsthausen im heutigen deutschen Bundesland Baden-Württemberg geboren. Bereits in frühester Kindheit habe sich laut Autobiografie abgezeichnet, dass Götz ein Ritter werden würde.²⁰ Nach kurzer elementarer Ausbildung in Lesen und Schreiben übergaben ihn die Eltern an seinen Onkel Konrad von Berlichingen (gest. 1497), um ihn zum Ritter zu erziehen. Jedoch verstarb dieser am Reichstag von Lindau,²¹ zu dem ihn Götz begleitet hatte.²²

Götz setzte seine Ausbildung am Hof des Markgrafen Friedrich V. von Brandenburg (1460–1536) fort, 1498 beteiligte er sich im Heer des Markgrafen am Schweizerkrieg²³

16 Horst Wenzel, *Die Autobiographie des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit*, Bd. 1: Die Selbstdarstellung des Adels (Spätmittelalterliche Texte 3), München 1980, S. 11–12, 17.

17 Neben Götz von Berlichingen wären an dieser Stelle Ulrich von Hutten (1488–1523) und Sigmund von Herberstein (1486–1566) zu nennen: Moritz, *Autobiographik als ritterschaftliche Selbstverständigung*.

18 Richard van Dülmen, *Die Entdeckung des Individuums 1500–1800*, Frankfurt am Main 1997, S. 27, 85–86.

19 Götz hatte daneben noch neun Geschwister: Ulmschneider, Götz von Berlichingen, S. 30.

20 Berlichingen, *Mein Fehd und Handlungen*, S. 2v.

21 Von September 1496 bis Februar 1497 tagte der Reichstag in der Reichsstadt Lindau am Bodensee: Werner Dobras, *Der Reichstag in Lindau anno 1496/97*, in: *Jahrbuch des Landkreises Lindau* 11 (1996), S. 79–82.

22 Ulmschneider, *Götz von Berlichingen*, S. 31, 34.

23 Der Schweizerkrieg war ein Konflikt, der in den Monaten Jänner bis September 1499 zwischen der Eidgenossenschaft und dem Haus Habsburg in der heutigen Ostschweiz tobte und mit dem Sieg der Eidgenossen endete: Volker Reinhardt, *Die Geschichte der Schweiz. Von den Anfängen bis heute*, München 2013², S. 141–142.

Kaiser Maximilians I. (1459–1519).²⁴ In der Lebensbeschreibung geht er kaum auf die politischen Hintergründe des Feldzugs ein, sondern schildert lediglich für ihn wichtig erscheinende Details.²⁵ So soll etwa große Hitze geherrscht haben und etliche Ritter sollen von ihren Pferden gefallen sein, die Götz „als ob sie trunckhenn werenn“²⁶ beschreibt. Wesentlich detaillierter fallen Götz' Erinnerungen zu seinen Raufabenteuern während seiner Zeit in Ansbach aus.²⁷ Um 1500 verließ er Ansbach und trat bei Hans Thalacker von Massenbach (gest. 1554) in den Dienst, der ihn in die Kunst der Fehdeführung einweihte. Auf Betreiben von Götz' Onkel Neidhart von Thüngen kehrte Götz wieder nach Ansbach zurück und unterstützte den Markgrafen in seinem kriegerischen Vorgehen gegen Nürnberg.²⁸

Im Zuge der Affalterbacher Kirchweihschlacht 1502 – für die die Lebensbeschreibung die ausführlichste zeitgenössische Quelle darstellt – begründete Götz seinen Ruf als Kriegermann und trug maßgeblich zum Sieg Ansbachs gegen Nürnberg bei, indem er die an Truppenstärke überlegene gegnerische Gruppe strategisch klug ausmanövrierte.²⁹ 1503 begleitete Götz seinen Onkel auf Seiten Bayerns in den Landshuter Erbfolgekrieg.³⁰ In der Schlacht vor Landshut 1504 verlor Götz durch einen Schuss aus einer Feldschlange die rechte Hand.³¹ Um trotzdem wieder ein Schwert führen und in den Kampf ziehen zu können, ließ er sich 1510 die erste Prothese anfertigen und um rund 1530 eine zweite, wesentlich komplexere, die bewegliche Finger aufwies und ihm so ermöglichte, ein Schwert zu halten.³² Von daher rührt auch sein Beinamen „Ritter mit der Eisernen Hand“. Schon zu Lebzeiten eilte ihm gerade wegen seiner körperlichen Beeinträchtigung sein Ruf voraus: So wird Kaiser Maximilian I., als sich Augsburger Kaufleute über einen Überfall von Götz und seinem Mitstreiter Hans von Selbitz (ca. 1490–ca. 1570) bei ihm echauffierten, der Ausspruch zugeschrieben: „Heilliger gott, heilliger gott, was ist das? Der ein hatt ein hanndt, so hat der annder ein bein, wann sie dann erst zwo henndt hettenn, vnd zwey bein, wie wollt ir dann thun?“³³

Zwischen 1508 und 1523 verdingte sich Götz mit der Führung von insgesamt 15 verschiedenen Fehden, unter anderem gegen Reichsstädte wie Köln, Nürnberg oder Mainz.³⁴ Seine Unternehmungen glichen einer Art von Raub im unternehmerischen Stil. 1512 und 1518 wurde gegen ihn die Reichsacht ausgesprochen, 1522 leistete Götz

24 Ulmschneider, Götz von Berlichingen, S. 36–37.

25 Hannelore Zieglauner, Der historische Götz von Berlichingen in der Spiegelung in der Autobiographie und im Drama Goethes, Hausarbeit aus Deutsch Innsbruck 1983, S. 49.

26 Berlichingen, Mein Fehd und Handlungen, S. 5r.

27 So berichtet Götz stolz, er habe einen Polen durch die Stadt gejagt: Ebd., S. 10r–10v.

28 Ulmschneider, Götz von Berlichingen, S. 40–41.

29 Berlichingen, Mein Fehd und Handlungen, S. 20r.

30 Der Landshuter oder auch bayrisch-pfälzische Erbfolgekrieg 1504/5 war eine kriegerische Auseinandersetzung, bei der es um die Erbfolge in Bayern-Landshut ging: Thomas A. Bauer, Die Darstellung der Landshuter Fürstenhochzeit von 1475 und des Landshuter Erbfolgekriegs (1504–1505) in zeitgenössischen Quellentexten, in: Gerhard Wolf/Norbert H. Ott (Hrsg.), Handbuch Chroniken des Mittelalters, Berlin-Boston 2016, S. 483–518, hier S. 484.

31 Ulmschneider, Götz von Berlichingen, S. 44–47.

32 Oliver Weinert, Götz von Berlichingens Eiserner Hand – neu geschaffen am 3-D-Drucker, in: *MMW Fortschritte der Medizin* 160 (2018), Heft 21–22, S. 70–72, hier S. 70–71.

33 Berlichingen, Mein Fehd und Handlungen, S. 57r.

34 Ebd., S. 80v–80r.

schließlich die Urfehde³⁵ und zog sich auf die von ihm 1517 erworbene Burg Hornberg bei Neckarzimmer zurück.³⁶

Im Zuge des Bauernkrieges³⁷ wurde Götz Ende April 1525 auf Druck der bäuerlichen Gruppen des Odenwälder Haufens zu deren Anführer gewählt. Götz willigte in einem Vertrag ein, er werde einen Monat lang als Hauptmann der bäuerlichen Gruppe dienen, wenn sie im Gegenzug dafür seine Bedingungen (etwa den Verzicht auf Plünderungen und Zerstörungen) akzeptieren würde. Auch wenn Götz als Mediator auftrat, konnte er nicht verhindern, dass das Bauernheer raubend und brandschatzend unter anderem gegen ein Mainzer Benediktinerkloster vorging und somit den Vertrag brach. Die bäuerliche Gruppe setzte ihn Anfang Mai aus fadenscheinigen Gründen ab und stellte ihn unter Arrest; Ende Mai gelang Götz aber die Flucht.³⁸

Für seine Beteiligung als Anführer der aufrührerischen Bäuerinnen und Bauern machte der Schwäbische Bund, gegen den er im Zuge des Bauernkrieges auftrat, Götz 1528 in Augsburg den Prozess. Nach eineinhalb Jahren, am 4. März 1530, wurde das Urteil mit der Beschwörung der Urfehde rechtskräftig. Deren Bedingungen waren für den Ritter einschneidend: So durfte er zeitlebens seine Güter nicht mehr verlassen, keine Nacht außerhalb der Burg Hornberg verbringen und kein Pferd mehr besteigen, geschweige denn ein Schwert führen.³⁹

Während seiner Zeit in Hausarrest schaffte es Götz, das Fehdehandwerk aufzugeben und – wie es Andermann formuliert – eine Transformation vom „tatsächlichen“ Krieg zum „rechtlichen“ Krieg durchzuführen – er focht zahlreiche juristische Auseinandersetzungen aus, die ihm wie die Fehden teilweise beträchtliche Gewinne einbrachten.⁴⁰ Erwähnenswert ist in diesem Kontext der Umstand, dass Götz in seiner Autobiografie auf die Zeit als Gutsverwalter und Ankläger, die in etwa zehn Jahre seines Lebens einnahm, mit keinem Wort einging. Im Jahre 1541 rehabilitierte eine Gruppe Adelliger um den Landgraf Philipp I. zu Hessen (1504–1567), den Pfalzgraf Friedrich II. (1482–1556) sowie den Brandenburger Markgraf Georg der Fromme (1484–1543) Götz auf dem Reichstag von Regensburg,⁴¹ um den erfahrenen Ritter für den Kampf gegen türkische Truppen zu gewinnen. Bereits 1542 betrat Götz sein altes Metier und nahm (wie gewünscht) am

35 Die Urfehde ist ein beideter Verzicht auf Fehden: Raimund J. Weber, Art. Urfehde, in: Lexikon des Mittelalters. Bd. 8, Stuttgart-Weimar 2008, Sp. 1294.

36 Ulmschneider, Götz von Berlichingen; Andermann, Götz von Berlichingen (um 1480–1562), S. 23.

37 Zwischen Anfang April und Anfang Juni 1525 tobte (wie auch in anderen deutschen Gebieten) ein Bauernaufstand in Franken. Auslöser dafür waren soziale Unzufriedenheiten aufgrund eines hohen Steuerdrucks, politische Enttäuschungen, wirtschaftliche Probleme wegen Missernten und die Reformation, der ein Großteil der bäuerlichen Bevölkerung folgte. Der Bauernaufstand wurde von der Obrigkeit mit großer Brutalität niedergeworfen: Rudolf Endres, Franken, in: Horst Buszello/Peter Blickle u. a. (Hrsg.), Der deutsche Bauernkrieg, Paderborn-München u. a. 31995, S. 134–153, hier S. 134–135, 136, 138–139, 152–153.

38 Ulmschneider, Götz von Berlichingen, S. 147–149, 151, 161, 164, 168–169.

39 Ebd., S. 183, 189.

40 Andermann, Götz von Berlichingen (um 1480–1562), S. 32.

41 Kaiser Karl V. (1500–1558) berief den Reichstag von Regensburg 1541 ein, um sowohl die katholischen als auch die protestantischen Fürsten des Heiligen Römischen Reichs für die Unterstützung im Falle eines osmanischen Angriffs zu gewinnen: Gerhard B. Winkler, Das Regensburger Religionsgespräch 1541, in: Dieter Albrecht (Hrsg.), Regensburg – Stadt der Reichstage. Vom Mittelalter zur Neuzeit (Schriftenreihe der Universität Regensburg (N. F. 21), Regensburg 1994, S. 72–87.

Türkenkreuzzug teil, der ihn bis vor die Tore Wiens führte. Sein letztes großes Kriegsabenteuer war der Feldzug gegen Frankreich 1544. 1559 schloss der alt und blind gewordene Götz einen Vertrag mit dem Pfarrer von Zimmern, Georg Gottfried, der ihn im Alltag unterstützen sollte. Ihm diktierte er auch seine Autobiografie. Am 23. Juli 1562 verstarb Götz von Berlichingen im für damalige Verhältnisse hohen Alter von 82 Jahren auf seiner Burg Hornberg und wurde im Kloster Schöntal an der Jagst beigesetzt.⁴²

3.2 Die Autobiografie und ihre Adressaten

Bis dato sind insgesamt 17 Handschriften der Lebensbeschreibung bekannt, von denen wiederum sieben im unmittelbaren Zeitraum⁴³ nach Götz' Tod entstanden sein dürften. Allerdings ist der Autograf⁴⁴ der Lebensbeschreibung nicht erhalten geblieben: Sämtliche Editionen sind auf die sogenannte Rossacher Handschrift, die um das Jahr 1567 zu datieren ist, zurückzuführen.⁴⁵ Auch wenn der Historiker Tilman G. Moritz den autobiografischen Charakter des Textes „Mein Fehd und Handlungen“ anzweifelt,⁴⁶ kann trotzdem von einer Autobiografie gesprochen werden, basiert die verlorengegangene Originalhandschrift auf der von Götz persönlich diktierten Niederschrift.

Vom sprachlichen Aspekt her zeichnet sich die Autobiografie durch teilweise komplizierte und langatmige Satzkonstruktionen aus; so werden häufig Haupt- und Gliedsätze aneinandergereiht sowie mittels der Präposition „und“ verflochten. Götz springt auch inhaltlich in den Sätzen hin und her, lässt Sätze unvollendet oder wiederholt sich, was den Lesefluss und das Textverständnis teils erheblich erschwert.⁴⁷ Gerade diese Problematik gibt gleichzeitig auch Hinweise auf einen möglichen Adressatenkreis. Im Prooimion widmete Götz seine Autobiografie „An herrn Hansen Hoffman burgermeister zu Hailbron,⁴⁸ vnd Steffan Feyerabend der [...] syndicum daselbst“⁴⁹. Ferner traten

„viell andere meine guten hern vnd freundt an ihn heran, das ich meinen erbenn, khinden vnd nachkomen zu ehrnn vnd guttem, solte was ich mein tag [...] in irenn vnd meinen aignen sachenn, krieggen vnd vhedden [...] erlebt, beschreibenn, vnnd inn die feder khommen lassenn solt“⁵⁰

42 Ulmschneider, Götz von Berlichingen, S. 234–235, 243–244.

43 Zwischen etwa 1560 und 1590 datierbar: Moritz, Autobiographik als ritterschaftliche Selbstverständigung, S. 100.

44 Eigenhändige Niederschrift des Autors/der Autorin. Siehe dazu: Michael Weißenberger, Vom Autograph zur modernen Edition, in: Peter Riemer/Michael Weißenberger u. a. (Hrsg.), Einführung in das Studium der Latinistik, München 2013³, S. 54–83, hier S. 54.

45 Die Rossacher Handschrift umfasst 182 Blatt, davon machen 120 Blatt die Lebensbeschreibung aus; daneben enthält sie Randnotizen und Korrekturen. Nachträglich wurde die Handschrift um weitere Schriftstücke ergänzt und gebunden: Moritz, Autobiographik als ritterschaftliche Selbstverständigung, S. 100–102.

46 Ebd., S. 101–102.

47 Ziegler, Der historische Götz von Berlichingen in der Spiegelung in der Autobiographie und im Drama Goethes, S. 46–47.

48 Hans Hoffmann (gest. 1574) war seit 1561 Bürgermeister von Heilbronn/Baden-Württemberg, Steffan Feyerabend (1523–1574) war ein Jurist und Dichter und seit 1556 Syndikus in Heilbronn: Berlichingen, Mein Fehd und Handlungen; Ulmschneider, Götz von Berlichingen, S. 243.

49 Berlichingen, Mein Fehd und Handlungen, S. 1v.

50 Ebd., S. 1v.

Weniger eine objektive Lebensbeschreibung steht hierbei im Vordergrund, sondern vielmehr eine subjektive Rechtfertigung seiner im Laufe des Lebens getätigten Taten und Handlungen.⁵¹ Im Epilog betont Götz, dass „khein articull oder einig wortt dar innenn begriffen [...] nit die rechte grundtliche warheitt sey“⁵² und begreift seine Autobiografie als „warnung, vnnd exempell auß threuem hertzen“⁵³.

Anstatt einer Überschrift, die erst im Nachhinein hinzugefügt wurde, sprach Götz seine Freunde und Gönner, die ihn zur Autobiografie motiviert haben sollen, direkt an. Dabei wird der Sprecher zu Beginn nicht eingeführt, sondern tritt als anonymes Ich-Erzähler auf. Über Rollen, Funktionen und Diskurse definiert sich das Ich als Ritter, wobei die Unterscheidung zwischen der Ritterlichkeit mit ihrer kriegerischen Funktion im Begriff „ritter-man“ einerseits und der ritterlichen Idee und Haltung im Begriff „reuterß-man“ andererseits erfolgt. Schlussendlich aber werden beide Sphären in der unpersönlichen „man“-Form zusammengeführt. Im Prolog nimmt Götz klar Stellung zum Rittertum, da er sich – wie er selbst betont – als Ritter bewährt und den verschiedenen Ständen (vom Fürsten bis hin zum Kaiser) gedient hat.⁵⁴

Zwar bezeichnete sich Götz selbst als Rittersmann, er wurde aber zeitlebens nie formal zum Ritter geschlagen, laut Andermann strebte er diese Würde auch nicht an; vielmehr entstammte er einer ritterbürtigen Familie.⁵⁵ Ritterbürtigkeit reichte in vielen Teilen des Heiligen Römischen Reiches bereits als Zugehörigkeitskriterium zur Ritterschaft aus.⁵⁶ Darüber hinaus gehörte die Familie Berlichingen der Reichsritterschaft an, sie war unmittelbar dem Kaiser unterstellt und nur diesem zu Rechenschaft verpflichtet.⁵⁷ Eine versuchte Etablierung einer Reichsritterschaft war auch Ausdruck einer gescheiterten Einbindung der ständischen Ordnung ins Geflecht des modernen Fürstenstaats.⁵⁸

Neben der im Prooimion hervorgehobenen Familie und der Verwandtschaft sprach er ebenso seine „mißgonner“ (gegnerische und verfeindete Personen) als Adressaten an. Die Lebensbeschreibung wurde somit grundsätzlich für eine möglichst breite Leserschaft geöffnet und universalisiert, wobei ein militärisches oder zumindest adeliges Hintergrundwissen vorausgesetzt wurde. Im Epilog werden abschließend nochmals die potenziellen Adressaten explizit aufgezählt:

„kryegs leutt oder sonst hohenn vnd nidern standts, kaisern, konigen, churfursten vnd fursten, grauen, freyenn herrnn, rittern vnnd knechtenn, stettenn

51 Moritz, Autobiographik als ritterschaftliche Selbstverständigung, S. 112.

52 Berlichingen, Mein Fehd und Handlungen, S. 118v. Siehe dazu auch Kapitel 3.4.

53 Ebd., S. 121r.

54 Moritz, Autobiographik als ritterschaftliche Selbstverständigung, S. 107–108.

55 Ritterbürtig bedeutet in diesem Kontext, eine adelige Abstammung, Haus und Herrschaft zu besitzen, einen adeligen Lebensstil zu führen und noch vielmehr eine lange adelige Abstammung vorzuweisen: Andermann, Götz von Berlichingen (um 1480–1562), S. 26.

56 Ebd.

57 Ulmschneider, Götz von Berlichingen, S. 26.

58 Ebd.; Walter Hechberger, Adel, Ministerialität und Rittertum im Mittelalter (Enzyklopädie Deutscher Geschichte 72), Oldenbourg 2004; Carl Horst, Der lange Weg zur Reichsritterschaft. Adelige Einungspolitik am Neckar und Schwarzwald vom 14. bis zum 16. Jahrhundert, in: Arnold/Schmolinsky u. a. (Hrsg.), Das dargestellte Ich, S. 27–66, hier S. 27.

vnd andern, sie sein inn welchem standt sie wollenn, gaistlichenn vnnnd weltlichenn, die inn vhedenn vnnnd kriegs leuffenn begriffen.“⁵⁹

Frauen oder Personen ohne militärische Erfahrung sind nicht als unmittelbare Zielgruppe erfasst und können der Lebensbeschreibung aufgrund des zur Lektüre vorausgesetzten Vorwissens nur eingeschränkt folgen. Als implizite Zielgruppe fungierten Adelige aus dem südwestdeutschen Raum, die die Vorgänge im Kontext einordnen konnten und zur Verbreitung der Autobiografie – die für sie eine Gedächtnisfunktion erfüllt – maßgeblich beitrugen. Die Formulierung in der frühneuhochdeutschen Sprache trug zur Allgemeinverständlichkeit des Textes bei.⁶⁰

3.3 Zwischen „Adelskrise“ und „Ritterrenaissance“, „Raubritter“ und „Raubunternehmer“

Mindestens genauso von Interesse für die vorliegende Untersuchung und zur Vorbereitung auf die fundierte Quellenanalyse ist die Frage nach der *causa scribendi*. Die im 20. Jahrhundert speziell vom deutschen Historiker Wilhelm Abel (1904–1985) propagierte These einer angeblichen „Krise des Spätmittelalters“ mitsamt (ökonomischem) Niedergang der adeligen Welt gilt in der modernen Mediävistik als widerlegt.⁶¹ In Bezug auf die Adelforschung betont etwa Moritz die Ausdifferenzierung und die einhergehende Anpassungsfähigkeit der adeligen Welt an die veränderten Gegebenheiten. Ein adeliger Habitus, so Moritz, drückt sich durch einen adeligen Konsens mitsamt einer kollektiven adeligen Haltung inklusive eines adeligen Zusammengehörigkeitsgefühls aus. Oder auf den Fall Götz heruntergebrochen: Adelige im Übergang zwischen dem Spätmittelalter und der Frühen Neuzeit mussten ihre gesellschaftliche sowie politische Relevanz immer wieder absichern, um ihre politischen Interessen zu wahren. Laut Moritz dürfen Adlige weniger als Kollektiv gesehen werden, denn sie definieren sich „nicht als normativ und sozial geschlossene und begrenzbare Entitäten, sondern fast ausschließlich als Verdienst- und Vertrauensgemeinschaft“⁶².

In „Mein Fehd und Handlungen“ tritt jenes Zusammengehörigkeitsgefühl des Adels mehrfach in Erscheinung: Nach seiner schweren Verwundung ließ der auf der Seite des belagerten Landshuts kämpfende Adelige Christoph von Giech (gest. 1504) Götz zur medizinischen Betreuung in die Stadt bringen. Anschließend erhielt der Verwundete in den nächsten Tagen Besuch von zahlreichen Adelligen, wie etwa Jörg von Rosenberg, Georg Truchsess von Baldersheim zu Aub (gest. 1520) oder sogar dem Wittelsbacher Herzog Ruprecht von der Pfalz (1481–1504). Götz beschreibt diese adeligen Krankenbesuche als regelrechte „walfart“ zu ihm.⁶³

59 Berlichingen, *Mein Fehd und Handlungen*, S. 120v.

60 Moritz, *Autobiographik als ritterschaftliche Selbstverständigung*, S. 110.

61 Peter Schuster, *Die Krise des Spätmittelalters. Zur Evidenz eines sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Paradigmas in der Geschichtsschreibung des 20. Jahrhunderts*, in: *Historische Zeitschrift* 269 (1999), Heft 1, S. 19–55, hier S. 55.

62 Moritz, *Autobiographik als ritterschaftliche Selbstverständigung*, S. 12, 13–15, 139.

63 Berlichingen, *Mein Fehd und Handlungen*, S. 31v.

Spätestens mit den Wirren um seine Niederlage im Bauernkrieg schien die hochbeschworene adelige Standessolidarität aufgelöst worden zu sein. Gerade deshalb unterstreicht Götz in seiner Lebensbeschreibung die Bedeutung des althergebrachten adeligen Zusammengehörigkeitsgefühls, das seiner Einschätzung nach immer mehr ins Wanken geriet.⁶⁴ Diese scheinbare Erosion wird in Götz' Abschlussbemerkungen deutlich:

„Vnnd kombt mir mein vnngluck, darin ich lanngze it gewest, allein daherr, wan ich mit meinenn feinden vnnd widerwertigen gehandelt, das ich inenn vertraut hab vnnd vermeint, ja soll ja sein, vnnd nein soll nein sein [...]. Durch solliche vrsachen vnnd zuvill vertrauwenn, bin ich wie gemeldt inn all mein vnngluck khomen vnd erwachsen.“⁶⁵

Tatsächlich ist ein Wandel in der adeligen Gesellschaft im Zeitraum zwischen etwa 1480 und 1560 greifbar, eine neue Niederadelsschicht der Ritter entstand. Sie begriff sich vor allem in regionalen Kooperationen, wie etwa den Turniergesellschaften, als Gegengewicht zum im Entstehen begriffenen Fürstenstaat und hielt nach wie vor die ritterlichen Tugenden, die Sprache, Ehre und Dienstbarkeit, hoch. Bis ins 16. Jahrhundert hinein kann der Wandel der Ritterschaft inklusive einer stetigen Anpassung und Verfestigung ihrer Position beobachtet werden.⁶⁶

Sprach die ältere Forschung noch von einer „Adelskrise“ im Spätmittelalter, ist in der modernen Mediävistik von einer „Ritterrenaissance“ die Rede. Wenn auch die in der höfischen Literatur hochstilisierte glorreichen Zeiten der Ritter zu Pferd vorüberzugehen schien, kam es doch viel mehr zu einer Art Transformation und Anpassung des Rittertums an die neuen militärischen und gesellschaftlichen Innovationen zwischen Spätmittelalter und der Frühen Neuzeit. Tatsächlich verarmten einige niederadelige Familien, vielen gelang aber ein gesellschaftlicher Aufstieg. Ein Eintritt in den fürstlichen Dienst garantierte etwa gesicherte Einkünfte und einen politischen Einfluss am Hof. Im Militärwesen kamen berittene Reitertruppen zwar noch bis weit ins 16. Jahrhundert hinein zum Einsatz, doch passten sich die Ritter dem technischen Fortschritt an: Sie griffen zunehmend auf Handfeuerwaffen zurück, schützten sich mit immer effektiveren Panzerungen vor gegnerischen Angriffen oder adaptierten ihre Kampfweise entsprechend der veränderten kriegstechnischen Gegebenheiten.⁶⁷

Ebenso von der modernen Geschichtswissenschaft revidiert und verworfen wurde der in der älteren Forschung verbreitete Begriff des „Raubritters“. Götz von Berlichingen gilt bis heute fälschlicherweise als Paradebeispiel eines solchen – ein Bild, das vor allem durch Goethe gezeichnet wurde.⁶⁸ Der Begriff „Raubritter“ besitzt keinen zeitgenössischen Ursprung, sondern kam erst im 18. Jahrhundert auf und fand im 19. Jahrhundert im Zuge der literarischen Strömung der Romantik Verbreitung. Er bezeichnet angeb-

64 Moritz, *Autobiographik als ritterschaftliche Selbstverständigung*, S. 23–24.

65 Berlichingen, *Mein Fehd und Handlungen*, S. 120r–120v.

66 Moritz, *Autobiographik als ritterschaftliche Selbstverständigung*, S. 132, 198.

67 Bastert, *Der Münchner Hof und Fuerters*, „Buch der Abenteuer“, S. 1–3, 26–28, 33–35.

68 Andermann, *Götz von Berlichingen (um 1480–1562)*, S. 17.

lich im Spätmittelalter verarmte adelige Ritter, die versuchten, ihre in Not geratene Existenz durch Raub zu sichern. Für den gegenwärtigen wissenschaftlichen Diskurs ist der Terminus allerdings irreführend, da er der bürgerlichen und sozialistischen Adelskritik entspringt und den Adel zu diffamieren versucht. Darüber hinaus traten nicht nur Ritter als Räuber auf, sondern auch Städter oder Bürger. Im Kontext mit dem Begriff „Raubritter“ ist es daher ratsam, beispielsweise von durch Raubunternehmungen lebenden Rittern zu sprechen.⁶⁹

Sogenannte „Raubritter“ sind in Zusammenhang mit dem mittelalterlichen Fehdewesen und einem Wandel in der Kriegsführung zu sehen. Innerhalb von Fehden konnte mehr erbeutet bzw. rechtlich nahezu legal gewonnen bzw. verhandelt werden. Götz gelang es durch seine Fehden, sein Vermögen zu mehren. Fehden waren darüber hinaus keine bloßen Raubzüge, sondern Teil eines adeligen Verhaltenskodex und galten als legitimes Rechtsmittel. Götz' Vorgehen entsprach der in der Frühen Neuzeit gängigen Fehdepraxis. So vermied er offene Feldschlachten, ging aber dafür aggressiv gegen die Besitztümer und die Untertan*innen seiner Gegner*innen vor, Plünderungen gehörten hier zum Standardprozedere. Besonderer Beliebtheit erfreuten sich Angriffe auf gegnerische Händlerzüge, die nicht nur der gegnerischen Reputation schaden, sondern auch hohe Gewinne versprachen.⁷⁰

3.4 Die Autobiografie als Rechtfertigungsdoktrin

„Erstlich hab ich woll [...] viellmal gehort, das ich ein wunderbarlicher junger knab gewest, [...] das ich zu einem kriegs oder reutterßman gerathen wurde.“⁷¹ Mit jenen Worten beginnt Götz seine Lebensgeschichte zu erzählen. Er setzt fort:

„Alls ich aber nit vill lust zur schulenn, sonnder villmehr zu pferden vnd reutterrey trug [...], bin ich volgenndts alßbaldt nach demselbigenn zu herr Conraden von Berlichingen [...] khommen, bey dem ich drey iarlang verharret.“⁷²

Bereits in Götz' Einleitung wird deutlich, in welche Richtung die Schilderungen seines Lebens gehen werden – weniger eine detaillierte Darstellung seines Privatlebens oder seiner Gefühlswelt stand im Vordergrund, sondern mehr eine Rechtfertigung seiner Taten und Handlungen. Auf Genealogien, Vorbilder oder die Familiengeschichte geht er nicht ein, vielmehr steht das öffentliche Leben im Zentrum der Betrachtungen. Die Entscheidung, Ritter zu werden, manifestierte sich den Schilderungen zufolge bereits in frühester Kindheit und zog sich durch sein gesamtes Leben und Wirken. Rund achtzig Prozent der Autobiografie nimmt der eigentliche Tatenbericht seiner Fehden und sonstigen Handlungen ein, die restlichen zwanzig Prozent beschreiben den Bauernkrieg. Nicht zufällig erstreckten sich Götz' kämpferische Handlungen auf einen Zeit-

69 Kurt Andermann, Raubritter-Raubfürsten-Raubbürger? Zur Kritik eines untauglichen Begriffs, in: ders. (Hrsg.), „Raubritter“ oder „Rechtschaffene vom Adel“? Aspekte von Politik, Friede und Recht im Späten Mittelalter (Oberrheinische Studien 14), Sigmaringen 1997, S. 9–29, hier S. 9, 11–13.

70 Andermann, Götz von Berlichingen (um 1480–1562), S. 29.

71 Berlichingen, Mein Fehd und Handlungen, S. 2v.

72 Ebd., S. 3r.

raum von exakt fünfzig Jahren – vom ersten Ritt nach Worms 1494 bis zu seinem letzten Feldzug gegen Frankreich 1544. Die Lebensbeschreibung ist auf eine Leistungsschau seiner Taten verdichtet, über seine Ehen oder seine Kinder⁷³ verliert er hingegen kein Wort.⁷⁴

Obwohl Götz keinerlei über Lesen und Schreiben hinausgehende (Schul-)Bildung vorweisen konnte, wirkt die Autobiografie als in sich geschlossene, stringente Erzählung. Er selbst spricht der Bildung jeglichen Wert ab, sieht sie als Bedrohung für das Rittertum.⁷⁵ Im Kontext mit einer schriftlichen Anweisung eines Fürsten bemerkt er: „Ich weiß nit, was mir begegenn mag, das stett inn dem zettell nit, ich muß die augenn selbs vff thun, vnnd sehenn was ich zu schaffenn hab.“⁷⁶ Gerade in dieser Kritik weist die Autobiografie einen eklatanten Selbstwiderspruch auf, denn die ritterliche Welt respektive das ritterliche Selbstbild basierte nicht auf literarischer Produktion – lediglich am Rande der ritterlichen Gesellschaft stehende Individuen mit Bildungsinteresse verspürten eine Verpflichtung, sich zu rechtfertigen.⁷⁷

Einen ersten Hinweis auf ein gewisses Bildungsniveau von Götz liefert die chronologisch wirkende Erzählung der Ereignisse; der Erzählstrang selbst scheint gleichmäßig voranzuschreiten. Im Text wird ein konkretes Bezugssystem entwickelt: So folgt auf Ereignis A Ereignis B, wie etwa im Falle des Burgunderfeldzugs, den er ein „jar vor dem Schweitzer krieg“ ansetzte.⁷⁸ Weniger bekannte Ereignisse, wie etwa die Affalterbacher Kirchweihschlacht, datierte er auf den Tag genau, „nämlich vff sonntag nach sant Veits tag,⁷⁹ do man 1502 geschribenn hatt.“⁸⁰ Darüber hinaus stilisiert diese Erzählweise die Waffentaten als verbindende Kontinuitäten.⁸¹

Auf Auseinandersetzung folgte Auseinandersetzung, auf Rückschlag folgte Rückschlag: Einschneidende persönliche Tiefpunkte, wie etwa der Verlust der rechten Hand, wurden in die langfristige Narration eingebunden. Die Tiefpunkte eröffnen neue Perspektiven und trotz anfänglicher Verzweiflung berichtete Götz retropektiv:⁸²

„Vnnd nachdem ich nun schir sechzig jar mit einer faust krieg, vhedt vnd hennedel gehabt, so khann ich warrlich nit annderst befindenn noch sagenn, dann das der allmechtig ewig barmherzig gott wunderbarlich mit großenn gnadenn, bey vnnd mit mir inn allenn meinen kriegenn, vhedenn vnnd geuerlich-eitenn gewesen.“⁸³

73 Götz war insgesamt dreimal verheiratet und hatte sieben Söhne und zwei Töchter, von denen allerdings nur zwei Söhne das Erwachsenenalter erreichten: Ulmschneider, Götz von Berlichingen, S. 232, 242.

74 Moritz, Autobiographik als ritterschaftliche Selbstverständigung, S. 114–115, 119–120.

75 Ebd., S. 128.

76 Berlichingen, Mein Fehd und Handlungen, S. 84r.

77 Moritz, Autobiographik als ritterschaftliche Selbstverständigung, S. 198–199.

78 Berlichingen, Mein Fehd und Handlungen, S. 7v.

79 19. Juni 1502: Andermann, Götz von Berlichingen (um 1480–1562), S. 19.

80 Berlichingen, Mein Fehd und Handlungen, S. 21r.

81 Moritz, Autobiographik als ritterschaftliche Selbstverständigung, S. 116.

82 Ebd., S. 127.

83 Berlichingen, Mein Fehd und Handlungen, S. 34v.

Ein wichtiges und Authentizität erzeugendes Mittel, die Wahrheit vor Augen zu führen, stellt die möglichst alltägliche und lebendige Sprache dar. Schimpfformeln („Er soldt mich hindenn leckhen“⁸⁴ und „das euch botz rhein schennndt“⁸⁵) gehören ebenso zum Repertoire wie eine bildhafte Sprache („so schoß Kitz jehnn durch ein arß backhenn“⁸⁶). Jene rückblickende Erzählweise erscheint als Gedächtnisleistung, vor allem durch teilweise detaillierte Berichterstattung aus dem langen Leben des Ritters. Produkte des Detailreichtums sind Einflechtungen unzähliger direkter Reden, direkte Kommunikation wird somit zu einem wichtigen Bestandteil der Narration. Wie authentisch die direkten Reden oder ob sie nur freie Erfindungen sind, lässt sich allerdings nicht erschließen. Götz perfektioniert das Wechselspiel zwischen grauen und präsenten Erinnerungen, die sich als Ausdruck seiner Persönlichkeit in der narrativen Ordnung zeigen. Darüber hinaus führt die Autobiografie vor, wie wenig Schriftlichkeit, Sprache, Stil und Beweisführung mit einem hohen Bildungsgrad in Zusammenhang stehen. Somit widerspricht Götz klar dem sich selbst auferlegten Ideal eines unverbildeten Ritters – ein ungebildeter Mensch hätte die Autobiografie wohl kaum auf diesem hohem Niveau abfassen können bzw. wäre wohl kaum auf den Gedanken gekommen, sein Leben niederzuschreiben.⁸⁷

Vermutliches Primärziel der Autobiografie ist es, die Taten des Götz von Berlichingen für die Nachwelt festzuhalten, womit gleichzeitig ein Erinnerungsort geschaffen und eine Kunstfigur erschaffen wird. Götz stilisiert sich selbst als „Ausnahmeritter“ vom Inbegriff des kämpferischen, tatkräftigen und unverbildeten Ritters, der die ritterlichen Werte weiterträgt. Selbstformung und Maskenspiel dienen dem persönlichen Zweck sowie der Kommunikation mit dem Publikum. Bedingt durch den zwischen dem Spätmittelalter und der Frühen Neuzeit einsetzenden Wandel musste der Adel sein politisches Verhalten neu erlernen und sich behaupten, gleichzeitig aber die Krux überwinden, die neuen Verhaltensweisen in das althergebrachte ritterliche Selbstbild zu integrieren.⁸⁸ Im Falle der Autobiografie bedingt dies eine Anpassung des kämpfenden Ritters in ein schreibendes Umfeld.⁸⁹

4. Fazit

Ausgehend von der Forschungsfrage, welche Intention Götz von Berlichingen, der „Ritter mit der Eisernen Hand“, mit seiner Autobiografie „Mein Fehd und Handlungen“ verfolgte, konnte die Forschungsthese verifiziert werden. Götz von Berlichingen beabsichtigte mit seiner Autobiografie eine Inszenierung seiner Person und die Selbstdarstellung seines Lebens für seine Nachwelt. Die Autobiografie ist weniger eine detaillierte Beschreibung seines Lebensweges, sondern mehr eine Rechtfertigung seiner Taten. Gepaart mit einer einfachen, der Alltagssprache nahekommenden Formulierung in Frühneuhochdeutsch spricht die Autobiografie ein breit gefächertes Publikum an.

84 Berlichingen, *Mein Fehd und Handlungen*, S. 75r.

85 Ebd., S. 85v.

86 Ebd., S. 113r.

87 Moritz, *Autobiographik als ritterschaftliche Selbstverständigung*, S. 124–126, 135.

88 Siehe dazu Kapitel 3.3.

89 Moritz, *Autobiographik als ritterschaftliche Selbstverständigung*, S. 137, 140.

„Mein Fehd und Handlungen“ stellt eine einzigartige Quelle dar, die Rückschlüsse auf die Situation des Rittertums am Übergang zwischen Spätmittelalter und Früher Neuzeit zulässt. Die Ritterschaft durchlief um 1500 einen Wandel, verlor militärisch und gesellschaftlich an Bedeutung und musste versuchen, ihre etablierte Stellung neu zu behaupten. Jene Ritter, die in diese Zeit hineingeboren wurden, hatten besonders mit den Folgen des Wandlungsprozesses zu kämpfen – manche Rittergeschlechter scheiterten und versanken in die Bedeutungslosigkeit, andere hingegen konnten ihre Position beispielsweise durch Fürstendienst oder Söldnerschaft festigen oder gar ausbauen. Wieder andere gingen einen Sonderweg, wie etwa Götz von Berlichingen.

Als Spross einer ritterbürtigen, der Reichsritterschaft zugehörigen Familie betonte er bis ins hohe Alter die Wichtigkeit des ritterlichen Verhaltenskodex und wies auf ein Zusammengehörigkeitsgefühl innerhalb der Ritterschaft hin, welches seiner Einschätzung nach aber zu bröckeln begann – Grund genug, um seine im Laufe seines langen Lebens gesetzten Taten und Handlungen niederzuschreiben und zu rechtfertigen. In seiner Autobiografie sparte er Details über sein Privatleben oder seine Gefühlswelt aus, umso ausführlicher berichtete er von seinen kriegerischen Handlungen, Fehden oder Schlägereien. Eines seiner zentralen Anliegen war, sein bewegtes Leben für die nachfolgenden Familiengenerationen zu konservieren und sein eigenes Bild von sich selbst als idealisierten Ritter zu zeichnen. Paradoxerweise negiert Götz durch die Autobiografie jene angeblich ritterlichen Ideale, im Speziellen die Ablehnung von Bildung als Bedrohung für die Ritterschaft. Die Autobiografie ist aufgrund ihres Aufbaus, ihres Stils, der Sprache und Rhetorik sowie dem teleologisch anmutenden Erzählstrang eine (indirekte) Manifestation von Bildung.

Rückschläge, wie etwa der Verlust der Schwerhand oder die harte Bestrafung nach dem Bauernkrieg, sind geschickt in die Narration eingebunden und vermitteln retropektiv gesehen ein geschlossenes Bild – selbst nach schweren Niederlagen ging Götz seinen Weg weiter, meist erfolgreicher als zuvor. Vor allem die harten Strafen für seine Beteiligung am Bauernkrieg dürften ihn veranlasst haben, seine Lebensbeschreibung als Rechtfertigungsschrift zu verfassen und zu demonstrieren, dass er immer nach bestem Wissen und Gewissen seine Entscheidungen getroffen hat.

Nicht nur aufgrund von Goethes Werk haftet bis heute der Terminus „Raubritter“ am Namen Götz von Berlichingen. Die moderne Forschung rückt aber vom diffamierenden Begriff „Raubritter“ ab und sieht Götz' Raubunternehmungen im Kontext der spätmittelalterlichen Fehdepraxis. Innerhalb von Fehden war es nämlich möglich und völlig legitim, beispielsweise gezielt Händlerzüge zu überfallen und dadurch maximalen Gewinn aus den Fehden zu ziehen. Mit klassischem Straßenraub hat diese Praxis der Selbstjustiz – auch wenn die ältere Forschungsliteratur etwas anderes glaubhaft zu machen versuchte – wenig zu tun.

Seine Popularität verdankt Götz der Niederschrift seiner Erinnerungen in Form seiner Autobiografie „Mein Fehd und Handlungen“, aber auch einer breit gefächerten Rezeption, die im Laufe der Jahrhunderte vielfältige Formen annahm. Zweifellos wäre der unter seinen Zeitgenoss*innen berühmte „Ritter mit der Eisernen Hand“ ohne seine Autobio-

grafie rasch in Vergessenheit geraten und seine Taten wären wohl kaum der Nachwelt bekannt geblieben. Neben dem bereits mehrfach erwähnten Sturm und Drang-Werk Goethes⁹⁰ entstanden auf einer ähnlichen fiktiven Ebene in den vergangenen Jahrzehnten mehrere Spielfilme,⁹¹ die das Bild des räuberischen „Draufgänger-Ritters“ Götz von Berlichingen im kulturellen Gedächtnis weiter verfestigten. Darüber hinaus kursieren über Götz nicht überprüfbare Mythen und Legenden, unter anderem wird ihm fälschlicherweise die Erfindung des Puzzles zugeschrieben.⁹² Der „Ritter mit der Eisernen Hand“ schaffte es in Form einer Playmobil-Figur⁹³ bis in manches Kinderzimmer. Unvergessen wird Götz von Berlichingen sowohl zu Lebzeiten wie auch heute und vermutlich in Zukunft für seine in „Mein Fehd und Handlungen“ enthaltene Schimpfformel „Er soldt mich hindenn leckhen“ bleiben. Ohne sie hätte Götz von Berlichingen vermutlich nie eine derartige Popularität erfahren und wäre nur ein frühneuzeitlicher Autobiograf unter vielen geblieben.

5. Literatur und Quellen

Aertsen, Jan A./Speer, Andreas (Hrsg.), Individuum und Individualität im Mittelalter (Miscellanea Mediaevalia 24), Berlin-New York 1996.

Andermann, Kurt, Raubritter-Raubfürsten-Raubbürger? Zur Kritik eines untauglichen Begriffs, in: ders. (Hrsg.), „Raubritter“ oder „Rechtschaffene vom Adel“? Aspekte von Politik, Friede und Recht im Späten Mittelalter (Oberrheinische Studien 14), Sigmaringen 1997, S. 9–29.

Ders., Götz von Berlichingen (um 1480–1562). Adelige Grundherr und Reichsritter, in: *Fränkische Lebensbilder* 20 (2004), Heft 7A, S. 17–36.

Ders., Raubritter, in: Historisches Lexikon Bayerns, 9.5.2011, <https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Raubritter>, eingesehen 10.2.2022.

Bastert, Bernd, Der Münchner Hof und Fuerters „Buch der Abenteuer“. Literarische Kontinuität im Spätmittelalter (Mikrokosmos. Beiträge zur Literaturwissenschaft und Bedeutungsforschung 33), Frankfurt am Main-Berlin u. a. 1993.

Bauer, Thomas A., Die Darstellung der Landshuter Fürstenhochzeit von 1475 und des Landshuter Erbfolgekriegs (1504–1505) in zeitgenössischen Quellentexten, in: Gerhard Wolf/Norbert H. Ott (Hrsg.), Handbuch Chroniken des Mittelalters, Berlin-Boston 2016, S. 483–518.

Berlichingen, Götz von, Mein Fehd und Handlungen (Forschungen aus Württembergisch Franken 17), herausgegeben von Helgard Ulmschneider, Sigmaringen 1981.

90 Goethe, Götz von Berlichingen mit der eisernen Hand.

91 Wolfgang Liebeneiner, Götz von Berlichingen mit der eisernen Hand, 103 Minuten, 1979; Carlo Rola, Götz von Berlichingen, 90 Minuten, 2014.

92 Niklas Frank, Raubritter. Reichtum aus dem Hinterhalt: Das erschreckliche und geheime Leben der Heckenreiter und Wegelagerer, München 2002.

93 KlickyPedia. The definitive Playmobil-pedia, Playmobil 4906 – Götz von Berlichingen, 2022, <https://www.klickypedia.com/sets/4906-goetz-von-berlichingen/>, eingesehen 25.2.2022.

Dobras, Werner, Der Reichstag in Lindau anno 1496/97, in: *Jahrbuch des Landkreises Lindau* 11 (1996), S. 79–82.

Endres, Rudolf, Franken, in: Horst Buszello/Peter Blickle u. a. (Hrsg.), *Der deutsche Bauernkrieg*, Paderborn-München u. a. ³1995, S. 134–153.

Frank, Niklas, *Raubritter. Reichtum aus dem Hinterhalt: Das erschreckliche und geheime Leben der Heckenreiter und Wegelagerer*, München 2002.

Goethe, Johann Wolfgang von, *Götz von Berlichingen mit der eisernen Hand*. Ein Schauspiel, Stuttgart 2014.

Hechberger, Walter, *Adel, Ministerialität und Rittertum im Mittelalter (Enzyklopädie Deutscher Geschichte 72)*, Oldenbourg 2004.

Horst, Carl, *Der lange Weg zur Reichsritterschaft. Adelige Einungspolitik am Neckar und Schwarzwald vom 14. bis zum 16. Jahrhundert*, in: Klaus Arnold/Sabine Schmolinsky u. a. (Hrsg.), *Das dargestellte Ich. Studien zu Selbstzeugnissen des späteren Mittelalters und der frühen Neuzeit (Selbstzeugnisse des Mittelalters und der beginnenden Neuzeit 1)*, Bochum 1999, S. 27–66.

Ders./Sönke, Lorenz (Hrsg.), *Gelungene Anpassung? Adelige Antworten auf gesellschaftliche Wandlungsvorgänge vom 14. bis zum 16. Jahrhundert (Schriften zur Südwestdeutschen Landeskunde 53)*, Ostfildern 2005.

Jerouschek, Günter, *Von Bleckern, Zannern und Sheela-na-gigs. Zur mentalitätsgeschichtlichen Genese des Götz-Zitats*, in: *Mediaevistik* 18 (2005), S. 83–115.

KlickyPedia. *The definitive Playmobil-pedia, Playmobil 4906 – Götz von Berlichingen*, 2022, <https://www.klickypedia.com/sets/4906-goetz-von-berlichingen/>, eingesehen 25.2.2022.

Kölmel, Wilhelm, *Autobiographien der Frühzeit*, in: Aertsen/Speer (Hrsg.), *Individuum und Individualität im Mittelalter*, S. 667–682.

Liebeneiner, Wolfgang, *Götz von Berlichingen mit der eisernen Hand*, 103 Minuten, 1979.

Moritz, Tilman G., *Autobiographik als ritterschaftliche Selbstverständigung. Ulrich von Hutten, Götz von Berlichingen, Sigmund von Herberstein (Formen der Erinnerung 70)*, Göttingen 2019.

Reinhardt, Volker, *Die Geschichte der Schweiz. Von den Anfängen bis heute*, München 2013².

Rola, Carlo, *Götz von Berlichingen*, 90 Minuten, 2014.

Schmolinsky, Sabine, *Selbstzeugnisse im Mittelalter*, in: Arnold/Schmolinsky u. a. (Hrsg.), *Das dargestellte Ich*, S. 19–28.

Schuster, Peter, Die Krise des Spätmittelalters. Zur Evidenz eines sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Paradigmas in der Geschichtsschreibung des 20. Jahrhunderts, in: *Historische Zeitschrift* 269 (1999), Heft 1, S. 19–55.

Ulmschneider, Helgard, Götz von Berlichingen. Ein adeliges Leben der deutschen Renaissance, Sigmaringen 1974.

Van Dülmen, Richard, Die Entdeckung des Individuums 1500–1800, Frankfurt am Main 1997.

Weber, Raimund J., Art. Urfehde, in: Lexikon des Mittelalters. Bd. 8, Stuttgart-Weimar 2008, Sp. 1294.

Weinert, Oliver, Götz von Berlichingens Eiserne Hand – neu geschaffen am 3-D-Drucker, in: *MMW Fortschritte der Medizin* 160 (2018), Heft 21–22, S. 70–72.

Weißberger, Michael, Vom Autograph zur modernen Edition, in: Peter Riemer/Michael Weißberger u. a. (Hrsg.), Einführung in das Studium der Latinistik, München 2013³, S. 54–83.

Wenzel, Horst, Die Autobiographie des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit, Bd. 1: Die Selbstdarstellung des Adels (Spätmittelalterliche Texte 3), München 1980.

Winkler, Gerhard B., Das Regensburger Religionsgespräch 1541, in: Dieter Albrecht (Hrsg.), Regensburg – Stadt der Reichstage. Vom Mittelalter zur Neuzeit (Schriftenreihe der Universität Regensburg (N. F.) 21), Regensburg 1994, S. 72–87.

Zieglauer, Hannelore, Der historische Götz von Berlichingen in der Spiegelung in der Autobiographie und im Drama Goethes, Hausarbeit aus Deutsch Innsbruck 1983.

Roland Ernst Laimer ist Masterstudent der Geschichtswissenschaften, studentischer Mitarbeiter im Kernfach Mittelalter am Institut für Geschichtswissenschaften und Europäische Ethnologie sowie wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt „The CSCE-Follow-up Meeting in Vienna (1986–1989)“ am Institut für Zeitgeschichte an der Universität Innsbruck. Roland.Laimer@student.uibk.ac.at

Zitation dieses Beitrages

Roland Ernst Laimer, „Er soldt mich hindenn leckhen“? Die Autobiografie „Mein Fehd und Handlungen“ des Götz von Berlichingen und ihre Intention, in: *historia.scribere* 15 (2023), S. 225–241, <http://historia.scribere.at>, eingesehen 13.6.2023 (=aktuelles Datum).

Der Deutsche und Österreichische Alpenverein (DÖAV) zwischen Naturschutz und Naturerschließung 1900–1938. Ein ambivalentes Verhältnis

Verena Hechenblaikner

Kerngebiet: Wirtschafts- und Sozialgeschichte

eingereicht bei: Univ.-Prof. Dr. Patrick Kupper

eingereicht im: SoSe 2021

Rubrik: Seminar-Arbeit

Abstract

The German and Austrian Alpine Club (DÖAV) and Nature Conservation 1900–1938. An Ambivalent Relationship

The following paper analyses the ambivalent relationship between the German and Austrian Alpine Club (DÖAV) and issues of nature conservation in the first half of the 20th century. It examines how the DÖAV positioned itself in the emerging nature conservation movement and how the club dealt with the conflict between the conservation and exploitation of nature.

1. Einleitung

Im 1928 erschienenen Handbuch für Vereinsleitung und Sektionen des Deutschen und Österreichischen Alpenvereins (DÖAV) heißt es:

„Die Mitglieder des D.u.Ö.A.V. sind Freunde der Alpenwelt. Es ist selbstverständlich, daß eine derartige Gesinnungsgemeinschaft grundsätzlich gegen jede Verunstaltung der Natur in den Bergen sich aussprechen und, soweit es in ihrer Macht steht, auch einschreiten muß.“¹

Doch inwieweit spielten Naturschutzgedanken tatsächlich eine Rolle im Verein? Konnte es einer Organisation, die in ihren Statuten festgeschrieben hat, „die Kenntnis von den Alpen [...] zu erweitern, die Liebe zu ihnen zu fördern und ihre Bereisung zu

¹ Josef Moriggl, *Verfassung und Verwaltung des Deutschen und Österreichischen Alpenvereins. Ein Handbuch zum Gebrauch für die Vereinsleitung und die Sektionen*, München 1928¹, S. 348.

erleichtern“², gleichzeitig gelingen, die alpine Natur zu schützen? Handelte es sich dabei nicht um einen Zielkonflikt? Während die Erschließung des Hochgebirges vor allem in den Anfangsjahren ein wesentliches Anliegen des DÖAV darstellte und Bauprojekte eifrig vorangetrieben wurden, entwickelte sich parallel dazu um die Jahrhundertwende eine Naturschutzbewegung,³ die auch in Teilen des Vereins Anklang fand und im Widerspruch zur Bautätigkeit stand. Diese Thematik sollte in den 1920er- und 1930er-Jahren weiter an Brisanz gewinnen und zu heftigen Debatten führen.

Dementsprechend setzt sich die vorliegende Seminararbeit mit der Frage auseinander, wie sich der DÖAV in der aufkommenden Naturschutzbewegung positionierte und wie der Verein mit dem Zielkonflikt zwischen Naturschutz und Naturerschließung umging. Die leitende These besagt, dass der Alpenverein in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine ambivalente Rolle im Naturschutz einnahm. Zwar wurde die Bautätigkeit des DÖAV durch den Ersten Weltkrieg gebremst und vor allem ab den 1920er-Jahren äußerten sich kritische Stimmen gegen eine weitere Erschließung, eine einheitliche Positionierung des Gesamtvereins im Bereich Naturschutz erwies sich angesichts der unterschiedlichen Interessen seiner Mitglieder aber als äußerst schwierig. Während bestimmte Sektionen entschieden für Beschränkungen und Naturschutzrichtlinien eintraten, verfolgten andere Sektionen gezielt den Ausbau alpiner Infrastruktur. Auch wenn der Naturschutz in den 1930er-Jahren innerhalb des Vereins an Bedeutung gewann, war er den anderen Vereinstätigkeiten zumeist untergeordnet.⁴

Ziel der vorliegenden Seminararbeit ist es, das ambivalente Verhältnis des DÖAV und des beginnenden Naturschutzes im Raum des heutigen Österreichs zu thematisieren. Die Untersuchung beginnt um 1900, da hier die Anfänge einer sich vernetzenden Naturschutzbewegung liegen, und endet im Jahr 1938, das mit dem „Anschluss“ Österreichs an das Dritte Reich eine Zäsur darstellt. Da der DÖAV in der vorliegenden Untersuchung im Vordergrund steht, können andere alpine Vereinigungen nur am Rande angesprochen werden.

Zur Bearbeitung des Themas werden als Primärquellen einerseits die Hauptausschuss-Protokolle des DÖAV⁵ sowie das in mehreren Auflagen erschienene Handbuch⁶ des Vereins herangezogen. Diese dokumentieren den Wandel des Vereins sowie die zeitgenössischen Diskurse über Naturschutz und weitere Erschließung. Vor allem die Auswertung des von Josef Moriggl verfassten Handbuchs für Vereinsleitung und Sektionen

2 Statuten des österreichischen Alpenvereins, in: *Verhandlungen des österreichischen Alpenvereins*, Heft 1, S. 1, zit. nach: Anneliese Gidl, *Alpenverein. Die Städter entdecken die Alpen*, Wien-Köln-Weimar 2007, S. 29.

3 Die vorliegende Arbeit verwendet den zeitgenössischen Begriff „Naturschutz“, welcher die ursprüngliche Tier- und Pflanzenwelt als schützenswert erachtet. Der weiterführende Begriff „Umweltschutz“ nimmt ab den späten 1960er-Jahren darüber hinaus auch auf die „Wechselwirkung zwischen Umwelt und Gesellschaft“ Bezug: Patrick Kupper, *Umweltgeschichte (Einführung in die Geschichtswissenschaft. Neuere und Neueste Geschichte 3)*, Göttingen 2021, S. 10, 17–18.

4 Siehe dazu: Ute Hasenöhr, *Naturschutz*, in: *Deutscher Alpenverein/Österreichischer Alpenverein/Alpenverein Südtirol* (Hrsg.), *Berg heil! Alpenverein und Bergsteigen 1918–1945*, Wien-Köln-Weimar 2011, S. 391–419.

5 Einzusehen über die Webseite des österreichischen Alpenvereins: ÖAV-Archiv, Quellen, Hauptausschuss-Protokolle 1909–1928 und 1929–1940, o. D., <https://www.alpenverein.at/portal/museum-archiv/historisches-archiv/quellen/index.php>, eingesehen 12.8.2021.

6 Moriggl, *Verfassung und Verwaltung*.

des DÖAV stellt eine Neuheit in der Forschung dar. Andererseits kann auf ein breites Spektrum an einschlägiger Sekundärliteratur zurückgegriffen werden. Zu zentralen Werken zählen unter anderem der Sammelband „Berg heil! Alpenverein und Bergsteigen 1918–1945“⁷ und die Publikation „Alpenverein. Die Städter entdecken die Alpen“⁸ von Anneliese Gidl. Zum Thema Naturschutz erwiesen sich unter anderem die Veröffentlichungen „Umweltgeschichte“ und „Geschichte des Nationalparks Hohe Tauern“ von Patrick Kupper als relevant.⁹

Der vorliegende Beitrag ist chronologisch aufgebaut: Nach einem Einführungskapitel über den organisierten Naturschutz rückt der DÖAV ins Zentrum des Erkenntnisinteresses. Zunächst werden die Naturschutzbestrebungen vor dem Ersten Weltkrieg beleuchtet, bevor die Autorin im Detail auf die vereinsinternen Naturschutz-Debatten der 1920er-Jahre eingeht. In diesem Zuge werden sowohl die verschiedenen Interessen beim Schutzhüttenbau als auch Proteste bei Bergbahn-Projekten und Spannungen bei der Errichtung von Schutzgebieten thematisiert. Anschließend behandelt der Beitrag den schrittweisen Bedeutungszuwachs des Naturschutzes in den 1930er-Jahren und damit einhergehend die nach mehreren Anläufen erfolgte Satzungsänderung des Vereins sowie umstrittene Kraftwerks- und Straßenbauprojekte, die etwa in den Hohen Tauern umgesetzt werden sollten.

2. Der Naturschutz und seine Anfänge um 1900

Als „schwer zu durchschauendes Zusammenspiel unterschiedlicher Akteure“¹⁰ bezeichnet der Geograf Klaus-Dieter Hupke den Naturschutz im 21. Jahrhundert und verdeutlicht damit die Komplexität des Begriffes. Wo aber liegen die Anfänge des organisierten Naturschutzes?¹¹ Die Wurzeln einer sich vernetzenden Naturschutzbewegung können im 19. Jahrhundert und im Entstehen einer neuen Naturwahrnehmung verortet werden. Industrialisierung und Urbanisierung führten im europäischen Raum zu einer Ausweitung der produktiven Flächennutzung und erhöhten somit den Druck auf die Natur. Zudem förderten Eisenbahn und Dampfschiff die Mobilität der Menschen und boten eine wesentliche Voraussetzung für den entstehenden Tourismus. Vor allem das zu Wohlstand gekommene Bildungsbürgertum strömte zur Erholung vom städtischen Leben in die ländlichen Gebiete, um dort die „echte“ Natur zu genießen. Die zuvor häufig als „wild“ und „unberechenbar“ dargestellte Natur wurde nun romantisiert und zum Sehnsuchtsort stilisiert.¹²

7 Deutscher Alpenverein/Österreichischer Alpenverein/Alpenverein Südtirol (Hrsg.), *Berg heil! Alpenverein und Bergsteigen 1918–1945*, Wien-Köln-Weimar 2011.

8 Gidl, *Alpenverein*.

9 Kupper, *Umweltgeschichte*, S. 128–143; ders./Anna-Katharina Wöbse (Hrsg.), *Geschichte des Nationalparks Hohe Tauern. Wissenschaftliche Schriften*, Innsbruck-Wien 2013.

10 Klaus-Dieter Hupke, *Naturschutz*, in: Olaf Kühne/Florian Weber u. a. (Hrsg.), *Handbuch Landschaft (RaumFragen: Stadt – Region – Landschaft)*, Wiesbaden 2019, S. 479–487, hier S. 481.

11 Zum Begriff „Natur“: Klaus-Dieter Hupke, *Naturschutz. Eine kritische Einführung*, Berlin-Heidelberg 2020², S. 1–8.

12 Patrick Kupper, *Wildnis schaffen. Eine transnationale Geschichte des Schweizerischen Nationalparks (Nationalpark-Forschung in der Schweiz 97)*, Bern-Stuttgart-Wien 2012, S. 40–41; Tait Keller, *Apostles of the Alps. Mountaineering and Nation Building in Germany and Austria, 1860–1939*, Chapel Hill 2015, S. 19–21.

Angesichts des schnellen Wandels der gesellschaftlichen Verhältnisse und dem Zusammenbrechen bekannter Orientierungsmuster suchten viele Menschen Zuflucht in der Natur. Dementsprechend verwundert es nicht, dass gerade um die Jahrhundertwende – etwa zwischen 1890 und 1914 – Zusammenschlüsse zum Schutz der Natur entstanden, beispielsweise die britische *Society for the Preservation of the Wild Fauna*, der schweizerische Bund für Naturschutz oder der deutsche Bund für Vogelschutz.¹³ Gleichzeitig erlebten aber auch alpine Vereine wie der britische *Alpine Club*, der DÖAV oder der Österreichische Touristenklub (ÖTK) eine Hochphase und beschäftigten sich nicht zuletzt mit der Nutzung der alpinen Natur.¹⁴ In den folgenden Kapiteln wird mit dem DÖAV der Fokus auf einen ausgewählten Verein gelegt, wobei dessen ambivalentes Verhältnis zwischen Erschließung und Schutz des Alpenraums im Vordergrund steht.

3. Der DÖAV zwischen Erschließung und Schutz des Alpenraums

Obwohl bereits seit Ende des 18. Jahrhunderts versucht wurde, die Bergwelt der Alpen zu erforschen, war das Wissen über diese Region Mitte des 19. Jahrhunderts immer noch recht spärlich.¹⁵ Dieser Umstand regte Wiener Naturwissenschaftler und Studenten¹⁶ 1862 dazu an, den Österreichischen Alpenverein (ÖAV) zu gründen, um „die Kenntnis von den Alpen [...] zu erweitern, die Liebe zu ihnen zu fördern und ihre Bereisung zu erleichtern“¹⁷. Zunächst stand vor allem die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Bergwelt in Form von Vorträgen und Publikationen im Vordergrund,¹⁸ doch schon bald mehrten sich Forderungen, auch in die Erschließung der Alpen, beispielweise in das Wegnetz und in den Bau von Hütten, zu investieren. Die praktische Arbeit in den Bergen entwickelte sich allerdings schnell zu einem Streitfall:¹⁹ Da der ÖAV zu Beginn nur selten Erschließungsprojekte aktiv unterstützte,²⁰ kam es 1869 zu einer Neugründung. Der Deutsche Alpenverein (DAV) entstand²¹ und konnte sich eines regen Mitgliederzuwachses erfreuen, während die Mitgliederzahlen beim ÖAV ab 1871 kontinuierlich sanken.²² Um ein Konkurrenzverhältnis zu vermeiden, fusionierten die Vereine nach längeren Verhandlungen schließlich 1874 zum Deutschen und Österreichischen Alpenverein (DÖAV), welcher sich in den Folgejahren verstärkt auf den

13 Kupper, Umweltgeschichte, S. 128–143; ders., Wildnis schaffen, S. 42–44.

14 Martin Krauß, *Der Träger war immer schon vorher da. Die Geschichte des Wanderns und Bergsteigens in den Alpen*, München 2013, S. 42.

15 Gidl, *Alpenverein*, S. 17.

16 Die Gründungsmitglieder des ÖAV waren alle Männer.

17 Statuten des österreichischen Alpenvereins, in: *Verhandlungen des österreichischen Alpenvereins*, Heft 1, S. 1, zit. nach: Gidl, *Alpenverein*, S. 29.

18 Ebd., S. 29–30.

19 Ebd., S. 74.

20 Beispielsweise wurden in den ersten Vereinsjahren nur 2,6 Prozent des Budgets für Hütten- und Wegebau ausgegeben: Ebd., S. 57.

21 Ebd., S. 67.

22 Die Gründe für die unterschiedlichen Vereinsentwicklungen sind vielfältig: Neben der praktischen und finanziellen Unterstützung für Bauprojekte können beispielsweise auch die dezentrale Vereinsstruktur mit selbstständigen Sektionen sowie das prägnante Vereinszeichen in Form eines Edelweißes (anstelle eines teuren, manuell gefertigten Mitgliedsdiploms) als Erklärung für den regen Mitgliederzuwachs des Deutschen Alpenvereins (DAV) angeführt werden. Für eine genaue Übersicht über die Entwicklungen: Ebd., S. 73–76.

Ausbau der alpinen Infrastruktur – insbesondere auf die Errichtung von Schutzhütten und Wege – konzentrierte und dezentral in verschiedene Sektionen gegliedert war.²³

3.1 Naturschutzbestrebungen vor dem Ersten Weltkrieg

Parallel zur alpinen Erschließung erkannte der DÖAV die Relevanz von Naturschutzmaßnahmen und thematisierte ab den 1880er-Jahren z. B. die Bedeutung intakter Bergwälder. Um Naturkatastrophen wie etwa Muren oder Lawinen entgegenzuwirken, engagierte sich der Verein in Zusammenarbeit mit den betroffenen Gemeinden für Wiederaufforstungen von Schutzwäldern.²⁴ Einige Sektionen nahmen Forstbeamte als Ehrenmitglieder auf und ließen diese sogenannte „Waldbücher“, Zustandsberichte über die Beschaffenheit des jeweiligen Waldes, verfassen.²⁵ Diese Bestrebungen waren allerdings nicht immer im Sinne der einheimischen Bevölkerung, welche angeblich „mit großer Zähigkeit am Althergebrachten hing und schon deshalb jedem Versuche einer Änderung von vorneherein Widerstand entgegengesetzte“²⁶.

Neben dem Schutz der Bergwälder stellte der Erhalt der alpinen Pflanzenwelt ein weiteres Anliegen dar, weshalb der DÖAV 1900 einen eigenen Verein zum Schutz der Alpenpflanzen initiierte. Dieser Organisation traten im Gründungsjahr dreißig Alpenvereinssektionen sowie zahlreiche Einzelmitglieder bei; 1910 waren bereits 123 Sektionen beteiligt. Mit Vorträgen und Publikationen versuchte der Pflanzenschutzverein ein Bewusstsein für einen verantwortungsvollen Umgang mit der alpinen Flora zu schaffen und dem unkontrollierten Pflücken von Pflanzen entgegenzuwirken. Da eine rechtliche Grundlage dafür fehlte, bemühte er sich 1912 gemeinsam mit dem DÖAV für die Einführung eines Pflanzenschutzgesetzes. Zu diesem Zweck verfasste der Verein zum Schutze der Alpenpflanzen²⁷ zahlreiche Eingaben – offenbar mit Erfolg, jedenfalls wurde 1914 in der cisleithanischen Reichshälfte Österreich-Ungarns ein diesbezügliches Gesetz erlassen. Einerseits feierte der Alpenverein durch derartige Initiativen erste Erfolge im Naturschutz, andererseits verdeutlicht aber gerade die Auslagerung der Naturschutzbestrebungen in einen Zweigverein, dass diese Thematik nicht als primäre Aufgabe des DÖAV galt.²⁸

Anders der Ausbau der alpinen Infrastruktur: Zwar unterzog die Vereinsleitung neue Bauprojekte ab den 1890er-Jahren einer eingehenden Überprüfung,²⁹ de facto bremste diese Maßnahme die Bautätigkeit der Sektionen aber kaum ein. So gilt die Zeitspanne zwischen 1880 und 1914 als Hochphase der alpinen Erschließung – insbesondere im Schutzhüttenbau wurde der Trend zu verhältnismäßig luxuriösen Nächtigungsmög-

23 Gidl, Alpenverein, S. 73–76.

24 Ebd., S. 253–254.

25 Ebd., S. 255–256.

26 Adolf von Gutenberg, Über Waldmisshandlung in unseren Alpenländern, in: *Zeitschrift des DuOeAV* (1898), S. 69–80, hier S. 77.

27 Bei der Gründung des Vereins lautete der Titel „Verein zum Schutze und zur Pflege der Alpenpflanzen“, von 1912 bis 1935 war der offizielle Name Verein zum „Schutze der Alpenpflanzen“, nach 1935 wurde die Ergänzung „und -Tiere“ hinzugefügt.

28 Ebd., S. 256–258.

29 Ebd., S. 115.

lichkeiten entsprechend der Komfortwünsche der Gäste deutlich.³⁰ Da eine eigene Hütte das Prestige einer Sektion im Gesamtverein steigerte, entbrannten regelrechte Konkurrenzkämpfe,³¹ die nicht selten auch politisch motiviert waren.³² Schon bald äußerten sich jedoch kritische Stimmen, welche die negativen Folgen auf die Natur beklagten – darunter etwa der Berliner Privatdozent Albert Riemann, der 1916 öffentlich für ein Ende der alpinen Erschließung eintrat. Seiner Meinung nach sei eine weitere Verbauung des Hochgebirges äußerst gefährlich gewesen, da „die Alpen bereits vielfach zum Spekulationsobjekt gewinnsüchtiger Privatunternehmer geworden sind und die schönsten Plätze der Gebirgswelt nach und nach der Verunstaltung durch Bahnen, Straßen und Hotels anheimzufallen drohen“³³. Für ihn und seine Anhänger*innen stand der „echte“, unverfälschte Naturgenuss im Vordergrund, der so wenig wie möglich durch künstliche Bauten gestört werden sollte.³⁴

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass, auch wenn schon vor dem Ersten Weltkrieg punktuell Maßnahmen im Naturschutz befürwortet wurden, es sich vorwiegend um Einzelforderungen handelte, die im Gesamtverein wenig Aufmerksamkeit fanden.³⁵ Zwar versuchte der Verein de jure durch eine 1908 erlassene Wege- und Hüttenordnung der ungebremsen Bautätigkeit Einhalt zu gebieten, de facto gelang dies aber nur sehr eingeschränkt. So war der DÖAV 1914 mit rund 30.000 km Wegenetz und 323 Schutzhütten der aktivste alpine Verein in den Ostalpen.³⁶ Weitere Pläne, etwa die Gründung eines eigenen Ausschusses, um alle Baupläne im Gebirge zu prüfen, sollte der Erste Weltkrieg vorerst zum Erliegen bringen. Erst in den 1920er-Jahren gewann die Debatte um den Naturschutz wieder an Brisanz.³⁷

3.2 *Naturschutz als umstrittenes Vereinsziel in den 1920er-Jahren*

3.2.1 Schutzhütten zwischen Ausbau und Regulierung

Die unterschiedlichen Interessen im Naturschutz sollten sich nach dem Ersten Weltkrieg fortsetzen und insbesondere im DÖAV für Konfliktpotential sorgen. Der Verlust von rund 72 Schutzhütten in Südtirol und 23 Objekten in Slowenien³⁸ führte in den 1920er-Jahren nicht nur zu einer zunehmenden politischen Radikalisierung des Vereins,³⁹ sondern befeuerte auch die Debatten um eine weitere Erschließung der Alpen. Mit Südtirol

30 Einen Überblick über die Entwicklung der Schutzhütten bietet: Deutscher Alpenverein/Österreichischer Alpenverein/Alpenverein Südtirol (Hrsg.), *Hoch hinaus! Wege und Hütten in den Alpen*, Bd. 1, Wien-Köln-Weimar 2016.

31 Gidl, *Alpenverein*, S. 115.

32 Siehe dazu: Verena Hechenblaikner, *Die Rolle von Politik und Ideologie im Alpinismus 1900–1945*, in: *historia.scribere* 11 (2019), S. 241–256.

33 Albert Riemann, *Die „Erschließung der Alpen“*, in: *Mitteilungen des DÖAV* 32 (1916), S. 26–30, hier S. 27.

34 Gidl, *Alpenverein*, S. 261.

35 Ebd., S. 264.

36 Louis Oberwalder, *Die Erschließung der Alpen durch die Alpenvereine*, in: *Bayerische Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege* (Hrsg.), *Alpinismus und Naturschutz* (Laufener Seminarbeiträge 9/98), Laufen 1998, S. 25–30, hier S. 27; Hasenöhr, *Naturschutz*, S. 392–394.

37 Gidl, *Alpenverein*, S. 264.

38 Oberwalder, *Die Erschließung*, S. 28.

39 Siehe dazu: Martin Achrainner/Nicholas Mailänder, *Der Verein*, in: *Deutscher Alpenverein/Österreichischer Alpenverein/Alpenverein Südtirol* (Hrsg.), *Berg heil!*, S. 193–318, hier S. 227–268.

war eines der Hauptarbeitsfelder des Alpenvereins verloren gegangen,⁴⁰ parallel dazu stiegen jedoch die Mitgliedszahlen⁴¹ sowie das allgemeine Interesse am Bergsteigen kontinuierlich an; ein Besucheransturm auf die verbleibenden Hütten war die Folge.

1919 versuchte die Hauptversammlung des DÖAV, diesem Trend entgegenzuwirken und sich mit den „Nürnberger Leitsätzen“⁴² auf die eigentlichen „Bergsteiger“ und deren Bedürfnisse zu fokussieren:

„Insbesondere darf jene Tätigkeit [Schutzhüttenbau] nicht so weit ausgedehnt und nicht so gestaltet werden, daß die Bergsteiger gerade um dasjenige gebracht werden, was sie berechtigterweise im Hochgebirge suchen: Ruhe, Ursprünglichkeit, ungestörten Naturgenuß.“⁴³

Einigen Sektionen – darunter Bayerland, Hochland und München – ging dieser Schritt aber nicht weit genug; sie forderten ein endgültiges Ende der Erschließungstätigkeit und schlossen sich 1920 zur Interessensgemeinschaft Bergsteigergruppe zusammen, um das alpine Ödland zu schützen.⁴⁴ Die Absicht dahinter war allerdings nicht primär im Schutz der Natur begründet, sondern bezweckte vor allem den Erhalt des Gebirges für die bergsteigerische Elite.⁴⁵ Sämtliche Vorschläge dienten dazu, „dem echten Bergsteigertum, dem die Erschließung zu verdanken ist, die gebührende Achtung und die Möglichkeiten seiner anspruchslosen Betätigung zu erhalten“⁴⁶.

Im Gegensatz dazu setzte sich die ebenfalls 1920 gegründete Bergwacht zum Ziel, die alpine Natur vor „Ausschreitungen aller Art“ zu schützen und die „Reinheit der Bergwelt“ zu erhalten.⁴⁷ Dieser Ableger des DÖAV, dem etliche Sektionen angehörten, engagierte sich etwa mit einem Pflanzenschutzdienst und versuchte, sowohl durch Öffentlichkeitsarbeit als auch durch Wachdienste das unerlaubte Pflücken von geschützten Alpenpflanzen zu verhindern.⁴⁸ Die indirekte Anbindung der Bergwacht mittels Mitgliedschaft verschiedener Sektionen belegt einmal mehr, dass Naturschutzarbeit nicht unmittelbar als Aufgabe des DÖAV galt.

Nichtsdestotrotz lassen sich in den beginnenden 1920er-Jahren erste Regulierungsversuche greifen. So wurden 1922 die Richtlinien zum Hütten- und Wegebau mit den „Bayreuther Beschlüssen“ weiter ergänzt; Bauprojekte sollten nur mehr in Ausnahmefällen genehmigt und verfügbare Gelder stattdessen in die Schaffung alpiner Schutzgebiete investiert werden.⁴⁹ Praktisch war ein kompletter Bauverzicht für viele Sektionen aber

40 Siehe dazu: Florian Trojer, Südtirol, in: Deutscher Alpenverein/Österreichischer Alpenverein/Alpenverein Südtirol (Hrsg.), *Berg heil!*, S. 329–382.

41 1914: 102.000 Mitglieder; 1925: 250.000 Mitglieder; Oberwalder, *Die Erschließung*, S. 28.

42 Die Richtlinien waren meist nach dem jeweiligen Verhandlungsort benannt.

43 Verhandlungsschrift der 45. Hauptversammlung des DuOeAV zu Nürnberg am 10. und 11. Oktober 1919, zit. nach: AchRAINER/MAILÄNDER, *Der Verein*, S. 211.

44 Ebd., S. 210–211.

45 HasenöHRL, *Naturschutz*, S. 396.

46 Moriggl, *Verfassung und Verwaltung*, S. 123.

47 Arbeitsausschuss Bergwacht 1.7.1920, StAM, LRA Garmisch-Partenkirchen 105884, zit. nach: HasenöHRL, *Naturschutz*, S. 409.

48 Ebd.

49 AchRAINER/MAILÄNDER, *Der Verein*, S. 211.

kaum vorstellbar, weshalb sich Haupt- und Verwaltungsausschuss 1923 zu einem Kompromiss entschieden: Zwar sollte der „Massenbesuch der Berge“⁵⁰ eingeschränkt, ein völliger Baustopp jedoch verhindert werden – hätten dies doch andere alpine Vereine, wie der Österreichische Touristenklub oder die Naturfreunde, für sich ausnutzen können.⁵¹ Somit beschloss der DÖAV, stattdessen den Komfort auf den Hütten zu verringern, um „Nicht-Bergsteiger“⁵² von einem Besuch abzuhalten:

„Zweifelslos ist es aber die Aufgabe des A.V. [Alpenvereins], Luxus und Ausschweifungen in den Hütten nicht aufkommen zu lassen, also Einrichtungen und Gelegenheiten zu verhindern, die geeignet sind, um [...] eine Hütte als Ausflugsziel auch in Nichtbergsteigerkreisen begehrt zu machen. Solche Verlockungen sind: weicher Stuhl, Schmauserei, Tanz- und sonstige Unterhaltungen, Gelegenheit zum Alpinismus sexualis u. a. m.“⁵³

Die „Tölzer Richtlinien“ aus dem Jahr 1923 hatten eine möglichst schlichte Hüttenausstattung zum Ziel – Matratzenlager statt Federbetten, einfachste Verpflegung statt mehrgängiger Menüs, Nachtruhe um 22 Uhr statt Feste bis tief in die Nacht – zudem eine strikte Trennung der Geschlechter und ein Reklameverbot für Schutzhütten. Alles sollte auf das „echte Bergsteigertum“ angepasst werden und Neubauten nur mehr im Falle eines wahren „bergsteigerischen Bedürfnisses“ erlaubt sein. Was allerdings unter einem solchen Bedürfnis zu verstehen war, blieb in den Folgejahren umstritten und sorgte bei den Hauptausschuss-Sitzungen für heftige Diskussionen.⁵⁴ Statt weiteren Bauprojekten im Allgemeinen kritisch gegenüber zu stehen, waren etwa Ersatzbauten für die durch Friedensschlüsse nach dem Ersten Weltkrieg verlorenen Hütten ausdrücklich erwünscht⁵⁵ und der Verein erachtete die „Förderung des volkertüchtigen Bergsteigertums durch den Bau notwendiger [...] Schutzhütten“ nach wie vor als eine seiner Hauptaufgaben.⁵⁶

So kam es bereits zwei Jahre später auf der Hauptversammlung in Innsbruck 1925 zu einer Entschärfung der „Tölzer Richtlinien“: Der DÖAV einigte sich darauf, dass jeder Mensch, der „um der Berge willen in die Berge geht“, als Bergsteiger bezeichnet werden durfte.⁵⁷ Die weit gefasste Definition ermöglichte es den Sektionen, ihre Bautätigkeit nahezu uneingeschränkt fortzusetzen und zwischen 1925 und 1928 weitere 78 Schutz-

50 Eugen Guido Lammer, Massenbesuch der Berge. Ein vierkantiges Problem, in: *Mitteilungen des DÖAV* (1923), S. 1–3.

51 Hasenöhr, Naturschutz, S. 396.

52 Auch wenn es durchaus damals schon Bergsteigerinnen gab, wurden sie im Verein lange Zeit nicht explizit genannt. Erst in den letzten Jahren versucht der Alpenverein, die Geschichte seiner weiblichen Mitglieder aufzuarbeiten: Deutscher Alpenverein (Hrsg.), *Von den unsichtbaren Frauen*, o. D., <https://www.alpenverein.de/geschichte/blog/frauen-alpinismus-dav-gender/>, eingesehen 19.11.2022. Weitere relevante Werke, die Frauen im Alpinismus hervorheben: Ingrid Runggaldier Moroder, *Frauen im Aufstieg. Auf Spurensuche in der Alpingeschichte*, Bozen 2011; Tanja Wirz, *Gipfelstürmerinnen. Eine Geschlechtergeschichte des Alpinismus in der Schweiz 1840–1940*, Baden 2007.

53 Moriggl, *Verfassung und Verwaltung*, S. 128.

54 Protokoll der 28. Hauptausschuss-Sitzung 17.–18.5.1923, in: *Hauptausschuss-Protokolle 1909–1928*. ÖAV-Archiv, Quellen, o. D., <https://www.alpenverein.at/portal/museum-archiv/historisches-archiv/quellen/index.php>, eingesehen 12.8.2021.

55 Moriggl, *Verfassung und Verwaltung*, S. 127.

56 Ebd., S. 125.

57 AchRAINER/Mailänder, *Der Verein*, S. 213–215.

hütten zu errichten.⁵⁸ Obwohl der Alpenverein Anfang der 1920er-Jahre erste Versuche unternahm, den Schutzhüttenbau mit diversen Richtlinien zu beschränken bzw. zumindest dem Besucherandrang Einhalt zu gebieten, hatte dies auf die praktische Erschließungsarbeit der Sektionen also kaum Auswirkungen. Denn sobald ein „bergsteigerisches Bedürfnis“ vorlag, stand der Errichtung meist nichts mehr im Wege.⁵⁹ Das Verhältnis des Gesamtvereins zum Naturschutz blieb somit ambivalent. Während viele Sektionen eigene Bauprojekte ungeachtet jeglicher Schutzbestrebungen befürworteten, wurde der Naturschutz teilweise instrumentalisiert, um konkurrierende Vereine auszuschalten: Beispielsweise beantragten die Sektionen Frankfurt am Main und Matrei am Brenner einen Naturschutzstatus für ihre Arbeitsgebiete, damit die Naturfreunde⁶⁰ in diesem Bereich keine Neubauten errichten konnten.⁶¹

3.2.2 Mechanische Aufstiegshilfen – Fluch und Segen zugleich

Neben dem Bau von Schutzhütten boten mechanische Aufstiegshilfen eine weitere Möglichkeit, das Hochgebirge zu erschließen. Insbesondere der Aufschwung des Tourismus in den 1920er-Jahren begünstigte die Errichtung von Bergbahnen; so wurden zwischen 1923 und 1931 elf Liftanlagen in Österreich zur touristischen Nutzung in Betrieb genommen – beispielsweise auf die Schmittenhöhe bei Zell am See 1927 oder auf die Innsbrucker Nordkette 1928.⁶² Die Hauptversammlung des DÖAV äußerte sich 1925 kritisch gegenüber Liftanlagen:

„Während Bergbahnen nur einer ganz geringen Bevölkerungsschicht noch dazu höchst zweifelhafte Vorteile bringen können, handelt es sich bei der Erhaltung der Reinheit der Gebirgswelt um Rechte der Allgemeinheit und um die Erholungsmöglichkeit von großen Massen von Volksgenossen aller Erwerbschichten. [...] Der Deutsche und Österreichische Alpenverein fordert deshalb von den Landesregierungen, daß jeder geschäftlichen Ausbeutung der Naturschönheiten, jeder Zerstörung und Entweihung der Bergwelt entgegengetreten werde [...]“⁶³

In der Praxis vertraten die Sektionen aber höchst unterschiedliche Ansichten; ähnlich wie beim Schutzhüttenbau zeigte sich auch bei den Bergbahnen die Heterogenität innerhalb des DÖAV. Während viele Sektionen – darunter die Bergsteigergruppe – jegliche mechanischen Aufstiegshilfen entschieden ablehnten, nahmen andere Sektionen die technische Erschließung ihres Arbeitsgebiets wohlwollend zur Kenntnis und profitierten etwa von Ermäßigungen für Fahrkarten. Dementsprechend ambivalent wurden auch die verschiedenen Projekte beurteilt: Während beispielsweise bei

58 Hasenöhr, Naturschutz, S. 399.

59 Moriggl, Verfassung und Verwaltung, S. 126.

60 Bei den Naturfreunden handelt es sich um einen sozialdemokratischen Verein, der im Vergleich zum bürgerlichen DÖAV am anderen Ende des politischen Spektrums stand: Manfred Pils, „Berg frei“. 100 Jahre Naturfreunde, Wien 1994.

61 Hasenöhr, Naturschutz, S. 402.

62 Wolfgang König, Bergbahnen in den Alpen (1870–1940). Zwischen Naturerschließung und Naturbewahrung, in: Sylvia Hahn/Reinhold Reith (Hrsg.), Umwelt-Geschichte. Arbeitsfelder – Forschungsansätze – Perspektiven (Querschnitte 8), Wien 2001, S. 139–156, hier S. 146.

63 Protokoll der 34. Hauptausschuss-Sitzung 28.8.1925, in: Hauptausschuss-Protokolle 1909–1928.

der Errichtung der Hafelekarbahn in Innsbruck auf jeglichen Protest verzichtet wurde, setzte sich der Alpenverein zwischen 1924 und 1931 mit allen Mitteln gegen den Bau der deutschen Zugspitzbahn ein. Gemeinsam mit anderen Naturschutzvereinen organisierte der DÖAV 1925 in München eine Kundgebung mit 4.000 Personen und kontaktierte zudem die Behörden, um das umstrittene Projekt zu verhindern.⁶⁴ Auch wenn der Bau schlussendlich umgesetzt wurde, zeugen derartige Aktionen davon, dass Naturschutzthemen im Laufe der 1920er-Jahre vermehrt in der Öffentlichkeit kritisch diskutiert wurden.

3.2.3 Schutzgebiete als Vorläufer heutiger Nationalparks

Der Bedeutungszuwachs von Naturschutzmaßnahmen zeigt sich – trotz aller Ambivalenzen – insbesondere im Zusammenhang mit der Errichtung von Schutzgebieten. Die Frage, wie die Natur am besten zu schützen sei, beschäftigte die Naturschutzbewegung schon seit ihren Anfängen; die Antworten schwankten zwischen großen Schutzflächen oder kleinräumigen Naturdenkmälern.⁶⁵ Der DÖAV stand den Plänen für großflächige Schutzzonen zunächst kritisch gegenüber, da wegen dieser freies alpines Gelände verloren gegangen wäre, änderte aber im Verlauf der 1920er-Jahre seine Meinung.⁶⁶

Besonders ortsansässige Sektionen setzten sich für Schutzgebiete ein; beispielsweise begrüßten die Sektionen Hochland, Oberland und Tölz 1928 die Errichtung eines Naturschutzgebietes im Karwendel.⁶⁷ Generalsekretär Moriggl berichtete dazu:

„Auf Anregung der in den betreffenden Gebieten arbeitenden Sektionen und unter nachdrücklicher Förderung des H.A. [Hauptausschusses] sind in den letzten Jahren Naturschutzgebiete im Karwendelgebirge, in den Ammergauer Alpen geschaffen, ein solches im Wetterstein beantragt worden. [...] Auch in Österreich wird der Naturschutzgedanke Bahn brechen.“⁶⁸

Im Buch zur „Verfassung und Verwaltung des Deutschen und Österreichischen Alpenvereins“, welches als Richtlinie für die Vereinsleitung und die Sektionen diente, schrieb der Verein fest, was er Ende der 1920er-Jahre für schutzbedürftig erachtete: Neben dem Landschaftsbild, das etwa durch Bauten aller Art oder Kahlschläge entstellt werden konnte, galten ebenso die Alpenflora, die Tierwelt sowie die Ruhe in den Bergen als schützenswert. Bei kritischer Betrachtung des Handbuchs werden allerdings schnell die Widersprüche zwischen weiterer Erschließung und Schutzbedürftigkeit deutlich. So thematisierte Moriggl zwar die Störung der alpinen Ruhe durch lärmenden Massenverkehr, merkte aber gleichzeitig an, dass es nicht die Aufgabe des Vereins gewesen sei, „die Ostalpen oder Teile derselben des Naturschutzes wegen den Alpenfreunden

64 Hasenöhr, Naturschutz, S. 403–404.

65 Kupper, Wildnis schaffen, S. 46–51.

66 Ute Hasenöhr, Naturschutz in der Zwischenkriegszeit (1918–1938), in: Kupper/Wöbse (Hrsg.), Geschichte des Nationalparks Hohe Tauern, S. 39–63, hier S. 47.

67 Hasenöhr, Naturschutz, S. 409.

68 Moriggl, Verfassung und Verwaltung, S. 352.

möglichst zu versperren⁶⁹. Seiner Meinung nach störten „gut erzogene Bergwanderer“ weder Landschaftsbild noch Ruhe, und auch den Massenverkehr wertete er als unschädlich, solange „er sich ruhig und in Ordnung abwickelte“⁷⁰.

In den 1930er-Jahren überdachte der DÖAV diese Haltung, zunächst sah er seine Tätigkeit im Natur- und Heimatschutz aber vor allem auf Öffentlichkeitsarbeit und Bewusstseinsbildung beschränkt. Das Hauptproblem des Naturschutzes sei laut Moriggl die schwierige Überwachung gewesen, weshalb er die Sektionen und Mitglieder dazu aufrief, sich in dieser Hinsicht zu engagieren.⁷¹ Darüber hinaus sprach der Generalsekretär auch die Möglichkeit von Naturschutzgebieten an, „in denen jeglicher Eingriff in die Natur verboten ist“⁷².

Diese Idee sollte der DÖAV zukünftig vor allem in den Hohen Tauern verfolgen. So wies dieses Gebiet zum einen eine wichtige Symbolkraft durch den höchsten Berg Österreichs – den 3798 m hohen Großglockner – auf, und war zum anderen mit verschiedenen Erschließungsplänen konfrontiert. Um auf einem 41 km² großen Grundstück im Kärntner Glocknergebiet einen Naturschutzpark zu errichten, vermachte der Villacher Kaufmann Albert Wirth die Liegenschaft im Jahre 1918 dem DÖAV.⁷³ Der 1909 gegründete Verein Naturschutzpark (VNP) verfügte ebenso über Besitzungen in den Tauern und bemühte sich bereits im Vorfeld um die Etablierung einer Schutzzone.⁷⁴ Obwohl der VNP den Alpenverein in dieser Hinsicht mehrmals um Unterstützung gebeten hatte,⁷⁵ nahm der DÖAV eine zurückhaltende Position ein. So wurde dem DÖAV bei der 7. Sitzung des Hauptausschusses „große Zurückhaltung und Vorsicht“ empfohlen: „Der Alpenverein solle sich nicht in eine Sache hineinzerren lassen, von der man nicht sehe, wohin sie steuere.“⁷⁶ Dementsprechend ablehnend reagierte der DÖAV, als der VNP 1922 bat, seine Besitzungen rund um den Großglockner für ein möglichst großes Schutzgebiet zu pachten. Die Einrichtung eines Naturschutzparks wurde zwar nicht mehr prinzipiell abgelehnt, jedoch sollte für den DÖAV kein Mehraufwand oder gar ein Interessenskonflikt erwachsen:

„Soweit keine Kosten entstehen und die bergsteigerischen Interessen nicht beeinträchtigt werden, schließt sich der H.A. [Hauptausschuss] den Bestrebungen des Vereins Naturschutzpark an, behält sich im übrigen aber in seinem Besitz vollständige Freiheit vor.“⁷⁷

Das Naturschutzverständnis beider Vereine war also höchst unterschiedlich ausgeprägt, weshalb sich ein gemeinsames Vorgehen im Gebiet der Hohen Tauern als äußerst

69 Moriggl, *Verfassung und Verwaltung*, S. 350.

70 Ebd.

71 Ebd., S. 351.

72 Ebd., S. 352.

73 Hasenöhr, *Naturschutz*, S. 410–411.

74 Zum Verein Naturschutzpark: Patrick Kupper, *Die Etablierung eines Naturschutzparks (bis 1918)*, in: ders./Wöbse (Hrsg.), *Geschichte des Nationalparks Hohe Tauern*, S. 11–37, hier S. 16.

75 Protokoll der 3. Hauptausschuss-Sitzung 18.7.1910, in: *Hauptausschuss-Protokolle 1909–1928*; Protokoll der 4. Hauptausschuss-Sitzung 28.12.1910, in: Ebd.; Protokoll der 9. Hauptausschuss-Sitzung 8.9.1912, in: Ebd.

76 Protokoll der 7. Hauptausschuss-Sitzung 5.1.1912, in: Ebd.

77 Protokoll der 27. Hauptausschuss-Sitzung 16.7.1922, in: Ebd.

schwierig erwies.⁷⁸ Bis eine Einigung erzielt und das Schutzziel gesetzlich festgeschrieben war, sollten noch etliche Jahre vergehen und insbesondere in den 1930er-Jahren heftige Kontroversen zwischen den verschiedenen Interessensverbänden folgen.⁷⁹

3.3 *Bedeutungszuwachs des Naturschutzes in den 1930er-Jahren*

3.3.1 Satzungsänderung – Naturschutz wird zum Vereinsziel erklärt

Während die Konflikte zwischen den einzelnen Sektionen und dem Gesamtverein in den 1920er-Jahren noch deutlich spürbar waren, traten diese in den 1930er-Jahren vermehrt in den Hintergrund. Dies lässt sich zum einen auf Zentralisierungsmaßnahmen innerhalb des Vereins zurückführen,⁸⁰ zum anderen aber auch auf einen allgemeinen Bedeutungszuwachs des Naturschutzes, welcher sich bereits bei der Satzungsänderung von 1927 abzeichnete. Bis der Vereinszweck durch den Naturschutzgedanken ergänzt werden konnte, waren allerdings mehrere Anläufe notwendig: Die Sektion Traunstein schlug bereits auf der 51. Hauptversammlung 1925 vor, die Förderung des Naturschutzes in die Agenden des Vereins aufzunehmen und sich nicht auf die Heimatkunde und den Heimatschutz zu beschränken.⁸¹ Da sich jene Forderungen offenbar nicht miteinander vereinbaren ließen, wurde der Vorschlag abgelehnt. Im darauffolgenden Jahr griff die Bergsteigergruppe die Idee wieder auf und reichte einen Antrag auf Satzungsänderung ein. Da dieses Ansuchen aber verspätet eintraf, konnte ihn der Hauptausschuss nicht auf die Tagesordnung setzen und das Anliegen wurde in der Folge vertagt.⁸²

Erst ein neuerlicher Versuch der Bergsteigergruppe im Jahr 1927 brachte schließlich die gewünschte Änderung. Der DÖAV verpflichtete sich offiziell „die Schönheit und Ursprünglichkeit [...] der Ostalpen zu erhalten“⁸³. Dementsprechend wurde die vierte Auflage des bereits oben erwähnten Handbuchs für Sektionen und Vereinsleitung im Jahr 1928 um ein Kapitel zum Naturschutz erweitert,⁸⁴ welches in den vorherigen Ausgaben noch fehlte.⁸⁵ Auch wurde der Sinneswandel des DÖAV hin zum Naturschutz begründet:

„Bei der allgemein zu beobachtenden Verrohung der Sitten hat auch das wieder stark ins Gebirge flutende Publikum seine Roheit [sic] in den Bergen ausgelassen und hat neben der Verübung von Beschädigungen aller Art insbesondere auch gegen Ruhe und Anstand in den Bergen gefrevelt.“⁸⁶

78 Hasenöhr, Naturschutz in der Zwischenkriegszeit, S. 48.

79 Hasenöhr, Naturschutz, S. 410–411.

80 Ebd., S. 399.

81 Ebd., S. 400.

82 Protokoll der 36. Hauptausschuss-Sitzung 16–18.7.1926, in: Hauptausschuss-Protokolle 1909–1928.

83 Akten zu den Satzungsänderungen im Archiv OeAV 1914–1936 2.11–2.20, zit. nach AchRAINER/MAILÄNDER, Der Verein, S. 217.

84 Moriggl, Verfassung und Verwaltung, S. 348–354.

85 Josef Emmer, Verfassung und Verwaltung des Deutschen und Österreichischen Alpenvereins. Ein Handbuch zum Gebrauch für die Vereinsleitung und die Sektionen, Berlin 1893; Ebd., München 1900²; Ebd., München 1910³.

86 Moriggl, Verfassung und Verwaltung, S. 348–349.

Moriggl zufolge hatte der Alpenverein zwar seit jeher versucht, die Natur zu schützen, er gestand nun aber ein, dass „diesem Gedanken nicht immer mit der nötigen Tatkraft Nachdruck verliehen“ wurde.⁸⁷ Eine Antwort, wie der DÖAV zukünftig eine aktivere Rolle im Naturschutz einnehmen wollte, gab aber auch diese Version des Handbuchs nicht. Wie das nachfolgende Kapitel zeigt, trat der Verein in den öffentlichen Naturschutz-Debatten der 1930er-Jahre zum Teil hervor, vereinsintern konnte aber weiterhin keine klare Linie zwischen Naturschutz und Erschließung gefunden werden.

3.3.2 Kraftwerks- und Straßenbauprojekte regen zu neuen Debatten an

Zu den teils umstrittenen Hütten- und Bergbahn-Projekten der 1920er-Jahre kamen in den 1930er-Jahren noch Straßenplanungen und Kraftwerksbauten hinzu, wobei der DÖAV auch in dieser Hinsicht keine einheitliche Position vertrat. Während etwa gegen eine Straße durch das Rheintal und einen Stausee im Ötztal protestiert wurde, nahmen Haupt- und Verwaltungsausschuss andere Wasserkraftprojekte widerspruchslos hin.⁸⁸ Beispielsweise wurden die Tiroler Kraftwerke im Kühtai und bei Zwieselstein geduldet, da sie „technisch einwandfrei, geldlich gesichert und volkswirtschaftlich wichtig“⁸⁹ waren. Ebenso erhob der DÖAV bei der Errichtung eines Elektrizitätswerks samt Stausee im Salzburger Stubachtal in den Hohen Tauern keinen Einspruch, obwohl der VNP in dieser Region einen Pflanzenschutzbezirk eingerichtet und den Alpenverein ausdrücklich um Hilfe gebeten hatte.⁹⁰ Im Gegensatz dazu äußerte sich der DÖAV in seinen regelmäßig erscheinenden Mitteilungen kritisch zu den verschiedenen Kraftwerksprojekten in den Tauern. In der Verhandlungsphase agierte der Verein aber dennoch zurückhaltend und forderte lediglich, die bestehenden Alpenvereinswege nach den baulichen Eingriffen wieder in Stand zu setzen.⁹¹ Zum Leidwesen der betroffenen Sektionen verfolgte der Gesamtverein in vielen Fällen einen kompromissbereiten Kurs und befand es für „nicht zeitgemäß [...], den Bau arbeitsschaffender Werke zu verhindern“⁹².

Ganz anders verhielt es sich beim Bau der Großglockner-Hochalpenstraße, eines der bedeutendsten Infrastrukturprojekte der österreichischen Zwischenkriegszeit. Das 1924 von den Bundesländern Kärnten und Salzburg beschlossene Projekt⁹³ wurde zunächst vom DÖAV mit der Begründung akzeptiert, dass es sinnlos gewesen sei, „gegen Windmühlen zu kämpfen“⁹⁴. Hinzu kam, dass auch die österreichische Regierung sowie die ansässige Bevölkerung das Konzept unterstützten. Die anfängliche Einwilligung des Vereins sollte jedoch bald in heftigen Protest umschlagen. Bereits die Planung einer Abzweigung zur Franz-Josefs-Höhe stieß auf Widerstand innerhalb des DÖAV,

87 Moriggl, *Verfassung und Verwaltung*, S. 348.

88 Hasenöhr, *Naturschutz*, S. 403–404.

89 Jahresbericht des DuOeAV 1930/31, S. 83, zit. nach: Ebd., S. 404.

90 Hasenöhr, *Naturschutz in der Zwischenkriegszeit*, S. 54.

91 Ebd., S. 56.

92 Protokoll der 47. Hauptausschuss-Sitzung 7–8.5.1932, in: *Hauptausschuss-Protokolle 1929–1940*. ÖAV-Archiv, Quellen, o. D., <https://www.alpenverein.at/portal/museum-archiv/historisches-archiv/quellen/index.php>, eingesehen 12.8.2021.

93 Hasenöhr, *Naturschutz*, S. 411.

94 Protokoll der 36. Hauptausschuss-Sitzung.

nach Verhandlungen über die Ablösesumme für die Vereinsbesitzungen konnte jedoch eine Einigung erzielt und die Paspstraße 1935 eröffnet werden.⁹⁵

Die anschließende Idee einer Straßenerweiterung auf die Gamsgrube mit Errichtung zweier Parkplätze und einer Bergbahn auf den Fuscherkarkopf sollte sich allerdings zu einem der größten Naturschutzkonflikte der 1930er-Jahre entwickeln, bei dem auch der Alpenverein eine klare Stellung bezog. Der Verein, welcher mit seinen Besitzungen unmittelbar involviert war, versuchte mithilfe zahlreicher Eingaben, Flugblätter und Protestbriefe den „Promenadenweg“ abzuwenden.⁹⁶ So wurde in der Hauptausschuss-Sitzung vom 24. Juli 1936 beschlossen: „Wir kämpfen um die Erhaltung der Gamsgrube bis zum Äußersten.“⁹⁷ Doch auch die im Juli 1935 erwirkte Erklärung zum Naturschutzgebiet konnte die Enteignung und den Bau des Weges nicht verhindern. Trotz eines Telegramms an den austrofaschistischen Bundeskanzler Kurt Schuschnigg und einer Beschwerde an den Bundesgerichtshof musste der DÖAV die Eröffnung des „Bundeskanzler-Schuschnigg-Weges“ im Juli 1937 hinnehmen.⁹⁸

Im Unterschied zu den Straßenprojekten waren die Interventionen des DÖAV gegen Bergbahnprojekte im Glocknergebiet erfolgreicher. So konnte 1933 der Bau einer Seilbahn auf die Adlersruhe durch Protest im Handels- und Finanzministerium abgewendet werden.⁹⁹ Der Verein sah sich „als Grundeigentümer und widmungsgemäß zur Wahrung des Naturschutzgebietes verpflichtet, [...] gegen diese Bahn bis zum letzten zu kämpfen“¹⁰⁰. Im Falle der 1935 geplanten Bahn auf den Fuscherkarkopf versuchte der Alpenverein zunächst, die Trassenführung durch Verhandlungen zu verändern. Da sich die Großglockner-Hochalpenstraße AG jedoch auf keinen Kompromiss einließ und wieder eine Enteignung drohte, legte der Verein erneut Beschwerde ein und bat zudem die Deutsche Botschaft in Wien um Hilfe, welche aufgrund der großen Anzahl an deutschen Mitgliedern im Verein die reichsdeutschen Interessen vertrat. Nichtsdestotrotz wurde eine Materialeilbahn errichtet und schlussendlich setzte erst der „Anschluss“ Österreichs 1938 dem Projekt ein Ende, da der damalige „Führer“ des Vereins und entschiedener Gegner der Seilbahn niemand geringerer als der österreichische Reichstatthalter Arthur Seyß-Inquart wurde.¹⁰¹

Als der nun zum Deutschen Alpenverein umbenannte DAV 1938 in das nationalsozialistische Vereinswesen eingegliedert wurde,¹⁰² ging die Zuständigkeit für Naturschutzarbeit im Ostalpenraum offiziell auf den Alpenverein über.¹⁰³ Der Hauptausschuss beabsichtigte, die „Verbreitung des Naturschutzgedankens in den [...] Alpengebieten“ voranzutreiben¹⁰⁴ und auch die Schaffung von Naturschutzgebieten wurde zum

95 Hasenöhr, Naturschutz in der Zwischenkriegszeit, S. 58–60.

96 Ebd.

97 Protokoll der 56. Hauptausschuss-Sitzung 24.7.1936, in: Hauptausschuss-Protokolle 1929–1940.

98 Hasenöhr, Naturschutz in der Zwischenkriegszeit, S. 60–61.

99 Ebd., S. 61.

100 Protokoll der 50. Hauptausschuss-Sitzung 22.–23.9.1933, in: Hauptausschuss-Protokolle 1929–1940.

101 Hasenöhr, Naturschutz, S. 414.

102 Zur Umstrukturierung des Vereins im Nationalsozialismus: Achrainger/Mailänder, Der Verein, S. 292–302.

103 Hasenöhr, Naturschutz, S. 400, 405.

104 Protokoll der 60. Hauptausschuss-Sitzung 7.5.1938, in: Hauptausschuss-Protokolle 1929–1940.

Vereinsziel erklärt. Bereits 1937 schloss sich der Verein mit dem VNP zur Arbeitsgemeinschaft Deutsches und Österreichisches Naturschutzgebiet in den Hohen Tauern Salzburgs zusammen, welche im Folgejahr eine Erweiterung des Grundbesitzes erwarbte¹⁰⁵ und sich für die „Wahrung des Naturschutzcharakters [...] am Großglockner“ aussprach.¹⁰⁶ Das nationalsozialistische Regime propagierte die Region als „Großdeutschen Nationalpark“¹⁰⁷ und versprach weitere Maßnahmen im Tier- und Pflanzenschutz.¹⁰⁸

4. Fazit und Ausblick

Der vorliegende Beitrag hat sich mit der Frage beschäftigt, wie sich der DÖAV in der aufkommenden Naturschutzbewegung Anfang des 20. Jahrhunderts positionierte und wie der Verein mit dem Zielkonflikt zwischen Naturschutz und Erschließung umging. Eine eingehende Beschäftigung mit dem Thema hat gezeigt, dass die eingangs aufgestellte These verifiziert werden kann: Auch wenn sich der Verein bereits vor dem Ersten Weltkrieg im Naturschutz aktiv zeigte, handelte es sich lediglich um punktuelle Maßnahmen, welche die alpine Erschließung nicht aufhalten konnten. Zwar äußerten sich in den 1920er-Jahren vermehrt kritische Stimmen, und mit verschiedenen Regulierungen wurde versucht, der Bautätigkeit Einhalt zu gebieten, der Naturschutz als Vereinsziel blieb jedoch umstritten. Obwohl das Schutzziel 1927 in die Satzungen aufgenommen wurde, tat sich der DÖAV weiterhin schwer, dieses konsequent zu vertreten. Während in den 1930er-Jahren Tiroler Kraftwerke aufgrund ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung begrüßt und auch bei den geplanten Tauernkraftwerken Kompromisse gesucht wurden, führten die Folgeprojekte der Großglockner-Hochalpenstraße zu heftigem Protest des DÖAV. Im Gegensatz zu anderen Naturschutzdebatten, bei denen sich der Verein zurückhaltend verhielt, kämpfte er an dieser Stelle aktiv gegen Enteignungen.

Der „Anschluss“ Österreichs 1938 und der Übergang der Zuständigkeit für Naturschutzarbeit auf den nun als Deutschen Alpenverein (DAV) bezeichneten Verein markierte einen Einschnitt in der Vereinsgeschichte. Zwar setzte der Alpenverein während der Zeit des Nationalsozialismus verstärkt auf Naturschutzbestrebungen und bewarb verschiedene Initiativen, wie den „Großdeutschen Nationalpark“, diese müssen jedoch im „Kontext völkischer Heimatschwärmerei“¹⁰⁹ gesehen werden. So verlor der Naturschutz trotz verschiedener Versprechen seitens der NS-Führung bedingt durch den Zweiten Weltkrieg spätestens ab 1941/42 wieder an Bedeutung.¹¹⁰ So nahm etwa der Bau von Materialseilbahnen zur Versorgung der Schutzhütten angesichts des kriegsbedingten

105 Hasenöhr, Naturschutz in der Zwischenkriegszeit, S. 63.

106 Protokoll der 57. Hauptausschuss-Sitzung 8.5.1937, in: Hauptausschuss-Protokolle 1929–1940.

107 Siehe dazu: Otto Veichtlbauer, Großdeutscher Nationalpark im NS (1938–1948), in: Kupper/Wöbse (Hrsg.), Geschichte des Nationalparks Hohe Tauern, S. 65–91.

108 Hasenöhr, Naturschutz, S. 409.

109 Ebd., S. 418.

110 Ebd., S. 409.

Trägermangels zu Beginn der 1940er-Jahre wieder zu.¹¹¹ Die Alpen wurden vor allem für Propagandazwecke genutzt und mit ideologischen Aspekten verknüpft, der Naturschutz unterlag außerdem kriegswichtigeren Zielen der Partei.¹¹²

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Schutzziele und die Erschließungstätigkeit des Alpenvereins in Spannung zueinander standen und je nach Sektion höchst unterschiedlich bewertet wurden. Während sich etwa die Bergsteigergruppe für strengere Naturschutzrichtlinien aussprach, traten andere Sektionen für den Ausbau alpiner Infrastruktur ein, um die touristischen Bedürfnisse der Mitglieder zu stillen bzw. wirtschaftlich selbst davon profitieren zu können. Zudem spielte auch die „Vorstellung einer heroischen Bergnatur“¹¹³, die durch die Bergsteiger*innen bezwungen werden musste, eine Rolle im Verein. Das Naturbild des DÖAV war dementsprechend sehr vielschichtig und widersprüchlich. So fand der Alpenverein im gesamten Untersuchungszeitraum von 1900–1938 keine klare Positionierung zwischen Naturschutz und Naturerschließung. Das Verhältnis war äußerst ambivalent und stand in einer Wechselwirkung mit den politischen und gesellschaftlichen Veränderungen der Zeit. Auch wenn die vorliegende Arbeit nur punktuell Handlungs- und Konfliktfelder des Alpenvereins im Naturschutz aufzeigen konnte, verdeutlicht sie, welche untergeordnete Rolle der Naturschutz trotz verschiedenster propagierter Maßnahmen gegenüber anderen Vereinstätigkeiten spielte.

5. Quellen

Emmer, Josef, Verfassung und Verwaltung des Deutschen und Österreichischen Alpenvereins. Ein Handbuch zum Gebrauch für die Vereinsleitung und die Sektionen, Berlin 1893.

Ders., Verfassung und Verwaltung des Deutschen und Österreichischen Alpenvereins. Ein Handbuch zum Gebrauch für die Vereinsleitung und die Sektionen, München 1900².

Ders., Verfassung und Verwaltung des Deutschen und Österreichischen Alpenvereins. Ein Handbuch zum Gebrauch für die Vereinsleitung und die Sektionen, München 1910³.

Gutenberg, Adolf von, Über Waldmisshandlung in unseren Alpenländern, in: *Zeitschrift des DuOeAV* (1898), S. 69–80.

Lammer, Eugen Guido, Massenbesuch der Berge. Ein vierkantiges Problem, in: *Mitteilungen des DÖAV* (1923), S. 1–3.

Moriggl, Josef, Verfassung und Verwaltung des Deutschen und Österreichischen Alpenvereins. Ein Handbuch zum Gebrauch für die Vereinsleitung und die Sektionen, München 1928⁴.

111 Hasenöhrl, Naturschutz, S. 409.

112 Ebd., S. 418; Keller, Apostles of the Alps, S. 183–212.

113 Hasenöhrl, Naturschutz, S. 398.

Protokoll der 3. Hauptausschuss-Sitzung 18.7.1910, in: Hauptausschuss-Protokolle 1909–1928. ÖAV-Archiv, Quellen, o. D., <https://www.alpenverein.at/portal/museum-archiv/historisches-archiv/quellen/index.php>, eingesehen 12.8.2021.

Protokoll der 4. Hauptausschuss-Sitzung 28.12.1910, in: Ebd.

Protokoll der 7. Hauptausschuss-Sitzung 5.1.1912, in: Ebd.

Protokoll der 9. Hauptausschuss-Sitzung 8.9.1912, in: Ebd.

Protokoll der 27. Hauptausschuss-Sitzung 16.7.1922, in: Ebd.

Protokoll der 28. Hauptausschuss-Sitzung 17.–18.5.1923, in: Ebd.

Protokoll der 34. Hauptausschuss-Sitzung 28.8.1925, in: Ebd.

Protokoll der 36. Hauptausschuss-Sitzung 16.–18.7.1926, in: Ebd.

Protokoll der 47. Hauptausschuss-Sitzung 7.–8.5.1932, in: Hauptausschuss-Protokolle 1929–1940. ÖAV-Archiv, Quellen, o. D., <https://www.alpenverein.at/portal/museum-archiv/historisches-archiv/quellen/index.php>, eingesehen 12.8.2021.

Protokoll der 50. Hauptausschuss-Sitzung 22.–23.9.1933, in: Ebd.

Protokoll der 56. Hauptausschuss-Sitzung 24.7.1936, in: Ebd.

Protokoll der 57. Hauptausschuss-Sitzung 8.5.1937, in: Ebd.

Protokoll der 60. Hauptausschuss-Sitzung 7.5.1938, in: Ebd.

Rieman, Albert, Die „Erschließung der Alpen“, in: *Mitteilungen des DÖAV* 32 (1916), S. 26–30, hier S. 27.

6. Literatur

Achrainer, Martin/Mailänder, Nicholas, Der Verein, in: Deutscher Alpenverein/Österreichischer Alpenverein/Alpenverein Südtirol (Hrsg.), *Berg heil! Alpenverein und Bergsteigen 1918–1945*, Wien-Köln-Weimar 2011, S. 193–318.

Deutscher Alpenverein/Österreichischer Alpenverein/Alpenverein Südtirol (Hrsg.), *Berg heil! Alpenverein und Bergsteigen 1918–1945*, Wien-Köln-Weimar 2011.

Deutscher Alpenverein/Österreichischer Alpenverein/Alpenverein Südtirol (Hrsg.), *Hoch hinaus! Wege und Hütten in den Alpen*, Bd. 1, Wien-Köln-Weimar 2016.

Deutscher Alpenverein (Hrsg.), *Von den unsichtbaren Frauen*, o. D., <https://www.alpenverein.de/geschichte/blog/frauen-alpinismus-dav-gender/>, eingesehen 19.11.2022.

Gidl, Anneliese, *Alpenverein. Die Städter entdecken die Alpen*, Wien-Köln-Weimar 2007.

Hasenöhr, Ute, *Naturschutz*, in: Deutscher Alpenverein/Österreichischer Alpenverein/Alpenverein Südtirol (Hrsg.), *Berg heil! Alpenverein und Bergsteigen 1918–1945*, Wien-Köln-Weimar 2011, S. 391–419.

Dies., Naturschutz in der Zwischenkriegszeit (1918–1938), in: Patrick Kupper/Anna-Katharina Wöbse (Hrsg.), Geschichte des Nationalparks Hohe Tauern. Wissenschaftliche Schriften, Innsbruck-Wien 2013, S. 39–63.

Hechenblaikner, Verena, Die Rolle von Politik und Ideologie im Alpinismus 1900–1945, in: *historia.scribere* 11 (2019), S. 241–256.

Hupke, Klaus-Dieter, Naturschutz, in: Olaf Kühne/Florian Weber u. a. (Hrsg.), Handbuch Landschaft (RaumFragen: Stadt – Region – Landschaft), Wiesbaden 2019, S. 479–487.

Ders., Naturschutz. Eine kritische Einführung, Berlin-Heidelberg 2020².

Keller, Tait, Apostles of the Alps. Mountaineering and Nation Building in Germany and Austria, 1860–1939, Chapel Hill 2015.

König, Wolfgang, Bergbahnen in den Alpen (1870–1940). Zwischen Naturerschließung und Naturbewahrung, in: Sylvia Hahn/Reinhold Reith (Hrsg.), Umwelt-Geschichte. Arbeitsfelder – Forschungsansätze – Perspektiven (Querschnitte 8), Wien 2001, S. 139–156.

Krauß, Martin, Der Träger war immer schon vorher da. Die Geschichte des Wanderns und Bergsteigens in den Alpen, München 2013.

Kupper, Patrick, Wildnis schaffen. Eine transnationale Geschichte des Schweizerischen Nationalparks (Nationalpark-Forschung in der Schweiz 97), Bern-Stuttgart-Wien 2012.

Ders., Die Etablierung eines Naturschutzparks (bis 1918), in: ders./Anna-Katharina Wöbse (Hrsg.), Geschichte des Nationalparks Hohe Tauern. Wissenschaftliche Schriften, Innsbruck-Wien 2013, S. 11–37.

Ders., Umweltgeschichte (Einführung in die Geschichtswissenschaft. Neuere und Neueste Geschichte 3), Göttingen 2021.

Ders./Wöbse, Anna-Katharina (Hrsg.), Geschichte des Nationalparks Hohe Tauern. Wissenschaftliche Schriften, Innsbruck-Wien 2013.

Oberwalder, Louis, Die Erschließung der Alpen durch die Alpenvereine, in: Bayerische Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege (Hrsg.), Alpinismus und Naturschutz (Laufener Seminarbeiträge 9/98), Laufen 1998, S. 25–30.

Pils, Manfred, „Berg frei“. 100 Jahre Naturfreunde, Wien 1994.

Runggaldier Moroder, Ingrid, Frauen im Aufstieg. Auf Spurensuche in der Alpingeschichte, Bozen 2011.

Trojer, Florian, Südtirol, in: Deutscher Alpenverein/Österreichischer Alpenverein/Alpenverein Südtirol (Hrsg.), Berg heil! Alpenverein und Bergsteigen 1918–1945, Wien-Köln-Weimar 2011, S. 329–382.

Veichtlbauer, Otto, Großdeutscher Nationalpark im NS (1938–1948), in: Patrick Kupper/Anna-Katharina Wöbse (Hrsg.), Geschichte des Nationalparks Hohe Tauern. Wissenschaftliche Schriften, Innsbruck-Wien 2013, S. 65–91.

Wirz, Tanja, Gipfelstürmerinnen. Eine Geschlechtergeschichte des Alpinismus in der Schweiz 1840–1940, Baden 2007.

Verena Hechenblaikner ist Masterstudentin der Geschichtswissenschaften und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck. Verena.Hechenblaikner@student.uibk.ac.at

Zitation dieses Beitrages

Verena Hechenblaikner, Der Deutsche und Österreichische Alpenverein (DÖAV) zwischen Naturschutz und Naturerschließung 1900–1938. Ein ambivalentes Verhältnis, in: *historia.scribere* 15 (2023), S. 243–261, <http://historia.scribere.at>, eingesehen 13.6.2023 (=aktuelles Datum).

A War on Disease. Polio Eradication in the United States

Jonas Zimmermann

Kerngebiet: Wirtschafts- und Sozialgeschichte

eingereicht bei: ao. Univ.-Prof. Dr. Elisabeth Dietrich-Daum

eingereicht im: WiSe 2021/22

Rubrik: Bachelor-Arbeit (Lehramt)

Abstract

A War on Disease: Polio Eradication in the United States

This paper investigates how widespread acceptance of the polio vaccination was generated in the United States. It shows that Franklin D. Roosevelt transformed the struggle against polio into a national endeavor and that the fear of polio contributed to the widespread acceptance of the vaccine. The medical researcher Jonas Salk played a key role in fostering public trust in the vaccine. The paper argues that a timely switch from Salk's inactive vaccine to Albert Sabin's oral, live vaccine rekindled the national interest in polio and that the war rhetoric on polio further motivated Americans to get vaccinated.

1. Introduction

The World Health Organization (WHO) describes poliomyelitis as an extremely infectious viral disease that mostly affects children under the age of five.¹ The medical term "poliomyelitis" was derived from Greek and describes the effect of the poliovirus on the spinal cord and translates to "gray (polio) marrow (myelon)".² There are three types of wild poliovirus. While type 2 and type 3 are declared eradicated, type 1 still exists but can be prevented by a vaccine.³ The WHO reported in 2020 that merely two countries, Pakistan and Afghanistan, were still affected by type 1 polio.⁴

1 World Health Organization, Poliomyelitis, 2019, <https://www.who.int/en/news-room/fact-sheets/detail/poliomyelitis>, accessed 24.3.2022.

2 Nidia H. De Jesus, Epidemics to Eradication. The Modern History of Poliomyelitis, in: *Virology Journal* 4 (2007), Issue 4, pp. 1-18, here p. 1.

3 Center for Disease Control and Prevention, Polio Disease and Poliovirus Containment, 2020, <https://www.cdc.gov/cpr/polioviruscontainment/diseaseandvirus.htm>, last updated 17.9.2020, accessed 24.3.2022.

4 World Health Organization, Poliomyelitis (polio), 2020, https://www.who.int/health-topics/poliomyelitis#tab=tab_1, accessed 28.3.2022.

The poliovirus is spread through fecal-oral transmission. Most frequently, polio is transmitted via contaminated water or food, or from an infected individual's hands. Oral-oral infections are also possible, albeit less likely, through the transmission of saliva.⁵ More than ninety percent of polio infections are asymptomatic or accompanied by a general feeling of discomfort. The abortive form of poliomyelitis occurs in four to eight percent of patients who may experience a blend of fevers, drowsiness, headaches, nausea, vomiting, constipation, and a sore throat.⁶ One to two percent of patients suffer from nonparalytic poliomyelitis, which causes stiffness and pain in the back and neck. Symptoms will last between two to ten days and patients recover almost without exception.⁷ However, the paralytic form of polio results in a lasting defect in one or more muscle groups. Due to nerve damage, flaccid paralysis may occur, and spasms of undamaged muscles can also befall the patient. There is a wide range of possible outcomes of paralytic poliomyelitis. While some patients may even recover within six months, there can be life-long paralytic effects for the patients.⁸ Ultimately, about one in two-hundred infections cause an incurable paralysis that has a five to ten percent chance of fatally disabling the patient's breathing apparatus.⁹ In addition, survivors of paralytic poliomyelitis can re-experience symptoms as late as seventy years after their initial infection. This phenomenon is known as post-polio syndrome. Symptoms can include low stamina, obstructed breathing, and post-polio syndrome can have disabling effects for one out of 25 patients.¹⁰

Polio is only found in humans and its earliest records can be traced back to ancient Egyptian paintings depicting disfigured children. The first known medical description was recorded in 1789 by English physician Michael Underwood.¹¹ Although the virus had existed for centuries prior, major polio outbreaks only surfaced at the advent of the Industrial Revolution when the process of urbanization began in Europe and North America.¹² Before the advent of the 20th century, children were consistently exposed to the poliovirus. However, up to that point, infected children were usually young enough to still be protected by maternal antibodies. When sanitation practices improved in the 19th century, children started to catch the virus at an older age, when they were no longer protected by maternal antibodies, which caused intensified outbreaks.¹³

By the start of the 20th century, epidemic episodes intensified and occurred more frequently. In 1916, official statements were published by US public health authorities,

5 New York State Department of Health, Polio, 2014, https://www.health.ny.gov/diseases/communicable/poliomyelitis/fact_sheet.htm#:~:text=Polio%20is%20spread%20when%20the,may%20account%20for%20some%20cases, accessed 24.3.2022.

6 J. L. Melnick, Current Status of Poliovirus Infections, in: *Clinical Microbiology Reviews* 9 (1996), Issue 3, pp. 293–300, here p. 293.

7 Ibid., pp. 293–294.

8 Ibid., p. 294.

9 World Health Organization, Poliomyelitis.

10 Evelyn Zamula, A new Challenge for Former Polio Patients, in: *FDA Consumer* 25 (1991), Issue 5, p. 21.

11 Man Mohan Mehndiratta/Prachi Mehndiratta/et al., Poliomyelitis. Historical Facts, Epidemiology, and Current Challenges in Eradication, in: *The Neurohospitalist* 4 (2014), Issue 4, pp. 223–229, here p. 223.

12 Mark A. Pallansch, Enterovirus Infections, Including Poliomyelitis, in: Richard L. Guerrant/David H. Walker/et al. (Eds.), *Tropical infectious diseases. Principles, pathogens and practice*, Edinburgh 2011³, pp. 398–405.

13 De Jesus, *The Modern History of Poliomyelitis*, p. 9.

which announced a full-blown epidemic of poliomyelitis. In New York City alone, over 2,000 fatal infections were reported that year.¹⁴ The most severe epidemic, however, was the one of 1952, when more than 3,000 Americans died, and over 21,000 suffered from varying degrees of paralysis.¹⁵

The development of two polio vaccines in the 1950s was nothing short of a medical revolution. The two vaccines were developed by two virologists, Jonas Salk and Albert Sabin. In 1947, Salk worked in opposition to the scientific consensus on vaccine development as he utilized non-infectious, killed viruses to create immunity within patients, instead of injecting a weakened, live version of the virus, as was suggested by the medical community. In taking this alternative approach, Salk built on his prior research results, which originated from his work on a vaccine for the influenza virus.¹⁶ In 1954, after large-scale, nationwide trials that even included Salk's family, the researcher announced his vaccine to be safe and efficient by 1955. At the end of the decade, the vaccine was mass-produced and administered in ninety different countries.¹⁷

In contrast to Salk, Albert Sabin created a live vaccine that is administered orally. He hypothesized that a vaccine based on a live, weakened virus would result in a longer phase of immunity compared to Salk's vaccine. Ultimately, his vaccine proved to be effective against all three strains of the virus.¹⁸ The vaccine was only dispensed in the US in 1962, although it was approved a year prior. Ultimately, Sabin's vaccine would end the polio epidemic.¹⁹

Both vaccines were so effective that cases in the US decreased from 58,000 to 5,600 during 1956. By the early 1960s, merely 161 cases were documented in the United States.²⁰ The WHO estimates that roughly 1.5 million childhood deaths were prevented thus far.²¹ Through extensive use of the vaccines, cases have dropped by over 99 percent worldwide since 1988.²² In North and South America, polio was declared non-existent in the 1990s by the WHO.²³ This has been achieved by utilizing an elaborate surveillance system that monitored each case of paralyzation of the extremities in children and adolescents, as well as targeted vaccination campaigns in areas with low immunization rates.²⁴ The Western Pacific WHO Region was declared polio-free in 2000. In the European Region, the virus was eradicated in 2002.²⁵ However, the

14 Melnick, *Current Status of Poliovirus Infections*, p. 293.

15 Zamula, *A new Challenge for Former Polio Patients*, p. 21.

16 Siang Yong Tan/Nate Ponstein, Jonas Salk (1914-1995). A Vaccine against Polio, in: *Singapore Medical Journal* 60 (2019), Issue 1, pp. 9–10, here p. 9.

17 Ibid.

18 Marc A. Shampo/Robert A. Kyle/et al., Albert Sabin. Conqueror of Poliomyelitis, in: *Mayo Clinic Proceedings* 86 (2011), Issue 6, p. e44.

19 Ibid.

20 Mehndiratta/Mehndiratta/et al., *Poliomyelitis*, p. 224.

21 World Health Organization, *Poliomyelitis*.

22 Ibid.

23 A. Windorfer/F. Feil, Der Kampf gegen Poliomyelitis. Die Ausrottung einer Zivilisationsseuche, in: *Bundesgesundheitsblatt – Gesundheitsforschung – Gesundheitsschutz* 43 (2000), Issue 1, pp. 2–6, here p. 4.

24 Ibid.

25 Mehndiratta/Mehndiratta/et al., *Poliomyelitis*, p. 224.

ongoing transmission of the virus in Afghanistan and Pakistan might cause a high number of new cases worldwide.²⁶

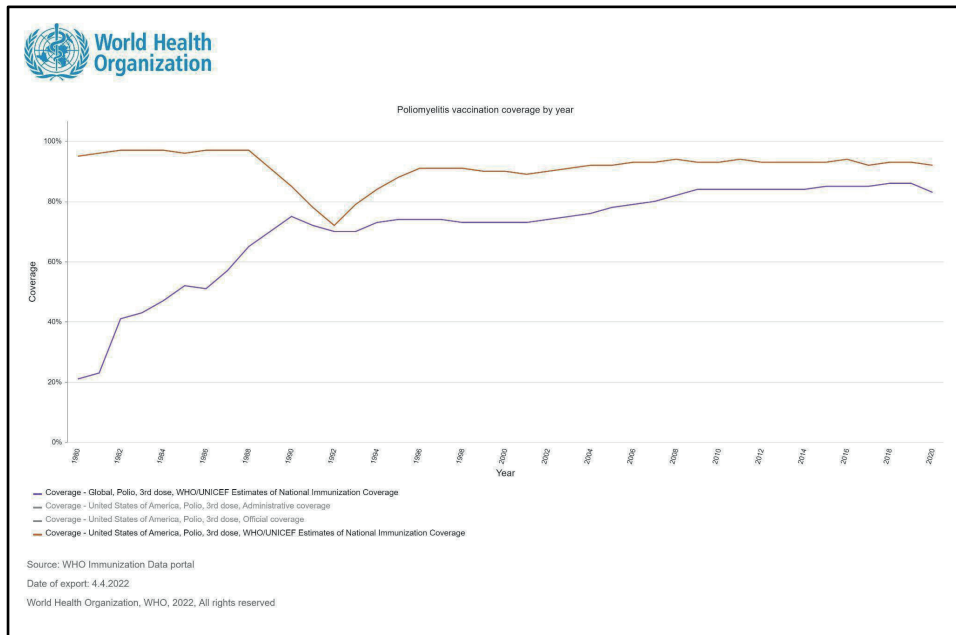


Figure 1: Poliomyelitis vaccination coverage by year in the United States compared with the global rate.

Figure 1 shows the vaccination rate for polio in the US (orange line), compared to the global vaccination rate (purple line). It is most salient that the US reached a 95 percent vaccination rate in 1980, as the rest of the world averaged a 26 percent vaccination rate. Furthermore, the figure shows that from the 1990s onward, the US polio vaccination rate is about ten percent higher than the global standard.

Nowadays, the number of people who distrust vaccinations is increasing. This phenomenon is most salient when COVID-19 vaccinations are considered as an example. Although the vaccine is widely available and free for everyone in the United States, less than 66 percent of the adult population were immunized by March 2022.²⁷ This hesitancy is not only affecting vaccines for adults, but also childhood vaccinations such as measles, mumps, or rubella.²⁸ This trend is not a new occurrence, as vaccines have been a controversial topic since the early 19th century, when concerned parents protested the mandatory smallpox vaccination in American schools. At the time, parents were outraged as they felt that schools were appropriating their children's lives.²⁹ This contemporary, widespread uncertainty gives rise to the question of how the United States generated widespread acceptance for the polio vaccination in the late 20th century.³⁰

26 World Health Organization, Poliomyelitis.

27 Our World in Data, Coronavirus (COVID-19) Vaccinations, 2022, <https://ourworldindata.org/covid-vaccinations?country=USA#what-share-of-the-population-has-received-at-least-one-dose-of-the-covid-19-vaccine>, accessed 24.03.2022.

28 Richard J. Altenbaugh, *Vaccination in America*. Medical Science and Children's Welfare, Berlin 2018, p. 1.

29 Altenbaugh, *Vaccination in America*, pp. 49–50.

30 WHO Immunization Data Portal, Poliomyelitis vaccination coverage, 2022, <https://immunizationdata.who.int/pages/coverage/POL.html?CODE=Global+USA&ANTIGEN=POL3&YEAR=>, accessed 4.4.2022.

This paper seeks to investigate which factors contributed to the widespread acceptance of the polio vaccine in the US. The paper argues on the basis of literature research and the survey of 20th-century newspaper articles that the fight against polio was successful because the most famous polio patient, Franklin D. Roosevelt (FDR), gave a face to the disease and founded essential institutions for funding polio research, such as the March of Dimes. In addition, it assumes that the extensive involvement of the public transformed the struggle against polio into an American war narrative of “good versus evil”. The continuous media coverage generated fear of the virus as well as anticipation of the vaccine. This gave rise to widespread euphoria when the vaccine became available. In this context, Salk was rendered as an American hero and this image produced additional trust in his vaccine. Lastly, the timely switch to the live, oral polio vaccine rekindled the war on polio as Sabin’s inactive vaccine lost its appeal in the early 1960s.

2. National Fundraising Efforts and a Famous Patient

Franklin D. Roosevelt’s role in combating the poliovirus was crucial as he supported research efforts and established foundations, such as the Warm Springs Resort. In addition, Roosevelt himself was arguably the most famous polio patient. The higher Roosevelt rose in the political ranks, the stronger his commitment to fighting polio grew. He would ultimately proceed to establish the National Foundation for Infantile Paralysis (NFIP) in 1938. The March of Dimes, which emerged from the NFIP, would become a decisive factor in the funding of Jonas Salk’s efforts towards the development of a vaccine.³¹ FDR’s role in rallying support for the vaccine was significant as he himself was a prominent polio combatant who changed the public image of the disease which made the American public aware that anyone could fall victim to the virus. Furthermore, FDR inspired the public to partake in the struggle against the epidemic which would later contribute to the widespread demand for the polio vaccine in America as the fight against polio was transformed into a collective American struggle.

2.1 Roosevelt as a Polio Patient

FDR was America’s longest-serving President of the United States (POTUS) as he got elected into office four times.³² Before the Twenty-second Amendment was ratified in 1951, it was still possible for candidates to assume the office of POTUS more than twice.³³ FDR was in office from March 4, 1933, until his death on April 12, 1945.³⁴ The timing of his elections is significant as he was elected twice during the Great Depression, and twice during the Second World War.³⁵

31 Tan/Ponstein, Jonas Salk, p. 9.

32 Christopher Clausen, *The President and the Wheelchair*, in: *The Wilson Quarterly* 29 (2005), Issue 3, pp. 24–29, here p. 24.

33 The Westport Library, *Twenty-Second Amendment*, 2022, <https://westportlibrary.libguides.com/twenty-secondamendment#:~:text=It%20was%20formally%20proposed%20by,27%2C%201951>, accessed 3.4.2022.

34 Wikipedia. *The Free Encyclopedia*, Franklin D. Roosevelt, updated on 28.3.2022, https://en.wikipedia.org/wiki/Franklin_D._Roosevelt, accessed 03.4.2022.

35 Clausen, *The President and the Wheelchair*, p. 26.

Roosevelt became the governor of New York in 1928. As he rose the ranks in his political career, he was already struggling with his health as he was infected with polio in 1921. Henceforth, he depended on mobility aids such as canes, leg braces, and even wheelchairs. It must be highlighted that, at the time, people with disabilities could be refused education as well as employment, which frequently resulted in economic deficits as well as social inferiority for individuals with disabilities. Considering these hardships, it is astounding how Roosevelt managed to navigate the social-, and political field.³⁶

The surveyed literature is ambiguous about the extent to which the public was aware of the degree of FDR's disability. On the one hand, individuals with special needs were perceived as incapable at the time, which is why Christoph Clausen has argued that the broad public would not have elected FDR had they known about the severity of his paralyzation, especially not in the face of the Great Depression and World War II.³⁷ Furthermore, in the context of the 1997 debate about the FDR memorial, Nielsen writes that FDR later tried to hide the degree of his disability from the public with the assistance of members of Congress, other world leaders, and the White House staff.³⁸ However, Nielsen also recognizes that members of the public, especially people with disabilities, were able to recognize FDR's disability to its full extent. People even sent letters to the White House in which they were giving advice on adaptive equipment such as wheelchairs.³⁹

On the other hand, there are multiple reasons to believe that the public was fully aware of FDR's impairment. Dawn Larsen argues that FDR became the public face of polio on September 16, 1921, when "The New York Times" first reported on his condition shortly after his infection.⁴⁰ In addition, when Roosevelt was campaigning to be governor of New York in 1928, political opponents frequently exploited his disability in order to make him appear vulnerable and unfit for office.⁴¹ FDR's physical condition became of public concern again when it was openly discussed if FDR would be physically able to assume the office of POTUS in 1931.⁴² In the course of this debate, the Roosevelt campaign even sent out copies of a published article that described the politician as a resilient candidate with impaired legs. Roosevelt himself would say that his limited mobility helped him concentrate as he would be forced to concentrate on the matter at hand.⁴³

Ultimately, FDR contributed to the fight against polio by changing the disease's public image. Until Roosevelt had caught the virus and before the opening of the Warm Springs rehabilitation center, polio infections were considered "shameful" and "filthy" in American society.⁴⁴ Only when Roosevelt gave the virus a face, it began to be perceived

36 Kim E. Nielsen, *Memorializing FDR*, in: *OAH Magazine of History* 27 (2013), Issue 1, pp. 23–26, here p. 23.

37 Clausen, *The President and the Wheelchair*, p. 23.

38 Nielsen, *Memorializing FDR*, p. 24.

39 *Ibid.*, pp. 24–25.

40 Dawn Larsen, *The March of Dimes and Polio*, in: *American Journal of Health Education* (2012) 43, Issue 1, pp. 47–54, here p. 48.

41 *Ibid.*, p. 49.

42 Clausen, *The President and the Wheelchair*, p. 26.

43 *Ibid.*, p. 27.

44 Nina Gilden Seavey/Jane S. Smith/et al., *A Paralyzing Fear. The Triumph over Polio in America*, New York 1998, p. 49.

as a threat to anyone and thus contributed to transforming the fight against polio into a national struggle.

2.2 Fundraising for Polio Research and Rehabilitation

After Roosevelt was infected with polio in 1921, he celebrated his political comeback in 1924 at the Democratic National Convention.⁴⁵ When Roosevelt was searching for ways to treat his illness in the early 1920s, he found out about the aquatic therapy provided by the Warm Springs resort in Georgia.⁴⁶ It is documented that FDR appreciated the warm water as it improved the feeling in his legs.⁴⁷ As a result, Roosevelt was inspired to aid other victims of polio by purchasing the Georgia Warm Springs Resort in 1926; he then transformed it into a non-profit rehabilitation facility for polio survivors.⁴⁸ It cost FDR half of his personal fortune to acquire Warm Springs.⁴⁹ The newly founded rehabilitation center became an innovative facility that achieved medical as well as social modernizations. One of the revolutionary aspects of the institution was that it focused on enabling patients to lead normal lives. FDR wanted patients to receive competent medical treatment as well as comfort.⁵⁰ Various patients gladly reported that they were enabled to lead normal, enjoyable lives in Warm Springs.⁵¹



Figure 2: Franklin D. Roosevelt at the Warm Springs pool in 1924.

-
- 45 Katherine A. Foss, *Constructing the Outbreak. Epidemics in Media and Collective Memory*, Amherst 2020, p. 174.
46 Daniel J. Wilson, *Polio Paradise? Franklin D. Roosevelt's Warm Springs*, *Physical Therapy, and Disability Culture*, in: *Physical Therapy* 101 (2021), Issue 10, pp. 1–3, here p. 1.
47 Clausen, *The President and the Wheelchair*, p. 27.
48 David M. Oshinsky, *Polio. An American Story*, New York 2005, cited in Foss, *Constructing the Outbreak*, p. 179.
49 Seavey/Smith/et al., *The Triumph over Polio in America*, p. 48.
50 Wilson, *Polio Paradise?*, p. 1.
51 *Ibid.*, p. 2.

When Roosevelt was campaigning to become governor of New York during the election of 1928, he was no longer able to lead the facility. Thus, he made his partner Basil O'Connor head of the rehabilitation center. O'Connor went on to utilize Roosevelt's image to accelerate fund-raising efforts for the non-profit organization.⁵² When O'Connor took charge of the foundation, he began to acquire funding through wealthy patients and their associates.⁵³

After strategizing with a public relations agency, O'Connor decided to link his fund-raising efforts to Roosevelt's presidency – Roosevelt assumed office in 1933 – by hosting the President's Birthday Balls.⁵⁴ With the slogan "To dance so that others may walk", balls were organized in the President's honor throughout America.⁵⁵ The balls were a huge success despite the Great Depression and "The New York Times" reported that approximately 6,000 balls were held nationwide in 1934.⁵⁶

In 1937, Roosevelt announced the foundation of another nonprofit organization, the NFIP, with the aims of raising awareness about polio, providing patient care, and collecting funding for medical research. The NFIP was officially founded in 1938 and Roosevelt made O'Connor president of the foundation. In his new position, O'Connor immediately started to strategize about funding.⁵⁷ However, funding steadily declined with each annual President's Ball and reached an all-time low in 1938.⁵⁸ As a result, the fundraising strategy was changed as the institution started to reach out to the broad public as opposed to working with wealthy contributors exclusively. This led to a significant rise in funding.⁵⁹ On January 30th, 1938 – FDR's birthday – radios invoked the public to send dimes directly to the president's office. As a result, more than 2.6 million dimes arrived at the White House, reportedly congesting the mailroom. This incident supposedly gave rise to the name "March of Dimes" as it was interpreted that the dimes "marched" to the White House.⁶⁰ However, it is known that the popular radio host and entertainer Eddie Cantor, who was already involved in fundraising for the President's Birthday Balls, coined the term "The March of Dimes" which was a pun referring to the newsreel series "The March Of Time".⁶¹

After Roosevelt's death in 1945, the Birthday Balls were discontinued. In addition, Hollywood's interest in polio faded, which was another setback in the struggle against the disease.⁶² Ultimately, FDR's death led to new approaches in fundraising efforts. The

52 W. H. Helfand/ J. Lazarus/et al., "...so That Others May Walk". The March of Dimes, in: *American Journal of Public Health* 91 (2001), Issue 8, p. 1190.

53 Seavey/Smith/et al., *The Triumph over Polio in America*, p. 68.

54 Aaron E. Klein, *Trial by Fury. The Polio Vaccine Controversy*, New York 1972, p. 15.

55 *Ibid.*, p. 16.

56 *New York Times*, 1934, cited in: Larsen, *The March of Dimes and Polio*, p. 49.

57 Foss, *Constructing the Outbreak*, p. 180.

58 Seavey/Smith/et al., *The Triumph over Polio in America*, p. 69.

59 Allan M. Brandt, *Polio, Politics, Publicity, and Duplicity. Ethical Aspects in the Development of the Salk Vaccine*, in: *International Journal of Health Services* 8 (1978), Issue 2, pp. 257–270, here p. 259.

60 Klein, cited in: Brandt, *Polio, Politics, Publicity, and Duplicity*, p. 259.

61 Seavey/Smith/et al., *The Triumph over Polio in America*, p. 70.

62 Oshinsky, *Polio. An American Story*, p. 79.

struggle against polio would now, more than ever, be the responsibility of American families.⁶³

In 1929, the Great Depression caused an unemployment rate of 25 to 30 percent in the United States, which, in turn, caused distrust in the government and the democratic institutions.⁶⁴ Historian Allan M. Brandt notes that in the face of the economic circumstances, public involvement in combating polio was remarkable.⁶⁵

In the post-war period, the NFIP focused on housewives and mothers in their fundraising efforts as many perceived the fight against polio as a parental obligation. Elaine Whitelaw became head of the newly instated NFIP Women's Division, which recruited numerous volunteers. Furthermore, Whitelaw created the March of Dimes Fashion Show, which would develop to be one of the most important social events for the subsequent thirty years.⁶⁶ Ultimately, Whitelaw's efforts would prove to be immensely beneficial as she found various innovative approaches to fundraising. She organized parades, sewing bees, and hosted the first telethons.⁶⁷ Based on an idea that originated in Phoenix in 1950, the NFIP organized a nationwide Mothers' March in 1951.

Americans were told to leave on their porch lights if they wanted to support the struggle against polio. The light signaled the marching mothers to collect donations at the respective houses. This method proved to be extremely efficient as disinterested households could be identified and skipped. By 1955, approximately eighty percent of polio patients received aid by the funding of the March of Dimes.⁶⁸

In conclusion, Roosevelt and the institutions he founded gave rise to public involvement in the struggle against polio. By sharing responsibility with the public, polio became a national concern, and many Americans were mobilized to stand united in the funding of vaccine research.

3. Public Fear and Euphoria

The relationship between the polio vaccine and the public opinion of the mid-20th century was significant. The following section shows that poliomyelitis was a strong cause for concern within US society and that the American public grew to be increasingly medicalized by the 1950s. Additionally, it demonstrates how the involvement of the public in Salk's vaccine trials, also known as V-Day, fostered the narrative of the American war on polio. The chapter exhibits how Jonas Salk became a national hero and how the widespread acceptance of the vaccine was practically unimpaired by the Cutter Incident.

63 Oshinsky, *Polio. An American Story*, p. 81.

64 Curtis W. Hart, Franklin Delano Roosevelt: A Famous Patient, in: *Journal of Religion and Health* 53 (2014), Issue 4, pp. 1102–1111, here p. 1103.

65 Brandt, *Polio, Politics, Publicity, and Duplicity*, p. 258.

66 Oshinsky, *Polio. An American Story*, p. 86.

67 *Ibid.*, p. 88.

68 Thoru Pederson, Turning on a Dime. The 75th Anniversary of America's March Against Polio, in: *The FASEB Journal* 27 (2013), Issue 7, pp. 2533–2535, here p. 2535.

3.1 *Public Fear of Poliomyelitis*

In the 20th century, the term “polio” caused fear within American society. Although there are also non-paralytic forms of poliomyelitis, the term was synonymous with children on crutches, shriveled legs, and the infamous iron lungs, which were used to keep patients alive who were no longer able to breathe on their own.⁶⁹

In 1916, the fear of the epidemic even caused Americans to flee from New York City, which was one of the most affected areas by the poliovirus that year. Interactions with other people were drastically reduced as public spaces like cinemas, bathing sites, or theme parks were shut down. Furthermore, children’s operations were postponed due to fear of infections during the hot summer months. Children were warned of drinking from water fountains and there were even reported cases of towns in which New York City citizens were chased out at gunpoint.⁷⁰ The media, at the time, fuelled the public’s fears even further as messages about the dangers of the poliovirus were aired frequently. In addition, initiatives like the NFIP’s March of Dimes campaign further intensified the public feeling that polio must be fought.⁷¹ In his Pulitzer Prize-winning book, David Oshinsky reasons that despite the chances of dying from polio being minuscule, polio had a vast impact on the American public as the victims were conspicuous and young.⁷² Katherine Foss, a Professor for Media Studies, emphasizes that poliomyelitis was easily the most frightening disease for Americans at the time and parents were especially terrified for their children.⁷³ In the late-19th century the mortality rate of children was still significantly higher as boys and girls under five accounted for forty percent of the total deaths in New York City in the year 1890.⁷⁴

Foss reports that the American public impatiently awaited a cure as contemporary media, such as newspapers, radio, film, and television, announced that a vaccine was to be released soon.⁷⁵ 1953 was the advent of extensive vaccine media coverage as developments in its creation regularly filled the front page of “The New York Times”.⁷⁶ According to Brandt, the new media landscape contributed to the framing of polio as the leading public disease and that, ultimately, polio became America’s collective enemy.⁷⁷

3.2 *V-Day*

Another significant development in the process of generating a positive attitude towards the polio vaccine was Salk’s vaccine trial. In the context of Salk’s experiments, the first polio shot was administered on April 26, 1954 – the so-called “V-Day”.⁷⁸ In the trials, 1.8 million elementary students were vaccinated, given a placebo, or merely

69 Foss, *Constructing the Outbreak*, pp. 173-174.

70 Zamula, *A New Challenge for Former Polio Patients*, p. 21.

71 Foss, *Constructing the Outbreak*, p. 174.

72 Oshinsky, *Polio. An American Story*, pp. 81-82.

73 Foss, *Constructing the Outbreak*, p. 173.

74 Altenbaugh, *Vaccination in America*, p. 11.

75 Foss, *Constructing the Outbreak*, p. 175.

76 Brandt, *Polio, Politics, Publicity, and Duplicity*, p. 263.

77 *Ibid.*, p. 258.

78 Altenbaugh, *Vaccination in America*, p. 61.

observed.⁷⁹ The coinage of the term “V-Day” resonated with the American-post-war society as people were reminded of the heroic fighting in Normandy. The term clearly signified the advent of a struggle of good versus evil.⁸⁰

Representatives of the NFIP worked with health departments, schools in 272 counties, and parents to acquire parental consent for the trial.⁸¹ Pamphlets were given out to inform the public about the polio vaccine and O’Connor wrote a letter to parents in which he informed them about the vaccination process. While the letters were effective in notifying parents about the vaccine trial, they were also appealing to their patriotism as test subjects were referred to as “polio pioneers.”⁸² In addition, the trials were contextualized as one of the most important endeavors in medical history and it was emphasized that its success depended entirely on parents’ cooperation. The term “experiment” was omitted from the letter entirely.⁸³

It is important to highlight that the trials were an operation that was closely monitored by physicians, healthcare workers, public health officials, educators, and volunteers nationwide.⁸⁴ Marcia Meldrum asserts that it was pivotal that “V-Day” be turned into such an event as she writes that the widespread involvement of the associated individuals had to represent the struggle against polio thus far. The participation of public and scientific contributors legitimized the trials even further. In summary, the vaccination trials conveyed multiple meanings as they were a scientific demonstration, a political statement, and an event of public participation.⁸⁵

3.3 *Salk’s Reputation and Public Euphoria*

In the early 20th century, a shift in society’s perception of science occurred. Scientists began to be represented as heroes in popular culture, which set in motion a process that legitimized science and its institutions. In other words, people began to trust in the scientific process. Altenbaugh argues that this development was only feasible because society had recently become medicalized as people became aware of the benefits of medical developments as well as hygiene at the time.⁸⁶

The results of Salk’s extensive vaccine trials were released by the director of the Poliomyelitis Vaccine Evaluation Center, Dr. Thomas Francis, Jr., on April 12, 1955. The date carried symbolic value and was chosen strategically as it was also the tenth anniversary of the death of the famous polio combatant FDR. The press conference was a monumental attraction for the media, Salk’s name became famous, and he was hailed as a hero subsequently as he was able to prove that his vaccine had a protection rate of eighty per-

79 Paul A. Offit, *The Cutter Incident. 50 Years Later*, in: *The New England Journal of Medicine* 352 (2005), Issue 1, pp. 1411–1412, here p. 1411.

80 Altenbaugh, *Vaccination in America*, p. 218.

81 M. Meldrum, *A Calculated Risk. The Salk Polio Vaccine Field Trials of 1954*, in: *BMJ* 317 (1998), Issue 1233, pp. 1233–1236, here p. 1234.

82 Altenbaugh, *Vaccination in America*, p. 220.

83 *Ibid.*

84 *Ibid.*, p. 61.

85 Meldrum, *The Salk Polio Vaccine Field Trials*, p. 1235.

86 Altenbaugh, *Vaccination in America*, p. 61

cent against polio.⁸⁷ Church bells were rung in celebration and sirens were activated to signify the medical breakthrough. The declaration transferred the nation into a state of euphoria,⁸⁸ as Robert Hill describes: “The predominant question was not, ‘Why do my kids have to get the vaccine?’ The question was, ‘When can my kids get the vaccine?’”⁸⁹

Nevertheless, there was considerable opposition to Salk’s vaccine and vaccine trials. The most salient critique probably came from Albert Sabin who accused Salk of testing his vaccine prematurely. Nevertheless, the NFIP and the media managed to generate widespread optimism for Salk and his vaccine.⁹⁰

After Salk’s vaccine was declared to be safe and effective in 1955, five pharmaceutical companies were licensed to produce the vaccine. Unfortunately, the licensing process was flawed, and rushed. Consequently, one of the companies, Cutter Laboratories, ended up producing 120,000 doses of polio vaccine that contained live polioviruses. The mistake caused over 150 permanent paralyzations and ten deaths in children. This debacle later became known as the Cutter Incident.⁹¹ Surprisingly, Salk’s vaccine found widespread acceptance despite the Cutter Incident, and an additional four million children were vaccinated soon after.⁹²

On a personal level, Salk was disliked by colleagues and members of the scientific community. The main reason for this antagonism was that Salk did not recognize the achievements of John F. Enders, Frederick S. Robbins, and Thomas H. Weller, whose Nobel-Prize-winning work on poliovirus paved the way for Salk’s vaccine.⁹³ Nevertheless, Salk was celebrated as a hero in the public domain and received a Congressional Gold Medal, the French Legion of Honor, and a Residential Medal of Freedom, which increased his public fame even further. Samuel Katz, an American virologist, notes that the name Salk was in the top four of the most well-known names in America.⁹⁴

4. Sabin’s Live Polio Vaccine

At the end of the 1950s, the enthusiasm for vaccination plummeted briefly. Thus far, 42 percent of Americans had been vaccinated. Altenbaugh notes that vaccination numbers were low due to the high cost of physicians rather than the Cutter Incident.⁹⁵ Accordingly, the NFIP’s new slogans “Polio isn’t Licked yet” and “The Fight Goes On” did not have a captivating effect on the public as it appeared that polio cases were declining by fifty percent annually. In addition, public spaces like swimming pools reopened, and media outlets tended to new topics of interest.⁹⁶

87 Samuel L. Katz, *From Culture to Vaccine. Salk and Sabin*, in: *The New England Journal of Medicine* 351 (2004), Issue 15, pp. 1485–1487, here p. 1486.

88 Altenbaugh, *Vaccination in America*, p. 233.

89 Robert Hill, COVID-19 from a Polio Perspective, in: *Vaccine* 39 (2021), Issue 49, pp. 7117–7118, here p. 7118.

90 Brandt, *Polio, Politics, Publicity*, p. 265.

91 Offit, *The Cutter Incident*, p. 1411.

92 Katz, *From Culture to Vaccine*, pp. 1486–1487.

93 *Ibid.*, p. 1486.

94 Katz, *From Culture to Vaccine*, p. 1487.

95 Altenbaugh, *Vaccination in America*, p. 238.

96 Oshinsky, *Polio. An American Story*, p. 256.

The following pages will explore how the oral polio vaccine (OPV) was developed, tested, and subsequently employed in the United States. Furthermore, it will be investigated how the introduction of the OPV rekindled the nation's interest in combating polio.

4.1 *Development and Implementation of the Live Polio Vaccine in the United States*

Albert Sabin was a medical researcher, born to Polish–Jewish parents in the Russian Empire and immigrated to America as a child.⁹⁷ In the public domain, Sabin was recognized as an independent scientist who was struggling for the greater good. Furthermore, Oshinsky points out that he was skilled in utilizing the media in order to surround himself with positive publicity.⁹⁸

The researcher first started to experiment with oral vaccines in 1953 when he found out that the intestinal tract was capable of selecting neurovirulent viruses in chimpanzees.⁹⁹ While Sabin's vaccine was developed in the United States, it was predominantly tested in Eastern European states, thereby breaching the restrictions of the iron curtain, as the US had committed to Salk's vaccine at the time.¹⁰⁰ The Sabin vaccine was extensively tested in trials that involved six million adults and children, predominantly from the Soviet Union, and was declared safe by the Soviet Union in 1959.¹⁰¹ Hence, the vaccine was introduced to Eastern European states first. In Hungary, for instance, the vaccine was employed as early as 1959, two years prior to its rollout in the United States.¹⁰²

Due to the excellent results of the vaccine trials in the late 1950s, American medical experts realized that the oral vaccine would be their strongest weapon against the poliovirus yet.¹⁰³ After the implementation of the OPV in Eastern Europe, members of the United States Congress coined the term “vaccine gap”, which was a reference to the missile gap of the Cold War as it was deemed unacceptable that American children were unable to receive the OPV while the Soviet Union had access to it. This metaphor is pivotal, as it represents a process in which polio became, yet again, a matter of American pride and national security.¹⁰⁴

As a result, Sabin was authorized to run local vaccine trials of his own in the United States in 1960. Americans were invited to churches and schools on three successive Sundays to receive Sabin's vaccine.¹⁰⁵ Under the slogan “Sabin Sundays”, almost 200,000 individuals from Cincinnati and the surrounding areas were vaccinated with the oral vaccine, which was administered on sugar cubes. The vaccine trials honored the community as it was reported that the entire nation was watching Cincinnati, which would supposedly

97 J. L. Melnick/Stanley A. Plotkin, *Oral Polio Vaccine and the Results of Its Use*, in: Stanley A. Plotkin (Ed.), *History of Vaccine Development*, New York 2011, pp. 167–178, here p. 170.

98 Oshinsky, *Polio. An American Story*, p. 261.

99 Melnick/Plotkin, *Oral Polio Vaccine and the Results of Its Use*, pp. 170–171.

100 Tan/Ponstein, *Jonas Salk*, p. 10.

101 *Ibid.*

102 Dóra Vargha, *Polio Across the Iron Curtain. Hungary's Cold War with an Epidemic*, Cambridge 2018, p. 147.

103 Melnick/Plotkin, *Oral Polio Vaccine and the Results of Its Use*, p. 171.

104 Oshinsky, *Polio. An American Story*, p. 266.

105 UC Magazine, University of Cincinnati, *Sabin Saturdays 1960*, n. d., https://magazine.uc.edu/issues/0408/on_campus.html, accessed 3.3.2023.

become the first American city in which polio was to be eradicated. Sabin battled for public acceptance of his vaccine, so much so that representatives of Hamilton County became concerned as they felt that Sabin had revived the public fear of polio.¹⁰⁶

After a long struggle over vaccine superiority between Sabin's live OPV and his adversaries who promoted the inactivated polio vaccine (IPV), the American Medical Association (AMA) got involved in 1961. It became clear that Sabin's vaccine was the unequivocal victor of the dispute as media outlets were advertising the extremely positive results of the Sabin Sundays. In July 1961, the AMA declared that Salk's vaccine was to be replaced with Sabin's OPV.¹⁰⁷ By the year 1968, Sabin's OPV had entirely replaced Salk's IPV in the United States.¹⁰⁸

4.2 *Impact of the Oral Polio Vaccine*

The introduction of the OPV in 1961 would have several advantages for its widespread use in the United States as the OPV provides better, long-lasting, maybe lifelong immunity.¹⁰⁹ Another major advantage of the OPV is that it contributes to herd immunity. As the oral vaccine is administered through the oral-gastrointestinal route, the virus leaves the body just as the wild poliovirus would. This causes the vaccine virus to spread to close contacts of the vaccinated individual, thereby supplying their environment with immunity.¹¹⁰ Furthermore, patients prefer the oral mode of administration over the injection. One of the biggest advantages, however, is that the Sabin vaccine is inexpensive in comparison to Salk's. There are two major reasons for the low cost of the OPV. Firstly, only a single dose needs to be administered, and secondly, no highly-trained medical staff is required for the administration process.¹¹¹ However, there are a few disadvantages that need to be considered in the utilization of the OPV. The main issue is that the Sabin vaccine can cause vaccine-associated paralysis. This is very rare and occurs in approximately one in 500,000 children. Also, the OPV is heat sensitive and must be distributed via a cold chain. While the latter tends to be a problem for developing countries, the establishment of a cold chain for vaccine distribution was not a salient issue in America.¹¹²

In 1979, the last wild case of a polio infection in the United States was recorded. Subsequently, America's success in the eradication of polio inspired the Pan American Health Organization (PAHO) and the WHO to aim for the worldwide eradication of poliomyelitis.¹¹³

In most parts of the world, the only remaining cases of poliomyelitis are caused by the OPV. Paradoxically, high coverage of OPV is required to protect individuals from a polio

106 Oshinsky, *Polio. An American Story*, p. 262.

107 *Ibid.*, p. 266.

108 Stuart Blume/Ingrid Geesink, A Brief History of Polio Vaccines, in: *Science* 288 (2000), Issue 5471, pp. 1593–1594.

109 J. L. Melnick, Advantages and Disadvantages of Killed and Live Poliomyelitis Vaccines, in: *Bulletin of the World Health Organization* 56 (1978), Issue 1, pp. 21–38, here p. 31.

110 Stephen H. Gehlbach, *American Plagues. Lessons from Our Battles with Disease*, Lanham 2016, p. 151.

111 Melnick, Advantages and Disadvantages of Killed and Live Poliomyelitis Vaccines, p. 31.

112 Circo A. De Quadros/J. K. Andrus/et al., Polio Eradication from the Western Hemisphere, in: *Annual Review of Public Health* 13 (1992), Issue 1, pp. 239–252, here p. 242.

113 Gehlbach, *American Plagues*, p. 151.

infection caused by the OPV. A true eradication of the poliovirus is only possible when the use of the OPV is discontinued.¹¹⁴ This is the reason why the IPV was reintroduced in the United States in 1997.¹¹⁵ As of the year 2000, the transition from OPV to IPV was complete and the inactivated polio vaccine became the sole polio vaccine recommended by the US Advisory Committee for Immunization Practices.¹¹⁶

5. Conclusion

By using the low COVID-19 vaccination rate in the US as a contrast, this paper has discussed how widespread polio immunization in the 1980s, and the eradication of the wild poliovirus from the American continent in 1990, were achieved without a vaccine mandate. The paper has argued that POTUS Franklin D. Roosevelt profoundly impacted the history of polio immunization in the United States as he gave a public face to the virus. When the fundraising efforts for vaccine development were extended to the American public, a process was set in motion that would unite Americans in the fight against polio. It was also shown that the virus was widely feared in the US which caused Americans to impatiently await a vaccine. It was pivotal that Salk's trials branded the development of a vaccine as an American war of good versus evil as this caused the vaccination trials to appeal to society's patriotism. In addition, a shift in the public perception of the sciences has given rise to the heroic image that surrounded researchers like Salk at the time. This caused Salk's personal image to contribute to the nationwide acceptance of his vaccine. The introduction of Sabin's OPV through the Sabin Sundays resulted in exceedingly positive media coverage and Sabin's personal dedication to promoting his vaccine advanced acceptance of the polio vaccination. The importance of the war rhetoric that surrounded the struggle against polio also must be highlighted. The fight against polio was an all-American war that was placed alongside the Cold War, as well as World War II.

This paper demonstrated that the fight against a viral pandemic is more successful if it is considered a joined, societal struggle. It should be considered that Sabin and Salk personified their respective vaccines and generated trust in their products, however, based on the comparison to the struggle against polio, it can be argued that the most salient issue in combating COVID-19 in America is a lack of solidarity as the struggle against Coronavirus is not perceived as a united, patriotic, American war.

6. Literature

Altenbaugh, Richard J., *Vaccination in America. Medical Science and Children's Welfare*, Berlin 2018.

114 Walter R. Dowdle/Esther de Gourville/et al., Polio Eradication. The OPV Paradox, in: *Reviews in Medical Virology* 13 (2003), Issue 5, pp. 277–291, here p. 278.

115 The College of Physicians of Philadelphia, Polio, 2022, <https://www.historyofvaccines.org/timeline/polio>, accessed 16.04.2022.

116 Blume/Geesink, *A Brief History of Polio Vaccines*.

Blume, Stuart/Geesink, Ingrid, A Brief History of Polio Vaccines, in: *Science* 288 (2000), Issue 5471, pp. 1593–1594.

Brandt, Allan M., Polio, Politics, Publicity, and Duplicity. Ethical Aspects in the Development of the Salk Vaccine, in: *International Journal of Health Services* 8 (1978), Issue 2, pp. 257–270.

De Jesus, Nidia H., Epidemics to Eradication. The Modern History of Poliomyelitis, in: *Virology Journal* 4 (2007), Issue 4, pp. 1-18.

De Quadros, Ciro A./Andrus, J. K./et al., Polio eradication from the Western Hemisphere, in: *Annual Review of Public Health* 13 (1992), Issue 1, pp. 239–252.

Center for Disease Control and Prevention, Polio Disease and Poliovirus Containment, 2020, <https://www.cdc.gov/cpr/polioviruscontainment/diseaseandvirus.htm>, last updated 17.9.2020, accessed 24.3.2022.

Clausen, Christopher, The President and the Wheelchair, in: *The Wilson Quarterly* 29 (2005), Issue 3, pp. 24–29.

Dowdle, Walter R./Gourville, Esther de/et al., Polio Eradication. The OPV Paradox, in: *Reviews in Medical Virology* 13 (2003), Issue 5, pp. 277–291.

Foss, Katherine A., Constructing the Outbreak. Epidemics in Media and Collective Memory, Amherst 2020.

Gehlbach, Stephen H., American Plagues. Lessons from Our Battles with Disease, Lanham 2016.

Hart, Curtis W., Franklin Delano Roosevelt: A Famous Patient, in: *Journal of Religion and Health* 53 (2014), Issue 4, pp. 1102–1111.

Helfand, W. H./Lazarus, J./et al., "...so that others may walk". The March of Dimes, in: *American Journal of Public Health* 91 (2001), Issue 8, p. 1190.

Hill, Robert, COVID-19 from a Polio Perspective, in: *Vaccine* 39 (2021), Issue 49, pp. 7117–7118.

Katz, Samuel L., From Culture to Vaccine. Salk and Sabin, in: *The New England Journal of Medicine* 351 (2004), Issue 15, pp. 1485–1487.

Klein, Aaron E., Trial by Fury. The Polio Vaccine Controversy, New York 1972.

Larsen, Dawn, The March of Dimes and Polio, in: *American Journal of Health Education* (2012) 43, Issue 1, pp. 47–54.

Mehndiratta, Man Mohan/Mehndiratta, Prachi/et al., Poliomyelitis. Historical Facts, Epidemiology, and Current Challenges in Eradication, in: *The Neurohospitalist* 4 (2014), Issue 4, pp. 223–229.

Meldrum, M., A Calculated Risk. The Salk Polio Vaccine Field Trials of 1954, in: *BMJ* 317 (1998), Issue 1233, pp. 1233–1236.

Melnick, J. L., Advantages and Disadvantages of Killed and Live Poliomyelitis Vaccines, in: *Bulletin of the World Health Organization* 56 (1978), Issue 1, pp. 21–38.

Idem., Current Status of Poliovirus Infections. in: *Clinical Microbiology Reviews* 9 (1996), Issue 3, pp. 293–300.

Idem./Plotkin, Stanley A., Oral Polio Vaccine and the Results of Its Use, in: Stanley A. Plotkin (Ed.), *History of Vaccine Development*, New York 2011, pp. 167–178.

New York State Department of Health, Polio, 2014, https://www.health.ny.gov/diseases/communicable/poliomyelitis/fact_sheet.htm#:~:text=Polio%20is%20spread%20when%20the,may%20account%20for%20some%20cases, accessed 24.3.2022.

Nielsen, Kim E., Memorializing FDR, in: *OAH Magazine of History* 27 (2013), Issue 1, pp. 23–26.

Offit, Paul A., The Cutter Incident. 50 Years Later, in: *The New England Journal of Medicine* 352 (2005), Issue 1, pp. 1411–1412.

Oshinsky, David M., *Polio. An American Story*, New York 2005.

Our World in Data, Coronavirus (COVID-19) Vaccinations, 2022, <https://ourworldindata.org/covid-vaccinations?country=USA#what-share-of-the-population-has-received-at-least-one-dose-of-the-covid-19-vaccine>, accessed 24.03.2022.

Pallansch, Mark A., Enterovirus Infections, Including Poliomyelitis, in: Richard L. Guerrant/David H. Walker/et al. (Eds.), *Tropical Infectious Diseases. Principles, Pathogens and Practice*, Edinburgh 2011³, pp. 398–405.

Pederson, Thoru, Turning on a Dime. The 75th Anniversary of America's March Against Polio, in: *The FASEB Journal* 27 (2013), Issue 7, pp. 2533–2535.

Seavey, Nina Gilden/Smith, Jane S./et al., *A Paralyzing Fear. The Triumph over Polio in America*, New York 2005.

Shampo, Marc A./Kyle, Robert A./et al., Albert Sabin. Conqueror of Poliomyelitis, in: *Mayo Clinic Proceedings* 86 (2011), Issue 6, p. e44.

Tan, Siang Yong/Ponstein, Nate, Jonas Salk (1914-1995). A Vaccine against Polio, in: *Singapore Medical Journal* 60 (2019), Issue 1, pp. 9–10.

The College of Physicians of Philadelphia, Polio, 2022, <https://www.historyofvaccines.org/timeline/polio>, accessed 16.04.2022.

The Westport Library, Twenty-Second Amendment, 2022, https://westportlibrary.libguides.com/twenty_secondamendment#:~:text=It%20was%20formally%20proposed%20by,27%2C%201951, accessed 3.4.2022.

UC Magazine, University of Cincinnati, Sabin Saturdays 1960, n. d., https://magazine.uc.edu/issues/0408/on_campus.html, accessed 3.3.2023.

Vargha, Dóra, *Polio Across the Iron Curtain. Hungary's Cold War with an Epidemic*, Cambridge 2018.

Wikipedia. The Free Encyclopedia, Franklin D. Roosevelt, updated on 28.3.2022, https://en.wikipedia.org/wiki/Franklin_D._Roosevelt, accessed 03.4.2022.

Wilson, Daniel J., Polio Paradise? Franklin D. Roosevelt's Warm Springs, Physical Therapy, and Disability Culture, in: *Physical Therapy* 101 (2021), Issue 10, pp. 1–3.

Windorfer, A./Feil, F., Der Kampf gegen Poliomyelitis. Die Ausrottung einer Zivilisationsseuche, in: *Bundesgesundheitsblatt - Gesundheitsforschung – Gesundheitsschutz* 43 (2000), Issue 1, pp. 2–6.

World Health Organization, Poliomyelitis, 2019, <https://www.who.int/en/news-room/fact-sheets/detail/poliomyelitis>, accessed 24.3.2022.

World Health Organization, Poliomyelitis (polio), 2020, https://www.who.int/health-topics/poliomyelitis#tab=tab_1, accessed 28.3.2022.

WHO Immunization Data Portal, Poliomyelitis vaccination coverage, 2022, <https://immunizationdata.who.int/pages/coverage/POL.html?CODE=Global+USA&ANTIGEN=POL3&YEAR=>, accessed 4.4.2022.

Zamula, Evelyn, A new Challenge for Former Polio Patients, in: *FDA Consumer* 25 (1991), Issue 5, p. 21.

7. Table of Figures

Figure 1: Poliomyelitis vaccination coverage by year in the United States compared with the global rate, <https://immunizationdata.who.int/pages/coverage/POL.html?CODE=Global+USA&ANTIGEN=POL3&YEAR=>, accessed 4.4.2022.

Figure 2: Franklin D. Roosevelt at the Warm Springs pool in 1924, <http://www.fdrlibrary.marist.edu/archives/collections/franklin/?p=digitallibrary/digitalcontent&id=2118>, accessed 7.4.2022.

Jonas Zimmermann ist Studierender im Bachelorstudium Lehramt Sekundarstufe, Unterrichtsfach Geschichte, Sozialkunde, politische Bildung. Jon.Zimmermann@tsn.at

Zitation dieses Beitrages

Jonas Zimmermann, A War on Disease. Polio Eradication in the United States, in: *historia.scribere* 15 (2023), S. 263–280, <http://historia.scribere.at>, eingesehen 13.6.2023 (=aktuelles Datum).